

Zwischen Expertise, Deliberation und Interessenvertretung
Politikberatung in der deutschen Wissenschaftspolitik

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der
Philosophischen Fakultät
der
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität
zu Bonn

vorgelegt von
Kristofer Oedekoven

aus
Bonn-Beuel

Bonn 2022

Gedruckt mit der Genehmigung der Philosophischen Fakultät
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Zusammensetzung der Prüfungskommission:

Prof. Dr. Jörg Blasius, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie
(Vorsitzender)

Prof. Dr. Volker Kronenberg, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie
(Betreuer und Gutachter)

Prof. Dr. Wolfram Hilz, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie
(Gutachter)

Prof. Dr. Tilman Mayer, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie
(weiteres prüfungsberechtigtes Mitglied)

Tag der mündlichen Prüfung: 12. Juli 2022

Danksagung

Auch wenn auf dem Deckblatt mein Name steht, wäre diese Dissertation ohne Unterstützung nicht möglich gewesen. Daher möchte ich an dieser Stelle einigen Menschen einen besonderen Dank entgegenbringen.

Mein aufrichtiger Dank gilt zunächst Herrn Prof. Dr. Volker Kronenberg für die Betreuung meiner Dissertation, sein Vertrauen in mich und das Projekt sowie seinen wertvollen Ratschlag. Ebenfalls danken möchte ich meinem Zweitgutachter, Herrn Prof. Dr. Wolfram Hilz. Bei Herrn Prof. Dr. Jörg Blasius bedanke ich mich für die Übernahme des Vorsitzes der Prüfungskommission, bei Herrn Prof. Dr. Tilman Mayer für die Beteiligung an dieser. Ebenfalls zu Dank verpflichtet bin ich Herrn Priv.-Doz. Dr. Manuel Becker für die stets hilfreiche und freundliche Unterstützung. Einen Dank schulde ich auch den Mitarbeitenden des Promotionsbüros der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn.

Meiner Mutter Hellevi verdanke ich die Nähe zur Wissenschaftspolitik, ohne die ich den Weg wohl nie eingeschlagen hätte, der zu dieser Dissertation geführt hat. Kiitos, äiti.

Schließlich möchte ich mich von ganzem Herzen bei meiner Familie bedanken, die mich auf eben diesem Weg begleitet und ihn so überhaupt erst ermöglicht hat. Ich danke euch für eure Unterstützung, eure Zuversicht, euer Verständnis, euren Rückhalt und die vielen Wochenenden, an denen ich am Schreibtisch sitzen musste. Der Verzicht ist jetzt vorbei.

Alena, Matilda und Paula – In Liebe widme ich euch diese Arbeit.

Mainz-Kastel, im Sommer 2022

INHALTSVERZEICHNIS

1.) Einleitung	1
1.1.) Problemstellung und Untersuchungsgegenstand	3
1.2.) Fragestellung	7
1.3.) Methodik und Vorgehen	8
1.4.) Forschungsstand	9
2.) Rahmenbedingungen der Politikberatung in der Wissenschaftspolitik	10
2.1.) Der soziokulturelle Rahmen – Medien- oder Wissensgesellschaft?	11
2.2.) Zum Status von Wissenschaft und Wissen	17
2.2.1.) Wissen im 21. Jahrhundert	18
2.2.2.) Wissenschaft im 21. Jahrhundert	25
2.2.3.) Wissenschaftliches Fehlverhalten und Kontrollversuche	35
2.2.4.) Öffentlichkeitsgerichtete Wissenschaft - Herausforderungen und Konsequenzen	38
2.3.) Politikwissenschaftliche und demokratietheoretische Aspekte	50
3.) Politikberatung	59
3.1.) Aufgaben und Funktionen	60
3.2.) Professionalisierung, Pluralisierung und Demokratisierung – oder doch Krise?	65
3.3.) Über das Urteil von Expertinnen und Experten	74
3.3.1.) Was ist Expertise?	74
3.3.2.) Was ist ein Experte oder eine Expertin?	77
3.4.) Grundtypen, Unterscheidungsmöglichkeiten, Realisationsformen	84
3.4.1.) Klassische Kategorisierungen	84
3.4.2.) Moderne Klassifikationen	86
3.5.) Kulturelle und nationale Besonderheiten	92
3.5.1.) Politikberatung und Politikkultur	93
3.5.2.) Die deutsche Perspektive	94
3.6.) Qualität von Politikberatung	101
4.) Wissenschaftspolitik	111
4.1.) Elemente und Herausforderungen	112
4.2.) Deutsche Wissenschaftspolitik	119
4.2.1.) Entwicklungslinien	119
4.2.2.) Die Neue Governance der Wissenschaft	132
4.2.3.) Aktuelle Herausforderungen und Zielsetzungen	141
4.2.3.1.) Internationalisierung und Europäisierung	145
4.2.3.2.) Ethik, Risiko und Politikberatung	149
4.2.3.2.1.) Ethikberatung	149
4.2.3.2.2.) Lebenswissenschaften	154
4.2.3.2.3.) Risiko und Technikfolgen	158
5.) Untersuchungsmethodik	160
5.1.) Aufbau der Analyse	161
5.2.) Schritt 1 - Verortung und Kategorisierung	162
5.3.) Schritt 2 - Expertise, Deliberation und Interessenvertretung – Bewertungsdimensionen für die Politikberatung in der deutschen Wissenschaftspolitik	163
5.3.1.) Expertise	163
5.3.2.) Deliberation	166
5.3.3.) Interessenvertretung	168
5.4.) Schritt 3 - Beurteilung	170
5.5.) Untersuchte Politikberatungsinstanzen	173

6.) Untersuchung zentraler Beratungsinstanzen der deutschen Wissenschaftspolitik.....	175
6.1.) Wissenschaftsrat (WR).....	175
6.1.1.) Schritt 1 – Verortung und Kategorisierung	175
6.1.2.) Schritt 2 – Expertise	185
6.1.3.) Schritt 2 – Deliberation	190
6.1.4.) Schritt 2 – Interessenvertretung	193
6.1.5.) Schritt 3 – Beurteilung	197
6.2.) Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (WD).....	200
6.2.1.) Schritt 1 – Verortung und Kategorisierung	200
6.2.2.) Schritt 2 – Expertise	206
6.2.3.) Schritt 2 – Deliberation	210
6.2.4.) Schritt 2 – Interessenvertretung	212
6.2.5.) Schritt 3 – Beurteilung	214
6.3.) Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestags (EK).....	218
6.3.1.) Schritt 1 – Verortung und Kategorisierung	218
6.3.2.) Schritt 2 – Expertise	222
6.3.3.) Schritt 2 – Deliberation	228
6.3.4.) Schritt 2 – Interessenvertretung	232
6.3.5.) Schritt 3 – Beurteilung	238
6.4.) Hightech-Forum 2014 – 2017 (HTF)	242
6.4.1.) Schritt 1 – Verortung und Kategorisierung	242
6.4.2.) Schritt 2 – Expertise	249
6.4.3.) Schritt 2 – Deliberation	255
6.4.4.) Schritt 2 – Interessenvertretung	259
6.4.5.) Schritt 3 – Beurteilung	264
6.5.) Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB)	267
6.5.1.) Schritt 1 – Verortung und Kategorisierung	267
6.5.2.) Schritt 2 – Expertise	277
6.5.3.) Schritt 2 – Deliberation	281
6.5.4.) Schritt 2 – Interessenvertretung	284
6.5.5.) Schritt 3 – Beurteilung	289
6.6.) Deutscher Ethikrat (ER)	292
6.6.1.) Schritt 1 – Verortung und Kategorisierung	292
6.6.2.) Schritt 2 – Expertise	300
6.6.3.) Schritt 2 – Deliberation	305
6.6.4.) Schritt 2 – Interessenvertretung	308
6.6.5.) Schritt 3 – Beurteilung	313
6.7.) Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e.V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina)	318
6.7.1.) Schritt 1 – Verortung und Kategorisierung	318
6.7.2.) Schritt 2 – Expertise	338
6.7.3.) Schritt 2 – Deliberation	347
6.7.4.) Schritt 2 – Interessenvertretung	352
6.7.5.) Schritt 3 – Beurteilung	355
7.) Diskussion der Ergebnisse	360
7.1.) Gedanken zum Untersuchungsmodell	360
7.2.) Ergebnisse der Analyse	362
7.3.) Passgenauigkeit der untersuchten Politikberatungsinstanzen.....	374
8.) Schlussbetrachtung.....	376
LITERATURVERZEICHNIS	382
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	413
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	416

1.) Einleitung

Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung der Wissenschaftspolitik und ihrer Beratung schlagartig in das Licht der Öffentlichkeit gerückt. Selten war die Bundesrepublik so eindeutig vom Ratschlag von Expertinnen und Experten abhängig.¹ Aber auch schon vor der Pandemie war klar: Politische Entscheidungsfindung ist im 21. Jahrhundert so schwer wie nie zuvor. Einer der Hauptgründe hierfür ist in der zunehmenden allgemeinen Komplexität unserer Welt zu sehen. Diese Entwicklung lässt sich auf verschiedene Einflussfaktoren wie den technischen Fortschritt, die Entdeckungen der Wissenschaft und die modernen Informations- und Kommunikationsmedien der Wissensgesellschaft zurückführen. Als Resultat ergeben sich für alle Politikfelder immer unübersichtlichere und diffizilere Entscheidungsprozesse. Die Politik braucht daher Unterstützung bei ihrer Urteilsfindung. Sie braucht die Hilfe von Expertinnen und Experten, sie braucht Beratung.²

Die Aspekte der steigenden Komplexität und des daraus resultierenden Beratungsbedarfs stellen für alle Politikfelder eine Herausforderung dar. Jedoch scheint das für die Wissenschaftspolitik im besonderen Maße zutreffend, da leicht evident wird, dass Politikerinnen und Politiker schnell mit einer vollständigen Analyse der Sachlage und der Einordnung des Forschungsstands überfordert sein können. Erschwerend kommt hinzu, dass sich für die Wissenschaft selbst in den vergangenen Jahrzehnten die Rahmenbedingungen stark verändert haben.³ Häufig ist im Resultat sogar von einer Krise der Wissenschaft die Rede, da sie ihre Aura verloren, Vertrauen eingebüßt und damit ihre ehemals unantastbare Stellung verloren habe.⁴ In ihr selbst ist bereits vor geraumer Zeit die verunsichernde Erkenntnis gereift, „dass im Haus der Wissenschaften jedenfalls nicht nur eine Vernunft und Wahrheit und Objektivität wohnen.“⁵ Zeitgleich expandiert sie fortlaufend und verästelt sich in ausdifferenzierten Spezialgebieten, während neue Orte der Wissensgenerierung an Bedeutung gewinnen.⁶

¹ Vgl. Weingart, Peter: Wissenschaftliche Politikberatung in Krisenzeiten, in: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.): Wissen. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 3-4/2021. Bonn, 2021. S. 28 – 32. S. 28.

² Vgl. Falk, Svenja et al.: Politikberatung – eine Einführung, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. 2. Auflage. Wiesbaden, 2019. S. 3 – 24. S. 10.

Vgl. Kielmansegg, Peter Graf: Einleitung, in: Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Politikberatung in Deutschland. Wiesbaden, 2006. S. 9 – 17. S. 10.

Vgl. Neidhardt, Friedhelm: Wissenschaftliche Politikberatung via Medien?, in: Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Politikberatung in Deutschland. Wiesbaden, 2006. S. 146 – 154. S. 149.

³ Vgl. Martinsen, Renate: Gesellschaftsberatung als Chinese Whisperer - zur Rolle von (medial vermittelter) Öffentlichkeit in Politikberatungsprozessen, in: Leggewie, Claus (Hrsg.): Von der Politik- zur Gesellschaftsberatung. Neue Wege öffentlicher Konsultation. Frankfurt am Main u.a., 2007. S. 51 – 69. S. 53.

⁴ Vgl. Heinrichs, Harald: Politikberatung in der Wissensgesellschaft. Eine Analyse umweltpolitischer Beratungssysteme. Wiesbaden, 2002, S. 33.

Vgl. Weingart, Peter: Die Wissenschaft der Öffentlichkeit. Essays zum Verhältnis von Wissenschaft, Medien und Öffentlichkeit. Weilerswist, 2005b, S. 49.

⁵ Fromm, Nadine/Rosenstrauch, Hazel: Vom Umbau in den Wissenschaften: Einführung und Dokumentation, in: BBAW / Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Gegenworte - Hefte für den Disput über Wissen. Heft 12. S. 4 – 10. S. 4.

⁶ Vgl. Weingart, Peter: Wissensgesellschaft und wissenschaftliche Politikberatung, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. 2. Auflage. Wiesbaden, 2019. S. 67 – 78. S. 68.

In dieser Ausgangslage hat sich das Aufgabenfeld der Wissenschaft verändert. Das Gefüge zwischen Gesellschaft und Wissenschaft hat sich verschoben, die Grenzziehungen werden aufgeweicht. Auch als Ausdruck einer neuen Erwartungshaltung der Gesellschaft an die Forschung wird wissenschaftliche Politikberatung und gesellschaftliches Engagement von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verlangt.⁷ Der Ruf wird laut nach „civic scientists“⁸, die als „honest broker“⁹ zwischen Gesellschaft, Wissenschaft und Politik agieren. Neben der klassischen Politikberatung hat sich die Gesellschaftsberatung „gleichberechtigt“¹⁰ etabliert. Unter anderem daher hat die Zahl der Beratenden zugenommen und sich ein „Markt der Politikberatung“¹¹ gebildet. Auch immer mehr extramurale Expertinnen und Experten stellen dort ihren Ratschlag zur Verfügung.¹² Zeitgleich ist der gesellschaftliche Anspruch an Partizipation gestiegen und hat normativen Charakter erreicht.¹³ Durch ihre öffentliche und zum Teil proaktive Rolle gewinnt die Wissenschaft aber auch wieder an Hoheit zurück und kann Impulse im politischen Diskurs setzen.¹⁴

Der Elfenbeinturm ist out.¹⁵ Wissenschaft findet immer öffentlicher statt und bewegt sich in der Diskussion auch über ihre fachlichen Grenzen hinaus, wie zum Beispiel beim Abwägen ethischer Gesichtspunkte in der Stammzeldiskussion zu sehen ist. Umso schwerer wiegt da, dass der technische Fortschritt in der Öffentlichkeit einen Januskopf hat: Mal heilsbringender Wohlstandsgarant, mal gefährdender Risikofaktor.¹⁶ Postfaktizität erneuert die Verschiebung der Gefüge zwischen Wissenschaft und Gesellschaft und erweitert die krisenhafte Entwicklung um ein antiszientistisches Moment.¹⁷ Zeitgleich betont die mediale Öffentlichkeit der Corona-Pandemie zusätzlich die Herausforderungen durch die „unterschiedliche[n] Systemrationalitäten von Wissenschaft und Politik“¹⁸.

⁷ Vgl. Falk 2019 S. 5.

Vgl. Maasen, Sabine/Dickel, Sascha: Partizipation, Responsivität und Nachhaltigkeit, in: Simon, Dagmar et al.: Handbuch Wissenschaftspolitik. 2. Auflage. Wiesbaden, 2016. S. 225 – 242. S. 230.

⁸ Vgl. Lane, Neal: Funding Priorities and External Advice. A Perspective on U.S. Science and Technology, in: Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Politikberatung in Deutschland. Wiesbaden, 2006. S. 157 – 170. S. 170.

⁹ Vgl. Pielke, Roger A.: The honest broker. Making sense of science in policy and politics. New York, 2007.

¹⁰ Falk 2019, S.5.

¹¹ Ebd., S. 9.

¹² Vgl. Weingart 2019, S. 68.

¹³ Vgl. Maasen/Dickel 2016, S. 230.

¹⁴ Vgl. Weingart 2019, S. 69.

¹⁵ Vgl. Fraenkel-Haeblerle, Cristina: Die Universität im Mehrebenensystem. Modernisierungsansätze in Deutschland, Italien und Österreich. Tübingen, 2014. S. 170.

Vgl. Wilke, Helmut: Organisierte Wissensarbeit, in: Zeitschrift für Soziologie. Jg. 27, Heft 3. Stuttgart, 1998. S. 161 – 177. S. 161.

¹⁶ Vgl. Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Suhrkamp: Frankfurt am Main, 1986.

Vgl. acatech: Akzeptanz von Technik und Infrastrukturen. Anmerkungen zu einem aktuellen gesellschaftlichen Problem. acatech bezieht Position (Nr. 9). München und Berlin, 2011. S. 7ff.

Vgl. Grunwald, Armin: Technikfolgenabschätzung – eine Einführung. 2. Auflage. Berlin, 2010. S. 17ff.

¹⁷ Vgl. Falk 2019, S. 11.

¹⁸ Weingart 2020, S. 29.

Wissenschaft, und damit Wissenschaftspolitik, spielt eine bedeutende Rolle für Deutschland.¹⁹ Ihre Bedeutung wurde in der Corona-Pandemie zusätzlich drastisch betont. Zeitgleich zeigt sich die Wissenschaftspolitik als Kristallisationspunkt der eben beschriebenen Transformationsprozesse. Daher ist es nötig, die Prozesse und Einflussfaktoren, die sie formen, zu verstehen und kritisch zu hinterfragen. Diese Forderung wird durch die veränderten Grundbedingungen der Wissenschaft und die Aufgabe, Deutschland international wettbewerbsfähig zu halten, noch verstärkt. Zeitgleich stellen die Gegebenheiten der Mediendemokratie der Politik neue Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt. Politikberatung spielt in diesem Prozess eine zentrale Rolle. Ihre steigende Bedeutung wirft aber auch Fragen auf, die sich um Akteurinnen und Akteure, demokratische Grundprinzipien, Rahmenbedingungen, Formen und die Qualitätssicherung von Expertise drehen.

1.1.) Problemstellung und Untersuchungsgegenstand

Auch für die Politikwissenschaft ist der Themenkomplex rund um Expertise von großer Bedeutung für die Analyse und das Verständnis politischer Prozesse der Gegenwart. Die Relevanz von Politikberatung spiegelt sich daher in der großen Zahl an Publikationen zu dieser Thematik wider.²⁰ Sie beschäftigen sich mit dem Nutzen von Expertise, ihren Schwächen und den Herausforderungen, die hieraus für unsere Gesellschaft, die Demokratie und die Entscheidungstragenden in der modernen Mediengesellschaft resultieren. Da Politik nicht monolithisch betrachtet und nicht ohne Berücksichtigung ihrer individuellen Einflussfaktoren und Beteiligten kritisch analysiert werden kann, ist diese Vorgehensweise auch für die Betrachtung von Politikberatungsprozessen nötig. Hier zeigen sich Schwächen im fachlichen Diskurs um Politikberatung: Die Diskussion ist redundant und weist oft auf die gleichen Lücken hin. Darüber hinaus sind, trotz des insgesamt hohen Grades der wissenschaftlichen Durchdringung, bisher kaum umfassende Arbeiten zu den Beratungssystemen der einzelnen Politikfelder verfasst worden.²¹ Die wissenschaftliche Politikberatung, gerade auch in ihrer gesellschaftlichen Leistungsdimension, ist noch immer „unzureichend erforscht.“²²

Festgehalten werden kann jedoch, dass die Diskussion um Politikberatung in den vergangenen Jahren insgesamt an Sachlichkeit gewonnen hat. Der Forschungszweig befindet sich trotz seiner Relevanz und des umfassenden Textkorpus aber noch immer in einem Kon-

¹⁹ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung: Wissenschaftsfreiheitsgesetz tritt in Kraft. Pressemitteilung (157/2012). Berlin, 2012. S. 1f.

²⁰ Vgl. Buchholz, Kai: Professionalisierung der wissenschaftlichen Politikberatung? Interaktions- und professionssoziologische Perspektiven. Science Studies. Bielefeld, 2008. S. 15.

²¹ Vgl. Patzwaldt, Katja/Buchholz, Kai: Politikberatung in der Forschungs- und Technologiepolitik, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 460 – 471. S. 468.

²² Buchholz, Kai/Patzwaldt, Katja: Politikberatung in der Forschungs- und Technologiepolitik, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. 2. Auflage. Wiesbaden, 2019. S. 329 – 348. S. 345.

turierungsprozess. Politikberatung ist vor allem ein Schnittstellenthema mit etablierten Bereichen der Politikwissenschaft.²³ Ihre Analyse zeichnet sich durch ein interdisziplinäres Arbeitsfeld aus. Nur durch die Inkorporation verschiedener wissenschaftlicher Ansätze erscheint es möglich, einen adäquaten Zugang zu der Thematik zu gewinnen. Die Berücksichtigung der Veränderungen, die sich in Gesellschaft, Wissenschaft, Politik und in der Medienlandschaft abspielen, ist grundlegender Bestandteil der Diskussion in der Fachliteratur. Die Beiträge aus Politikwissenschaft, Soziologie und Medienwissenschaften teilen dabei die Beobachtung, dass die soziokulturellen und technischen Rahmenbedingungen einem Wandlungsprozess unterworfen sind. Diese Dynamiken sind zugleich Ursache und Symptom des Befunds eines Anstiegs der Quantität und Signifikanz von Beratung. Dabei sind Überlegungen in dieser Richtung nicht neu, sondern erhielten bereits 1917 mit Max Webers Konzept der „Entzauberung der Welt“²⁴ Einzug in den wissenschaftlichen Diskurs Deutschlands und der Welt.

Auch wenn die Bezeichnungen zwischen Medien-, Transparenz-, Wissens- oder Informationsgesellschaft variieren, die Diagnosen der Veränderungen ähneln sich.²⁵ Einer der bedeutendsten Motoren hinter dieser Entwicklung sind die Neuen Medien. Sie stellen Inhalte auf elektronischen Endgeräten bereit, greifen auf die Funktionen des Internets zurück und grenzen sich durch Interaktivität und Digitalität von den älteren Medien ab.²⁶ Durch sie wird der Zugang zu Informationen und ihrem Austausch erleichtert, beschleunigt und erweitert.²⁷ Hierbei wird jedoch nicht nur der Informationsdurchsatz erhöht, der Prozess der gesamtgesellschaftlichen Sinnvermittlung wird ebenfalls in den Fokus der Diskussion gerückt.²⁸ Hier wird auch ein qualitatives Wachstum der Medien sichtbar. Zwar sind digitale Inhalte flüchtig und flexibel, wodurch die Quellenlage undurchsichtig sein kann, aber das diversifizierte und differenzierte Angebot für unterschiedliche Zielgruppen erlaubt eine bis dahin nicht mögliche Tiefe der Hintergrundinformation und Kommunikation innerhalb der Gesellschaft.²⁹

Die Neuen Medien erweitern die traditionellen Medien und bergen für Bürgerinnen und Bürger sowie die Politik Potenziale zur Verbesserung von Informationsströmen und der Meinungsbildung. Politische Entscheidungen finden öffentlich statt und können eine bessere Rückkopplung an die Wählerinnen und Wähler ermöglichen.³⁰ Repräsentation und Deliberation sind zentrale Punkte in der Diskussion um diesen Aspekt von Politikberatung. Die Analyse

²³ Vgl. Falk et al. 2019, S. 4. und 7f.

²⁴ Weber, Max: Wissenschaft als Beruf. Reclams Universal-Bibliothek Nr. 9388. Stuttgart, 1995. S. 19.

²⁵ Vgl. Jarren, Otfried/Donges, Patrick: Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 2. Auflage. Wiesbaden, 2006. S. 19ff.

Vgl. Heinrichs 2002, S. 35ff.

Vgl. Han, Pyöng-ch'öl: Transparenzgesellschaft. Berlin, 2012.

²⁶ Vgl. Holly, Werner: Was sind die ‚Neuen Medien‘ – was sollen ‚Neue Medien‘ sein?, in: Voß, G. Günter/Holly, Werner/Boehnke, Klaus (Hrsg.): Neue Medien im Alltag. Begriffsbestimmungen eines interdisziplinären Forschungsfeldes. Opladen, 2000. S. 79 – 106. S. 87.

²⁷ Vgl. Lendi, Martin: Politikberatung. Nachfrage, Resonanz, Alibi. Zürich, 2005. S. 44.

²⁸ Vgl. Donges, Patrick: Medialisierung politischer Organisationen. Parteien in der Mediengesellschaft. Wiesbaden, 2008. S. 20.

²⁹ Vgl. ebd., S. 21.

Vgl. Holly 2000, S. 87.

³⁰ Vgl. ebd.

betont somit eine starke demokratietheoretische Komponente. Sie weist aber auch auf Problemelemente hin, wie die aus der steigenden Komplexität resultierende und durch die Medialisierung verstärkte Informationsüberladung, oder zeigt neue Aufgabenfelder auf, die sich für die Wissenschaft und die Politik ergeben.

Die gewandelten Umstände führen dazu, dass sich auch die Politikberatung verändert. Als Resultat diffundiert Beratung in die Öffentlichkeit.³¹ Politikberatung hat somit seit ihren frühen elitengerichteten Ausformungen eine bemerkenswerte Entwicklung vollzogen, die sich auch in der Literatur abbildet.³² Für die politikwissenschaftliche Diskussion sind zumeist Jürgen Habermas' „Verwissenschaftlichung der Politik“ und Webers Ausführungen über die Rationalisierung Ausgangspunkt der Analyse.³³ Das einhellige Urteil ist die Feststellung einer Pluralisierung von Expertise. Zeitgleich wird die Beobachtung einer Professionalisierung von Beratung getroffen.³⁴

Interessant ist dabei ein Dualismus, der sich in der kritischen Auseinandersetzung mit Expertise abzeichnet. So wird diagnostiziert, dass sich die Politikberatung zwar in einer Krise befindet, zeitgleich aber zu stark an Bedeutung gewinnt.³⁵ Spitzzüngige Begriffe wie „Rätorepublik“³⁶ deuten darauf hin, dass es eine der Aufgaben im Diskurs ist, Beratung in der modernen Demokratie zu verorten und ihre Gefahren und Möglichkeiten aufzuzeigen. Legitimation, Deliberation, Repräsentation und Interessenvertretung sind hier die Schlagworte³⁷. Insbesondere in der Gesellschaftsberatung entsteht ein Ringen um die definitorische Oberhand im politischen Agendasetting. Die Grenzen zwischen Expertise und Interessenvertretung können dabei verschwimmen.³⁸ Die Spannungsverhältnisse zwischen Politikberatung und Demokratie bleiben ein Dauerthema.³⁹

Vgl. Kleger, Heinz: Direkte und transnationale Demokratie. Die neuen Medien verändern die repräsentative Demokratie, in: Leggewie, Claus/Maar, Christa (Hrsg.): Internet und Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie? Köln, 1998. S. 97 – 110. S. 98.

³¹ Vgl. Martinsen 2007, S. 52.

³² Vgl. Fisch, Stefan: Vom Fürstenratgeber zum Politikberater: Perspektiven einer Geschichte der Politikberatung, in: Fisch, Stefan/Rudloff, Wilfried (Hrsg.): Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive. Berlin, 2004. S. 7 – 12. S. 7ff.

³³ Vgl. Blättle, Andrea: Politikberatung aus sozialwissenschaftlicher Perspektive, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. 2. Auflage. Wiesbaden, 2019. S. 25 – 38. S. 34.

Vgl. Weingart, Peter/Lentsch, Justus: Wissen – Beraten – Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland. Weilerswist, 2008. S. 35.

³⁴ Vgl. Buchholz 2008, S. 12ff.

Vgl. Falk, Svenja/Römmele, Andrea: Der Markt für Politikberatung. Wiesbaden, 2009. S. 7.

Vgl. Falk et al. 2019, S. 4f.

³⁵ Vgl. Martinsen 2007, S. 51f.

Vgl. Lösch, Bettina: Deliberative Politik: Regieren mittels Konsens oder demokratische Beratung? In: Leggewie, Claus (Hrsg.): Von der Politik- zur Gesellschaftsberatung. Neue Wege öffentlicher Konsultation. Frankfurt am Main u.a., 2007. S. 34 – 50. S. 34f.

³⁶ Uwer, Helmut: Gerhard Schröder als Herr der „Rätorepublik“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.05.2001. <http://www.faz.net/aktuell/politik/analyse-gerhard-schroeder-herr-der-raeterepublik-123266.html> (21.07.2018).

³⁷ Vgl. Brown, Mark B./ Lentsch, Justus/Weingart, Peter: Politikberatung und Parlament. Opladen, 2006. S. 92.

Vgl. Lösch 2007, S. 36ff.

³⁸ Vgl. Weingart 2019, S. 68 und 72.

³⁹ Vgl. Blättle 2019, S. 34.

Ein wichtiges Element in dieser Diskussion ist daher die Frage nach der Qualität der Politikberatung. Die Beobachtungen spannen hierbei einen Bogen von der Wissenschaft, die axiomatisch an die Wahrheit gebunden ist, bis hin zur interessengebundenen Politisierung von Expertise. Als entscheidendes Merkmal wird im Fachdiskurs wiederholt Transparenz herausgeschält.⁴⁰ Im selben Zug zeigt sich, dass bisher nur unzureichende Arbeit geleistet wurde, was die Untersuchung von Qualitätskontrollen und Standards für Politikberatung angeht.⁴¹ Besser entwickelt ist die Literatur, die sich mit Wissenschaft, Forschung und Wissenschaftspolitik auseinandersetzt. Für die Diskussion von Politikberatung sind jedoch vor allem die Herausforderungen, die sich durch den Fortschritt ergeben, interessant. Durch neue Beteiligte wie NGOs hat sich das Handlungsfeld erweitert, Wissenschaft findet an neuen Orten statt.⁴² Für die Forschenden bedeutete dies aber auch, dass sie ihren Elfenbeinturm verlassen müssen, um dem Anspruch von Transparenz gerecht zu werden.⁴³ Interessante Ansätze wie der des einleitend beschriebenen „civic scientist“ oder „honest broker“ weisen in ihrer Konzeption drauf hin, was die Wissenschaft heute noch neben fachlicher Exzellenz leisten soll.

Diese Komplexität des Anforderungsprofils und der damit verbundenen Herausforderungen überträgt sich auch auf die Wissenschaftspolitik. Einen einheitlichen Ansatz dazu, wie sie zu definieren ist, gibt es dabei nicht.⁴⁴ Dem facettenreichen Aufgabenspektrum entsprechend muss der vorliegenden Arbeit auch eine vielschichtige Definition zugrunde gelegt werden, die sich aus mehreren Komponenten speist. Eine davon besteht aus den beiden Säulen von Forschungs- und Hochschulpolitik, die nicht getrennt betrachtet werden sollten, sondern als sich gegenseitig beeinflussend.⁴⁵ Eine weitere, die Finanzierung der Wissenschaft und die Sicherung der Forschungsfreiheit, bleibt die zentrale Aufgabe für Bund und Länder.⁴⁶ Im Angesicht der veränderten Gefüge zwischen Wissenschaft und Gesellschaft stellt sich Wissenschaftspolitik auch als Vermittlungsleistung zwischen den gesellschaftlichen Teilsystemen dar, die versuchen muss, staatlich-gesellschaftliche Interessen und die Interessen der wissenschaftlichen Selbstverwaltung miteinander abzustimmen.⁴⁷ Darüber hinaus hat die Wissen-

⁴⁰ Vgl. Lentsch, Justus: Wissenschaftliche Politikberatung: Organisationsformen und Gestaltungselemente, in: Simon, Dagmar et al.: Handbuch Wissenschaftspolitik. 2. Auflage. Wiesbaden, 2016. S. 317 – 334. S. 319.

⁴¹ Vgl. Rafat, Shahim: Ethik und Qualität in der Politikberatung. Zur Entwicklung von professionellen Standards und Grundsätzen. Edition Politik. Berlin, 2012. S. 15ff.

⁴² Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S. 7.

⁴³ Vgl. Martinsen 2007, S. 53f.

⁴⁴ Vgl. Buchholz/Patzwaldt 2019, S. 344.

Vgl. Vogel, Christoph: Deutschland im internationalen Technologiewettlauf. Bedeutung der Forschungs- und Technologiepolitik für die technologische Wettbewerbsfähigkeit. Berlin, 2000. S. 123.

⁴⁵ Vgl. Lengwiler, Martin: Kontinuitäten und Umbrüche in der deutschen Wissenschaftspolitik des 20. Jahrhunderts, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 13 – 25. S. 13f.

Vgl. Teichler, Ulrich: Europäisierung der Hochschulpolitik, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 51 – 70. S. 52.

⁴⁶ Vgl. Wissenschaftsrat (WR): Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems. Drs. 3228-13. Braunschweig, 2013b. S. 8.

⁴⁷ Vgl. Knie, Andreas/Simon, Dagmar: Stabilität und Wandel des deutschen Wissenschaftssystems, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 26 – 38. S. 36.

schaftspolitik auch eine technologiepolitische Komponente. Zum einen befasst sie sich mit intendierten und unintendierten Konsequenzen des Fortschritts, zum anderen ist sie heutzutage fest mit der Innovationspolitik gekoppelt.⁴⁸ Die Neue Governance der Wissenschaft wiederum dient als Sammelbegriff für die weitreichenden Veränderungen und den verstärkten Einzug von Wettbewerbsstrukturen in die deutsche Wissenschaftspolitik, vor allem ausgelöst durch Innovationsdruck und die Internationalisierung der Wissenschaft.⁴⁹

1.2.) Fragestellung

Die vorliegende Arbeit soll einen Beitrag in der fachlichen Diskussion der Politikberatung in der deutschen Wissenschaftspolitik leisten. Mit dieser Analyse soll die Aufarbeitung des Themenbereichs ausgeweitet und in seinem Diskursgefüge verortet werden. Das deutsche System wird anhand zentraler Gremien, Institutionen und Einrichtungen untersucht. Die Basis hierfür bildet eine Analyse der wissenschaftlichen Debatten zur Politikberatung und der Wissenschaftspolitik sowie die daraus resultierende Ableitung von Begutachungskriterien, die in drei Bewertungskriterien gebündelt werden. Der Anforderungskatalog, der aus der Fachliteratur abgeleitet werden soll, beschreibt ein Spannungsfeld, dessen Pole von Expertise, Deliberation und Interessenvertretung gebildet werden. Die individuellen Politikberatungsinstanzen werden daran gemessen, wie gut sie in diesem Netz navigieren und wie gut sie auf die Herausforderungen reagieren, die sich aus dem Status von Wissenschaft und Politikberatung ergeben. Schaffen sie es, vor dem Hintergrund dieses Kriterienkatalogs, die bestehenden Probleme der Wissenschaftspolitik zu adressieren?

Es wird außerdem herausgearbeitet, welche Spezifika sich für das deutsche System der Politikberatung in der Wissenschaftspolitik aus den Fachdiskursen entwickeln lassen. Der Abgleich der Passung der ausgesuchten Beratungseinrichtungen mit diesen Merkmalen bildet den zweiten Schwerpunkt der Analyse. Auf dieser Basis werden Ansatzpunkte herausgearbeitet, die es ermöglichen sollen, Schwachpunkte zu identifizieren und zu lokalisieren, wo Potenziale zu heben sind. Die gewonnenen Erkenntnisse werden aufgenommen und Ansätze zur Verbesserung der Politikberatung in der Wissenschaftspolitik Deutschlands formuliert. Darüber hinaus werden kritische Entwicklungen und weiterführende Fragen herausgestellt, die einen Ausblick auf die weitere Entwicklung des Feldes ermöglichen.

⁴⁸ Vgl. Grupp, Hariolf/Fornahl, Dirk: Ökonomische Organisationsforschung, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 130 – 147. S. 143f.

Vgl. Kreuzkam, Joachim: Kritische Würdigung Gegenwärtiger Wissenschaftspolitik, in: Schallenberg, E. Horst (Hrsg.): Der Staat als Träger von Bildung und Wissenschaft. Düsseldorf, 1982. S. 59 – 80. S. 59.

⁴⁹ Vgl. Jansen, Dorothea: Von der Steuerung zur Governance: Wandel der Staatlichkeit?, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 39 – 50. S. 43 und 47.

1.3.) Methodik und Vorgehen

Die vorliegende Arbeit setzt sich aus zwei Hauptteilen zusammen. Im ersten wird der theoretische Unterbau herausgearbeitet, um die Kriterien für die beiden Analysebereiche auf Basis der Fachliteratur zu bestimmen. Einleitend werden die Rahmenbedingungen der Politikberatung in der Wissenschaftspolitik bestimmt. Der Blick wird dabei auf gesellschaftliche, wissenschaftliche sowie politische Gesichtspunkte gerichtet und der Status Quo herausgearbeitet. Im Fokus steht dabei die Darstellung der gesellschaftlichen Rahmung in der Moderne sowie die Rolle von Wissenschaft und Wissen im 21. Jahrhundert. Darüber hinaus werden die für die Untersuchung relevanten demokratietheoretischen Konzepte beschrieben.

Aufbauend auf diesem Fundament wird dargestellt, in welchen Dimensionen sich die Diskussion um Politikberatung bewegt. Welche Aufgaben und Grundtypen lassen sich im Diskurs nachweisen? Welche Herausforderungen resultieren aus der Demokratisierung, Pluralisierung und Professionalisierung von Beratung? Mit welchen Problemen und Kritikpunkten muss sich das gesamte Beratungssystem auseinandersetzen?

Im anschließenden Kapitel wird das notwendige Inventar aus dem Fachdiskurs abgeleitet, um Politikberatung untersuchen zu können. Hierzu werden zunächst Möglichkeiten der Kategorisierung und Differenzierung dargelegt. Als nächsten wird der Blick auf nationale und politikkulturelle Effekte gelenkt, die Einfluss auf die Untersuchung von Politikberatung haben, um daran anknüpfend die spezifische deutsche Perspektive zu beleuchten. Zur Einstufung der Beratungseinrichtungen ist es auch notwendig festzuhalten, anhand welcher Maßstäbe und Kriterien ihre Qualität und Wirkung bewertet werden können. Anhand der Literatur wird aufgezeigt, was Politikberatung überhaupt leisten soll, um anschließend zu prüfen, welche Wirkung qualitätssichernde Maßnahmen entfalten können.

Als finales Element der Grundlagen wird diskutiert, was unter Wissenschaftspolitik verstanden werden kann. Hiernach werden die Entwicklungslinien des deutschen Systems seit Ende des Zweiten Weltkriegs nachgezeichnet und seine Besonderheiten bestimmt. Anschließend werden die zentralen Entwicklungen und Tendenzen in der politischen Steuerung der Wissenschaft beschrieben. Anhand seiner aktuellen Herausforderungen und Zielsetzungen wird das Herausforderungsprofil der deutschen Wissenschaftspolitik im Hinblick auf die Politikberatung komplettiert.

Die Konsolidierung der Untersuchungsmethodik und die Bestimmung der untersuchten Politikberatungsinstanzen erfolgt in Kapitel 5., das den zweiten Hauptteil der vorliegenden Arbeit einleitet. Hier erfolgt die umfassende Darstellung der einzelnen Analyseschritte, die aus den Einzelkomponenten gebildet werden, die in den vorangegangenen Kapiteln herausdestilliert wurden. Der erarbeitete Kriterienkatalog wird auf die Primärliteratur sieben ausgewählter zentraler Beratungsinstanzen der deutschen Wissenschaftspolitik angewendet, auf die sich

die Hauptuntersuchung in Kapitel 6. stützt. Durch den konstanten Austausch von Beratungsseite und Politik gibt es hier insgesamt eine hohe Materialmenge, die ausgewertet werden kann. Dank der öffentlichkeitsorientierten Natur von Politikberatung ist der überwiegende Teil hiervon auch leicht zu erschließen und direkt einsehbar. Vor allem das Internet wird häufig genutzt, um Expertise zu publizieren und so wird auch in diesem Dissertationsprojekt stark auf digitale Quellen zurückgegriffen. Auf gezielte Anfragen, beispielsweise auf dem Informationsfreiheitsgesetz basierend, wurde bewusst abgesehen, um die eigenständige Ausrichtung der Beratungsinstanzen erfassen zu können.

Die Arbeit endet mit einer Schlussbetrachtung, in der zunächst das ausgearbeitete Untersuchungsmodell im Lichte der durchgeführten Analyse reflektiert wird. Anschließend werden die zentralen Ergebnisse zusammengeführt und ein Ausblick auf die weitere Entwicklung der Politikberatung in der deutschen Wissenschaftspolitik gegeben.

1.4.) Forschungsstand

Es gibt eine überschaubare Menge an Arbeiten, die sich mit Politikberatung in einzelnen Politikfeldern beschäftigen. Die Darstellungen kratzen hierbei jedoch entweder an der Oberfläche oder fokussieren einzelne Aspekte beziehungsweise Beteiligte.⁵⁰ Ausnahmen bilden die Arbeiten von Cornelia Altenburg zur Atompolitik, Harald Heinrichs zur Umweltpolitik sowie der von Max Krott und Michael Suda herausgegebene Sammelband zur Wald- und Umweltpolitik.⁵¹

Es lassen sich weitere Schwachstellen im Diskurs ausmachen. Auch wenn es Beiträge zu kulturspezifischen Ausprägungen von Politik gibt, fehlt bislang deren praktische Anwendung auf die Wissenschaftspolitik und ihre Beratungsprozesse.⁵² Somit gibt es keine Antwort auf die Frage nach dem spezifisch „Deutschen“ in der Politikberatung in der Wissenschaftspolitik. Hieraus folgern mehrere Probleme: Es erschwert sich die Vergleichbarkeit des Systems mit dem anderer Länder. Dadurch wird es schwieriger, im Vergleich nach Stärken und Schwächen zu suchen. Kombiniert mit der generell niedrigen Zahl an Publikationen, die sich mit der Qualität von Beratung auseinandersetzen, wird evident, dass es an Einschätzungen fehlt, wie es um die Beratungslandschaft der Wissenschaftspolitik in Deutschland steht und dass es zu wenige Bewertungen gibt, was gut und was verbesserungswürdig ist.

⁵⁰ Vgl. Fisch, Stefan/Rudloff, Wilfried (Hrsg.): Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive. Schriftenreihe der Hochschule Speyer (Band 168). Berlin, 2004.

Vgl. Kraul, Margarete/Stoll, Peter-Tobias im Auftrag der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen (Hrsg.): Wissenschaftliche Politikberatung. Göttingen, 2011.

⁵¹ Vgl. Altenburg, Cornelia: Kernenergie und Politikberatung. Die Vermessung einer Kontroverse. Wiesbaden, 2010.

Vgl. Heinrichs, 2002.

Vgl. Krott, Max/Suda, Michael (Hrsg.): Macht Wissenschaft Politik? Erfahrungen wissenschaftlicher Beratung im Politikfeld Wald und Umwelt. Wiesbaden, 2007.

⁵² Vgl. Heinrichs 2002, S. 49f.

Vgl. Thunert, Martin: Politikberatungsprozesse auf verschiedenen Handlungsebenen, in ausgewählten Politikfeldern und nationalen Kontexten, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 417 – 419. S. 417ff.

Wie bereits dargelegt wurde, ist der allgemeine Themenbereich Politikberatung in Deutschland mittlerweile gut erschlossen, was sich jedoch nicht im selben Maße für die Analyse von Beratung in den einzelnen Politikfeldern attestieren lässt. Es gibt kaum detaillierte Gesamtdarstellungen und bis dato nur wenige umfassende Analysen von Prozessen und deren Beteiligten. Für die Wissenschaftspolitik sieht es hier besonders dünn aus. Mit Stand Juni 2020 gibt es keine detaillierte Analyse der Beratung in der deutschen Wissenschaftspolitik. Abgesehen von Armin Grundwalds Veröffentlichung „Technik und Politikberatung“ aus dem Jahr 2010, die in der Philosophie verortet ist, existiert mit gemeinschaftlichen Beiträgen von Katja Patzwaldt und Kai Buchholz bisher nur zwei politikwissenschaftliche Arbeiten, die sich dediziert mit diesem Thema auseinandersetzen.⁵³ Die Fachliteratur ist weiterhin unterentwickelt, was auch daran liegt, dass Politikberatung in der Wissenschaftspolitik „bislang kein eigenständiger Forschungsbereich“⁵⁴ ist. Trotz ihrer jahrzehntelangen Präsenz und der Bedeutung von Wissenschaft für unsere Gesellschaft und die Politik gab es auch in der jüngeren Vergangenheit keine Fortschritte in dem Themenfeld. Deutsche Untersuchungen zur Politikberatung in der Wissenschaftspolitik setzen sich bislang mit individuellen Beratungsinstanzen auseinander und lassen die fundierte Auseinandersetzung mit den oben beschriebenen Spannungsverhältnissen vermissen. Einzig die Frage nach Interessenvertretung wird vereinzelt bemüht. Zuletzt finden sich noch Arbeiten zur Evaluationsforschung, die sich im Themenfeld verorten lassen.⁵⁵ Die unzureichende Analysetiefe zeigt sich auch daran, dass zwar vergleichsweise neue, aber dennoch bedeutende Akteurinnen und Akteure, wie beispielsweise die Nationalen Akademien der Wissenschaften, nur unzureichend wissenschaftlich erfasst werden.⁵⁶ Auch der Forschungsbereich um Partizipation und Mitgestaltung in der Forschung ist, obwohl er ebenfalls kein junger Trend mehr ist, noch dünn aufgestellt.⁵⁷

2.) Rahmenbedingungen der Politikberatung in der Wissenschaftspolitik

Im Prozess der Entwicklung eines Maßstabs und des Vokabulars zur Analyse von Beratungssystemen in Deutschland gilt es zunächst, die Rahmenbedingungen des Diskurses abzubilden. Hierzu werden einleitend Konzepte dargelegt, deren Verständnis grundlegend für die vorliegende Untersuchung sind. Von besonderem Interesse sind hier gesellschaftliche, technolo-

⁵³ Vgl. Grundwald, Armin: Technik und Politikberatung. Philosophische Perspektiven. Frankfurt am Main, 2010.

Vgl. Patzwaldt/Buchholz 2006.

Vgl. Buchholz/Patzwaldt 2019.

⁵⁴ Ebd., S. 342.

⁵⁵ Vgl. ebd.

⁵⁶ Vgl. Lentsch, Justus: Akademien der Wissenschaften: Wissensmakler für Politik und Gesellschaft, in: Simon, Dagmar u.a. (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden 2010, S. 406 – 426, S. 406.

Vgl. Wöltge, Herbert: Die Akademien im Handbuch Wissenschaftspolitik, in: Leibniz Sozietät der Wissenschaften zu Berlin (Hrsg.): Leibniz Intern (Nr. 45). Berlin, 2009. S. 10.

⁵⁷ Vgl. Buchholz/Patzwaldt 2019, S. 344.

gisch-wissenschaftliche und politische Entwicklungen, die Anteil an der gestiegenen Bedeutung von Beratung haben und sich im Bereich der Wissenschaftspolitik besonders zu verdichten scheinen. Dem Vorbild Webers und Habermas' gemäß, erfolgt zuerst eine Darstellung der entscheidenden Faktoren der Moderne, um den Grundlagenhorizont zu ebnen. Daran schließt eine Analyse von Wissenschaft, Wissen und Politik im 21. Jahrhundert an, um die Bezugsgrößen für die Diskussion wissenschaftspolitischer Beratung zu bestimmen.

2.1.) Der soziokulturelle Rahmen – Medien- oder Wissensgesellschaft?

Um Politik und ihre Beratung zu untersuchen reicht es nicht aus, sie jeweils isoliert zu betrachten. Als Bestandteile des großen gesellschaftlichen Gesamtapparats müssen sie auch derart eingebettet studiert werden. Nur durch einen interdisziplinären Ansatz erscheint es möglich, einen adäquaten Zugang zu den Thematiken zu gewinnen. Um die Veränderungen in Gesellschaft, Wissenschaft, Politik und den Medien zu beschreiben, wird daher nun auf Beiträge aus der Politikwissenschaft, der Soziologie und den Medienwissenschaften zurückgegriffen.

Wie beschreibt die Literatur unsere moderne Gesellschaft und wo sieht der Fachdiskurs ihre bestimmenden Momente und definierenden Aspekte? Auf der Suche nach einer Antwort stößt man dabei schnell auf eine Vielzahl an Gesellschaftsdefinition. Sie erfüllen zum einen für die wissenschaftliche Diskussion eine wichtige Rolle. Über sie lässt sich zum anderen erfassen, welches Selbstverständnis eine Gesellschaft aufweist, worüber ein Handlungsrahmen und die Erwartungshaltung prognostiziert werden können.⁵⁸ Die Veränderungen der Moderne scheinen dabei Einfluss auf die Mentalität und die Handlungen der Menschen zu haben.⁵⁹

Die Moderne stellt sich als unüberschaubare Menge von Informationen dar, in dem man leicht die Orientierung verlieren kann.⁶⁰ Das Leben gewinnt an neuen Schwierigkeiten hinzu, die Politik und die Steuerung der Gesellschaft werden immer diffiziler.⁶¹ Daraus resultiert nicht nur für die Politik eine Überforderung. Neue Handlungs- und Lebensmöglichkeiten sowie die Aufarbeitung von Informationen stellen auch die Bürgerinnen und Bürger vor eine fast unlösbare Aufgabe.⁶²

⁵⁸ Vgl. Vowe, Gerhard: „Wissensgesellschaft“, „Mediengesellschaft“ und andere Angebote für den Deutungsmarkt. Der Beitrag der Kommunikationswissenschaft zum Selbstverständnis der Gesellschaft, in: Raab, Johannes et al. (Hrsg.): Medien und Kommunikation in der Wissensgesellschaft. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft Band 35. Konstanz, 2008. S. 46 – 61. S. 47.

⁵⁹ Vgl. Adolf, Marian/Steher, Nico: Medien in der Wissensgesellschaft: Auf der Suche nach Schnittstellen, in: Raab, Johannes et al. (Hrsg.): Medien und Kommunikation in der Wissensgesellschaft. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft Band 35. Konstanz, 2008. S. 62 – 73. S. 63.

⁶⁰ Vgl. Stehr, Nico/Grundmann, Reiner: Expertenwissen. Die Kultur und die Macht von Experten, Beratern und Ratgebern. Weilerswist, 2010. S. 44.

⁶¹ Vgl. ebd., S.7.

⁶² Vgl. Fuchs, Dieter: Demokratie und Beteiligung in der modernen Gesellschaft: einige demokratietheoretische Überlegungen, in: Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (Hrsg.): Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase. Wiesbaden, 2000. S. 250 – 280. S. 263.

Vgl. Lendi 2005, S.154.

Max Weber war einer der frühen und bekanntesten Beobachter der Pluralisierung der Gesellschaft. Generell lässt sich konstatieren, dass seit Ende des 19. Jahrhunderts festgestellt wurde, dass sich die Gesellschaft ausdifferenziert und das Leben komplizierter wird.⁶³ In der modernen Gesellschaft treffen verschiedene soziale, ökonomische sowie politische Gruppen aufeinander und treten miteinander in Wettstreit.⁶⁴ Hinführend zu diesem Prozess und durch ihn weiter angekurbelt, erfahren Werte, Interessen und auch das Wissen eine Pluralisierung.⁶⁵ Hieraus entstehen Herausforderungen und Konfliktpunkte, auf die unsere Gesellschaft und natürlich die Politik reagieren müssen. Paradoxe Weise hilft hierbei der neue Pluralismus. Eine Gesellschaft, die auf mehreren Ebenen divers aufgestellt ist, kann besser mit konkurrierenden Lebens-, Wissenschafts- und Politikansätzen umgehen.⁶⁶

Als Mitauslöser für diesen Status der Moderne werden in der aktuellen Literatur häufig zwei Motoren ausgemacht. Zum einen wird die Medienlandschaft, allen voran das Internet und die sogenannten Neuen Medien, herangezogen und auf ihre Einflüsse hin ausgewertet. Die medientechnische Entwicklung ist eng mit dem zweiten Motor der Moderne verbunden, der sie erst ermöglicht hat: der wissenschaftliche Fortschritt. Im Rahmen dieser Arbeit ist es nicht möglich und sinnig, die Diskussion der modernen Gesellschaft über mehrere Modelle hinweg erschöpfend auszuwerten. Unter Bezugnahme auf die beiden erwähnten Ursachen der Komplexitätszunahme ist es zielführender, den Blick auf die prominenten Konzepte der Medien- und Wissensgesellschaft beziehungsweise -demokratie zu richten. Zeitgleich kann so beleuchtet werden, welche Rolle die Medien und Wissen in der Definition einer modernen Gesellschaft einnehmen.

Der Begriff Mediengesellschaft hat im wissenschaftlichen Diskurs Deutschlands eine dominante Rolle eingenommen.⁶⁷ Er verweist auf die zentrale Stellung der etablierten und der Neuen Medien in der Gegenwart. In der Literatur wird häufig der Terminus Medialisierung verwendet, um die systemübergreifenden Prozesse zu beschreiben, die unter den weitreichenden Einfluss der Medien fallen.⁶⁸ Für die Diskussion von Expertise ist hier unter anderem von besonderem Interesse, welche Wirkung die miteinander verwandten Konzepte Reputation und Prominenz besitzen. Mit der generellen Beobachtung, dass sich die Medienlandschaft in den letzten Jahren gravierend geändert hat, stimmen im Fachdiskurs quasi alle Beiträge überein. Das Aufkommen der Neuen Medien und der medientechnologische Fortschritt, allen voran die

⁶³ Vgl. Heinrichs, Harald: Advisory Systems in Pluralistic Knowledge Societies: A Criteria-Based Typology to Assess and Optimize Environmental Policy Debate, in: Maasen, Sabine/Weingart, Peter: Democratization of Expertise? Exploring Novel Forms of Scientific Advice in Political Decision-Making. Sociology of the Sciences Volume XXIV. Dordrecht, 2009. S. 41 – 62. S. 42.

⁶⁴ Vgl. Eckert, Roland: Wissenschaft und Demokratie. Plädoyer für eine verantwortliche Wissenschaft. Tübingen, 1971. S. 35.

⁶⁵ Vgl. Heinrichs 2009, S. 42.

⁶⁶ Hagner, Michael: Wissenschaft und Demokratie oder: Wie demokratisch soll die Wissenschaft sein?, in: Hagner, Michael (Hrsg.): Wissenschaft und Demokratie. Edition Unselde 47. Berlin, 2012. S. 9 – 50. S. 41.

⁶⁷ Vgl. Donges 2008, S. 19.

⁶⁸ Vgl. ebd., S. 24ff.

fortschreitende Computerisierung des Alltags und das Internet, lassen andere Meinungen unzulässig erscheinen. Es haben sich nicht nur die möglichen Kommunikationskanäle vermehrt und die Zahl der Kommunikationsteilnehmenden erhöht, auch die Funktionsweise und die Wirkung der Medien haben sich verändert.

Der Begriff Mediengesellschaft hat in Deutschland, bis zu seiner prominenten Etablierung im wissenschaftlichen Diskurs, eine dreistufige Ausbauphase durchlaufen. In den 1970ern erstmals eingebracht, musste er zuerst das Schandmal der Massengesellschaft abschütteln. Der durch Persönlichkeiten wie Adorno, Habermas und Horkheimer geprägte Theoriestrang hierzu, der fehlende Individualität, die Pathologie der Mediatisierung und die Steuerung der Massen beklagte, war gerade in Deutschland sehr einflussreich.⁶⁹ Diese überwiegend negative Argumentationskette wurde in den 1980ern vorsichtig durchbrochen, die Sicht auf die kritisch beobachtete Gesellschaft begann sich zu verändern.⁷⁰ Der Umgang mit dem Begriff Mediengesellschaft war jedoch noch vorsichtig und distanziert, was sich erst zum Beginn des neuen Jahrtausends änderte. Seitdem ist er fest etabliert und Bezugsgröße für die wissenschaftliche Arbeit in verschiedenen Disziplinen.⁷¹

Primär wird unter dem Phänomen zusammengefasst, dass die Medien in der Moderne eine zentrale und allgegenwärtige Position einnehmen, was Auswirkungen auf die anderen gesellschaftlichen Teilsysteme hat. Kommunikation und Medien sind die Fokuspunkte der Gesellschaft sowie ihrer Interaktionen und Handlungen. Die mediale Erwartungshaltung wird zum zentralen Ausrichtungsmerkmal. Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und die Öffentlichkeit orientieren sich zunehmend an ihr und richten sich daher neu aus.⁷²

Die Verhältnisse sind jedoch nicht so einseitig, wie es zunächst klingen mag. Auch die Medien haben durch äußere Einflüsse eine Veränderung durchlaufen. Sie sind marktorientierte Dienstleistende, die auf der Jagd nach Aufmerksamkeit und Zuschauern sind. Dabei unterliegen sie besonderen ästhetischen und emotionalen Anforderungsprofilen, um erfolgreich sein zu können. Diesen müssen sich in Konsequenz auch die anderen Kommunikationsteilnehmenden anpassen, um ihre Chancen auf eine Berichterstattung zu steigern.⁷³ Hier findet sich einer der Schlüssel zu Reputation und Prominenz. Beide sind das Ergebnis eigentlich unterschiedlicher und getrennter Prozesse, die durch die Medienöffentlichkeit ineinander ver-

⁶⁹ Vgl. Vowe 2008, S. 53.

⁷⁰ Vgl. ebd., S. 54f.

Vgl. Rose, Nikolas: Demokratie in den heutigen Biowissenschaften, in: Hagner, Michael (Hrsg.): Wissenschaft und Demokratie. Edition Unseld 47. Berlin, 2012. S. 214 – 242. S. 230f.

⁷¹ Vgl. Vowe 2008, S. 53.

⁷² Vgl. ebd., S. 56.

Vgl. Rödder, Simone: Wissenschaft auf der Titelseite der New York Times – zur Konflikthaftigkeit medialer und wissenschaftlicher Logik, in: Raabe, Johannes et al. (Hrsg.): Medien und Kommunikation in der Wissensgesellschaft. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft Band 35. Konstanz, 2008. S. 326 – 339. S. 327f.

⁷³ Vgl. Weingart 2005b, S. 151f. und 180.

laufen können, wenn sich beispielsweise ein Wissenschaftler als Experte äußert. Generell gesprochen hilft Reputation dabei, Wissen zu verbreiten und erhöht zeitgleich die Wahrscheinlichkeit, dass jemand zuhört. Für die Politik bietet sie eine erste Möglichkeit, im Informationsdschungel der Entscheidungsfindung Orientierung zu erlangen, da eine Person Reputation erlangt, indem sie sich hierfür qualifiziert und dafür anerkannt wird. Prominenz, oder besser Medienprominenz, kann als Pendant zu Reputation verstanden werden. Zwar müssen Expertinnen und Experten auch hier hervorragende Arbeit leisten, um ins Blickfeld zu rücken, erlangen Prominenz aber nur durch die Anpassung an Medienkriterien.⁷⁴

Die Aufstellung der Kommunikationslandschaft wurde in den letzten Jahrzehnten durch das Aufkommen der sogenannten Neuen Medien stark aufgerüttelt. Sie erweitern die traditionellen Medien und zeichnen sich primär durch Interaktivität und Digitalität aus.⁷⁵ Die Möglichkeiten der Informationsvermittlung haben sich in Inhalt und Form deutlich vergrößert. Als Resultat zirkulieren in der Moderne mehr Informationen als je zuvor, was den allgemeinen Informationsstand steigen lässt. Auf der anderen Seite verdichten und vermehren sich Informationen jedoch in der heutigen Zeit so stark, dass sie zur bereits erwähnten Komplexität und Unübersichtlichkeit der Welt beitragen. Neben der reinen Menge an Informationen haben sich die Zugänge und ihre Verbreitung durch die Neuen Medien vervielfältigen können.⁷⁶ Hierbei wird jedoch nicht nur der Durchsatz an Informationen erhöht, sondern auch der Prozess der gesamtgesellschaftlichen Sinnvermittlung in den Fokus der Diskussion gerückt.⁷⁷ Die Neuen Medien haben einen hohen Grad der gesellschaftlichen Durchdringung erreicht. Vor allem mobile Endgeräte nehmen heutzutage eine immer größere Rolle im Leben der Menschen ein. Weitere technologische Entwicklungsschritte, wie das „Internet der Dinge“, lassen absehen, dass die Geschwindigkeit des digitalen Fortschritts in naher Zeit nicht abnehmen wird.⁷⁸

Für alle Teile der Gesellschaft ergeben sich daraus nicht nur neue Möglichkeiten, es entstehen auch neue Probleme. Einer der zentralen kritischen Umstände wird mit dem Schlagwort der digitalen Spaltung erfasst. Der Ansatz konstatiert, dass mit dem Internet der Umgang mit Informationen und Wissen erleichtert wird. Zeitgleich beginnt sich in der Gesellschaft ein Riss abzuzeichnen. Auf der einen Seite steht die Elite, die stärkere Fähigkeiten im Erfassen und Einordnen von Informationen hat. Auf der anderen Seite bildet sich ein Proletariat, das

⁷⁴ Vgl. Weingart 2005b, S. 170f.

⁷⁵ Vgl. Holly 2000, S. 87.

⁷⁶ Vgl. Lendi 2005, S. 44.

Vgl. Nölleke, Daniel: Experten im Journalismus. Systemtheoretischer Entwurf und empirische Bestandsaufnahme. Schriftenreihe „Aktuell. Studien zum Journalismus“ Band 2. Baden-Baden, 2013. S. 26.

⁷⁷ Vgl. Donges 2008, S. 20.

⁷⁸ Vgl. Sprenger, Florian/Engemann, Christoph (Hrsg.): Internet der Dinge: Über smarte Objekte, intelligente Umgebungen und die technische Durchdringung der Welt. Bielefeld, 2015.

Neue Medien primär für Unterhaltungszwecke nutzt.⁷⁹ Die Studienlage verweist auf starke Disparitäten zwischen den Gesellschaftsschichten. Sie dienen als Beleg für den unterschiedlichen Umgang mit digitalen Medien, weisen aber auch darauf hin, dass die Zugangsmöglichkeiten ungleich verteilt sind. Je vermögender eine Person, umso mehr ist sie online und nutzt das Netz im direkten Vergleich stärker für den Bezug von Wissen.⁸⁰ Die Fragmentierung und Unordnung von Inhalten trägt dazu bei, die Kompetenzunterschiede innerhalb der Gesellschaft noch stärker zu betonen.

Auch wenn durch das Internet also der Zugriff auf bislang unzugängliche Informationen möglich wird und sich neue Möglichkeiten des Wissenschaftsmarketings ergeben, muss die Digitalisierung gerade im Umfeld von Forschung kritisch betrachtet werden. Nicht nur die Öffentlichkeit muss über bessere Fähigkeiten verfügen, um mit der neuen Menge an Informationen umgehen zu lernen und relevante Inhalte zu filtern. Auf Seiten der Wissenschaft liegt die Verantwortung, das Bewerben ihrer Arbeit besser auf das erweiterte Zielpublikum anzupassen und Inhalte so zu formulieren und darzustellen, dass sie aufgenommen werden können.⁸¹ Außerdem gilt es, auf Seiten der Forschenden sowie der Expertinnen und Experten selbst Vorbehalte gegenüber den Internettechnologien abzubauen. Die Digitalisierung hat natürlich schon lange Einzug in die Hochschulen und Forschungseinrichtungen erhalten und diese bereits nachhaltig verändert. Die Transformationsprozesse vollziehen sich auf Ebene der Inhalte, der Prozesse und der Strukturen der Wissenschaft. Die Veränderungen werden vereinzelt als so gravierend eingeschätzt, dass sogar von einem neuen Typus der Wissenschaft gesprochen wird.⁸² Daher mehren sich die Stimmen, die von einer zu großen Annäherung an digitalen Puls warnen. Sie betonen die Gefahr, dass die Neuen Medien Forschende dazu verleiten würden, sich weniger um die Generierung neuer Erkenntnisse zu kümmern, als sich vielmehr um die Verbreitung medienkonformer Inhalte zu sorgen.⁸³ Auch in der Digitalisierung der Wissenschaft zeigten sich die Auswirkungen der Corona-Pandemie. Sie wirkte als Katalysator, da sie beim Ausbau der digitalen Kapazitäten in Forschung und Lehre zu Tempo zwang, um die Funktion der Wissenschaft und ihrer Institutionen zu gewährleisten und im Hinblick auf kooperative Forschungsprojekte zur Bekämpfung der Pandemie letztlich auch zu beschleunigen. Im Mai 2020 warben die Landeswissenschaftsminister in diesem Zuge um einen „Digitalpakt

⁷⁹ Vgl. Zillien, Nicole/Jäckel, Michael: Distinguierte „Allesfresser“ – Statusdifferenzen der Internetnutzung, in: Raabe, Johannes et al. (Hrsg.): Medien und Kommunikation in der Wissensgesellschaft. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft Band 35. Konstanz, 2008. S. 227 – 237. S. 227.

⁸⁰ Vgl. ebd., S. 230f.

⁸¹ Vgl. Wormer, Holger: „Warum ist der Himmel blau?“ – Wie die Massenmedien Wissensthemen aufbereiten und verbreiten, in: Dausendschön-Gay, Ulrich/Domke, Christine/Ohlhus, Sören (Hrsg.): Wissen in (Inter-). Verfahren der Wissensgenerierung in unterschiedlichen Praxisfeldern. Linguistik – Impulse & Tendenzen 39. Berlin und New York, 2010. S. 347 – 376. S. 368f.

⁸² Vgl. Taubert, Nils: Digitale Publikations- und Forschungsinfrastrukturen, in: Simon, Dagmar et al. (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. 2. Auflage. Wiesbaden, 2016. S. 591 – 608. S. 591f.

⁸³ Vgl. Hagner 2012, S. 37.

Hochschule⁸⁴, mit dem auch bislang versäumte Infrastrukturinvestitionen angegangen werden sollten. Bundesforschungsministerin Anja Karliczek erteilte dem Vorstoß eine Absage.⁸⁵

Wissensgesellschaft ist das andere große Schlagwort, das sich in der Fachliteratur etabliert hat. Es gibt unterschiedliche Definitionsansätze, die aber alle auf einen zentralen Aspekt hinweisen. Für alle Bestimmungsansätze ist entscheidend, dass Wissen die Achse der modernen Gesellschaft und ihrer Subsysteme bildet. Sie unterscheiden sich aber darin, welche Teilaspekte oder Resultate dieses Prozesses sie hervorheben. Dabei werden in der öffentlichen und fachlichen Diskussion auch Definitionen verwendet, die mit stark reduzierten Entwicklungsschritten oder Resultaten arbeiten und so im Ansatz stecken bleiben. Beispielsweise passiert dies, wenn die Wissensgesellschaft dadurch charakterisiert wird, dass Wissen in die Gesellschaft eindringt und sie verändert. So trifft dies zwar zu, reicht aber bei weitem nicht aus, um die Komplexität und die Wechselwirkungen zu erfassen, die damit Einzug erhalten haben.⁸⁶

Der Weg zur Wissensgesellschaft kann in drei Stationen eingeteilt werden: Als erstes lässt sich feststellen, dass nach Ende des Ersten Weltkriegs das Bildungsniveau in Deutschland zu steigen begann, was sich vor allem in einem deutlichen Anstieg der Universitätsabschlüsse widerspiegelt. Diese Entwicklung war die Grundlage für den zweiten Schritt, bei dem sich Wissen und seine traditionelle Basis entkoppelten. Neue Potenziale zur Produktion von Wissen und folgerichtig auch Technologien und Gütern konnten sich entfalten. Zuletzt durchlief die Gesellschaft mit allen Subsystemen einen Wandlungsprozess, um im dritten Schritt eine differenzierte und pluralisierte Form anzunehmen.⁸⁷ Max Weber war einer der ersten Beobachter dieser Prozesse und lieferte die theoretischen Grundlagen für die Arbeiten späterer Forscher. In diesen wurden Wissenschaft und Bildung als Schlüssel zur Rationalisierung erkannt und das Wissen konnte seine zentrale Stellung einnehmen.⁸⁸

Die erste Begriffsprägung der Wissensgesellschaft erfolgte in den 1960er Jahren durch Robert E. Lane. Popularität erlangte die Bezeichnung aber erst unter Daniel Bell.⁸⁹ In seinem Konzept bildet Wissenschaft den Pol der Gesellschaft und den Motor für ihre Entwicklung. Innovation und Fortschritt auf Basis von Wissenschaft und Forschung setzen daher die oberste Direktive. In Wechselwirkung mit der steigenden ökonomischen Relevanz nimmt nun auch die

⁸⁴ <https://www.jmwiarda.de/2020/05/21/landeswissenschaftsminister-wollen-digitalpakt-hochschule/> (19.05.2021)

⁸⁵ Vgl. <https://www.jmwiarda.de/2020/11/05/k%C3%BCnstliche-intelligenz-statt-digitalpakt-f%C3%BCr-die-uni/> (19.05.2021)

⁸⁶ Vgl. Weingart, Peter: Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft. Studienausgabe. Weilerswist, 2005a, S. 16f.

⁸⁷ Vgl. Liebsch, Katharina/Manz, Ulrike: Jenseits der Expertenkultur. Zur Aneignung und Transformation bipolitischen Wissens in der Schule. Wiesbaden, 2007, S.17f.

⁸⁸ Vgl. Nölleke 2013, S. 29.

Vgl. Weingart 2005a, S. 16.

⁸⁹ Vgl. ebd., S. 11.

Vgl. Vowe 2008, S. 48.

breite Masse der Bevölkerung Wissen als zentrales Gut wahr.⁹⁰ Gleichzeitig kommt Expertinnen und Experten sowie wissenschaftlichen Beratenden eine bisher unbekannte Bedeutung zu. Gespeist wird dies zum einen durch die zentrale Rolle von Wissen und dem Umgang mit ihm, aber auch dadurch, dass zu Beginn der Wissensgesellschaft noch ein positiveres und sicheres Bild gezeichnet werden konnte. Man war der Ansicht, dass Wissen, hier noch produziert durch Forschung, echt und vertrauenswürdig ist. Die Wissenschaft war sicherheitsstiftend und half den verunsicherten Menschen der Moderne, sich zu orientieren.⁹¹ Deutlich erkennbar ist die Nähe zu dem, was man als Wissenschaftsgesellschaft bezeichnen kann, primär gekennzeichnet durch den Status von Expertinnen und Experten.⁹² Die gegenwärtigen Tendenzen und Veränderungen hebeln diese Annahmen aus. Wissen ist nicht mehr sicher, ist pluralisiert und entsteht heute auch außerhalb der Universitätsmauern. Die Wissensgesellschaft der ersten, klassischen Konzeption ist also nicht mehr mit der Gegenwart vereinbar. Sie hat sich durch ihre Ausdehnung und Erweiterung selbst ihrer Grundlage beraubt.

In den 1980ern durchlief der Begriff der Wissensgesellschaft eine Veränderung. Mit dem ehemals vorherrschenden Optimismus war es vorbei. Nico Stehr beschrieb als erster die andere Seite der Medaille.⁹³ Wissenschaft und Gesellschaft sind demnach reziprok durchdrungen. Die klaren Grenzen verschwimmen, Wechselbeziehungen rücken in den Vordergrund. In Folge entsteht eine wissenschaftliche Elite, die Verantwortung und Führung übernehmen soll, um den zeitgleich aufkommenden Unsicherheiten zu begegnen.⁹⁴ Durch dieses Update kommt die Wissensgesellschaft dem näher, was sich mit den Beobachtungen der Gegenwart deckt. Stehr weist jedoch den Medien nur eine untergeordnete Rolle zu und vernachlässigt den Aspekt der Kommunikation.⁹⁵ Somit werden vitale Funktionsaspekte in der Moderne ausgelassen. Auch die Wissenschaft und das Wissen sehen sich Veränderungen unterworfen, die auf den kommunikationstechnologischen Fortschritt zurückzuführen sind, wie im anschließenden Kapitel noch erläutert wird.

2.2.) Zum Status von Wissenschaft und Wissen

Nachdem für die Diskussion der modernen Gesellschaft ein Rahmen gezogen wurde, kann nun mit der Zustandsbeschreibung von Wissen und Wissenschaft im 21. Jahrhundert der

⁹⁰ Vgl. Stehr/Grundmann 2010, S. 13.

Vgl. Vowe 2008, S. 49.

⁹¹ Vgl. Schäfer, Mike S.: Medialisierung der Naturwissenschaft in den Massenmedien? Eine themenvergleichende Analyse, in: Raabe, Johannes et al. (Hrsg.): Medien und Kommunikation in der Wissensgesellschaft. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft Band 35. Konstanz, 2008. S. 315 – 325. S. 315.

Vgl. Vowe 2008, S. 49.

⁹² Vgl. Heinrichs 2009, S. 43.

⁹³ Vgl. Weingart 2005a, S. 13.

⁹⁴ Vgl. Felt, Ulrike: Transdisziplinarität als Wissenskultur und Praxis, in: Mitteilungen des Österreich-Konsortiums GAIA 19/1. Wien, 2010. S. 75 – 77, S. 75.

Vgl. Vowe 2008, S. 49f.

⁹⁵ Vgl. ebd., S. 50.

nächste Schritt in Richtung der Analyse von Wissenschaftspolitik und Beratung erfolgen. Das Konzept der Verwissenschaftlichung der Gesellschaft zeigt unmissverständlich, welchen zentralen Platz Wissen für uns heutzutage einnimmt. Diese Erkenntnis scheint einstimmig im Fachdiskurs zu herrschen, ebenso wie zum steten Zuwachs an neuem Wissen. Wissen diffundiert dabei nicht isoliert in die Gesellschaft, auch die Herausforderungen, die durch den Fortschritt und neues Wissen entstehen, erhalten mit Einzug.⁹⁶ Fast paradox bietet Wissen zeitgleich aber Orientierungshilfe in der selbst erzeugten Komplexität. Als „Grundlage und Richtschnur menschlichen Handelns“⁹⁷ hilft es, die Realitäten unserer Welt einzuschätzen. Daher ist es nicht verwunderlich, dass auf öffentlicher sowie politischer Seite die Nachfrage nach Wissen steigt und die Medien sich der Aufgabe angenommen haben, es zu vermitteln.⁹⁸ Die Übertragung von Wissen hat sich vom Stil der unidirektionalen Kommunikation verabschiedet. Produktion und Vermittlung sind heutzutage Prozesse, durch die mittels interaktiver Methoden Wissen transferiert wird.⁹⁹ Die elektronischen Medien leisten dem einen enormen Vorschub. Fortschrittliche Speicher- und Distributionswege vereinfachen die Wissensverteilung und erhöhen den Output.¹⁰⁰ Diese systemübergreifende Übertragungsarbeit verstärkt die gesellschaftliche Durchdringung. Bei dieser ungewöhnlichen Ausgangslage muss an dieser Stelle hinterfragt werden, was Wissen heute bedeutet.¹⁰¹

2.2.1.) Wissen im 21. Jahrhundert

Wenn man davon ausgeht, dass es immer mehr Wissen gibt, liegt auch die Vermutung nah, dass sich seine Produktion verändert hat. Die Literatur scheint die Annahme zu bestätigen, dass sich die Art und die Orte der Wissensgenese verändert haben. Die Produktion von Wissen ist in den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen heutzutage selbst stark differenziert und pluralisiert. Sie spiegelt die Komplexität der einzelnen Fächer und ihre interdisziplinäre Vernetzung wider. Als Resultat lässt sich zum einen der generelle Anstieg des Kenntnisstandes verzeichnen. Auf der anderen Seite steht, dass durch diese zusätzlichen Stimmen auch mehr konkurrierendes Wissen entsteht.¹⁰² Für die Empfangenden und Nutzenden be-

⁹⁶ Vgl. Nölleke 2013, S. 26.

⁹⁷ Stehr/Grundmann 2010, S. 7.

⁹⁸ Vgl. Adolf/Stehr 2008, S. 65f.

⁹⁹ Vgl. Dausendschön-Gay, Ulrich/Domke, Christine/Ohlhus, Sören: Einleitung: Wissen in (Inter)Aktion, in: Dausendschön-Gay, Ulrich/Domke, Christine/Ohlhus, Sören (Hrsg.): Wissen in (Inter-). Verfahren der Wissensgenerierung in unterschiedlichen Praxisfeldern. Linguistik – Impulse & Tendenzen 39. Berlin und New York, 2010. S. 1 – 20. S. 4.

¹⁰⁰ Vgl. Nölleke 2013, S. 26.

¹⁰¹ Vgl. Stehr/Grundmann 2010, S. 20.

¹⁰² Vgl. Heinrichs 2002, S. 34.

deutet die Veränderung der Produktion, dass eine Anpassung ihrer Aneignungsleistung erfolgen muss.¹⁰³ Das heißt, dass sich der „gesellschaftliche Umgang mit dem naturwissenschaftlich zwar fundierten, gesellschaftlich aber weiterhin kontingenten Wissen [...] zwangsläufig der Dynamik der rapiden Innovation anpassen“¹⁰⁴ muss.

Der letzte Punkt verweist erneut auf die Bedeutung und den Bedarf von Politikberatung. Für Expertinnen und Experten resultiert hieraus aber auch, dass es für sie noch schwerer wird, Inhalte und Ratschläge an Politik und Gesellschaft zu vermitteln. Politikberatung im 21. Jahrhundert ist so komplex wie nie zuvor. Dieser Umstand wird durch die neuen Orte der Wissensgenerierung verstärkt. Waren Hochschulen lange Zeit vorherrschend, haben sich mit der Zeit neue Akteurinnen und Akteure etablieren können. Diese neuen Institutionen, vor allem Nichtregierungsorganisationen, Privatunternehmen und Think Tanks, vergrößern das Angebotsspektrum beachtlich.¹⁰⁵ Sie agieren zum überwiegenden Teil außerhalb des alten Systems und wenden als Wissensbetriebe ökonomische Prinzipien an. Sie produzieren Wissen, bieten es an, verkaufen und verteilen es. Darüber hinaus treiben sie die Globalisierung der Wissensmärkte voran. Die Loslösung von den klassischen Standorten war hierfür ein wichtiger Teilschritt und betrifft ebenfalls die Ländergrenzen. Wissen wird heute auch internationalisiert.¹⁰⁶ Für Deutschland werden häufig die Europäisierung und der strukturelle Ausbau der EU als Herausforderungsfeld für die Politik definiert. Diese Tatsache ist auch nicht von der Hand zu weisen und bietet gerade für die Politikberatung eine Vielzahl an Prüfsteinen. Dennoch verdeckt diese Art des eurozentrischen Denkens leicht Aspekte mit globaler Tragweite. Gerade für den Wissens- und Wissenschaftsbereich sowie die Innovationslandschaft Deutschlands ist beispielsweise China eine bedeutende und zeitgleich nicht immer leicht zu kalkulierende Größe.¹⁰⁷

Die skizzierten Veränderungen legen die Vermutung nah, dass auch der Begriff und die Typologie des Wissens Wandlungen durchlaufen haben. In der Fachliteratur finden sich viele Betrachtungen, die eine solche Vermutung stützen und unterstreichen, dass sich die Beschaffenheit, der Umgang mit und die Kategorisierung von Wissen im 21. Jahrhundert neu aufstellen. Der Ausgangspunkt ist, wie bereits dargestellt, in der Rationalisierung zu sehen, wie Weber sie beschrieben hat. Der Wissensschatz der Menschen begann, sich von Mythen hin zu Fakten und der Philosophie zu verschieben.¹⁰⁸ Durch Dynamiken in der Gesellschaft, den Medien und der Forschung lässt sich heute eine erneute Entzauberung konstatieren. Anders als damals erfolgt keine Verdrängung durch wissenschaftliches Wissen. Im Gegenteil:

¹⁰³ Vgl. Liebsch/Manz 2007, S. 9.

¹⁰⁴ Adolf/Stehr, S. 70.

¹⁰⁵ Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S. 9ff.

¹⁰⁶ Vgl. Liebsch/Manz 2007, S. 19f.

¹⁰⁷ Vgl. Hagner 2012, S. 19.

¹⁰⁸ Vgl. Eckert 1971, S. 26.

Das wissenschaftliche Wissen verliert seinen Glanz und seine Stellung.¹⁰⁹ Eine zweite Entzauberung ist erfolgt. Produzierende und Rezipierende haben sich vervielfacht, was zu einem Anstieg der konkurrierenden Stimmen und einer erschwerten Orientierung in einer komplexen Welt führt. Verschärft wird dieser Faktor dadurch, dass Wissen in seiner Struktur heutzutage nur selten auf ein Feld begrenzt bleibt. Zwar entwickeln sich die Einzelzweige in weitere spezialisierte Richtungen, das resultierende Wissen und die Arbeitsmethoden sind heute hingegen interdisziplinär. Auch der Praxisbezug ist größer als zuvor, die praktische Anwendbarkeit ist zu einem entscheidenden Faktor geworden.¹¹⁰ Dies gelingt der Wissenschaft selten direkt, sondern erfolgt überwiegend durch Prognosen und Vorhersagen.¹¹¹ Für viele Außenstehende ist dieser Umstand oft nicht zufriedenstellend, da nicht für jeden nachvollziehbar ist, dass Forschende mit Hypothesen und Theorien arbeiten. Im Angesicht des rasanten technischen Fortschritts regt sich auch deswegen bereits seit den 1970ern ein dominantes Gefühl: Unsicherheit.¹¹²

Die Expansion des Wissens bringt auf seiner Kehrseite eine Vielzahl an Problemen mit sich. Bereits in der Vergangenheit stand man dem raschen Wachstum kritisch gegenüber. Man machte ein Gefahrenpotenzial für die Gesellschaft aus und errichtete eine Drohkulisse.¹¹³ Diese Sicht der Fachleute traf auf eine ebenfalls kritische Öffentlichkeit, weswegen man in Politik und Wissenschaft auf eine vertrauensschaffende Rhetorik setzte. Man müsse die Wissenschaft nicht verstehen, so die Botschaft, sondern ihr einfach glauben und vor allem vertrauen. Herausragende Personen wie Albert Einstein setzte man als Garanten für Qualität und Botschafter der Wissenschaft ein.¹¹⁴ Im 21. Jahrhundert, das sich durch die oft verkündeten postfaktischen Tendenzen auszeichnet, wäre ein solches Vorgehen nur noch schwer denkbar oder funktional. Die Politik und die Forschung müssen daher andere Wege erkunden, um die Sorgen der Bevölkerung aufzufangen. Damals wie heute gilt: „Alle suchen Beistand für Entscheidungen unter Ungewissheit [...]“¹¹⁵.

Die beschriebenen Entwicklungen in Gesellschaft und Technologie verschärfen diese Dynamik. Zum einen sind der rasante Zuwachs und die Ausdifferenzierung begleitet von einem unumgehbareren Verzicht. Je weiter sich der Kenntnisstand der Menschheit ausdehnt, umso weiter entfernen sich einzelne Individuen davon, ein umfassendes Wissen besitzen zu können.

¹⁰⁹ Vgl. Heinrichs 2009, S. 43.

¹¹⁰ Vgl. Maasen, Sabine/Weingart, Peter: What's New in Scientific Advice to Politics? Introductory Essay, in: Maasen, Sabine/Weingart, Peter: Democratization of Expertise? Exploring Novel Forms of Scientific Advice in Political Decision-Making. *Sociology of the Sciences* Volume XXIV. Dordrecht, 2009. S. 1 – 20. S. 3ff.

¹¹¹ Vgl. Liebsch/Manz 2007, S. 31.

¹¹² Vgl. Eisenegger, Mark/Imhof, Kurt: Die Wissensproduktionsstätte Wissenschaft unter Druck – Regularitäten medialisierter Wissenschaftsberichterstattung, in Raabe, Johannes et al. (Hrsg.): *Medien und Kommunikation in der Wissensgesellschaft*. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft Band 35. Konstanz, 2008. S. 74 – 86. S. 75.

¹¹³ Vgl. Stehr/Grundmann 2010, S. 88.

¹¹⁴ Vgl. Felt 2005, S. 14.

¹¹⁵ Weingart 2005b, S. 50.

Also ist der gesamtgesellschaftliche Fortschritt auch mit dem Zugeständnis erkaufte, dass man unmöglich alles wissen kann. Für jeden einzelnen Menschen bleiben immer mehr individuell unterschiedliche Themenbereiche verschlossen und somit Bereiche des Lebens nicht erklärbar und ungewiss.¹¹⁶ Der technische Fortschritt durch wissenschaftliches Wissen hat in der Öffentlichkeit einen Januskopf. Auf der einen Seite Innovationsgarant und Wohlfandsfaktor, auf der anderen Seite unzugänglicher Risikofaktor.¹¹⁷ Diese Stellung trägt weiter zur Entzauberung des wissenschaftlichen Wissens bei. Dieses hat in der Gegenwart seine absolute Stellung der Wahrheit verloren.¹¹⁸

Ebenfalls hat sich das Verständnis davon geändert, wie Wissen in der Gesellschaft verortet ist. Der Nimbus des Besonderen ist bröselig, die Isolation lange vorbei. Wissenschaftliche Erkenntnisse können im 21. Jahrhundert nicht mehr allein stehen. Sie müssen im Kontext ihrer sozialen, politischen, lebensweltlichen und normativen, sprich gesamtgesellschaftlichen, Werte erfasst werden. Es entsteht nicht im Vakuum, sondern wird durch kulturelle und institutionelle Einflüsse geformt.¹¹⁹ In der Folge verändert sich auch die Empfangsseite. Beratene, insbesondere in der Politik, sind sich der Veränderungen im Wissensspektrum bewusst und selektieren ihre Quellen strategisch.¹²⁰ Die Position von Wissenschaft und Forschung erfährt eine weitere Schwächung: „So verliert die Vorstellung einer systematischen Überlegenheit wissenschaftlichen Wissens gegenüber anderen Wissensformen an Legitimation und divergierende Ansichten und grundlegende Verunsicherung nehmen zu.“¹²¹

Insbesondere der zuletzt erwähnte Aspekt der Unsicherheit ist prägend für die Diskussion und den Status von Wissen im 21. Jahrhundert. Aus Sicht von Expertinnen und Experten, der Politik und der Öffentlichkeit zugleich ist Wissen unsicher geworden und der technologische Fortschritt direkt mit Risiko verbunden.¹²² Vor allem das wissenschaftliche Wissen ist heute „*uncertain, risky and incomplete*.“¹²³ Auch wenn Unwissen für Forschende fester Bestandteil ihrer Arbeit ist, tritt gerade in der öffentlichen Risikodiskussion zu tage, dass der Gesellschaft das Verständnis für diesen Umstand fehlt und sorgenvolle Gefühle dominieren.¹²⁴ Erneut bildet das Ende des Zweiten Weltkriegs den Ausgangspunkt zur Entwicklungsbeobachtung. Im Schatten der Atombombenabwürfe über Japan stieg das Misstrauen gegenüber der

¹¹⁶ Vgl. Eckert 1971, S. 27.

¹¹⁷ Vgl. acatech 2011, S. 7ff.

Vgl. Grunwald 2010, S. 17ff.

¹¹⁸ Vgl. Liebsch/Manz 2007, S. 18.

¹¹⁹ Vgl. ebd., S. 11.

Vgl. Stehr/Grundmann 2010, S. 63.

¹²⁰ Vgl. Maasen/Weingart 2009, S. 7.

¹²¹ Liebsch/Manz 2007, S. 31.

¹²² Vgl. Liebsch/Manz 2007, S. 30.

¹²³ Maasen/Weingart 2009, S. 3.

¹²⁴ Vgl. Nölleke 2013, S. 44.

Wissenschaft, die als eng mit dem Militär verbunden wahrgenommen wird.¹²⁵ Im sich zuspitzenden Kalten Krieg lag der Fokus der öffentlichen und medialen Rezeption in Deutschland dennoch anfangs auf dem mit Euphorie aufgenommenen Wettlauf ins All.¹²⁶ Ein schleichender Wertewandel und die immer präsentere Gefahrenperspektive führten dazu, dass mehr Themen mit Risikobezug Einzug in den Diskurs um Wissen und Wissenschaft erhielten. Vor allem die Umwelt- und Protestbewegung hatte großen Anteil an der neuen Risikoorientierung.¹²⁷ Die Politik und die Wissenschaft versuchten, durch eine Ausrichtung auf Eindämmung und Minimierung von Gefahren dem entgegenzusteuern.¹²⁸ Doch ein singuläres Ereignis machte alle Bemühungen zunichte und zementierte die Risikobehaftung im gesamtgesellschaftlichen Fortschrittsdiskurs Deutschlands: die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Dieser Schatten konnte auch in den kommenden Jahrzehnten nicht abgeschüttelt werden. Durch Gentechnik in den 1990ern und Stammzellforschung ab der Jahrtausendwende gewann er stattdessen beständig an Länge dazu.¹²⁹ Zeitgleich erschütterte Tschernobyl die Glaubwürdigkeit von Expertinnen und Experten und rückte ihren Einfluss auf die Politik in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die im Entscheidungsprozess arrivierten Beratenden wurden wieder skeptisch beobachtet. Die Öffentlichkeit wertete die in der medialen Berichterstattung auftretenden Fachpersonen als Zeichen des Verlusts einer neutralen Stellung. Die legitimierende Kraft der Wissenschaft verlor an Wirkung und die enge Verbindung von Politik und Expertise in Frage gestellt. Die Öffentlichkeit ging auf kritische Distanz.¹³⁰

Ulrich Beck definierte in den 1980ern mit der Risikogesellschaft eine der prägendsten Beschreibungen dieser Umstände.¹³¹ Die Öffentlichkeit ist individualisiert, risikobewusst und daher besorgt sowie politisch involviert. Bürger- und Bürgerinnenbewegungen, wie die für die Risikogesellschaft symbolische Umweltbewegung, sind zum festen Teil der modernen Demokratie geworden.¹³² Die Gesellschaft ist zugleich „wissenschaftsabhängig und wissenschaftskritisch“¹³³ und der Fortschritt eines ihrer bedeutendsten politikulturellen Axiome. Er ist gesamtgesellschaftlich akzeptiert und entsteht durch die „soziale Konstruktion des technologischen und politischen Fortschrittskonsenses“¹³⁴.

¹²⁵ Vgl. Hagner 2012, S. 20f.

¹²⁶ Vgl. Eisenegger/Imhof 2008, S. 77f.

¹²⁷ Vgl. ebd., S. 75.

¹²⁸ Vgl. Mai, Manfred: Legitimationsprobleme der Wissenschaft in der modernen Gesellschaft – Die Erwartungen von Wirtschaft und Medien, in: Hölscher, Barbara/Suchanek, Justine (Hrsg.): Wissenschaft und Hochschulbildung im Kontext von Wirtschaft und Medien. Wiesbaden, 2011. S. 33 – 42. S. 37.

¹²⁹ Vgl. Eisenegger/Imhof 2008, S. 77f.

¹³⁰ Vgl. Stehr/Grundmann 2010, S. 96.

Vgl. Weingart 2001, S. 127ff.

¹³¹ Vgl. Eisenegger/Imhof 2008, S. 76.

¹³² Vgl. Beck, Ulrich: Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne. Edition Suhrkamp 1365, Neue Folge Band 365. Frankfurt am Main, 1986. S. 264 und 368.

¹³³ Ebd., S. 279.

¹³⁴ Ebd., S. 326.

In der Risikogesellschaft werden Wohlstandsgaranten zu Risikoquellen. Dadurch bildet sich eine direkte Verbindung von Lebenswelt und Forschungswelt.¹³⁵ Bei der Diskussion von Risiken trifft gesellschaftliche auf wissenschaftliche Rationalität. Die rein technische Entscheidungsbegründung stellt sich als gescheitert heraus. In der Risikogesellschaft müssen die Politik und ihre Beratenden außerwissenschaftliche Faktoren in die Diskussion einpflegen.¹³⁶ Beck schließt sich der Analyse einer Wissenschaft an, die sich in Veränderung befindet. Die Utopie der vollständigen Vorhersagbarkeit ist ihr entglitten, sie ist entmystifiziert.

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Wissenschaft ist nachhaltig erschüttert, der unbedingte Zukunftsoptimismus und Innovationsglaube stehen auf dem Spiel. Die Ängste der Bürgerinnen und Bürger werden von der Wissenschaft jedoch zu schnell als irrational und fortschrittsfeindlich abgetan. Auch die Mechanismen der Wissenschaft resultieren in vermehrter Fehlkommunikation. Die Falsifizierbarkeit als wissenschaftstheoretischer Teil des Erkenntnisprozesses führt zu Unverständnis und zeichnet ein uneiniges Bild der Forschung. Wissenschaftliches Fehlverhalten, der Dualismus von Expertise und Gegenexpertise, wissenschaftsinterne Konflikte, die über Blockademaßnahmen und bewusst gesetzt Kritik im Verteilungskampf um Ressourcen ausgetragen werden, und der Aufstieg der biowissenschaftlichen Forschung mit ihren spezifischen Herausforderungen, verschärfen die Problematik.¹³⁷

Die Veränderungen, die Beck beschreibt, haben auch Einfluss auf die Politik und ihre Beratung. Für sie resultiert aus den Vorgängen die Frage, wie die Antizipation und der Umgang mit Risiken verbessert werden kann. In der Handhabung der Risiken eröffnen sich für die Politik neue Zuständigkeits- und Rechtfertigungsebenen. Außerdem muss sie einen zunehmenden Bedeutungsverlust des Parlaments hinnehmen und kompensieren.¹³⁸ In diesem Prozess, der in einer von Informationen überquellenden Gesellschaft abläuft, nehmen Beratende eine aktive Rolle ein. Das Verschwinden des wissenschaftlichen Wahrheitsmonopols trägt zu ihrem Aufschwung bei. Die Beratung professionalisiert sich und vermarktet ihre Expertise. Die Arbeit mit den Rezipierenden zeichnet sich durch eine aktive Kooperation aus.¹³⁹

Eine der neuen Hauptaufgaben für Politik und Wissenschaft resultiert aus einem Ungleichgewicht in der Wahrnehmung der Realität. Nicht alle Bürgerinnen und Bürger, so Beck, nehmen die Risikogesellschaft mit ihren Merkmalen auch als solche wahr. Ihnen fehlt es an Bewusstsein für die Welt, in der sie leben, was auf fehlende Bildung und mangelnde Informationen zurückzuführen ist. Politik und Wissenschaft müssen sich hier verantwortlich zeigen und für Aufklärung sorgen. Denn: Risiko kennt keinen Stand.¹⁴⁰

¹³⁵ Vgl. Beck 1986, S. 72.

¹³⁶ Vgl. ebd., S. 39, 72 und 78.

¹³⁷ Vgl. ebd., S. 40, 79, 261, 269 und 329ff.

¹³⁸ Vgl. ebd., S. 64, 101, 307 und 139f.

¹³⁹ Vgl. ebd., S. 257f, 267, 275 und 286.

¹⁴⁰ Vgl. ebd., S. 69f, 110 und 372.

Die Beobachtungen Becks schälen mit der Idee der Unsicherheit einen Kernaspekt der Kommunikation von Wissen und Wissenschaft im 21. Jahrhundert heraus. Auch in der gegenwärtigen Diskussionslage wird dieser Umstand weiterhin bestätigt. Neue Technologien generieren Risiken, die auch durch hochspezialisierte Wissenschaften nicht mehr erfasst werden können. Es ist nicht mehr möglich, mittels Experimenten definitiv korrekte und wahrheitsgetreue Analysen zu verfassen.¹⁴¹ Wissenschaftliches Wissen verliert seinen ultimativen Status. Diese Unsicherheit lässt nicht auf Unwissen oder den Anstieg dessen, was in der Literatur als Nichtwissen bezeichnet wird, schließen. Vielmehr ist sie ein direktes Kennzeichen von Wissen in der Moderne.¹⁴² Sie steht in direkter Verbindung zu dem, was im Fachdiskurs als Unwissen adressiert wird, resultierend als dem Wegfall von Vorhersagbarkeit und Berechenbarkeit. Lag der Fokus lange auf dem, was von der Wissenschaft an klarer Erkenntnis generiert werden kann, weitete sich der Diskussionsschwerpunkt durch die Risikodebatte auf das aus, was im Dunkeln bleibt. Nichtwissen definiert sich demnach über die Unbestimmbarkeit des wissenschaftlichen Wissens in der Moderne.¹⁴³

Ob nun das Fehlen von Wissen in den Vordergrund gerückt oder als inhärenter Teil kontemporären Wissens verstanden wird, ist Nichtwissen ein gesamtgesellschaftliches Produkt. Es ist ein Element und ein Ergebnis der Moderne und geht einher mit der Existenz komplexer Beratungssysteme.¹⁴⁴ In diesem Umfeld gewinnt praktisches Wissen an Bedeutung. Das „praktische Erfahrungswissen“¹⁴⁵ erfährt eine Aufwertung und erfreut sich neuer Relevanz. Stand zu Beginn der Rationalisierungsprozesse noch die Verdrängung von traditionellem durch technisches Wissen, so lässt sich mit der fortschreitenden Technisierung und Verwissenschaftlichung feststellen, dass die durch Berufe und Praxis gesammelten Erfahrungen eine Renaissance zu erleben scheinen. Das praktische Wissen nimmt gerade in der Risikogesellschaft eine hohe Bedeutung ein. Nur durch berufliche Praxis und Alltagserfahrung können da, wo Lebenswelt und Forschungswelt in einer pluralen Gesellschaft zusammenlaufen, die Fragen der Tragbarkeit und Betroffenheit adäquat angegangen werden.¹⁴⁶ Die Betonung der Relevanz praktischer Erfahrung hat auch einen Einfluss auf das Bild der Expertinnen und Experten. Standen früher Forschende allein im Rampenlicht, haben sich sowohl der Begriff als auch die Aufstellung der Beratenden verändert und erweitert.

¹⁴¹ Vgl. Liebsch/Manz 2007, S. 30ff.

¹⁴² Vgl. Stehr/Grundmann 2010, S. 98.

¹⁴³ Vgl. Wehling, Peter: Jenseits des Wissens? Wissenschaftliches Nichtwissen aus soziologischer Perspektive, in: Zeitschrift für Soziologie, Jahrgang 30, Heft 6. Stuttgart, 2001. S. 465 – 484. S. 467ff.

¹⁴⁴ Vgl. Liebsch/Manz 2007, S. 33ff.

Vgl. Wehling 2001, S. 472.

¹⁴⁵ Nölleke 2013, S. 23.

¹⁴⁶ Vgl. ebd., S. 33f.

Stehr/Grundmann 2010, S. 61.

2.2.2.) Wissenschaft im 21. Jahrhundert

Der Begriff Wissenschaft wird in der vorliegenden Arbeit als Sammelbegriff verwendet, mit dem ihre verschiedenen Fachbereiche zusammengefasst benannt und als ein institutionelles Netzwerk verstanden werden. Selbstverständlich kann, gerade in Anbetracht der starken Verästelung und der Ausdifferenzierung zwischen sowie auch innerhalb der einzelnen Fächer, für eine nuanciertere Sicht plädiert werden. Gerade was Probleme und Aufgabenspektren betrifft ergibt es Sinn, sich für eine differenzierte Herangehensweise stark zu machen.¹⁴⁷ Interessant ist hierbei die Tendenz, dass in der Diskussion um Forschung und Innovation zwar generalisierend von Wissenschaft gesprochen wird, die Geistes- und Sozialwissenschaften aber häufig ausgeklammert werden und der Fokus auf technisch-naturwissenschaftliche Fächer gelegt wird. Diese in der Fachliteratur feststellbare Neigung findet sich auch in der Öffentlichkeit wieder. Dort wird häufig noch einen Schritt weitergegangen und die Geistes- und Sozialwissenschaften als unnötig abgestempelt. Diese Neigung ist bedauernswert und alarmierend. Allgemein sind nicht-technische Wissenschaften nötig, um

„kritisches Denken, Urteilskraft, Einbildungskraft, die Fähigkeit, von Partikularinteressen zu abstrahieren und globale Probleme aus weltbürgerlicher Perspektive zu betrachten, sowie ein Einfühlungsvermögen in unterschiedlichen Kulturen des Denken und Handelns [...]“¹⁴⁸

zu entwickeln. In einer Gesellschaft, die auf den Umgang mit Informationen und Wissen fußt, sind die durch sie vermittelten Fähigkeiten noch ungleich wichtiger. Sie helfen der Öffentlichkeit dabei, mit den Erkenntnissen der Wissenschaft umzugehen und bieten der Bevölkerung Hilfestellung beim Zugang zu Informationen.¹⁴⁹ Die besondere Relevanz dieser Kompetenzen hat sich im Zuge der Corona-Pandemie eindrücklich gezeigt.

Die Verwendungen eines Sammelbegriffs entspricht jedoch dem breiten, systemdarstellenden Ansatz, den diese Arbeit verfolgt und wird weiter dadurch legitimiert, dass es über alle Wissenschaftsfelder hinweg auch gemeinsame Zielsetzungen gibt, wie beispielsweise eine Steigerung der am BIP gemessenen Ausgaben für Forschung.¹⁵⁰ Nichtsdestotrotz könnte eine separierte Untersuchung mit einer detaillierteren Kategorisierung der Wissenschaftsfelder ein interessanter Forschungsgegenstand sein.

Die Diskussion von Wissenschaft in der Fachliteratur und der Öffentlichkeit spannt sich zwischen zwei Extremen auf. Zum einen wird dem wissenschaftlichen Fortschritt eine zentrale

¹⁴⁷ Vgl. Mai 2011, S. 33ff.

¹⁴⁸ Hagner 2012, S. 35.

¹⁴⁹ Vgl. Hagner 2012, S. 36.

¹⁵⁰ Vgl. Mai 2011, S. 36.

Rolle für die Weiterentwicklung und den Wohlstand der Welt zugesprochen, die sie durch konstante Innovation und Leistungsfähigkeit einnehmen kann. Auf der anderen Seite steht die oft beschriebene Annahme einer Krise, in der sich die Wissenschaft befinden soll. Diese manifestiert sich primär in einem Vertrauensverlust, der direkt mit dem Stellungsverlust des wissenschaftlichen Wissens zusammenhängt. Die Erkenntnis der Unsicherheit, die Ökonomisierung und Politisierung der Wissenschaft, die Dialektik von Expertise und Gegenexpertise sowie die öffentliche Diskussion um Expertinnen und Experten liegen im Kern dieser Entwicklung.¹⁵¹ Die Wissenschaft hat, kurz gesprochen, ihre unantastbare Stellung verloren.¹⁵²

Der Beginn der Krise der Wissenschaft lässt sich an das Ende des Zweiten Weltkriegs setzen. Die Verquickung von Wissenschaft und Militär begann sich zu intensivieren und rückte den Gefahrenaspekt des Fortschritts in den Fokus der Öffentlichkeit. In diesem Umfeld konnte sich das Schreckgespenst der Technokratie manifestieren.¹⁵³ In den 1970ern verdichteten sich die Legitimitätsprobleme, die Stellung der Wahrheit ging verloren und die Angst vor uneingrenzbareren Risiken griff um sich.¹⁵⁴ Bereits damals wurden Stimmen laut, die warnten, dass es „unbekannte Gefahren“ und eine „Strukturkrise und Legitimitätskrise der Wissenschaft“¹⁵⁵ gibt. Hieraus konnte sich in den 1980ern das Konzept der Risikogesellschaft entwickeln. Durch die steigende Macht der Medien wurde deren kritische Position verstärkt, was zusätzlichen Druck auf die Wissenschaft aufbaute. Hinzu kommt, dass die Funktionsweise der Wissenschaft für große Teile der Öffentlichkeit unverständlich ist. Das Aufeinandertreffen von Argument und Gegenargument wird nicht als Bestandteil eines vitalen, kritischen Systems verstanden, sondern als ein zwischen Expertinnen und Experten unterstellter Streit herangezogen, in dem wissenschaftliche Aussagen befangen sind. Folglich verliert die Wissenschaft an Stellung und Ansehen.¹⁵⁶

Die Fachliteratur rekurriert in der Diskussion um Wissenschaft, Politik und Beratung häufig auf Arbeiten, die bereits vor geraumer Zeit verfasst wurden. Neben Weber und Habermas haben sich selbstverständlich auch weitere Personen um diese Themen verdient gemacht. Zu diesem Kreis gehört Don K. Price, der sich in seinen Arbeiten bereits in den 1960ern mit Politikberatung und Forschung beschäftigte. Er beobachtete schon damals die steigende Signifikanz der Wissenschaft und sah sie auf dem Aufschwung zu einer nicht legitimierten und nicht kontrollierten Macht. Darüber hinaus entstanden aus dem rapiden Fortschritt Informationsprobleme auf Seiten der Politik. Erstaunlich ist, dass Price bereits damals auf die unzu-

¹⁵¹ Vgl. Heinrichs 2002, S. 33.

¹⁵² Vgl. Weingart 2005b, S. 49.

¹⁵³ Vgl. Hagner 2012, S. 20f und 30f.

¹⁵⁴ Vgl. Eisenegger/Imhof 2008, S. 75.

¹⁵⁵ Eckert 1971, S. 7.

¹⁵⁶ Vgl. Eisenegger/Imhof 2008, S. 75ff.

reichende politikwissenschaftliche Aufarbeitung zur Implementierung der neuen Wissensinstanzen hingewiesen hat. Eine Bemerkung, die auch noch auf die Gegenwart anwendbar ist.¹⁵⁷

Auch wenn das Maß der Zuspitzung nach Price strittig sein mag, ist nicht abzuweisen, dass aus der herausragenden Stellung der Wissenschaft auch eine besondere Verantwortung erwächst, ist sie doch selbst dafür verantwortlich, dass beständig neue Problemfelder entstehen: „Denn mit der Wissenschaft hat die Gesellschaft ihren eigenen Wandel institutionalisiert.“¹⁵⁸ Folgerichtig müssen sich auch die Funktion und der Output der Wissenschaft dieser Aufgabe orientieren. Das schlägt sich primär in der Festlegung von Forschungsschwerpunkten nieder.¹⁵⁹ Dieser Prämisse und der ökonomischen Verwertungslogik und Legitimationsproblematik folgend, lässt sich heute eine Verschiebung der Hauptausrichtung beobachten. Der Schwerpunkt von Forschung und Wissenschaft liegt aus Sicht vieler auf einem: Innovation.¹⁶⁰ Dieser Gedanke folgt dem Mantra, dass sich nur mit einer konstanten Erneuerung durch Wissenschaft die Zukunft unserer Gesellschaft gestalten lässt. Diese ist auch genau auf diesen Prozess ausgerichtet, Innovationsdruck entsteht.¹⁶¹ Der rein interessengetriebene Forschungsmodus, der auf der Neugier der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler basiert, erscheint veraltet und durch einen neuen, anwendungsorientierten und sozial verpflichteten Modus ersetzt.¹⁶² Dieser sogenannte Mode 2 der Wissensproduktion wurde von Gibbons et al. identifiziert. Im Gegensatz zum Mode 1, dem klassisch wissenschaftsinternen Modus des Erkenntnisgewinns, definiert sich dieser durch Anwendungsbezug und Transdisziplinarität. Das Feld der Akteurinnen und Akteure ist heterogener, die Wissensproduktion weist einen stärkeren Gesellschaftsbezug und einen höheren Grad der Reflexivität auf.¹⁶³

Es zeigt sich schnell, dass bei der Betrachtung von Wissenschaft auch die Analyse ihrer Einbettung und Beziehungen zu den anderen Teilsystemen der Gesellschaft von zentraler Relevanz sind. An den Berührungsfleichen zwischen Wissenschaft und Politik, zwischen empirischen Resultaten und Macht entstehen Grenzkonflikte, bei denen Zuständigkeiten neu abgesteckt werden müssen.¹⁶⁴ Was gilt es hier für die Wissenschaft neu zu regeln? Peter Weingart listet mehrere Schlagworte auf: „Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, Rechenschaftspflicht, Bringschuld [...] mit Controlling, externen Evaluierungen und kompetitiven

¹⁵⁷ Vgl. Weingart 2005b, S. 49.

¹⁵⁸ Eckert 1971, S. 35.

¹⁵⁹ Vgl. Eckert 1971, S. 45.

¹⁶⁰ Vgl. Mai 2011, S. 37.

¹⁶¹ Vgl. Felt 2010, S. 75.

¹⁶² Vgl. Jasanoff, Sheila: Judgment Under Siege: The Three-Body Problem of Expert Legitimacy, in: Maasen, Sabine/Weingart, Peter: Democratization of Expertise? Exploring Novel Forms of Scientific Advice in Political Decision-Making. *Sociology of the Sciences* Volume XXIV. Dordrecht, 2009. S. 209 – 224. S. 212.

¹⁶³ Vgl. Gibbons, Michael et al.: *The New Production of Knowledge. The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies*. London, 1994. S. 3ff.

¹⁶⁴ Vgl. Jasanoff 2009., S. 210.

Rankings [...].¹⁶⁵ Diese erweitert er zusätzlich um den Aspekt der Öffentlichkeitswirksamkeit.¹⁶⁶ Die existierende Diskussion in diesem Bereich zeichnet sich durch spezielle Eigendynamiken aus. Weder Wissenschaft, noch Politik oder die Medien vermögen es, eindeutige Meinungshoheit zu erlangen und den Diskurs zu steuern.¹⁶⁷ Dieser Umstand mag sicher auch auf die Verwobenheit der beteiligten Subsysteme und den interdisziplinären Charakter der Fragestellungen zurückgehen.

Die klassische Rolle der Wissenschaft hat sich demnach verändert. Ihre nach wie vor zentrale Position wird hierbei nicht angezweifelt, aber erweitert und angepasst. Max Weber kann als einer der Vordenker einer kritischen Reflexion der Wissenschaft präsentiert werden. Aber auch an anderer Stelle wurde ihre Rolle bereits damals überdacht. Moderne Wissenschaft müsse, so der Gedanke, Bildung und Forschung mit sozialer Gerechtigkeit verbinden. Später betonten der Kalte Krieg und die Sorge vor der Technokratisierung den Zusammenhang von Forschung und gesellschaftlicher Verantwortung.¹⁶⁸ Von den 1960ern bis heute lassen sich dabei Verbindungslinien ziehen. Sie zeichnen sich ab bei der „Ausbalancierung und gegenseitigen Kontrolle von Interessengruppen und Sichtweisen als auch die Delegation demokratischer Prozesse an Experten(systeme)“¹⁶⁹. Laut Weingart wurde der Fragenkomplex um die gesellschaftliche Einbettung zum Zeitpunkt der deutschen Wiedervereinigung verstärkt, die Suche nach der Positionierung der Wissenschaft dringlicher.¹⁷⁰ Im Rahmen der Legitimitätsdiskussion wird dabei häufig der Ruf laut, dass sich eine moderne Wissenschaft demokratischer Prinzipien bewusst sein muss und, natürlich ohne ihre Integrität zu kompromittieren, sich dieser annehmen sollte. Dahinter steht der Gedanke, dass die Wissenschaft heutzutage Teil des gesamt-demokratischen Fundaments ist. Als gedankliche Hinführung kann dazu die Beschreibung eines wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnisses dienen. Wissenschaft muss sich in modernen Staaten rechtfertigen, indem sie zeigt, wie ihre Produkte transferiert, aufgenommen und genutzt werden können. Hierdurch kann sie ihre Rolle als Wohlstandsgarant erfüllen und ihre Finanzierung absichern. Sie erreicht so eine Durchdringung, die bis in Schulklassen reicht. Sie ist für die Demokratie essenziell, da nur die Generierung und Verbreitung von Wissen selbstständig denkende, kritische Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Aber auch in den Händen der Politik oder der Wissenschaft selbst ist Wissen ein Machtwerkzeug, was die Frage nach Kontrolle und Legitimation stets erneuert.¹⁷¹ Durch eine Einbettung oder gar Demokratisierung wird die Wissenschaft in öffentliche Diskurse implementiert, die über die

¹⁶⁵ Weingart 2005b, S. 49f.

¹⁶⁶ Vgl. ebd.

¹⁶⁷ Vgl. ebd., S. 166.

¹⁶⁸ Vgl. Rose 2012, S. 229.

¹⁶⁹ Hagner 2012, S. 34.

¹⁷⁰ Vgl. Weingart 2005b, S. 49.

¹⁷¹ Vgl. Hagner 2012, S. 10f.

nächsten Forschungsschwerpunkte mitentscheiden und das neue Wissen auf Basis gesellschaftlicher Werte und Interessen überprüfen. Ein solcher Prozess verschafft Legitimation durch Vertrauen sowie Transparenz und kann als Rechenschaftspflicht verstanden werden, die auch interne Strukturen und Abläufe umfasst.¹⁷²

Der modernen Wissenschaft ergibt sich so eine doppelte Komplexität. Neben ihrer Forschungsarbeit muss sie auch auf anderen Ebenen aktiv sein. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen in der Lage sein, zu kommunizieren, in öffentlichen Diskursen zu argumentieren und sich sowie ihre Arbeit zu rechtfertigen. Das hohe Maß der Wissenskomplexität erschwert dabei die Aufgabe auf beiden Ebenen.¹⁷³ Hinzu kommen viele individuelle Felder, in denen nach Lösungen und Anpassungen gesucht wird, wie beispielsweise die Internationalisierung.¹⁷⁴ Außerdem gilt es, in der vernetzten und globalisierten Welt einen Kompromiss zwischen der Sicherung des geistigen Eigentums von Forschenden beziehungsweise Forschungseinrichtungen und der Nutzbarkeit, Kommunizierbarkeit und Transferierbarkeit von Wissen zu finden. Patente spielen hier eine wichtige Rolle, sind aber dennoch nicht unumstritten. Zwar bieten sie den Wissensproduzierenden eine Möglichkeit, ihr Produkt zu schützen, können jedoch den freien Transfer von Wissen verhindern.¹⁷⁵ Der Wissenstransfer zwischen einzelnen Ländern oder Staatengemeinschaften ist ein handfestes Politikum.¹⁷⁶

Es vertreten jedoch nicht alle die Ansicht der oft in den Mittelpunkt gestellten Krise der Wissenschaft. Im Fachdiskurs gibt es vermehrt Beiträge, die sich dafür stark machen, andere Problemfelder zu adressieren, die sich aus dem gesamtgesellschaftlichen Kontext ergeben und gerade in der Auseinandersetzung mit Politikberatung entstehen.¹⁷⁷ Diese beziehen sich häufig auf die nach wie vor essenzielle Stellung der Wissenschaft und ihrem Verhältnis zu den anderen Teilsystemen unserer Gesellschaft. An diesem Punkt drängen sich Fragen nach der demokratiethoretischen Dimension dieser Beziehungen auf. In der Fachliteratur erfolgt hierfür gerne der Verweis auf Weingart, der für die Beschreibung dieses Miteinanders einen der bedeutendsten Beiträge verfasst hat. Er prägte das wechselseitige Begriffspaar der Verwissenschaftlichung der Gesellschaft und der Politisierung der Wissenschaft. Wie so oft setzt auch hier die Beobachtung nach 1945 an. Expertinnen und Experten dringen in Gesellschaft und Politik ein, nachdem sich die Wissenschaft in echter Autonomie ausdifferenzieren konnte.¹⁷⁸ Zeitgleich gewinnt sie rasant an Bedeutung und tritt mit den anderen Subsystemen

¹⁷² Vgl. Weingart 2005b, S. 140f und S. 156.

¹⁷³ Vgl. Jasanoff 2009, S. 212.

¹⁷⁴ Vgl. Hagner 2012, S. 19.

¹⁷⁵ Vgl. Liebsch/Manz 2007, S. 29.

¹⁷⁶ Vgl. Kruke, Anja/Woyke, Meik: Editorial, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Verwissenschaftlichung von Politik nach 1945. Archiv für Sozialgeschichte, Band 50. Bonn, 2010. S. 3 – 11. S. 5.

¹⁷⁷ Vgl. Hagner 2012, S. 19.

¹⁷⁸ Vgl. Kruke/Woyke 2010, S. 3.

Vgl. Weingart, Peter: Verwissenschaftlichung der Gesellschaft – Politisierung der Wissenschaft, in: Zeitschrift für Soziologie, Jahrgang 12, Heft 3. Stuttgart, 1983. S. 225 – 241. S. 225.

in eine konstant vernetzte Interaktion.¹⁷⁹ Wissenschaftliches Wissen erhält in alle Schichten der Gesellschaft Einzug und die Wissenschaft als auch ihre reflexive Methodik greifen auf die anderen Teilsysteme über.¹⁸⁰ Das bedeutet jedoch nicht, dass die wissenschaftliche Logik eins zu eins übernommen wird. Vielmehr wird das Wissen als Nukleus der Entscheidungsfindung gesetzt, um maximale Leistungsfähigkeit zu erreichen. Eine Gesellschaft also, die versucht, sich selbst zu verbessern und ihren Fortschritt zu beschleunigen.¹⁸¹

Die Folgen sind aber nicht nur positiv. In einer solchen Gesellschaft verändert sich das Machtgewebe, indem Wissen zur neuen Legitimationsquelle wird. Dadurch bilden sich Ungleichheiten in der Gesellschaft und neue Konflikte brechen auf, die sich um den Zugang und Umgang mit Wissen drehen. Wissen ist zur gesellschaftlichen und politischen Macht geworden.¹⁸² Als eine der Konsequenzen bildet sich ab Mitte der 1970er auch eine neue Kritik an der Wissenschaft, die jedoch nicht nur ihre Ergebnisse adressiert, sondern auch ihre Techniken, Modi und Prozesse in Frage stellt. Zusammen mit dem theoretischen Unterbau der Rationalisierung nach Weber leitet Weingart den Bedarf ab, die Beziehung zwischen Wissenschaft und den anderen Teilen der Gesellschaft neu zu definieren.¹⁸³

Durch Habermas und anderen Diskussionsteilnehmende wurden die Begriffe der Verwissenschaftlichung und Politisierung bereits in den 1970ern ausführlich debattiert und in die Öffentlichkeit getragen. Im Angesicht des wissenschaftlichen Fortschritts forderte die Politik Verantwortung und Wertebezug bei den Forschenden ein. Zeitgleich genossen sie nicht mehr das volle Vertrauen der Öffentlichkeit. Die Grenzen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft begannen zu verschwimmen, eine Legitimitätskrise bildete sich heraus.¹⁸⁴ Ihren Ausdruck findet sie in zwei Prozessen, die sich in entgegengesetzte Richtungen bewegen und dennoch durch einen Interaktionscharakter auszeichnen.¹⁸⁵ Bei der Verwissenschaftlichung der Gesellschaft, verstanden als „*Verwissenschaftlichung* gesellschaftlicher Institutionen“¹⁸⁶, wird die Wissenschaft orientierungstiftend für die Gesellschaft und überträgt dabei auch ihre strukturellen Merkmale. In diesem Prozess muss die Wissenschaft aber auch neue Verantwortungen und Entscheidungen übernehmen, die vorher nicht in ihrem institutionellen Rahmen angesiedelt waren.¹⁸⁷ Die Funktion von Forschenden als Beratende treibt die Verwissenschaftlichung der Politik weiter voran.¹⁸⁸

¹⁷⁹ Vgl. Kruke/Woyke 2010, S. 4.

¹⁸⁰ Vgl. Weingart 2005a, S. 17.

¹⁸¹ Vgl. Nölleke 2013, S. 30.

¹⁸² Vgl. Weingart 2005a, S. 13.

¹⁸³ Vgl. Weingart 1983, S. 225.

¹⁸⁴ Vgl. ebd., S. 226.

¹⁸⁵ Vgl. Kruke/Woyke 2010, S. 4.

¹⁸⁶ Weingart 1983, S. 228.

¹⁸⁷ Vgl. ebd.

¹⁸⁸ Vgl. ebd., S. 235.

Die Politisierung der Wissenschaft „als Rückwirkung der Verwissenschaftlichung [...], als Re-Strukturierung der professionellen Verfassung der Wissenschaft“¹⁸⁹ stellt die andere Seite dieser neuen Ausrichtung und Grenzziehung dar. Politikbezogene, praktische Fragestellungen finden sich in der Wissenschaft wieder.¹⁹⁰ Es kommt zur Vermischung politischer und wissenschaftlicher Sphären sowie zum Missbrauch von Wissenschaft und Expertise für politische oder legitimatorische Zwecke. Politische Konflikte werden auf die Ebene der Wissenschaft übertragen und dort ausgefochten.¹⁹¹ Während der Corona-Pandemie hat sich dabei gut beobachten lassen, dass gerade Beratung zu unsicheren Wissensbeständen besonders leicht für politische Zwecke eingesetzt werden kann.¹⁹² Die Diskussion um Wissenschaft und ihre Funktion findet nun auch im politischen Raum statt, wodurch sie selbst zu einer politischen Akteurin wird und daher als eine Interessengruppe gewertet werden kann.¹⁹³ Weingart sieht in der Politisierung deutliches Gefahrenpotenzial durch „Konflikte über die Definition relevanter und/oder legitimer Probleme, die Abgrenzung von Gegenstandsbereichen, die Anwendung von Wissen und erwarteten Konsequenzen sowie über die Kriterien, nach denen Forschungsleistungen zu bewerten sind.“¹⁹⁴

Die Folgen dieser Prozesse sind weitläufig. Während die Politisierung der Wissenschaft initial auf Ebene der thematischen Ausrichtung wirkte, wurde durch die Verwissenschaftlichung die politische Praxis grundlegend aufgerüttelt.¹⁹⁵ Sie kann viele verschiedene Formen annehmen und so auf unterschiedlichen Ebenen verteilt über die Gesellschaft ablaufen.¹⁹⁶ Beide Bewegungen hinterlassen im Zusammenspiel einen tiefgreifenden Eindruck in der politischen und wissenschaftlichen Landschaft, indem sich neue Institutionsformen herausbilden.¹⁹⁷ Sie unterstreichen auch erneut die Rolle von Transparenz. Sind die Grenzen unklar, Verantwortungen verwoben und Ressourcenquellen nicht uneindeutig oder die Zweckgerichtetheit einzelner Vorhaben nicht ablesbar, herrscht Aufklärungsbedarf.¹⁹⁸ Andere Analysen sprechen sogar von einer Deprofessionalisierung. Durch die Politisierung der Wissenschaft zersetzen sich die alten, klaren Zuständigkeiten und es kommt zur „Entmonopolisierung von Erkenntnis- und Beratungsansprüchen“¹⁹⁹.

Die Wissenschaft war, auch historisch betrachtet, nie komplett frei und losgelöst von der Politik.²⁰⁰ Das liegt vor allem daran, dass Teile ihrer Grundlagen gerade dort gelegt und

¹⁸⁹ Weingart 1983, S. 235.

¹⁹⁰ Vgl. Kruke/Woyke 2010, S. 4.

¹⁹¹ Vgl. Weingart 1983, S. 235.

¹⁹² Vgl. Weingart 2020, S. 30.

¹⁹³ Vgl. Weingart 1983, S. 237.

¹⁹⁴ Ebd., S. 236f.

¹⁹⁵ Vgl. Kruke/Woyke 2010, S. 4.

¹⁹⁶ Vgl. Weingart 1983, S. 228.

¹⁹⁷ Vgl. ebd., S. 233.

¹⁹⁸ Vgl. Kruke/Woyke 2010, S. 4.

¹⁹⁹ Vgl. Heinrichs 2002, S. 32.

²⁰⁰ Vgl. Jasanoff 2009, S. 213.

gesichert werden. Die Wissenschaft wiederum hat schon länger deutliche Auswirkungen auf die Politik. Durch die Verwissenschaftlichung und die Politisierung vermischen und verwischen Zuständigkeiten in ehemals unbekanntem Maße.²⁰¹ Expertinnen und Experten erfahren eine bislang unerreichte Popularität, müssen aber dabei zusehen, wie ihre Autorität verwässert. Ihre Glaubhaftigkeit leidet weiter darunter, dass sich durch die Politisierung der Wissenschaft Beratende sowie Interessenvertretende annähern, indem Forschende in stärkeren Kontakt mit denen geraten, die ihre Arbeit finanzieren.²⁰²

Es zeigt sich, dass neben der reinen Forschungsarbeit und dem Umgang mit ihren Resultaten die Herausforderungen an die Wissenschaft aus dem Verhältnis zu den anderen Teilsystemen der Gesellschaft erwachsen. Es sind aber auch interne Entwicklungen und Veränderungen, die dazu geführt haben, dass die Wissenschaft heute anders aufgestellt ist und sich mit neuen Herausforderungen konfrontiert sieht. Wie bereits dargelegt wurde, wirken kulturelle und gesamtgesellschaftliche Einflüsse auf Wissen ein. Das gilt auch für die Institution, die sich nicht aus dem lebensweltlichen Kontext lösen kann. Die Diskussion von Werten und die Einbeziehung von Ethik ist für die moderne Wissenschaft von großer Bedeutung. Die Forderung nach einer Koppelung wird im 21. Jahrhundert so laut wie noch nie formuliert. Getreu der Weberschen Tradition gehört zur Wissenschaftslandschaft in Deutschland dazu, dass Forschende selbst nicht wertfrei sein können.²⁰³ Dieser oft benannte Aspekt der Entzauberung der Wissenschaft ist mittlerweile auch empirisch belegt.²⁰⁴

Das Verhältnis von Wissenschaft und Werten geht heute aber über die reine Verbindung mit ihnen und die Einbettung in den lebensweltlichen Kontext hinaus. In der Literatur wird die Sicht bekräftigt, dass mittlerweile Werte in die Forschungsarbeit selbst Einzug erhalten haben. Die Forschenden sind sich dieser Tatsache jedoch bewusst und versuchen, den Einfluss dieser Kriterien nur auf externe Wissenschaftsfaktoren zu begrenzen.²⁰⁵ Dieser Wertebezug stellt die Validität und Legitimität von Forschungsergebnissen nicht in Frage. Denn bei einer Wissenschaft, die sich als Institution mit Werten auseinandersetzt und ihrer Bedeutung

²⁰¹ Vgl. Eckert 1971, S. 7.

²⁰² Vgl. Brown, Mark B./Lentsch, Justus/Weingart, Peter: Representation, Expertise, and the German Parliament: A Comparison of Three Advisory Institutions, in: Maasen, Sabine/Weingart, Peter: Democratization of Expertise? Exploring Novel Forms of Scientific Advice in Political Decision-Making. Sociology of the Sciences Volume XXIV. Dordrecht, 2009. S. 81 – 100. S. 83.

²⁰³ Vgl. Gehring, Petra: Fragliche Expertise. Zur Etablierung von Bioethik in Deutschland, in: Hagner, Michael (Hrsg.): Wissenschaft und Demokratie. Edition Unselde 47. Berlin, 2012. S. 112 – 139. S. 127.

²⁰⁴ Vgl. Brown/Lentsch/Weingart 2009, S. 82f.

²⁰⁵ Douglas, Heather: Inserting the Public into Science, in: Maasen, Sabine/Weingart, Peter: Democratization of Expertise? Exploring Novel Forms of Scientific Advice in Political Decision-Making. Sociology of the Sciences Volume XXIV. Dordrecht, 2009. S. 153 – 169. S. 154.

bewusst ist, entsteht kein Widerspruch zu „einer wohlverstandenen Werturteilsfreiheit wissenschaftlicher Sachaussagen“²⁰⁶. Die Beachtung und Einhaltung ethischer Standards und Wertebezogenheit gehören heute zu den Aufgaben der Wissenschaft.²⁰⁷ Diese Forderung, lebensweltliche und gerade ethische Faktoren einzubinden, wird durch Gesellschaft und Politik konstant erneuert. Besondere Beachtung muss dieses Postulat in der Wissenschaft finden, wenn sie für Politikberatung genutzt wird. Da sich die Konsequenzen der Expertise über die Grenzen der Wissenschaft hinaus entfalten, müssen ethische Aspekte und lebensweltliche Werte unbedingt einbezogen werden.²⁰⁸ Diese Verbindung von Wissenschaft und Werten ist nicht neu, sondern bereits seit geraumer Zeit Objekt der Forschung, die sich mit der Wissenschaft auseinandersetzt.²⁰⁹

Neben den bereits genannten Gründen gibt es weitere Beiträge, die eine Wertverbundenheit postulieren und eine entgegengesetzte Ausrichtung negativ bewerten.²¹⁰ Eine gelöste und werteisolierte Wissenschaft kann demnach unsere komplexe Welt nicht korrekt beschreiben. Das gelingt nur, wenn „Forschungsergebnisse, Werte, Interessen, Menschen und Orte zu *matters of concern*“²¹¹ verknüpft werden. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte lässt sich ein weiterer Faktor herausstellen. Die menschenverachtende Forschung im Nationalsozialismus zeigt auf erschreckende Weise, was bei einer Trennung von Wissenschaft von den Werten einer demokratischen Gemeinschaft passieren kann. Eine isolierte Wissenschaft ist nicht per se gut oder gar demokratisch, weshalb es gilt, sie mit dem Wertespektrum von Menschlichkeit und Demokratie in Einklang zu bringen.²¹²

Aus der Fachdiskussion ergeben weitere Hinweise auf Konfliktpotenziale und Verbesserungsmöglichkeiten zur Arbeit der Wissenschaft und ihrer Wertebindung. Diese Anhaltspunkte umfassen Handlungsempfehlungen und Vorsichtsmaßnahmen, die den Wirkungen der Legitimitätskrise entgegenwirken und den demokratischen Charakter der Wissenschaft stärken. So kann der Anspruch unterstrichen werden, dass Forschende auch mit Werturteilen arbeiten können. Wenn sie dies machen, muss für Außenstehende und vor allem Laiinnen und Laien jedoch erkenntlich markiert sein, was Sachaussagen sind und wobei es sich um ein Werturteil handelt. Diese Entwirrung von wertbezogenen Aussagen, Handlungsempfehlung und reiner Erkenntnis sind eine der entscheidenden Leistungen der Wissenschaft der Moderne.²¹³ Dennoch müssen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler immer noch dazu angehalten werden, besser zu markieren, an welchen Stellen ihrer Arbeit Werte eingeflossen

²⁰⁶ Eckert 1971, S. 34.

²⁰⁷ Vgl. Felt 2010, S. 76.

²⁰⁸ Vgl. Douglas 2009, S. 155.

²⁰⁹ Vgl. Hagner 2012, S. 44.

²¹⁰ Vgl. Douglas 2009, S. 155.

²¹¹ Hagner 2012, S. 43.

²¹² Vgl. Douglas 2009, S. 155.

Vgl. Hagner 2012, S. 12 und 20.

²¹³ Vgl. Eckert 1971, S. 32f.

sind und wie ihre Urteile dabei zustande gekommen sind. Eine Praxis, der kritische Stimmen entgegen, dass sie die wissenschaftliche Objektivität gefährden würde.²¹⁴ Die verstärkte Anwendung dieser Vorgehensweise würde jedoch gerade im Bereich der ethischen Beratung, die in Anbetracht der Fortschritte und Relevanz in den Lebenswissenschaften von immer größerer Bedeutung wird, ihre Vorteile entfalten. Darüber hinaus betonen Diskussionsbeiträge die Verantwortung der Öffentlichkeit gegenüber. Das bedeutet, dass Forschende auf der einen Seite ihre Stellung und ihren Wissensvorsprung nicht missbrauchen dürfen, um Werte und Aktionen zu diktieren. Eine solche Entscheidungsmacht wäre in keinem Fall legitimiert.²¹⁵ Auf der anderen Seite sollten sie mehr Bemühungen darauf anwenden, die Wertelage der Bevölkerung nachzuvollziehen.²¹⁶

Der Gedanke der wertebewussten Wissenschaft wird vor allem dadurch bekräftigt, dass sich ein Ast der Wissenschaft in eine dominante Position bewegt hat, der ein Kristallisationspunkt der krisenhaften Gesamtentwicklungen ist. In der jüngsten Vergangenheit haben sich mehrere Felder als besonders brisant herausgestellt: „die Lebenswissenschaften, die Werkstoffwissenschaften, die Nanotechnik sowie die Informations- und Kommunikationstechnik, die die Herausforderung bilden, auf die es zu reagieren gilt.“²¹⁷ Die große Aufmerksamkeit in der Literatur geht so weit, dass manche bereits davon sprechen, dass es sich bei dem auch Biowissenschaften genannten Fächerverbund um die neue „Leitwissenschaft“²¹⁸ handelt. Diese Popularität und Stellung verdanken die Lebenswissenschaften zum Teil den rasanten Fortschritten, die in ihnen erzielt wurden und den damit versprochenen und realen Verbesserungen der Lebensführung. Folglich umgibt diesen Forschungsbereich das Versprechen hoher Profite durch anwendungsorientierte Erkenntnisse, die mit der Generierung großer Umsätze für außergewöhnliche Markterwartungen sorgen.²¹⁹ Dieses besondere ökonomische Potenzial erzeugt eine Anziehungskraft auf Interessenverbände, Unternehmen und Lobbyisten. Zusammen mit der Komplexität der Themenlage und ihrer Durchdringung mit Elementen, die mit den Wertvorstellungen vieler Menschen kollidieren, sorgen die Lebenswissenschaften für reichlich Zündstoff. Die Politikberatung in diesem Feld sieht sich daher einer bedeutenden und äußerst diffizilen Aufgabe gegenüber. Gerade an der Schnittstelle zwischen den Lebenswissenschaften und den anderen Teilsystemen der Gesellschaft sind die Problemstellungen durch die Legitimations- und Vertrauenskrise der Wissenschaft sowie der Expertinnen und Experten besonders stark ausgeprägt.²²⁰ Die Diskussionen, besonders im Bereich der Gentechnik und Humangenetik, werden mit großer Leidenschaft sowie unter Beobachtung und Beteiligung der

²¹⁴ Vgl. Douglas 2009, S. 156.

²¹⁵ Vgl. Eckert 1971, S. 32.

²¹⁶ Vgl. Douglas 2009, S. 156.

²¹⁷ Mai 2011, S. 40.

²¹⁸ Hagner 2012, S. 48.

²¹⁹ Vgl. ebd.

²²⁰ Vgl. Liebsch/Manz 2007, S. 30.

Vgl. Weingart 2005b, S. 145f.

Öffentlichkeit geführt.²²¹ Interessant ist hierbei eine gespaltene Risikoakzeptanz in der Bevölkerung. Ist die Gentechnik mit Essen und Ernährung als undefinierbares Risiko verschrien, werden ihre Fortschritte in der Medizin wiederum gefeiert.²²² Die Wissenschaft wird scheinbar also zumindest in bestimmten Feldern differenziert betrachtet und als nicht monolithisch aufgenommen. Durch das große gesellschaftliche Interesse, die außergewöhnlichen wirtschaftlichen Versprechen und die inhaltliche Brisanz, haben die Lebenswissenschaften den höchsten Nachrichtenwert im Bereich der Wissenschaftsberichterstattung.²²³

Durch diese beispiellose Wirkung der Lebenswissenschaften wird der Bedarf von Politikberatung leicht ablesbar. Expertise ist nötig, um zwischen wissenschaftlichem Erkenntnisdrang und gesellschaftlichen Wertvorstellungen zu vermitteln sowie der Politik Umsetzungsmöglichkeiten und Handlungsoptionen aufzuzeigen. Diese Aufgabe wurde kontinuierlich komplexer und die Kollision von Wissenschaft und Öffentlichkeit sorgte für zunehmende Aufmerksamkeit. Um die Vermittlungsleistung zu gewähren und Beratungskapazitäten im Feld der Lebenswissenschaften auszubauen, erweiterte sich das Leistungsspektrum der Expertinnen und Experten durch die Bioethik. Mit ihr wurde ein gänzlich neuer Expertisenbereich erschlossen und eine progressive Art der Beratung eingeführt, in konstanter Berührung mit Werten der sie umgebenden Gesellschaft und auf eine Vereinbarkeit mit dem wissenschaftlich Möglichen ausgerichtet. Die Bioethik ist das Ergebnis einer Technisierung der Geisteswissenschaften, die sich dem Zwang ergeben haben, den wissenschaftlichen Fortschritt in den Lebenswissenschaften einzuordnen.²²⁴ Ein herausragendes Beispiel für ein solches Beratungsgremium bildet der Ethikrat, der im Zuge der vorliegenden Arbeit, als Teil der zu untersuchenden Beratungsinstanzen in Kapitel 6., analysiert wird.

2.2.3.) Wissenschaftliches Fehlverhalten und Kontrollversuche

Neben diesen genannten Punkten stand die Wissenschaft auch noch wegen anderer Vorgänge im Schlaglicht der Öffentlichkeit. Gefälschte Forschungsergebnisse, wissenschaftliches Fehlverhalten oder sogenannte Plagiatsaffären schwächen die bereits schwindende Bindungskraft der Wissenschaft. Ihr Ethos ist gefährdet oder wie Weingart es gar ausspricht, „längst durch die harten Rahmenbedingungen des *shareholder value*-Prinzips verdrängt.“²²⁵

²²¹ Vgl. Eisenegger/Imhof 2008, S. 83f.

Vgl. Joss, Simon: Between Policy and Politics. Or: Whatever Do Weapons of Mass Destruction Have to Do With GM Crops? The UK's GM Nation Public Debate as an Example of Participatory Governance, in: Maasen, Sabine/Weingart, Peter: Democratization of Expertise? Exploring Novel Forms of Scientific Advice in Political Decision-Making. Sociology of the Sciences Volume XXIV. Dordrecht, 2009. S. 171 – 187. S. 172.

²²² Vgl. Weingart 2005b, S. 360.

²²³ Vgl. Wormer 2010, S. 360.

²²⁴ Vgl. Hagner 2012, S. 37.

²²⁵ Weingart 2005b, S. 140.

Wurden in den 1950ern der Fortschritt und die Wissenschaft direkt mit Wahrheit und Faktenbezogenheit verbunden, stehen heute immer öfter Betrugsfälle im Fokus der Medien.²²⁶ Etikettenschwindel und Manipulation in der Forschung sind medienpräsent wie nie und finden gerade in herausragenden Einzelfällen, beispielsweise der Guttenberg-Affäre oder des Suizids des japanischen Stammzellforschers Yoshiki Sasai, traurige Popularität und Verbreitung.²²⁷ Dabei ist es nicht einfach, in einem gesamtgesellschaftlichen Diskurs klarzumachen, was wissenschaftliches Fehlverhalten ist und wo die Grenzen zu ziehen sind. In der Öffentlichkeit scheint oft kein klares Bewusstsein dafür zu herrschen, was Wissenschaftsbetrug alles umfassen kann.²²⁸ Eine in der Fachliteratur wiederholt anzutreffende Definition stammt aus dem Jahr 1998 und wurde von der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) verfasst:

„Wissenschaftliches Fehlverhalten liegt vor, wenn in einem wissenschaftserheblichen Zusammenhang bewußt oder grob fahrlässig Falschangaben gemacht werden, geistiges Eigentum anderer verletzt oder sonstwie deren Forschungstätigkeit beeinträchtigt wird.“²²⁹

Es lassen sich in der Literatur verschiedene Erklärungen für die gestiegene Zahl der aufgedeckten Betrugsfälle finden. Ein Ansatz stellt darauf ab, dass traditionelle Moralvorstellungen in unserer Gesellschaft scheinbar nicht mehr die gleiche Bindungskraft entwickeln, wie es früher der Fall gewesen ist. Damit soll nicht gesagt sein, dass diese Werte obsolet sind, aber eine Überschreitung oder eine eigennützige Auslegung von Regeln wird heutzutage öfter hingenommen oder sogar als clever nachgesehen.²³⁰ In der Wissenschaft verstärkt sich dieser Umstand, weil er mit der allgemeinen „Erosion des wissenschaftsethischen Verhaltenskodex“²³¹ einher geht. Die eben beschriebene Medienaufmerksamkeit bietet ebenfalls eine Erklärungsgrundlage. Je mehr Augen auf einen Prozess gerichtet werden, umso wahrscheinlicher wird es, etwaige Ungereimtheiten zu enttarnen. Zuletzt scheinen sich jedoch die Rechtfertigungsposition, in der sich die Wissenschaft heute befindet und die sich hieraus ergebenden ökonomischen Zwänge als Hauptursachen herauszukristallisieren. Forschende sind abhängig von

²²⁶ Vgl. Heinrichs 2002, S. 30.

Vgl. Weingart 2005b, S. 140.

²²⁷ Vgl. <http://www.japantimes.co.jp/news/2014/08/05/national/embattled-stap-study-co-author-dies-after-apparent-suicide-bid#.U-ZIEIBdVqp> (01.03.2019).

Vgl. Weingart 2005b, S. 136f.

²²⁸ Vgl. ebd., S. 142.

²²⁹ Hochschulrektorenkonferenz (HRK): Zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten in den Hochschulen. Empfehlung des 185. Plenums am 6. Juli 1998 in Bonn. Bonn, 1998. S. 3.

²³⁰ Vgl. Gehring 2012, S. 129.

Vgl. Weingart 2005b, S. 134

²³¹ Ebd., S. 140.

wettbewerblich erzielten Drittmitteln, was sie falschen Anreizen aussetzen kann.²³² Der gestiegene Konkurrenz- und Publikationsdruck in den einzelnen Fächern treibt diese Entwicklung weiter voran.²³³

Die Wissenschaft versucht, auf diese Herausforderung mit internen Kontroll- und Qualitätsmaßnahmen zu reagieren. Oft wird hierbei für die verstärkte Nutzung bibliometrischer Rankings plädiert. Mag die Bibliometrie an sich ein möglicher Maßstab sein, um den Forschungsausgang ganzer Institutionen zu messen, verliert sie auf einzelne Personen angewendet an Präzision. Auch lassen sich durch die Veröffentlichung einzelner Artikel statt ganzer Bücher die Rangfolgen beeinflussen. Zuletzt ist die Erhebung bibliometrischer Daten ein Teil des Problems. Da sie zur Ressourcenallokation herangezogen werden, ist die Bibliometrie als quantitativer Gradmesser wissenschaftlicher Qualität einer der Gründe für die Steigerung der Publikationszahlen und somit der möglichen Betrugsfälle.²³⁴

Große Wissenschaftsverbände und Forschungsförderer setzen dem Negativtrend Maßnahmenkataloge und Richtlinien zu guter Forschungspraxis entgegen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) oder die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) versuchen mit wissenschaftspraktischen Leitlinien, die Qualität und Integrität der deutschen Forschungslandschaft zu bewahren.²³⁵ In Selbstverwaltung und unter wissenschaftsinterner Eigenkontrolle soll durch die Berufung auf die Verantwortung der individuellen Forschenden das Vertrauen durch Politik und Öffentlichkeit wiederhergestellt und nachhaltig gesichert werden. Die DFG unterstreicht hierbei aber, dass es keinen erkennbaren Anstieg der Betrugsfälle gibt, einzelne und besonders medienwirksame Fälle jedoch diesen Anschein erwecken lassen.²³⁶

Die Maßnahmen der Forschungsförderer betonen die Funktionalität interner Kontrollmechanismen. Dafür ist grundlegend, dass sich die Wissenschaft auf die Aufrichtigkeit ihrer Angehörigen verlassen kann. Peer Review ist dafür einer der zentralen Garanten und eine der besten Möglichkeiten, gegen wissenschaftliches Fehlverhalten vorzugehen:

„Betrug in der Wissenschaft kann nur durch die Wissenschaft selbst aufgedeckt werden. Es bedarf großer, hoch spezialisierter Expertise, um überhaupt Betrug entdecken und beurteilen zu können. Das bedeutet aber, dass sich letztendlich nur die Gemeinschaft der Wissenschaftler selbst zugleich anklagen und richten kann.“²³⁷

²³² Vgl. Jasanoff 2009, S. 212.

²³³ Vgl. Weingart 2005b, S. 139.

²³⁴ Vgl. ebd., S. 135 und 139.

²³⁵ Vgl. Weingart 2005b, S. 132.

²³⁶ Vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG): Vorschläge zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis. Empfehlungen der Kommission „Selbstkontrolle in der Wissenschaft“. Denkschrift. Ergänzte Auflage. Weinheim, 2013. S. 8f.

²³⁷ Weingart 2005b, S. 143.

Auch wenn mittlerweile leistungsfähige Computerprogramme zur Plagiatsjagd eingesetzt werden können, bleibt das Peer Review das erstrangige Werkzeug. Es ist so wirkungsvoll, weil es darauf basiert, dass sich Forschende gegenseitig der Möglichkeit aussetzen, dass ihr Fehlverhalten durch andere aufgedeckt wird.²³⁸ Dem Peer Review wird aber kein allumfassendes Vertrauen entgegengebracht. In Fachkreisen werden Probleme bereits seit den 1980ern offen angesprochen. So neigen Gutachtende dazu, die Eingaben renommierter Personen zu bevorzugen oder sich bei ihrer inhaltlichen Prüfung zu sehr an der Stellung der zu untersuchenden Forschenden oder ihrer Institution zu orientieren. Durch die fortschreitende Pluralisierung innerhalb der Wissenschaft attestieren kritische Stimmen auch eine deutliche Überforderung der internen Kontrollinstanzen. Nicht zuletzt wegen der medienpopulären Betrugsfälle steht das Gutachtungssystem unter Beschuss und muss belegen, was es zu leisten im Stande ist.²³⁹

Vorschläge zu alternativen Kontrollmöglichkeiten lenken den Blick auf die neue Öffentlichkeit der Wissenschaft und die Partizipation der anderen Teilesysteme. In Anerkennung der veränderten Dynamiken innerhalb der Gesellschaft wird dargelegt, dass eine Erweiterung zu einem Public Peer Review oder die verstärkte Einbeziehung der Medien in die Kontrollmechanismen von Wert sein könnten.²⁴⁰ Eine weitere Alternative bietet das „Open Peer Review“²⁴¹. Hier werden Manuskripte und ihre Gutachten öffentlich gemacht und mit der Möglichkeit versehen, kommentiert zu werden. Gerade in Deutschland trifft diese Praxis auf wenig Interesse und Vertrauen. Autoren zeigen sich um ihr öffentliches Ansehen besorgt, weil ihre Arbeiten in unfertigem Zustand zum Diskussions- und Kritikobjekt werden.²⁴²

2.2.4.) Öffentlichkeitsgerichtete Wissenschaft - Herausforderungen und Konsequenzen

Die Wissenschaft im 21. Jahrhundert hat, wie sich zeigt, eine Vielzahl an Prüfsteinen zu bewältigen. Fachlich gilt es, den Fortschritt weiter anzutreiben und dabei Maßnahmen zur Sicherung der Qualität und der Integrität zu treffen. Diese sind zeitgleich Instrumente, mit denen der Legitimations- und Vertrauenskrise begegnet werden kann. Wissenschaftliche Integrität und Öffentlichkeitswirksamkeit können so vereint werden, um die gesellschaftliche Rechenschaftspflicht zu erfüllen. Dafür müssen Forschende ihre Arbeit transparent darstellen, was bedeutet, dass sie die Mechanismen der Mediengesellschaft berücksichtigen müssen. Zuletzt muss die Wissenschaft auch Expertinnen und Experten zur Verfügung stellen, die Beratungsleistungen für die Politik und die Gesellschaft anbieten. Man kann also von einem neuen Verständnis

²³⁸ Vgl. Weingart 2005b, S. 134.

²³⁹ Vgl. ebd., S. 132ff.

²⁴⁰ Vgl. Rödder 2008, S. 335.

²⁴¹ Neuberger, Christoph: Social Media in der Wissenschaftsöffentlichkeit. Forschungsstand und Empfehlungen, in: Weingart, Peter/Schulz, Patricia (Hrsg.): Wissen – Nachricht – Sensation. Zur Kommunikation zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Medien. Weilerswist, 2014. S. 315 – 369. S. 343.

²⁴² Vgl. ebd.

sprechen, was heutzutage einen Wissenschaftler oder eine Wissenschaftlerin ausmacht und welche Ansprüche die Gesellschaft stellt.²⁴³

Die Öffentlichkeit fordert transparentere Strukturen und eine Öffnung des Verhältnisses zur Gesellschaft. Die Zeiten des oft zitierten Elfenbeinturms sind schon lange vorbei.²⁴⁴ Forschende stehen heute aktiv in der Gesellschaft, werben für ihr Metier und bieten Beratung an. Diese „visible scientist[s]“²⁴⁵ verbessern nicht nur die Möglichkeiten der politischen Entscheidungsfindung oder der Willensbildungsprozesse der Bevölkerung. Sie tragen auch dazu bei, die Eigeninteressen der Wissenschaft zu medialisieren, ihre Stellung in der politischen und gesellschaftlichen Beratung zu festigen und Investitionen zu rechtfertigen.²⁴⁶ Diese Tatsache dämpft Bedenken, die vor einigen Jahrzehnten mit der Technokratiediskussion Einzug erhalten hatten. Damals wurde vor einer zunehmenden Abschottung der Wissenschaft und einer „Isolierung der Wissenschaftler in den Akademikerghettos“²⁴⁷ gesprochen. Diese Sorgen haben Bestand, verlieren in Anbetracht der neuen Öffentlichkeit der Wissenschaft aber an Schwere. Gerade die Ängste der Bevölkerung und ihre Einstellung der Forschung gegenüber können durch die Öffnung der Wissenschaft verbessert werden. Transparentere Strukturen fördern eine positive Fortschrittseinstellung, indem die Bevölkerung Möglichkeiten findet, ihre Sorgen zu adressieren und die Wissenschaft als Leitschnur wiederzuentdecken.²⁴⁸ Dabei gilt es auf eine häufig anzutreffende Fehlinterpretation zu achten. Die Öffentlichkeit scheint an Wissenschaft interessierter als je zuvor. Es handelt sich aber um ein gestiegenes Interesse an dem von ihr produzierten Wissen und nicht ihren Methoden oder Postulaten.²⁴⁹ Die Zurverfügungstellung dessen ist kein Gedanke, der erst in der Gegenwart aufgekommen ist. Die Zugänglichkeit der Wissenschaft ist seit geraumer Zeit als entscheidender Faktor für die öffentliche Zustimmung und Legitimation von Forschungsarbeit ausgemacht.²⁵⁰ Auch wenn Wissenschaft nie komplett isoliert stattgefunden hat, ist ihre öffentliche Position in der heutigen Form neuartig.²⁵¹ Durch die Öffnung kommt es auch zu vermehrten Konflikten mit konkurrierenden Systemlogiken. Die Effekte der Medialisierung, Ökonomisierung und Politisierung verleiten manche dazu, von einer „Vergesellschaftung der Wissenschaft“²⁵² zu sprechen. Sie verfolgt in diesem Prozess nicht ihre eigene Logik, sondern versucht, durch die Adaption einzelner Komponenten, die Leistungsfähigkeit ihrer gesellschaftlichen Funktion zu maximieren. Statt als eine

²⁴³ Vgl. Hagner 2012, S. 31.

²⁴⁴ Vgl. Jasanoff 2009, S. 210ff.

²⁴⁵ Marschall 2007, S. 163.

²⁴⁶ Vgl. ebd.

²⁴⁷ Eckert 1971, S. 55.

²⁴⁸ Vgl. Lane 2006, S. 157 – 170.

²⁴⁹ Vgl. Weingart 2005b, S. 148f.

²⁵⁰ Vgl. ebd., S. 159.

²⁵¹ Weingart 2005b, S. 59.

²⁵² Weingart 2005a, S. 18.

Verwässerung oder Schwächung der Position der Wissenschaft können die gegenwärtigen Entwicklungen also auch als Wiedererstarren gewertet werden.²⁵³

Eine Möglichkeit, diese zur Gesellschaft geöffneten und transparent arbeitenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu beschreiben, liefert Lane Neal. Für diesen Typus wählt er den Begriff „civic scientist“²⁵⁴. Im Zentrum dieser Idee steht die Verpflichtung zu öffentlichem Engagement. Forschende sollen die Bildung der Gesellschaft als eine ihrer Kernaufgaben verstehen. Diese Verpflichtung umfasst natürlich auch die Beratung der Öffentlichkeit und die Bereitstellung von Expertise. Gewünscht ist sogar eine möglichst direkte Einbindung der Expertinnen und Experten in politische Gremien und Prozesse.²⁵⁵

Ein weiterer Versuch, das moderne Aufgabenspektrum der Wissenschaft zu beschreiben, stammt von Roger A. Pielke, Jr. Für ihn ist die Frage entscheidend, welche Rolle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in politischen Beratungsprozessen einnehmen können. Dafür entwickelt er vier idealisierte Typen, von denen einer der „*Honest Broker of Policy Alternatives*“²⁵⁶ ist. Bei unklarer Entscheidungslage tritt er in Aktion, um eine aufklärende und optionsaufzeigende Aufgabe zu erfüllen. Gerade bei Fragestellungen, bei denen Unsicherheiten und Risiken vorherrschen, sollten Forschende in Beratungsposition ihre Beiträge nicht zu stark eindampfen und so das Blickfeld verengen. Dabei sollen sie aufzeigen, welche Bandbreite an politischen Optionen mit dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand vereinbar sind.²⁵⁷ Eine solche Expertise kann nicht durch einzelne Forschende erfolgen, sondern muss von formellen Komitees formuliert werden. So können die Komplexität und der Facettenreichtum der Wissenschaft in den Beratungsprozess einfließen. Dieser Positionspluralismus schützt auch vor dem Vorwurf der Interessensteuerung.²⁵⁸ Transparenz und Öffentlichkeitsorientierung ergeben sich aus der Diversität und der Institutionalisierung der Beratung.

Das Konzept des „Honest Brokers“ betont den Wertebezug der Wissenschaft und ihre Verbindung mit der Politik. Wenn Forschende Beiträge zur politischen Entscheidungsfindung leisten wollen, kann dies dann nur aus gesellschaftsverbundener Position erfolgen. Beschlüsse auf dieser Ebene sind immer im Abgleich mit lebensweltlichen Stellgrößen und Interessenlagen zu treffen. Ein offener Umgang mit dieser Tatsache schützt die Wissenschaft davor, durch die Politik vereinnahmt zu werden, hilft Streitfragen durchzusetzen und unterstützt dabei, die Beschuldigung der Interessenvertretung abzuwehren.²⁵⁹

Die Wissenschaft versucht heutzutage auf verschiedenen Wegen, sich der Öffentlichkeit zu stellen und sich sowie ihre Arbeit zu präsentieren. Wissenschaftsevents sind eine der

²⁵³ Vgl. Nölleke 2013, S. 31f.

²⁵⁴ Lane 2006, S. 169.

²⁵⁵ Vgl. Lane 2006, S. 169f.

²⁵⁶ Vgl. Pielke 2007, S. 2.

²⁵⁷ Vgl. Pielke 2007, S. 17f und 151.

²⁵⁸ Vgl. ebd., S. 17.

²⁵⁹ Vgl. ebd., S. 17ff, 47 und 95.

beliebtesten kontemporären Formen des Brückenschlags zwischen Öffentlichkeit und Forschung. Sie schaffen Interaktionsflächen und fördern den Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern, der Politik und Wissenschaftsvertretenden. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass die Wissenschaft noch viel Verbesserungsarbeit zu leisten hat, was ihre Kompetenzen in der Vermittlungs- und Dialogleistung angeht.²⁶⁰ Einen vertrauteren Ansatz bildet der Einsatz medienprominenter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Durch den Fokus auf herausragende Figuren versucht man, die Faszination und den Glauben an die Wissenschaft wiederzuerwecken sowie die Authentizität und Autorität der Forschenden selbst zu restaurieren.²⁶¹

Eine der zentralen Forderungen, die heute an die Wissenschaft gestellt werden, bezieht sich auf ihre kontroverse Ökonomisierung. Forschende sind heute auch in der Position, dass sie sich für die Verwendung öffentlicher Mittel verantwortlich zeigen und rechtfertigen müssen. Die Erwartungshaltung der Öffentlichkeit, der Politik und der Wirtschaft projiziert ökonomische Bewertungsmaßstäbe auf die Wissenschaft. Produziert sie Verwertbares und Patentierbares? Fokussiert sie sich auf rentable Felder? Bemüht sie sich um den Wissenstransfer und die Abstimmung mit Wirtschaft und Politik auf gemeinsame Ziele?²⁶² Es zeigt sich, dass die Ökonomisierung nicht nur auf interne Strukturen beschränkt ist, sondern sich auch auf die externe Berichterstattung und Bewertung der Wissenschaft bezieht. Im Diskurs wird immer stärker nach wirtschaftlichen Aspekten evaluiert und auf ein entsprechendes Vokabular zurückgegriffen.²⁶³ Zeitgleich erfolgen durch das BMBF und die DFG Weichenstellungen, die eine stärkere Gewichtung von Kommunikation und Transfer als Kriterium der Drittmittelvergabe zur Folge haben.

Als Reaktion sehen sich Teile der Wissenschaft und einzelne Forschende dazu gezwungen, die Marktstrukturen anzunehmen sowie ein eigenes Markendesign und eine Corporate Identity zu entwickeln, um auf dem Wissensmarkt konkurrieren zu können. Mag eine solche Maßnahme für die Außenwelt als ein Teil der gewünschten Öffnung oder Modernisierung aufgefasst werden, macht sich die Wissenschaft durch diese Mechanismen angreifbar.²⁶⁴ Vor allem besteht die Gefahr, dass die Ausrichtung der Forschung zugunsten wirtschaftlich interessanter Felder beeinflusst wird. Dieser Punkt führt zu der Folgerung, dass durch die unweigerliche Kommerzialisierung in modernen Demokratien wissenschaftsgefährdende Prozesse angestoßen werden.²⁶⁵ Cristina Fraenkel-Haeberle diagnostiziert als Resultat der Ökonomisierung sogar einen Paradigmenwechsel in der Auffassung davon, was Wissenschaft bedeutet. Von der Beobachtung ausgehend, dass Hochschulen heutzutage wirtschaftlichen Logiken

²⁶⁰ Vgl. Eisenegger/Imhof 2008, S. 84.

²⁶¹ Vgl. Felt 2005, S. 12.

²⁶² Vgl. Mai 2011, S. 37f.

²⁶³ Vgl. Hagner 2012, S. 11f.

Vgl. Jasanoff 2009, S. 212.

²⁶⁴ Vgl. Hagner 2012, S. 16f.

²⁶⁵ Vgl. ebd., S. 12.

unterworfen und den Dynamiken des Marktes ausgesetzt sind, stellt sie fest, dass die Institutionen nicht mehr der freien Entwicklung der Studierenden und dem öffentlichen Wohl dienen, sondern kapitalistische Zwecke bedienen.²⁶⁶ Zeitgleich weist Fraenkel-Haeberle darauf hin, dass die Ökonomisierung auch die Leitung der Hochschulen verändert, da nur so interdisziplinären Anforderungsprofilen entsprochen werden kann, die für das Bestehen im Wettbewerb nötig sind.²⁶⁷ Richard Münch macht in der hierfür auch nötigen Profilbildung und Exzellenz durch die Konstruktion einer „akademischen Elite“²⁶⁸ ebenfalls eine problematische Entwicklung aus. Seine Beobachtungen gehen vom zunehmenden Wettbewerb um Drittmittel und einer immer stärker anwendungsorientiert und in Netzwerken forschenden Wissenschaft aus, die sich rechtfertigen und als nützlich erweisen muss.²⁶⁹ Als Resultat der Leuchtturmbildung zeichnen sich wissenschaftliche Einrichtungen nicht mehr „durch besonderes Gelehrtentum [...], sondern durch das Auftürmen von Drittmitteln“²⁷⁰ aus. In diesem System müssen Forschende „ihre eigene wissenschaftliche Kreativität dem Kollektivunternehmen opfern.“²⁷¹ Folglich verfehlen die Maßnahmen ihr Ziel. Zwar steigt die Sichtbarkeit der Standorte, jedoch sinkt dabei die Leistungsfähigkeit der deutschen Hochschulen.²⁷²

Münchs Konzept der Konstruktion einer akademischen Elite kann in einen Sinnzusammenhang mit dem von Robert K. Merton auf die Wissenschaft übertragenen Matthäus-Effekt bringen. Demnach erhalten bekannte Forschende größere Aufmerksamkeit für ihre Beiträge, während unbekanntere Forschende unverhältnismäßig wenig Anerkennung für Ihre Leistungen erfahren, was sich insbesondere in der Zitationshäufigkeit niederschlägt. Ultimativ verstärkt der Matthäus-Effekt Ungleichheiten im System, da die Ressourcenverteilung durch das Phänomen beeinflusst wird. Etablierte Größen werden vor aufstrebenden Institutionen oder Personen bevorzugt.²⁷³ Genau diese Tendenz zur Konzentration der Mittelbereitstellung auf große und gut sichtbare Einrichtungen identifiziert Münch in Deutschland.²⁷⁴ Im Anschluss an Peter Weingarts Analyse der Politikberatung während der Corona-Pandemie lässt sich eine neue Ausprägung des Matthäus-Effekts ableiten. Einzelne Expertinnen und Experten, allen voran Christian Drost, erhielten ein besonders großes Maß medialer Aufmerksamkeit für ihre Expertise. Aufgrund der zum Teil unpopulären Auswirkungen seines Ratschlags und wissenschaftskritischer Tendenzen fokussierte sich dadurch auch der öffentliche Unmut auf den besonders gut sichtbaren Virologen.²⁷⁵ Somit kann in diesem Zusammenhang von einem negativen Matthäus-Effekt gesprochen werden.

²⁶⁶ Vgl. Fraenkel-Haeberle 2014, S. 4 und 408.

²⁶⁷ Vgl. ebd., S. 9 und 385.

²⁶⁸ Münch, Richard: Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz. Frankfurt am Main, 2007. S. 8

²⁶⁹ Vgl. ebd., S. 213f.

²⁷⁰ Münch 2007, S. 214.

²⁷¹ Ebd., S. 78

²⁷² Vgl. ebd., S. 337.

²⁷³ Vgl. Merton, Robert K.: The Matthew Effect in Science. Science 159 (3810). Washington D.C., 1968. S. 56 – 63. S. 57ff.

²⁷⁴ Vgl. Münch 2007, S. 338.

²⁷⁵ Vgl. Weingart 2021, S. 31.

Eine andere Möglichkeit, den wirtschaftlichen Herausforderungen und der Rentabilitätsforderung zu begegnen, lässt sich an der steigenden Zahl nationaler und europäischer Kooperationsprojekte ablesen. Durch gemeinsame Forschung lassen sich Ressourcen besser ausschöpfen und die Chancen auf eine mögliche Drittmittelförderung erhöhen sich. Generell lässt sich eine stärkere Projektorientierung der Wissenschaft attestieren. Sie soll effizienteres Arbeiten ermöglichen, indem eindeutig abgesteckte Forschungsziele in einem vorgeschriebenen Zeitraum und mit einem klar definierten Ressourcenpool erfüllt werden.²⁷⁶

Die Auswirkungen durch den Wirtschaftlichkeitszwang gehen noch weiter. Die gesamte Wissenschaftslandschaft sieht sich dem Druck ausgesetzt, anwendungsorientiert und profitmaximierend zu forschen. Forschende werden zu Unternehmenden.²⁷⁷ Es kann daher nicht verwundern, dass im Fachdiskurs durchaus auch dunkle Bilder gezeichnet werden: „Die letzten Graffiti, die die Wissenschaft den Verwertungsinteressen des Kapitals entreißen und in die Hände des Volkes legen wollten, sind längst verblasst.“²⁷⁸ Auch wenn man sicher nicht der Intensität oder dem Pathos dieser Aussagen folgen muss, bleibt die Frage, wie es im Angesicht der vergleichsweise schwachen Wissenschaftslobby weitergehen soll. Bei allen Klagen über Rechtfertigungszwänge und Ökonomisierung gerät jedoch leicht in Vergessenheit, dass das Verhältnis zwischen Wissenschaft und der Wirtschaft nicht zwangsweise einseitig ist. Forschende und ihre Arbeit werden immer wertvoller und sind von zentraler Bedeutung im Wertschöpfungsprozess für die Wirtschaft.²⁷⁹ Aus dieser Stellung heraus können Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Position beziehen und ihr Gewicht in die Waagschale werfen, um die beschriebenen wirtschaftsgefährdenden Prozesse zu lindern.

Es konnte bereits etabliert werden, dass die Medien Einfluss auf das Wissen im 21. Jahrhundert haben. Die moderne Kommunikationstechnik hinterlässt auch bei der Wissenschaft deutliche Spuren.²⁸⁰ Das Verhältnis von Medien und Forschenden ist heute so eng wie nie zuvor. In der Fachliteratur wird die Beziehung mitunter als Koppelung beschrieben.²⁸¹ Der zentrale Mechanismus dieses Prozesses ist die Medialisierung der Wissenschaft. Sie ist Teil des Gesamtprozesses der Vergesellschaftung der Wissenschaft. Weingart beschreibt damit den Wandel in der Beziehung aller gesellschaftlicher Teilsysteme zur Wissenschaft und Rolle der Medien zur Meinungsbildung. Das Miteinander wird enger, es erfolgen Annäherungen und es entstehen Verbindungen auf allen Ebenen.²⁸² Diese Entwicklung kann mit dem Begriffspaar

²⁷⁶ Vgl. Felt 2010, S. 76

²⁷⁷ Vgl. Jasanoff 2009, S. 212.

²⁷⁸ Mai 2011, S. 39.

²⁷⁹ Vgl. Stehr/Grundmann 2010, S. 7.

²⁸⁰ Vgl. Liebsch/Manz 2007, S. 20.

²⁸¹ Vgl. Rödder 2008, S. 327.

Vgl. Weingart, Peter: Die Wissenschaft der Öffentlichkeit und die Öffentlichkeit der Wissenschaft, in: Hölscher, Barbara/Suchanek, Justine (Hrsg.): Wissenschaft und Hochschulbildung im Kontext von Wirtschaft und Medien. Wiesbaden, 2011. S. 45 – 63. S. 59.

²⁸² Vgl. Schäfer 2008, S. 315.

der „Öffentlichkeit der Wissenschaft“²⁸³ und der „Wissenschaft der Öffentlichkeit“²⁸⁴ beschrieben werden. Ausgangspunkt bildet die Beobachtung, dass die Wissenschaft zu einem andauernden Thema in den Medien geworden ist. Durch den konstanten Aufmerksamkeitsfokus entsteht die Öffentlichkeit der Wissenschaft, die eine fast radikale Öffnung zur Gesellschaft beschreibt:

„Die Innenwelt der Wissenschaft, ihre Verfahren der Konfliktlösung und der Qualitätssicherung als Elemente der Wissensproduktion, die Funktionsweise ihrer Verhaltensnormen und deren Versagen, die Konkurrenz um Ansehen und Autorität, werden öffentlich gemacht.“²⁸⁵

Verfolgt man diesen Ansatz weiter, ergibt sich, dass die Wissenschaft öffentlich konstruiert und dargestellt wird.²⁸⁶ Es tritt ein Veränderungsprozess ein, indem Forschende beginnen, die Kriterien der Medien zu adaptieren. Aus der idealisierten Suche nach der Wahrheit wird die Suche nach der Öffentlichkeit.²⁸⁷ Während der Dauerpräsenz unterläuft die Wissenschaft einen Wandel, der darauf abzielt, die eigene Konstruktion ihrer Öffentlichkeit an die externe Erwartungshaltung anzupassen.²⁸⁸ Dadurch fördert sie ihre Akzeptanz und legitimiert die von ihr verwendeten Ressourcen.²⁸⁹ Dieser Medialisierungsprozess resultiert in der Wissenschaft der Öffentlichkeit.

Zu den konkreten Auswirkungen der Medienorientierung sind bislang nur wenige empirische Untersuchungen erschienen, die Studienlage ist unübersichtlich.²⁹⁰ Viele Beiträge setzen sich mit möglichen Effekten der Medialisierung auseinander. Über einige Aspekte scheint jedoch Konsens zu herrschen. Allgemein anerkannt ist die Dauerpräsenz der Wissenschaft. Erscheint sie als Großthema in den Medien, wird sie jedoch häufig kontrovers diskutiert oder muss aus einer Rechtfertigungshaltung heraus agieren. Die meisten Publikationen teilen darüber hinaus die Ansicht, dass die Wissenschaft der Öffentlichkeit generell einen Verlust an Ansehen und Autorität zu verkräften hat.²⁹¹ Auf die Gefahr, dass durch die Medialisierung wissenschaftliche Prozesse durch Medienprozesse ersetzt werden, wird ebenfalls häufig hingewiesen.²⁹²

²⁸³ Weingart 2011, S. 59.

²⁸⁴ Ebd.

²⁸⁵ Ebd.

²⁸⁶ Vgl. ebd.

²⁸⁷ Vgl. Rödder 2008, S. 327.

²⁸⁸ Vgl. Weingart 2011, S. 59.

²⁸⁹ Vgl. Nölleke 2013, S. 82.

²⁹⁰ Vgl. Rödder 2008, S. 328.

²⁹¹ Vgl. Schäfer 2008, S. 317.

²⁹² Vgl. Rödder 2008, S. 329.

Weitere mögliche Anpassungsprobleme entstehen durch die unterschiedlichen Sprachen, die in der Wissenschaft und dem Rest der Gesellschaft verwendet werden. Originär meist nüchtern, fachlich und mit einer Vielzahl an Termini technici versehen, verfassen Forschende ihre Arbeiten nicht mit einem öffentlichen Interessenten im Hinterkopf, wodurch es zu Verständigungs- und Vermittlungskonflikten kommen kann. Die Medien haben mit dem Publikum einen neuen Gradmesser für die Arbeit der Forschenden eingeführt. Um es zu erreichen, muss eine Übersetzung der Wissenschaftsinhalte für die Öffentlichkeit erfolgen.²⁹³ Folgerichtig gibt es ein Komplexitätsgefälle zwischen der medialisierten Version und der ursprünglichen, wissenschaftlichen Version des vermittelten Wissens. Die Problematik der Balance zwischen Medialisierung und Aufrechterhaltung wissenschaftlicher Qualität ist gerade in diesem Bereich noch nicht überwunden.²⁹⁴ Neben der Kommunikation von Themen und Erkenntnissen gehört hierzu auch ein transparenter Umgang mit innerwissenschaftlichen Prozessen. Die Vermittlung der Funktionen und Mechanismen der Wissenschaft ist ein maßgeblicher Bestandteil der kommunikativen Leistungsdimension der wissenschaftlichen Politikberatung.²⁹⁵

Das Arbeitsspektrum der Wissenschaft der Öffentlichkeit hat also eine Erweiterung erfahren. Medienpräsenz gehört mittlerweile zum Legitimationsapparat der Forschenden.²⁹⁶ Ihnen kommen damit aber nicht nur neue Aufgaben entgegen, es stehen ihnen auch hilfreiche Instrumente zur Verfügung. Über Pressekonferenzen oder andere Vehikel der Öffentlichkeitsarbeit lassen sich Bevölkerung sowie Politik gezielt adressieren und Themen können bedacht positioniert werden.²⁹⁷ Die Wissenschaft wendet beachtliche Mittel auf, um sich auf immer neuen Wegen mit dem Rest der Gesellschaft in Verbindung zu setzen und sich einen aufregenderen Charakter zu verleihen.²⁹⁸ Auch die Optionen des Web 2.0 und der Sozialen Medien finden in der Wissenschaftskommunikation heutzutage häufige Anwendung.²⁹⁹ Anhand der Corona-Pandemie kann ihre gestiegene Bedeutung klar abgelesen werden. Twitter-Nachrichten, ob aus der Politik, der Wissenschaft oder aus dem postfaktischen Lager, wurden häufig von anderen Medien aufgenommen und haben den Diskurs mitbestimmt. Mit dem Coronavirus-Update hat darüber hinaus ein vergleichsweise neues digitales Kommunikationsformat viel Resonanz in der Öffentlichkeit erzeugt.³⁰⁰

Ebenfalls zu beobachten ist der Einzug einer neuen Perspektive, aus der die Wissenschaft auf die Öffentlichkeit blickt. Sie wird zur Beobachterin der Medien und der Bevölkerung, um ihre Adaptionenfähigkeit zu verbessern und ihr Publikum zu verstehen.³⁰¹ Die verstärkte

²⁹³ Vgl. Weingart 2005b, S. 160.

²⁹⁴ Vgl. ebd., S. 169f.

²⁹⁵ Vgl. Weingart 2021, S. 32.

²⁹⁶ Vgl. Rödder 2008, S. 332.

²⁹⁷ Vgl. ebd., S. 329.

²⁹⁸ Vgl. Felt 2005, S. 12.

²⁹⁹ Vgl. Neuberger 2014, 315ff.

³⁰⁰ Vgl. Weingart 2021, S. 32.

³⁰¹ Vgl. Rödder 2008, S. 328.

Nutzung der digitalen Kanäle durch die Wissenschaft ist eines der Kennzeichen dafür, dass das klassische Verhältnis von Gesellschaft und Forschung überholt ist. Die Aufteilung in Expertinnen und Experten sowie den Rest der Gesellschaft, der von oben herab das Wissen zugeführt bekommt, ist heutzutage nur schwer haltbar.³⁰²

Diese Beobachtungen werden zum Teil auch kritisch eingeordnet. Nach wie vor können viele Forschende nicht nachvollziehen, wieso überhaupt eine weitere Anpassung erfolgen muss. Aus ihrer Sicht sollten Prognosen und Forschungsergebnisse ausreichen, um für Aufmerksamkeit durch die Medien und Begeisterung zu sorgen.³⁰³ Gerne übersehen kritische Stimmen auch die positiven Nebeneffekte der Medialisierung. Die Erweiterung der Kommunikationspalette wirkt sich auch auf die internen Arbeitsabläufe der Wissenschaft aus. Die neuen Übertragungsmöglichkeiten erweitern den innerwissenschaftlichen Transfer, indem sie den Austausch vereinfachen, die Speicherung von Inhalten optimieren und beschleunigen sowie umfangreiche Darstellungsmöglichkeiten dieser beinhalten.³⁰⁴ Gerade über Landesgrenzen hinweg trägt diese Entwicklung der Wissenschaft zur Internationalisierung der Forschung bei. Dennoch bleibt die Beobachtung häufig kritisch und vor allem die Beschleunigung der Kommunikationsabläufe wird bemängelt. Durch die Rolle der digitalen Kanäle in der Vermittlung und der Forschung zur Corona-Pandemie könnte hier ein Wandel eingesetzt haben. Es ist dennoch verständlich, dass in einem Arbeitsfeld, das von Sorgfalt und Präzision geprägt ist und um die Erhaltung seine Integrität bemüht ist, mit Beunruhigung auf einen möglichen Verlust von Genauigkeit und Diskusstiefe geblickt wird.³⁰⁵ Beispielhaft für das zurückhaltende Engagement ist die im Interview gefallene Aussage der ehemaligen Vorsitzenden des Wissenschaftsrats, Martina Brockmeier:

„Letztes Jahr haben wir zum Beispiel einen Twitter-Account eingerichtet. Das ist nur ein kleiner Schritt, aber schon der ist für eine Institution wie die unsere nicht ohne und zeigt, dass wir mehr tun wollen. [...] Was allerdings nicht angemessen wäre: wenn der Wissenschaftsrat oder seine Vorsitzende über die Social Media aktiv in Diskussionen einsteigen würden.“³⁰⁶

Die Wirkung der Medien auf die Wissenschaft ist dennoch profund. Sie sind das Kommunikationsvehikel der Forschenden sowie der Expertinnen und Experten an die Politik und die Öffentlichkeit.³⁰⁷ Das über sie vermittelte Bild ist von zentraler Bedeutung für die Glaubhaftigkeit

³⁰² Vgl. Hagner 2012, S. 46.

³⁰³ Vgl. Wormer 2010, S. 359.

³⁰⁴ Neuberger 2014, S. 338.

Vgl. Rödder 2008, S. 329.

³⁰⁵ Vgl. Neuberger 2014, S. 338.

³⁰⁶ <https://www.jmwiarda.de/2020/01/27/das-tempo-der-ver%C3%A4nderung-ist-viel-zu-gering/> (30.01.2020)

³⁰⁷ Vgl. Weingart 2005b, S.160.

und Stellung der Forschenden in der Medien- und Informationsgesellschaft.³⁰⁸ Ihre Reputationsbildung vollzieht sich zu großen Teilen über die Medien.³⁰⁹ Hierfür muss ein Bewusstsein vorhanden sein, um interne und externe Integrität zu wahren. Die Wissenschaft braucht die Medien, muss sich dafür aber auf ihre Logiken einlassen, um auch Gehör zu finden.³¹⁰ Daher drängt sich die Frage auf, wie die Wissenschaft in die Gesellschaft kommuniziert und wie die mediale Berichterstattung aussieht.

Forschende, Expertinnen und Experten produzieren Inhalte und Wissen, die an ihre Rezipierenden übermittelt werden müssen. Wie bereits angesprochen, muss dabei vom Code der Wissenschaft auf eine Sprache umgestellt werden, mit der die Politik und die breite Bevölkerung umgehen können. Dafür müssen Inhalte heruntergebrochen werden, relevante Aspekte hervorgehoben und Vereinfachungen vorgenommen werden, wo eine hohe thematische Komplexität vorliegt. Häufig wird diese Arbeit, die über die Medien abgewickelt wird, als Übersetzung verstanden. In der Wissenschaftskommunikation geht es aber darum, Wissen zu popularisieren. Dieser Prozess ist keine Einbahnstraße, sondern sollte als reziproker, transformativer Ablauf gesehen werden, bei dem Wissen aufgenommen und so reduziert wird, dass es für die Öffentlichkeit zugänglich wird.³¹¹ Bislang muss die Gesellschaft auf die Kompetenz der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vertrauen, diesen Anforderungen nachzukommen. Verlässliche, institutionalisierte und transparente Prozesse könnten hier die Position der Wissenschaft in der Legitimitätskrise stärken. Zeitgleich würden solche Abläufe die Forderung nach modernen und öffentlichkeitsgerichtet arbeitenden Forschenden erfüllen. Die Corona-Pandemie dürfte die Entwicklung hierhin weiter beschleunigt haben.

Nach klassischer Ansicht sind die Medien dafür verantwortlich, die Wahrheiten abzubilden, die durch die Wissenschaft produziert werden. Diese Perspektive ist nicht nur wegen des Verlusts des alleinigen Wahrheitsanspruchs der Forschenden als veraltet zu betrachten. Die Medien sind heute oft aktiv in der Inhaltsproduktion, indem sie die Realität unter Berücksichtigung ihrer Eigenlogiken darstellen. Dieser Mechanismus greift auch bei der Medialisierung der Wissenschaft. Die Rolle der Medien wird ebenfalls dadurch gestärkt, dass ihnen eine Selektionsmacht zukommt. Sie bilden nicht mehr einfach ab, sondern können selbst bestimmen, ob, über was und wie sie berichten. So mitbestimmen sie auch über das medialisierte Bild der Wissenschaft. Aus der einfachen Spiegelung ist eine selektive Berichterstattung geworden.³¹²

³⁰⁸ Vgl. Rödder 2008, S. 329.

³⁰⁹ Vgl. Eisenegger/Imhof 2008, S. 79.

³¹⁰ Vgl. Mai 2011, S. 34.

³¹¹ Vgl. Maier, Tanja: Wahrheit, Wissen, Wirklichkeit: Popularisierungsprozesse in Wissenschaftsmagazinen, in: Raabe, Johannes et al. (Hrsg.): Medien und Kommunikation in der Wissensgesellschaft. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft Band 35. Konstanz, 2008. S. 128 – 140. S. 129.

³¹² Vgl. Weingart 2005b, S. 169f.

Die Darstellung von Wissenschaft durch die Medien entwickelte sich in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg parallel der Entwicklung, die bereits im Bereich des Wissens beschrieben werden konnte. Das ab 1945 vermittelte Bild war fast durchweg positiv und von einer nahezu euphorischen Forschungs- und Fortschrittsbetrachtung geprägt. Diese Phase erreichte um den Sputnikschock und die Mondlandung seine Höhepunkte. Ab den 1970ern erhielten immer mehr risikozentrierte Themen Einzug in Funk, Fernsehen und die Presse. Die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl steht am Ende dieser Entwicklung. Bis zu den 1990ern verschob sich der Schwerpunkt der Medienberichterstattung hin zur rasant fortschreitenden Gentechnik, wobei die begleitenden Risiken nach wie vor von besonderem Interesse waren. Das sollte sich auch bis in die Gegenwart nicht mehr groß ändern. Auch seit der Jahrtausendwende ist die Diskussion um Stammzellen und Klonen das Thema in der wissenschaftsbezogenen Medienkommunikation, das stark für Schlagzeilen und Kontroversen sorgt. Allgemein lässt sich damit für den Zeitraum nach dem Zweiten Weltkrieg eine zunehmende Bedrohungs- und Problemorientierung in der Berichterstattung feststellen.³¹³ Mit der Corona-Pandemie hat sich hier, mindestens vorübergehend, eine Weiterentwicklung eingestellt. In Anbetracht der zunächst abstrakten und komplexen Bedrohungslage, die mit tiefen Einschnitten in die Freiheitsrechte verbunden war, wurden Expertinnen und Experten als Orientierungshilfe und erläuternde Instanz herangezogen. Insbesondere im Frühjahr 2020, als die Wissensbestände zu Corona und Covid-19 noch begrenzt waren und die Forschung parallel rapide Fortschritte machte, halfen sie bei der Einordnung der Entwicklungen. Sie klärten über die Verbreitung der Pandemie, der Funktionsweise und Wirkung Impfungen auf und gaben öffentlichen Ratschlag zu Handhabung entsprechender Maßnahmen. Beizeiten mussten die medienpopuläre Forschenden Desinformationen ausräumen und wissenschaftliche Arbeitstechniken vermitteln.³¹⁴

Die Popularisierung von Wissen ist ein diffiziler Prozess und für viele nur mit der Unterstützung von Fachkräften möglich. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist äußerst schwierig, die mediale Darstellung von Wissenschaft komplex. Heutzutage gibt es eine große Anzahl möglicher Präsentationsformen, aus denen es die bestmögliche auszusuchen gilt, die sich dann auch an der vorherrschenden Medienästhetik orientieren sollte.³¹⁵ Darüber hinaus muss die fachlich-nüchterne Natur rein wissenschaftlicher Veröffentlichungen überwunden werden. Aus Sicht der Medien sind diese Inhalte häufig langweilig, zu komplex und nur schwer vermittelbar.³¹⁶ Außerdem gilt es, die Stoßrichtung der Medieninhalte zum Thema Forschung zu verändern. Die Wissenschaft wird in den Medien nur selten unter funktionalen Gesichtspunkten

³¹³ Vgl. Eisenegger/Imhof 2008, S. 77f.

³¹⁴ Vgl. Weingart 2021, S. 28ff.

³¹⁵ Vgl. Wormer 2010, S. 365.

³¹⁶ Vgl. Weingart 2005b, S. 140.

analysiert. Gerade besonders populäre Themen adressieren gesellschaftliche Werte und Moralvorstellungen, die mit dem wissenschaftlichen Fortschritt in Konflikt geraten.³¹⁷ Erneut kann die Corona-Pandemie als besonders anschauliches Beispiel dienen, da hier Forschungsergebnisse und deren Auslegung zu starken Einschränkungen des öffentlichen Lebens geführt haben. Die medienpopulären Expertinnen und Experten gerieten hierbei persönlich in harsche Kritik und erhielten auch Drohungen, da der entstandene Unmut an ihrer Person festgemacht und ausgelassen wurde.³¹⁸

Hinzu kommt, dass die Wissenschaftskommunikation in die Öffentlichkeit heute noch oft eine „Katastrophenkommunikation“³¹⁹ ist und so die Assoziation von Forschung und Fehlern unterstützt. Zuletzt müssen die Forschenden, die sich besonders intensiv und erfolgreich um die Medialisierung der Wissenschaft bemühen, dem Misstrauen ihrer Kolleginnen und Kollegen aussetzen. Noch immer gibt es gerade in den eigenen Reihen Vorurteile gegen medienprominente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.³²⁰ Mit der Corona-Pandemie könnte auch hier ein Wandel eingesetzt haben, wie das Beispiel Christian Drosten zeigt. Die DFG und der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Stifterverband) verliehen ihm, was auch als Ausdruck der innerwissenschaftlichen Anerkennung der Bedeutung seiner wissenschaftskommunikativen Leistungen gewertet werden kann, einen Sonderpreis für seine wissenschaftskommunikativen Leistungen.³²¹

Trotz aller Zweifel sind die Medien ein unersetzliches Vehikel, damit die Wissenschaft der Forderung nachkommen kann, ihr Wissen der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Wie an früherer Stelle erwähnt, hat das Ende des 20. Jahrhunderts die Geburtsstunde eines neuen Typus der Forschenden erlebt. Erstklassig gebildet, mit politischen sowie gesellschaftlichen Problemstellungen vertraut und mit kommunikativen Kompetenzen versehen. Sie agieren in größerer Nähe und in einem gesteigerten Interaktionsgrad mit Personen und Institutionen aus den anderen Subsystemen. Dieses neue Verhältnis bedeutet für die Wissenschaft aber auch, dass sie mit neuen Positionen umgehen muss. Dazu gehören die ökonomische Rechtfertigung und Nutzbarkeit sowie die Transparenz von Abläufen und Ergebnissen. Aber, nicht zuletzt, muss die Wissenschaft Expertinnen und Experten stellen, die auf ihrem Gebiet exzellente Arbeit leisten und auch ihr Wissen teilen, für die Gesellschaft übertragen und nutzbar machen können. Diese oft reproduzierte Forderung wird von Seiten der Öffentlichkeit, der Wirtschaft und selbstverständlich der Politik auch deutlich so formuliert. Der „Honest Broker“ oder der „Civic Scientist“ sind Versuche, für dieses Aufgaben- und Kompetenzprofil griffige Bezeichnungen zu schaffen. Welcher konzeptuelle Ansatz nun auch verfolgt wird, bleibt gerade für die

³¹⁷ Vgl. Eisenegger/Imhof 2008, S. 82.

³¹⁸ Vgl. Weingart 2021, S. 31.

³¹⁹ Weingart 2005b, S. 161.

³²⁰ Vgl. Mai 2011, S. 33.

³²¹ Vgl. Weingart 2021, S. 32.

Arbeit von Forschenden mit Beratungsfunktion der Umgang mit den Medien einer der Erfolgsschlüssel. Daher müssen sie sich der Einflussfaktoren der Wissenschaftspopularisierung im Klaren sein. Im Zeitalter der Legitimitätskrise geht es jedoch auch darum, den Status der Wissenschaft zu erhalten und das Vertrauen in die Leistungs- und Beratungsfähigkeit wiederherzustellen. Transparente Medienarbeit ist ein wichtiger Schritt im Öffnungsprozess der Wissenschaft, die so ihre Arbeit in öffentliche Diskussionen einbringen und zeitgleich ihr eigenes Bild aufbessern sowie gegen den Vorwurf der Interessengerichtetheit ankämpfen kann.

Natürlich kann dieser Maßstab nicht an alle Forschenden angelegt werden. Die vorangegangenen Beschreibungen beziehen sich auf die idealtypischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Gegenwart, die diese Aspekte auf sich vereinen und auch immer öfter anzutreffen ist. Das Anforderungsprofil von Forschenden, die auch als Beratende agieren, hebt sich deutlich von dem ab, das traditionell vertreten wurde.³²² Die Herausforderung liegt nun darin, die Öffnung weiter voranzutreiben und dabei Qualität sowie Integrität zu bewahren. Gerade bei einer Wissenschaft, die solchen Veränderungen unterworfen ist, wird es schwer, genau zu bestimmen, ab welchem Punkt sie sich selbst verliert. Darum ist konstante Wachsamkeit gefragt. Diese Aufmerksamkeit gilt es auch der Legitimitäts- und Vertrauenskrise zu widmen. Durch die starke Spezialisierung der Forschungslandschaft wird es für die Gesellschaft immer schwerer zu beurteilen, von wo Expertise bezogen werden kann und ob sie auf verlässlichen Ergebnissen beruht.³²³ Dieser Aspekt ist gerade im Bereich der Wissenschaftspolitik als besonders ausgeprägt zu betrachten. Folglich besteht dort und auch in anderen Feldern, in denen Expertinnen und Experten agieren, stets ein grundlegendes Misstrauen.³²⁴ Durch die konstante Medienpräsenz wird dieser Umstand auch weiterhin im Fokus des öffentlichen Interesses bleiben.

Die neue Öffentlichkeit der Wissenschaft ist einer der zentralen Lösungsansätze für dieses Vertrauensproblem. Arbeitsprozesse, Strukturen, Kontrollinstanzen, Ergebnisse und letztendlich Wissen werden popularisiert, sodass sie für alle Teile der Gesellschaft nutzbar und nachvollziehbar sein können. Eine Wissenschaft, die das gewährleisten kann, erhält im Gegenzug mehr Rückendeckung durch die Öffentlichkeit und somit auch die für sie nötigen Freiheiten und Ressourcen, um ihre Integrität zu wahren und den technologischen Fortschritt zu garantieren.

2.3.) Politikwissenschaftliche und demokratietheoretische Aspekte

Zur Erstellung einer Analyse des Beratungssystems in der Wissenschaftspolitik muss selbstredend das politische System verstanden werden, in dem Beratende und Beratene agieren.

³²² Vgl. Weingart 2005b, S. 50.

³²³ Vgl. ebd., S. 133.

³²⁴ Vgl. ebd., S. 54.

Durch die große Bedeutung der Gesellschaftsberatung und der Stellung von Expertinnen und Experten in der Gesellschaft, rückt ihre demokratische Dimension in den Fokus. Welche Aspekte gehören hierbei dazu, um die Schlagworte im kontemporären Diskurs um Demokratie zu erfassen, die von Bedeutung für die Analyse, Funktion und Verortung von Politikberatung sind? Für die vorliegende Arbeit bildet der Begriff der Deliberation den Gravitationspunkt. Er soll im Verlauf als Sammelbegriff verstanden sein, der Veränderungen beschreibt, die gegenwärtig Einfluss auf die Ausformung der Demokratie haben und vor der Hintergrundfolie der beschriebenen Veränderungen in Gesellschaft und Medien zu lesen ist. Relevante Schlagworte sind die Argumentative Wende mit ihrem Fokus auf Konsens und Diskurs, Partizipation, Legitimation, Repräsentation und aktualisierte Konzepte dafür, woran Politik und auch ihre Beratung gemessen werden können.

Deliberation fußt auf dem Gedanken, dass Kommunikation und Diskussion mit dem Ziel der Konsensfindung essenziell für die Funktion von Politik und Gesellschaft sind. In Kombination mit den soziokulturellen Umwälzungen in der Wissensproduktion ergeben sich aus der aktuellen Literatur weitere Facetten, die für die Politikberatung in der Wissenschaftspolitik von Relevanz sind. Zum einen sollte unterstrichen werden, dass Deliberation zugleich bei der politischen Elite, den Parteien, Regierungen sowie Politikerinnen und Politikern, NGOs sowie an der politischen Basis ansetzt, die von den Bürgerinnen und Bürgern gebildet wird.³²⁵ Für diese breite Handlungssphäre beschreibt Deliberation neben Diskussion und Beratung auch einen selbstreflexiven Akt.³²⁶ Dieses Paradigma weist darauf hin, dass die Meinungs- und Willensbildung in einer modernen Gesellschaft zu großen Teilen durch deliberative Methoden stattfindet.³²⁷ Politikberatende können in diesem Prozess eine vermittelnde Leistung erbringen und durch zusätzliche Informationen das Blickfeld der Beratenen erweitern. Ermöglicht wird dies auch dadurch, dass der Vorgang der politischen Willensbildung in einer modernen Mediendemokratie zu großen Teilen als deliberativer Kommunikationsakt in der Öffentlichkeit abläuft.³²⁸

Deliberation ist eng an die veränderte Wissensproduktion und -distribution gekoppelt, die mit einem Wandel von Expertise einhergeht. Das betrifft nicht nur die Menge von Wissen oder die Pluralisierung des Ratschlags, sondern auch die gestiegene Zahl politikberatener Instanzen und Zugangsmöglichkeiten für alle Teile der Gesellschaft. Expertise und der Zugriff durch die Öffentlichkeit sind grundlegend für die Funktion deliberativer Modelle. Durch diese Fokussierung eröffnen sie aber auch eine kritische Perspektive auf die Kosten und den Nutzen

³²⁵ Vgl. Lösch, 2007, S. 36ff.

³²⁶ Vgl. Lösch, Bettina: *Deliberative Politik. Konzeptionen von Öffentlichkeit, Demokratie und politischer Partizipation*. Münster, 2005. S. 194.

³²⁷ Vgl. Habermas, Jürgen: *Verwissenschaftliche Politik und öffentliche Meinung*, in: Reich, Richard (Hrsg.): *Humanität und politische Verantwortung*. Zürich u.a., 1964. S. 54 – 73. S. 70.

³²⁸ Vgl. Glaab, Manuela/Metz, Almut: *Politikberatung und Öffentlichkeit*, in: Falk, Svenja (Hrsg.): *Handbuch Politikberatung*. Wiesbaden, 2006. S. 161 – 170. S. 162.

von Beratung.³²⁹ Außerdem wird redefiniert, wer berät und wer Expertise empfängt. Neben dem Ansatz, dass Expertinnen und Experten ihren Ratschlag an Politik, Medien, Öffentlichkeit und Wirtschaft adressieren, werden Bürgerinnen und Bürger in deliberativen Theorien neu wahrgenommen und als Beratene und Beratende doppelt gefasst. Es wird ein Trend verzeichnet, politische Beratungsprozesse für Laiinnen und Laien zu öffnen, was als Demokratisierung von Expertise und als das Aufkommen der Bürgerexpertinnen und -experten in der Fachliteratur diskutiert wird.³³⁰ Diese Abläufe finden in der Öffentlichkeit der Medien- und Informationsgesellschaft statt, die zu einem der zentralen Schauplätze politischer Beratungssituationen geworden ist.³³¹ Erneut kommt den Neuen Medien eine tragende Rolle zu. Auf beiden Seiten der Beratung bieten sie eine noch vor kurzem unbekannte Palette an Instrumenten, die Zugang zu politischer Partizipation und Deliberation bietet.³³² Das klassische Konzept von öffentlich-ausstrahlenden und privat-dialogischen Medien ist obsolet.³³³ Durch das Internet und die Möglichkeiten des Web 2.0 erhalten Bürgerinnen und Bürger Zugang zu Informationen und können selbst über Blogs, Foren oder soziale Netzwerke eigene Inhalte platzieren und öffentliche Abstimmungsprozesse mitgestalten.³³⁴ Folglich kann ein deliberativer Prozess auf formeller oder informeller Ebene ablaufen. Egal welcher Struktur er folgt, findet beim Zusammentreffen von Beratenden und Beratenen oft eine Wechselwirkung statt. Die Ergebnisse deliberativer Elemente fließen dann in die Analyse ein, die wiederum den Prozess mit Informationen bedient.³³⁵

Partizipation ist einer der Grundpfeiler deliberativer Demokratiekonzepte. In der Fachliteratur finden sich Hinweise, dass die stärkere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern Teil einer Veränderung der politischen Kultur ist, die gerade auch in Beratungsprozessen ihren Ausdruck findet.³³⁶ Dieser „participatory turn“³³⁷ und seine neuen deliberativen Ausformungen haben gemein, dass sie die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellen.³³⁸ Der Gedanke der Partizipation endet jedoch nicht bei diesem. Im Angesicht politikultureller Wandlungsprozesse hat sich auch die Sicht auf die politische Führung verändert. In der Literatur finden sich Belege für die Idee der Entwicklung zum kooperativen Staat.³³⁹ Dieser horizontal ausgerichtete

³²⁹ Vgl. Halfman, Willem/Hoppe, Rob: Science/Policy Boundaries: A Changing Division of Labour in Dutch Expert Policy Advice, in: Maasen, Sabine/Weingart, Peter: Democratization of Expertise? Exploring Novel Forms of Scientific Advice in Political Decision-Making. *Sociology of the Sciences* Volume XXIV. Dordrecht, 2009. S. 135 – 152. S. 143.

³³⁰ Vgl. Brown/Lentsch/Weingart 2006, S. 65.

Vgl. Martinsen, Renate: Partizipative Politikberatung – der Bürger als Experte, in: Falk, Svenja (Hrsg.): *Handbuch Politikberatung*. Wiesbaden, 2006. S. 138 – 151. S. 138f.

³³¹ Vgl. Verworn/Hausberg 2006, S. 107.

³³² Vgl. Fuchs 2000, S. 277.

³³³ Vgl. Holly 2000, S. 87.

³³⁴ Vgl. Marschall 2007, S. 166.

Vgl. Rose 2012, S. 225.

³³⁵ Vgl. Douglas 2009, S. 157.

³³⁶ Vgl. Brown/Lentsch/Weingart 2006, S. 14.

³³⁷ Ebd., S. 65.

³³⁸ Vgl. Maasen/Weingart 2009, S. 14.

³³⁹ Vgl. Lösch 2007, S. 38f.

Politikstil erkennt die Forderung nach Diskurs und politischer Information.³⁴⁰ Teilnehmende an diesem Prozess sind neben der Politik, Forschenden, Expertinnen und Experten sowie der breiten Bevölkerung auch die Medien und private Institutionen.³⁴¹ Der kooperative Staat ist auch eine Antwort auf die Fragmentierung der Gesellschaft und federt negative Effekte der Interessenpluralisierung ab.³⁴² Er steht in Verbindung mit der Argumentativen Wende, mit der in der einschlägigen Literatur eine neue Art der politischen Argumentationsführung und Entscheidungsfindung umschrieben wird. Das Fundament bilden die Arbeiten von Jürgen Habermas und Michel Foucault.³⁴³ Für die politische Praxis resultiert hieraus, dass in einer modernen pluralistischen Gesellschaft, neben sachlichen Anhaltspunkten, auch die Werte und Meinungen der Gesellschaft für ihre Entscheidungsfindung herangezogen werden sollten.³⁴⁴

Partizipative Ansätze folgen dem Gedanken, dass eine Demokratie dann vital ist, wenn sie neben ihrer rechtlich verankerten Volksvertretung auch auf Verhandlung und die Einbeziehung der Öffentlichkeit setzt.³⁴⁵ Dieser Modus wird in der Literatur häufig als einer der besten Ansätze zur Bekämpfung gegenwärtiger Probleme der Politik gehandelt.³⁴⁶ Auch Studien belegen den Mehrwert von Partizipation in der Entscheidungsfindung der Politik. So birgt sie ein hohes Potenzial als Quelle für politische Entscheidungen und ist durch ihren inklusiven Charakter ein guter Weg, um die Vernetzung von Laiinnen und Laien, Expertinnen und Experten, Politik und Öffentlichkeit in politischen Entscheidungsprozessen zu gewährleisten. Damit ist Partizipation ein Werkzeug, um die Rückkoppelung von Wissen und Politik an gesamtgesellschaftliche Werte zu sichern.³⁴⁷

Trotz der Beobachtung, dass technisches und naturwissenschaftliches Wissen immer stärkeres Gewicht in politischen Prozessen gewinnen und die Literatur in der Gesellschaft einen „Zeitgeist der neuen Sachlichkeit“³⁴⁸ erkennt, müssen sich die politischen Eliten der Aufgabe stellen, dass Entscheidungen nicht ohne die Inkorporation gesellschaftlicher Werte gefällt werden können und sollten. Diese Aussage gilt insbesondere für den Bereich von Technologie, Wissenschaft und Forschung, da hier großes Konfliktpotenzial mit den lebensweltlichen Werten besteht.³⁴⁹ Die öffentliche Meinung ist zu einem integralen Bestandteil des Kommunikationsprozesses zwischen Politik und Wissenschaft geworden. Es entsteht eine Auswei-

Vgl. Martinsen 2006, S. 140f.

³⁴⁰ Vgl. ebd., S. 143.

³⁴¹ Vgl. Jarren/Donges 2006, S. 203.

³⁴² Vgl. Martinsen 2007, S. 62.

³⁴³ Vgl. Fischer, Frank: Die argumentative Wende – und was sie für die Politikberatung bedeutet, in: Leggewie, Claus (Hrsg.): Von der Politik- zur Gesellschaftsberatung. Neue Wege öffentlicher Konsultation. Frankfurt am Main u.a., 2007. S. 17 – 33. S. 23f.

³⁴⁴ Vgl. Leggewie 2006, S. 156.

³⁴⁵ Vgl. Mai 2011, S. 35.

³⁴⁶ Vgl. Maasen/Weingart 2009, S. 9.

³⁴⁷ Vgl. ebd., S. 14.

³⁴⁸ Vgl. Korte 2008, S. 38.

³⁴⁹ Vgl. Verworn/Hausberg 2006, S. 106.

tung des Begriffs der Responsivität. Damit kann beschrieben werden, wie hoch die Übereinstimmung der politischen Handlungen einer Regierung mit dem Willen der Bevölkerung auf der Input- und der Outputseite der Politik vorliegt. Deliberative Modelle, die auf Konsens, Kommunikation, Partizipation und Beratung setzen, erzielen eine Steigerung des Grades der Responsivität.³⁵⁰ Darüber hinaus stärken deliberative Modelle die Ausgangslage, aus der Laiinnen und Laien Politik beobachten und ihre Meinung bilden. Bürger- und Bürgerinneninitiativen können beispielsweise in der Vermittlungsleistung komplexer Inhalte, wie sie gerade in der Wissenschaftspolitik vorliegen, äußerst effektiv arbeiten, um die Öffentlichkeit für politische Debatten zu rüsten, die sie betreffen.³⁵¹ Diese Ermächtigung der Bürgerinnen und Bürger ist im Bereich von Wissenschaft und Forschung von großer Bedeutung und findet immer häufiger Anwendung. Heutzutage können die Betroffenen des wissenschaftlichen Fortschritts über demokratische Kanäle sogar Einfluss auf die Ausrichtung ganzer Forschungszweige nehmen.³⁵²

Partizipation hat auf lokaler Ebene seine Wirksamkeit bereits mehrfach belegen können. Anders sieht das auf supranationaler Ebene aus. Die Frage, ob dort ein gleiches Maß an Effektivität und Funktionalität realisierbar ist, kann nur schwer beantwortet werden.³⁵³ Hinsichtlich der fortschreitenden Einigung Europas und der wirtschaftlichen Entwicklungspotenziale ist bereits vor geraumer Zeit die Erkenntnis gereift, dass bei Partizipation auf supranationaler Ebene Aufholbedarf besteht. Das im Jahr 2001 erschienene Arbeitspapier „Europäisches Regieren – Ein Weissbuch“ definierte Partizipation dann als einen der Grundpfeiler moderner Governance und betonte die Bedeutung lokaler Expertise durch die Einbeziehung der Zivilgesellschaft.³⁵⁴ Man bekämpft hiermit eine Dynamik, die durch den Einigungsprozess entstanden ist. Mit demselben Maß, mit dem die Europäische Union wächst und ihre Entscheidungskapazitäten, Reichweite, Zuständigkeiten und Effektivität ausbaut, schwindet durch Verwaltung, Stimmvielfalt, Komplexität von Entscheidungsprozessen und Institutionen das Potenzial lokaler Beteiligung.³⁵⁵

Der europäische Einigungsprozess ist nicht die einzige Herausforderung, mit der sich deliberative Modelle in der Bundesrepublik auseinandersetzen müssen. Auch wenn Partizipation als einer der Schlüssel für das Gelingen moderner Politik gilt, gibt es noch viele Herausforderungen zu adressieren.³⁵⁶ Die regelmäßig an der Schnittstelle zwischen Expertise, Politik

³⁵⁰ Vgl. Brown/Lentsch/Weingart 2006, S. 12f.

Vgl. Fuchs 2000, S. 260.

Vgl. Martinsen 2006, S. 138.

³⁵¹ Vgl. Hagner 2012, S. 46.

³⁵² Vgl. Rose 2012, S. 220.

³⁵³ Vgl. Maasen/Weingart 2009, S. 11.

³⁵⁴ Vgl. Europäische Kommission: Europäisches Regieren – Ein Weissbuch. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Mitteilungen und Bekanntmachungen 44. Jahrgang C287/1. Brüssel, 2001. (<https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2001:0428:FIN:DE:PDF,09.10.2021>)

³⁵⁵ Vgl. Joss 2009, S. 171.

³⁵⁶ Vgl. Maasen/Weingart 2009, S. 9.

und Öffentlichkeit auftretenden Kommunikationsprobleme können auch bei deliberativen Ansätzen Bestand haben. Hier herrscht ebenfalls oftmals eine kommunikative Kluft zwischen Fachdiskursen und öffentlichen Diskussionen, insbesondere im Feld von Wissenschaft und Technik.³⁵⁷ Die bereits erwähnte Anpassungsleistung durch Medien sowie Expertinnen und Experten spielt also gerade im Bereich der Deliberation der Wissenschaftspolitik eine entscheidende Rolle. Dabei reicht es aber nicht, einen partizipativen Mechanismus zu implementieren und Inhalte korrekt zu vermitteln. Nur dadurch, dass eine Stimmmehrzahl an einem Diskurs teilnimmt, bedeutet das nicht, dass sie auch politisches Gewicht erhält.³⁵⁸ Daher müssen einzelne partizipative Mittel überprüft und auf Stärken, Schwächen sowie mögliche Anwendungen hin untersucht werden. So sind beispielsweise Umfragen auf den ersten Blick eine Methode, die Gesellschaft und ihre Meinung einzubinden. Genauer betrachtet gehören sie aber trotz ihres partizipativen Charakters nicht in den Werkzeugkasten der Deliberation, da ihnen der Diskurs- und Konsensgedanke fehlt.³⁵⁹ Neben einzelnen Methoden darf die Singularität politischer Prozesse nicht ausgeblendet werden. Eine Suche nach allgemeinen Lösungen ist mit Vorsicht zu genießen. Es sollte für jeden einzelnen Fall betrachtet werden, ob und anschließend wie die Öffentlichkeit in den politischen Prozess einbezogen werden soll. Dazu gehören auch Detailfragen über das adressierte Publikum. Betrifft dieser Fall alle mündigen Bürgerinnen und Bürger oder nur speziell informierte Menschen mit besonderen Interessen, direkt Betroffene oder Menschen aus einer bestimmten Region?³⁶⁰ Ebenfalls zu hinterfragen ist die Repräsentativität der Beteiligten und die Gültigkeit der Ergebnisse. Dazu zählt auch die Frage, ob partizipative Elemente durch die Politik gezielt eingesetzt werden, um Diskussionen oder Meinungen zu beeinflussen.³⁶¹ Ein durchdachtes institutionelles Design, das Regelungen und Maßnahmen zur Kontrolle dieser Faktoren implementiert und insbesondere in der Vorbereitungs- und Einsetzungsphase einer partizipativen Maßnahme durchsetzt, kann hier Abhilfe schaffen. So kann auch gewährleistet werden, dass Beteiligung nicht zu einem weiteren Machtmittel moderner Politik verkommt. Andersfalls kann ein Ansatz, der die Stellung der Bürgerinnen und Bürger stärken sollte, effektiv in die Hände der Politik spielen.³⁶²

Diese Stärkung ist gerade für die öffentliche Diskussion um Wissenschaftspolitik unerlässlich. Der Fortschritt beeinflusst grundlegende Aspekte der Demokratie, wie Deborah Heath, Rayna Rapp und Karen-Sue Taussig mit ihrem Konzept des „Genetic Citizenship“³⁶³ argumentieren. Dieses Modell unterstreicht den Anspruch, an Diskursen teilzunehmen, die sich durch den wissenschaftlichen Fortschritt, hier mit Schwerpunkt auf der Genetik, ergeben. Auf

³⁵⁷ Vgl. Joss 2009, S. 172.

³⁵⁸ Vgl. Gehring 2012, S. 134.

³⁵⁹ Vgl. Joss 2009, S. 182.

³⁶⁰ Vgl. Rose 2012, S. 233.

³⁶¹ Vgl. Joss 2009, S. 173.

³⁶² Vgl. Maasen/Weingart 2009, S. 15.

³⁶³ Heath, Deborah/Rapp, Rayna/Taussig, Karen-Sue: Genetic Citizenship, in: Nugent, David/Vincent, Joan (Hrsg.): A Companion to the Anthropology of Politics. Oxford, 2004. S. 152 – 167. S. 152.

diese Weise können die Rechte und Verantwortungsstrukturen im Umgang mit dem neuen Wissen bestimmt werden. Erneut zeigt sich hier der Ansatz, dass außerwissenschaftliche Gruppen Einfluss auf die Wissenschaft und ihre Forschung nehmen.³⁶⁴

In der politikwissenschaftlichen Diskussion von Deliberation und Politikberatung nimmt das Prinzip der Legitimation eine relevante Position ein.³⁶⁵ Unter anderem durch die Demokratisierung von Expertise bedingt, lässt sich eine Veränderung des Paradigmas ausmachen. Partizipation, Deliberation und Politikberatung aktualisieren durch die Erweiterung des Felds der Akteurinnen und Akteure die Frage nach Legitimation. Anstelle einer passiven Beteiligung der Öffentlichkeit durch Informationszuweisung tritt eine Legitimation, die stärker auf die deliberative Partizipation der Regierten setzt.³⁶⁶ Auf eine kurze Formel gebracht: Legitimation durch Inkorporation. Das umfasst, neben der Partizipation an politischen Prozessen selbst, auch die Berücksichtigung von gesellschaftlichen Wertvorstellungen und Meinungen in der Dezision. Peter Weingart spricht hingegen von einer doppelten Legitimation. Zum einen wird sie durch die Wahlen gewährleistet. Die andere Komponente bilden politische Entscheidungen, die auf einer rationalen Wissensbasis beruhen.³⁶⁷ Der wissenschaftliche Erkenntnisstand und die darauf basierte Rationalität bilden also eine der zentralen Ressourcen für politische Legitimität.³⁶⁸ Leicht lassen sich hier die bedeutsame Rolle von Beratenden und der Bedarf der Übersetzung der Ergebnisse der Wissenschaft ablesen. Dennoch kann Wissen nicht nur eine legitimierende Wirkung entfalten, es kann auch delegitimieren.³⁶⁹ In den Händen der Bürgerinnen und Bürger wird es zum Werkzeug, um Scheinargumente und interessengesteuerte Politik zu enttarnen.

Neben Partizipation und Legitimation ist auch das Prinzip der Repräsentation definierend für demokratische Politik. Entscheidungen können nur von gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten getroffen werden, weil sie in Rückbindung mit den Wählerinnen und Wählern stehen und so zur Rechenschaft gezogen werden können.³⁷⁰ Die hiermit verbundene Frage nach Verantwortung ist gerade für Politikberatung interessant, da sie häufig der Kritik ausgesetzt ist, eine außerparlamentarische, also nicht legitimierte und demnach durch keine Verantwortungsmechanismen zurückgekoppelte, Entscheidungsgewalt zu sein. Repräsentation lässt sich in diesem Kontext dadurch definieren, dass die Politik ihre politischen Bemühungen auf das ausrichtet, was sie als Interesse der Öffentlichkeit ausliest, was sich wiederum aus ihren Wünschen, Meinungen und Werten zusammensetzt. Damit ist Repräsentation direkt

³⁶⁴ Vgl. Rose 2012, S. 224f.

³⁶⁵ Vgl. Maasen/Weingart 2009, S. 8.

³⁶⁶ Vgl. Brown/Lentsch/Weingart 2006, S. 65.

³⁶⁷ Vgl. Weingart 2005b, S. 51.

³⁶⁸ Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S. 7.

³⁶⁹ Vgl. Weingart 2005b, S. 52.

³⁷⁰ Vgl. Eckert 1971, S. 37.

mit der Beteiligung der Öffentlichkeit verbunden, weil diese ihre Position folglich zuerst kommunizieren muss, damit sie verwertet werden kann.³⁷¹ Repräsentation wird hierbei nicht nur als das Prinzip der Volksvertretung durch Wahlen verstanden, sondern als direkte Verbindung politischer Partizipation und Führung.³⁷² Heutzutage ist Repräsentation also nicht mehr nur ein Ansatz, um die Legitimationsproblematiken moderner Demokratien zu lösen. Stattdessen wird sie, zusammen mit Deliberation und Medialisierung, als ein politischer, demokratischer und moralischer Grundwert verstanden.³⁷³

Das Prinzip der Repräsentation kann auch zur Analyse von Beratungsgremien herangezogen werden, um die Frage zu beantworten, wie weit soziale, politische und fachliche Perspektiven eingebunden werden.³⁷⁴ Repräsentation hängt allgemein davon ab, wie ein Gremium besetzt wird und wie mit externen Ressourcen gearbeitet wird.³⁷⁵ Es lassen sich zwei Dimensionen unterscheiden. Delegierte Repräsentation charakterisiert die Bindung einer vertretenden Instanz an die Vertretenden durch Wahlen und Kommunikation. Deskriptive Repräsentation beschreibt, inwieweit eine vertretende Instanz den Vertretenden in seiner Zusammensetzung ähnelt. Gremien, die einen hohen Grad deskriptiver Repräsentation aufweisen, lenken das Augenmerk auf Frage- und Problemstellungen, die direkt aus der Gesellschaft kommen. Sie erweitern das Perspektivenfeld und erreichen eine hohe Sensitivität für die Belange der Gesellschaft.³⁷⁶ Durch die Abbildung ihrer Interessen lassen sich diese Gremien besonders gut mit den Gedanken der Deliberation und Partizipation verbinden. Repräsentation allgemein fördert außerdem die öffentliche Akzeptanz von Beratung und verstärkt bei der Bevölkerung das Gefühl, dass ihre Interessen vertreten werden.³⁷⁷

Die Möglichkeiten, die Partizipation und Deliberation bieten, verpuffen jedoch, wenn die geforderten Aspekte von der Politik oder den Expertinnen und Experten nicht aufgenommen werden. Eine moderne Demokratie und ihre Führung müssen sich daran messen lassen, wie sie die deliberativen Leitgedanken und Expertise in ihren politischen Mitteln der Entscheidungsfindung inkorporiert. Das Spektrum reicht von „highly inclusive and highly coordinated deliberative processes on various ‚levels‘ of decision making to highly exclusive and highly regulatory, evidence-based-forms.“³⁷⁸ Solche Maßnahmen sind alleine aber kein Allheilmittel für die Herausforderungen moderner Politik. Neben der Implementierung von Deliberation müssen daher auch Transparenz und Nachvollziehbarkeit gewährleistet werden, die, wie auch

³⁷¹ Vgl. Brown/Lentsch/Weingart 2009, S. 82.

³⁷² Vgl. Brown/Lentsch/Weingart 2006, S. 13.

³⁷³ Vgl. ebd.

³⁷⁴ Vgl. Brown/Lentsch/Weingart 2009, S. 84.

³⁷⁵ Vgl. ebd., S. 94.

³⁷⁶ Vgl. ebd., S. 84.

³⁷⁷ Vgl. ebd., S. 85.

³⁷⁸ Maasen/Weingart 2009, S. 13.

umfangreiche Diskussionen und Partizipation, als idealtypisch für gute Regierungsführung gesehen werden.³⁷⁹ Entscheidungsstrukturen müssen daher so gestaltet werden, dass die Öffentlichkeit einen Überblick über die Abläufe erhalten kann.³⁸⁰ Ein gutes institutionelles Design ist für diesen Zweck also darauf ausgerichtet, simple Prozesse zu gewährleisten. Aus diesem Grund ist auch eine niedrige Regulationsdichte förderlich.³⁸¹

Trotz aller beschriebenen Vorteile und der oft vertretenden Ansicht, dass Deliberation ein Kennzeichen moderner Politik ist, gibt es selbstverständlich kritische Positionen. Partizipation, öffentliche Diskussion und Meinungsbildung sind keine fixen Garanten für eine bessere Politik.³⁸² So können sie nicht ausgleichen, dass bereits die ihnen zu Grunde liegende Annahme der Konsensfindung zu Problemen führen kann. In Zeiten, bei denen schnelle Reaktionen gefordert werden, kann es von Vorteil sein, die Aushandlung eines gesamtgesellschaftlichen politischen Konsenses zu übergehen, um Handlungsfähigkeit zu erhalten. Hinzu kommt, dass die Annahme eines wissenschaftlichen Konsenses irreführend ist, da dieser gegebenenfalls nur temporär sein kann.³⁸³ Es besteht also eine Diskrepanz zwischen dem Anspruch, den Beteiligten deliberativer Politikkonzepte sowie den Empfängerinnen und Empfängern von Expertise mit der Natur der Wissenschaft. Erneut zeigt sich, dass sich gerade im Bereich der Wissenschaftspolitik die Herausforderungen verdichten.

Ein weiterer Kritikpunkt adressiert die partizipative Grundlage klassischer deliberativer Modelle. Diese sind demnach nicht zwangsläufig interaktiv oder erwecken nur den Anschein, die Öffentlichkeit einzubeziehen.³⁸⁴ Das ist zum Beispiel der Fall, wenn Expertinnen und Experten als Informationsquellen dienen, indem sie ihre bereits abgeschlossenen Analysen vortragen, wie es bei Konsensuskonferenzen oder Bürger- und Bürgerinnenpanels passieren kann, die allgemein als deliberative Formate gesehen werden.³⁸⁵ Deliberative Prozesse haben darüber hinaus den Nachteil, dass sie nur schwer auf nationaler oder gar supranationaler Ebene reproduzierbar sind, auch wenn sie auf lokaler Ebene eine beachtliche Wirksamkeit entfalten können.³⁸⁶ Zuletzt müssen sich Verfechterinnen und Verfechter der Deliberation die Frage gefallen lassen, wie realitätskompatibel das Konzept ist. Genauer gesagt geht es darum, ob es überhaupt genug Forschende sowie Expertinnen und Experten gibt, die solche Vorstöße mittragen wollen, da sie ihre bereits schwindende Stellung und die Wissenschaftlichkeit ihrer Arbeit gefährdet sehen könnten.³⁸⁷

³⁷⁹ Vgl. Maasen/Weingart 2009, S. 13.

³⁸⁰ Vgl. Guston, David H.: Institutional Design for Robust Knowledge: The National Toxicology Program's Report on Carcinogens, in: Maasen, Sabine/Weingart, Peter: Democratization of Expertise? Exploring Novel Forms of Scientific Advice in Political Decision-Making. Sociology of the Sciences Volume XXIV. Dordrecht, 2009. S. 63 – 79. S. 64f.

³⁸¹ Vgl. Maasen/Weingart 2009, S. 11f.

³⁸² Vgl. Maasen/Weingart 2009, S. 11f.

³⁸³ Vgl. Guston 2009, S. 65f.

³⁸⁴ Vgl. Douglas 2009, S. 157f.

³⁸⁵ Vgl. ebd., S. 158.

³⁸⁶ Vgl. ebd., S. 166.

³⁸⁷ Vgl. ebd.

Die Bestandsaufnahme zu den Rahmen der Politikberatung in der Medien- oder auch Wissensgesellschaft veranschaulicht ihre Bedeutung, Möglichkeiten und Prüfsteine. Wissen ist eines der zentralen Güter, dessen Produktion diversifiziert und auf dem globalen Markt erzeugt wird, um in gesamtgesellschaftlichen Kontexten erfasst zu werden. Für Produzierende und Rezipierende ergeben sich hieraus Herausforderungen, insbesondere aber für die Wissenschaft, die entzaubert wurde und an Stand eingebüßt hat. Im Angesicht einer kritischen Öffentlichkeit ist die legitimierende Kraft wissenschaftlicher Erkenntnisse geschwächt. Die Legitimations- und Vertrauenskrise der Wissenschaft, verstärkt durch wissenschaftliches Fehlverhalten Einzelner, untergräbt ihre Stellung zusätzlich. In der Corona-Pandemie konnte die Wissenschaft jedoch ihre Bedeutung für das öffentliche Wohl beweisen.

Dennoch sieht sie sich weiteren Herausforderungen ausgesetzt. Die Wissenschaft ist heute oft öffentlichkeitsgerichtet und als „Honest Broker“ engagiert. Sie steht unter Druck, Forderungen der Gesellschaft zu entsprechen. Der Ökonomisierung, der Profilbildung und dem Wettbewerb folgen dabei auch negative Konsequenzen, wie beispielsweise die Analysen zur akademischen Elite oder dem Matthäus-Effekt zeigen. Die Wissenschaftskommunikation birgt hierbei Potenziale für die Verbesserung der eigenen Position und die Erfüllung des Gesellschaftsbezugs einer Wissenschaft, die Mehrwehrt generiert und zeitgleich für sich werben will. Im Umgang mit der Corona-Pandemie kam der Wissenschaftskommunikation besonderes Gewicht in der Bildung der Öffentlichkeit und der Legitimation von Entscheidungen zu. Die Entwicklungen seit dem Frühjahr 2020 könnten katalytisch für eine stärkere Öffnung und weitere Bemühungen zur effektiven und transparenten Wissenspopularisierung sein. Damit könnte die Wissenschaft ihren Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Deliberation noch besser erfüllen, deren Anforderungen an Partizipation, Legitimation und Repräsentation die Hintergrundfolie der Politikberatung komplettieren, die nun im folgenden Kapitel vertiefend ausgearbeitet wird.

3.) Politikberatung

Politikberatung ist für die Entscheidungsfindung in allen Politikfeldern heutzutage nicht mehr wegzudenken. Die Komplexität und Vielschichtigkeit der Welt macht Informationsverarbeitung und Entscheidungsfindung zu schweren Aufgaben. Außerdem müssen Politikerinnen und Politiker in entscheidenden Positionen nicht zwangsweise in ihrem Ressort ausgebildet oder selbst Fachleute sein. Politik und nun auch die Gesellschaft haben den daraus resultierenden Expertenbedarf erkannt. Folgerichtig befindet sich eine steigende Anzahl von Beratenden auf fast allen Ebenen der politischen Prozesse. Die große Menge an Bestandsliteratur zu der Thematik spiegelt die weitreichende Akzeptanz der Tatsache wider, dass der Beratung eine immer größere Gewichtung zukommt. Das einhellige Urteil ist die Feststellung einer Pluralisierung der Expertise. Zeitgleich wird die Beobachtung einer Professionalisierung von Beratung

getroffen.³⁸⁸ Trotz dieser expansiven Entwicklung scheint in der wissenschaftlichen Debatte vor allem ein Wort in aller Munde zu sein: Krise. Expertinnen, Experten und Beratung gewinnen an Bedeutung, verlieren dabei aber scheinbar ihre Autorität. Die Frage nach ihrem Status ist also nicht einfach zu beantworten, wie es häufig aus kritischen Perspektiven heraus gesehen wird. Welche Faktoren müssen also in Betracht gezogen werden, um Politikberatung zu durchleuchten und welche Unterscheidungsmöglichkeiten zwischen verschiedenen Realisationsformen können festgestellt werden? Ausgehend vom Dualismus von Krise und Expansion wird hierzu erläutert, was Expertinnen und Experten sowie ihr Urteil definiert. Was bedeutet Expertise und welche Aufgaben ergeben sich schlussendlich, wenn Beratung auf Politik und Gesellschaft trifft? Es erfolgt ebenfalls eine Auseinandersetzung mit der Kritik an Politikberatung, die sich vor allem mit den Begriffen der Instrumentalisierung, des Lobbyismus und des Außerparlamentarismus zusammenfassen lässt.

Nachdem das theoretische Gerüst vorbereitet wurde, auf dem die eigentliche Analyse aufbaut, wird anschließend, das nötige Inventar zu schaffen, um Politikberatung in der Wissenschaftspolitik zu analysieren. Dazu wird die Frage beantwortet, nach welchen Kriterien Politikberatende allgemein in der Fachliteratur untersucht werden. Durch die hohe Zahl an Beiträgen ist die Menge an möglichem Material zur Auswertung groß. Daher soll eine Übersicht gegeben werden über verschiedene Möglichkeiten, Politikberatung zu kategorisieren, zwischen verschiedenen Formen zu differenzieren und Realisationsformen zu benennen. Als nächstes wird der Blick auf mögliche politikkulturelle und nationale Besonderheiten bei der Betrachtung von Politikberatung gerichtet. Lassen sich solche Effekte beobachten und falls ja, wie sehen diese aus? Eine zentrale Frage für die Beurteilung von Politikberatung ist die nach der Qualität der Expertise. Funktionieren Leitlinien und Qualitätsgarantien? Welche Möglichkeiten gibt es, den Wirkungsgrad von Beratung zu erfassen?

3.1.) Aufgaben und Funktionen

Trotz der Aktualität der Fragen, die sie umgeben und ihrer Prominenz in der politikwissenschaftlichen Diskussion, ist Politikberatung kein Phänomen der rationalisierten Neuzeit. Ihre Ursprünge lassen sich ohne weiteres bis in das antike Griechenland zurückverfolgen. Damals war Politikberatung noch fast ausschließlich die philosophische Gedankenarbeit gelehrter Köpfe. Diese wurden als Erkenntnis- und Wahrheitslieferanten gesehen. Beispiele hierfür wären Platons „Politeia“ oder die Schriften von Sokrates.³⁸⁹ Seit der Antike gibt es mehrere Größen, welche die Entwicklung der Politikberatung und ihr Verhältnis zur Demokratie begleitet haben. Als Beispiele dienen hier der Streit zwischen Thomas Hobbes und Robert Boyle um

³⁸⁸ Vgl. Buchholz 2008, S. 12ff.

Vgl. Falk/Römmele 2009, S. 7.

³⁸⁹ Vgl. Brown/Lentsch/Weingart 2009, S. 81.

Vgl. Rafat 2012, S. 29ff.

das Dominanzverhältnis von Politik und Wissenschaft oder Arbeiten der Advokaten der Aufklärung, die hofften, mit der Wissenschaft die Staatsführung zu verbessern.³⁹⁰ Auch der so oft kontrovers diskutierte Niccolò Machiavelli kann als einer der prominentesten Politikberater benannt werden, der durch die vielschichtige Rezeption seiner Arbeit einen Beitrag zur streitbaren Natur von Beratung geleistet hat. Mit „Der Fürst“ hat er eines der wohl bekanntesten historischen Beispiele für politische Expertise produziert. In 26 Kapiteln formuliert Machiavelli Handlungsempfehlungen für den Gewinn oder den Erhalt von Macht zum Schutz der Republik. Sein Ratschlag hob sich in seiner verantwortungsethischen Ausrichtung von den moralphilosophischen Fürstenspiegeln der damaligen Zeit ab.³⁹¹

Seit ihren Anfängen hat die Politikberatung eine beachtliche Entwicklung vollzogen. Ihre Ausformungen, ihre prävalente Stellung und ihre Potenziale sind zusammen mit neu aufkommenden Fragestellungen und Problemen so ausgeprägt wie nie zuvor. Wiederholt werden im Diskurs ihre Pluralisierung, Professionalisierung und Demokratisierung attestiert. Ein Beginn dieser Entwicklung lässt sich erneut am Ende des Zweiten Weltkriegs ansetzen. Die Nachfrage und das Angebot an Politikberatung steigen und weiten sich seitdem konstant aus. Außerdem lässt sich zu diesem Zeitpunkt eine erste Öffnung von Beratung verzeichnen, die jetzt nicht mehr nur Regierungen zur Seite steht, sondern auch Parlamente und letztendlich die Bevölkerung berät.³⁹² In den 1990ern gewinnt die Beziehung von Politikberatung, Wissenschaft und Gesellschaft an Komplexität. Die Suche nach der Rolle und Funktion von Expertise ist im vollen Gange.³⁹³ In Deutschland gewinnt die Forderung an Schwung, sich von dezisionistischen Mustern zu verabschieden und Politikberatung auf pragmatische Ansätze auszurichten.³⁹⁴ Kurze Zeit später bricht sich der Gedanke der Gesellschaftsberatung Bahn. 1994 wird das Konzept von Renate Mayntz popularisiert.³⁹⁵

Simplifizierende Modelle definieren Politikberatung dennoch auch heute noch als die Implementierung von sachbezogenem, zumeist wissenschaftlichem Wissen in die politische Entscheidungsfindung. Ebenso setzen nach wie vor einige aktuelle Definitionen auf die Politik als einzige Empfängerin von Beratung.³⁹⁶ Solche Ansätze vernachlässigen die vielschichtige Einbettung von Politikberatung, die heutzutage oft festgestellt wird. Expertise in politischen

³⁹⁰ Vgl. Hagner 2012, S. 19f.

³⁹¹ Vgl. Münkler, Herfried: Vorwort, in: Machiavelli, Niccolò: Der Fürst. Hamburg, 2009. S. 9 – 16. S. 12ff.

³⁹² Vgl. Heinrichs 2002, S. 57.

Vgl. Heinrichs 2009, S. 41.

³⁹³ Vgl. Weingart 2005b, S. 49.

³⁹⁴ Vgl. Heinrichs 2002, S. 57.

Vgl. Heinrichs 2009, S. 46.

³⁹⁵ Vgl. Nullmeier, Frank: Knowledge and Decision-Making, in: Maasen, Sabine/Weingart, Peter: Democratization of Expertise? Exploring Novel Forms of Scientific Advice in Political Decision-Making. Sociology of the Sciences Volume XXIV. Dordrecht, 2009. S. 123 – 134. S. 131.

³⁹⁶ Vgl. Falk/Römmele 2009, S. 9.

Vgl. Nölleke 2013, S. 68f.

Prozessen ist hierbei mehr als Bereitstellung von Wissen an Entscheidungstragende und bedarf einer weiter gefassten Begriffsbestimmung.³⁹⁷ Gerade der Öffentlichkeit gegenüber sollte eine differenzierte Darstellung gewählt werden, da sie Politikberatende häufig noch als uniforme Menge wahrnehmen.³⁹⁸ So bestimmt beispielsweise Sheila Jasanoff drei übergeordnete Bestandteile, die gesondert analysiert werden können: Die beratenden Expertinnen und Experten selbst, ihre Wissensbestände und die Gremien, die sie ausformen und in denen ihre Beratungsleistung erfolgt.³⁹⁹ Durch die verschiedenen Kompositionsmöglichkeiten erfolgt Politikberatung nicht nach starren Übertragungsmustern. Sie rekontextualisiert sich für jede Beratungssituation neu.⁴⁰⁰ Politikberatung ist also genau so komplex und verschiedenartig wie ihr Einsatzbereich und ebenso heterogen sind daher ihre Definitionen. Gerade in der öffentlichen und politischen Debatte verwischen die Grenzen zwischen Lobbyismus, politischer Kommunikation und Beratung zusehends. Auch in der wissenschaftlichen Diskussion ist diese Definitionsvielfalt angekommen. Wird hier auch deutlich begriffsschärfer gearbeitet, schlagen Beiträge häufig die Möglichkeit einer vereinheitlichenden und kurzen Beschreibung aus. Stattdessen versuchen sie durch die Beschreibung einzelner Arbeitsfelder und Beratungsformen eine wolkenartige Formation um den zentralen Begriff zu zeichnen.⁴⁰¹

Eine simple Aussage trifft dennoch voll zu: Politikberatung ist heute fester Bestandteil des politischen Alltags.⁴⁰² In der Fachliteratur unterläuft hier leider häufig eine begriffliche Ungenauigkeit. Gerade in der Politikwissenschaft wird unter Beratung oft nur wissenschaftliche Politikberatung verstanden. Noch immer verweisen einige Beiträge nicht darauf, dass Expertise nicht nur akademisch erzeugt werden kann, was dadurch an Schärfe gewinnt, wenn man sich vor Augen hält, wie redundant der Diskurs wiedergibt, dass sich Wissen und seine Produktion pluralisieren.⁴⁰³ Die Dominanz wissenschaftlicher Politikberatung im Fachdiskurs beruht zu Teilen noch auf einer überalterten Sicht auf die Gesellschaft und die Rollen ihrer Subsysteme. Angewendet auf Politikberatung würde das bedeuten, dass nur die Wissenschaft in der Lage ist, gesichertes Wissen zur Verbesserung der Entscheidungsfindung zu liefern.⁴⁰⁴

Die Definitionen des Aufgabenspektrums der Politikberatung beschränken sich in der Literatur nicht auf solche allgemein gehaltenen Beschreibungen. Durch die Prominenz der Thematik lassen sich leicht verschiedene Beispiele für Funktionsbestimmungen zusammentragen. Roland Eckert verfasste bereits 1971 einen komplexeren Ansatz, der die Idee der rationalisierenden Wirkung von Expertise erweiterte. Demnach erhalten die Teilnehmenden an

³⁹⁷ Vgl. Heinrichs 2009, S. 49.

³⁹⁸ Vgl. Nullmeier 2009, S. 133.

³⁹⁹ Vgl. Guston 2009, S. 77.

⁴⁰⁰ Vgl. Heinrichs 2009, S. 49.

⁴⁰¹ Vgl. Falk/Römmele 2009, S. 9f.

Vgl. Rafat 2012, S. 30.

⁴⁰² Vgl. Nölleke 2013, S. 68.

⁴⁰³ Vgl. ebd., S. 69.

⁴⁰⁴ Vgl. Stehr/Grundmann 2010, S. 97.

Entscheidungsprozessen durch Beratung ein neues Werkzeug zugespielt, mit dem sie ihre Wertvorstellungen reflektieren und weiterentwickeln können.⁴⁰⁵ Durch die zeitliche Kontextualisierung wird es leicht nachzuvollziehen, woher Eckert die Begründung und den Bedarf dieser Korrektivfunktion herleitete.

Ein Beispiel für einen differenzierten Ansatz zur Bestimmung der Funktionen von Politikberatung liefern Mark B. Brown, Justus Lentsch und Peter Weingart. Als Kernaufgabe sehen sie auch nach wie vor die Rationalisierung von Politik.⁴⁰⁶ In einer näheren Betrachtung werden zwei Funktionen von Beratung definiert: 1.) problembezogen bzw. substanziell und 2.) politikbezogen. Die problembezogene Funktion kann direkt oder indirekt erfüllt werden. Der erste Fall umfasst neben der klassischen Rationalisierung von Politik auch die frühzeitige Identifikation von Problemen und Gestaltungsmöglichkeiten durch Expertise. Indirekt problembezogen agieren Politikberatende, indem sie vor allem zu Beginn von Entscheidungsprozessen die politische Problemagenda beeinflussen und Streitpunkte für die Öffentlichkeit fassbar machen. Die politikbezogene Funktion wiederum „[...] umfasst alle kommunikativen und strategischen Funktionen, die die Verwendung von Wissen in Beratungsprozessen für die Politik haben kann.“⁴⁰⁷ Expertise ist hier nicht nur Entscheidungshilfe, sondern kann der Rechtfertigung von Entscheidungen dienen. Aus der Perspektive der Fachliteratur und der Beratenden selbst liegt in dieser Funktion eines der Hauptprobleme der Nutzung von Expertise und der Krise der Politikberatung. Für die Politik wiederum ist die politikbezogene Funktion jedoch positiv bewertbar, da durch sie eine „gesellschaftliche Artikulation“⁴⁰⁸ ermöglicht wird, mit der sich die politische Agenda auf Aspekte ausrichten lässt, die dem Allgemeinwohl zuträglich sind.⁴⁰⁹

Mit der Problem- und der Politikbezogenheit beschrieben Brown, Lentsch und Weingart im Jahr 2006 ein vereinfachendes und abstrahierendes Modell. In der Realität lassen sich so eindeutige Zuschreibungen kaum erfüllen. Vielmehr sollte der Ansatz als Grundlage für verschiedene Kombinationen verstanden werden, die sich im politischen Alltag ausformen.⁴¹⁰ Zwei Jahre später gab es einen weiteren Beitrag, dieses Mal nur von Weingart und Lentsch, mit dem sie die Funktionsfrage erneut aufgreifen und die Beschreibung ihrer Dichotomie etwas modifizieren. Expertise in Politikprozessen erfüllt demnach entweder eine sach- bzw. problembezogene Funktion oder eine politische bzw. legitimatorische. Beide Klassen lassen sich verschiedenen Funktionstypen zuordnen, die in der Praxis in einer solchen strikten Trennung nicht vorliegen. Die Kategorie der problembezogenen Funktionen bildet sich aus der frühzeitigen Erkennung möglicher Problemfelder, der Analyse und Bewertung von Handlungsoptionen

⁴⁰⁵ Vgl. Eckert 1971, S. 32.

⁴⁰⁶ Vgl. Brown/Lentsch/Weingart 2006, S. 54.

⁴⁰⁷ Ebd., S. 55.

⁴⁰⁸ Ebd., S. 56.

⁴⁰⁹ Vgl. ebd.

⁴¹⁰ Vgl. ebd., S. 56f.

sowie der Entwicklung von Empfehlungen und Standards zur Beurteilung von Ressourcenvergaben. Als Beispiele für die politische Funktionen von Expertise werden unter anderem Vermittlung und Konsensfindung, Öffentlichkeitsinformation sowie die Evaluation politischer Entscheidungen angeführt.⁴¹¹

Ein Beispiel für ein differenziertes Modell, das ohne eine grobe Kategorisierung funktioniert, liefert Sonja Boehmer-Christiansen. Sie sieht insgesamt zehn mögliche Funktionen von Expertise, die sie aus transnationalen Prozessen im Bereich der Umweltpolitik in Europa abliest. Politikberatung rationalisiert, legitimiert politische Entscheidungen, dient der Durchsetzung eigener politischer Vorstellungen, verzögert oder vermeidet Handlungen und identifiziert Interessenkollisionen. Ebenfalls zum Funktionsspektrum gehören die Möglichkeiten, Entscheidungen zu rechtfertigen und als Sündenbock für Entscheidungskorrekturen zu stehen, die sich auf einen Erkenntnisgewinn zurückführen lassen.⁴¹²

Willem Halffman und Rob Hoppe vertreten ebenfalls ein weites Aufgabenfeld ohne Überkategorisierung, begnügen sich aber damit, direkte Funktionen in einer Aufzählung zu listen. Politikberatende können und sollen zukünftige Entwicklungen absehen, vergangene Entscheidungen auswerten, Problemauffassungen korrigieren und bewerten, bislang unerwartete Auskommen aufzeigen, alternative Ansätze präsentieren, eine kritische Stimme liefern und in Konfliktsituationen vermitteln.⁴¹³

Es gibt in der Fachliteratur auch Publikationen, die die Funktionsfrage aus Sicht der Politik beleuchten. Diese Perspektive hilft bei der Beantwortung der Frage, wieso Expertinnen und Experten herangezogen werden sowie was die Politik von Beratenden und ihrem Wissen erwartet. Die dichotome Funktionsbeschreibung von Brown, Lentsch und Weingart lässt sich auf diesen Blickwinkel übertragen. Aus Sicht der Politik erfüllen Beratende eine problembezogene Funktion, indem sie zu Problemlösung sowie zur Überprüfung und Abwägung von Entscheidungsalternativen oder Argumenten herangezogen werden können.⁴¹⁴ Eine politikbezogene Funktion übernehmen Beratende, indem sie dazu beitragen, dass:

„Kontrolle über Fragestellungen, die Themen, die Wissensbereiche (Disziplinen), die für die Beantwortung der Frage angesprochen werden, über die Auswahl der Experten, über die Adressaten und über die Verbreitung des Wissens“⁴¹⁵

⁴¹¹ Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S. 28f.

⁴¹² Vgl. Heinrichs 2002, S. 51.

⁴¹³ Vgl. Halffman/Hoppe 2009, S. 135.

⁴¹⁴ Vgl. Brown/Lentsch/Weingart 2006, S. 54.

⁴¹⁵ Weingart 2005b, S. 52.

gewonnen werden kann. Konflikte zwischen Legislative und Exekutive über den Zugang zu Expertise verweisen auf diese Interessenlagen und ihre Bedeutung.⁴¹⁶

3.2.) Professionalisierung, Pluralisierung und Demokratisierung – oder doch Krise?

Die Sicht auf Beratung, die auf einem dualen System von Politik und Wissenschaft beruht, ist nicht mehr haltbar, wie die zunehmende Pluralisierung, Professionalisierung und Intensivierung von Politikberatung belegen. Genau wie die Orte der Wissensproduktion, weitet sich die Expertisenproduktion in neue Formen und Gruppen von Beratenden aus.⁴¹⁷ Die Expansion von Beratung erweitert das Feld der Akteurinnen und Akteure über universitäre oder parlamentsinterne Beratungsinstanzen hinaus. Hinzu kommt, dass insbesondere sensationelle Themen immer neue Expertinnen und Experten erschaffen, die Medienpopularität erlangen. Beispiele hierfür sind die anhaltende Wirtschaftskrise oder der Kampf gegen den Terror.⁴¹⁸ Aber auch die allgemeine Zahl der Expertinnen und Experten sowie der institutionalisierten Varianten von Beratung haben in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen.⁴¹⁹ Politikberatung adressiert alle Ebenen der Politik, Regierungen, Parlamente, Parteien sowie einzelne Politikerinnen und Politiker.⁴²⁰ Diese Entwicklung ist nicht nur in Deutschland zu beobachten. Auch im Ausland wird ein Anstieg der Zahl der Expertinnen und Experten beobachtet.⁴²¹ Dabei sollte jedoch die Tatsache beachtet werden, dass nicht alle Politikberatende einen ähnlich validen Hintergrund vorweisen können. Einen regulatorischen Rahmen für den Begriff und die Funktion gibt es nicht. Punkte wie Zugangsbeschränkungen, Arbeitsregelungen oder rechtliche Standards zur Sicherung von Ethik und Qualität sind nicht festgelegt. Durch den fehlenden Schutz dieser Qualifikationsbezeichnung steht die Politikberatung, zumindest theoretisch, jedem offen.⁴²²

Durch die große Anzahl an Beratungsinstanzen in der heutigen Zeit wird auch Politikberatung selbst in ihrer Form und Funktion komplexer, wodurch es immer schwerer wird, sie in abstrakten und vereinfachenden Modellen zu beschreiben.⁴²³ Dennoch gibt es weiterhin generalisierende Beobachtungen, die zutreffend sind. Die Beratung ist nah an der Politik und den klassischen Wissenschaftsinstitutionen verortet, aber nicht mehr zwangsläufig dort verankert und somit freier. Aus dem Zweiersystem ist ein Viereck geworden, das sich zwischen Politik, Wissenschaft, Politikberatung und den Medien spannt.⁴²⁴

Durch die größere Zahl der Anbietenden steigt die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Politikberatenden. Folglich kommt es zu einer zunehmenden Kommerzialisierung eines

⁴¹⁶ Vgl. Weingart 2005b, S. 52.

⁴¹⁷ Vgl. Nullmeier 2009, S. 132.

⁴¹⁸ Vgl. Maasen/Weingart 2009, S. 3.

⁴¹⁹ Vgl. Weingart 2005b, S. 50.

⁴²⁰ Vgl. Heinrichs 2009, S. 41.

⁴²¹ Vgl. Halfman/Hoppe 2009, S. 147

⁴²² Vgl. Falk/Römmele 2009, S. 10.

⁴²³ Vgl. Heinrichs 2002, 51.

⁴²⁴ Vgl. Nullmeier 2009, S. 132.

vormals akademischen Arbeitsfelds.⁴²⁵ Im akademischen Diskurs wird diese Tendenz der fortschreitenden Ökonomisierung wiederholt beobachtet, ebenso wie die Professionalisierung politischer Beratung.⁴²⁶ Die kommunikativen Konzepte der Mediendemokratie tragen zu dieser Entwicklung bei. Durch die Erfolgsbedingungen der Medialisierung steigt der Bedarf an Beratern mit professionellem und großem Personalstab. Es geht nicht nur um die Qualität der Expertise, sondern auch um die Qualität der Vermittlung und der Darstellung der Beratung für die Öffentlichkeit.

Zu den neuen professionellen Anbietern gehören neben Wirtschaftsunternehmen vor allem Think Tanks und NGOs, deren Zahl in den letzten Jahrzehnten deutlich gestiegen ist. Durch die neuen Beteiligten definieren sich auch neue Problemaspekte. Gerade unter den Denkfabriken sehen sich viele als reine Wissensvermittelnde und die Zahl derer ist hoch, die Lobbyistinnen und Lobbyisten oder direkt einer Partei zugehörig sind.⁴²⁷ Vor allem die professionalisierte und ökonomisierte Politikberatung ist eng mit der Interessenvertretung verknüpft.⁴²⁸ Einzelnen Analysen nach scheint sich Expertise generell im Bereich zwischen Lobbyismus und politischen Institutionen etabliert zu haben.⁴²⁹ Wird Politikberatung als Wissensvermittlung für die gesamte Gesellschaft verstanden, die zu einer verbesserten, deliberativen politischen Entscheidungsfindung führen soll, hat Lobbyismus auf den ersten Blick keinen Platz in der Beratungslandschaft. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn ein triviales Verständnis von Lobbyarbeit zu Grunde gelegt wird, bei dem Vertreterinnen und Vertreter die Wünsche einer zahlenden wirtschaftsorientierten Klientel vertreten. Sie versucht nicht, den deliberativen Prozess anzuschieben, sondern eine Entscheidung direkt zu beeinflussen, auch wenn dies unter dem Deckmantel der Politikberatung geschieht.

Auf der anderen Seite kann auch argumentiert werden, dass gerade eine Stimmenvielfalt, zu der in der Bundesrepublik eben auch die Wirtschaft gehört, als Zeichen der Vitalität unserer Demokratie verstanden werden kann. Dennoch bestehen Finanzungleichgewichte, die in unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten resultieren und so Annahmewahrscheinlichkeiten beeinflussen. Deliberative Ansätze versprechen auch hier erneut, den Begehren der Bürgerinnen und Bürger mehr Gewicht und Gehör zu verschaffen. Es zeigt sich aber auch, wie notwendig transparente Strukturen sind, wenn es um Beratung und Entscheidung geht. Die Frage nach der Kompatibilität und der Gewichtung von Lobbyismus in der Politikberatung drängt sich auf. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die im Dienst kommerzieller Bera-

⁴²⁵ Vgl. Nullmeier 2009, S. 132.

⁴²⁶ Vgl. Buchholz 2008, S. 12 ff.

Vgl. Falk/Römmele 2009, S. 7.

Vgl. Glaab/Metz 2006, S. 161.

⁴²⁷ Vgl. Maasen/Weingart 2009, S. 6.

⁴²⁸ Vgl. Nullmeier 2009, S. 132.

⁴²⁹ Vgl. ebd., S. 133.

tungseinrichtungen stehen, müssen sich darüber hinaus selbst hinterfragen, da ein solch geartetes Engagement gegen Konzepte wie das des „Honest Brokers“ verstoßen. Die Verbindung von Lobbyismus und Politikberatung ist vor allem auch dadurch brisant, dass in diesem Bereich der Umgang mit Expertise durch die Komponente der Macht geprägt ist. Der Ratschlag wird überprüft, ob er der eigenen Position zuträglich ist oder politische Ziele legitimiert. Das hat großen Einfluss auf die Annahmewahrscheinlichkeit und bietet insbesondere dann Potenzial für Missbrauch, wenn die Anfrageseite steuern kann, ob und von wem Expertise zur Verfügung gestellt wird.⁴³⁰

Das wohl dominante Mantra der aktuellen Diskussion um Politikberatung ist jedoch, dass sie heute auch stets Gesellschaftsberatung ist. Diese Aussage ist im Zusammenhang mit der Demokratisierung von Expertise zu lesen. Eine Ursache ist in dem gestiegenen deliberativen Anspruch zu suchen, den die Öffentlichkeit an ihre Regierenden stellt. Die zentrale Bedeutung von Wissen und Informationen im 21. Jahrhundert ist auch in großen Teilen der Bevölkerung bekannt. Sie fordert in medialen und politischen Kontexten Expertise ein und wird selbst Quelle von Wissen und Beratung. Maßgebend ist vor allem die Ausformung der Medienlandschaft, die zum einen die Grundlage für diese Entwicklung geliefert hat und sie durch die neue Öffentlichkeit auch weiter katalysiert. Die Repräsentation und Umsetzung von Expertise findet jetzt auch im öffentlichen Raum statt.⁴³¹ Als Resultat kann die Politikberatung in die Gesellschaft diffundieren und wird demokratisiert.⁴³² Dennoch muss die reine Existenz einer Medienöffentlichkeit nicht direkt bedeuten, dass Gesellschaftsberatung erfolgt.⁴³³ Das Paradigma der Politikberatung hat demnach eine Erweiterung erfahren. In der Wissensgesellschaft erhebt der Souverän auch den Anspruch beraten zu werden. Die Wissenschaft kommt der Aufforderung heute nach und erfüllt damit eine wichtige Funktion in der gesamtgesellschaftlichen Deliberation, wie in Kapitel 2.3. dargelegt wurde.

Obgleich die These der Demokratisierung von Politikberatung weit verbreitet ist, besteht innerhalb des Paradigmas weiterer Differenzierungsbedarf. Trotz des klar umrissenen Anspruchs bleibt unklar, was demokratisiert wird. Der Zugang zu Wissen? Der Zugang zur Produktion von Wissen? Oder geht es auch um ein Mitbestimmungsrecht bei der Auswahl von Expertinnen und Experten oder der Besetzung von politikberatenden Gremien?⁴³⁴ Fest steht, dass die Demokratisierung von Politikberatung in enger Verbindung mit der Redefinition und neuen Verortung von Wissen und Wissenschaft steht. Für die Gesellschaft lassen sich eine passive und eine aktive Komponente ablesen. Die Demokratisierung erfolgt passiv, indem die

⁴³⁰ Vgl. Nölleke 2013, S. 72f.

⁴³¹ Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S. 11.

⁴³² Vgl. Martinsen 2007, S. 52.

⁴³³ Vgl. Nullmeier 2009, S. 132.

⁴³⁴ Vgl. Weingart 2005b, S. 53.

Vgl. Brown/Lentsch/Weingart 2006, S. 66ff.

Bürgerinnen und Bürger als Beratene aufgefasst werden. Durch die aktive Komponente werden sie direkt in den Diskurs involviert und können schlussendlich sogar zu Alltagsexpertinnen und -experten aufsteigen. Diese Tendenz zur Öffnung der politischen Beratungsprozesse für mehr gesellschaftliche Partizipation ist der Kern dessen, was als Demokratisierung von Expertise thematisiert wird.⁴³⁵ So verstanden liefert Beratung einen der Grundsteine für das Gelingen einer modernen, deliberativ ausgerichteten Politik.

Trotz der scheinbar unaufhaltsamen und notwendigen Expansion von Beratung haben sich mit der Zeit zwei häufig auftretende Ansichten herauskristallisiert, die zuerst unvereinbar klingen. Politikberatung, so heißt es zum einen, habe heutzutage zu viel Einfluss auf die Politik und ihre Entscheidungen. Die Kritik geht heute sogar so weit, von demokratiegefährdendem Potenzial zu sprechen.⁴³⁶ Auf der anderen Seite konstatiert die Fachliteratur wiederholt, dass sich die Politikberatung in einer Krise befindet.⁴³⁷ Zwischen beiden Beobachtungen lässt sich eine Verbindungslinie ziehen, die sich über die Ausbreitung und Pluralisierung von Expertise definiert. Die eigene Krise ist durch immer mehr Beratungsangebote sowie die Dauerpräsenz der Expertinnen und Experten auch selbst verursacht. Worin besteht diese Krise nun genau, was macht sie aus?

In der Literatur finden sich Verweise auf verschiedene Problembereiche, die durch die gegenwärtige Stellung und Funktion von Expertise hervorgerufen werden. Die schiere Zahl der Beratungsinstanzen und ihre große Bedeutung für die moderne Politik stehen im Mittelpunkt der Kritik. Insbesondere dadurch, dass Beratende ihr notwendiges Wissen beisteuern, zeitgleich aber auch aktiv Themen erarbeiten und dadurch Inhalte auf die politische Agenda setzen, lassen sich Einflussmöglichkeiten nicht von der Hand weisen.⁴³⁸ Unter anderem aus dieser Position entwickeln jedoch einige kritische Stimmen die Perspektive, dass Beratenden generell heutzutage zu viel Macht im politischen Prozess zukommt.⁴³⁹ Solche Stimmen erhielten bereits während der ersten rot-grünen Bundesregierung einen medienpopulären Status durch den spitzzüngig verwendeten Begriff der Rätorepublik. Bereits hier zeigte sich, dass eine ausgiebige Nutzung eines breit aufgestellten Beratungsapparats negativ durch die Medienöffentlichkeit aufgenommen werden kann. Einer der zentralen Kritikpunkte, der durch diesen

⁴³⁵ Vgl. Brown/Lentsch/Weingart 2006, S. 65.

Vgl. Martinsen 2006, S. 138.

⁴³⁶ Vgl. Knoepfel, Peter: Wissenschaftliche Beratung im Politikvollzug: Gefahr für die Demokratie?: einige Thesen, in: Linder, Wolf (Hrsg.): Wissenschaftliche Beratung der Politik. Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft Band 29/1989. Bern, 1989. S. 81 – 101.

⁴³⁷ Vgl. Buchholz 2008, S. 22

Vgl. Cassel, Susanne: Institutionalisierte Politikberatung in den USA – Ein Vorbild für die wissenschaftliche Beratung der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland?, in: Leschke, Martin/Pies, Ingo (Hrsg.): Wissenschaftliche Politikberatung – Theorien, Konzepte, Institutionen. Stuttgart 2005, Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft, 75, S. 184 – 203. S. 184.

Vgl. Lendi 2005, S. 148.

Vgl. Nölleke 2013, S. 43.

⁴³⁸ Vgl. Heinrichs 2009, S. 48f.

⁴³⁹ Vgl. Martinsen 2007, S. 51f

Vgl. Lösch 2007, S. 34f.

Begriff transportiert wird, ist auch in der Fachdiskussion von Bedeutung. Durch die Einbeziehung von Expertinnen und Experten soll das Parlament in seiner Funktion geschädigt und sogar entmachtet werden.⁴⁴⁰ Aus einer ausschweifenden Beratungskultur entwickelt sich ein Außerparlamentarismus, in dem die politische Willensfindung in „parakonstitutionelle[n] Entscheidungsgremien“⁴⁴¹ stattfindet. Aus dieser Sicht führt Politikberatung in ihrer jetzigen Ausprägung zu einem handfesten Legitimationsproblem. Dieser Umstand wird dadurch verschärft, dass Expertinnen und Experten, wie es zum Beispiel gerade in der Wissenschaftspolitik der Fall sein kann, einer beteiligten Interessengruppe zugehörig sind und ihr Urteil bewusst oder unbewusst an den Interessen ihrer Vereinigung orientieren.⁴⁴² Diese Problematik widerspricht zunächst dem oft umrissenen demokratisierenden Charakter der Politikberatung. Für diesen ist es aber unerlässlich, dass Beratung in eine deliberative Politikultur eingebettet wird. Durch transparente Beratungsstrukturen und die Einbindung der Öffentlichkeit kann eine bessere Rückkoppelung an die Lebenswelt erfolgen, wodurch der Prozess an Legitimität und Repräsentation gewinnt.⁴⁴³ Zu beachten ist hierbei auch, dass eine bewusste oder unbewusste Verantwortungsverlagerung für politische Entscheidungen auf die Schultern der Beratenden erfolgen kann, wie Peter Weingart im Hinblick auf die Corona-Expertise warnt.⁴⁴⁴

Durch die Wahrnehmung einer inakzeptablen Machtkonzentration im Lager der Beratenden wird nach Möglichkeiten einer besseren Kontrolle verlangt.⁴⁴⁵ Eine häufig geäußerte Forderung zielt auf die Strukturierung und die Institutionalisierung von Beratung und eine verschärfte Überwachung ab. Dieser Vorstoß, der ebenfalls bereits aus der Technokratiediskussion stammt, versucht, zum demokratisierenden Charakter von Expertise beizutragen und mehr Transparenz sowie einen besseren Lebensweltbezug zu ermöglichen, da „nur in institutionalisierten und spezialisierten Kontrollinstanzen [...] die Vermittlung von Wissenschaft und Lebenspraxis durchsichtig und vielleicht auch einsichtig werden“⁴⁴⁶ kann. Es lässt sich auch vermuten, dass eine Institutionalisierung zu mehr Anerkennung der Rolle durch die Öffentlichkeit führt. Hierdurch konzentriert sich zwar die Beratungsmacht, zeitgleich führt dies aber auch zu einer leichteren Orientierung im unübersichtlichen Beratungsangebot. Eine Institutionalisierung ermöglicht auch die Einrichtung eines unterstützenden Unterbaus und klarer Strukturen, durch die sich Expertinnen und Experten besser auf ihre zentralen Leistungen konzentrieren können. Durch mehr verfügbare Ressourcen, die letztendlich auch bei der Kommunikation von

⁴⁴⁰ Vgl. Brown/Lentsch/Weingart 2006, S. 92.

Vgl. Uwer 2001.

Vgl. Lösch 2007, S. 39f.

⁴⁴¹ Vgl. Brown/Lentsch/Weingart 2006, S. 92.

⁴⁴² Vgl. Lösch 2007, S. 40.

⁴⁴³ Vgl. Brown/Lentsch/Weingart 2006, S. 92.

⁴⁴⁴ Vgl. Weingart 2021, S. 31.

⁴⁴⁵ Vgl. Buchholz 2008, S. 22.

⁴⁴⁶ Eckert 1971, S. 28.

Beratung unterstützen können, kann durch eine Institutionalisierung die Politikberatung Vor-schub erhalten.

Das Rezept einer strukturierteren Einbindung von Politikberatung ist allein jedoch kein Erfolgsgarant, da bereits die individuelle Fehlerhaftigkeit einzelner Personen nie ausgeschlossen werden kann.⁴⁴⁷ Im Gegenteil, eine Institutionalisierung führt immer auch Herausforderungen für Politikberatung mit sich. Je näher sie politischen Institutionen kommt, umso mehr muss sie ihre Unabhängigkeit und fachliche Integrität gegenüber der Öffentlichkeit und ihrem fachlichen Umfeld belegen. Außerdem wird es schwieriger, ihre sachbezogenen Aussagen von politischen Positionen zu trennen.⁴⁴⁸ Die positiven Aspekte einer Institutionalisierung zwingen aber dazu, hier nach Lösungsansätzen zu suchen, wie eine Nähe von Beratenden und Beratenen vereinbar wird.

Es wäre jedoch verfehlt, die Kritik an Beratung nur auf Seiten der Expertinnen und Experten anzusetzen. Ihr Einfluss wird in der Literatur differenziert aufgefasst und reicht von demokratiegefährdend bis essenziell. Es wird auch anerkannt, dass immer mehr Menschen Zugang zu Politikberatung haben und so die Qualität von Debatten angehoben werden konnte, was letztendlich eine Verbesserung demokratischer Entscheidungsstrukturen bedeutet.⁴⁴⁹ Ebenso ist die anhaltende Krise der Politikberatung auf Seiten der Beratenden und Beratenen zugleich anzusiedeln. Für beide Interaktionsparteien kann die Situation als eine Mischung aus Frustration und Skepsis beschrieben werden.⁴⁵⁰ Die Ursache hierfür ist eine allgemeine und „tiefe[n] Akzeptanzkrise“⁴⁵¹ der Beratenden. Einer der Gründe hierfür liegt in der sinkenden Resonanz auf ihre Expertise. Die Beobachtung der Reichweite dieses Prozesses spannt von einem degressiven Wirkungsgrad bis zu hin zur These, dass sich Widerstand gegen Beratung ausbildet, der sich zu einer vollständigen Resistenz entwickelt.⁴⁵² Dieser Trend wird vor allem der Politik unterstellt. Durch eine ignorante Einstellung aller Parteien bliebe der Ratschlag von Expertinnen und Experten immer öfter ungehört.⁴⁵³ Aber auch in der Breite der Gesellschaft macht sich die Krise der Politikberatung bemerkbar. Anzusiedeln im Gesamtspektrum der Politikverdrossenheit, kann auf Seiten der Öffentlichkeit Misstrauen der politischen Führung und wissenschaftlicher Expertise gegenüber festgestellt werden.⁴⁵⁴ Entgegen dieser allgemein gehaltenen Beschreibungen, gibt es in Literatur auch Beiträge, die betonen, dass es sich bei der Krise nicht um eine Misere der gesamten Beratungslandschaft handelt. Vielmehr sind einzig

⁴⁴⁷ Vgl. Eckert 1971, S. 46.

⁴⁴⁸ Vgl. Weingart 2005b, S. 52.

⁴⁴⁹ Vgl. Nölleke 2013, S. 40.

⁴⁵⁰ Vgl. Cassel 2005, S. 184.

Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S. 14.

⁴⁵¹ Nölleke 2013, S. 43.

⁴⁵² Vgl. Buchholz 2008, S. 22

Vgl. Cassel 2005, S. 184

Vgl. Lendi 2005, S. 148.

⁴⁵³ Vgl. Buchholz 2008, S. 22.

⁴⁵⁴ Vgl. Lendi 2005, S. 148.

die wissenschaftsbasierten Beratende in der Krise, was daraus resultieren soll, dass sie oft nicht dazu in der Lage sind, ihr Wissen für die Lösung von Alltagsproblemen zu formulieren und ihre Expertise zu popularisieren.⁴⁵⁵

Es gibt verschiedene Hinweise in der Literatur, die Rückschluss auf die Ursachen der Krise ermöglichen. Viele laufen vor allem auf die Erosion klassischer Beratung hinaus.⁴⁵⁶ Ihre legitimierende und rationalisierende Wirkung kann sich in der pluralisierten und demokratisierten Wissenswelt des 21. Jahrhunderts nicht immer voll entfalten.⁴⁵⁷ Nichtwissen und das Risikobewusstsein der Öffentlichkeit schwächen die Bindungskraft der Urteile von Expertinnen und Experten. Für die breite Bevölkerung erscheint es nicht akzeptabel, dass diese Punkte Teil des Fortschrittsprozesses sind.⁴⁵⁸ Gerade in Risikodiskussionen zeigt sich dieser direkte Übertrag aus der Krise der Wissenschaft.

Auch die Politisierung von Politikberatung hat zu ihrer Schwächung beigetragen. Das Problem ist hier nicht die Einbeziehung von Expertinnen und Experten in politische Diskurse, sondern die damit aufgekommene Erkenntnis, dass manche von Ihnen Partei ergreifen oder zur Stimmunglenkung instrumentalisiert werden. Es ist ein bekanntes Phänomen, dass Politikerinnen und Politiker in manchen Fällen den Ratschlag aussuchen, der ihren Überzeugungen nutzt. Unter dem Deckmantel der Rationalisierung wird die Pluralisierung der Expertise ausgenutzt und der Ratschlag vorgeschoben, um den Weg für politisch basierte Entscheidungen zu bereiten.⁴⁵⁹ Das Vertrauen in die Neutralität, unabhängig davon, wie zutreffend dieser Gedanke je gewesen sein mag, hat hierunter gelitten. Schuld daran sind auch innerwissenschaftliche Kämpfe um Anerkennung, Macht und Stellung, die zum Teil auf den Wettbewerb und die Ökonomisierungszwänge zurückzuführen sind. Diese tragen deutlich dazu bei, dass Expertinnen und Experten mittlerweile immer öfter als Interessenvertreterinnen und -vertreter gesehen werden.⁴⁶⁰ Die starke Konkurrenz auf dem Wissensmarkt und die Pluralisierung von Bezugsquellen tragen dazu bei, dass Gegenexpertisen fast allgegenwärtig erscheinen. Mögen Gegenstimmen Teil der wissenschaftlichen Postulate sein, sind sie in der öffentlichen Diskussion vor allem ein Zeichen für eine schwindende Wirkung von Expertinnen und Experten. Die pluralisierte Beratungssituation und die daraus resultierende Menge an Informationen stellen eines der Kernprobleme der Krise dar. Es ist leichter denn je, eine Gegenposition aufzustellen, welche die Wirksamkeit und Autorität der Ausgangsexpertise zersetzt.⁴⁶¹

⁴⁵⁵ Vgl. Nölleke 2013, S. 41.

⁴⁵⁶ Vgl. Martinsen 2006, S. 140.

⁴⁵⁷ Vgl. Buchholz 2008, 21f.

Vgl. Martinsen 2006, S. 140.

⁴⁵⁸ Vgl. Nölleke 2013, S. 44.

⁴⁵⁹ Vgl. Maasen/Weingart 2009, S. 6.

⁴⁶⁰ Vgl. ebd., S. 43f.

Vgl. Stehr/Grundmann 2010, S. 96.

⁴⁶¹ Vgl. Martinsen 2006, S. 140.

Auch beim sogenannten Expertendilemma bildet die Bedeutungszunahme von Expertise in einer ausdifferenzierten Gesellschaft, die vor großen Herausforderungen wie der Energiewende oder dem Klimawandel steht die Ausgangsbeobachtung.⁴⁶² In der fachlichen Diskussion ist das Konzept in den 1990ern aufgekommen wurde insbesondere in Verbindung mit der Technikfolgenabschätzung verwendet.⁴⁶³ Das Expertendilemma beschreibt die gegebenenfalls politisch motivierte Situation, bei der für eine Entscheidungslage unterschiedliche Expertisen eingeholt werden, die unterschiedliche Empfehlungen formulieren. Die Wissenschaft hat für den Umgang mit solchen Umständen Strategien entwickelt, für die anderen gesellschaftlichen Teilsysteme sind divergierende Ratschläge eine Herausforderung. Transparente Kommunikation zur Expertise sowie den Ergebnissen und Methoden der Wissenschaft können hier Abhilfe bieten.⁴⁶⁴

Die Aktualität der Problematik um Gegenexpertise und das Expertendilemma wurde im Zuge der Corona-Pandemie mit deutlicher Brisanz vor Augen geführt. Es gab, zum Teil auch medial ausgeweitet, beispielsweise widersprüchliche Aussagen zur Wirksamkeit von Maßnahmen, zur Öffnung oder dem Herunterfahren des öffentlichen Lebens in Verbindung mit Inzidenzzahlen oder dem Einsatz von Impfstoffen. Wissenschaftliche Erkenntnisse und deren Auslegung wurden in Folge politisiert und instrumentalisiert.⁴⁶⁵

Auch die Demokratisierung von Politikberatung ist Teil ihrer krisenhaften Entwicklung. Sie hat einen fundamentalen Wandel in der Beziehung von Beratenden und Beratenen bewirkt. Dem aktuellen Politikstil entsprechend werden Hierarchien flacher, was vor allem durch Alltagsexpertise und die Einbeziehung der Öffentlichkeit offensichtlich wird. Der ehemals exklusive Titel des Experten oder der Expertin wird für immer mehr Menschen zugänglich. Diese Tendenz führt zu einem kritischeren Umgang mit der gesamten Breite des Beratungsfeldes. Neben der zu befürwortenden aktiveren und bemächtigteren Position der Öffentlichkeit hat gerade diese Kritikkultur auch negative Auswirkungen. Immer mehr Laiinnen und Laien zweifeln heutzutage fachlich ausgewiesene Expertinnen und Experten an. Ärztinnen und Ärzte beispielsweise sehen sich immer häufiger Situationen ausgesetzt, in denen Bürgerinnen oder Bürger das über jahrelanges Studium und praktische Erfahrung gesammelte Verständnis der Fachleute mit Verweis auf ihre Alltagserfahrung ablehnen.⁴⁶⁶ Aber auch in komplexeren Beratungssituationen wird Expertise kritisiert und das vor allem dann, wenn sie aus der Wissenschaft kommt. Beratenden aus diesem Feld wird vorgehalten, sich zu weit von realisierbaren

⁴⁶² Vgl. Wassermann, Sandra: Expertendilemma, in: Niederberger, Marlen/Wassermann, Sandra (Hrsg.): Methoden der Experten- und Stakeholdereinbindung in der sozialwissenschaftlichen Forschung. Wiesbaden, 2015. S. 15 – 32. S. 29

⁴⁶³ Vgl. ebd., S. 15, 18 und 20f.

⁴⁶⁴ Vgl. ebd., S. 27.

⁴⁶⁵ Vgl. Weingart 2021, S. 30f.

⁴⁶⁶ Vgl. Nölleke 2013, S. 45f.

Ansätzen zu entfernen, die das Abwiegen von technischem Potenzial und politisch Realisierbarem ermöglichen.⁴⁶⁷ Für fachspezifisches Wissen fehlt oft die nötige Konversion für den gesellschaftlichen Nutzen. Diese Alltagsfremde vergrößert den Graben zwischen Fachleuten und der Bevölkerung.⁴⁶⁸

Die Medialisierung von Beratung ist zugleich Vehikel und Katalysator der Krise. Sie verstärkt die Präsenz der vorhandenen Probleme und damit auch ihre Wirkung. Dennoch sind die Medien für eine effektive Vermittlung von Beratungsinhalten selbstverständlich unerlässlich in einer offenen und auf Deliberation ausgerichteten Demokratie. Darüber hinaus haben sie eine zentrale Rolle in der Identifikation von Personen, die als Quellen für Expertise dienen.⁴⁶⁹ Leider erlangt Politikberatung aber häufig dann Medienprominenz, wenn ihr Inhalt mit den lebensweltlichen Werten der Bevölkerung kollidiert. In solchen Situationen herrscht eine gesteigerte Gefahr des Legimitätsverlusts und der Skepsis. Ein Beispiel ist die BSE-Krise, an der sich gut ablesen lässt, welche Konsequenzen aus dem Missmanagement in der Politik und dem Umgang mit Fachwissen resultieren können. Sowohl die beratenden Volksvertretende als auch die Beratende selbst erfuhren einen drastischen Vertrauensverlust.⁴⁷⁰ Aber auch ohne eklatante Fehler kann Expertise negative Reaktionen in der Öffentlichkeit provozieren. Als Beispiele können hier die Hartz- und die Rürup-Kommission dienen. Beide Beratungsgremien der rot-grünen Bundesregierung veröffentlichten schmerzhaft und daher unpopuläre Ratschläge, die eine hohe Medienaufmerksamkeit auf sich zogen. Die Öffentlichkeit reagierte darauf kritisch und stellte die Funktion der Kommissionen gänzlich in Frage.⁴⁷¹

Die Gründe für die oft beobachtete Schwäche der Beratenden sind auch innerhalb der politischen Institutionen zu suchen. Die Pluralisierung der Politikberatung führt zu einer wachsenden Kompetenz der eigenen Beratungsgremien der Politik. Das Spektrum der internen Beratung ist im Aufwind und das nicht nur in einzelnen Ländern, Regierungen oder Ministerien. Auch durch die Internationalisierung der Politik steigt der Bedarf an Expertise und die Zahl ihrer Quellen. Für Deutschland kann hier erneut auf das Zusammenwachsen Europas verwiesen werden. Die Institutionen der Europäischen Union verfügen über eine Vielzahl interner Beratungseinrichtungen. Die fortschreitende Verdichtung der multilateralen Kooperation wird zugleich immer bedeutsamer als Quelle von Expertise als auch Ursprung für neu aufkommende Beratungsfälle selbst.⁴⁷²

Obwohl sich die Politik der wachsenden Bedeutung von Beratung bewusst ist und daher die Zahl ihrer eigenen Expertinnen und Experten ausbaut, lässt sich in Politik, Behörden und Ministerien durchaus ein gewisser Konservatismus verzeichnen. Dieser kommt besonders

⁴⁶⁷ Vgl. Cassel 2005, S. 184.

⁴⁶⁸ Vgl. Nölleke 2013, 44f.

⁴⁶⁹ Vgl. ebd., S. 45.

⁴⁷⁰ Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S. 14ff.

⁴⁷¹ Ebd., S. 14.

⁴⁷² Vgl. Lendi 2005, S. 152f.

auf der Ebene der Polity-Beratung zu tragen. Expertisen, die auf eine Veränderung der bestehenden Institutionen, Strukturen und Verfahren abzielen, werden demnach als ungewollt abgetan. Solche reaktionären Tendenzen intensivieren das Potenzial für Widerstand gegen Beratung.⁴⁷³

Die Analysen zum Status der Politikberatung scheinen sich auf den ersten Blick zu widersprechen. Sind die Expansion, Öffnung und Professionalisierung von Expertisen ein Zeichen ihres Siegeszuges, sprechen die Krisenbekundungen eine andere Sprache. Ein Blick auf die dahinterliegenden Ursachen offenbart jedoch, dass sie sich gegenseitig bedingen. Demokratisierung, Pluralisierung und Professionalisierung stehen nicht im Widerspruch zur Krise, sondern sind ein fester Teil davon. Politikberatung ist so wichtig wie nie, findet auf so vielen Ebenen statt wie nie zuvor, erreicht mehr Menschen als je zuvor und befindet sich gerade deshalb in der Krise.

3.3.) Über das Urteil von Expertinnen und Experten

Expertinnen und Experten sind die zentralen Figuren in den politischen und gesellschaftlichen Beratungsprozessen, Autoritätspersonen in ihrem Fachgebiet und deshalb die Anlaufstelle für Ratschlag. Vor allem in der medialisierten Politik kommt diesem Begriff große Bedeutung und eine gesonderte Stellung in Diskursen zu. Das Urteil von Expertinnen und Experten hat in formellen und öffentlichen Diskussionen gleichsam großes Gewicht.

Für die Wissenschaft und die Politikberatung konnte bereits gezeigt werden, dass sich beide gravierenden Veränderungen ausgesetzt sehen. Für Expertinnen und Experten, die zu meist in diesem Spektrum zu verorten sind, kann daher die Vermutung formuliert werden, dass eine Definitionsverschiebung erfolgt ist. Dies wirft die Frage auf, was sie heutzutage auszeichnet. Wie wird man zu einem und welche Aufgaben erfüllen sie? Welche Funktionen haben sie in der Politik und was lässt sich für die Wissenschaftspolitik festhalten? Zunächst wird jedoch herausgearbeitet, wie sich der Output von Expertinnen und Experten beschreiben lässt. Was genau macht die Expertise aus und wie wird sie formuliert?

3.3.1.) Was ist Expertise?

Neben dem Begriff des Experten und der Expertin wird ähnlich frei mit dem von ihnen übermittelten Wissen argumentiert, ohne dass ein genauer Blick auf dessen Beschaffenheit erfolgt. Fachwissen von Expertinnen und Experten, oder eben auch Expertise, ist einer der zentralen Bestandteile der Politikberatung. Darum ist es unabdingbar, das Konzept dieses Wissensbestands zu durchleuchten, das ebenfalls pluralisiert, demokratisiert und politisiert wurde. Dabei zeigt sich, dass Expertise kritisch betrachtet wird und selbst immer neuen Aufklärungsbedarf generiert. Wie der bereits erfolgte Verweis auf die Expertiseforschung zeigt, ist auch dieser

⁴⁷³ Vgl. Lendi 2005, S. 158.

Begriff von Komplexität und hoher gesellschaftlicher Relevanz geprägt. Folglich finden sich in der Literatur unterschiedliche Bestimmungsansätze, wobei sich keine Definition bislang durchgesetzt hat. Es bietet sich erneut an, verschiedene Ansätze zu kombinieren, um ein umfassendes Bild des Fachdiskurses und des Begriffs zu ermitteln.

Direkt zu Beginn gilt es festzuhalten, dass Expertise nicht konkret auf eine bestimmte Art, einen Bestand oder eine einzelne Funktion von Wissen beschränkt werden kann. Sie besteht aus verschiedenen Arten von Wissen, die oft auch nur schwer von den reinen Erfahrungswerten der Expertinnen und Experten zu trennen sind.⁴⁷⁴ Expertise besteht zum einen aus spezialisiertem Fachwissen, das sich über einen eng begrenzten Wissensbereich erstreckt. Dazu kommt ein weniger fundiertes Überblickswissen, das weiter gefasst den Fachbereich der Expertinnen und Experten beschreibt. Ergänzt wird der Begriff der Expertise dann noch durch das zusätzliche Randwissen, das Fachleute in ihrem Spezialgebiet besitzen.⁴⁷⁵ Diese Wissenskombination kann aus wissenschaftlichem und nicht-wissenschaftlichem Wissen bestehen. Durch die so ermöglichte Kontextualisierung werden Spezialisierungs- und Interessenvertretungstendenzen abgedämpft, indem der Blick auf die Lebenswelt und das gemeinsame Wohl gerichtet wird.⁴⁷⁶ Insbesondere hierdurch und durch die daraus resultierende Vertrauensbasis erhält Expertise ihre Eignung für die Gesellschaftsberatung. Sie kann dann darauf abzielen, den Wust an Informationen zu medialisieren, sodass die Beratenen die vereinfachte Komplexität verarbeiten können, um dann eine Entscheidung zu fällen. Dafür sollte die Expertise so umfangreich wie nötig, aber auch so knapp wie möglich sein.⁴⁷⁷

Erneut lassen sich Parallelen zu den Entwicklungen in Wissenschaft, Wissen und Politikberatung aufzeigen. Auch bei der Expertise stellt der Fachdiskurs eine Demokratisierung fest, die ihren Anfang in den 1960ern hat. In Europa dominierten die Diskussionen um Technokratie und Dezisionismus, in deren Schatten sich drei Tendenzen abzuzeichnen begannen. Zuerst stand eine Demokratisierung durch Mobilisierung, in der Bürger- und Bürgerinnenbewegungen an Schwung aufnahmen. Politische und wissenschaftliche Themen kamen auf die Agenda der Öffentlichkeit, die sich nun selbst direkt einbrachte. Die Politisierung der Wissenschaft kann als zweites Element bezeichnet werden. Die Entzauberung der ehemals unantastbaren Wissenschaft ebnete den Weg zur Demokratisierung der Expertise. Eine Rechtfertigungspflicht entwickelte sich, Fachwissen nutzbar und öffentlich zugänglich zu machen. Diese Verpflichtung gewann an Dynamik, wodurch sich die Zahl der Produktionsstätten von Expertise vergrößerte. Im zuletzt erfolgten Schritt wurde die wissensbasierte und partizipationsbasierte Legitimation auf die Agenda supranationaler Organisationen gesetzt.⁴⁷⁸ In dem schon

⁴⁷⁴ Vgl. Maasen/Weingart 2009, S. 6.

⁴⁷⁵ Vgl. Heinrichs 2002, S. 33.

⁴⁷⁶ Vgl. Maasen/Weingart 2009, S. 14.

⁴⁷⁷ Vgl. Stehr/Grundmann 2010, S. 45f.

⁴⁷⁸ Vgl. Maasen/Weingart 2009, S. 2.

erwähnten Weißbuch zur modernen Governance hat die EU bereits 2001 auf diese Entwicklung reagiert. Die Steigerung des Vertrauens in Expertise stand im Zentrum der formulierten Strategien. 2002 sollten dafür neue Leitlinien veröffentlicht werden, die den Umgang mit Expertise neu regeln sollten.⁴⁷⁹ Diese Vorgaben erschienen im Dezember des Jahres und erfuhren folgend mehrere Ergänzungen und Anwendungen.⁴⁸⁰

Die Demokratisierung der Expertise kann primär dadurch charakterisiert werden, dass sie nicht mehr exklusiv für die Sphäre der Politik bereitgestellt wird. Sie entwickelte sich aber nicht isoliert, sondern konnte sich nur in Parallelität zu Verwissenschaftlichung der Politik ausprägen. Als Wissen zur notwendigen Quelle für Politik wurde, musste in der modernen Demokratie zwangsweise die Ausweitung des Expertisenzugangs auf die gesamte Gesellschaft erfolgen. Durch diesen Einzug der Expertise in die Politik und die Öffentlichkeit wurden die Bedingungen geschaffen, die in der Politisierung der Expertise gipfelten. Vor allem die Ausweitung der Wissensverteilung und Generierung sowie die Medialisierung von Expertise werden als Ursachen ausgemacht.⁴⁸¹

Der Blick auf die Expertise hat sich also grundlegend verändert. Dazu gehört auch, dass Expertinnen und Experten nicht mehr nur aus einer passiven Startposition heraus agieren. Das Verständnis der Beratungsinitiation hat einen deutlichen Wandel durchlebt. Weltweit war die National Academy of Sciences (NAS) in den USA die erste Institution, die sich durch öffentliche Berichte und Kommentare aktiv in das Geschehen eingebunden hat. Mittlerweile agieren auch viele andere Beratungsanbieter proaktiv und warten nicht auf Eingaben und Anfragen. Dieser neue Modus steht jedoch auch Missbrauch offen, wenn Expertise der Kapazitätsshow dient oder ergeht, um sich für zukünftige Beratungsanfragen in Position zu bewegen.⁴⁸²

Die veränderte Sicht auf die Expertise eröffnet auch den Blick auf kritische Aspekte. Hier seien zunächst das bereits angesprochene Gegenexpertisenproblem, das Expertendilemma und eine Expertisenschwemme zu nennen, mit der die Stimmen aller Expertinnen und Experten etwas schwächer klingen.⁴⁸³ Die Akzeptanzkrise der Politikberatung lässt sich auf das von ihnen verbreitete Wissen ausdehnen. Auch die neue, aktive Beratungsinitiation sorgt für wachsenden Skeptizismus, gerade wenn sie als Ersatz für legitimierende Politik gesehen

⁴⁷⁹ Vgl. Europäische Kommission 2001, S. 15f.

⁴⁸⁰ Vgl. Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission. Über die Einholung und Nutzung von Expertenwissen durch die Kommission: Grundsätze und Leitlinien. Eine bessere Wissensgrundlage für eine bessere Politik. Kom(2002) 713. Brüssel 2002. (<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52002DC0713&from=DE>, 09.10.2021)

Vgl. Europäische Kommission: Mitteilung an die Kommission. Rahmenregelung für Expertengruppen der Kommission: Horizontale Bestimmungen und Öffentliches Register. C(2016) 3300 final. Brüssel, 2016. ([https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/api/files/C\(2016\)3300_0/de00000000369090?rendition=false](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/api/files/C(2016)3300_0/de00000000369090?rendition=false), 09.10.2021)

⁴⁸¹ Vgl. Massen/Weingart 2009, S. 4.

⁴⁸² Vgl. ebd., S. 7.

⁴⁸³ Vgl. Heinrichs 2009, S. 41.

wird. Proaktive Politikberatung steht schnell unter dem Generalverdacht der Interessenvertretung.⁴⁸⁴ Die Pluralisierung von Expertise lenkt darüber hinaus den Blick stärker auf die persönlichen Interessen der Forschenden, da sie nicht mehr wie früher in der Wissenschaft oder ihren Institutionen eingebunden sein müssen.⁴⁸⁵ Aus diesen Punkten resultiert ein neues Misstrauen, das die Bindungskraft von Beratung verwässert. Wenn Expertise dann ungehört bleibt, kann das gerade Forschenden in ihren Fachkreisen nachhaltigen Schaden zufügen.⁴⁸⁶

Aber auch wenn Expertise Gehör findet, garantiert das keine unmittelbare Verbesserung der politischen Entscheidungsfindung. Das vermittelte Wissen bedarf bei seiner Praxisumsetzung eines Urteiles, das nicht immer rein empirisch erfassbar ist.⁴⁸⁷ Expertise erneuert im Stadium der Implementierung den Bedarf an Expertise. Dieser Mechanismus ereignet sich noch an anderer Stelle. Gerade in einer Gesellschaft, die durch ihren technologischen Fortschritt konstant neue Risiken generiert, führt Expertise unweigerlich dazu, dass neues Wissen erschlossen werden muss, um entstehende Fragestellungen zu bedienen.⁴⁸⁸ Auch die Komplexität der heutigen Wissensbestände befeuert diesen Prozess. Expertise benötigt Metaexpertise, damit bestimmt werden kann, wer in einer bestimmten Frage die richtige Antwort liefern kann.⁴⁸⁹ Eine möglichst umfassende Expertise sollte also nicht mit der Wissensvermittlung abgeschlossen sein, sondern adressiert auch die Implementierung der vermittelten Inhalte, um den neu entstandenen Expertisenbedarf aufzufangen. Dabei darf sie keine politische Entscheidungsmacht an sich nehmen, sondern lediglich der Politik das zur Praxisumsetzung nötige Wissen übergeben.

3.3.2.) Was ist ein Experte oder eine Expertin?

Es gibt mehrere Aspekte, die in der Literatur zum Thema Expertise allgemein anerkannt sind. Dazu gehört zum einen die herausragende und spezielle Stellung, die Expertinnen und Experten in öffentlichen Debatten einnehmen. Ihre Aussagen sind in der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung für die Öffentlichkeit und die Politik von entscheidender Bedeutung. Einer der Hauptgründe ist die bereits beschriebene Struktur des Wissens. Die gesamt verfügbare Wissensmenge steigt, während im Verhältnis dazu das Wissen der einzelnen Menschen sinkt. Immer mehr Spezialwissen wird generiert, das nur über Fachleute aufgeschlüsselt und nutzbar gemacht werden kann. Aufgrund dieser Komplexität der Gegenwart sind auch politische und gesellschaftliche Prozesse auf Expertise angewiesen.⁴⁹⁰ Erneut kann die Behauptung aufgestellt werden, dass dieser Punkt in der Wissenschaftspolitik und ihren Beratungsprozessen

⁴⁸⁴ Vgl. Gehring 2012, S. 136f.

⁴⁸⁵ Vgl. Heinrichs 2002, S. 31.

Vgl. Massen/Weingart 2009, S. 9.

⁴⁸⁶ Vgl. ebd.

⁴⁸⁷ Vgl. Stehr/Grundmann 2010, S. 31.

⁴⁸⁸ Vgl. ebd., S. 92.

⁴⁸⁹ Vgl. Maasen/Weingart 2009, S. 9.

⁴⁹⁰ Vgl. Nölleke 2013, S. 36ff.

eine weitere Zuspitzung erfährt. Der in der Wissenschaftssoziologie gesonderte Forschungsbereich der Expertiseforschung hat die Schlüsselfunktion der Expertinnen und Experten erkannt. Inhaltlich setzt sich dieses Feld mit den Funktionen und der Beschaffenheit des Wissens dieser Gruppe auseinander.⁴⁹¹

Die nächste allgemein in der Literatur akzeptierte Beobachtung reiht sich ein in die Kette der Pluralisierungen. Genau wie die Wissenschaft, das Wissen selbst und die Politikberatung steigert sich auch die Anzahl der Expertinnen und Experten konstant.⁴⁹² Ihre wachsende Zahl und ihre zunehmende Bedeutung kann in direkter Verbindung zu den vorher genannten Entwicklungen und der Komplexität der Gegenwart gesehen werden.⁴⁹³ Das Feld der Expertinnen und Experten hat an Vielfalt und Umfang deutlich hinzugewonnen. Mit dieser Expansion hat sich das Beteiligungsfeld über Forschende oder politikinterne Beratungsgremien hinaus erweitert. Die nun häufig vertretene Begriffsextension umfasst beispielsweise Bürgerexpertinnen und -experten oder medienprominente Personen, die sich zu Themen äußern, die von der Öffentlichkeit als besonders dringlich wahrgenommen werden, wie beispielsweise die Eurokrise oder die kriegerischen Auseinandersetzungen mit islamistischen Extremisten.⁴⁹⁴ Auch insbesondere diese Riege neuer Expertinnen und Experten gewinnt in der Gegenwart rasch an Stärke, Bedeutung und Einfluss.⁴⁹⁵ Im Kontrast mit wissenschaftsbasierten Experten lassen sich bei ihnen einige Vorteile aufzeigen. Sie sind in der Regel nicht von bibliometrischen Indizes beeinflussbar und von der Zahl ihrer Publikationen abhängig. Ebenso geht es ihnen seltener um Fachrenommee oder den Ruf unter Fachleuten.⁴⁹⁶ Auch Bürgerinnen und Bürger als Expertinnen und Experten des Alltags zeichnen sich durch besondere Vorzüge aus. Sie verfügen über lokales Wissen, das zur Verbesserung der Entscheidungsfindung dienen kann. Anderen Teilen der Gesellschaft gegenüber haben sie eine legitimierende Wirkung, da sie als authentisch gelten und als echte Fachleute für Fragen gesehen werden, die Bürgerinnen und Bürger betreffen.⁴⁹⁷ Andersherum betrachtet hat die Expansion der Expertise zu einer Abflachung der Hierarchien und einer Demokratisierung des Zugangs geführt. Für viele Bürgerinnen und Bürger sind Expertinnen und Experten ein normaler Teil des Alltags geworden.⁴⁹⁸

Die Definitionslinien zwischen dem, was Expertinnen und Experten sowie was Laiinnen und Laien ausmacht, haben sich folglich verändert. Früher erfolgte die Begriffsbestimmung aus dem Verhältnis der Wissenschaft mit dem Rest der Gesellschaft. Durch die Komplexität

⁴⁹¹ Vgl. Nölleke 2013, S. 47.

⁴⁹² Vgl. ebd., S. 37.

⁴⁹³ Vgl. Weingart 2005b, S. 51.

⁴⁹⁴ Vgl. Maasen/Weingart 2009, S. 3.

⁴⁹⁵ Vgl. Stehr/Grundmann 2010, S. 11.

⁴⁹⁶ Vgl. ebd., S. 43.

⁴⁹⁷ Vgl. Maasen/Weingart 2009, S. 3.

Vgl. Nölleke 2013, S. 46.

⁴⁹⁸ Vgl. Stehr/Grundmann 2010, S. 76.

der Welt muss diese Unterscheidung nun auch in die Wissenschaft selbst verlagert werden.⁴⁹⁹ In der komplexen Wissenschaftswelt der Gegenwart wird jeder wieder selbst zum Laien oder zur Laiin.⁵⁰⁰ Dieser Prozess läuft bereits seit geraumer Zeit ab. So schrieb Roland Eckert beispielsweise bereits 1971: „Vielmehr ist heute jeder in einigen Fragen Fachmann und in vielen anderen Laie [...]“⁵⁰¹ Durch das Spezialwissen, das jeder Mensch entweder wissenschaftlich, beruflich oder auch privat erfährt, wird man auf einem Gebiet zu einem Experten oder einer Expertin und in vielen Gebieten zu einem Laien oder einer Laiin.⁵⁰² Anders formuliert: „In der Wissensgesellschaft sind, extrapoliert man diese Entwicklung, alle Experten und Laien zugleich.“⁵⁰³ Ebenso wie sich Politikberatung für jede Situation neu konstituiert, bestimmt sich das Verhältnis von Expertinnen und Experten zu Laiinnen und Laien für jedes Diskussions-thema neu. Dieses Phänomen des allgemeinen Laintums unterstreicht also den Bedarf nach Gesellschaftsberatung.

Welche Definitionsmöglichkeiten bieten sich nun einem in diesem Kontext, um zu bestimmen, was Expertinnen und Experten ausmacht? Zuerst sollte der Begriff von anderen Bezeichnungen abgehoben werden, die fälschlicherweise oft synonym verwendet werden. Beratende, Gutachtende, Politikberatende, Ratgeber oder Expertin sind Ausdrücke, die gerade in medienpopulären und öffentlichen Diskussionen oft bedeutungsgleich verwendet werden. So ist aber zum Beispiel ein Experte oder eine Expertin nicht direkt ein Politikberater oder eine Politikberaterin.⁵⁰⁴ Diese Begriffsungenauigkeit lässt sich auch auf darauf zurückführen, dass eine Differenzierung nicht einfach ist und nicht auf Basis selbsterklärlicher Bedeutungsinhalte erfolgen kann.⁵⁰⁵

Aufbauend auf der Feststellung, dass sich eine Definitionsverschiebung ereignet hat, bietet der Kontrast von alt und neu einen Ansatz, um den Begriff des Experten oder der Expertin erfassen zu können. Den Ausgangspunkt für die Wahrnehmung von Expertinnen und Experten bilden tradierte Charakterzüge, die wir mit ihnen assoziieren. Aus Sicht des Großteils der Menschen weisen sie „Authentizität, Wahrhaftigkeit und Ganzheit“⁵⁰⁶ sowie ein hohes Maß an „Integrität, Einheit und Kohärenz“⁵⁰⁷ auf. Auch auf der Empfangsseite müssen bestimmte Tugenden vorliegen. Die Menschen, die nicht zu ihnen gezählt werden, müssen in der Lage sein, Expertinnen und Experten zu vertrauen und ihren Aussagen glauben zu können. Diese Merkmale sind daher auch in Beratungssituationen von großer Bedeutung.⁵⁰⁸

⁴⁹⁹ Weingart 2005b, S. 51.

⁵⁰⁰ Vgl. Maasen/Weingart 2009, S. 3.

⁵⁰¹ Eckert 1971, S. 27.

⁵⁰² Vgl. Nölleke 2013, S. 38.

⁵⁰³ Weingart 2005b, S. 51.

⁵⁰⁴ Vgl. Stehr/Grundmann 2010, S. 18.

⁵⁰⁵ Vgl. ebd., S. 8.

⁵⁰⁶ Liebsch/Manz 2007, S. 166.

⁵⁰⁷ Ebd.

⁵⁰⁸ Vgl. Stehr/Grundmann 2010, S. 46.

Das klassische Bild eines Experten oder einer Expertin bezieht sich auf:

*„wissenschaftlich ausgewiesene Berufe oder auch hochrangige Experten, die als Vermittler auftreten, etwa zwischen Wissenschaft und Politik oder zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Häufig sind solche Experten selbst Wissenschaftler oder haben eine wissenschaftliche Ausbildung.“*⁵⁰⁹

Demnach ist diese Personengruppe primär als Teil des Systems Wissenschaft zu verstehen.⁵¹⁰ Die Arbeit, die für ihren Status grundlegend ist, beschränkt sich dabei auf einen bestimmten Fachbereich. In diesem Feld verfügen sie über theoretisches und praktisches Wissen, das in ihrem Beruf Anwendung erfahren hat. Die Fähigkeiten der Expertinnen und Experten müssen über den Bildungsweg erworben und durch weitere Kompetenzbeweise belegt werden. Ihre Leistung muss also beständig sein und kann nicht durch ein einzelnes Glanzlicht bescheinigt werden.⁵¹¹

Es zeigt sich hier, dass in der klassischen Definition die Bestimmung der Experten und Expertinnen oft in Differenzierung zu Laiinnen und Laien erfolgt. Der jeweils konkrete Gegenstand einer Diskussion oder auch einer politischen Entscheidung ist also nicht immer der Maßstab, an dem der Status gemessen wird.⁵¹² Aber auch moderne Konzepte verweisen darauf, dass für die Konstruktion von Experten- oder Expertinentum zwei Parteien in einem System benötigt werden. So wird es möglich, solche Personen durch Unterschiede auf kognitiver Ebene, die sich auf das Wissen, dessen Anwendung sowie Erfahrung beziehen, und auf sozialer Ebene, bei der es um die Zusprechung der Rolle und die Anerkennung der Kompetenz geht, zu definieren.⁵¹³ Das bedeutet, dass man den entsprechenden Status nicht ohne die Zuweisung von außen erlangt.⁵¹⁴ Dies erfolgt durch die anderen Mitglieder der Wissenschafts- oder Fachgemeinschaft und die möglichen Beratungsempfangenden. In unserer Gesellschaft spielen auch die Medien eine signifikante Rolle in der Identifikation von Expertinnen und Experten. Diese wiederum haben daher gelernt, sich auch für eine solche Auswahl entsprechend zu positionieren.⁵¹⁵ Mussten sie früher einen komplexen formalisierten Bestätigungsprozess durchlaufen, kann das Expertinnen- und Expertentum heutzutage als ein soziales Konstrukt bezeichnet werden.⁵¹⁶

⁵⁰⁹ Stehr/Grundmann 2010, S. 8.

⁵¹⁰ Vgl. ebd.

⁵¹¹ Vgl. Nölleke 2013, S. 49f.

⁵¹² Vgl. Stehr/Grundmann 2010, S. 16.

⁵¹³ Vgl. Nölleke 2013, S. 48f.

⁵¹⁴ Vgl. Heinrichs 2002, S. 33f.

Vgl. Nölleke 2013, S. 51.

⁵¹⁵ Vgl. Heinrichs 2002, S. 33f.

⁵¹⁶ Vgl. Nölleke 2013, S. 64.

Vgl. Stehr/Grundmann 2010, S. 32.

Unter Einbeziehung der Gedanken der Deliberation und Gesellschaftsberatung bietet sich eine weitere Beschreibung zur Annäherung an ein genaueres Verständnis des Expertinnen- und Expertenbegriffs an. Diese besetzen demnach:

„[...] wissensbasierte Berufe, die sämtliche Schichten der Bevölkerung einer modernen Gesellschaft bedienen und ihrerseits in allen gesellschaftlichen Schichten verankert sind. Experten in diesem Sinne sind Personen, von denen angenommen wird, dass sie aufgrund ihres routinemäßigen Umgangs mit bestimmten Themen Erfahrungen in relevanten Handlungskontexten gesammelt haben und daher Vertrauen sowie gesellschaftliches Ansehen genießen.“⁵¹⁷

Eine solche Definition vereint die aktuellen Tendenzen der Demokratie und die Begriffsexension. In ihrem Ursprung sind Expertinnen und Experten damit nicht mehr nur in der Wissenschaft verortet, sie können nun aus allen Bereichen der Gesellschaft stammen. Als ein Teil von ihr sollten diese modernen Expertinnen und Experten ihr Wissen dann auch idealtypisch rückgekoppelt an die geteilten lebensweltlichen Werte erzeugen.⁵¹⁸ Diese neue Definition fokussiert darüber hinaus eine anwendungsorientierte Ausrichtung von Expertise. Dazu gehört ebenfalls, dass auch die Vermittlungsleistung der möglichen Expertinnen und Experten berücksichtigt wird. Können komplexe Inhalte dargestellt werden, sodass das Beratungsziel erreicht wird? Werden die Aussagen der Fachleute auch angenommen? Hier wird deutlich, dass die Dominanz der Expertinnen und Experten in Beratungsprozessen stets erneut auf die Probe gestellt wird. Denn darüber, ob Expertise Anwendung findet, entscheiden final nur die Beraterinnen.⁵¹⁹

Diese aktualisierte Definition erlaubt aber noch keinen genaueren Rückschluss auf das Aufgabenfeld der Expertinnen und Experten. Die Verwendung des Worts scheint einer der weiteren Indikatoren dafür zu sein, dass sich das Verhältnis zum Rest des Systems verschoben hat. Auch die Verankerung in allen Schichten der Gesellschaft zeigt, dass sich die Distanz und das Gefälle, gerade zur Öffentlichkeit, verändert haben. Expertinnen und Experten kommt eine Schlüsselposition in der Verteilung von Wissen über alle Gesellschaftsschichten hinweg zu.⁵²⁰ Ihre Vermittlungsleistung beinhaltet nicht nur die einfache Übertragung des Wissens. Zum einen passen sie ihre Beratung an ihre Zielgruppe an. Ebenso bedeutend ist aber auch der Aspekt, dass die Vermittlung keine passive Weiterleitung ist, sondern eines aktiven Umgangs bedarf. Durch die Verarbeitung des Wissens durch Expertinnen und Experten, die selbst auch an Werte und Interessen gebunden sind, ist es kaum möglich, Expertise ohne Einfluss

⁵¹⁷ Stehr/Grundmann 2010, S. 9.

⁵¹⁸ Vgl. Maasen/Weingart 2009, S. 14.

⁵¹⁹ Vgl. Stehr/Grundmann 2010, S. 109f.

⁵²⁰ Vgl. ebd., S. 51.

durch diese zu übertragen.⁵²¹ Trotz dieser scheinbar grundlegenden Einschränkung kann man ihnen vertrauen, argumentiert Peter Weingart. Diese Aussage leitet er davon ab, dass Expertinnen und Experten generell das wahre Wissen vertreten und verbreiten wollen. Diese Position ist im Licht von Expertise und Gegenexpertise sowie einer von der Öffentlichkeit so wahrgenommenen interessengesteuerten Einsetzung von Fachleuten durch die Politik immer schwerer aufrechtzuerhalten.⁵²² Weingarts Annahme entspricht demnach der klassischen Position, dass Expertinnen und Experten entpolitisieren.⁵²³ Dazu bedienen sie sich auch einer besonderen Sprache. Um möglichst neutral und sachbezogen zu wirken, verwenden sie zu meist einen depersonalisierten Duktus. Hierdurch kann der Diskussionsgegenstand besser fokussiert und der Blick davon abgelenkt werden, wer sich gerade zu der Thematik äußert.⁵²⁴

Auch wenn das öffentliche Bild in großen Teilen noch ein anderes ist, hat sich ein grundlegender Zweifel den Expertinnen und Experten gegenüber verbreitet. Er fußt vor allem auf der Erkenntnis, dass auch diese erkorenen Fachleute eigene politische und wirtschaftliche Interessen besitzen.⁵²⁵ Daraus folgert die Sorge, dass sie leicht vereinnahmbar sind und in den Dienst der Reichen und Mächtigen treten.⁵²⁶ Diese Befürchtung erhält Nahrung durch den Einzug des Wirtschaftsgedankens in die Wissenschaft. Auch Expertinnen und Experten, die häufig noch aus diesen Sphären stammen, können sich nicht gegen das ökonomische Prinzip wehren und werden ebenfalls zu Händlerinnen und Händlern des Wissens.⁵²⁷ Daher reichen die Analysen von Bekundungen der Krise bis hin zu drastischeren Vergleichen, die von einer „*Havarie der Expertenkultur*“⁵²⁸ sprechen. Allgemein scheint in der Fachliteratur aber die einheitliche Meinung vertreten zu werden, dass Expertinnen und Experten nicht mehr auf einem unumstößlichen Sockel stehen und immer wieder um Akzeptanz kämpfen müssen.⁵²⁹ Es fordern jedoch nicht alle kritischen Stimmen, dass durch Transparenz und Öffentlichkeitsorientierung Vertrauensarbeit betrieben wird, um ihren Status wieder zu stärken. Auch die Forderung nach dem Rückgewinn von Autorität wird formuliert.⁵³⁰

Diese Erkenntnis überträgt sich auch auf die Beobachtung von Expertinnen und Experten in politischen Prozessen. Eine Trennung von Beratenden und Beratenen ist schlichtweg nicht möglich:

⁵²¹ Vgl. Stehr/Grundmann 2010, S. 20.

⁵²² Vgl. Weingart 2005b, S. 52.

⁵²³ Vgl. Stehr/Grundmann 2010, S. 97.

⁵²⁴ Vgl. Nölleke 2013, S. 50.

⁵²⁵ Vgl. Stehr/Grundmann 2010, S. 96.

⁵²⁶ Vgl. Nölleke 2013, S. 39.

⁵²⁷ Vgl. Stehr/Grundmann 2010, S. 14.

⁵²⁸ Nölleke 2013, S. 23.

⁵²⁹ Vgl. ebd., S. 42f.

⁵³⁰ Vgl. Jasanoff 2009, S. 213.

„Der (wissenschaftliche) Experte nimmt an der politischen Macht teil, insoweit er nie nur das gefragte wissenschaftliche Wissen vermittelt und übersetzt, sondern Antworten und Ratschläge zu Fragen gibt, die seine Kompetenz übersteigen und eigene (wertgeladene) Entscheidungen von ihm verlangen.“⁵³¹

Demnach ist es in der Politikberatung auch möglich, dass Expertinnen und Experten mit Wertebezug agieren. Trotzdem geht es nicht darum, der Politik konkrete Entscheidungsvorlagen zu liefern. Die Beziehung zwischen Beratenden und Beratenen zeichnet sich eindeutig durch einen arbeitsteiligen Charakter aus. Expertinnen und Experten übersetzen, informieren und legen Möglichkeiten dar, während die Politik absorbiert, verarbeitet und entscheidet. Trotz dieser allgemeinen Beobachtungen hat jedes Land seine eigenen Tendenzen und Entwicklungen im Umgang mit ihnen.⁵³² Eine Stufe tiefer lässt sich dann feststellen, dass die Teilsysteme der Gesellschaft auch jeweils einen spezifischen Umgang mit Expertise und Beratenden haben.⁵³³

Noch einen Schritt weiter lässt sich draus die Vermutung entwickeln, dass einzelne Politikfelder auch ein jeweils individuelles Interaktions- und Aufgabenprofil stellen. Erneut ist es gerade die Wissenschaftspolitik, in der die Komplexität der Beziehung von Expertinnen und Experten, Beratenen und ihren jeweiligen Definitionen kulminieren. Einer der Faktoren ist, dass auch in diesem Politikfeld niemand über vollständige Wissensbestände verfügen kann. Insbesondere in technischen und naturwissenschaftlichen Bereichen ist das Experten- oder Expertinentum immer auf den kleinen Abschnitt begrenzt, der durch das Fachgebiet der jeweiligen Person definiert ist. In Kategorien, die darüber hinausgehen, mögen einzelne Forschende zwar ein grundlegendes Wissen besitzen, sind aber im Kontrast zu den Fachleuten auch immer selbst Laiinnen und Laien.⁵³⁴ Bürgerexpertinnen und -experten fehlt zumeist vollständig das nötige Fachwissen, um an wissenschaftsbezogenen Diskussionen auf substanzieller Ebene teilzunehmen. Sie sind aber Fachleute in der Betroffenheit und der Kollision der Wissenschaftsthemen mit lebensweltlichen Werten. Sind Forschende in der Lage, fachlich zu beraten, fehlt ihnen zumeist die lokale Rückbindung, die wiederum Bürgerexpertinnen und -experten aufweisen können. Wissenschaftsexperten und -expertinnen sind dazu in der Lage, andere fähige Personen in ihrem Fach zu identifizieren. Außerdem können sie auf fachlicher Basis eine Einschätzung geben, ob andere Forschende oder Expertinnen und Experten potenziell eine bestimmte Lobby vertreten.⁵³⁵ In der wissenschaftspolitischen Beratung sind demnach in der Besetzung von Gremien und Beratungsstellen die Vertreterinnen und Vertreter des zur Diskussion stehenden Politikfelds unverzichtbare Ansprechpersonen. Hier eröffnet

⁵³¹ Weingart 2005b, S. 50.

⁵³² Vgl. Halfman/Hoppe 2009, S. 135f.

⁵³³ Vgl. Nölleke 2013, 89f.

⁵³⁴ Vgl. Hagner 2012, S. 24.

⁵³⁵ Vgl. Stehr/Grundmann 2010, S. 66.

sich ein Nährboden für mögliche Interessenkonflikte und Einwürfe, die auf mögliche Lobbyarbeit durch die jeweiligen Forschenden verweisen.

Sind sich auch viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihrer entscheidenden Funktion in der Gesellschaftsberatung bewusst, müssen immer noch bedeutende interne Widerstände überwunden werden. Nach wie vor gibt es Expertinnen und Experten, denen die Meinung der Öffentlichkeit egal ist und die keinen Mehrwert darin erkennen können, die Bevölkerung stärker einzubeziehen, um Wissenschaftspolitik zu bewerten und zu verbessern.⁵³⁶ Sie übersehen dabei, dass mehr Verständnis auf beiden Seiten, mehr Transparenz und Öffentlichkeitsausrichtung nicht nur der Bevölkerung nutzen, sondern auch die Akzeptanz und die Unterstützung der Wissenschaft in der Gesellschaft steigern.

3.4.) Grundtypen, Unterscheidungsmöglichkeiten, Realisationsformen

In den vorangegangenen Kapiteln wurde dargelegt, dass Politikberatung mittlerweile in der Fachliteratur einen prominenten Platz einnimmt. Um die Vorbereitung der Untersuchung der Beratungslandschaft in der Wissenschaftspolitik mit weiteren Details zu versehen, stellt sich daher nun die Frage, welche Merkmale sich die Analysen in dieser großen Bandbreite an Beiträgen bedienen. Dazu werden verschiedene Unterscheidungsmöglichkeiten, Grundtypen und Realisationsformen gesammelt, anhand derer sich das breite Feld der Beratung unterteilen lässt. In der Literatur finden sich sowohl mehrstufige Differenzierungen als auch einfache dichotome Unterscheidungen. All diese Möglichkeiten, Politikberatung zu beschreiben, können in zwei Hauptkategorien aufgeteilt werden. Die erste Rubrik bilden Formen, die als klassisch bezeichnet werden können. Die zweite Rubrik setzt sich wiederum aus Ansätzen zusammen, die auf den Einzug der konzeptionell moderneren, deliberativen und partizipativen Beratungskonzepte zurückzuführen sind.⁵³⁷ Diese Einteilung dient primär einer besseren Übersicht über die zur Verfügung stehenden Variablen. Eine hundertprozentige trennscharfe Zuteilung anhand von Form und Funktion ist nicht viabel.⁵³⁸

3.4.1.) Klassische Kategorisierungen

Mit der Bezeichnung klassisch soll nicht ausgedrückt werden, dass die Elemente dieser Rubrik überholt sind. Im Gegenteil, sie sind die notwendige Grundlage und nach wie vor wie ein wichtiger Bestandteil des Fachdiskurses zur Analyse von Politikberatung. Die einzelnen Termini können daher als klassisch bezeichnet werden, weil sie schon seit langer Zeit Anwendung finden. Am wohl offensichtlichsten ist dies bei den häufig zu findenden Modellen der Politikberatung nach Habermas der Fall. Die Unterscheidung nach Technokratie, Dezisionismus oder

⁵³⁶ Vgl. Douglas 2009, S. 153.

⁵³⁷ Vgl. Martinsen 2006 S. 143.

⁵³⁸ Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S. 53.

Pragmatismus ist Teil des theoretischen Unterbaus vieler Texte.⁵³⁹ So wichtig und interessant diese Trias als Grundlage für das Verständnis von Gesellschaft, Wissenschaft, Politik und Beratung ist, ist sie dennoch kein ausreichendes Werkzeug, um die komplexe Gegenwart wiederzugeben.⁵⁴⁰

Auch die unterschiedlichen Dimensionen des Politikbegriffs als Policy, Politics und Polity gehören seit geraumer Zeit zum festen Repertoire der Politikwissenschaft. Folgerichtig finden sie auch in Bezug auf Politikberatung ihre Anwendung. Diese Möglichkeit der Kategorisierung hilft nicht nur dabei, verschiedene Einsatzbereiche von Expertinnen und Experten zu bestimmen und Ordnung im häufig undefinierten sowie unpräzisierten Dickicht der Beratungsleistungen zu schaffen. Der Blick auf die drei verschiedenen Aspekte des Politikbegriffs erlaubt auch, die Wirkung von Politikberatung differenzierter bewerten zu können.⁵⁴¹ Auf einen Begriff heruntergebrochen, adressiert Polity die formelle, Policy die inhaltliche und Politics die prozessorientierte Dimension der Politik.⁵⁴² Policy-Beratung befasst sich demnach mit konkreten Thematiken in den einzelnen Politikfeldern.⁵⁴³ Expertise wird für politische Inhalte eingesetzt und unterstützt in der Findung politischer Programme und Problemlösungen.⁵⁴⁴ Politics-Beratung adressiert die kommunikationsstrategischen Aspekte moderner Politik.⁵⁴⁵ Darunter fällt neben der Unterstützung im Wahlkampf aber auch die Planung öffentlichkeitsgerichteter Kommunikation politischer Vorhaben und die Deliberation der Entscheidungsprozesse.⁵⁴⁶ Polity-Beratung wiederum befasst sich mit der Gestaltung des institutionellen Rahmens und der Strukturen des politischen Systems.⁵⁴⁷ Konsultationen und schließlich Transformationen in dieser Dimension finden jedoch nur selten und zumeist zu Zeiten des politischen Umbruchs statt.⁵⁴⁸ Politics- und Policy-Beratungen hingegen gehören zur Routine und den oft als Kernaufgaben gesehen Tätigkeitsfeldern der Politikberatung. In der Alltagspraxis ist es aber schwer, die genaue Trennung zwischen den drei Dimensionen der Politik aufrechtzuerhalten. Gerade die Grenzen zwischen Beratung zu Policy und Politics können leicht verschwimmen.⁵⁴⁹

⁵³⁹ Vgl. Falk, Svenja et al.: Einführung: Politikberatung – Themen, Fragestellungen, Begriffsdimensionen, Konzepte, Akteure, Institutionen und Politikfelder, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 11 – 19. S. 12.

⁵⁴⁰ Vgl. ebd.

Vgl. Thunert, Martin: Politikberatung in der Bundesrepublik seit 1949, in: Willems, Ulrich (Hrsg.): Demokratie und Politik in der Bundesrepublik 1949 – 1999. Hamburg, 1999. S. 223 – 242. S. 239.

⁵⁴¹ Vgl. Siefken, Sven T.: Expertenkommissionen der Bundesregierung, in: Falk, Svenja (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 215 – 227. S. 223.

⁵⁴² Vgl. Falk et al. 2006, S. 15.

⁵⁴³ Vgl. Rürup, Bert/Tiemann, Heinrich: Praxisorientierte Politikberatung am Beispiel der Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme (Rürup-Kommission), in: Falk, Svenja (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 390 – 399. S. 390.

⁵⁴⁴ Vgl. Falk/Römmele 2009, S. 10.

⁵⁴⁵ Vgl. ebd.

⁵⁴⁶ Vgl. Falk et al. 2006, S. 15.

Vgl. Rürup/Tiemann 2006, S. 390.

⁵⁴⁷ Vgl. Siefken 2006, S. 223.

Vgl. Rürup/Tiemann 2006, S. 390.

⁵⁴⁸ Vgl. Falk/Römmele 2009, S. 10.

⁵⁴⁹ Vgl. Falk et al. 2006, S. 15.

Es zeigt sich aber, dass verschiedene Beratungsinstitutionen unterschiedliche Schwerpunkte in ihrer Arbeit aufweisen. Wissenschaftliche Einrichtungen und Kommissionen sind primär im Feld der Policy-Beratung tätig. Vor allem auf Politics-Beratung ausgerichtet sind PR-Agenturen, Marktforschungsinstitute oder Marketing- und Public-Relations-Abteilungen. Stiftungen oder Beratungsagenturen hingegen agieren in beiden Bereichen. Verallgemeinert kann man sagen, dass marktorientierte Beratungsinstanzen vor allem Policy-Beratung betreiben und nichtkommerzielle Instanzen zumeist Politics-Beratung übernehmen.⁵⁵⁰ Es lässt sich ebenfalls feststellen, dass in den drei Dimensionen verschiedene Formen der Expertise dominieren, die sich an jeweils unterschiedliche Zielgruppen richten. Im Feld der Politics-Beratung werden beispielsweise Kommunikationsstrategien und PR-Kampagnen erstellt, Befragungen durchgeführt oder Events veranstaltet. Dieses Angebot richtet sich vor allem an staatliche Einrichtungen, NGOs und die Privatwirtschaft. Policy-Beratung wiederum erfolgt meistens durch Gutachten, Studien und Berichte, die für einzelne Politikerinnen und Politiker, die politische Bürokratie und Handelnde aus dem betreffenden Fachbereich verfasst werden.⁵⁵¹

3.4.2.) Moderne Klassifikationen

In dieser Rubrik befinden sich Faktoren, die an sich nicht unbedingt in der jüngeren Vergangenheit identifiziert wurden. Vielmehr kann ihre Anwendung auf politische Expertise als modern bezeichnet werden. Mit der wachsenden Prominenz schaut der Fachdiskurs mit schärferem Blick auf die Politikberatung. Durch Pluralisierung, Demokratisierung und Professionalisierung haben sich neue Fragen eröffnet, zu deren Beantwortung eine breite Palette an Differenzierungsmerkmalen herausgearbeitet wurde. Neben einfachen Dichotomien können hier zwei Unterkategorien gebildet werden, die sich mit der Zeitlichkeit von Beratung und vor allem der Adressierung von Beratung beschäftigen. Gerade der letztgenannte Aspekt hat durch den Wandel zur Gesellschaftsberatung eine Aktualisierung und verstärkten Fokus erhalten, wie die verschiedenen Kriterien zeigen, die aus der Fachliteratur gewonnen werden können.

Klassisch verstanden wird mit Politikberatung Expertise geliefert, die von Seiten der Politik gefordert wurde. Heutzutage stellt man das Paradigma anders auf, wie in Kapitel 3.2. ausgearbeitet wurde. Zum einen besteht Beratung nicht nur aus einer aktiven Überlieferung des Fachwissens zu einer konkreten Thematik, was als direkte Politikberatung bezeichnet werden kann.⁵⁵² Die rationalisierende Wirkung der Expertise wird dabei bewusst angesteuert. Heute nimmt die Fachliteratur auch einen anderen Funktionsweg von Beratung wahr. Dieser ist eine in der Regel ungezielte Wirkung durch die Produkte der Alltagsarbeit von Forschenden, Expertinnen und Experten oder auch der Medien. Durch ihre Publikationen, die beispielsweise

⁵⁵⁰ Vgl. Falk/Römmele 2009, S. 34ff.

⁵⁵¹ Vgl. ebd., S. 29ff.

⁵⁵² Vgl. Falk et al. 2006, S. 10.

das gesamtgesellschaftliche Wissensspektrum erweitern oder den Entscheidungstragenden die öffentliche Diskurslage präsentieren, leisten sie eine indirekte Politikberatung. Über den Zugriff auf die Veröffentlichungen erfolgt eine Wirkung auf den Wissensstand, die Wahrnehmung von Problemen und Potenzialen sowie die Meinungs- und Willensbildung der Beraternen.⁵⁵³ Dieser Prozess greift selbstverständlich auch bei der breiten Bevölkerung. Gesellschaftsberatung findet auch immer in Form einer indirekten Politikberatung statt.⁵⁵⁴

Wie bereits angeklungen ist, hat sich auch das Verständnis der Initiierung von Beratung verändert. Aktuelle Beiträge erkennen an, dass die Zeiten einer rein anfragebasierten Politikberatung vorbei sind, was zum Teil durch die indirekte Funktion bedingt ist. Neben den reaktiven Beratungsinstitutionen gibt es immer mehr Politikberatende, die ihre Expertise proaktiv anbieten. Einer der möglichen Gründe kann in der Professionalisierung und Kommerzialisierung von Beratung gesehen werden. Vor allem profitorientierte Politikberatende müssen versuchen, sich auf dem Markt zu platzieren und ihre Ware anzubieten, um sie vertreiben zu können. Einen deutlichen Effekt haben aber sicherlich auch eine neue Selbstwahrnehmung und ein selbst gestellter Anspruch, die Teile der Wissenschaftswelt aufweisen. Beispielsweise lag eine der Ideen hinter der Einrichtung einer nationalen Wissenschaftsakademie in Deutschland darin, eine „Stimme der Wissenschaft“⁵⁵⁵ zu schaffen. Eine unter dieser Prämisse erdachte Institution kann folgerichtig nicht nur auf Anfrage agieren. Es finden sich auch gute Argumente dafür, dass die Wissenschaft in der heutigen, krisenbehafteten Zeit eine aktive Stimme benötigt, um sich für die Belange ihrer Institution einsetzen zu können. Problematisch erscheint hierbei aber, dass sie sich selbst zu einer Interessenvertreterin macht. So könnte der schon angeschlagene Ruf der Wissenschaft weiter verwässert und der Eindruck verstärkt werden, dass sie nicht unabhängig, sondern für ihren eigenen Mehrwert handelt. Generell erweckt proaktive Politikberatung in der Öffentlichkeit schneller den Verdacht, ein Ausdruck der Interessenvertretung und nicht nur deliberativ und rationalisierend zu sein. Dessen sind sich die wissenschaftsbasierten Expertinnen und Experten auch bewusst und versuchen daher, eine Balance zwischen eigeninitiierter Arbeit und reaktiver Beratung zu gewährleisten.⁵⁵⁶ Auf der anderen Seite ermöglicht die aktive und direkte Adressierung aktueller Fragestellungen des öffentlichen Bildes der Wissenschaft, vor allem der Gegenexpertise und des Nichtwissens, einen besseren Umgang mit diesen Themen.⁵⁵⁷ Proaktive Beratende, die mit ihrer Arbeit eine Frühwarnfunktion ausüben, sind darüber hinaus nicht mit einem Legitimationsproblem belastet und können daher ohne direkten Auftrag handeln.⁵⁵⁸ Für die Analyse von Politikberatung ist

⁵⁵³ Vgl. Lendi 2005, S. 103.

⁵⁵⁴ Vgl. Falk et al. 2006, S. 10.

⁵⁵⁵ Wissenschaftsrat (WR): Empfehlungen für die Errichtung einer Nationalen Akademie in Deutschland. Drs. 5922/04. Berlin, 2004. S. 20. (<http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/5922-04.pdf>, 01.10.2015)

⁵⁵⁶ Vgl. Lentsch 2010, S. 419.

⁵⁵⁷ Vgl. Heinrichs 2009, S. 53.

⁵⁵⁸ Vgl. Mayntz, Renate: Die Organisation wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland, in: in: Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Politikberatung in Deutschland. Wiesbaden, 2006. S. 115 – 122. S. 121.

die Differenzierung zwischen Reaktivität und Proaktivität dennoch sicherlich lohnenswert. Durch sie kann eine Einschätzung der Sicht der Öffentlichkeit und der Medien auf Beratung erfolgen und auf mögliche Konfliktpotenziale und Verdachtsmomente durch Interessenvertretung erfolgen.

Die zeitlichen Aspekte von Politikberatung bieten ebenfalls verschiedene Möglichkeiten zur Kategorisierung. Dies betrifft zum einen den Zeitpunkt, zu dem im Entscheidungsprozess die Beratungsinstanz in Aktion tritt. In der Literatur wird hier zwischen *ex ante* und *ex post* unterschieden. Der erste Fall trifft dann zu, wenn Expertise vor der Verabschiedung einer politischen Entscheidung eingeholt wird. *Ex ante* beschreibt also die vorgeifende Evaluation von Handlungsbedarf und Konfliktpotenzial sowie die begleitende Beurteilung und Einflussnahme auf einen laufenden Prozess. Als *ex post* kann Politikberatung dann bezeichnet werden, wenn sie resümierend zur Einschätzung der Wirkung, Effizienz und Tragweite einer Entscheidung eingesetzt wird.⁵⁵⁹

Die Verweildauer einer Beratungsinstanz ist eine andere zeitbezogene Differenzierungsmöglichkeit. Hierbei kann zwischen dauerhafter und *ad hoc* Beratung unterschieden werden. Die Einstufung ist auch direkt mit der Frage nach dem Anlass der Expertise und dem Grad der Institutionalisierung verbunden.⁵⁶⁰ Im Gegensatz zu beständigen Einrichtungen, wie zum Beispiel dem parlamentsinternen Wissenschaftlichen Dienst oder einem dauerhaft eingerichteten Sachverständigenrat, wird Beratung *ad hoc* eingefordert, um themenspezifische Expertise zu erhalten oder spezialisierte Gremien einzurichten.⁵⁶¹ Diese Handhabung ermöglicht die Flexibilität, auf den Handlungsbedarf präzise sowie in Ergänzung des bestehenden politisch-institutionellen und fachlichen Apparats zu reagieren.⁵⁶² Waren früher dauerhaften Formen in der klaren Mehrheit, sind *ad hoc* Instanzen heute fester und bedeutender Bestandteil im politischen Alltag.⁵⁶³ Immer mehr Gremien dieser Art treten mittlerweile auch öffentlich in Aktion und erlangen einen vergleichsweise hohen Bekanntheitsgrad.⁵⁶⁴ Die Hartz-Kommission und die von ihr erarbeiteten Reformvorschläge wurden sogar bezeichnend für einen Umbruch in der politisch-gesellschaftlichen Landschaft Deutschlands. Dennoch findet *ad hoc* Beratung, gerade in der direkten Einzelberatung durch Gespräche, auch noch häufig in diskreter Form statt.⁵⁶⁵

⁵⁵⁹ Vgl. Verworn/Hausberg 2006, S. 111.

⁵⁶⁰ Vgl. Falk/Römmele 2009, S. 11.

Vgl. Strätling, Ansgar: Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 353 – 362. S. 354.

⁵⁶¹ Vgl. Falk/Römmele 2009, S. 11.

⁵⁶² Vgl. Brede, Falko: Politikberatung in der Gesundheitspolitik, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 437 – 448. S. 439.

⁵⁶³ Vgl. Glaab/Metz 2006, S. 161.

Vgl. Strätling 2006, S. 360.

⁵⁶⁴ Vgl. Glaab/Metz, S. 167.

⁵⁶⁵ Vgl. Zunker, Albrecht: Stiftung Wissenschaft und Politik: Die Neu-Berlinerin, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 363 – 373. S. 372.

Als ergiebig stellt sich auch die Frage nach der Adressierung von Beratung als Unterscheidungsmerkmal heraus. Die Verschiebung der am häufigsten zu findenden Definition von Politikberatung zur Gesellschaftsberatung unterstreicht die Bedeutung dieser Frage. Beratungsinstitutionen müssen sich also auch daran messen lassen, inwiefern sie dem traditionellen oder dem neueren Muster entsprechen. Dennoch bleibt es relevant, diese Unterscheidung weiter zu beobachten und eine politikorientierte Beratung nicht als anachronistisch abzuschreiben. Anhand dieser Unterscheidung lassen sich erste Hinweise auf die Beschaffenheit und den Zweck der Expertise sowie den Grad der Öffentlichkeit ablesen. Politikberatung verweist dabei auf Expertise, die den gesamtgesellschaftlichen Deliberationsprozess antreiben soll und unter einem transparenten Anspruch verfasst wurde, um bewusst intensiv die Bürgerinnen und Bürger mit einzubeziehen. Politikerberatung wiederum beschreibt Beratungsformen, bei denen die Politik und Entscheidungstragende sowie ihre persönlichen oder politischen Interessen im Fokus stehen. Daher ist diese Kategorie als vertraulich und ohne Beteiligung der Allgemeinheit zu definieren.⁵⁶⁶

Innerhalb der Gruppe der Politikerberatung lässt sich noch eine weitere Differenzierung vornehmen. Expertise lässt sich dadurch unterscheiden, an welchen Teil des politischen Systems sie adressiert wird. Die Fachliteratur befasst sich vor allem damit, ob die Exekutive oder die Legislative der Beratungsempfängerin ist.⁵⁶⁷ Beide Gewalten fragen konstant Politikberatung an, aber es gibt Unterschiede in der Menge und der Art der herangezogenen Expertise. Die Exekutive besitzt einen gewachsenen und umfangreichen Stab an internen und externen Beratungsinstanzen. Die Legislative wiederum greift in vereinzelt Fällen auf vergleichsweise weniger Beratende zurück.⁵⁶⁸ Hieraus resultiert eine asymmetrische Verteilung von Expertise, wodurch die Exekutive eine deutliche Überhand in der Informationslage erhält, was wiederum von Vorteil im politischen Prozess ist. Diese wiederholt in der Fachliteratur beschriebene Schiefelage betont die Bedeutung der Unterscheidung von Legislativ- und Exekutivberatung. Zu einer Zeit, in der Information zu einer Schlüsselressource geworden ist, sollte die Beobachtung dieser Entwicklung unbedingt aufrechterhalten werden. Die Stärkung der parlamentseigenen Beratung zeigt, dass es bereits Bemühungen gibt, dem Ungleichgewicht zu begegnen.⁵⁶⁹

Der letzte Punkt verweist auch auf die Unterscheidung zwischen interner und externer Beratung. Die Frage hiernach hat durch die Pluralisierung und Professionalisierung der Bera-

⁵⁶⁶ Vgl. Falk/Römmele 2010, S. 10f.

⁵⁶⁷ Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S. 52.

⁵⁶⁸ Vgl. Beer, Thomas: Politikberatung in der Sicherheitspolitik, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 537 – 545. S. 540.

⁵⁶⁹ Vgl. Jens, Uwe: Politikberatung und demokratische Legitimität, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 126 – 137. S. 131.

Vgl. Winter, Thomas von: Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 198 – 213. S. 198.

tungslandschaft weiter an Bedeutung gewonnen. Neue externe Instanzen gewinnen an Gewicht und werden zahlreicher im Vergleich zum bestehenden internen Apparat, auch wenn dieser ebenfalls weiter ausgebaut wird und an Kompetenz gewinnt.⁵⁷⁰ Für den Bereich der internen Beratungsgremien können parlamentarische Informationsbedienstete als Beispiel dienen. Der Hauptteil ihrer Tätigkeit ist im Bereich der Politics-Beratung für die Politik zu verorten.⁵⁷¹ Externe Beratung umfasst das gesamte Spektrum an Expertinnen und Experten, die für die gesamte Gesellschaft zu Rate gezogen werden können. Durch die hohe Eigenkompetenz der politikinternen Beratungsdienste und das Vordringen externer Politikberatender entsteht Konfliktpotenzial zwischen beiden Lagern. Idealtypisch sollten sie in einem auf Objektivität und Rationalität beruhendem Austausch und Wettbewerb stehen, durch den produktiver Output entsteht. Es kommen jedoch Bedenken auf, dass ein bewusster oder unbewusster Verdrängungskampf entstehen könnte, durch den zum Beispiel auch die effektive Beratungsleistung oder die Zusammensetzung von Gremien leiden könnte.⁵⁷²

Die interne Politikberatung steht also Druck, sowohl durch die Konkurrenz von außen als auch durch die eigene Verwaltung, Fraktionen, Ausschüsse und ihre Beratenen. Um akzeptanzfähig zu bleiben, muss sie verstärkt auf die Gestaltung und die Kommunikation ihrer Expertise achten. So verschiebt sich manchmal der Fokus vom Inhalt, da manchmal nur durch die Wahrung bestimmter Formen auch Inhalte vermittelt werden können.⁵⁷³ Durch die Institutionalisierung und die Nähe zur Politik liegen die Vorteile der internen Beratungseinrichtungen aber auf der Hand. Sie sind mit den Strukturen des politischen Prozederes vertraut, kennen die Arbeitsweise des Parlaments und sind durch enge, direkte Kommunikationswege mit seinen Mitgliedern verbunden.⁵⁷⁴

Die Differenzierung von intern und extern ist eng mit dem Faktor der Exklusivität verbunden. Zentral bleibt die Frage, ob und wie Öffentlichkeit adressiert oder sogar eingebunden wird. Auf dieser Basis kann zwischen nicht öffentlicher, öffentlicher und letztendlich deliberativ-partizipativer Politikberatung unterschieden werden. Dafür reicht es nicht, auf die Unterscheidung zwischen Politik- und Politikerberatung zurückzugreifen, da immer mehr interne Beratungsinstanzen geöffnet werden. Die Bedeutung von Transparenz ist allen Beteiligten bekannt, weswegen anfänglich exklusive, für die Politik eingerichtete Beratung, zumindest in Teilen, immer öfter zugänglich gemacht wird.⁵⁷⁵ Auf diese Weise können Expertinnen und Experten

⁵⁷⁰ Vgl. Bill, Holger/Falk, Svenja: Unternehmensberatungen in der Politikberatung, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 290 – 299. S. 290.

Vgl. Lendi 2005, S. 103.

Vgl. Winter 2006, S. 212.

⁵⁷¹ Vgl. Lendi 2005, S. 103.

⁵⁷² Vgl. ebd.

⁵⁷³ Vgl. Eilfort, Michael: Fraktionen und Ausschüsse, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 189 – 197. S. 192.

⁵⁷⁴ Vgl. Winter 2006, S. 213.

⁵⁷⁵ Vgl. Falk/Römmele 2009, S. 19.

Vgl. Glaab/Metz 2006, S. 166f.

nicht nur zur Entscheidungsfindung der Politik beitragen, ihnen kann auch attestiert werden, dass sie durch ihre publizierte Arbeit auch die Basis der gesamtgesellschaftlichen Deliberation verbessert wird.⁵⁷⁶

Der Imperativ der Transparenz verlangt daher nach einer präziseren Beschreibung. Die Nicht-Öffentlichkeit einer Expertise kann ein bewusster Schritt sein, um Diskretion und Geheimhaltung zu wahren. Gerade im Bereich der politischen Strategie und der Politics-Beratung erfüllt dieses Vorgehen einen offensichtlichen Zweck. Wenn Expertise durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler produziert wird, kann es aber auch vorkommen, dass Beratung ungewollt nicht öffentlich ist.⁵⁷⁷ Die Problematik der abgeschotteten Forschenden ist, wie bereits erläutert wurde, jedoch bekannt. Auch im Bereich der Politikberatung durch die Wissenschaft wird versucht, die Schranken Stück für Stück weiter abzubauen und das Bewusstsein für die Öffentlichkeit zu stärken. Problematisch für diese Kategorie bleibt, dass durch fehlende Transparenz viel Vertrauen durch die anderen Teilsysteme benötigt wird. Diese haben keinen Einblick in die Besetzung, Kosten oder die Qualität der Beratung. Besonders gravierend ist der Fall der Politikerberatung, bei der nicht einmal von außen ersichtlich ist, dass Expertise hinzugezogen wurde. Der Souverän sollte jedoch die Faktoren und vor allem die Beteiligten kennen können, die den Entscheidungsprozess beeinflussen. Durch nichtöffentliche Praktiken wird auch verschleiert, ob Lobbying betrieben wurde und falls dies der Fall war, durch wen. Öffentliche Politikberatung erfüllt also eine Kontrollfunktion und eröffnet die Möglichkeit, die Handlungen der Politik zu kritisieren. Diese Tatsache kann daher wiederum auch als Interessenvertretung beschrieben werden, nämlich die der Bevölkerung.⁵⁷⁸

Trotzdem ist öffentliche Politikberatung ein zweischneidiges Schwert. Sie ist förderlich für demokratische Prinzipien und gibt Gremien mehr Gewicht, indem ihre Stimmen hörbarer werden. Öffentliche Expertise läuft aber auch Gefahr, zu Symbolpolitik zu verkommen oder instrumentalisiert zu werden, um Handlungsbedarf zu signalisieren oder den eigenen politischen Willen zu forcieren.⁵⁷⁹ Es bleibt aber schwer zu bestimmen, wann die Einberufung eines Panels einem rationalisierenden oder politischen Zweck dient. Eine andere Schwierigkeit ergibt sich aus dem heterogenen Publikum, das angesprochen wird. Öffentliche Politikberatung sollte so formuliert werden, dass sie eine möglichst große Menge der Gesellschaft zugleich adressiert und für diese auch verständlich ist. Der egalitäre Zugang zu Information reicht nicht aus, um allen Bürgerinnen und Bürgern einen Umgang mit der Expertise zu ermöglichen. Aus

Vgl. Leif, Thomas: Medien und Politikberatung, in: Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 322 – 333. S. 328.

⁵⁷⁶ Vgl. Buchholz 2008, S. 86f.

⁵⁷⁷ Vgl. Glaab/Metz 2006, S. 166.

⁵⁷⁸ Vgl. ebd., S. 166f.

⁵⁷⁹ Vgl. ebd. S. 167f.

diesem Grund wird auch die Demoskopie immer wichtiger, um abstimmen zu können, wie Politikberatung übermittelt werden kann.⁵⁸⁰

Die partizipativ-deliberative Ansätze gehören zu den neusten Formen der politischen Beratung. Unter dem Leitgedanken der demokratisierten Expertise wird die Öffentlichkeit bei ihnen am stärksten adressiert und auch involviert. Sie stieß in die Lücke, die sich durch die Krise der klassischen Politikberatung auftat.⁵⁸¹ Natürlich gibt es bereits länger verschiedene Möglichkeiten der Beteiligung der Zivilgesellschaft, jedoch berufen sich neuen Modelle auf eine aktualisierte kommunikative Grundstruktur. Im Sinne des kooperativen Staates tauschen sie eine vertikale gegen eine horizontale Kooperation und betonen das Miteinander von Staat und Gesellschaft. Klassische Begriffsbestimmungen zur Partizipation haben damit ihre Bindungskraft verloren.⁵⁸² Weingart beschreibt die Einbindung der Öffentlichkeit folglich mit zwei Modi. In Modellen der partizipatorischen Politikberatung werden Diskurse zwischen Bürgerinnen und Bürgern mit Expertinnen und Experten eröffnet, indem sie durch deliberative Verfahren zusammengeführt werden. Bei Fällen der korporatistischen Politikberatung treffen Vertretungen der betroffenen Interessengruppen aufeinander, indem sie entweder zusammen Gremien bilden oder die Besetzung eines solchen bestimmen.⁵⁸³

3.5.) Kulturelle und nationale Besonderheiten

In den vorangegangenen Kapiteln konnten bereits mehrfach die Verbindungen zwischen politischer Kommunikation, Beratung und Kultur mit den Ausprägungen einer medien- und informationsgeprägten Demokratie hergestellt werden. Zusätzlich zu solchen universellen Beobachtungen ist es aber noch nötig, den Blick dezidiert auf die Bundesrepublik zu lenken. Neben institutionellen und gesetzlichen Eigenheiten ist für die vorliegende Arbeit vor allem die Frage nach den politikulturellen Spezifika von Interesse.

Die Literatur legt die Existenz solcher länderspezifischen Ausprägungen von Beratungsstrukturen nahe. Jeder Staat hat demnach seine eigenen Tendenzen in der Entwicklung des Expertinnen- und Expertentums sowie dessen Beziehung zur Politik.⁵⁸⁴ Die Übersetzung von Wissen in Ratschlag und letztlich Handlungen ist ein immer ein „deeply social undertaking“⁵⁸⁵. Auch die Qualität und die Kontrolle eben dieser sind kulturspezifischen Einflüssen unterworfen und die Güte der Expertise ist davon abhängig, ob diese Faktoren berücksichtigt werden. Schließlich wird von Beratenden verlangt, dass sie alle Wissensressourcen anzapfen,

⁵⁸⁰ Vgl. Glaab/Metz 2006, S. 168.

⁵⁸¹ Vgl. ebd.

⁵⁸² Vgl. Martinsen 2006, S. 142f.

⁵⁸³ Vgl. Weingart, Peter: Erst denken, dann handeln? Wissenschaftliche Politikberatung aus der Perspektive der Wissens(chaft)soziologie, in: Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 35 – 44. S. 42f.

⁵⁸⁴ Vgl. Halfman/Hoppe 2009, S. 136.

⁵⁸⁵ Jasanoff, Sheila: Quality control and peer review in advisory science, in: Lentsch, Justus/Weingart, Peter (Hrsg.): The Politics of Scientific Advice: Institutional Design for Quality Assurance. Cambridge, 2011. S. 19 – 35. S. 28.

die ihnen zur Verfügung stehen. Dazu gehört gerade auch das Wissen über die Gesellschaft und ihre Besonderheiten und Tendenzen.⁵⁸⁶

3.5.1.) Politikberatung und Politikkultur

Die politische Kultur eines Landes hat einen schwerwiegenden Einfluss auf die politische Agenda, die Entscheidungsoptionen und die gesamtgesellschaftliche Deliberation.⁵⁸⁷ Für die Auslegung des Begriffs erfolgt häufig der Verweis auf die Definition von Gabriel Almond und Sidney Verba, die sie in einer Studie aus dem Jahr 1965 entscheidend geprägt haben. Demnach beschreibt politische Kultur die für eine Nation spezielle Verteilung von Orientierungsmustern seiner Angehörigen den politischen Objekten gegenüber.⁵⁸⁸ Somit sollen mit dem Begriff die Verhältnisse zwischen institutionellen Strukturen und dem System der Werte, Meinungen und Einstellungen einer demokratischen Gesellschaft zusammengefasst werden.⁵⁸⁹

Die Entwicklung zur Gesellschaftsberatung verstärkt den Bedarf einer politikkulturspezifischen Annäherung. Das betrifft vor allem auch Faktoren, die in Berührung mit der Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger stehen. Daher entsteht bei der Analyse wissenschaftspolitischer Beratungssysteme ein verstärkter Bedarf an politikkultureller Sensibilität. Gerade in technik- und wissensbezogenen Themenbereichen müssen spezifische Werte, Ängste und Ansprüche berücksichtigt werden, um optimal beraten zu können. Vor allem dann, wenn die Öffentlichkeit involviert wird und Verständnis für die Arbeit sowie Entscheidungen in diesem Feld entstehen oder ein Konsens im Fortschritt erzielt werden soll, gilt es, die Wertelage und Tendenzen einer Gesellschaft sorgfältig zu beachten. In der Literatur ist insbesondere der Umgang mit und die Wahrnehmung von Risiko wiederholt empirisch untersucht worden. Dieser Umstand ist zum Teil sicherlich der Prominenz des Schlagworts in den 1980ern und 1990ern zu verdanken. Vergleiche werden dabei zumeist komparativ zwischen verschiedenen Nationen herausgestellt. Der direkte Vergleich von Ländern erlaubt es, Besonderheiten zu markieren. Andere Arbeiten setzen sich mit intranationalen Gruppen auseinander und vergleichen deren Wahrnehmungen und Reaktionen.⁵⁹⁰ Für die vorliegende Arbeit wäre es nicht zweckdienlich, verschiedene Einzelfaktoren als Metaaspekte einfließen zu lassen. Es soll daher genügen, eine Annäherung für einen verallgemeinernden Blick auf kulturspezifische Prägung der Wissenschaftspolitik und Politikberatung in der Bundesrepublik zu erarbeiten, mit deren Hilfe eine Einschätzung der Beratungsangebote möglich wird. Ist die Beratungsinstanz kongruent mit

⁵⁸⁶ Vgl. Jasanoff 2011, S. 28.

⁵⁸⁷ Vgl. Vorländer, Hans: Politische Kultur, in: Lösche, Peter (Hrsg.): Länderbericht USA. Schriftenreihe Band 690. 5. Auflage. Bonn, 2008. S. 196 – 236. S. 208

⁵⁸⁸ Vgl. Almond, Gabriel/Verba, Sidney: The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations. Princeton, 1965. S. 13f.

⁵⁸⁹ Vgl. Pickel, Susanne/Pickel, Gert: Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung. Wiesbaden, 2006. S. 49.

⁵⁹⁰ Vgl. Rohrman, Bernd/Renn, Ortwin: Risk Perception Research – An Introduction, in: Renn, Ortwin/Rohrman, Bernd (Hrsg.): Cross-Cultural Risk Perception: A Survey of Empirical Studies. Technology, Risk, and Society: An international Series in Risk Analysis Volume 13. Dordrecht, 2000. S. 11 – 55. S. 18ff.

den Tendenzen in Deutschland? Passt sie in das System und kann somit qualitativ hochwertige Expertise liefern?⁵⁹¹

Ortwin Renn hat ein Modell entwickelt, das eine Möglichkeit zur Kategorisierung von Beratung nach kultureller Prägung bietet. Er unterscheidet dafür zwischen vier idealtypischen Ausprägungen im Umgang mit Politikberatung: Konkurrenz, Treuhand, Konsens und Korporatismus. Das System der USA ist ein Beispiel für das Konkurrenz-Modell. Hier dominiert ein Politikstil, der auf einen Wettbewerb zwischen Beratenden setzt. Der Disput erfolgt auf formalisierter Ebene und auf Basis der erhobenen Daten, während nichtwissenschaftliche Nebenschauplätze der Diskussion zweitrangig sind. Dieser Modus basiert noch stark auf der Annahme des alten Wissenschaftsverständnisses und dem damit verbundenen Gedanken der Objektivität. Als Beispiel für Treuhandmodell nennt Renn Südeuropa. Expertise hat hier einen zuarbeitenden Charakter und dient der Unterfütterung der Entscheidungsfindung, um den Allgemeinwohlcharakter der Politik zu stärken. Japan ist wiederum ein Vertreter des Konsens-Modells. Damit beschreibt Renn die politikkulturelle Prägung, bei der Kompromissfindung im Zentrum steht, der Prozess unter Einbeziehung von Expertise abläuft, aber in nicht öffentlichen Kooperation erarbeitet wird. Deutschland ist ein Vertreter des Korporatismus-Modells, bei dem Expertinnen und Experten mit der Politik in verhandlungsorientierten und formalisierten Prozessen aufeinandertreffen. Expertinnen und Experten, die über einen renommierten Status verfügen, sind in diesen Ländern sachliche Wissensvermittelnde sowie Repräsentierende von Interessengruppen zugleich. Im Gegensatz zum Konsens-Modell ist dieser Politikstil auf Transparenz und Objektivität ausgerichtet und versucht auch, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die politische Führung zu stärken.⁵⁹²

3.5.2.) Die deutsche Perspektive

Nachdem Deutschland dem Korporatismus-Modell zugeordnet werden konnte, sollen im nächsten Schritt detaillierte Beschreibungen der individuellen Ausprägungen der Beratungslandschaft in der Bundesrepublik erfolgen. Welche Entwicklungslinien und Eigenheiten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs lassen sich anhand der Literatur nachweisen? Lässt sich ein deutscher Weg in der Politikberatung beschreiben?

⁵⁹¹ Vgl. Bogner, Alexander/Torgersen, Helge: Sozialwissenschaftliche Expertiseforschung. Zur Einleitung in ein expandierendes Forschungsfeld, in: Bogner, Alexander/Torgersen, Helge (Hrsg.): Wozu Experten? Ambivalenzen der Beziehung von Wissenschaft und Politik. Wiesbaden 2005. S. 7 – 32. S. 14.

⁵⁹² Vgl. ebd.

Vgl. Heinrichs 2002, S. 49f.

Vgl. Heinrichs 2009, S. 45.

Politikberatung hat auch in Deutschland Tradition. Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts gibt es erste Versuche, externen Wissenschaftsverband einzubringen und zu institutionalisieren.⁵⁹³ Die Entwicklung zu einem ausgedehnten und auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierten Beratungswesen wurde durch die Zeit des Nationalsozialismus abrupt unterbrochen. Im Zuge der Machtergreifung und Gleichschaltung kam es zu einer starken Annäherung von Politik und Wissenschaft. Forschende sowie Expertinnen und Experten verdingten sich für den Nationalsozialismus und förderten ihn durch gefällige Arbeit. Häufig geschah dies aus eigennützigen Gründen, um persönlich voranzukommen und neue Ressourcen zu erschließen. Forschende und Beratende richteten ihre Arbeit auf die rassenideologische Schiene aus und gaben dem unmenschlichen Wahnsinn weiter Vortrieb.⁵⁹⁴

Bereits kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs gab es in Deutschland ein großes Verlangen nach Beratung, um die politischen Prozesse zu rationalisieren und wissenschaftliches Know-how einfließen zu lassen.⁵⁹⁵ Dennoch war, gerade in den Anfängen der Bonner Republik, Politikberatung vor allem in der Wahlkampfgestaltung und Demoskopie gefragt. Hierfür setzte die CDU bereits zu Beginn der 1950er Jahre externe Kräfte ein, die anderen Parteien zogen Schritt für Schritt nach.⁵⁹⁶ Eigenständige, wissenschaftliche Beratungsinstanzen waren von Seiten der Politik zu dieser Zeit noch häufig nicht gewünscht und wurden kritisch betrachtet.⁵⁹⁷ Folglich kam zu Beginn die Expertise auch nicht aus dem akademischen Umfeld, sondern primär aus Werbeagenturen und ähnlichen privatwirtschaftlichen Einrichtungen.⁵⁹⁸ In den 1950ern vollzog sich der Dialog zwischen Politik und Wissenschaft daher auch überwiegend zwischen Forschenden und der Ministerialbürokratie.⁵⁹⁹

Mit den 1960ern begann ein Wandel in der Haltung der Politikberatung gegenüber. Auch wenn nach wie vor ein großer Teil der Beratung aus nicht wissenschaftlichen Quellen stammte, kam eine bislang unbekannte Begeisterung für Planung und Expertise auf.⁶⁰⁰ In den folgenden Jahren sollte daher ein intensiver Ausbau der Beratungslandschaft erfolgen. Mittlerweile griff auch die SPD intensiv auf Umfragen und Meinungsforschung zurück. Als erste Partei trieb sie die interne Elitenbildung der eigenen Mitglieder voran, die sich durch wissenschaftliche Arbeiten zu Politik und Gesellschaft verdient machten. Die Basis für wissenschaft-

⁵⁹³ Vgl. Thunert 1999, S. 225.

⁵⁹⁴ Vgl. ebd.

Vgl. Rudloff, Wilfried: Geschichte der Politikberatung, in: Bröckler, Stephan/Schützeichel, Rainer (Hrsg.): Politikberatung. Stuttgart, 2008. S. 83 – 103. S. 83 und 86.

⁵⁹⁵ Arnold, Lea: Unabhängige Wirtschaftspolitik: Wissenschaftliche Politikberatung seit 1968 am Beispiel der Fünf Wirtschaftswesen. Wiesbaden, 2010. S. 33.

⁵⁹⁶ Vgl. Bösch, Frank: Werbefirmen, Meinungsforscher, Professoren. Die Professionalisierung der Politikberatung im Wahlkampf (1949 – 1972), in: Fisch, Stefan/Rudloff, Wilfried (Hrsg.): Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive. Schriftenreihe Hochschule Speyer Band 168. Berlin, 2004. S. 309 – 328. S. 312.

⁵⁹⁷ Vgl. Falk/Römmele 2009, S. 17.

⁵⁹⁸ Vgl. Bösch 2004, S. 321.

⁵⁹⁹ Vgl. Rudloff 2008, S. 87.

⁶⁰⁰ Vgl. ebd.

liche Politikberatung war also gelegt, indem ein grundlegendes Verständnis und eine Wissensbasis bereit waren. Neben dem internen Fachpersonal setzte die SPD auch früh darauf, Intellektuelle von außen zu Beratungen hinzuzuziehen. Unter Ludwig Erhard zog die Union nach und involvierte ebenfalls herausragende Köpfe, mit denen auch die Außenwirkung des Kanzlers geschärft wurde.⁶⁰¹ Ab der Mitte der 1960er Jahre zeichneten sich erste Öffnungstendenzen ab, die auch als Ausdruck für eine Kritik am Informationsungleichgewicht zwischen Parlament und Regierung sowie mangelnder Legitimation von Beratung zu verstehen waren. In den ersten 20 Jahren der Bonner Republik war Politikberatung vor allem Regierungsberatung, aber nun wurde auch die Öffentlichkeit als möglicher Adressatin wahrgenommen.⁶⁰² Die USA und die Administration Kennedys, die für eine stärkere Verbindung von Wissenschaft und Politik standen, dienten den deutschen Bemühungen als Vorbild. Verwissenschaftlichung wurde als zentraler Schlüssel der Problemlösung auf allen Ebenen gesehen. Daher wurden die internen Beratungskapazitäten stark ausgebaut und ab Ende der 1960er die Demokratisierung von Beratung beschleunigt. Auch wenn das klassische Feld der Adressatinnen und Adressaten erweitert wurde, war die Öffentlichkeit häufig nicht direkt angesprochen, sondern wurde nur über die laufenden Entscheidungsprozesse informiert.⁶⁰³

Ab den 1970ern kann eine Begriffsausweitung der Definition von Politikberatung beobachtet werden. Externe Expertise wurde nun zunehmend auch vom Parlament und den Parteien nachgefragt. Immer mehr externe Wissensinstitutionen entstanden und bedeutende Fachvereinigungen schlossen sich zusammen, um ihre Kräfte und Stimmen zu bündeln. Die Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste, aus der später die heutige Leibniz Gesellschaft hervorging, ist ein bedeutendes Beispiel für dieses neue Standbein der extramuralen Forschung und Wissensgenese.⁶⁰⁴ Zeitgleich und auch bedingt durch die Expansion der Beratung, begann während der 1970er Jahre die Begeisterung für die Verwissenschaftlichung und Politikberatung langsam abzukühlen. Erstmals trat das Problem des Gegenexpertentums in der Bundesrepublik in das Licht der Öffentlichkeit. Durch die aufkeimende Unsicherheit und die Diversifizierung der Expertise begann die Politikberatung in Deutschland auf eine Krise zuzusteuern.⁶⁰⁵

Die technisch-wissenschaftlich brisante Zeit der 1980er löste die nächste Entwicklungsphase aus. Die Evolution der deutschen Politikberatung wurde durch die Pluralisierung der Expertise und neue externe Beratungsinstanzen katalysiert. Durch die größere Zahl an

⁶⁰¹ Vgl. Bösch 2004, S. 320ff.

⁶⁰² Vgl. Thunert 1999, S. 226f.

⁶⁰³ Vgl. Falk/Römmele 2009, S. 17ff.

Vgl. Rudloff 2008, S. 87ff.

Vgl. Thunert 1999, S. 228.

⁶⁰⁴ Vgl. ebd., S. 229ff und 237.

⁶⁰⁵ Vgl. Rudloff 2008, S. 87.

Beratenden zeichnete sich eine Konkurrenzsituation zwischen internen und externen Wissensquellen ab. Zeitgleich setzte die zunehmende Kommerzialisierung der Politikberatung ein. Zur selben Zeit trat die Öffentlichkeit mehr in den Mittelpunkt der Diskussion, wodurch der Bezug auf die Technikfolgenabschätzung an Gewicht gewann. Die kritische Betrachtung von Expertinnen und Experten nahm zu und die Risikodiskussion gewann an Fahrt. Gegen Ende des Jahrzehnts machte sich dann auch eine Beratungsmüdigkeit in der Politik breit.⁶⁰⁶

Mit dem Umzug nach Berlin begann der letzte größere Umbruch in der Politikberatung Deutschlands. Vor allem für die professionelle Politikberatung und die Kommerzialisierung der Expertise war der Hauptstadtwechsel vortriebig.⁶⁰⁷ Auch deshalb kann ab den 1990ern von einer Boomphase der Politikberatung gesprochen werden. Die Expansion des Felds hielt an, Stiftungen und Think Tanks wurden nun auch in der Bundesrepublik immer wichtiger. Der Mythos der neutralen, rein wissenschaftsbasierten und intramuralen verorteten Politikberatung wurde derweil weiter demontiert.⁶⁰⁸ Vielleicht erfolgte sie genau deshalb in den 1990ern seltener unter inhaltlichem Themenbezug, sondern diente auch der Um- und Durchsetzung politischer Vorhaben. Die rot-grüne Koalition läutete eine neue Phase intensiver Beratungsvorhaben ein. Damit rückte die Thematik immer mehr in den Blick der Öffentlichkeit und wurde zu meist kritisch behandelt, wie die Diskussion um die Räterepublik Deutschland nahelegt.⁶⁰⁹

Der deutsche Glaube an Optimierung und Rationalisierung durch Verwissenschaftlichung hat sich als fehlerhafte Vision herausgestellt. Daraus resultiert unter anderem, dass die Trennung von Politik und Wissenschaft wieder deutlicher hervortritt.⁶¹⁰ Die Fachliteratur bildet diese Entwicklung ab und beschäftigt sich, wie bereits beschrieben, seit längerer Zeit damit, die Grenzziehung zwischen den Teilsystemen neu zu bestimmen. Trotz dieser enttäuschenden Erfahrung sind Beratung und ihre Effekte für die deutsche Politik von entscheidender Bedeutung und tief verwurzelt. Dennoch ist Rationalität in der Bundesrepublik natürlich noch immer eine essenzielle Grundlage für politische Legitimität.⁶¹¹

Ebenfalls zu den typisch deutschen Eigenschaften in Beratungsprozessen gehört eine starke Konsensorientierung.⁶¹² Dieser Fokus auf Verhandlung und Diskussion ist zu Teilen auf das immer noch bestehenden Vertrauen in das Expertinnen- und Expertentum sowie den Korporatismus zurückzuführen.⁶¹³ Politische Prozesse zeichnen sich in der Bundesrepublik daher auch dadurch aus, dass möglichst viele Meinungen in der Beratung berücksichtigt werden

⁶⁰⁶ Vgl. Thunert 1999, S. 232ff.

⁶⁰⁷ Vgl. Falk/Römmele 2009, S. 21.

⁶⁰⁸ Vgl. Thunert 1999, S. 223 und 235ff.

⁶⁰⁹ Vgl. Rudloff 2008, S. 88 und 92.

⁶¹⁰ Vgl. ebd., S. 85.

⁶¹¹ Vgl. Jasanoff 2009, S. 220.

⁶¹² Vgl. Gehring 2012, S. 129.

⁶¹³ Vgl. Heinrichs 2009, S. 53.

sollten. Dahinter steckt ein basisdemokratischer Gedanke, aber auch die Idee, dass ein solcher multiperspektivischer Ansatz für eine höhere Qualität der Entscheidungsfindung sorgt.⁶¹⁴ Durch die Mitwirkung verschiedener Stimmen und Kräfte an solchen Prozessen, gerät die Politik in Deutschland aber auch immer wieder ins Stocken. Die Konsensfindung und Umsetzung von Beschlüssen sind deutlich erschwert, wenn Lobbyismus und Interessenvertretung, politische Parteien, Koalitionen und zuletzt die Bundesländer ihren Hut in den Ring werfen.⁶¹⁵ Die Systematisierung der Inklusion von Beratungsteilnehmenden ist darüber hinaus oft unzureichend. Außerdem gibt es Gremien, die zwar ein differenziertes Teilnahmefeld zu Beginn und am Ende des Beratungsprozesses zulassen, in der Zwischenzeit aber dennoch intransparent arbeiten.⁶¹⁶

Diese Vorlieben schlagen sich in der Struktur der Beratungslandschaft nieder. Das deutsche System hat über seine Geschichte hinweg eine plurale Struktur entwickelt, dessen Diversität von Vorteil ist, da es in der Lage ist, auf vielgestaltige Situationen und Anforderungen zu reagieren.⁶¹⁷ Die Beratungslandschaft der Bundesrepublik entspricht in seiner grundlegenden Aufstellung prinzipiell den Anforderungen der Gegenwart.⁶¹⁸ Sie ist ähnlich pluralisiert wie die Gesellschaft selbst und kann unterschiedlichste Formen annehmen, Aufgaben erfüllen, Zusammensetzungen annehmen und Anbindungen ermöglichen.⁶¹⁹ Es wird viel Arbeit darin investiert, ein hohes Maß an Repräsentativität zu erreichen. Für Deutschland kann sie als einer der Hauptschlüssel für eine möglichst neutrale und umfassende Beratung bezeichnet werden. Die Inkorporation verschiedener Perspektiven ist hier zentral für die Legitimation eines Gremiums. Das rückt erneut die Bedeutung der Mitgliederbestimmung einer Beratungsinstanz in den Mittelpunkt. In Deutschland muss diesem Punkt demnach besondere Aufmerksamkeit zukommen.⁶²⁰ Im verallgemeinernden Querschnitt kann gesagt werden, dass deutsche Beratungsgremien versuchen, ein Abbild der Betroffenen darstellen und ihre Unabhängigkeit, neben der persönlichen Exzellenz der Mitglieder, gerade auch der Einbeziehung verschiedener Perspektiven verdanken.⁶²¹ Ebenfalls zuträglich für die Wirkung eines Beratungsgremiums in Deutschland ist ein institutioneller Rahmen. In der Bundesrepublik herrscht nach wie vor ein großes Vertrauen in Institutionen. Dieser Effekt zeigt sich darin, dass besonders nachhaltige Ergebnisse durch die Deliberation in institutionellem Kontext entstehen.⁶²² Leider besitzen auch in Deutschland noch immer viele wissenschaftliche Beratende ein falsches Selbstverständnis

⁶¹⁴ Vgl. Gehring 2012, S. 129.

Vgl. Jasanoff 2011, S. 32.

⁶¹⁵ Vgl. Mayntz, Renate: Speaking Truth to Power: Leitlinien für die Regelung wissenschaftlicher Politikberatung, in: der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management. Heft 1/2009. Budrich, 2009. S. 5 – 16. S. 11.

⁶¹⁶ Vgl. Heinrichs 2009, S. 53ff.

⁶¹⁷ Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S.

⁶¹⁸ Vgl. Heinrichs 2009, S. 52.

⁶¹⁹ Vgl. Mayntz 2006, S. 120.

⁶²⁰ Vgl. Jasanoff 2011, S. 31ff.

⁶²¹ Vgl. Jasanoff 2009, S. 220.

⁶²² Vgl. ebd.

und eine überholte Deutung dessen, was Wissenschaftlichkeit bedeutet. Dadurch schaffen sie unnötige Distanz zu den Beratenen und die Umsetzungsfähigkeit ihrer Expertise leidet.⁶²³

Die Heterogenität der Beratungslandschaft und die Vielstimmigkeit politischer Prozesse können auch negativ ausgelegt werden. In diesem Umfeld ist es schwer, eine zentrale Organisation zu schaffen, die Politikberatung organisiert. Neben der Beschaffenheit des deutschen Systems verhindert auch das Ressortprinzip solche Vorstöße.⁶²⁴ Darüber hinaus erfordert sie ein hohes Maß an Strukturierung und Koordination, um die Effektivität des Systems zu gewährleisten, damit keine überlappenden Strukturen zu unnötiger Doppelarbeit führen.⁶²⁵

Zu den eindeutigen Stärken der Politikberatung hierzulande gehört auch, dass die wissenschaftsbasierte Expertise zu überwiegenden Teilen integer und fachlich robust ist.⁶²⁶ Ebenfalls bemerkenswert sind die Rolle und die Kraft der Öffentlichkeit in Deutschland. Sie spielt einen gewichtigen Gegenpol zu der Stärke der politischen Parteien. Ohne das wachsame Auge der Öffentlichkeit und ihr Interesse an den Prozessen, hätten unabhängige Beratende schwer zu kämpfen.⁶²⁷ Eine der großen Herausforderungen für Politik, Expertise und Wissenschaft, die aufmerksame und kritische Beobachtung durch Medien, Bevölkerung, Wirtschaft und Interessenverbände, ist somit auch eine der Erfolgsbedingungen für Politikberatung in Deutschland.

In der pluralisierten Beratungslandschaft der Bundesrepublik gehen traditionelle Politikberatende mit demokratisierten Formen einher.⁶²⁸ Dabei haben die internen Gremien eine herausragende Position inne und werden durch eine starke Ressortforschung komplimentiert.⁶²⁹ Der weitere Ausbau der Ressortforschung gehört zur ausgewiesenen Strategie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Im Jahr 2015 verfügte der Bund bereits über 37 eigene Forschungseinrichtungen, die auch in Kooperation zu sechs extramuralen Einrichtungen standen.⁶³⁰ Mitte 2020 sind es bereits 42 Einrichtungen des Bundes.⁶³¹ Es verwundert daher nicht, dass Expertise zu überwiegenden Teilen auch an die Exekutive adressiert ist. Das Verhältnis zwischen Beratenden und Beratenen ist dabei stark nachfragebestimmt und die Expertinnen und Experten erfüllen noch oft eine primär dienende Rolle.⁶³² Dieser Umstand wird auch dadurch verstärkt, dass Regierungen, die verschiedenen Parlamente

⁶²³ Vgl. Thunert 1999, S. 239.

⁶²⁴ Vgl. Mayntz 2009, S. 8.

Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S. 256f.

⁶²⁵ Vgl. Heinrichs 2009, S. 57.

⁶²⁶ Vgl. Thunert 1999, S. 239.

⁶²⁷ Vgl. Rudloff 2008, S. 91.

⁶²⁸ Vgl. ebd., S. 238.

⁶²⁹ Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S. 227 und 257.

⁶³⁰ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Bundesbericht Forschung und Innovation 2014. Bonn und Berlin, 2014a. S. 35.

⁶³¹ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Bundesbericht Forschung und Innovation 2020. Forschungs- und innovationspolitische Ziele und Maßnahmen. Berlin, 2020c. S. 81.

⁶³² Vgl. Mayntz 2006, S. 120f.

und Ministerien in der Bundesrepublik eigene Politikberatungsinstanzen installieren.⁶³³ Im Licht dieser Vorgänge erscheint es nur logisch, dass Think Tanks und anderen externen Beratern nicht dasselbe Gewicht zukommt, wie es beispielsweise in den USA der Fall ist.⁶³⁴ Die ehemalige Dominanz der institutionellen Beratungsformen hat jedoch zu bröckeln begonnen. Heutzutage sind für Politik und Gesellschaft auch ad hoc Kommissionen von großer Bedeutung und erlangen zum Teil medienprominenten Status.⁶³⁵

Neben den kulturspezifischen Charakteristika haben auch die Eigenheiten und gesetzlichen Regelungen der Bundesrepublik dazu geführt, dass das Beratungssystem eine einzigartige Form angenommen hat. Das Grundgesetz zieht den äußeren Rahmen und findet an mehreren Stellen Anwendung auf Politikberatung. Zu diesen Faktoren, die an dieser Stelle nicht erschöpfend behandelt werden können, gehört beispielsweise das Demokratieprinzip nach § 20 Abs. 2 im Grundgesetz (GG). Es legt fest, dass die Staatsgewalt vom Volk ausgeht und durch gesetzlich geregelte Wege delegiert wird. Der bereits erfolgte Verweis auf die damit verbundenen kritischen Aspekte der Legitimationsfrage von Beratungsgremien findet hier seinen Ursprung. Die juristischen und sozialwissenschaftlichen Perspektiven zur Legitimationsfrage wurden in der Literatur bereits erschöpfend diskutiert.⁶³⁶ Insbesondere auch im Bereich der wissenschaftspolitischen Beratung ergeben sich aus § 5 Abs. 3 GG, der Wissenschaftsfreiheit, entscheidende Gesichtspunkte, die zur Definition von Pflichten und Distanzen zwischen Wissenschaft und Politik dienen können.⁶³⁷ Weitere rechtliche Grundlagen, die Einfluss auf die Diskussion von Expertise im Bereich der Wissenschaftspolitik haben, ergeben sich aus dem Recht auf Leben und Gesundheit in § 2 Abs. 2 GG, dem Gebot des rechtzeitigen Entscheidens nach § 19, Abs. 4 GG und dem Wirtschaftlichkeitsgebot nach § 114 Abs. GG.⁶³⁸ Trotz des hohen Stellenwerts der Gremienbesetzung gibt es in Deutschland keine gesetzliche Regelung auf Bundesebene, die sich dieser Verfahrens- und Organisationsfragen annimmt. Zwar existiert das Bundesgremienbesetzungsgesetz (BGremBG), doch dieses befasst sich nur mit einem Geschlechterausgleich in der Mitgliederbestimmung.⁶³⁹

Der Föderalismus ist ein weiteres gesetzlich verankertes Einflussmerkmal. Das Bundesstaatsprinzip und der eigenständige Status der Bundesländer erschweren Zentralisierungstendenzen und tragen zur Zersplitterung der Beratungssysteme bei. Durch die Möglichkeit, eigene Beratungsgremien und die Kompetenzteilung zwischen Bund und Ländern, Par-

⁶³³ Vgl. Mayntz 2009, S. 8.

⁶³⁴ Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S. 256.

⁶³⁵ Vgl. Glaab 2006, S. 161.

⁶³⁶ Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S. 211ff.

⁶³⁷ Vgl. ebd., S. 218ff.

⁶³⁸ Vgl. Schmidt-Aßmann, Eberhard: Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen wissenschaftlicher Politikberatung: Demokratische und rechtstaatliche Rationalität, in: Der Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Leitlinien Politikberatung. Berlin, 2008. S. 19 – 32. S. 24ff.

⁶³⁹ Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S. 276.

lament und Regierung, trägt die föderale Struktur Deutschlands zur Pluralisierung der wissenschaftlichen Politikberatung bei. Die politische Gliederung der Bundesrepublik ist eine der eindeutigen Ursachen für die Heterogenität der Beratungslandschaft und dezentralisierte Tendenzen innerhalb bestehender Systeme.⁶⁴⁰

Eine der Stärken des deutschen Systems, die Inkorporation vieler Perspektiven und Parteien, wird gerade in der Öffentlichkeit öfter kritisiert. Sie entspricht jedoch dem deutschen Weg der Politikberatung. Der Perspektivenpluralismus gewährleistet, dass öffentliche und gesellschaftliche Vertreterinnen und Vertreter Zugang erhalten. Auch die Öffentlichkeit profitiert hiervon, obgleich von ihr Lobbyismus fehldiagnostiziert werden kann. Da deutsche Gremien häufig einen Querschnitt der Betroffenen abzubilden versuchen, entspricht die Praxis jedoch der Politikkultur der Bundesrepublik.

3.6.) Qualität von Politikberatung

Um einzelne Beratungseinrichtungen und ihren Effekt im Bereich der Wissenschaftspolitik richtig einzustufen, muss zuerst festgelegt werden, an welchen Maßstäben ihre Qualität gemessen werden kann. Dazu wird der Begriff mit Hilfe der Bestandsliteratur eingegrenzt und reflektiert, was Politikberatung überhaupt leisten soll. Anschließend wird erörtert, welche Funktionen Leitlinien, Kodizes und andere Maßnahmen bei der Sicherung von Qualität von Expertise erfüllen können.

Für beide Seiten der Beratung ist Qualität von großem Interesse, auch wenn nicht eindeutig ist, was unter diesem Begriff verstanden werden kann. Durch die Legitimationsproblematik sollte er nicht mit Wirksamkeit oder Umsetzung von Expertise gleichgesetzt werden. Ein Ratschlag muss ein Ratschlag sein und darf keine bindende Entscheidung für die Politik vorgeben. Bereits ohne gezielte Mechanismen zeigt der politische Alltag, dass Expertise keine direkte Bindungskraft hat. Gerade im Bereich der Policy-Beratung lässt sich oft eine starke Diskrepanz zwischen Beratungsergebnis und Umsetzung erkennen.⁶⁴¹ Die Umsetzbarkeit scheitert oft am politischen Willen, der noch zu oft auf den Machterhalt ausgerichtet ist. Wenn Politikberatung seine Wirkung verfehlt, kann das nicht nur am Wissen und seiner Mediatisierung liegen, sondern auch oft am Umsetzungswillen der Beratenen. Das führt zu weiterführenden Fragen: Gab es eine Agenda hinter der Beratungsanfrage und wie wurde mit den Beratungsergebnissen umgegangen?⁶⁴² Auch wenn es eine Beratungsinstanz schafft, ein Thema umfassend, fachlich korrekt und verständlich zu erarbeiten, kommt es in der Vermittlung darauf an, die Komplexität des politischen Entscheidungsapparats in der Ausfertigung der Expertise

⁶⁴⁰ Vgl. Schmidt-Aßmann 2008, S. 27.

⁶⁴¹ Vgl. Mayntz 2009, S. 14f.

⁶⁴² Vgl. ebd., S. 11.

zu erfassen. Gerade in der Politikerberatung ist es dann noch nötig, dass sich einzelne Parlamentsmitglieder auch gewillt zeigen, sich mit der Expertise auseinanderzusetzen.⁶⁴³

Es daher nicht ratsam, die Qualität von Politikberatung an der Umsetzung der Expertise messen zu wollen. Hinzu kommt, dass die Studienlage zur Wirksamkeit und den Effekten von Politikberatung dürftig ist.⁶⁴⁴ Es scheinen jedoch die kritischen Beiträge zu überwiegen, die von einer geringen Wirkung themenbezogener Politikberatung ausgehen. Die Gründe für dieses Versagen sind vielfältig. Expertise scheitert zum Beispiel an normativen Restriktionen, mangelhafter Lokalisierung der Beratung oder am Faktor Nichtwissen.⁶⁴⁵ Gerade empirische Untersuchungen scheinen Mangelware zu sein. Mark B. Brown, Justus Lentsch und Peter Weingart beispielsweise setzen zur Analyse der Qualität von Expertise ohne genauere Definition den Begriff der Resonanz auf parlamentarischer und öffentlicher Ebene an. Auf der Makro-Ebene verfolgen sie dann das Ziel, anhand des institutionellen Rahmens und der interinstitutionellen Beziehungen verschiedener Gremien, hypothetische Projektionen zur zukünftigen Leistungsfähigkeit zu verfassen. Die Feststellung der Resonanz erfolgt schließlich nur mittels einzelner Fallbeispiele und des Designs des Beratungsgremiums.⁶⁴⁶

Die Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V. (de'ge'pol), „der Berufsverband von deutschsprachigen Berufstätigen in der Politikberatung“⁶⁴⁷, bewertet die Qualität mit einem mehrgliedrigen Kriterienkatalog, der zwischen persönlichen und prozeduralen Kriterien unterscheidet. Expertinnen und Experten müssen sich daran messen lassen, wie gut sie in der Lage sind, ein bestimmtes Ziel mit einem definierten Ressourcenpool zu erreichen und ihre Leistung dabei „in politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konflikt- und Wettbewerbssituationen effektiv“⁶⁴⁸ zu erbringen. Ebenfalls zu den Kriterien zählen das Kompetenzniveau, die fachliche sowie politische Qualität der Beratung und die Transparenz des Prozesses.⁶⁴⁹ Gerade auch für die kommerzielle Beratung unterstreichen die Kriterien die Bedeutung transparenter Arbeit, von Seriosität und Vertraulichkeit, oder zusammengefasst, ethischer Standards.⁶⁵⁰ Die Kriterien der de'ge'pol können Beratenen und Beratenden dabei helfen, die Qualität von Expertise einzustufen, ohne sich auf die Umsetzung oder direkte Wirkung des Rat-schlags zu beziehen.

⁶⁴³ Vgl. Brown/Lentsch/Weingart 2009, S. 88.

⁶⁴⁴ Vgl. Glaab 2006, S. 166.

Vgl. Thunert 1999, S. 239.

⁶⁴⁵ Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S. 33f.

⁶⁴⁶ Vgl. Brown/Lentsch/Weingart 2009, S. 85ff.

⁶⁴⁷ Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V. (de'ge'pol): Was ist Politikberatung? Berater, Auftraggeber, Tätigkeiten und die de'ge'pol als Berufsverband. Neuauflage. Berlin, 2010. S. 14. (http://static1.squarespace.com/static/559675bfe4b0d2540b662c7c/t/559a9338e4b069786e95d592/1436193592653/was_ist_politikberatung.pdf, 09.10.2021)

⁶⁴⁸ Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V. (de'ge'pol): Kriterienkatalog zum Qualitätsmanagement. Berlin, 2005. S. 1ff. (http://static1.squarespace.com/static/559675bfe4b0d2540b662c7c/t/559a8baae4b06cf8b40c510a/1436191658559/kriterienkatalog_zum_qualitaetsmanagement.pdf, 09.10.2021)

⁶⁴⁹ Vgl. ebd., S. 1ff.

⁶⁵⁰ Vgl. de'ge'pol 2010, S. 4ff.

Neben diesem konkreten Katalog gibt es in der Literatur auch weiterhin Ansätze, die auf die Verwertbarkeit der vermittelten Informationen verweisen. Qualität bedeutet dann, dass Politikberatung ein Ergebnis liefert, das von den Beratern umgesetzt werden kann und fachliche oder vor allem wissenschaftliche Qualität besitzt. Politisch nutzbar ist Expertise, wenn der Zeitpunkt der Beratung richtig gewählt wird, sie sich direkt auf das tatsächliche Problem bezieht und verständlich ist. Zu vermeiden gilt es, den erteilten Beratungsauftrag zu verfehlen oder sich instrumentalisierbar zu machen.⁶⁵¹ Begrifflich auf den Punkt gebracht, ist Politikberatung dann von Qualität, wenn sie epistemisch und politisch robust ist.⁶⁵² Auf den Politikprozess angewendet ist sie es dann, wenn sie ihre problembezogenen und politikbezogenen Funktionen erfüllt, wie in Kapitel 3.1. dargelegt wurde.⁶⁵³ Die ultimative Grenze der Wirkung von Politikberatung liegt aber in dem nicht auflösbaren Konflikt von Sachfrage und Machtfrage in der Politik.⁶⁵⁴

Die Erwartungshaltung an die Leistungsfähigkeit von Politikberatung hängt auch davon ab, welchen Aufgabenbereich die Anfrageseite einfordert und welche Hauptausrichtung und fachliche Herkunft ein Experte oder eine Expertin hat. Wird ein kommerzielles Angebot für Politics-Beratung eingesetzt, sind primär Unternehmen, Verbände und NGOs die Kunden. Der Fokus der Expertise liegt dann auf strategischer Beratung, Öffentlichkeitsarbeit und Public Affairs.⁶⁵⁵ Die Definition des genauen Leistungshorizonts erfolgt für jede Beratungssituation neu. Hier kann erneut auf die Nachfrageorientierung der deutschen Beratungssysteme verwiesen werden: „Beratung ist eine Service-Industrie“⁶⁵⁶. Diese Ausrichtung ermöglicht es der Politik, die jeweils fehlenden Wissensbestände mit Expertise auffüllen zu lassen.

Daneben ist auch das institutionelle Design von Bedeutung. Die Literatur verweist auf einen klaren Zusammenhang von Form und Funktion bei institutionalisierten wissenschaftlichen Beratungsgremien. Eine Umrahmung des Leistungskatalogs lässt sich dabei durch eine gezielte Gestaltung des grundlegenden institutionellen Entwurfs erzielen, auch wenn die Wahrung einer bestimmten Form keine Funktionsweise vollständig garantieren kann.⁶⁵⁷ Strukturelle und formelle Vorgaben sind ebenfalls wichtig für die Wahrung von Transparenz und Partizipation. Als Schlüsselmerkmale der aktuellen Politikkultur in Deutschland müssen sich Politikberatung und die institutionelle Gestaltung ihrer Gremien daran messen lassen, inwieweit sie diese Aspekte inkorporieren. Noch breiter gefasst muss die Frage gestellt werden, ob Politikberatende ihrer Funktion der Gesellschaftsberatung nachkommen, was insbesondere für nicht kommerzielle Gremien von Aussagekraft ist. Zuletzt, um nicht als symbolpolitisches Werkzeug

⁶⁵¹ Vgl. Mayntz 2009, S. 6f und 10f.

⁶⁵² Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S. 17.

⁶⁵³ Vgl. ebd., S. 28f.

⁶⁵⁴ Vgl. Mayntz 2009, S. 5.

⁶⁵⁵ Vgl. Rafat 2012, S. 125f.

⁶⁵⁶ Mayntz 2009, S. 9.

⁶⁵⁷ Vgl. ebd., S. 7f.

zu verpuffen, muss Politikberatung gehört werden, um eine Funktion erfüllen zu können. Prozedurale Kriterien, wie die Ausarbeitung der Expertise und erneut das institutionelle Design sind von Nöten, um in diesem Bereich der Beratungsleistung qualitativ hochwertige Arbeit liefern.

Nicht zuletzt auch deshalb haben sowohl öffentliche als auch private Politikberatende den Bedarf qualitätssichernder Maßnahmen erkannt. Leitlinien, Kodizes und Standards stellen einen Versuch dar, die Expertise und ihre Generierung zu reglementieren. Zwei Arbeiten, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen und die jeweils an unterschiedlichen Enden des Spektrums von Politikberatung ansetzen, zeichnen sich durch eine besondere Eingriffstiefe ihrer Untersuchung aus. Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW) hat in einer interdisziplinären Projektgruppe über drei Jahre hinweg untersucht, unter welchen Bedingungen wissenschaftliche Gesellschaftsberatung erfolgen sollte und nach langwierigen interkollegialen Abstimmungs- und Arbeitsprozessen daraus entsprechende Richtlinien abgeleitet.⁶⁵⁸ Shamim Rafat wiederum beschäftigt sich in seiner Dissertation mit kommerzieller Politikberatung. Durch eine Untersuchung von existierenden Kodizes, Leitlinien und Qualitätsrichtlinien stellt er einen Kriterienkatalog zusammen, der mittels Interviews von Brancheninsidern auf seine Bestandsfähigkeit in der Realität abgeklöpft wird.⁶⁵⁹ Beide Studien ermöglichen es, allgemeine Beobachtungen zu den Grundlagen, der Wirksamkeit und dadurch letztendlich konkrete Hinweise zur Gestaltung von Leitlinien abzulesen. Da sie wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Politikberatung abdecken, ergänzen sich die Aussagen beider Arbeiten und berücksichtigen so das pluralisierte Teilnahmefeld auf dem Beratungsmarkt. Es sollte noch angemerkt werden, dass beide Studien aus Sicht der Beratung beziehungsweise durch Beratungsinstanzen verfasst wurden.

Rafats Studie rückt die kommerzielle Politics-Beratung in den Blickpunkt. Daher orientiert sich die Logik der Bewertung letztlich auch an wirtschaftlichen Maßstäben. Beratung wird nicht als Gesellschaftsberatung verstanden, sondern als Dienstleistung einer Branche. Die Sprache Rafats bedient sich eines Wirtschaftsvokabulars und verweist inhaltlich wiederholt auf Marktträson und wirtschaftliche Mechanismen, wie Marktdruck oder Selbstregulation durch die Gesetze des Marktes. Zurückblickend auf die dargelegten Kritikpunkte und Statusbeschreibungen der Politikberatung, scheint Rafats Ansatz somit nicht der mehrheitlichen Betrachtung zu entsprechen. Da die weit verbreitete Definition der Gesellschaftsberatung jedoch aus dem Forschungsdesign ausgeschlossen wurde und sich kommerzielle Anbieter eben diesen Parametern ausgesetzt sehen, lohnt sich auch angesichts der Ökonomisierungskritik der Blick auf Rafats Analyse.

⁶⁵⁸ Vgl. Stock, Günter: Vorwort, in: Der Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Leitlinien Politikberatung. Berlin, 2008. S. 7 – 8. S. 7.

⁶⁵⁹ Vgl. Rafat 2012, S. 159ff und 174ff.

Zu Beginn wird eine dreiteilige Typologie aufgestellt, mit der beschrieben werden kann, in welchen Dimensionen sich die Wirkung von Leitlinien entfalten kann: 1.) moralisch/rechtlich, 2.) ethisch und 3. Instrumentell-technisch/pragmatisch.⁶⁶⁰ Auf dieser Basis definiert Rafat einen Kriterienkatalog, der sich aus verschiedenen existierenden Kodizes speist. Anschließend führt er Interviews mit Beratenden bezüglich ihrer Arbeit und ihrer Erfahrungen durch, um die Antworten mit dem Katalog abzugleichen.

Obwohl Leitlinien oft als Garanten zur Qualitätssicherung gesehen werden, ist auf Seiten der professionellen Politics-Beratung eine andere Sicht vertreten. In Rafats Interviews zeigt sich, dass bei ihnen der Glaube an eine Selbstregulierung stark ausgeprägt ist. Daraus folgert, dass die automatische Regulierung durch den Markt besser funktioniert als eine Überwachung durch Kontrollinstanzen. Die Schaffung neuer regulierender Institutionen wird skeptisch gesehen. Für die kommerziellen Beratung scheint es möglich zu sein, dass der Marktdruck von selbst für die Einhaltung von Qualitätsstandards sorgt. Ergänzend könnten Verbände als Wach- und Strafinstanzen dienen.⁶⁶¹

Dieser Glaube an die regulierenden Kräfte des Marktes könnte auch dazu beitragen, dass aus Sicht der interviewten Beratenden nur wenige Anbieter gegen bestehende Kodizes verstoßen und ihre Beratungsleistung verbessern müssen.⁶⁶² Es stellt sich hierbei dann auch die Frage, wie auf Verletzungen von Leitlinien eigentlich zu reagieren ist und wie solche Fälle durch Kodizes geregelt werden können. Aus den Interviews ergibt sich, dass es fraglich scheint, ob eine Sanktionierung überhaupt möglich ist, oder ob diese eher einer Bewusstseinsmachung von Standards dienen sollten. Bei dieser Frage gilt es aber auch, zwischen Verstößen auf moralisch/rechtlicher und Verstößen auf ethischer oder instrumenteller Ebene zu differenzieren. Für erstere, die den Großteil der Fehlritte ausmachen, sollten öffentliche Institutionen zuständig sein. Vereine oder Verbände sollten für die Einhaltung der restlichen Richtlinien eintreten.⁶⁶³ An dieser Stelle zeigt sich, dass die kommerziellen Beratenden darauf setzen, die Anfrageseite mit in die Verantwortung einzubinden. Das wird auch damit begründet, dass die Beratenden durch ihre politische Stellung die Möglichkeit haben, Kriterienkataloge durchzusetzen.⁶⁶⁴

Wie könnten also nun einheitlich bindende Standards geschaffen werden? Ist das überhaupt möglich? Gerade im Bereich der Politics-Beratung herrscht viel Konkurrenz zwischen verschiedenen Kodizes. Dadurch sinkt die Bindungskraft der einzelnen Kriterienkataloge.⁶⁶⁵ Mögen im Bereich der wissenschaftlichen Politikberatung noch Postulate und Standards eine Richtschnur bilden, fallen diese bei kommunikativer Expertise weg. Am Beispiel Europa zeigt

⁶⁶⁰ Vgl. Rafat 2012, S. 93.

⁶⁶¹ Vgl. ebd., S. 194 und 208ff.

⁶⁶² Vgl. ebd. S. 174.

⁶⁶³ Vgl. ebd., S. 187 und 193.

⁶⁶⁴ Vgl. ebd., S. 209.

⁶⁶⁵ Vgl. ebd., S. 180.

Rafat, wie in diesem Wust an Leitlinien ein universeller Kodex verfasst werden könnte. Einleitend wird ein Rahmen beschrieben, der dazu dient, die Ziele und Minimalstandards des Kriterienkatalogs zu bestimmen. Nachdem dieser gesetzt wurde, können die eigentlichen Richtlinien verfasst werden. Die Umsetzung erfolgt durch die einzelnen Mitgliedsstaaten. Dieses Verfahren, so Rafat, könnte abstrahiert und auf Politikberatung angewendet werden.⁶⁶⁶ Beim Verfassen müsste beachtet werden, keine zu umfangreichen Kodizes zu veröffentlichen. Auch wenn die Handlungsbereiche komplex sind, sollten sie verallgemeinernd beschrieben werden, da seitenstarke Handbücher wenige Chancen hätten, gelesen zu werden. Praxistauglichkeit muss daher gewährleistet sein.⁶⁶⁷ Somit dienen Leitlinien vor allem dazu, einen Beitrag zur Selbsthinterfragung und kritischen Reflexion der Beratenden zu leisten.⁶⁶⁸

Neben den bereits genannten Qualitätsmerkmalen betonen die Interviews und die untersuchten Kodizes auch Öffentlichkeit und Transparenz. Einsehbare und nachvollziehbare Beratungsstrukturen erzeugen Druck, dass die Erbringung der Expertise beispielsweise nach normativen, moralischen, ethischen und qualitativen Richtlinien bewertbar wird. Durch die mögliche Publikation von Verstößen entsteht eine weitere Kontrollfunktion.⁶⁶⁹

Ebenfalls zu den Aspekten, die in der Studie adressiert werden, gehören Neutralität, Objektivität und Unabhängigkeit. Die drei Begriffe sind bedeutungsverwandt und sollten idealerweise zum Selbstanspruch der Beratenden gehören. Es ist jedoch unklar, wie unabhängig bezahlte Expertise überhaupt sein kann. Loyalität, so gibt die Branche wieder, wechselt mit den Verträgen, durch die immer neue Abhängigkeitsverhältnisse entstehen. Somit fällt Neutralität weg, sobald ein kommerzielles Auftragsverhältnis entstanden ist. Der Grad der Objektivität hängt bei professionellen Beratenden stark davon ab, inwieweit eine kritische Selbstbetrachtung dabei hilft, eigene Vorlieben oder Interessen aufzudecken. Der Praxisalltag zeigt den normativen Wunschvorstellungen ihre Grenzen auf.⁶⁷⁰ Somit erscheint es fraglich, inwiefern Neutralität, Objektivität und Unabhängigkeit in Kodizes verarbeitet werden können.

Nachdem Leitlinien konzipiert und verfasst wurden, müssen sie in der Breite kommuniziert werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass niemand Unwissenheit als Grund für einen Verstoß vorschieben kann. Dies gilt selbstverständlich nur für ethische und pragmatische Qualitätsstandards, da die Kenntnisnahme moralischer Werte als gegeben verstanden werden kann. Die Verbreitung der Leitlinien und ein universelles Verständnis werden durch den Umstand erschwert, dass es kein heterogenes Vokabular und nur wenige allgemeingültige Definitionen im Bereich der Politikberatung gibt. In Konsequenz wird es schwieriger, Standardisierungen zu implementieren.⁶⁷¹

⁶⁶⁶ Vgl. Rafat 2012, S. 211.

⁶⁶⁷ Vgl. ebd., S. 184f.

⁶⁶⁸ Vgl. ebd., S. 200 und 207.

⁶⁶⁹ Vgl. ebd., 174 und 207ff.

⁶⁷⁰ Vgl. ebd., S. 214ff.

⁶⁷¹ Vgl. ebd., S. 179 und 212.

Aber auch nach einer Verabschiedung und Verbreitung von Leitlinien sind die Herausforderungen noch nicht abgeschlossen. Trotz etablierter Standards muss die Diskussion um Qualität am Leben gehalten und darf nicht vorzeitig abgehakt werden. Die Merkmale hochwertiger Politikberatung könnten sich ändern und benötigen daher in einem gewissen Abstand eine Revision.⁶⁷² Trotz all dieser Bemühungen und der Potenziale, die in Leitlinien und Kodizes stecken, um die Qualität von Expertise zu sichern, wird es wohl, so schlussfolgert Rafat, wohl nie den DIN-genormten Politikberatenden geben.⁶⁷³

Die Untersuchung der BBAW beschäftigt sich dezidiert mit wissenschaftlicher Politikberatung. Die Forschungsergebnisse sind das Ergebnis einer interdisziplinären Arbeitsgruppe, die 2004 ihre Arbeit aufnahm und 2008 in Form einer Publikation und konkreter Leitlinien veröffentlicht wurden. Im Gegensatz zu Rafats Untersuchung definiert die Arbeitsgruppe Politikberatung als wissenschaftliche Expertise für die Gesamtgesellschaft. Das erklärte Ziel war es, festzuhalten, unter welchen Bedingungen diese optimal ablaufen und wirken kann.⁶⁷⁴ Als zentrale Organisationsprinzipien zur Qualitätssicherung dienen „*Distanz, Pluralität, Transparenz und Öffentlichkeit*“⁶⁷⁵. Distanz beschreibt primär die Trennung von Partikularinteressen und wissenschaftlicher Expertise. Sie ist nötig, um eine unabhängige Beratung zu gewährleisten. Beispiele für distanzförderliche Maßnahmen sind eine ausreichende Ausstattung mit Ressourcen, ein offener Zugang zu nötigem Wissen, Fakten und Daten. Diese beeinflussen auch die Effektivität der Beratung positiv.⁶⁷⁶ Pluralität folgt dem Gebot der Interdisziplinarität und der Stimmenvielfalt der Ratgebenden. Damit verbunden sind auch gestalterische Optionen, wie zum Beispiel, ob es ein Minderheitsvotum gibt. Falls ein solches nicht vorgesehen ist, vermittelt das Beratungsergebnis ein besseres Gesamtbild für die Öffentlichkeit. Falls es ein Minderheitsvotum gibt, erweitert das wiederum die Handlungsoptionen, die von den Beratern abgeleitet werden können.⁶⁷⁷ Transparenz bezieht sich auf den Einblick in die Beratung und die darauffolgende Entscheidungsfindung. So kann das Vertrauen in Expertise gestärkt und für mehr Verständnis für politischen Prozesse gesorgt werden. Zeitgleich ermöglichen transparente Abläufe eine bessere Evaluation der Beratung und sind ein Mittel, um der selektiven Nutzung von Expertise entgegenzuwirken.⁶⁷⁸ Öffentlichkeit wiederum ist dann gegeben, wenn Informationen zu Beratern, zur Beratung selbst und zu Ergebnissen zugänglich gemacht werden. Vertraulichkeit hingegen stärkt die Position der Politikberatung gegen Instrumentalisierung, verstößt aber gegen das Prinzip der Transparenz und schadet der Außenwirkung.⁶⁷⁹

⁶⁷² Vgl. Rafat 2021, S. 204.

⁶⁷³ Vgl. ebd., S. 183.

⁶⁷⁴ Vgl. Stock 2008, S. 7.

⁶⁷⁵ Weingart/Lentsch 2008, S. 284.

⁶⁷⁶ Vgl. ebd., S. 284ff.

⁶⁷⁷ Vgl. ebd., S. 204 und 284.

⁶⁷⁸ Vgl. ebd., S. 284ff.

Vgl. Mayntz 2009, S. 12.

⁶⁷⁹ Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S. 204 und 285.

Ein weiterer Unterschied zu Rafats Untersuchung ergibt sich aus der Tatsache, dass die BBAW auch den rechtlichen Rahmen der Politikberatung beleuchtet. Somit verfügt diese Studie über eine deutlich stärkere Rückbindung an demokratische Prinzipien und unterstreicht die Bedeutung einer rechtlichen Basis und der Institutionalisierung im Bereich der wissenschaftlichen Politikberatung. Darüber hinaus zeichnen sich Gremien durch einen hohen Grad an Legitimität aus und sind besser vor politischer Beeinflussung geschützt, wenn sie auf einer gesetzlichen Grundlage basieren. So verankerte Beratungsinstanzen können jedoch die Politik unter Druck setzen, da ihre Einsetzung einen Handlungs- und Beratungsbedarf signalisiert. Ein mit Bedacht formulierter Auftrag kann hier entscheidend abtönen.⁶⁸⁰

Zur Umsetzung der zentralen Werte durch Leitlinien macht die BBAW verschiedene Ansatzpunkte aus. Zum einen sollten sie Unabhängigkeit durchsetzen, worunter Expertise verstanden wird, die ohne Einfluss von außen verfasst und ohne Einflussnahme durch die Beratenen vermittelt wird. Das bezieht sich auch explizit auf die Beratungsmethodik und die Interpretation der Resultate. Dauerhafte Beratungsgremien sollten gesetzlich verankert oder durch einen Erlass installiert werden. Außerdem sollte für Instanzen, „deren Beratungsergebnisse unmittelbare rechtliche Relevanz haben, [sollte] eine parlamentarisch-gesetzliche Grundlage“⁶⁸¹ präzise definiert werden.⁶⁸² Ebenfalls wichtig für die Gewährleistung von Unabhängigkeit sind operative Möglichkeiten und Ressourcen, wie zum Beispiel eine eigene Geschäftsstelle, ohne die umfangreiche Beratungsprozesse nicht realisiert werden können. Aber auch institutionelle Gestaltungsfaktoren wie die Regelung zur Bestimmung von Mitgliedern oder des Vorsitzes spielen eine entscheidende Rolle.⁶⁸³ Die BBAW betont, dass gerade im Bereich der mit Risiko und Sicherheit verbundenen Diskussionen von technologisch-wissenschaftlichen Problemen Maßnahmen zur Sicherung unabhängiger Gremien von großer Wichtigkeit sind.⁶⁸⁴

Bei allen Bemühungen, die Unabhängigkeit von Expertise zu etablieren und zu bewahren, darf der Auftrag der Gesellschaftsberatung nicht aus den Augen verloren werden. Zwar ist Distanz zur Etablierung von Unabhängigkeit nötig, sollte sich aber nur auf institutioneller Ebene bemerkbar machen.⁶⁸⁵ Politikberatung ist heutzutage ein dialogischer Prozess, der ohne Austausch und Kooperation nicht greift. Darum müssen, auch im Interesse der Öffentlichkeit und zur Wahrung demokratischer Prinzipien, regulierende Maßnahmen ergriffen werden. Das geschieht nicht nur im Interesse vertrauensschaffender Maßnahmen, sondern betrifft

⁶⁸⁰ Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S. 201f.

⁶⁸¹ Vgl. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW): Leitlinien Politikberatung, in: Der Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Leitlinien Politikberatung. Berlin, 2008. S. 35 – 41. S. 35. Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S. 203.

⁶⁸² Vgl. Mayntz 2009, S. 10f.

Vgl. BBAW 2008, S. 35

Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S. 203.

⁶⁸³ Vgl. Mayntz 2009, S. 10f.

Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S. 203.

⁶⁸⁴ Vgl. ebd.

⁶⁸⁵ Vgl. ebd.

auch direkt die Bindungskraft von Expertise. Einer Politikberatung, die sich zurück in den Elfenbeinturm wünscht, droht die Rückkehr zu akademischen Mustern und nicht anwendbaren oder verständlichen Ratschlägen.⁶⁸⁶ Standardisierung und Reglementierung sind also unumgänglich: „Gerade weil wissenschaftliche Politikberatung unverzichtbares Element moderner demokratischer Politiksysteme ist, wird sie zum Gegenstand der Regulierung.“⁶⁸⁷ Ein entsprechendes institutionelles Design gewährleistet Maßnahmen, dass die erbrachte wissenschaftliche Expertise fachlich korrekt ist und für die Beratenen nützlich sowie umsetzbar formuliert wird. Die Qualität wissenschaftlicher Politikberatung drückt sich also in zwei Dimensionen aus: epistemische und politische Robustheit.⁶⁸⁸

Die BBAW beschreibt weitere zentrale Werte für Qualitätssicherungsmaßnahmen. Dazu gehört auch das Mandat der Expertise. In der Auftragsbeschreibung sollten die Aktionsbereiche von Beratenden und Beratenen klar festgehalten und gegeneinander abgegrenzt werden. Ein weites Mandat stärkt die wissenschaftliche Robustheit, schwächt im Gegenzug aber die Nutzbarkeit für die Politik. Enge Mandate bieten sich bei einzelnen Entscheidungen an, die nach konkreter Expertise verlangen. Der klare thematische und zeitliche Rahmen stärkt durch seine Problemspezifität die politische Robustheit. Auch während der Auftragserteilung sollte festgelegt werden, welche Bestimmungen für die Produktion von Handlungsempfehlungen greifen und inwieweit das Gremium sich in dem abgesteckten Themenfeld selbst verwalten kann. Das Mandat sollte ebenfalls beschreiben, ob neu entdeckte Aspekte und Fragen angesteuert werden dürfen und ob normativ gearbeitet werden darf.⁶⁸⁹

Dass die Gremienbesetzung zu den entscheidenden Gestaltungsoptionen gehört, wurde bereits festgehalten. Auch die Leitlinien der BBAW adressieren diesen Punkt. Mögliche Modi zur Mitgliederbestimmung sind die Kooptation oder die Bestimmung durch Auftraggebende. In beiden Fällen muss Transparenz herrschen und die benötigte fachliche Aufstellung wiedergegeben werden. Kooptation stärkt initial die epistemische Robustheit, kann jedoch bei langer Zugehörigkeit der jeweiligen Mitglieder zu verhornten Strukturen führen, wenn immer wieder die gleichen Netzwerke abgegriffen werden. Bei der Wahl durch die Auftraggebenden wird die Legitimation des Gremiums geschwächt und eine Tür für die Instrumentalisierung der Expertise geöffnet.⁶⁹⁰

Die Veröffentlichung und Verbreitung der Expertise gehört auch in den Bereich, der durch Leitlinien reglementiert werden sollte. Ein Gremium sollte die Publikation seiner Ergebnisse nach Möglichkeit so schnell wie möglich anstreben und eine Verschleppung vermeiden.

⁶⁸⁶ Vgl. Mayntz 2009, S. 7ff.

⁶⁸⁷ Weingart/Lentsch 2008, S. 17.

⁶⁸⁸ Vgl. Lentsch, Justus/Weingart, Peter: Quality control in the advisory process: towards an institutional design for robust science advice, in: Lentsch, Justus/Weingart, Peter (Hrsg.): The Politics of Scientific Advice: Institutional Design for Quality Assurance. Cambridge, 2011. S. 353 – 374. S. 354f.

Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S. 17.

⁶⁸⁹ Vgl. ebd., S. 202.

⁶⁹⁰ Vgl. ebd., S. 202f. und S. 286.

Schon bei der Auftragsgestaltung kann ein entsprechender Zeitrahmen festgelegt werden, der aber auch den Beauftragenden genug Zeit für eine Reaktion und Umsetzung der Beratungsergebnisse einräumen sollte.⁶⁹¹ Zeitgleich muss festgehalten werden, was überhaupt kommuniziert wird. Soll das Mandat und die Einrichtung des Gremiums schon vermittelt werden, wird der Arbeitsprozess detailliert publiziert oder sollen letztlich nur die Beratungsergebnisse veröffentlicht werden? Die Frage ist am Ende auch: Wer darf veröffentlichen? Wenn das Beratungsgremium die Expertise publiziert, stärkt das seine Position. Dieser Weg kann jedoch problematisch werden, wenn Beratende dazu neigen sollten, ihre Interessen vertreten zu wollen oder dadurch, dass die Entscheidungsautonomie der Politik eingeschränkt wird. Falls die Beratenen über das Publikationsrecht verfügen, besteht die Gefahr, dass unbequeme Expertise einfach unterschlagen wird. Das verweist erneut darauf, dass nicht nur auf Seiten der Beratenden Regulierungsbedarf besteht. Auch die Beratenen und ihr Umgang mit dem generierten Wissen sollten gewissen Regeln unterworfen sein.⁶⁹²

Der Wunsch ist, dass Leitlinien die Qualität von Beratung garantieren, Arbeitsprozesse regulieren und die Vereinbarkeit epistemischer und politischer Robustheit sichern. Grundsätzlich erscheint es möglich, durch die Implementierung von Richtlinien die Standards der wissenschaftlichen Expertise und ihrer grundsätzlichen Nutzbarkeit zu regeln, aber die letztendliche Verwertung und Anwendung des Ratschlags bleibt in den Händen Beratenen.⁶⁹³ Leitlinien scheitern auch daran, die komplexen Beziehungen von Beratungssituationen vollständig zu reglementieren. Als Standards und Richtlinien helfen sie aber, Verstöße aufzuzeigen und ein Bewusstsein für eine gute Praxis zu schaffen.⁶⁹⁴

Bemerkenswert ist, dass es bislang kaum Bemühungen gibt, die Anfrageseite zu reglementieren. Leitlinien adressieren vor allem institutionalisierte und formalisierte Beratungsinstanzen. Der Schwerpunkt der Leitlinien liegt hierbei auf den Vorgängen bei Policy-Beratung. Generalisiert lässt sich sagen, dass die Regulierung von Politikberatung primär bei der Genese und Vermittlung der Expertise greift, aber nicht bei ihrer Umsetzung.⁶⁹⁵ In Anbetracht der Legitimationsfrage ist dies jedoch auch nicht unverständliche Schieflage. Eine weitere Standardisierung durch Richtlinien würde der Professionalisierung und Weiterentwicklung der Politikberatung weiteren Vortrieb verschaffen oder könnte die Politik unter Zugzwang setzen. Letztlich hängt auch die Glaubwürdigkeit der Expertinnen und Experten von regulierenden Maßnahmen ab. In der Literatur finden sich vermehrt Forderungen nach solchen Schritten.⁶⁹⁶ Es gibt auch bereits Leitlinien einzelner Gremien oder Institutionen in Deutschland, die versuchen, die Anfrageseite zu adressieren. Diese nehmen sich aber nur des Umgangs mit Expertise an,

⁶⁹¹ Vgl. Weingart/Lentsch 2008., S. 287.

⁶⁹² Vgl. ebd., S. 205 und 287.

⁶⁹³ Vgl. Mayntz 2009, S. 15.

⁶⁹⁴ Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S. 287.

⁶⁹⁵ Vgl. Mayntz 2009, S. 5ff.

⁶⁹⁶ Vgl. Rafat 2012, S. 92f.

lassen dabei relevante Aspekte wie die Mitgliederauswahl außen vor. Letztlich können Leitlinien aber nicht erzwingen, dass Expertise nur sachbezogen und rationalisierend eingesetzt wird. Sie haben kaum Einfluss auf die politische Robustheit im Einzelfall, können jedoch generell positiv auf diese einwirken.⁶⁹⁷ Trotz dieser Mängel sollten die Versuche nicht unterbleiben, Richtlinien als ein Mittel zur Sicherung der Qualität von Politikberatung weiter zu verfolgen. Gerade für dauerhafte wissenschaftliche Politikberatungsinstanzen sollten Kontrollmöglichkeiten eingeführt werden, die sowohl die prozeduralen als auch die kommunikativen Aspekte der Expertise betreffen.⁶⁹⁸

Wie in diesem Kapitel aus der Literatur abgeleitet werden konnte, befindet sich die Politikberatung in einer mit Spannung aufgeladenen Situation. Die Analysen zur Professionalisierung, Pluralisierung und Demokratisierung werden dabei verbunden mit Beobachtungen von krisenhaften Entwicklungen. Diese sind auch hervorgerufen durch die Wandlung zur Gesellschaftsberatung und Medialisierung von Expertise, begleitet durch die andauernde Gefahr der Politisierung oder des Vorwurfs des Lobbyismus. Ebenfalls eine Herausforderung ist der Umstand, dass sich die Definition des Experten und der Expertin verschoben hat und diese nicht mehr nur aus der Wissenschaft stammen. Die Expertise ist pluralisiert und richtet sich nun immer öfter an die breite Öffentlichkeit.

Für die Untersuchung der Politikberatung bieten sich unterschiedliche Klassifikationen für eine annähernde Einordnung an. Im Hinblick auf politkulturelle Einflüssen sollten bei einer Analyse auch nationale Spezifika beachtet werden. Für Deutschland bedeutet das zusammengefasst eine heterogene Beratungslandschaft, bei der besonderer Wert auf Konsens und Perspektivenvielfalt gelegt wird und noch vergleichsweise viel Vertrauen in Institutionen gesetzt wird. Bei diesen, idealerweise wissenschaftlichen Einrichtungen, vertraut man auf die Qualität der Expertise, die zentral vom institutionellen Design abhängig ist. Mit Leitlinien, Kodizes und anderen Maßnahmen der Qualitätssicherung kommt der Versuch aus der Riege der Beratung selbst, die eigene Leistungsfähigkeit abzusichern.

4.) Wissenschaftspolitik

Es gilt nun, die Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland näher zu bestimmen, um das Untersuchungsfeld vollständig ausgebreitet zu haben. Daher wird im folgenden Kapitel erarbeitet, welche Orientierungsmöglichkeiten sich für die Entscheidungsfindung eröffnen. Welche Aktionsfelder und Problembereiche sind bekannt? Was muss bedacht werden in der strategischen Planung von Wissenschaft und Forschung?

Hierzu werden einleitend zentrale Begriffe erläutert, deren Definitionen für ein umfassendes Verständnis davon notwendig sind, was Wissenschaftspolitik einschließt. Danach wird

⁶⁹⁷ Vgl. Mayntz 2009, S. 12ff.

⁶⁹⁸ Vgl. Weingart/Lentsch 2008, S. 286.

der Blick auf das spezifische System in Deutschland gelenkt. Zusammen mit dem Wiederaufbau der Bundesrepublik wurde nach dem Zweiten Weltkrieg auch die Wissenschaftspolitik neu ausdefiniert. Welche Konstanten und Kontinuitäten gibt es hierbei und wo lassen sich hingegen Veränderungen und Umbrüche feststellen? Dieser Blick zurück ist von Bedeutung, da sich die Entwicklungen der Vergangenheit auf das Erbgut der Wissenschaftspolitik übertragen haben und so die aktuelle Policy und ihre Gestaltungsmöglichkeiten beeinflussen.⁶⁹⁹ Zu diesen prägenden Faktoren gehört auch ein Wandel in der Steuerung von Wissenschaft und Forschung, der unter dem Begriff der Neuen Governance zusammengefasst wird. Um die definierenden Elemente zu komplettieren, werden anschließend die institutionelle Ausprägung und die wichtigsten Beteiligten der Wissenschaftspolitik in Deutschland dargelegt. Die Untersuchung beschränkt sich dabei auf die Bundesebene und verzichtet darauf, Beratende und Beratene der Länder oder internationale Aktionsmuster zu implementieren. Das System der Bundesrepublik ist bereits äußerst differenziert und komplex, sodass eine Ausweitung den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.

Im Anschluss hieran werden aktuelle Schwerpunkte und Problemfelder identifiziert, um die aktuellen strategischen Ausrichtungen und Ansatzpunkte zu definieren. Dazu gehören vor allem der Wettbewerb und die Innovationsfähigkeit des Wissenschaftssystems in Deutschland. Eng damit verbunden ist die Internationalisierung von Forschung und die Europäisierung der Wissenschaftspolitik. Unter den Begriffen Ethik und Risiko lassen sich weitere Entwicklungen zusammenfassen, die gerade mit Blick auf Politikberatung in der Wissenschaftspolitik und den bereits erörterten Kriterien von besonderem Interesse sind. Entsprechende Schwerpunkte finden sich in der besonderen Stellung der Lebenswissenschaften und allgemein durch den technischen Fortschritt, seinen Folgen und deren präventiver Abschätzung.

4.1.) Elemente und Herausforderungen

Es besteht aus Sicht der Politik kein Zweifel, dass die Wissenschaft zentral für das Wohlergehen und den Wohlstand der Bundesrepublik ist.⁷⁰⁰ Auch gesamtgesellschaftlich ist ihre Stellung gefestigt und die Bedeutung des Fortschritts anerkannt, obwohl zumeist nur thematische Schlaglichter in den Fokus der Öffentlichkeit treten und diskutiert werden. Bereits im 19. Jahrhundert lassen sich Beispiele für solche populären Ereignisse der Wissenschaftspolitik in Deutschland feststellen.⁷⁰¹ Diese Geltung spiegelt sich auch in einer Investitionsbereitschaft der öffentlichen und privaten Träger wider. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung

⁶⁹⁹ Vgl. Brede 2006, S. 7.

⁷⁰⁰ Vgl. BMBF 2014a, S. 17.

Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Bildung und Forschung in Zahlen 2015. Bonn und Berlin, 2015b, S. 9.

⁷⁰¹ Vgl. Schreiber, Georg: Deutsche Wissenschaftspolitik von Bismarck bis zum Atomwissenschaftler Otto Hahn. Arbeitsgemeinschaft des Landes Nordrhein-Westfalen. Geisteswissenschaften Heft 6. Festschrift zum 75. Geburtstag Otto Hahns. Köln und Opladen, 1954.

(FuE) in Deutschland steigen konstant und mit umfassenden Maßnahmen wie der Exzellenzinitiative sollen auch die Hochschulen gestärkt werden.⁷⁰² Gemessen am Anteil des Bruttoinlandsprodukts bewegt sich Deutschland in der Internationalen Spitze der aufgewendeten Finanzmittel für FuE. Seit 2011 übertreffen die Bruttoinlandsausgaben die der USA, werden aber im europäischen Vergleich für 2019 mit 3,18% noch von der Schweiz, Schweden und Österreich übertroffen. Weltweite Spitze ist Korea, das 2019 ganze 4,53% für seine FuE ausgegeben hat.⁷⁰³ Das Forschungsvolumen von NGOs ist in Deutschland von geringem Umfang. Von den insgesamt 104,7 Milliarden Euro der Bruttoinlandsausgaben für FuE gingen 2018 nur 0,38% auf private Institutionen ohne Erwerbszweck zurück.⁷⁰⁴ Prozentual gemessen bewegen sich diese Zahlen auf dem Niveau der Jahrtausendwende.⁷⁰⁵

So eindeutig die Relevanz von Forschung also auch für die Öffentlichkeit zu sein scheint und so geläufig Begriffe wie Wissenschaft und Innovation als politische Vokabeln verwendet werden, mangelt es immer wieder an Begriffsschärfe. Umfassende und trotzdem präzise Definitionen der Wissenschaftspolitik sind im Angesicht vieler kurz gefasster oder auf ein Detail abstellender Erklärungsansätze nicht leicht zu finden. Eine häufig anzutreffende Beschreibung begnügt sich damit, zwischen zwei großen Säulen zu differenzieren. Auf der einen Seite steht die Forschungspolitik, die sich auf intra- und extramurale Institutionen bezieht, und insbesondere als Forschungsförderpolitik verstanden wird. Die andere Säule ist die Hochschulpolitik, die sich, aufgrund ihrer Lehrbezüge und curricularen Aspekte, folglich auch in der Nähe der Bildungspolitik befindet. Wissenschaftspolitik ist in diesem Sinne auch als Nachwuchspolitik zu verstehen, da sie auf die Ausbildung der Studierenden und der Förderung der Forschenden in der frühen Berufsphase abzielt. Beide Elemente sollten nicht als getrennt betrachtet werden, sondern beeinflussen sich gegenseitig.⁷⁰⁶

Selbstverständlich finden sich in der Literatur auch Ansätze zur weiteren Begriffsdifferenzierung. Demnach betrifft Wissenschaftspolitik auch technologiepolitische Weichenstellungen und dabei vor allem die intendierten und unintendierten Konsequenzen, die sich für die

⁷⁰² Vgl. BMBF 2014a, S. 17ff.

Vgl. BMBF 2015b, S. 9ff.

⁷⁰³ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Bundesbericht Forschung und Innovation 2020. Daten und Fakten zum deutschen Forschungs- und Innovationssystem. Berlin, 2020b. S. 10f.

⁷⁰⁴ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Bildung und Forschung in Zahlen 2020. Bonn und Berlin, 2020a. S. 9.

⁷⁰⁵ Vgl. Wissenschaftsrat (WR): Strategische Forschungsförderung. Empfehlungen zu Kommunikation, Kooperation und Wettbewerb im Wissenschaftssystem. Drs. 5654/03. Essen, 2003. S. 51f.

⁷⁰⁶ Vgl. Holzinger, Katharina: Wissenschaftspolitik, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik. München, 2001. S. 579 – 580. S. 580.

Vgl. Lengwiler 2010, S. 13f.

Vgl. o.V.: Wissenschaftspolitik, in: Holtmann, Everhard (Hrsg.): Politik-Lexikon. 3. Auflage. München und Wien, 2000. S. 781 – 782. S. 781.

Vgl. Teichler 2010, S. 52.

gesamte Gesellschaft ergeben.⁷⁰⁷ Darüber hinaus adressiert sie nicht nur Inhalte, sondern bezieht sich ebenfalls auf die Beteiligten und Prozesse in der Vorbereitung sowie Umsetzung wissenschaftsbezogener Politik. Sie bezeichnet daher auch mögliche Einflussfaktoren, Modi der Entscheidungsfindung und prozedurale Aspekte.⁷⁰⁸

Ein zentrales Thema, das die Wissenschaftspolitik fast schon leitmotivisch begleitet, sind Finanzen. Nur wenige Forschende können die Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, die sie für Ihre Arbeit gerne hätten.⁷⁰⁹ Der stetig steigende Ressourcenbedarf zwingt die Forschung auch dazu, sich stärker an gesellschaftliche und politische Wünsche zu orientieren, die ihren Niederschlag in Förderprogrammen finden und so signalisieren, wo Gelder zu generieren sind. Wissenschaftsförderer und die Politik sehen sich wiederum dem Druck ausgesetzt, die Forschungsbemühungen zu unterstützen, die einen schnellen und erkennbaren Nutzen für die Gesellschaft produzieren.⁷¹⁰ Unter diesem Gesichtspunkt präsentiert sich Wissenschaftspolitik vor allem als eine Vermittlungsleistung zwischen staatlichen-gesellschaftlichen Interessen und der wissenschaftlichen Selbstverwaltung.⁷¹¹ Die Steuerungsmöglichkeiten der Politik sind hierbei stark begrenzt. Das wissenschaftliche Wissen, das benötigt wird, um einen großen Teil der Probleme in Forschung und Lehre zu lösen, wird in der Wissenschaftsgemeinde produziert. Die Forschenden selbst besitzen auch die definierende Urteilsfähigkeit über die Qualität von Wissenschaft und ihrer Entwicklung aus epistemischer Perspektive. Den staatlichen Akteurinnen und Akteuren werden so in inhaltlichen Diskussionen schnell ihre Grenzen bewusst, während die Besonderheiten der wissenschaftlichen Wissensproduktion direkte Eingriffe zusätzlich verweigern.⁷¹²

Es zeigt sich bereits hier, dass die Politik in diesem Feld also geteilt getragen werden muss. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen Teil des Steuerapparats sein, während der Staat bereits mit der Übersetzung gesellschaftlicher und politischer Probleme an die Wissenschaft eine große Aufgabe zu erfüllen hat.⁷¹³ Die Steuerungsmöglichkeiten der Politik sind daher übersichtlich und auf Strukturbildung und Rahmensetzung beschränkt. Ein einschreitender und bestimmender Staat entspricht schon klassisch nicht dem deutschen Bild der Wissenschaftspolitik.⁷¹⁴ Dennoch finden sich in der Literatur auch Definitionen, die von „staatl. Maßnahmen zur Förderung und Beeinflussung von Wissenschaft und Forschung“⁷¹⁵ sprechen.

⁷⁰⁷ Vgl. Kreuzkam 1982, S. 59.

⁷⁰⁸ Vgl. Schütte, Georg: Außenwissenschaftspolitik – Wissenschaft im globalen Wandel gestalten, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 151 – 161. S. 152.

⁷⁰⁹ Vgl. Drilhon, Gabriel: Choosing Priorities in Science and Technology. Paris, 1991. S. 17.

⁷¹⁰ Vgl. Stucke, Andreas: Staatliche Akteure in der Wissenschaftspolitik, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 363 – 376. S. 367.

⁷¹¹ Vgl. Knie/Simon 2010, S. 36.

⁷¹² Vgl. ebd., S. 35f.

Vgl. Stucke 2010, S. 373.

⁷¹³ Vgl. ebd.

⁷¹⁴ Vgl. Schreiber 1954, S. 11.

⁷¹⁵ Vgl. Holzinger 2001, S. 579f.

Eine solche Auslegung scheint, auch aufgrund der Beschränkung des Aktionsverständnisses auf den Staat, nicht aufrechtzuerhalten.

Die Konzeption der rahmengebenden Rolle findet sich auch in Publikationen zu aktuellen wissenschaftspolitischen Vorhaben des Bundes und der Länder.⁷¹⁶ Neben der Übersetzungsleistung zwischen Gesellschaft und Wissenschaft besteht die zentrale Aufgabe der Wissenschaftspolitik für Bund und Länder daher darin, die Finanzierung der Forschung zu sichern und Rechtssicherheit zu garantieren.⁷¹⁷ Diese indirekte Lenkung erfolgt unter anderem durch die Bereitstellung von Ressourcen, den Bau von Forschungsinfrastrukturen oder dauerhafte Finanzierungsmodelle. Durch Projekt- und Programmfinanzierungen können Anreize gesetzt werden, um die Ausrichtung eines Forschungszweigs zu beeinflussen. Gerade letzteres ist fundamentaler Bestandteil der Umstellung der Systemsteuerung durch die Neue Governance der Wissenschaft.⁷¹⁸ Zusammen mit der Grundlagenfinanzierung bildet die so geartete Projektförderung das Fundament der Forschungsförderung in Deutschland.⁷¹⁹

Die Definition von Wissenschaftspolitik hat sich an weiteren Stellen begrifflich und inhaltlich verändert. Die obenstehend beschriebene und simple Dualität von Forschungs- und Hochschulpolitik kann heutzutage angezweifelt werden. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die Wissenschaftspolitik Stück um Stück um die Facetten der Technologie- und Innovationspolitik erweitert. Durch diese Ausdehnung traten neue private und halbstaatliche Akteurinnen und Akteure auf den Plan, was zu einer Dezentralisierung und institutionellen Diversifikation geführt hat.⁷²⁰

Innovation kann als mal evolutionärer, mal revolutionärer Fortschritt definiert werden. Manchmal tragen verschiedene, langsame Schritte zusammen zur Weiterentwicklung bei, während manchmal durch einzelne, radikale Entdeckungen neue Tore aufgestoßen werden.⁷²¹ Entgegen häufiger Annahme bezeichnet Innovation aber nicht nur den technologischen und wissenschaftlichen Fortschritt oder Erneuerung durch Wissen oder Ideen. Darunter ist auch die Übersetzung von Forschungsergebnissen in den Markt zu verstehen.⁷²² Daher siedelt sich die Innovationspolitik auch direkt zwischen Industrie und Technologie an. Seit 2006 vereint die Hightech-Strategie die Bemühungen der einzelnen Ministerien, die Innovationsfähigkeit Deutschlands voranzutreiben. Wurden Innovationssysteme früher noch als forschungsoriginär

⁷¹⁶ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Roadmap für Forschungsinfrastrukturen. Pilotprojekt des BMBF. Bonn, 2013. S. 2.

⁷¹⁷ Vgl. WR 2013b, S. 8.

⁷¹⁸ Vgl. Knie/Simons 2010, S. 35f.

Vgl. Stucke 2010, S. 373f.

⁷¹⁹ Vgl. Hinze, Sybille: Forschungsförderung in Deutschland, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 162 – 175. S. 162.

⁷²⁰ Vgl. Grupp/Fornahl 2010, S. 143f.

⁷²¹ Vgl. Krieger, Wolfgang: Technologiepolitik und Forschungsförderung in der Bundesrepublik, in: Bracher, Karl Dietrich/Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.) Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. 35. Jahrgang, Heft 2. München, 1987. S. 247 – 272. S. 252.

⁷²² Vgl. BMBF 2014a, S. 679.

begriffen, werden sie heute also ressortübergreifend verankert. Die Hightech-Strategie markiert zeitgleich einen Wechsel von breit angesetzter Forschungsförderung zu selektiver Einzelförderung, indem Schwerpunkte festgelegt und besonders stark finanziert werden.⁷²³ Zu diesen gehören besonders zukunftsträchtige Technologien, die als Schlüsseltechnologien bezeichnet werden. Sie sind Innovationstreiber, indem sie neue Technologiefelder eröffnen und die Basis für zukünftige Entwicklungen legen. Die Hightech-Strategie betont in diesem Zug die Überführung von Schlüsseltechnologien in die Wertschöpfungskette und ihre Anwendung zur Lösung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen.⁷²⁴

Die Adressierung technologischer Fragen beschränkt sich in der Wissenschaftspolitik nicht nur auf Innovation und wirtschaftlichen Nutzen. Gerade in Deutschland geht es auch darum, die Folgen der technologischen Entwicklung abzuschätzen und die positiven Wirkungen zu verstärken und ungewünschte Konsequenzen möglichst zu vermeiden. Solche Zukunftsprognosen sind nötig, um Entscheidungen auch moralisch und verantwortungsvoll zu sichern. Sie erweitern das technische Wissen um subjektive Faktoren, die Erfahrungswerte und Praxis inkorporieren.⁷²⁵ Die Wissenschaftspolitik beschäftigt sich also auch mit Technikfolgenabschätzung, um Handlungsfolgen darzulegen und Entscheidungsoptionen abzuwiegen. Diese Prozesse sind nicht genau der Politik oder Wissenschaft zuordenbar, sondern befinden sich in der Mitte zwischen Forschung und Politikberatung.⁷²⁶ Eine daraus resultierende Technologiesteuerung ist zu einem gewissen Grad auch immer eine Marktsteuerung und hat somit direkte ökonomische Konsequenzen.⁷²⁷ Zeitgleich sollen die Forschung gefördert und der gewinnbringende Transfer von Technologie beschleunigt werden. Der Technologie- und Innovationspolitik als Teil der Wissenschaftspolitik muss daher ein starker Wirtschaftsbezug attestiert werden, sodass es nicht verwundert, dass auch Wirtschaftsministerien in der Bundesrepublik in diesem Bereich federführend sein können.⁷²⁸

Auch der so selbstverständlich verwendete Begriff der Forschung lässt sich weiter differenzieren. FuE wird von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen (AuF), den Großforschungseinrichtungen und der Industrie betrieben.⁷²⁹ Darüber hinaus sind mittlerweile auch private und nicht auf Profit ausgelegte Einrichtungen ein wichtiger Teil der Erkenntniskette, sodass diese auch zum wissenschaftspolitischen Handlungsfeld gezählt werden können. Allen ist gemein, dass sie entweder wissenschaftliche, technologische, gesellschaftliche

⁷²³ Vgl. Grupp/Fornahl 2010, S. 143ff.

⁷²⁴ Vgl. BMBF 2014a, S. 21, 26 und 281.

⁷²⁵ Vgl. Renn, Ortwin: Mit Sicherheit ins Ungewisse. Möglichkeiten und Grenzen der Technikfolgenabschätzung – Essay, in: Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) (Hrsg.): Technik, Folgen, Abschätzung. Aus Politik und Zeitgeschichte 6-7/2014. Bonn, 2014. S. 3 – 10. S. 4ff.

⁷²⁶ Vgl. Saretzki, Thomas: Entstehung und Status der Technikfolgenabschätzung, in: Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) (Hrsg.): Technik, Folgen, Abschätzung. Aus Politik und Zeitgeschichte 6-7/2014. Bonn, 2014. S. 11 – 16. S. 15f.

⁷²⁷ Vgl. Drilhon 1991, S. 16.

⁷²⁸ Vgl. BMBF 2014a, S. 311f.

⁷²⁹ Vgl. Grupp/Fornahl 2010, S. 143.

oder auch kulturelle Fragen beantworten wollen. Dies geschieht durch neues Wissen, Anwendungen und Produkte oder Dienstleistungen, die durch Grundlagenforschung, oder angewandte Forschung produziert werden.⁷³⁰ Immer wichtiger wird in diesem Prozess die Auftrags- oder auch Vertragsforschung. Darunter können wissenschaftliche Bemühungen privater oder öffentlicher Institutionen sowie Personen verstanden werden, die innerhalb eines vorher determinierten Zeitfensters ein genau definiertes Ziel erarbeiten. Im Gesamtspektrum der Wissenschaft kommt der Vertragsforschung zwei Funktionen zu, die getrennt oder zugleich erfüllt werden. Sie dient als Ersatz, wenn bestehende Forschungsstrukturen nicht bemüht werden können oder sollen. Daneben wirkt die Vertragsforschung ergänzend im Zusammenspiel mit laufenden Forschungsvorhaben. Sie kann dabei weder öffentlicher noch privater Forschung hinzugerechnet werden, sondern spielt sich zwischen Staat, Wirtschaft und Wissenschaft ab. Die Vertragsforschung bildet so eine hybride Gemengelage für ein hybrides Publikum.⁷³¹

Die Herausforderungen in der Wissenschaftspolitik lassen sich zu großen Teilen aus den beschriebenen Problemen der Wissenschaft im 21. Jahrhundert ableiten. Darüber hinaus zeigt sich, dass auch über mehrere Jahrzehnte hinweg verschiedene Schwierigkeiten nicht beseitigt werden konnten. Der öffentliche Diskurs über die wissenschaftspolitische Zielsetzung und Forschungsthemen ist trotz direkter Auswirkungen auf die Lebenswelt noch immer häufig vernachlässigt und mit einer Unwucht in Richtung Risiko versehen. Das Informationsdefizit auf Seiten der politischen Entscheider hat sich nicht nur gehalten, sondern hat in Anbetracht der steigenden Komplexität und Diversifikation der Wissenschaft noch an Stärke dazugewonnen. Charakteristisch für Deutschland ist dabei die starke Gewichtung parteipolitischer Interessen und Werte in der wissenschaftspolitischen Entscheidungsfindung, die bereits seit über 30 Jahren in der Literatur thematisiert wird.⁷³² Eine gleichfalls konstante Herausforderung ist die Stellung der deutschen Wissenschaftslandschaft im internationalen Vergleich. Zu nennen ist hier ein oft zitierter technologischer Rückstand zu den USA und Japan, der die Entwicklung der Innovations- und Forschungslandschaft seit den 1960ern begleitet.⁷³³ Auch in der näheren Vergangenheit war das schlechte Abschneiden in Rankings einer der Auslöser für Reformen und das, was die wissenschaftspolitische Agenda beeinflusst.⁷³⁴

⁷³⁰ Vgl. BMBF 2014a, S. 678.

⁷³¹ Vgl. Lieske, Jürgen: Forschung als Geschäft. Die Entwicklung von Auftragsforschung in den USA und Deutschland. Campus Forschung Band 800. Frankfurt, 2000. S. 14 und 19ff.

⁷³² Vgl. Kreutzkam 1982, S. 66f.

⁷³³ Vgl. Jansen, Dorothea/Semmet, Tobias: Which Way towards a European Research Area? Patterns and Paths of European Integration in Research, Technology and Development Policy – An Introduction, in: Jansen, Dorothea (Hrsg.): Towards a European Research Area. Proceedings of a Research Conference at the German Research Institute for Public Administration Speyer. Interdisziplinäre Schriften zur Wissenschaftsforschung Band 13. Baden-Baden, 2012. S. 13 – 36. S. 15f.

Vgl. Krieger 1987, S. 248.

Vgl. Lengwiler 2010, S. 20.

⁷³⁴ Vgl. Lange, Rainer: Benchmarking, Rankings und Ratings, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 322 – 333. S. 324.

Einen entscheidenden Einfluss auf diese haben auch die Gruppe von Problemen, die unter dem Ausdruck große gesellschaftliche Herausforderungen (GGH) gesammelt werden. Ihnen ist allen gemein, dass sie komplex, untereinander verbunden sowie schwer präzise zu erfassen sind und verschiedene Lösungsansätze bedürfen. Die GGH setzen sich aus einer Vielzahl an Einflussfaktoren zusammen und betreffen alle gesellschaftlichen Subsysteme mit weltweit grenzüberschreitendem Ausmaß. Sie entwickeln eine Eigendynamik, wodurch ein starker Handlungsdruck entsteht. Es gibt bislang keine feststehende Definition, was in divergierenden Auslegungen und daraus unterschiedlichen Aufgabenbeschreibungen einzelner Handelnder resultiert.⁷³⁵ In groben Kategorien ergeben sich die GGH aus der demographischen Entwicklung, dem Klimawandel, pandemischen Krankheitsbildern, Fragen der Bekämpfung von Mangelernährung sowie der Nutzung von Rohstoffen und Energie.⁷³⁶ Die auch manchmal globale Herausforderungen genannten Faktoren beeinflussen die Ausrichtung diverser Politikfelder. Auch in der Wissenschaftspolitik müssen entsprechende Prioritäten gesetzt und Kompromisse gefunden werden, um die gesellschaftlichen Probleme in wissenschaftliche umzumünzen. So gewonnenen Erkenntnisse müssen wiederum zu Lösung der GGH angewendet und an die Öffentlichkeit kommuniziert werden.⁷³⁷ Der wissenschaftspolitische Leitgedanke hat sich verändert. Die GGH haben den Fortschritts- und Innovationsgedanken erweitert und so neue politische Ziele identifiziert. Durch Forschung erzielte wirtschaftliche Innovation soll nun stärker mit sozialer Innovation Hand in Hand gehen, um das Allgemeinwohl zu fördern. Die Wissenschaftspolitik muss dabei einen möglichst breiten Ansatz verfolgen, Szenarien ausarbeiten und Handlungsoptionen beständig entwickeln. Dazu ist es essenziell, dass die Politikberatung nicht simplifiziert, sondern das Blickfeld konstant erweitert. Möglich werden diese Schritte durch die Interaktion autonomer Akteurinnen und Akteure, ein breites Teilnahmefeld sowie dezentrale Strukturen bei der Wahrung von Transparenz der Ziele und der Ergebnisse.⁷³⁸

Zuletzt ist Wissenschaftspolitik heute auch immer Außenwissenschaftspolitik. Wie der wiederholte Blick zu den Nachbarstaaten und anderen forschungsstarken Ländern zeigt, gewinnen die internationale und vor allem die europäische Dimension stetig an Bedeutung. Häufig geht es um mögliche Kooperationen, die gemeinsame Nutzung von Ressourcen und die gemeinschaftliche Formulierung wissenschaftspolitischer Ziele. Gerade in der Herausforderung durch die GGH wird der Bedarf internationaler Zusammenarbeit und länderübergreifender Perspektiven betont. Dennoch dreht es sich in der Außenwissenschaftspolitik auch immer um den Wettbewerb zwischen einzelnen Staaten. Die Konkurrenz erstreckt sich über die Vergabe

⁷³⁵ Vgl. Wissenschaftsrat (WR): Zum wissenschaftspolitischen Diskurs über Große gesellschaftliche Herausforderungen. Positionspapier. Drs. 4594-15. Stuttgart, 2015f. S. 7f. und 16f.

⁷³⁶ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Ideen. Innovation. Wachstum. Hightech-Strategie 2020 für Deutschland. Bonn und Berlin, 2010. S. 3.

⁷³⁷ Vgl. WR 2015f, S. 15f.

⁷³⁸ Vgl. ebd. S. 17 und 30.

von Fördermitteln, die Entwicklung und Verwertung von Technologien, den Schutz geistigen Eigentums und das Anwerben forschungsstarker Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses. Der Wettbewerb zielt darauf ab, die Führungsposition Deutschlands und den Verbleib an der Spitze des Innovationsmarktes zu gewähren. Dieser Anspruch gehört zum Kern der wissenschaftspolitischen Ziele der Bundesrepublik und wird als zentrale Aufgabe angegangen.

4.2.) Deutsche Wissenschaftspolitik

Auch wenn das deutsche System der Wissenschaftspolitik langwierig gewachsen ist, sind die Entwicklungen nach Ende des Zweiten Weltkriegs von besonderer Bedeutung für ihre aktuelle Struktur und Ausgestaltung. Die Neuformation der Bundesrepublik und die Reorganisation ihrer politischen und zum Teil wissenschaftlichen Akteurinnen und Akteure sowie die Politik der Siegermächte waren strukturgebend für die Forschungs- und Hochschullandschaft. Seitdem lässt sich konstatieren, dass die Wissenschaftspolitik in Deutschland allgemein durch ein hohes Maß an Stabilität geprägt ist, was sich insbesondere im institutionellen Gefüge widerspiegelt.⁷³⁹ Dennoch lassen sich, wenn auch überwiegend mit langsamem Takt, Veränderungen feststellen. Was sind kennzeichnende Kontinuitäten, was hat sich gewandelt und welche Leitlinien oder Besonderheiten des deutschen Wissenschaftssystems lassen sich ableiten, die Einfluss auf die Politikberatung in diesem Bereich haben? Zur Beantwortung dieser Fragen ist es an dieser Stelle notwendig, die Entwicklungslinien nachzuzeichnen, definierende Merkmale zu benennen und aktuelle Momente sowie Herausforderungen der Wissenschaftspolitik in Deutschland festzuhalten.

4.2.1.) Entwicklungslinien

Die Entwicklung der deutschen Wissenschaftspolitik nach 1945 ist eng mit dem Wiederaufbau der Bundesrepublik gekoppelt, sodass der Blick auf das eine Rückschlüsse über das andere erlaubt.⁷⁴⁰ Dennoch sollte festgehalten werden, dass bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts prägende Strukturen und Handelnde etabliert wurden, indem zum ersten Mal Wissenschaftspolitik auf gesamtdeutscher Ebene zentral organisiert und reguliert wurde. Die Universitäten hatten ihre konstitutive Position bereits eingenommen und verfügten über ausgeprägte autonome Strukturen, während der Staat nur wenig Einfluss ausüben konnte. Mit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der Vorläuferin der MPG, und der Notgemeinschaft der Wissenschaft e.V.,

⁷³⁹ Vgl. Hohn, Hans-Willy: Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 457 – 477. S. 474.

Vgl. Knie/Simon 2010, S. 27.

Vgl. Stucke 2010, S. 368.

⁷⁴⁰ Vgl. Krieger 1987, S. 270.

der Vorgängerorganisation der DFG, wurden 1911 und 1920 bedeutende Wissenschaftsorganisationen ins Leben gerufen. Mit der Machtergreifung und der folgenden Gleichschaltung verloren die Forschenden durch die starke zentrale Steuerung und Wirtschaftsabhängigkeit an Selbstbestimmungsmöglichkeiten.⁷⁴¹ Zeitgleich schlossen sich große Teile der Wissenschaft freiwillig der menschenverachtenden Ideologie und Vernichtungsmaschinerie der Nationalsozialisten an.

Nach der Befreiung durch die Alliierten war daher schnell klar, dass eine Reorganisation der Wissenschaftslandschaft von Nöten war. Diese erfolgte nicht nur im Sinne der Entnazifizierung, sondern diente auch dem Zweck, den Forschungs- und Lehrbetrieb wieder schnell anzuregen. Hatten während der NS-Zeit viele Wissenschaftszweige Vorteile für sich generieren können, war die Situation nun deutlich komplizierter. Neben den Zerstörungen durch den Krieg und die fehlenden Gelder waren auch enorme menschliche Verluste in der Forschung zu verzeichnen. Viele bekannte Köpfe hatten sich von Deutschland abgewendet und waren ausgewandert. Andere wiederum waren ermordet und zu Opfern des Holocausts geworden.⁷⁴² Die Besatzungsmächte hatten darüber hinaus Auflagen für Wissenschaft und Forschung aufgelegt. Dazu gehörten das Verbot bestimmter Forschungszweige, die Schließung von Forschungseinrichtungen oder das Verbot der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.⁷⁴³ Positiv zu verzeichnen waren die Forschungsförderung, die durch U.S.-amerikanische Stiftungen erfolgte und die Finanzmittel, die ab 1948 durch den Marshallplan nach Deutschland flossen. Herausragende Persönlichkeiten der deutschen Wissenschaft wurde nach Ende der Kampfhandlungen auch wieder schnell in die internationale Wissenschaftsgemeinde aufgenommen.⁷⁴⁴

Zusammengefasst lautete das Gebot der Stunde: Dezentralisierung auf Ebene der Hochschulen und Forschungseinrichtungen betreiben, zeitgleich die Kulturhoheit der Länder etablieren. Die im Grundgesetz verankerte Wissenschaftsfreiheit sollte garantieren, dass es in Zukunft nicht wieder zu Instrumentalisierungen kommt und die Autonomie für Forschung und Hochschulen gewähren.⁷⁴⁵ Das Bundesverfassungsgericht sollte diesen Begriff später genauer definieren. Wissenschaftsfreiheit umfasst demnach die Abwehr staatlicher Intervention in Lehre und Forschung, steht für eine freie Wissenschaft als objektiven Wert und soll einzelnen Forschende ein Höchstmaß an unbedrängter Arbeit einräumen.⁷⁴⁶

An den Hochschulen hatte die Politik nur geringe Befugnisse im Bereich Personal und Besoldung, während zusätzlich dezentralisierende Maßnahmen durchgeführt und Kompetenzen an neue Institutionen übertragen wurden. So wurde die Hochschulpolitik ab Ende der

⁷⁴¹ Vgl. Lengwiler 2010, 13ff.

⁷⁴² Vgl. Schreiber 1954, S. 74.

⁷⁴³ Vgl. ebd., S. 76.

⁷⁴⁴ Vgl. ebd., S. 59 und 76.

⁷⁴⁵ Vgl. Lengwiler 2010, S. 15.

⁷⁴⁶ Vgl. Seckelmann, Margrit: Rechtliche Grundlagen und Rahmenseetzungen, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 227 – 243. S. 237.

1940er durch die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) und Westdeutsche Rektorenkonferenz vermittelt. Investitionen in die Wissenschaft wurden vor allem wirtschaftspolitisch begründet, um Kollisionen mit der Kulturhoheit der Länder zu vermeiden. Auf der anderen Seite entsprach dies aber vor auch dem Gedanken des Neuaufbaus, der nun ebenfalls auf die Wissenschaftspolitik überschlug.⁷⁴⁷

Die Förderung der AuF lag zu Beginn im besonderen Interesse der noch jungen Bundesrepublik. Im Gegensatz zur Hochschulpolitik wurde jedoch eine gemeinsame Zuständigkeit von Bund und Ländern angestrebt.⁷⁴⁸ Durch die Auflagen der Besatzungszeit durfte die Forschungslandschaft anfangs keine anwendungsorientierten Ziele verfolgen, nur Grundlagenforschung war erlaubt.⁷⁴⁹

In den 1950ern wurden weitere entscheidende Weichen für die deutsche Wissenschaftspolitik gestellt. Gekennzeichnet ist dieses Jahrzehnt durch Initiativen des Bundes zur Ausweitung seiner Kompetenzen, den Aufbau der staatlichen Wissenschaftsverwaltung sowie den Beginn der Groß- und Ressortforschung in Deutschland. Hierfür diente das System in den Vereinigten Staaten als Vorbild.⁷⁵⁰

Bemerkenswert sind die Initiativen des Bundes, seinen Zuständigkeitsbereich auszuweiten, die über Umwege zu direkten Steuerungskompetenzen führten. Zum einen ist hier die Ressortforschung zu nennen, die für immer mehr Bundesämter etabliert wurde. Kennzeichnend für diese Bemühungen ist aber vor allem die Gründung des Ministeriums für Atomfragen. Der Bund stieß gezielt in eine Lücke, da das Grundgesetz für die damals noch nicht genutzte Kernenergie keine Regelung vorsah. Mit der Kernforschung gab es somit einen Wissenschaftszweig, der dem Bund unterstand und für dessen Steuerung er ein Ministerium schuf, das über weitere Entwicklungsschritte zum BMBF wurde.⁷⁵¹ Diese fortlaufende Transformationsprozess spiegelt sich auch in den insgesamt neun Namen wider, die das Ministerium seit seiner Einrichtung im Jahr 1955 hatte.⁷⁵²

Der nächste Schritt erfolgte gleich zu Beginn des nächsten Jahrzehnts. 1962 kursierten Pläne, das Atomministerium zu einem Wissenschaftsministerium umzubauen. Diese Idee wurde insbesondere von der Presse kritisch beäugt, die bemängelte, dass der Bund auf diesem Weg die Länder in der Interessenfindung im Bereich von Forschung und Wissenschaft

⁷⁴⁷ Vgl. Lengwiler 2010, S. 15f.

⁷⁴⁸ Vgl. Hohn 2010, S. 462.

Vgl. Lengwiler 2010, S. 15.

⁷⁴⁹ Vgl. ebd., S. 15f.

⁷⁵⁰ Vgl. ebd., S. 17.

⁷⁵¹ Vgl. Krieger 1987, S. 255.

Vgl. Lengwiler 2010, S. 17.

⁷⁵² Vgl. Köbel, Matthias: Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) als wissenschaftspolitischer Akteur, in: Simon, Dagmar et al. (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. 2. Auflage. Wiesbaden, 2016. S. 533 – 548. S. 533f.

bedrängen könnte.⁷⁵³ Dennoch ersetzte im darauffolgenden Jahr das Ministerium für wissenschaftliche Forschung das Atomministerium.⁷⁵⁴ 1964 wurden zusätzlich Abteilungen des Innenministeriums, die sich mit Forschungsförderung befassten, in das Wissenschaftsministerium überführt.⁷⁵⁵

Mit den 1960ern setzten in der Hochschulpolitik zukunftsorientierte Trends ein, die für die kommenden Jahrzehnte von Bedeutung waren. Die Zahl der Studierenden stieg an, ebenso die Zahl der Abschlüsse. Zusätzlich wurde der Aspekt der Chancengleichheit auf die Agenda gesetzt und mit der Mobilisierung schlummernder Potenziale begonnen. Außerdem wurde die Ausdifferenzierung innerhalb des Hochschulsystems vorangetrieben.⁷⁵⁶ Mit diesem Aufschwung wuchsen die Lasten, die von Ländern für den Ausbau und den Unterhalt der Hochschulbildung zu tragen waren.⁷⁵⁷ Es zeichnete sich ab, dass die Länder den weiteren Hochschulausbau nicht mehr alleine stemmen konnten und auf die Unterstützung des Bundes angewiesen waren.⁷⁵⁸ Nicht zuletzt auch hieraus resultierte das im Februar 1966 veröffentlichte Gutachten der Troeger-Kommission, auf dessen Basis unter anderem originäre Länderaufgaben zu Gemeinschaftsaufgaben erhoben werden sollten.⁷⁵⁹ Da eine solche Teilung durch das Grundgesetz nicht vorgesehen war, musste es ergänzt werden. Zum 1. Januar 1970 traten dafür Artikel 91a, der den Hochschulbau und Hochschulkliniken umfasste, und Artikel 91b, der die Kooperation zwischen Bund und Ländern bei wissenschaftlicher Forschung mit überregionaler Relevanz regelte, in Kraft.⁷⁶⁰

Im Verlauf der 1960er sollte sich die Wissenschaftspolitik aber noch weiter verändern. Unter der Großen Koalition erfolgte ein Wandel, der das Verständnis der definierenden Pole weiter verschob. Planbarkeit und Rationalität prägten die Debatten, da die wirtschaftliche Abflachung und die später einsetzende Rezession um 1966/67 neue Spielregeln diktierten. Entscheidungen in der Forschungsförderung waren vor allem wirtschaftspolitisch motiviert und die Nutzbarkeit sowie Wirtschaftlichkeit von Forschung wurden zu zentralen Kriterien. Zeitgleich versuchte man, die Aufholjagd durch Imitation der USA abzublasen und der deutschen Wissenschaftslandschaft ein eigenständiges Profil zu verpassen, um den Standort besser im internationalen Wettbewerb verankern zu können. Die Wissenschaftspolitik vollzog einen Wandel von einer reaktiven Gestaltung hin zu einer aktiven profilbildenden Politik.

⁷⁵³ Vgl. Der Spiegel: Bayrisches Befremden. Nr. 52/1962. S. 21 – 24. S. 22f.

Vgl. Krieger 1987, S. 261f.

⁷⁵⁴ Vgl. Lengwiler 2010, S. 17.

⁷⁵⁵ Vgl. Krieger 1987, S. 256.

⁷⁵⁶ Vgl. Teichler 2010, S. 57.

⁷⁵⁷ Vgl. Bundesverfassungsgericht (BVerfG): Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts 1972, 33, 303 – numerus clausus I.

⁷⁵⁸ Vgl. Krieger 1987, S. 256.

⁷⁵⁹ Vgl. Kilper, Heiderose/Lhotta, Roland: Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden, 1996. S. 184.

Vgl. Stucke 2010, S. 364.

⁷⁶⁰ Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz), in: Bundesgesetzblatt Teil I, 1969 Nummer 37. S. 359 – 362.

Vgl. Krieger 1987, S. 256.

In den folgenden Jahren stand erneut ein sozioökonomisch schwieriger Abschnitt der bundesrepublikanischen Geschichte ins Haus. Dennoch wurde mit der Einführung des BAföGs im Jahr 1971 die Öffnung der Hochschulen für weitere soziale Schichten intensiviert.⁷⁶¹ Unter Helmut Schmidt und dem Eindruck konjunktureller Einbrüche wurde die Wirtschaftsausrichtung der Wissenschaft erneut forciert. Gleichzeitig mangelte es an Ressourcen, um die FuE weitumfassend auszubauen. Folglich wurden wissenschafts- und wirtschaftspolitische Ziele miteinander verquickt, um die Forschungsbemühungen in Deutschland so zu priorisieren, dass ein ökonomischer Nutzen für bestehende Probleme gezogen werden konnten.

Die 1990er waren erneut eine Zeit der Veränderung für die deutsche Wissenschaftspolitik, was nicht zuletzt auch auf die Wiedervereinigung zurückzuführen ist. Die Integration der ostdeutschen Wissenschaftsinstitutionen stellte eine enorme Aufgabe für alle Beteiligten dar und kann als einer der wenigen großen Umbrüche der deutschen Wissenschaftspolitik bezeichnet werden. Die Sorgen waren groß, dass durch noch mehr Interessenseiten die inter-systemische Koordination erschweren und dass die Differenzierung innerhalb des Wissenschaftsbetriebs stark zunehmen würde.⁷⁶² Aber nicht nur aus den Integrationsbemühungen resultierten Herausforderungen für die Steuerung der Wissenschaft. Mittlerweile war die Ansicht populär geworden, dass der Staat aufgrund des Informationsdefizits nicht mehr in der Lage sei, die Wissenschaftspolitik angemessen zu gestalten. Der Staat sollte sich daher auf die Rahmgebung und Finanzierung beschränken, während die Wissenschaft ein System der Selbstkontrolle einführt. Die Steuerung von Forschung und Hochschulen, begann sich durch neue Mechanismen zur Governance zu wandeln und die Beziehungen zur Gesellschaft intensivierten sich. Der seit den 1980ern bestehende Trend der fortgehenden Kürzung der Grundfinanzierung wurde verschärft und die Wissenschaft dadurch immer abhängiger von der Drittmittelakquise. Neben fachlichen Fragen muss sie seitdem immer auch eine Antwort auf die Frage haben, welchen Beitrag sie für die Gesellschaft leisten kann. Wertschöpfung, Innovation und Wissenstransfer sind seither dominierende Aktionsfelder der deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen.⁷⁶³

Neben diesen Entwicklungsschritten lassen sich weitere Charakteristika und Systemstrukturen in die Gegenwart nachverfolgen. Frank R. Pfetsch hat drei übergreifende Merkmale für die deutsche Wissenschaftspolitik im 20. Jahrhundert identifizieren können. Hierzu untersucht er mit der Weimarer Republik, dem Nationalsozialismus und der Bundesrepublik drei Abschnitte der deutschen Geschichte, die jeweils geprägt waren von Veränderungen für

⁷⁶¹ Vgl. Lengwiler 2010, S. 22f.

⁷⁶² Vgl. Stucke 2010, S. 368f.

⁷⁶³ Vgl. Jansen 2010, S. 41f.

die Wissenschaft und ihren Interaktionsmöglichkeiten mit der Politik.⁷⁶⁴ Die Gesellschaft der Weimarer Republik war fragmentiert, das System politisch instabil und wiederholten krisenhaften Entwicklungen ausgesetzt. Dennoch gab es Bemühungen von Wissenschaft und Politik, forschungsfördernde und wissenschaftliche Institutionen zu etablieren. Trotz der finanziell angespannten Lage konnte sich die Wissenschaft gut entfalten, was auch auf ihre „apolitische Tradition“⁷⁶⁵ und die liberale sowie internationale Ausrichtung der von Politik und Wissenschaft zurückzuführen ist.⁷⁶⁶ Mit dem NS-Regime erfolgte eine stark zentralisierte Steuerung der Wissenschaft mit ideologischer Ausrichtung auf die Partei. Deutschlands Wissenschaftslandschaft wurde von seinem internationalen Umfeld abgetrennt. Dennoch kam es zu erneuten Impulsen zur Gründung neuer Institutionen und bestehende Einrichtungen wurden restrukturiert. Pfetsch attestiert der Wissenschaft nur einen geringen Durchdringungsgrad der Indoktrination durch die NS-Ideologie, auch wenn Forschende in Planungsprozesse zur Kriegsvorbereitung eingebunden wurden und man, im Gegensatz zu Weimar, nicht in ähnlich starker Opposition zum Regime stand. Es ging vor allem um den Versuch, die eigenen Freiheiten aufrechtzuerhalten.⁷⁶⁷ Die Bundesrepublik sieht Pfetsch dann in der Tradition von Weimar, nur auf einem „verbesserten Fundament“⁷⁶⁸. Ihre Demokratie zeichnet sich für ihn durch starke Verbände und Parteien als zentrale Handelnde der Politik aus. Erneut wird in die Gründung und später im Zuge der Wiedervereinigung in die Restrukturierung wissenschaftlicher Institutionen investiert.⁷⁶⁹ Als Ergebnis seiner Untersuchung hält Pfetsch dann drei Kennzeichen der deutschen Wissenschaftspolitik fest: „Einrichtung von staatlichen Institutionen, idealistische Einstellungen zu wissenschaftlicher Forschung und das Bestreben, sich die Unabhängigkeit von Staat und Industrie zu wahren.“⁷⁷⁰

Das deutsche System der Wissenschaftspolitik ist darüber hinaus stark durch Konsens und Partizipation geprägt. Es gibt nur selten direkte und offene Konflikte, die ausgehalten und ausgehandelt werden. Meist entspricht es dem Interesse der beteiligten Parteien, Differenzen schnell zu klären und eine rasche Einigung zu erzielen.⁷⁷¹ Dafür können sie auf ein gut ausgeprägtes und handlungsfähiges Netzwerk staatlicher Akteurinnen und Akteure sowie der großen Wissenschaftsorganisationen zurückgreifen. Die Kommunikation auf horizontaler Ebene ist stark ausgeprägt, zeigt aber in der Vertikalen ein klares Gefälle. Kleineren Interessengruppen, Hochschulen oder Forschungseinrichtungen kann es schwerfallen, ihre Positionen zu

⁷⁶⁴ Vgl. Pfetsch, Frank R.: Wissenschaftspolitik in Deutschland. Drei Interaktionsmodelle: Weimar, Berlin, Bonn, in: Strobel, Karl (Hrsg.): Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert. Die Entwicklung einer Institution zwischen Tradition, Autonomie, historischen und sozialen Rahmenbedingungen. Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen Band 5. Vierow, 1994. S. 218 – 237. S. 218ff.

⁷⁶⁵ Ebd., S. 224

⁷⁶⁶ Vgl. ebd., 221ff.

⁷⁶⁷ Vgl. ebd., S. 224ff.

⁷⁶⁸ Ebd., S. 228

⁷⁶⁹ Vgl. ebd., 228ff.

⁷⁷⁰ Ebd., S. 235.

⁷⁷¹ Vgl. Hohn 2010, S. 474.

Vgl. Knie/Simon 2010, S. 30.

platzieren. Dennoch sollte ihr Hebel nicht unterschätzt werden, durch eine verlangsamte Umsetzung oder der Ablehnung von Maßnahmen der Politik Stöcke in die Speichen zu werfen. Auswirkungen dieser Möglichkeiten wurden bei der Implementierung des Bologna-Prozesses ersichtlich.⁷⁷²

Vor allem informelle Netzwerke sind in der deutschen Wissenschaftspolitik von hoher Bedeutung für den Gestaltungsprozess. Der persönliche Kontakt und die direkte Interaktion sind essenziell und führen zu einem hohen Verflechtungsgrad zwischen staatlichen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Handelnden.⁷⁷³ Diese Gefüge bedingt aber auch, dass die Interessen der Teilnehmenden nur selten der öffentlichen Deliberation ausgesetzt werden, sondern bereits im Vorfeld abgestimmt werden. In einer modernen Wissenschaftspolitik, die sich heute als interdisziplinär, interinstitutionell und gesellschaftsbezogen versteht, hätten in Konsequenz neue Netzwerke und Absprachen oder Verpflichtungen zum Diskursverfahren getroffen werden können. Vielmehr bilden die verschiedenen Wissenschaftsinstitutionen jedoch eine gemeinsame Arena, in denen Bund, Länder und die Wissenschaft ihre Interessen vertreten, diskutieren, abgleichen und entscheiden. Auf diesem Weg kommt es auch zu einer Verbindung von staatlicher Kontrolle und wissenschaftlicher Selbstverwaltung. In dieses enge Netz werden auch immer wieder gesellschaftliche Teilnehmende eingewoben, wodurch es noch schwieriger wird, die taktgebenden Beteiligten auszumachen. Die einfache Faustformel für die deutsche Wissenschaftspolitik lautet dabei: Herausragende Köpfe und renommierte Institutionen haben einen deutlich größeren Einfluss in Prozessen als weniger bekannte Namen. Dieses System, das also auch auf dem Ruf seiner Einrichtungen und Individuen aufbaut, hat lange gut funktioniert und nach außen ein kohärentes sowie vertrauenserweckendes Bild geschaffen. Daneben hat es interne Innovationsfähigkeit bewiesen und zum Beispiel umwälzende Reformen wie die Exzellenzinitiative angeschoben.⁷⁷⁴ Der wohl größte Nachteil des großen Kommunikations- und Verhandlungsnetzwerks liegt im oftmals langsamen Tempo der Entscheidungsprozesse.⁷⁷⁵ Diese „diskrete Governance“⁷⁷⁶ des Interessenausgleichs durch informelle Prozesse ist daher unter Beschuss geraten. Das Verfahren gilt als unflexibel, inkompatibel mit den Bemühungen der Internationalisierung und als abweichend vom aktuellen Verständnis, was Politik und Staatlichkeit ausmacht.⁷⁷⁷ Hinzu kommt, dass der früher starke Konsens innerhalb der Domäne Wissenschaft durch die Entwicklungen der letzten Jahre geschwächt wurde. Auch wenn der direkte Austausch der Wissenschaftsgemeinde noch immer

⁷⁷² Vgl. Stucke 2010, S. 371f.

⁷⁷³ Vgl. Drilhon 1991, S. 48.

Vgl. Stucke 2010, S. 365.

Vgl. Stucke, Andreas: Staatliche Akteure in der Wissenschaftspolitik, in: Simon, Dagmar et al. (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. 2. Auflage. Wiesbaden, 2016. S. 485 – 501. S. 499.

⁷⁷⁴ Vgl. Knie/Simon 2010, S. 29f.

⁷⁷⁵ Vgl. Stucke 2010, S. 370.

⁷⁷⁶ Knie/Simons 2010, S. 27.

⁷⁷⁷ Vgl. ebd.

von zentraler Bedeutung ist, haben moderne Kommunikations- und Publikationswege ein neues System der indirekten Koordination und Orientierung mit sich gebracht. Nun wird verstärkt über diese Methoden geklärt, was wissenschaftlich relevant ist, über den Status der Mitglieder entschieden und Informationen gesammelt, die über Eliten, vertikale Mobilität und horizontale Kooperation entscheiden.⁷⁷⁸

Weitere prägende Merkmale für die Kooperations- und Entscheidungsstrukturen in der deutschen Wissenschaftspolitik sind der Föderalismus und die Kulturhoheit der Länder. Die vergleichsweise autonomen sowie spezialisierten Beteiligten und die Netzwerkbildung sorgen für ein „einmalig hohes Maß an föderaler Verflechtung“.⁷⁷⁹ Die Abstimmung zwischen der Bundes- und den Landesregierungen ist daher von großer Bedeutung. Bedenkt man nun die informellen Netzwerkprozesse und die auf Rahmgebung beschränkte Kompetenz der Politik, zeigt sich, dass die sonst so starken Parteien und die parlamentarischen Prozesse in der Wissenschaftspolitik weniger Einfluss haben, als es in anderen Politikfeldern der Fall ist.⁷⁸⁰

Die dezentralisierende Wirkung des föderalen Systems auf die Wissenschaftspolitik kann jedoch nicht erst auf den Um- und Aufbau der Bundesrepublik durch die Alliierten zurückgeführt werden. Bereits zuvor wehrte man zentralisierende Tendenzen ab, da man in föderalisierter Forschung und Hochschulen einen Produktivitätsvorteil sah.⁷⁸¹ Nach der Befreiung Deutschlands und der erschreckenden Erfahrung einer gleichgeschalteten Wissenschaft wurden mit dem Föderalismus und der Kulturhoheit der Länder zwei Strukturprinzipien installiert, mit deren Hilfe auch die Zuständigkeiten im Bereich von Forschung und Hochschulen festgelegt wurden. Die Verantwortungsteilung zwischen Bund und Ländern unter dem Primat der Länder ist einer der Ankerpunkte der deutschen Wissenschaftspolitik.⁷⁸² Trotz der auf den ersten Blick untergeordneten Rolle des Bundes kommen ihm im Bereich der Forschung und Bildung diverse Kompetenzen zu. Dazu gehören zum einen die bereits erwähnte Finanzierung von Großforschungseinrichtungen und die Ressortforschung. Zum anderen hat der Bund auch die Entscheidungshoheit im Bereich der Hochschulzulassung und der Abschlüsse, der Ausbildungsförderung und der Förderung technologischen Entwicklung und der Forschung.⁷⁸³ Trotz dieser Aufteilung und der inhärenten Spannung durch Kompetenzkonflikte, ist die Wissenschaftspolitik in Deutschland ein internationales Vorbild. Interessenstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern kennen natürlich auch andere Staaten, dennoch ist die Kooperationsbereitschaft ein grundlegender und definierender Aspekt bundesdeutscher Politik.⁷⁸⁴ Der hohe Wert,

⁷⁷⁸ Vgl. Jansen 2010, S. 45.

⁷⁷⁹ Hohn 2020, S. 460.

⁷⁸⁰ Vgl. ebd., S. 461.

⁷⁸¹ Vgl. Schreiber 1954, S. 79.

⁷⁸² Vgl. Stucke 2016, S. 486.

⁷⁸³ Vgl. <https://www.bmbf.de/de/kooperation-von-bund-und-laendern-in-wissenschaft-und-bildung-77.html> (09.10.2021).

⁷⁸⁴ Vgl. Drillhon 1991, S. 60.

der Rationalität zukommt, die ausgeprägte Konsenskultur und die funktionierenden Netzwerke tragen zu großen Teilen zu diesem Umstand bei.

Neben der gemeinschaftlichen Förderung und Finanzierung der Wissenschaft besteht die Kooperation auch aus der politischen Diskussion und Vermittlung durch Koordinationsgremien sowie der beschriebenen Kommunikationsnetzwerke. Die wichtigsten beteiligten Gremien sind die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK), die KMK und der WR.⁷⁸⁵ Die Rolle des WR als intermediäre und beratende Institution von zentraler Bedeutung für die Koordination der Wissenschaftspolitik wurde bereits angedeutet. Eine detaillierte Darstellung und Analyse der Geschichte, Aufgaben und aktueller Arbeitsschwerpunkten erfolgt im Rahmen der Hauptuntersuchung.

Die GWK nahm zum Jahresbeginn 2008 ihre Arbeit auf. Sie ist die Nachfolgeorganisation der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK), die 1970 eingerichtet worden war. In der BLK wurde mittelfristige strategische Planung durchgeführt, Prioritäten in der Forschungsförderung gesetzt, die Budgetplanung gemeinsamer Forschungseinrichtungen gemacht und die Fachinformationssysteme verwaltet.⁷⁸⁶ Die GWK dient der Absprache der Wissenschafts- und Forschungsförderung von Bund und Ländern. Sie setzt sich aus den Ministerinnen und Ministern beziehungsweise Senatorinnen und Senatoren für Wissenschaft, Forschung und Finanzen der Bundesländer sowie der Bundesregierung zusammen. Erklärte Aufgabe ist auch die Abstimmung wissenschaftspolitischer Fragen und Strategien auf nationaler und internationaler Ebene.⁷⁸⁷ Auch die Leistungsfähigkeit der Wissenschaftslandschaft und der internationale Wettbewerb des Forschungsstandorts Deutschland stehen bei der GWK im Aufgabenkern. Das GWK-Abkommen und der Artikel 91b GG sind die zentralen Angelpunkte der gemeinschaftlichen Kooperation und konkretisieren die Zusammenarbeit von Bund und Ländern. Die Zuständigkeiten der GWK werden durch ein Kompetenzwahrungsgebot der beteiligten Einrichtungen eingeschränkt. Ebenso festgelegt sind Rücksprachen mit den entsprechenden Fachministerinnen und -ministerkonferenzen sowie eine Rückbindung an die Finanzplanung von Bund und Ländern. Hierbei kommt zum Tragen, dass neben der Wissenschafts- auch die Finanzpolitik im Gremium eingebunden ist.⁷⁸⁸ Der Aufbau der GWK belegt erneut die Bedeutung und den Grad der Verknüpfung ökonomischer und wissenschaftspolitischer Interessen in der Bundesrepublik.

⁷⁸⁵ Vgl. Drilhon 1991, S. 60f.

Vgl. <https://www.bmbf.de/de/kooperation-von-bund-und-laendern-in-wissenschaft-und-bildung-77.html> (09.10.2021).

⁷⁸⁶ Vgl. Drilhon 1991, S. 60f.

⁷⁸⁷ Vgl. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK): BLW wird GWL. PM 24/2007. Bonn, 2007. S. 1f. (<http://www.blk-bonn.de/pressemitteilungen/pm2007-24.pdf>, 09.10.2021)

⁷⁸⁸ Vgl. Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK): Aktivitäten der GWK in den Jahren 2012/2013 – Beitrag des Büros der GWK zur 56. Kanzler-Jahrestagung 2013 in Nürnberg. Bonn, 2013. S. 1f. (<http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/GWK-Aktivitaeten-Kanzlertagung-2013.pdf>, 28.04.2016)

Vgl. Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK): Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-Abkommen) vom 11. September 2007 i.d.F. vom 10. November 2017, in: Bundesanzeiger AT 17.01.2018 B2. Bonn, 2018. S. 1ff.

Die KMK ist älter als die Bundesrepublik selbst. 1948 wurde sie in den drei westlichen Besatzungszonen gegründet und gehört somit zu den ersten neu geschaffenen wissenschafts-politischen Institutionen der Nachkriegszeit. Noch vor der Verabschiedung des Grundgesetzes wurde die KMK auf Initiative der Länder und ihrer Vertretungen mit den Besatzungsmächten ausgehandelt. Im Oktober 1949 verabschiedete man auf einer Sitzung in Bernkastel eine grundlegende Erklärung zur Kompetenztrennung zwischen Bund und Ländern. Auch wenn das vorher in Kraft getretene Grundgesetz eine Aufgabenteilung vorsah, ermahnte man den Bund zur Zurückhaltung in Fragen der Bildung und der Kultur. Dies kann zum einen als Reaktion auf den Aufbau der neuen Bundesbehörden und der Verwaltung gesehen werden. Darüber hinaus hatte das Konzept einer nicht dominierenden Bundesverwaltung bei manchen Personen erst langsam zu greifen begonnen.⁷⁸⁹ Die KMK verwies darauf, dass die zentralisierte Kulturpolitik als einer der größten Fehler der Vergangenheit identifiziert werden konnte.⁷⁹⁰ Seit Mitte der 1950er bilden Wissenschaft und Forschung auch thematische Schwerpunkte der Arbeit des Gremiums. Gemäß seiner aktuellen Geschäftsordnung hat die KMK die Aufgabe, „Angelegenheiten der Bildungspolitik, der Hochschul- und Forschungspolitik sowie der Kulturpolitik von überregionaler Bedeutung“⁷⁹¹ zu behandeln.

Die Koordination der wissenschaftspolitischen Belange zielt häufig auf die Frage der Finanzierung und Förderung von Forschung ab. Der Bund und die Länder teilen sich die Finanzierung großer Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen zu jeweils fallabhängigen Anteilen.⁷⁹² Diese Teilhabe an der Finanzierung ist für den Bund vital zur Umsetzung seiner Ziele. Die politische Agenda wurde lange vor allem durch die Förderung der AuF und von Forschungsprojekten an Hochschulen umgesetzt.⁷⁹³ Die Verteilung der Finanzierungsanteile der gemeinsamen Aufgaben von Bund und Ländern wird in der GWK geregelt. Mit Stand 2013 werden so für 18 Programme die Finanzmodalitäten für laufende Vorhaben und Institutionen festgelegt. Neben der Verteilung zwischen Bund und Ländern wird für jede Finanzierungsmaßnahme ein spezifischer Länderanteil festgelegt. Wenn die Finanzierung durch alle Bundesländer aufgebracht werden soll, wird die Aufteilung durch den Königsteiner Schlüssel reguliert. Diese jährlich neu errechnete Verteilungsmaske, die sich auf das Steueraufkommen und die Einwohnerzahl der jeweiligen Länder bezieht, legt die prozentualen Individualanteile fest.⁷⁹⁴

⁷⁸⁹ Vgl. Bode, Matthias: Die auswärtige Kulturverwaltung der frühen Bundesrepublik. Eine Untersuchung ihrer Etablierung zwischen Norminterpretation und Normgenese. Studien und Beiträge zum Öffentlichen Recht 18. Tübingen, 2014. S. 290ff.

⁷⁹⁰ Vgl. <https://www.kmk.org/de/kmk/aufgaben/geschichte-der-kmk.html> (09.10.2021)

⁷⁹¹ Vgl. Kultusministerkonferenz (KMK): Geschäftsordnung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland gemäß Beschluss vom 19. November 1955 i.d.F. vom 29. August 2014. (<https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/KMK/GO-GR-Fassung-29-08-2014.pdf>, 09.10.2021)

⁷⁹² Vgl. Hinze 2010, S. 163.

⁷⁹³ Vgl. Stucke 2010, S. 364.

⁷⁹⁴ Vgl. Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK): Gemeinsame Förderung von Wissenschaft und Forschung durch Bund und Länder. Finanzströme im Jahr 2013. Heft 44. Bonn, 2015a. S. 7f. (<https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/GWK-Heft-44-Finanzstroeme2013.pdf>, 24.04.2018)

Die Finanzierung gemeinschaftlicher Projekte und Institutionen durch die Bundesländer ist nach der Wirtschaftsleistung und Größe der einzelnen Länder gestaffelt. Gemessen am BIP zeigen sich hingegen starke Disparitäten an den regionalen Investitionen in FuE. Baden-Württemberg verwendete 2017 5,64% des eigenen BIP für diese Zwecke, während die meisten anderen Bundesländer zwischen rund 2% und 3% investierten. Sachsen-Anhalt mit 1,52% und Berlin mit 1,71% bildeten die Schlusslichter.⁷⁹⁵ Auf Seite des Bundes ist es wenig überraschend, dass das BMBF mit prognostizierten Ausgaben für 2020 in Höhe von 11,40 Mrd. Euro mit weitem Abstand das Ressort mit dem höchsten Etat für FuE, gefolgt vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) mit 4,58 Mrd. Euro. 1,58 Mrd. Euro investiert das Bundesministerium für Verteidigung (BMVg), während 2,74 Mrd. Euro aus den restlichen Ressorts stammen.⁷⁹⁶

Die gemeinsame Förderung durch Bund und Länder beinhaltet vor allem die Finanzierung der großen Wissenschaftsorganisationen. Immer mehr von ihnen, darunter fallen beispielsweise die DFG, die MPG und die FhG, wird ein Globalhaushalt zugewiesen, der ein hohes Maß an autarker Entscheidungskapazität garantiert. Dieser Umstand verbessert die Position der Forschenden und stärkt den Bedarf an gemeinschaftlichen Beratungen. Der Bund ist darauf angewiesen, seine wissenschaftspolitischen Interessen mit denen der Länder und der Wissenschaftsorganisationen übereinzubringen. Das wohl wichtigste Werkzeug zur Anbahnung solcher Positionen kann in Form von Finanzierungsanreizen und Förderprogrammen angesetzt werden.⁷⁹⁷ Den Wissenschaftsorganisationen kommt im diskreten System des Interessenabgleichs der deutschen Wissenschaftspolitik somit eine bedeutende Kontroll- und Ausgleichsfunktion zu.⁷⁹⁸

Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern hat sich in den letzten Jahren deutlichen Veränderungen unterzogen. Zum einen wäre hier die Föderalismusreform zu nennen, deren Umsetzung gerade auch die Entflechtung der korporativen Kompetenzstrukturen im Bereich der Wissenschaftspolitik umfasste. Das Ergebnis kann durchaus als eine deutlichere Trennung bezeichnet werden, bei der die Finanzierungssicherheit beibehalten und neue Kooperationsmöglichkeiten eingeführt wurden, während andere wiederum abgeschafft wurden.⁷⁹⁹ So wurde die Finanzierung des Hochschulbaus neu geregelt und die Rahmengesetzgebungsbefugnis abgeschafft. Ersetzt wurde sie durch eine konkurrierende Gesetzgebung über die Hochschulzulassung und Abschlüsse. Der Rest wurde in den Kompetenzbereich der Länder überführt. Durch die Ersetzung der BLK durch die GWK hatte die Föderalismusreform

⁷⁹⁵ Vgl. BMBF 2020a, S. 12.

⁷⁹⁶ Vgl. ebd., S. 13.

⁷⁹⁷ Vgl. Stucke 2010, S. 365.

⁷⁹⁸ Vgl. Stucke 2016, S. 499.

⁷⁹⁹ Vgl. Stucke 2010, S. 369f.

auch einen konkreten Einfluss auf die Landschaft der Akteurinnen und Akteure der Wissenschaftspolitik.⁸⁰⁰

Ebenfalls wichtig für die Entwicklung der aktuellen Kooperationsstrukturen war das Gesetz zur Flexibilisierung von haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen außeruniversitärer Wissenschaftseinrichtungen, kurz Wissenschaftsfreiheitsgesetz (WissFG) aus dem Jahr 2012. Es zielte darauf an, die Wettbewerbsfähigkeit von insgesamt elf Forschungsorganisationen im internationalen Vergleich zu stärken. Zum einen ermöglicht das Gesetz die oben erwähnten Globalhaushalte, die einen flexibleren Umgang mit Ressourcen und Personal ermöglichen und einen wichtigen Regulierungsschritt für mehr Autonomie und Selbstverwaltung darstellten. Das WissFG war auch ein Versuch, den Standort Deutschland für Forschende attraktiver zu machen. Dazu wurde das Besserstellungsverbot eingeschränkt und ermöglicht, Personalmittel auch aus Drittmitteln zu stellen, um finanzielle Anreize setzen zu können. Außerdem wurde durch das WissFG die Kooperation von AuF und Wirtschaftsunternehmen erleichtert. Die Forschungseinrichtungen erhielten auch mehr Eigenverantwortung im Bereich von Baumaßnahmen, insofern ihre Verwaltung über ein entsprechendes Controlling und Sachverstand verfügt.⁸⁰¹ Die Überantwortung von noch mehr Eigenständigkeit an die AuF entspricht der historischen Entwicklung dieses Wissenschaftszweigs. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs und der Auflösung, Reorganisation und Relokalisierung einzelner Forschungsbereiche und Forschender, musste ein Neuaufbau gewagt werden. Mit Erfolg wurde eine Blitzentwicklung hingelegt und die AuF neu aufgesetzt. Die damals etablierten Strukturen bewiesen sich als robust und erfolgreich. Während der Wiedervereinigung wurden sie daher auf die neuen Bundesländer übertragen. Dabei zeigte sich, dass die AuF in Deutschland auch in Zeiten gravierender Umwälzungen äußerst widerstandsfähig gegen Reformversuche von außen ist. Ihre Rigidität bewies sie erneut um die Jahrtausendwende herum, als auch im Angesicht lautstarker Kritik an vermeintlich starren, undurchlässigen und abstimmungsarmen Strukturen keine bedeutenden Veränderungen vollzogen wurden. Erst die Implementierung der Werkzeuge der Neuen Governance und die verstärkten Wettbewerbsstrukturen in der Wissenschaft konnten Veränderungen bewirken. Ihrem Druck konnten sich auch die extramuralen Forschungseinrichtungen nicht entziehen.⁸⁰²

Die Globalhaushalte und der hohe Grad der Eigenverantwortung entsprechen der modernen Steuerung und Selbstorganisation der Wissenschaft. Das WissFG hat in diesem Zuge

⁸⁰⁰ Vgl. Art. 74 Abs. 33 Grundgesetz (GG)

Vgl. Seckelmann 2010, S. 229ff.

⁸⁰¹ Vgl. Gesetz zur Flexibilisierung von haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen außeruniversitärer Wissenschaftseinrichtungen (Wissenschaftsfreiheitsgesetz - WissFG) vom 5. Dezember 2012 i.d.F. vom 19. Juni 2020, in: Bundesgesetzblatt 1328, Jahrgang 2020 Teil I Nr. 29, Bonn, 2020, § 6.

⁸⁰² Vgl. Hohn 2010, S. 457ff.

Vgl. Internationale Expertenkommission Exzellenzinitiative (IEKE): Evaluation der Exzellenzinitiative. Endbericht der Internationalen Expertenkommission. Berlin, 2016. S. 30. (<https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/Imboden-Bericht-2016.pdf>, 24.04.2018)

die starke Stellung der AuF noch zusätzlich untermauert. Auch im internationalen Vergleich nimmt diese eine Sonderposition ein. Andere technologieführende und forschungsstarke Staaten besitzen kein vergleichbar ausgeprägtes und vielschichtiges System der öffentlich finanzierten und extramuralen Forschung. Dieses System, dessen Zuständigkeiten und Finanzierungswege durch den Föderalismus geprägt sind, findet sich in dieser Ausprägung nur in der Bundesrepublik. Gepaart mit Universitäten, die getreu dem Humboldt'schen Ideal der Einheit von Lehre und Forschung aufgebaut sind, ergibt sich in Deutschland eine wahrlich einzigartige Forschungslandschaft.⁸⁰³

Zuletzt erfolgte zum 01. Januar 2015 eine Änderung des Grundgesetzes, um die Zusammenarbeit von Bund und Ländern neu zu regeln. Nach langen Diskussionen wurde hierzu eine Neuregelung von Art. 91b GG beschlossen. Nach einer ersten Nivellierung im Jahr 2006 konnte der Bund durch zeitlich begrenzte Projektförderungen an der Finanzierung der Hochschulen beteiligt werden. Um Planungssicherheit zu gewährleisten und wettbewerbsfähige Strukturen zu etablieren, durfte nun auch institutionell gefördert werden. Bemerkenswert ist, dass sich diese Förderung und die Zusammenarbeit explizit auf „Wissenschaft, Forschung und Lehre“⁸⁰⁴ bezieht. Es ist daher nicht übertrieben, die Grundgesetzänderung als massiven Umbruch im Kooperationsgefüge zu markieren. Dem Bund ist es nun möglich, langfristig in die Finanzierung von Hochschulen, einzelner Forschungsinstitute oder auch Institutsverbände einzusteigen. Auch die gemeinschaftlich geförderte Zusammenarbeit von AuF und Hochschulen kann durch die nun entsprechend simplere Administration effizienter gestaltet werden. Das Grundgesetz definiert die Kooperation von Bund und Ländern nicht mehr als beschränkte Einzelfälle der Zusammenarbeit, sondern erweitert sie zur konkreten Gemeinschaftsaufgabe. Die Gestaltungskompetenz im Bereich der Hochschulen bleibt dabei trotzdem in den Händen der Bundesländer.⁸⁰⁵ Die Aufhebung des Kooperationsverbots wird indessen auch auf Ebene des Bildungswesens diskutiert. Mitglieder der SPD, FDP, der Linken und der Grünen haben sich für eine entsprechende Ausweitung ausgesprochen.⁸⁰⁶ Bereits im Bereich der Hochschulfinanzierung kann die Änderung der Finanzierung des BAföG angesiedelt werden. Seit dem 01.01.2015 übernimmt der Bund vollständig die Anteile, die bis dato noch durch die Bundesländer gestellt wurden.⁸⁰⁷

Die Stabilität des deutschen Systems, die zeitgleich eine ihrer ausgesprochenen Stärken ist, bringt letztlich auch Schwierigkeiten mit sich. Die Wissenschaftspolitik läuft dadurch

⁸⁰³ Vgl. IEKE 2016, S. 29.

⁸⁰⁴ Vgl. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 23. Dezember 2014, in: Bundesgesetzblatt 2438, Jahrgang 2014 Teil I Nr. 64. Bonn, 2014.

⁸⁰⁵ Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91b). Drucksache 18/2710. Berlin, 2014b.

⁸⁰⁶ Vgl. <http://www.spiegel.de/schulspiegel/spd-will-kooperationsverbot-im-schulbereich-abschaffen-a-1066875.html> (09.10.2021)

⁸⁰⁷ Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (25. BAföGÄndG). Drucksache 18/2663. Berlin, 2014a.

leicht Gefahr, intransparent und inflexibel zu sein.⁸⁰⁸ Auf institutioneller Ebene entsteht Handlungsbedarf, der sich nicht nur aus rahmenden Prozessen wie der Digitalisierung oder dem internationalen Wettbewerb ergibt. Die Anpassungen in der Lenkung und die Anreizsetzung in der Wissenschaftspolitik haben daher auch zum Ziel, das System flexibler zu gestalten und die Anpassungsfähigkeit der Beteiligten sowie der Strukturen zu erhöhen. Die Forderung nach höherer Adaptivität und mehr Risikobereitschaft in verlässlichen sowie nachhaltigen Strukturen ist nicht nur für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, sondern auch für die Funktion der Wissenschaft in der Gesellschaft von vitaler Funktion.⁸⁰⁹ Aus den Reformansätzen und Umbrüchen, die hierfür in den letzten Jahren gerade im Bereich der wissenschaftspolitischen Lenkung umgesetzt wurden, ergeben sich jedoch auch neue Herausforderungen und Aufgabfelder, die im anschließenden Kapitel erörtert werden.

4.2.2.) Die Neue Governance der Wissenschaft

Es konnte herausgearbeitet werden, dass Stabilität zu den definierenden Merkmalen der deutschen Wissenschaftspolitik gehört. Dennoch hat sich, wie bereits angedeutet wurde, in den vergangenen Jahren ein umgreifender Wandel vollzogen, der die Lenkung und die Beziehungen zwischen den beteiligten Organisationen der deutschen Wissenschaftslandschaft betrifft. Innovationsdruck, Internationalisierung, Wettbewerb und Rechenschaftspflicht sind Auslöser dieses fundamentalen Umbruchs in der deutschen Wissenschaftspolitik. Die sogenannte Neue Governance der Wissenschaft, die sich im Zuge der Veränderungen ausgebildet hat, ist die erste große Veränderung eines Systems, das lange ohne strukturelle Reform auskam. Im europäischen Vergleich hatte Deutschland aber schon lange einen Aufholbedarf zu verzeichnen gehabt. Der Reformprozess wurde jedoch durch die Struktur des Systems und die politische Rahmung durch den Föderalismus erschwert, die zu einer heterogenen Aufstellung geführt hatten.⁸¹⁰

Die Wurzeln der Neuen Governance lassen sich auf das Konzept des New Public Management (NPM) zurückführen. Wie der Name vermuten lässt, betonen dessen Ideen den Wirtschaftlichkeitsdrang, die Integration neuer Managementwerkzeuge sowie die Internationalisierung und Vernetzung der Wissenschaft.⁸¹¹ NPM beinhaltet eine stärkere Leistungsorientierung und führt in Konsequenz Wettbewerbsstrukturen ein, die sich auf die Vergabe von Finanzmitteln erstrecken. Hand in Hand damit gehen interne, hierarchisch organisierte Kontrollverfahren, die sich auf die Quantifizierung von Leistungsdaten stützen. Allgemein erfolgt im NPM eine Verlagerung vom Input zu einer Konzentration auf den Output.⁸¹²

⁸⁰⁸ Vgl. Knie/Simons 2010, S. 30.

⁸⁰⁹ Vgl. WR 2013b, S. 29f.

⁸¹⁰ Vgl. Jansen 2010, S. 43 und 47.

⁸¹¹ Vgl. ebd., S. 39.

⁸¹² Vgl. Hornbostel, Stefan: (Forschungs-)Evaluation, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 293 – 309. S. 294.

Das Aufkommen des Begriffs Governance stellt darauf ab, dass sich die Definition der Aufgaben und Möglichkeiten des Staats verändert haben, er neue Verantwortung und Legitimationsmerkmale zu verantworten hat und seine Kooperationsphären ausweitet. Die grundlegende Erkenntnis dahinter lautet, dass die Ressourcen und Fähigkeiten des Staats schlichtweg begrenzt sind und daher neue Wege der Zusammenarbeit und Partizipation gesucht werden. Governance beschreibt hierbei ein Gesamtsystem, in dem unabhängige, aber dennoch interdependente Handelnde in gegenseitiger Koordination und Kontrolle agieren. Dazu werden auch neue Mitwirkende rekrutiert, die vor allem regulierende und moderierende Aufgaben übernehmen. Zusätzlich kommt es zur Übertragung von Verantwortung durch den Staat, der aber die ultimative Verantwortung und Leistungspflicht behält. Für die beteiligten Wissenschaftseinrichtungen vergrößern sich dadurch die administrativen Kompetenzen und ihre Zuständigkeitsbereiche.⁸¹³

Zu den zentralen Steuerelementen in der Neuen Governance gehört die Anreizsetzung durch Finanzmittel.⁸¹⁴ Sie folgt hierbei einer Entwicklung, die sich schon länger angedeutet hat. Bereits in den 1980ern zeigten Analysen, dass die gezielte Förderung einzelner Programme zunahm.⁸¹⁵ Auch die Projektförderung stellt sich seit den 1990ern als wesentliches Instrument der Finanzierung der Wissenschaft heraus.⁸¹⁶ Eine weitere Verschärfung dieser Entwicklung schlug sich in der realen Förderpraxis nieder. Die programmbezogene Förderung der DFG gewann beispielsweise konstant an Umfang im Vergleich zum Normalverfahren.⁸¹⁷ Diese Verschiebung steht im Gegensatz zur Wiederaufbauphase der deutschen Wissenschaft. In den 1960ern hatte sich der Bund die sogenannte Haunschild-Doktrin, benannt nach Hans-Hilger Haunschild, dem Staatssekretär im Forschungsministerium des Bundes, selbst auferlegt. Die Projektförderung sollte nicht als etablierte Methode zur Steuerung der gemeinschaftlich finanzierten Institutionen genutzt werden, sondern nur gezielt in Ausnahmesituationen eingesetzt werden. So sollte eine schleichende Übernahme der forschungspolitischen Steuerung durch das Scheckbuch des Bundes verhindert werden.⁸¹⁸

Die gravierendste Veränderung der Finanzierung von Forschung und Hochschulen ist die eingedampfte institutionelle Grundfinanzierung. Folglich steigt der Drittmittelbedarf, der aus

Vgl. Neidhardt, Friedhelm: Selbststeuerung der Wissenschaft: Peer Review, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 280 – 292. S. 290.

Vgl. Schubert/Torsten/Schmoch Ulrich: Finanzierung der Hochschulforschung, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 244 – 261. S. 245.

⁸¹³ Vgl. Jansen 2010, S. 40f.

Vgl. Lange, Stefan: Hochschulräte, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 347 – 360. S. 349f.

⁸¹⁴ Vgl. Schubert/Schmoch 2010, S. 244.

⁸¹⁵ Vgl. Drilhon 1991, S. 52.

⁸¹⁶ Vgl. Hinze 2010, S. 162.

⁸¹⁷ Vgl. Jansen 2010, S. 45.

⁸¹⁸ Vgl. Hohn 2010, S. 464.

öffentlichen oder privaten Quellen geworben werden muss. Ehemals direkt gezahlte Finanzmittel wurden direkt in wettbewerbsvergebene Ressourcen umgewandelt.⁸¹⁹ Dies zeigt sich auch in der Alltagspraxis der Forschungsförderung. 2006 bewilligte die DFG nur noch rund 50% der Anträge in Normalverfahren, während es Mitte der 1990er noch fast zwei Drittel waren.⁸²⁰ Im Jahr 2014 erreicht die Förderquote bei Neuanträgen sogar nur noch 34,2%.⁸²¹ Bis 2019 sank sie weiter auf 33,3%.⁸²² Die Zeichen stehen daher inzwischen auch innerhalb der Bundesrepublik eindeutig auf Wettbewerb und Konkurrenz. Durch die Neue Governance haben diese Strukturen Einzug in die deutsche Wissenschaftspolitik erhalten. Der Wettbewerb der Forschungseinrichtungen, Hochschulen und individuellen Forschenden ist das gewollte Resultat des Strukturwandels der letzten Jahre.⁸²³

Die Beteiligten haben daher einen neuen Auftrag erhalten, sie müssen Profilbildung betreiben. Dies kann beispielsweise durch das Verfassen eines Leitbilds erfolgen, durch konkrete hochschulpolitische Entscheidungen oder die Fokussierung auf eine Spezialisierung.⁸²⁴ So können die eigene nationale und internationale Sichtbarkeit erhöht und Stärken gefördert werden, um die Chancen im Einwerben von Programm- und Projektfördermitteln zu erhöhen. Exemplarisch hierfür und für den gesamten Umbruch der Neuen Governance ist die Exzellenzinitiative. Durch sie konnte der Wettbewerbsgedanke in Forschung und Lehre öffentlich prominent und mit der Unterstützung umfassender Ressourcen etabliert werden.⁸²⁵ Mit der Exzellenzinitiative konnte der Bund auch neue Wege der Einflussnahme erschließen und letztlich so die interne Struktur und Selbstlenkung der Wissenschaft adressieren.⁸²⁶ Sollten durch die Eliten- und Leuchtturmbildung zwar wohlmöglich die Chancen auf Drittmittelakquise gestiegen sein, sollten ihre potenziell negativen Auswirkungen und Resultate stets mit abgewogen werden. Die kritischen Beobachtungen hierzu von Cristina Fraenkel-Haeberle und Richard Münch wurden in Kapitel 2.2.4. dargelegt.

Auch die weiteren Konsequenzen der Exzellenzinitiative waren profund. Es kam zu einer stärkeren Differenzierung zwischen einzelnen Institutionen und das ehemals homogene Feld der Hochschulen wurde auf Basis von Leistung und Reputation neu kartographiert.⁸²⁷ Für manche war dies ein Bruch mit dem Gleichheitsparadigma, für andere wiederum das Aufbrechen einer „alle-sind-gleich“-Illusion⁸²⁸. Ebenfalls eingetragen wurden neue Kooperationen

⁸¹⁹ Vgl. Schubert/Schmoch 2010, S. 253.

⁸²⁰ Vgl. Jansen 2010, S. 45.

⁸²¹ Vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG): Jahresbericht 2014. Aufgaben und Ergebnisse. Bonn, 2015. S. 164.

⁸²² Vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG): Jahresbericht 2019. Aufgaben und Ergebnisse. Bonn, 2020. S. 197.

⁸²³ Vgl. Jansen 2010, S. 47.

Vgl. Knie/Simon 2010, S. 35.

⁸²⁴ Vgl. Lüthje, Jürgen: Aktivierendes Wissenschaftsmanagement in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 262 – 279. S. 267.

⁸²⁵ Vgl. Knie/Simon 2010, S. 35.

⁸²⁶ Vgl. Hohn 2010, S. 475.

⁸²⁷ Vgl. Lüthje 2010, S. 276.

Vgl. Stucke 2010, S. 371.

⁸²⁸ IEKE 2016, S. 19.

zwischen den Hochschulen und der AuF, die gemeinsam von der Exzellenzinitiative profitieren konnten. Unvorhergesehen kam es dadurch zum Wettbewerb zwischen Universitäten, extramuralen Forschungseinrichtungen und zwischen den Wissenschaftsorganisationen. Positiv zu vermerken ist die hierbei erfolgte Netzwerkbildung über die Grenzen einzelner Bundesländer hinweg. Generell hat die Exzellenzinitiative die Kooperationskultur in Deutschland deutlich vorangetrieben. Es sind neue und beständige Verbünde zwischen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen entstanden, die international sichtbar und konkurrenzfähig sind.⁸²⁹ Die Koordination verschiedener Einrichtungen einer Region bietet einen echten Wettbewerbsvorteil, deren Nutzen und mögliche Implementierung derzeit vom WR ausgearbeitet werden. Die Expertise wurde für die zweite Jahreshälfte 2017 angekündigt und sollte der Politik eine Strategie vorschlagen, wie solche Verbünde gestärkt und Best Practices bestimmt werden können, um die Profilbildung und Leistungsfähigkeit im grenzübergreifenden Wettbewerb zu stärken.⁸³⁰ Die Veröffentlichung erfolgte letztlich im Januar 2018 und umfasste eine entsprechende Darstellung der „Möglichkeiten der wissenschaftspolitischen Unterstützung“⁸³¹.

Die Exzellenzinitiative ist eine von drei umfassenden Maßnahmen zur Förderung der Hochschulen und der Wissenschaft, die zusammen oft als „Paket der Pakte“⁸³² bezeichnet werden. Der Pakt für Forschung und Innovation (PFI) ist ein Versuch von Bund und Ländern, die Wettbewerbsfähigkeit der AuF zu sichern. 2005 beschlossen, wurde der PFI im Jahr 2009 von der GWK bis 2015 verlängert und anschließend bis 2020 fortgeschrieben. Im Kern soll die Finanzierungsgrundlage der AuF jährlich um zunächst 3% und ab 2011 um 5% erhöht werden. Die so verfügbar gemachten Ressourcen sollen dazu genutzt werden, das Wissenschaftssystem dynamisch weiterzuentwickeln, europäische und internationale Kooperationen auszubauen, den Austausch mit den anderen Subsystemen zu stärken, Nachwuchsförderung zu betreiben und Chancengleichheit durchzusetzen.⁸³³ Den letzten Teil des Pakets bildet der Hochschulpakt 2020 (HSP), der in seine dritte Programmphase getreten ist. Im Angesicht der steigenden Studierendenzahlen und der doppelten Abiturjahrgänge verfasste die HRK 2005

⁸²⁹ Vgl. Hohn 2010, S. 472f.

⁸³⁰ Vgl. Wissenschaftsrat (WR): Arbeitsprogramm des Wissenschaftsrates Januar – Juli 2016. Drs. 5119-16. Berlin, 2016a. S. 18f.

⁸³¹ Wissenschaftsrat (WR): Empfehlungen zu regionalen Kooperationen wissenschaftlicher Einrichtungen. Drs. 6824-18. Berlin, 2018b. S. 41.

⁸³² Allianz der Wissenschaftsorganisationen: Paket der Pakte – Weiterentwicklung des deutschen Wissenschaftssystems. Eckpunktepapier. Bonn, 2013. (https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2013_06_12_Eckpunktepapier_Allianz.pdf, 15.12.2019)

⁸³³ Vgl. ebd., S. 4.

Vgl. Gaehtgens, Peter: Die Exzellenzinitiative im Kontext Bund/Länder-finanzierter Forschungsförderprogramme. Arbeitspapier 1 01/2012. Berlin, 2012. S. 17. (https://edoc.bbaw.de/files/1276/BBAW_Wissenschaftspolitik_im_Dialog_1_2.Auflage_A.pdf, 25.07.2021)

Vgl. Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK): Pakt für Forschung und Innovation. Monitoring-Bericht 2016. Materialien der GWK Heft 47. Bonn, 2016. S. 4. (https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/GWK-Heft-47-PFI-Monitoring-Bericht-2016__1_.pdf, 24.04.2018)

eine Empfehlung, die als Basis für die 2007 von Bund und Ländern beschlossene Verwaltungsvereinbarung diene. Demnach sollte ein Pakt geschlossen werden, um die Aufnahmekapazitäten zu erhöhen, den Bologna-Prozess zu stemmen, Studierbarkeit zu gewährleisten und die Qualität der Lehre zu sichern.⁸³⁴ Im Dezember 2014 einigten sich Bund und Länder auf eine Fortsetzung des HSP über das Jahr 2020 hinaus. Die Verwaltungsvereinbarung sieht nun eine Laufzeit bis 2023 vor und regelt die Finanzierung der dritten, finalen Programmphase.⁸³⁵ Generell dienen die umfassenden Maßnahmen zur Förderung von Hochschulen und Wissenschaft einen mehrfachen Nutzen. Neben der nachhaltigen Stärkung des Wissenschaftssystems wurde das Paket der Pakte auch dafür eingesetzt, um den Governancewandel zu beschleunigen. Kooperationsanreize wurden gesetzt und die Kooperationsanbahnung erhielt durch den Pakt für Forschung und die Exzellenzinitiative eine Eigendynamik, was der Vernetzung einzelner Wissenschaftsbereiche Vorschub gewährte.⁸³⁶

Das Paket der Pakte und die Exzellenzstrategie sind exemplarisch für die neue Governance der Wissenschaft. Sie etablieren neue Strukturen, neue Akteurinnen und Akteure oder neue Mechanismen der Kontrolle. Zur Koordination der Interaktion der beteiligten Parteien sind komplexe Regelungsketten notwendig. Anders als bei Steuerungsmodellen fällt die simple Subjekt-Objekt Beziehung mit asymmetrischen Machtverhältnissen weg. Auch die einfache Qualitätskontrolle durch den Abgleich einer Zielvorgabe, die einer klar definierten Intention folgt, ist in diesem System nicht möglich. Governance bringt neue Prozesse mit sich, die gegenseitige Observation und Wettbewerb bedeuten sowie zur Ausformung neuer informeller Regeln führen.⁸³⁷ Diese zusätzliche Undurchsichtigkeit in Zeiten der bereits komplizierten Grenzziehung erschwert die Domänenabgrenzung noch zusätzlich.⁸³⁸ Zusätzlich erhalten externe Interessengruppen größeres Potenzial zur Einflussnahme auf Forschung und Lehre und die involvierten Entscheidungsprozesse.⁸³⁹ Die Kontrollmechanismen und Koordinationsanforderungen von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik sind hierbei nicht direkt kompatibel. Die Neue Governance versucht daher auch, die verschiedenen Methodiken miteinander abzustimmen.⁸⁴⁰

⁸³⁴ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Bekanntmachung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern über den Hochschulpakt 2020, in: Bundesanzeiger Nr. 171 vom 12. September 2007 (S. 7480). Berlin, 2007. S. 1. Vgl. Hochschulrektorenkonferenz (HRK): Chance, nicht Last: Empfehlungen für einen „Hochschulpakt 2020“ zur Bewältigung des zu erwartenden Anstiegs der Studierendenzahlen. Bonn, 2005. (https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Beschluss_Hochschulpakt_2020.pdf, 24.04.2018)

⁸³⁵ Vgl. Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK): Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91b Absatz 1 Nummer 2 des Grundgesetzes über den Hochschulpakt 2020, in: Bundesanzeiger AT 15.04.2015 B6. Bonn, 2015b. S. 1.

⁸³⁶ Vgl. Hohn 2010, S. 468, 471 und 475.

⁸³⁷ Vgl. Jansen 2010, S. 40.

⁸³⁸ Vgl. Hohn 2010, S. 475.

⁸³⁹ Vgl. Jansen 2010, S. 44.

Vgl. Lange, S. 2010, S. 350.

⁸⁴⁰ Vgl. Knie/Simon 2010, S. 34f.

Es kann somit auf eine paradoxe Wirkung in Bezug auf die Autonomie der Wissenschaft hingewiesen werden. Zum einen lautet die Prämisse, gerade den Hochschulverwaltungen mehr Kontrolle und eigenständigere Entscheidungsstrukturen zu bieten, die durch mehr Kontrollen und Rechenschaftspflichten gerechtfertigt werden. Die Stärkung der Governance ist daher eines der erklärten Ziele der Exzellenzstrategie. Auch außerhalb dieser Fördermaßnahmen nehmen die Entscheidungs- und Leitungskompetenzen der Wissenschaftsverwaltung zu und die Führungsetagen erhalten neue Flexibilität in der Personal- und Finanzplanung.⁸⁴¹ Auf der anderen Seite gibt es Hinweise auf einen Kompetenzverlust der wissenschaftlichen Selbstverwaltung. Die Neue Governance schränkt die Handlungsautonomie ein, indem Handelnde unter Zugzwang geraten, am Wettbewerb teilzunehmen, um Relevanz zu bewahren. Sie weitet Handlungsoptionen und Kooperationsmöglichkeiten aus, schränkt durch die Kopplung von Mittelvergabe an Leistung im selben Zug wieder ein.⁸⁴² Durch die Rechenschaftspflichten entsteht ein Spannungsverhältnis zur wissenschaftlichen Autonomie, da die Verpflichtung zur Messbarkeit im Kontrast zur Forschungsfreiheit stehen kann. Diese Konflikte entfalten sich zwischen der Komplexität der Forschung, der Autonomie des einzelnen Forschenden und nicht immer messbarer Progression auf der einen sowie effizienten Evaluationsverfahren, der gesellschaftlichen Verpflichtung und dem Kontrollbedarf auf der anderen Seite.⁸⁴³

Die neuen Regulierungselemente haben auch Einfluss auf die Beziehung zwischen Staat und Wissenschaft. Neue Akteurinnen und Akteure sowie vermittelnde Instanzen sind auf den Plan getreten, die für Evaluationen und Akkreditierungen zuständig sind. Ihre Funktion zur Erhebung und Bewertung von Leistungsdaten sind ein Schlüsselement der Neuen Governance. Mit ihnen wird es möglich, einen Erwartungshorizont abzustecken, die Anpassung der Wissenschaft an die Vorgaben zu überprüfen und die vertikale Differenzierung der Forschungslandschaft etablieren.⁸⁴⁴ In dieser Beziehung zwischen Staat und akademischer Administration werden Zielvereinbarungen verfasst, um diese Prozesse einzuleiten und gegenseitige Absprachen zu treffen. Zu detaillierte Vorgaben widersprechen in diesem Verfahren den Prinzipien der Neuen Governance. Dennoch versucht die Politik noch häufig, enge Vorgaben durchzubringen und so an der Lenkung der Wissenschaft teilzuhaben, da an manchen Stellen dem Weg der Autonomie der Selbstverwaltung nicht vollumfänglich vertraut wird.⁸⁴⁵

⁸⁴¹ Vgl. Lühje 2010, S. 267f.

Vgl. Matthies, Hildegard/Zimmerman, Karin: Gleichstellung in der Wissenschaft, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 193 – 209. S. 193 und 205. S. 203.

⁸⁴² Vgl. Edler, Jakob/Kuhlmann, Stefan: Integration of European Research Systems. A Multidimensional Phenomena, in: Jansen, Dorothea (Hrsg.): Towards a European Reserach Area. Proceedings of a Research Conference at the German Research Institute for Public Administration Speyer. Interdisziplinäre Schriften zur Wissenschaftsforschung Band 13. Baden-Baden, 2012. S. 71 – 93. S. 88.

Vgl. Matthies/Zimmermann 2010, S. 203.

⁸⁴³ Vgl. Wissenschaftsrat (WR): Empfehlungen zur Zukunft des Forschungsratings. Drs. 3409-13. Mainz, 2013c. S. 15.

⁸⁴⁴ Vgl. Jansen 2010, S. 39.

⁸⁴⁵ Vgl. Lühje 2010, S. 269f und 277.

Zur Verstetigung der Qualitätssicherung und zur Rückbindung an die finanzierenden Organe, um eine Kontrolle der abgesprochenen Ziele und ihrer Progression zu gewährleisten, sind umfassende Berichterstattungsmaßnahmen fester Teil dieser wettbewerbsorientierten Fördermaßnahmen. Die Datenerhebung und ihre Dokumentation sind definierende Bausteine der Wettbewerbsorientierung, sorgen dadurch aber auch für den komparativen Leistungsbezug und tragen so zur weiteren Differenzierung in der Wissenschaftslandschaft bei. Auch die GWK weist darauf hin, dass mit dem konstanten Monitoring die kommenden Finanzausstattungen und die Abgrenzungen zwischen einzelnen Institutionen ausgemessen werden.⁸⁴⁶

Für diese Abläufe sind Evaluationen notwendig. Sie erlauben den Erwerb größerer Autonomie durch neue Rechenschaftspflichten, da die Überprüfung von Ergebniskorridoren möglich wird. Sie können auch der Rechtfertigung der Öffentlichkeit gegenüber dienen, was durch die Investition von Steuermitteln produziert und welcher Nutzen aus Forschung gewonnen wird. Hierdurch kann die Neue Governance auch als Rechenschaftsdelegation von der Politik auf die Wissenschaft gesehen werden, was die Frage nach ihrer Verantwortung und Rolle in der Gesellschaft noch verstärkt.⁸⁴⁷ In dieser Zusammensetzung und durch die leistungsgebundene Mittelvergabe ist eine Datenerhebung manchmal mehr als ein reiner Abgleich von Daten. Rankings, Ratings und Indexe haben einen konkreten Einfluss auf die Entwicklung von Forschung und Lehre. Evaluationen sind keine simplen Datensammlungen, sondern konkreter Teil des Transformationsprozesses, der auf neue Kontrollen und Koordinationsmethoden abstellt.⁸⁴⁸ In der Neuen Governance sind sie unverzichtbarer Teil der Qualitätssicherung und Leistungsbewertung. Evaluationen können sich auf Ergebnisse und Methoden von Forschung und Lehre beziehen, administrative Aspekte abdecken oder auch Serviceleistungen durchleuchten. Durch Empirie, externe Gutachten, fachspezifische Rankings oder Benchmarks wird Vergleichbarkeit gewährleistet und eine zielgerichtete Steuerung der Veränderungsprozesse ermöglicht.⁸⁴⁹ Die Nutzbarkeit für die Wissenschaftspolitik liegt hierbei direkt auf der Hand. Sie bieten eine datenbasierte Möglichkeit der Komplexitätsreduktion.⁸⁵⁰ Durch den vergleichenden Blick auf Fachbereiche und Institutionen bieten Evaluationen robuste Informationen für strategische Entscheidungen. Wissenschaftsintern ermöglichen sie eine kritische Reflexion und Indikation guter Forschungspraxis. Sie markieren Entwicklungen in den einzelnen Fächern und ermöglichen Analysen struktureller Aspekte, die dabei helfen, die Wissenschaftslandschaft in Deutschland weiterzuentwickeln. Evaluationen visualisieren außerdem Leistungspotenziale und Profile, was die Findung nationaler und internationaler Kooperationen vereinfacht.⁸⁵¹

⁸⁴⁶ Vgl. Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK): Pakt für Forschung und Innovation. Monitoring-Bericht 2008. Bonn, 2008. S. 1f. (<https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/Monitoring-Bericht-PFI-2008.pdf>, 24.04.2018)

Vgl. Hohn 2010, S. 471.

⁸⁴⁷ Vgl. Lange, R. 2010, S. 328.

⁸⁴⁸ Vgl. Knie/Simon 2010, S. 34.

⁸⁴⁹ Vgl. Lühje 2010, S. 271ff.

⁸⁵⁰ Vgl. Lange, R. 2010, S. 327.

⁸⁵¹ Vgl. WR 2013c, S. 9f und 29.

Der WR weist darauf hin, dass Ratings, Rankings und andere Bewertungsverfahren oft methodische Mängel aufweisen, was mit Blick auf ihre wissenschaftspolitische Tragweite nicht hinnehmbar ist. Ein weiteres Problem, das der WR identifiziert, ist der Ressourcen- und Zeitaufwand, den Forschende und Institutionen aufbringen müssen. Am fatalsten sind jedoch konkrete Auswirkungen auf die eigentliche Forschung. Es besteht die Gefahr, dass Quantität über Qualität gestellt wird und Forschungsvorhaben mit geringen Risiken angestrebt werden, was wiederum zu einem Mainstreaming der Wissenschaft führt. Die Bedeutung eines guten Ranges könnte die Relevanz guter und innovativer Forschung ablösen. Als Elemente einer guten Praxis der Forschungsbewertung benennt der WR methodische Qualität, der durch Pilotstudien belegte Mehrwert der fachspezifischen Anpassung von Evaluationen, das Vorliegen einer breiten Verwertungsstruktur der Ergebnisse und Lernfähigkeit durch Qualitätsmanagement.⁸⁵²

Der Wandel durch die Neue Governance und ihre Methoden bringt also auch positive Effekte für die Beteiligten mit sich. Dieser Schritt ist leicht nachvollziehbar, da Wettbewerbsteilnehmende mit besserer Eigenkontrolle und Lenkungsfähigkeit eine Anpassungsfähigkeit besitzen, die ihnen Vorteile verschafft.⁸⁵³ Gerade in der Wissenschaft ergibt die Stärkung der inneren Strukturen Sinn und sorgt für einen leistungsfähigeren Betrieb, der nicht der Gegenstandsrealität hinterherhinkt. Wie der Imboden-Bericht jedoch zeigt, ist es schwer, die Qualität der Forschungsarbeit direkt auf die systemischen Veränderungen zurückzuführen. Dennoch bleibt es eine Vermutung, dass die Neue Governance auf lange Sicht zu einer Leistungssteigerung des Wissenschaftsbetriebs führen kann, da es zu einer Umverteilung der knappen Ressourcen hin zu den produktivsten Institutionen und Forschenden kommt und vor Ort die strategischen Entscheidungskompetenzen der Führungsebene so ausgeprägt sind, dass die richtigen Entscheidungen getroffen und gute Investitionen getätigt werden können.⁸⁵⁴ Die Mechanismen der Neuen Governance eröffnen deutschen Wissenschaftseinrichtungen damit Gestaltungsoptionen, über die andere Wettbewerbsteilnehmende bereits verfügen.⁸⁵⁵ Doch durch die Leistungsfixierung und den Wettbewerbsgedanken ist sie auch direkt für die Ökonomisierungsproblematik der Forschung mitverantwortlich. Es entsteht die Gefahr, dass kurzfristig verwertbare Wissenschaft einen Verdrängungseffekt auf langfristig angelegte und nicht zeitnah transferierbare Grundlagenforschung ausübt. Ebenfalls möglich ist eine Verschiebung der intrinsischen Motivationslage der einzelnen Forschenden, welche die Ausrichtung ihrer Arbeit im Wettbewerb vom Wissensdurst auf den Ressourcendurst verschieben. Die anwendungsorientierte Forschung ist von dieser Veränderung noch am wenigsten betroffen.⁸⁵⁶ Die anvisierte vertikale Differenzierung könnte im Extrem zu einer Zweiklassenforschung führen und

⁸⁵² Vgl. WR 2013c, S. 7 und S. 13f.

⁸⁵³ Vgl. Hornbostel 2010, S. 298.

⁸⁵⁴ Vgl. Schubert/Schmoch 2010, S. 254.

⁸⁵⁵ Vgl. Lüthje 2010, S. 277.

⁸⁵⁶ Vgl. Schubert/Schmoch 2010, S. 254.

Ungleichheiten, die es jetzt schon zwischen Bundesländern und Regionen gibt, verstärken und festigen. Durch die Bündelung von Kompetenzen und Ressourcen an wenige Orte kommt es zu einer Monopolisierung, die auch den Nachwuchs und die wissenschaftlichen Vorstöße aus kleineren Institutionen einschränken und so den innerdeutschen Wettbewerb verzerren.⁸⁵⁷

Neben gesamtsystemischen Effekten ergeben sich durch die Neue Governance auch bei den einzelnen Elementen des Wissenschaftsbetriebs der Bundesrepublik direkte Auswirkungen. Alle Forschungszweige und Institutionen haben die neue Governance mitsamt Ökonomisierungs- und Wettbewerbsmechanismen aufgenommen. Die verschiedenen Forschungsfelder haben die Änderungen jedoch unterschiedlich stark durchgeführt. Es ist dabei nicht verwunderlich, dass die veränderungsresistente AuF am wenigsten von den Transformationen betroffen ist.⁸⁵⁸ Durch ihre vergleichsweise klaren Domänengrenzen hat der Wettbewerb lange Zeit nicht wirklich Fuß fassen können. Mittlerweile gibt es auch in der AuF einen Governancewandel, den man mit einem defensiven Entgegenkommen bei gleichzeitiger Kontrollwahrung bezeichnen kann. Die Verbesserung der Leitungsstrukturen haben dazu geführt, dass die einzelnen Wissenschaftsorganisationen an der Spitze gestärkt wurden, während einzelne Einrichtungen unter ihrer Schirmherrschaft schwächer dastehen. Die Leitungsgremien haben nicht nur durch neue Modi der Ressourcenallokation mehr Einfluss auf die Forschungsausrichtung ihrer Subinstitutionen erhalten.⁸⁵⁹ Viele Hochschulen haben in den letzten Jahren zusätzlich an Autonomie hinzugewonnen, die Hand in Hand mit einer Zentralisierung von Entscheidungskompetenzen bei ihren Leitungsgremien ging. Zunehmend werden personelle und strukturelle sowie inhaltliche oder auch curriculare Entscheidungen durch die Hausleitung getroffen. Die Entwicklung zur autonomen Hochschule beschreibt also nicht unbedingt ein mehr an Freiheit, sondern stellt auch auf eine Verlagerung der Zuständigkeiten und Entscheidungsmöglichkeiten ab.⁸⁶⁰

Wenngleich Hochschulleitungen in ihrer Entscheidungskompetenz und Lenkungsfähigkeit gestärkt wurden, verliert ihre Selbststeuerung an Bedeutung. Sie müssen sich am internationalen und innerdeutschen Wettbewerb um verknappte Ressourcen orientieren und ihre Strategien daran ausrichten.⁸⁶¹ Ministerien delegieren Verantwortungen an die Hochschulen, die sich dabei aber nicht einem ökonomisierenden Systemzwang entziehen können. Außerdem ergibt sich durch die Kontrollmechanismen der Neuen Governance und die erweiterten Berichtspflichten ein Ausgleich, der die Hochschulen in das Gesamtsystem einbindet, ihnen in der konkreten Ausformung ihrer Strategie aber größere Freiräume lässt. Wenn man jedoch im

⁸⁵⁷ Vgl. Jansen 2010, S. 46ff.

Vgl. Seckelmann 2010, S. 239.

⁸⁵⁸ Vgl. Jansen 2010, S. 47.

⁸⁵⁹ Vgl. Hohn 2010, S. 468ff.

Vgl. Jansen 2010, S. 44.

⁸⁶⁰ Vgl. Kühl, Stefan: Die neue Macht der Präsidien und Rektorate, in: Süddeutsche Zeitung vom 11. Oktober 2011.

⁸⁶¹ Vgl. Jansen 2010, S. 39

Konzert der Großen mitspielen möchte, bleibt kaum eine andere Wahl, als sich den Vorgaben der Förderprogramme anzupassen. Deren Autorität ergibt sich nicht nur aus den finanziellen Anreizen. Auch die Expertise, die der Ausgestaltung der Neuen Governance durch den WR oder die IEKE bereitgestellt wurde, hat Leitwirkung. Sie verweist darauf, was Spitzenforschung definiert und appelliert so an Hochschulleitungen und die Führungsebenen wissenschaftlicher Organisationen, sich in dieselbe Richtung zu bewegen. Durch diesen internen und externen Druck wandelt sich die Hochschulorganisation. Die Institutionen selbst entwickeln sich zu Marken, die auf dem Markt positioniert werden können, um die geforderte Profilbildung zu bewirken. Auch die Strukturen innerhalb der Hochschulen verändern sich. Es kommt zur Gründung von Hochschulräten und Rektorate werden in Präsidien überführt. Neben einer Kompetenzsteigerung der Universitätsleitungen kommt es also zu einer generellen Neuverteilung der Aufgaben zwischen den Hochschulorganen.⁸⁶²

Die Neue Governance hat zu fundamentalen Veränderungen in der deutschen Forschungslandschaft und an den Hochschulen geführt. Das Handlungsgewebe, Zuständigkeiten und grundlegende Motivationsprinzipien wurden auf Basis der Ökonomisierung stärker in Richtung Wettbewerb und Leistungsdifferenzierung verschoben. Auch wenn erste Einschätzungen über potenzielle Konsequenzen möglich sind, können alle Effekte der Neuen Governance noch nicht vorhergesehen werden. Nicht zuletzt deshalb müssen die Veränderungsprozesse konstant beobachtet werden. Aber auch die Wissenschaftspolitik rückt in den Aufmerksamkeitsfokus. Ihre Entscheidungen, Vorgaben und Strategien müssen in diesem Prozess laufend auf den Prüfstand gestellt werden. Die Verantwortung liegt hierbei nicht nur bei der Politik, sondern explizit auch bei den Wissenschaftsorganisationen und den großen Fachgesellschaften. Die Weiterentwicklung der Governance und ihrer Methoden ist eines der prominentesten und wichtigsten Themen der deutschen Wissenschaftspolitik der Gegenwart.

4.2.3.) Aktuelle Herausforderungen und Zielsetzungen

In den vorangegangenen Kapiteln wurde bereits auf einen Großteil der gegenwärtigen Problemstellungen und Anforderungsprofile für die Wissenschaftspolitik allgemein eingegangen. Der interne Wettbewerb und die Konkurrenz zwischen den Forschungslandschaften einzelner Nationen sowie der konstante Innovationszwang sind Aufgabenschwerpunkte für die Wissenschaft und die Politik zugleich. Gerade auch die Bundesrepublik hat Lehren aus der Vergangenheit gezogen, in der man teilweise zu spät oder zu wenig in die technologische Expansion investiert hat.⁸⁶³ Innovationsfähigkeit, die Bildung gesellschaftlicher Mehrwerte und die Transferfähigkeit wissenschaftlicher Erkenntnis durch eine Forschungslandschaft von Weltrang sind

⁸⁶² Vgl. Seckelmann 2010, S. 234ff.

⁸⁶³ Vgl. Krieger 1987, S. 259.

erklärte Dauerziele der deutschen Wissenschaftspolitik. Eng damit verbunden sind Herausforderungen durch die Neue Governance und die Ökonomisierung der Forschung. Wie bereits adressiert, ergeben sich ein großer Teil der aktuellen Problemstellungen aus den veränderten Status von Wissen, Wissenschaft und Forschung sowie den Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Subsystemen. Als Teil einer modernen Demokratie soll die Wissenschaft ihren Beitrag zur Deliberation leisten, muss Wissenschaftskommunikation betreiben und Gesellschaftsberatung anbieten.

Neben diesen kritischen Herausforderungen, die sich in unterschiedlichen Ausprägungen allen führenden Forschungsnationen stellen, gibt es noch weitere Anforderungen und Themenbereiche, die für die wissenschaftspolitische Gestaltung und ihre Beratung in der Bundesrepublik von großer Bedeutung sind. Auch wenn es im gegebenen Rahmen nicht möglich ist, alle Problemfelder und Entwicklungsziele erschöpfend darzustellen, soll eine Skizze erstellt werden, die für die Bewertung des Beratungssystems in der Wissenschaftspolitik herangezogen werden kann. Von besonderem Interesse sind auch zwei Bereiche, in denen es zu starken Umbrüchen gekommen ist oder kommen kann, die gerade für Politikberatung in Forschungs- und Hochschulpolitik von Belang sind.

Die Veröffentlichungen politikberatender Gremien sind eine Quelle, um nach Anhaltspunkten für derzeitige Aufgabenfelder zu suchen. Durch seine signifikante und auf Bund und Länder ausgerichtete Beratungsleistung bietet es sich an, die Publikationen des WR für die Identifikation von Problemen und Zielen zu verwenden. In den „Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems“ beschreibt er zentrale Aspekte für dessen Weiterentwicklung. Zum einen muss das System den Anforderungen entsprechen können, die Politik, Wirtschaft, Kultur und Öffentlichkeit an sie stellen. Der WR betont, dass die Wissenschaft in einem dialogischen Kontakt mit der Gesellschaft steht und ein Austausch stattfinden muss. Die Planung der Wissenschaft im Angesicht knapper werdender öffentlicher Ressourcen, wie im Kapitel zur Neuen Governance dargestellt, gehört ebenfalls zu den Hauptaufgaben. Thematisch muss sich die Wissenschaft auch mit dem demographischen Wandel und der Globalisierung auseinandersetzen. Diese Herausforderungen unterstreichen die globale Perspektive von Forschung und die Bedeutung internationaler Kooperation in Fragen grenzüberschreitender Probleme, die in Kapitel 4.1. ausgeführt wurden.⁸⁶⁴ Als Entwicklungsziel benennt der WR dafür ein „vielfältiges, funktional und auch institutionell differenziertes Wissenschaftssystem, [...] das vielfältig kooperativ und wettbewerblich miteinander vernetzt ist.“⁸⁶⁵

Zu den Zukunftsthemen gehört auch die bereits angesprochene Digitalisierung von Forschung und Lehre. Neben den Möglichkeiten und Herausforderungen, die durch die Computerisierung und Vernetzung für die Politik entstehen, muss sich auch die Wissenschaft mit

⁸⁶⁴ Vgl. WR 2013b, S. 5ff.

⁸⁶⁵ Ebd., S. 9.

diesen Fragen befassen. Ein deutlicher Fingerzeig für die Relevanz des Themas war der Titel des Forschungsgipfels 2016 „Digitalisierung im Fokus“⁸⁶⁶. Das Symposium, das von der Leopoldina, dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Stifterverband) und der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) veranstaltet wurde, brachte Wissenschaft und Wirtschaft an einen Tisch, um über das Innovationspotenzial der Digitalisierung zu diskutieren. Dabei ging es um Kompetenzen, die für eine erfolgreiche Digitalisierung nötig sind und durch sie entstehen, welche neuen Kooperation im Innovationssystem entstehen und welche Rahmenbedingungen eine optimale Nutzung der Potenziale ermöglichen.⁸⁶⁷

Die Digitalisierung ist ein Querschnittsthema für verschiedene Politikfelder. Neben der Wissenschaftspolitik ist es z.B. auch in der Wirtschafts- und Innovationspolitik notwendig, Weichenstellungen für die Weiterentwicklung durch Computertechnologien zu fällen, damit der Standort Deutschland seine Position wahrt. Die Bedeutung dieser Aufgabe wird auch durch die Hightech-Strategie ausgedrückt, in der sich ein Arbeitsbereich explizit auf die digitale Wirtschaft und Gesellschaft bezieht. Die gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozesse werden als zentrale Zukunftsaufgaben gesehen, um die Innovationskraft der Bundesrepublik, beispielsweise durch die vernetzte Produktion in der Industrie 4.0, zu gewährleisten.⁸⁶⁸ Zur präziseren Steuerung dieser Prozesse hat die Bundesregierung auch die sogenannte Digitale Agenda verabschiedet, die ebenfalls Potenziale für Forschung und Lehre definiert. Auch die Digitale Strategie 2025 und das Grünbuch Digitale Plattformen dienen der Identifikation von Möglichkeiten und gemeinschaftlicher Aufgaben für Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und andere Teile der Gesellschaft. Durch den digitalen Wandel wird eine erweiterte internationale Perspektive ermöglicht, da sich die Kommunikationswege vermehren und so der Austausch über nationale Grenzen hinweg erleichtert wird. Aber auch innergesellschaftlich trägt die Digitalisierung zu Verbesserung der politischen Debatten bei, indem sie neue Wege der Partizipation bietet, Daten zur Entscheidungsfindung vernetzt und Verwaltungsabläufe beschleunigt. Hierfür gilt es, die Informationsinfrastrukturen auszubauen, damit der Zugang zu Wissen erleichtert und die Verfügbarkeit gesteigert wird. Für die Wissenschaft ist der Ausbau der Forschungsinfrastrukturen von Relevanz, deren Entwicklung nun auch von einem neu zu gründenden Rat für Forschungsinfrastrukturen unterstützt werden soll. Auf diesem Weg sollen die Chancen der Digitalisierung als Innovationsherd optimal genutzt werden. Neue Kommunikationswege und Möglichkeiten der wissenschaftlichen Kollaboration sollen erschlossen werden. Zugleich müssen konkrete technische Umsetzungen, die Einfluss auf den Forschungsalltag haben, weiterentwickelt werden. Als Beispiele dienen hier die Nutzung von Big Data für die Lebenswissenschaften, der Einsatz von Hochleistungsrechnern für Forschungszwecke oder

⁸⁶⁶ <https://forschungsgipfel.de/download/file/fid/18> (19.05.2021)

⁸⁶⁷ Vgl. ebd.

⁸⁶⁸ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Die neue Hightech-Strategie. Innovationen für Deutschland. Berlin, 2014b. S. 16f.

die Digitalisierung einzelner Forschungszweige. Die Möglichkeiten, die sich für Lehre und Bildung ergeben, müssen ebenfalls ausgelotet und konsequent umgesetzt werden. Hierfür muss auch die Wissenschaft zur Verantwortung gezogen werden und die Effekte und Potenziale des digitalen Wandels sowie seiner Begleitfaktoren genauer zu erforschen. Dies soll unter anderem durch ein interdisziplinär angelegtes Forschungsinstitut in öffentlicher Hand erfolgen, dessen Hauptaufgabe darin bestehen soll, die Möglichkeiten für den Wissenschaftsstandort Deutschland zu sondieren. Die Chancen und Risiken der Digitalisierung müssen darüber hinaus Untersuchungsgegenstände der Technikfolgenabschätzung sein.⁸⁶⁹

Die Digitale Strategie 2025 der Bundesregierung erschließt zusätzlichen Handlungsbedarf. Zum einen müssen die Normierung und die Standardisierung von Daten sowie Prozessen vorangetrieben werden. Außerdem müssen Fortschritte in der rechtlichen Rahmgebung bis auf die europäische Ebene erzielt werden, die Verbraucherschutz, Datenschutz und Transparenz sichern. Gesamtgesellschaftlich gesehen kann durch die Regulierung des Schutzes persönlicher Daten mehr Vertrauen in den digitalen Fortschritt gewonnen werden, wofür die Datenschutzgrundverordnung ein erster Schritt war. Bislang stellt die Digitalisierung das bestehende Verständnis von Privatsphäre auf die Probe und gefährdet die informationelle Selbstbestimmung. Zeitgleich gibt es Spannungen zwischen digitaler Freiheit und Sicherheit sowie durch die Redefinition davon, was privat und was öffentlich ist.⁸⁷⁰ Die Herausforderungen an Datenschutz und Informationssouveränität betrifft dabei Bürgerinnen und Bürger, die Politik, die Wirtschaft und die Wissenschaft zugleich. Gleiches gilt für Fragen, die Privatbesitz, geistiges Eigentum und Urheberrechte betreffen, die gerade durch den Ruf nach freiem Datenzugang und Open-Access-Vorstößen auf der Agenda stehen.⁸⁷¹ Neue gesetzliche Regelungen, die den Rahmen für die Optimierung der Effekte der Digitalisierung und den Schutz des Individuums vereinbaren, müssen dennoch innovationsfreundlich und zukunftsgerichtet sein, so die Forderung der Politik.⁸⁷²

Aufgrund der Bedeutungsschwere der Thematik hat auch das BMBF die Digitalisierung zu einem ihrer Schwerpunktthemen ernannt und ihr die Bezeichnung des „Megatrends“⁸⁷³ verpasst. Die Definition, die der wissenschaftspolitischen Strategie des Ministeriums zugrunde liegt, erkennt an, dass der Wandel alle Bereiche des Lebens betrifft und die gesamte Gesellschaft vor der Herausforderung steht, den Nutzen zu maximieren und die Risiken zu minimieren. Technologien, die mit der Digitalisierung verbunden sind, sind Schlüssel der Innovations- und

⁸⁶⁹ Vgl. BMBF 2014b, S. 16f.

Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) et al.: Digitale Agenda 2014 – 2017. Berlin, 2014. S. 27f.

⁸⁷⁰ Vgl. BMWi et al. 2014, S. 27f.

Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi): Digitale Strategie 2025. Berlin, 2016a. S. 23ff.

⁸⁷¹ Vgl. BMWi et al. 2014, S. 26.

Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi): Grünbuch Digitale Plattformen. Berlin, 2016b. S. 52ff.

⁸⁷² Vgl. BMWi 2016a, S. 26.

⁸⁷³ BMBF 2014a, S. 28.

Wirtschaftskraft der Bundesrepublik.⁸⁷⁴ Auch die Wissenschaftskommunikation spiegelte die Signifikanz der Thematik wider, indem das Wissenschaftsjahr 2014 unter das Motto der digitalen Gesellschaft gestellt wurde.⁸⁷⁵ In der Auslegung konkreter Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte wird ebenso deutlich, dass die Digitalisierung einen hohen wissenschaftspolitischen Stellenwert einnimmt, was sich beispielsweise in den oben beschriebenen Ansätzen niederschlägt. In seiner Förderpraxis nimmt sich das BMBF ebenfalls der Aufgabe an und bietet beispielsweise Maßnahmen zur Unterstützung der Forschung der Arbeit im digitalen Zeitalter oder zum taktilen Internet an.⁸⁷⁶

Die aufgrund der Corona-Pandemie forcierten Vorstöße und Entwicklungen könnten eine neue Dynamik in der Digitalisierung von Forschung und Lehre angestoßen haben. Ohne die zum Teil ohne Erprobungsphase und auf kurzem Weg eingeführten digitalen Lehr- und Kommunikationsformate wäre der Betrieb der Hochschulen zum vollständigen Erliegen gekommen. Für zukünftige Entscheidungen und Maßnahmen kann daher wohl von mehr Mut und Vertrauen in die Technik und ihre Möglichkeiten ausgegangen werden. Neben der Forschung betrifft dies auch die Wissenschaftsadministration und vor allem die Lehre. Die Digitalisierung bietet Möglichkeiten, das Studium an die Lebensrealität der heterogenen Studierendenschaft anzupassen und neue Zugänge für mehr Studierende zu schaffen. Corona hat dabei aber auch vor Augen geführt, dass es noch immer große Defizite in der Infrastruktur und Digitalisierungskonzepten gibt. Zeitgleich dürfte die notwendige Rückendeckung der breiten Öffentlichkeit vorhanden sein, in die Digitalisierung von Forschung, Lehre und anderen Bildungseinrichtungen zu investieren. Die Wissenschaftslobby sollte es daher nicht verpassen, den Ball in der Luft zu halten, auch wenn die Politik, wie in Kapitel 2.1. beschrieben, nicht unbedingt bereits ist, den Schwung mitzunehmen.

4.2.3.1.) Internationalisierung und Europäisierung

An dieser Stelle könnten noch weitere Aktionsfelder der deutschen Wissenschaftspolitik ausgeführt werden. Von besonderem Interesse für die anstehende Untersuchung des Systems der Politikberatung sind jedoch vor allem zwei Bereiche, die durch ihren Einfluss auf die Wissenschaftslandschaft und das Aufgabenfeld der Expertinnen und Experten zu besonders großen Umbrüchen und Herausforderungen führen. Zum einen wäre die Internationalisierung bzw. Europäisierung der Wissenschaftspolitik zu nennen, die das Handlungsgefülle und die

⁸⁷⁴ Vgl. BMBF 2014a, S. 28.

⁸⁷⁵ Vgl. ebd., S. 226.

⁸⁷⁶ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Bekanntmachung – Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen für den Forschungsschwerpunkt „Arbeit in der digitalisierten Welt“ im Rahmen des FuE-Programms „Zukunft der Arbeit“ als Teil des Dachprogramms „Innovationen für die Produktion, Dienstleistung und Arbeit von morgen“, in Bundesanzeiger AT 26.02.2015 B2. Berlin, 2015a.

Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Richtlinien zur Förderung von Forschungsinitiativen auf dem Gebiet „5G: Taktiler Internet“ im Rahmen des Förderprogramms „IKT 2020 – Forschung für Innovationen“, in: Bundesanzeiger AT 07.12.2015 B4. Berlin, 2015c.

Verantwortungsstrukturen fundamental umgewälzt haben. Die internationale Ausrichtung stellt die Politik vor Regulierungs- und Verantwortungsprobleme, ist zugleich aber ein nötiger Schritt zur Forschungsk Kooperation in der Auseinandersetzung mit den GGH. Der zweite Aspekt, der im anschließenden Kapitel erörtert wird, entsteht in der Verbindung von Politikberatung und Expertise, die sich auf Ethik, Risiko und Technikfolgen bezieht. Der wissenschaftliche Fortschritt erneuert konstant den Debattenbedarf und sorgt mit Blick auf wissenschaftspolitische Beratung in der Bundesrepublik für besondere Herausforderungen.

Dass die Internationalisierung und Europäisierung der Forschung und der Hochschulen zu den Kernaufgaben der Wissenschaftspolitik gehört, wurde bereits mehrfach dargelegt worden. Um die Herausforderungen für die Politik, die Wissenschaft und ihre Beratung genauer zu erfassen, soll diesem Thema zunächst noch weitere Tiefe gegeben werden.

Die eindeutig internationale Perspektive moderner Wissenschaft versucht, gemeinschaftliche Kooperationen und die Koordination der Forschungsbemühungen zu verbessern. Ressourcen sollen geschont und durch die Vernetzung kluger Köpfe die grenzüberschreitenden GGH in globalisierten Anstrengungen angenommen werden. Zur selben Zeit befinden sich Forschende und Institutionen am Standort Deutschland im konstanten Wettbewerb mit anderen Nationen und Forschenden aus anderen Ländern. Gemeinschaftliche Forschung muss koordiniert und dabei die Interessen der Bundesrepublik vertreten werden. In dem Prozess der Europäisierung sind neue Institutionen wie der European Research Council (ERC) und neue Kooperationsfelder entstanden, wie die Vision der European Research Area (ERA) verdeutlicht. In den Hochschulen ist der Bologna-Prozess das untrügliche Bekenntnis zu mehr Europa und besserer Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse. All diese Veränderungen drängen Fragen nach neuen Standards oder Richtlinien auf und bedürfen der politischen Koordination.⁸⁷⁷

Eine Definition der Internationalisierung der Wissenschaft beschreibt neben der Ausweitung der Kooperationen und dem Wettbewerb staatlicher Forschungssysteme noch weitere Elemente. Sowohl Hochschulen als auch Forschungseinrichtungen setzen auf die Förderung von Mobilität. Auch das von ihnen produzierte Wissen soll unter diesem Motto kommuniziert, transferiert und vernetzt werden. Diese Veränderungen stellen große Herausforderungen für die nationalen Wissenschaftssysteme dar. Die Aufgabe der Politik ist es, die Internationalisierung zu verstetigen und zu fördern, ohne die Integrität der eigenen Forschungslandschaft und ihrer Interessen zu gefährden.⁸⁷⁸ Es ist bemerkenswert, dass entgegen der Dominanz nationalstaatlicher Interessen in der Wissenschaftspolitik eine solch starke Verpflichtung zu multilateralen Bemühungen zu verzeichnen ist.⁸⁷⁹ Natürlich muss hier angemerkt werden, dass sich

⁸⁷⁷ Vgl. Knie/Simon 2010, S. 34.

⁸⁷⁸ Vgl. Teichler 2010, S. 52.

⁸⁷⁹ Vgl. Edler/Kuhlmann 2012, S. 89.

viele Probleme der Gegenwart nicht innerhalb der eigenen Staatsgrenzen lösen lassen, so dass die internationale Kooperation auch zweckdienlich für die Sicherung des eigenen Wohlstands und der eigenen Sicherheit sind. Die GGH als besonders komplexe Problemstellungen benötigen eine ebenfalls komplexe Wissenschaft, die sich mit ihr beschäftigt. Entsprechende Forschungsvorhaben, die man auch als Big Science bezeichnet, werden heutzutage häufig durch die Aufteilung von Ressourcen und Aufgaben geschultert.⁸⁸⁰ Große Durchbrüche in der Forschung sind daher oft das Resultat internationaler Kooperationen. Das Überwinden nationaler und gerade auch regionaler Schranken durch den Aufbau intentionaler Kooperationsstrukturen durchbricht Verkrustungen auf personeller und fachlicher Ebene, die eine Maximierung der verfügbaren Wissensbestände und somit auch die Maximierung Forschungspotenzials verhindern.⁸⁸¹

Aufgrund des hohen Vernetzungsgrades, der großen Bedeutung der Internationalisierung der Wissenschaft und der jahrzehntelangen Bemühungen, gerade auch die europäische Spitzenforschung zusammenzuführen, gehen manche Stimmen sogar so weit, in Europa das „postnationale Zeitalter“⁸⁸² auszurufen. Aber auch empirische Indikatoren, wie beispielsweise die in Deutschland stark zugenommene Anzahl der Koautorenschaften mit europäischen Partnerinnen und Partnern zeigen, dass die Wissenschaftslandschaft mittlerweile auch grenzüberschreitend zu definieren ist.⁸⁸³ Die Aufgabe der Außenwissenschaftspolitik ist es dabei auch, den Standort nachhaltig zu gestalten, international zu positionieren und seine Stellung als Teil der technologisch-wissenschaftlichen Spitze zu bewahren. Die Nachfrage nach exzellenten Forschenden steigt im In- und Ausland. Finanzstarke und renommierte Institutionen außerhalb Deutschlands werben auch um hiesige Spitzenkräfte und konkurrieren um Nachwuchsforschende aus aller Welt. Die zunehmende Vernetzung der Wissenschaft bei zeitgleicher Konkurrenz ist eines der Definitionsmerkmale der Internationalisierung.⁸⁸⁴

Gewisse Widersprüchlichkeiten ergeben sich noch an anderen Stellen. Die zunehmende Internationalisierung, die sich entgegen dem in der Wissenschaftspolitik dominierenden Souveränitätsgedankens entfaltet, führt im selben Zug auch zu einem Wiedererstarken national orientierter Politik, die als Gegenbewegung verstanden werden kann. Energie gewinnt sie unter anderem daraus, dass für Teile der Gesellschaft die EU nur eine Wirtschaftsunion ist. Das lässt die Sorge aufkommen, dass beispielsweise durch eine Europäisierung der Hochschulpolitik auch unweigerlich eine wirtschaftsnähere Ausgestaltung erfolgen wird. Widersprüchlich ist jedoch vor allem die generelle Entwicklung, die sich in den beiden Zweigen der Wissenschaftspolitik abgezeichnet hat. Die Hochschulpolitik ist vor allem dadurch gezeichnet,

⁸⁸⁰ Vgl. Schütte 2010, S. 156.

⁸⁸¹ Vgl. Drilhon, S. 59 und S. 63.

⁸⁸² Edler/Kuhlmann 2012, S. 71.

⁸⁸³ Vgl. ebd., S. 72.

⁸⁸⁴ Vgl. Schütte 2010, S. 151f.

dass sie sich um mehr Kooperation, eine Annäherung und größere Anpassung zwischen den Einzelstaaten bemüht, wie es durch den Bologna-Prozess angestrebt wurde. Die Forschungspolitik wiederum definiert sich, auch wenn hier mittlerweile die Zusammenarbeit auch stark gefördert wird, primär über Konkurrenz, Wettbewerb und Exzellenz, zu deren Zweck eine stärkere vertikale Differenzierung betrieben wird.⁸⁸⁵

Eine der wichtigsten Aufgaben in der Internationalisierung und der Europäisierung der Forschung liegt darin, eine Vereinbarkeit von regionalen, nationalen und internationalen Zielsetzungen zu erzielen. Durch neue Strukturen, Regelungen oder Institutionen müssen Verzahnungen zwischen den einzelnen Nationen auf überstaatlicher Ebene geschaffen werden.⁸⁸⁶ Der hohe Differenzierungsgrad der jeweiligen nationalen Wissenschaftssysteme macht dies zu einer schwierigen Aufgabe. Jede Nation hat unterschiedliche grundlegende Strukturen, die prägend auf die Wissenschaftspolitik wirken.⁸⁸⁷ Politkulturelle Unterschiede zeigen sich auch darin, wie die europäische Einigung und ihre Auswirkungen durch die Öffentlichkeit und die Politikerinnen und Politiker eines Landes eingeschätzt werden.⁸⁸⁸ Ein weiteres kritisches Differenzierungsmerkmal ist die Regulation von Forschung und Lehre durch Gesetze, Standards und Normen, die auf internationaler Ebene zu Beginn auch unvereinbar sein können. Ebenfalls basal ist die Höhe der staatlichen Finanzaufwendungen, die für die Wissenschaft aufgebracht werden. Davon hängt direkt ab, wie ausgeprägt und divers die wissenschaftlichen Infrastrukturen eines Landes sind und damit final auch, wie leistungsfähig der Forschungssektor sein kann. Die Rolle und das Gewicht der nationalen sowie der internationalen Forschungsförderung, als zentrale wissenschaftspolitische Stellschrauben, müssen ebenfalls eruiert werden.⁸⁸⁹

Im Gesamtspektrum der Internationalisierung bildet die Europäisierung für die Bundesrepublik den wohl wichtigsten Aktionspunkt. Der Prozess kann dadurch definiert werden, dass nationalstaatliche Prägungen in der Politik an Dominanz verlieren, während Europa als gemeinschaftliche Region verstanden wird. Der europäische Gedanke wird gefördert und dabei ein Schutz für die Vielfalt bewahrt. Auf diesem Weg entstehen grenzüberschreitende Kooperationen und neue politische Instanzen auf supranationaler Ebene.⁸⁹⁰ Die Herausforderung der Europäisierung liegt also auch darin, divergierende Interessen, Strukturen und Organisationen miteinander zu verbinden.⁸⁹¹ Im Rahmen der europäischen Wissenschaftspolitik versuchen die Mitgliederstaaten dabei trotzdem, eine größtmögliche Autonomie zu wahren. Das Hauptziel scheint bislang nicht immer die Maximierung von Potenzialen zu sein, sondern der Erhalt der

⁸⁸⁵ Vgl. Teichler 2010, S. 64f.

⁸⁸⁶ Vgl. Drilhon 1991, S. 59f. und S. 65.

⁸⁸⁷ Vgl. Jansen/Semmet 2012, S. 23.

⁸⁸⁸ Vgl. Drilhon 1991, S. 68.

⁸⁸⁹ Vgl. Schütte 2010, S. 157ff.

⁸⁹⁰ Vgl. Teichler 2010, S. 51ff.

⁸⁹¹ Vgl. Drilhon 1991, S. 70.

eigenen Souveränität und nationalstaatlicher Interessen, wodurch eine Verschleppung des wissenschaftlichen Fortschritts in Kauf genommen wird.⁸⁹² Den Resonanzboden liefert die Sorge, dass mit der Europäisierung ein Kontrollverlust einhergeht.⁸⁹³

Somit lassen sich also zusammenfassend zwei widersprüchliche Strömungen identifizieren, die für die Europäisierung der Wissenschaftspolitik von Relevanz sind. Auf der einen Seite wären hier die europäische Einigung und die Schaffung neuer Strukturen, Regelungen und Instanzen zu nennen, die mit Souveränitätsgedanken und nationalstaatlichen Interessen in der Forschung konkurrieren müssen. Auf der anderen Seite wird die Wissenschaftspolitik in Europa durch zwei gegenläufige Zielsetzungen bestimmt. Die Forschung ist auf Konkurrenz und Differenzierung ausgelegt, während die Hochschulpolitik für steigende Konvergenz und Anpassung steht.

4.2.3.2.) Ethik, Risiko und Politikberatung

In Kapitel 2.2.1. wurde dargestellt, dass Unwissen und Unsicherheit als Resultat des Fortschritts nun auch als definierende Merkmale für den Status von Wissen und Wissenschaft verstanden werden sollten. Das rasante Tempo des Erkenntnisgewinns führt jedoch noch zu weiteren Herausforderungen für die Wissenschaftspolitik und vor allem auch ihre Beratung. Durch die Möglichkeiten und zukünftigen Perspektiven der Forschung wird Expertise benötigt, die Werte und ethische Fragestellungen adressiert. Ethikräte sind daher gefragt, die gesamtgesellschaftliche Deliberation entsprechender wissenschaftspolitischer Fragen zu erweitern. Wie lässt sich eine solche Politikberatung einordnen und welche Entwicklungsgeschichte hat sie in der Bundesrepublik? Nach Beantwortung dieser Fragen wird anschließend der besondere Status der Lebens- und Biowissenschaften untersucht und dargelegt, wodurch sie ihre Prominenz in der Wissenschaftspolitik verdienen. Als Resultat gewinnen für die Wissenschaftspolitik Risikoanalysen und die Technikfolgenabschätzung in der Bundesrepublik an Relevanz, weshalb deren Entwicklung und Funktion erläutert wird, um das Aufgabenspektrum der Politikberatung in der Wissenschaftspolitik zu komplettieren.

4.2.3.2.1.) Ethikberatung

Der Fortschritt, der in der Medizin, der Biologie oder auch der Informationstechnologie erzielt wird, sorgt für den Bedarf öffentlicher Debatten, die sich mit ethischen Implikationen und Fragen der Risikoeinwilligung oder -abwehr und Sicherheit befassen.⁸⁹⁴ Die Wissenschaft generiert Mehrwerte für die gesellschaftliche Innovationskette, produziert aber auch Technologien

⁸⁹² Vgl. Jansen/Semmet 2012, S. 21.

⁸⁹³ Vgl. Edler/Kuhlmann 2010, S. 76.

⁸⁹⁴ Vgl. Grunwald, Armin/Hennen, Leonhard/Sauter, Arnold: Parlamentarische Technikfolgenabschätzung, in: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.): Technik, Folgen, Abschätzung. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 6-7/2014. Bonn, 2014. S. 17 – 24. S. 19.

und Forschungsergebnisse, die bewusst oder unbewusst Schaden zufügen können. Beispiele sind hier Krankheitserreger, Produkte der Verteidigungsforschung, Nanotechnologie oder generell pathogene Stoffe.⁸⁹⁵ Zu den verborgenen Konsequenzen gehören auch die Langzeitfolgen genetischer Manipulation. Die Effekte und Entwicklungen, die sich aus der Anwendung von Gentechnologien ergeben, sind für uns derzeit nicht in Gänze einschätzbar.⁸⁹⁶ Die Sorge vor einem Dominoeffekt erscheint daher auf den ersten nicht vollkommen unberechtigt. Es ist möglich, dass man mit der genetischen Veränderung von Organismen eine schiefe Ebene betritt, auf der eine Renaturierung des Zustands nicht mehr möglich ist.⁸⁹⁷ Allgemein können durch moderne Gentechnik Modifikationen vorgenommen werden, die es fast unmöglich machen, zwischen natürlicher Mutation und dem menschlichen Eingriff zu unterscheiden.⁸⁹⁸

Allein dieser Umstand reicht bereits aus, um die Definition des Aufgabenspektrums der Politikberatung in der Wissenschaftspolitik zu erweitern. Sie muss auch dazu dienen, Risiken und ethische Konflikte zu identifizieren und zur Problemlösung beizutragen und wird entsprechend von der Politik zunehmend damit beauftragt.⁸⁹⁹ Die Politikberatung und die Wissenschaft müssen also nicht ausschließlich der Innovationsmaxime folgen und Fragen dazu beantworten, was technisch möglich ist. Sie müssen auch zur Deliberation beitragen, was die Gesellschaft mit dem zur Verfügung stehenden Wissen machen soll. Politische Debatten um ethische Fragestellungen können hierbei auch als ein Ringen um die Deutung der Natur gesehen werden. Es geht um die Definitionsmacht darüber, welche Möglichkeiten sich der Mensch durch den technologischen Fortschritt überhaupt zu eigen machen sollte. Heutzutage untersucht die Wissenschaft nicht mehr nur das, was gegeben scheint. Sie durchbricht das, was naturgesetzlich determiniert wirkte und forscht nach Wegen zur Umsetzung des technisch Möglichen.⁹⁰⁰

Diese Fragen haben auch zu einer Veränderung des Politischen geführt. Der menschliche Körper wird nun durch einen weiteren Faktor politisiert und mit der Biopolitik ist ein neues

⁸⁹⁵ Vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)/ Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e.V. - Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Wissenschaftsfreiheit und Wissenschaftsverantwortung. Empfehlungen zum Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung. Bonn und Halle (Saale), 2014. S. 6 und 9. (https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2014_06_DFG_Leopoldina_Wissenschaftsfreiheit_-verantwortung_D.pdf, 24.04.2018)

⁸⁹⁶ Vgl. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW), Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Gentechnologiebericht (Hrsg.): Dritter Gentechnologiebericht. Analyse einer Hochtechnologie in Deutschland. Kurzfassung. Berlin, 2015. S. 7. Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina) et al.: Chancen und Grenzen des genome editing. Stellungnahme. Halle (Saale) u.a., 2015a. S. 10.

⁸⁹⁷ Vgl. BBAW 2015, S. 7.

Vgl. Schneider, Ingrid: Technikfolgenabschätzung und Politikberatung am Beispiel biomedizinischer Felder, in: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.): Technik, Folgen, Abschätzung. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 6-7/2014. Bonn, 2014. S. 31 – 39. S. 38.

⁸⁹⁸ Vgl. Ledford, Heidi: CRISPR, the disruptor, in: Nature Vol. 522. London, 2015. S. 20 – 24. S. 22.

⁸⁹⁹ Vgl. Renn, Ortwin: Risikosteuerung im Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Politik, in: Gegenworte, 18. Heft. Berlin, 2007. S. 14 – 20. S. 14.

⁹⁰⁰ Vgl. Martinsen, Renate/Rehfeld, Dieter: Von der Aufklärung über Defizite zur reflexiven Aufklärung?, in: Falk, Svenja (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 45 – 58. S. 53.

Politikfeld mit eigener Beratung und eigenen Institutionen entstanden. Expertise ist hier ethische Beratung, die sich mit Werten und Moral auseinandersetzt. In den Diskursen geht es folglich um Forschungsdisziplinen und deren Inhalte sowie lebensweltliche Faktoren und moralische Perspektiven.⁹⁰¹ Die rahmende Funktion der Wissenschaftspolitik entfaltet sich hierbei nun in Regulierungsfragen der technischen Möglichkeiten moderner Forschung. In diesem Prozess ist eine Politikberatung in Form von Ethikräten und –kommissionen von großer Bedeutung. In der Literatur finden sich zu ihrer grundlegenden Funktion abweichende Positionen. Ethikberatung kann als Teil überbordender Bürokratie gesehen werden, der zu einer Überregulierung der Innovationssysteme führt und so den Fortschritt ausbremst. Oder sie schafft Akzeptanz, baut Tabus ab und erweitert so die Optionen unserer Gesellschaft und trägt zur Legitimierung der Entscheidungsfindung bei. Zuletzt wird sie auch als ein Ausdruck der Sorge gesehen, der dabei hilft, die negativen Szenarien der Unumkehrbarkeit zu bemühen.⁹⁰²

Der Ursprung der angewandten Ethik findet sich in den USA. Die Anwendung ethischer Untersuchungsansätze war eine direkte Antwort auf die technologische Entwicklung, die sich ab den 1950ern entfaltete.⁹⁰³ In Deutschland wurden erste bioethische Beratungsgremien in den 1980ern eingesetzt, die eine Reaktion der Politik auf öffentliche Debatten waren.⁹⁰⁴ Der Antrag zur Einrichtung der Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ im Jahr 1984 stellte das eindeutige Signal dar, dass man die Risikofrage aufnehmen und die gesellschaftlichen sowie ethischen Implikationen der damals noch recht jungen Genforschung ergründen wollte.⁹⁰⁵ Die erste dauerhafte Beratungseinrichtung wurde jedoch durch einen Interessenverband gegründet. Die Bundesärztekammer installierte im März 1994 ihre Zentrale Ethikkommission, die Politik zog ein Jahr später nach. Der damalige Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer veranlasste die Einrichtung eines Beirats für Ethikfragen, der in seinem Ressort angesiedelt wurde.⁹⁰⁶ Im Mai 2001 erfolgte der Beschluss für die Einrichtung eines Nationalen Ethikrats (NER), des zentralen Gremiums für ethische Fragen auf nationaler Ebene. Wie abzusehen war, begleiteten kontroverse Diskussionen die Schaffung des NER. Die intransparente Besetzungspraxis durch Bundeskanzler Gerhard Schröder wurde kritisiert, wie auch das institutionelle Design, das verschiedene Interessengruppen inkludierte und andere wiederum ausschloss. Im Zuge der Außerparlamentarismuskommunikation wurde hinter dem NER auch ein politisches Machtspiel vermutet, was durch Schröders Rhetorik vor dem Hintergrund der Ausweitung der britischen Klonforschung weiteres Futter fand. Der offizielle Auftrag

⁹⁰¹ Vgl. Bogner, Alexander: Politikberatung im Politikfeld der Biopolitik, in: Falk, Svenja (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 483 – 495. S. 483f.

⁹⁰² Vgl. Schneider 2014, S. 38.

⁹⁰³ Vgl. Wopen, Christiane/Mertz, Marcel: Ethik in der Technikfolgenabschätzung, in: Bundeszentrale für Politische Bildung (BPB) (Hrsg.): Technik, Folgen, Abschätzung. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 6-7/2014. Bonn, 2014. S. 40 – 46. S. 42.

⁹⁰⁴ Vgl. Fuchs, Michael: Nationale Ethikräte. Hintergründe, Funktionen und Arbeitsweisen im Vergleich. Berlin, 2005. S. 43.

⁹⁰⁵ Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Bericht der Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“. Drucksache 10/6775. Bonn, 1987. S. 1. (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/10/067/1006775.pdf>, 24.04.2018)

⁹⁰⁶ Vgl. Fuchs 2005, S. 43.

war hingegen das Führen eines Diskurses, der verschiedene wissenschaftliche Disziplinen verbinden sollten: Theologie, Medizin, die Naturwissenschaften, Philosophie sowie die Sozial- und Rechtswissenschaften. Der NER war dabei originär nicht als politikerberatendes Gremium arrangiert worden. Sein Fokus sollte auf der Organisation öffentlicher Diskurse liegen, um den Dialog mit und innerhalb der Gesellschaft aufzubauen. Der existierende Beirat für Ethikfragen verlor dennoch an Bedeutung, stellte seine Tätigkeiten ein und wurde letztlich obsolet, was 2002 in seiner Auflösung resultierte. Mittlerweile existieren Bioethikkommissionen auch auf Landesebene. Mit ihren Stellungnahmen können sie auch Wirkung auf die bundesdeutsche Wissenschaftspolitik entfalten.⁹⁰⁷

Nationale Ethikräte weltweit teilen sich mehrere Definitionsmerkmale. Zum einen sind sie zumeist unabhängig angelegt und gerade in vielen europäischen Varianten durch ein geteiltes Besetzungsmodell gekennzeichnet. Die Größe der Gremien kann hingegen stark unterschiedlich ausfallen. In Uruguay ist der Nationale Ethikrat sehr klein und besteht aus fünf Personen, wo hingegen das französische Pendant mit 42 und das italienische mit ganzen 51 Mitgliedern deutlich größer ausfallen. Der Arbeitsschwerpunkt der meisten Ethikräte liegt auf der Auswertung und Diskursanregung zur Anwendung moderner Forschung an Mensch und Tier. Für ihre Expertise wird ein breites, interdisziplinäres Wissen gefordert, das beispielsweise von der medizinischen Grundlagenforschung bis hin zu konkreten Anwendungen reichen muss. Für Einzelfälle muss ein Ethikrat an spezifische Krankheitsbilder angepasst werden, um die Perspektive der Betroffenen zu inkorporieren. Wie es auch im NER der Fall ist, verarbeitet die Expertise neben naturwissenschaftlichen Perspektiven auch philosophische, theologische, juristische und sozialwissenschaftliche Argumente. Der Begriff Ethikrat ist trotz dieser übergreifenden Definitionsmerkmale nicht eindeutig. Darunter fallen politische Beratungsgremien auf internationaler und nationaler Ebene sowie auf Ebene der Länder. Er umfasst auch Gremien zur Überprüfung einzelner Forschungsvorhaben, die den Menschen betreffen oder lokale Institutionen, die Ratschlag zur Krankenversorgung und Behandlungswegen erteilen. Zuletzt kann ein Ethikrat auch eine Anlaufstelle zur Wahrung der wissenschaftlichen Integrität und Qualität einzelner Institutionen sein.⁹⁰⁸

Die Verbindung von Politikberatung und Werten stellt gerade in Deutschland immer wieder ein Problem dar. Es gilt als unwissenschaftlich, in moralischen Fragestellungen normative Positionen zu beziehen. Generelle Skepsis herrscht auch bei Forschenden, ob man Ethik überhaupt als wissenschaftlich bezeichnen kann. Diese Haltungen lassen sich mit den Entwicklungslinien der Politikberatung in Deutschland erklären. Zum einen ist die Diskussion hierzulande stark durch Weber und die Trennung von Wert- und Sachurteil geprägt. Zum anderen

⁹⁰⁷ Vgl. Bogner 2006, S. 485ff.

⁹⁰⁸ Vgl. Fuchs 2005, S. 86ff.

klingt auch die jüngere Kritik am Dezisionismus von Habermas noch deutlich nach. Die Zurückhaltung Werturteilen gegenüber ist in der Wissenschaftspolitik jedoch unproduktiv. Bei der Diskussion von Risiken, dem potenziellen Schaden oder Nutzen von Forschung oder den Begleiteffekten der technologischen Entwicklung ist die Bezugnahme auf Werte dringend nötig.⁹⁰⁹ Die Lösung dieser Widerspruchslage bildet in Deutschland demnach einen dringend zu überwindenden Auftrag an die Wissenschaftspolitik.

Ethikexpertise ist ähnlichen Effekten unterworfen wie die Politikberatung und die Wissenschaft im Allgemeinen. Auch bei ihr lassen sich eindeutige Anzeichen einer Internationalisierung und auch der Demokratisierung nachweisen. Die gesellschaftsberatende Ausrichtung des NER ist ein eindrücklicher Beleg für diese Vermutung. Die Demokratisierung der Expertise findet auch in Fragen der Ethik und der Risikoabschätzung statt. Partizipative Formate sind häufiger Bestandteil von Technikfolgenabschätzungen, obgleich die Wirkung und ihr Status auf nationaler Ebene noch unklar erscheinen. Es fehlt in Deutschland eine zentrale Institution, die partizipative Prozesse in solchen wissenschaftspolitischen Fragen gebündelt koordiniert, wie es sie in Dänemark oder der Schweiz gibt. Es fehlen bislang auch Belege, dass durch Beteiligungsmodelle gewonnene Expertise einen Effekt auf biopolitische Entscheidungsfindungen hat oder nur als symbolpolitisches Werkzeug zurückbleibt. Ein Großteil der Impulse zum Gesellschaftsdialog um Ethik stammen in Deutschland aus der Wissenschaft, insbesondere wenn es um partizipative Elemente geht. Auch die Einrichtung des ersten dauerhaften Ethikgremiums durch die Bundesärztekammer unterstreicht die Bemühungen der Wissenschaft, gesellschaftliche Ethikberatung zu etablieren.⁹¹⁰

Ebenso eindeutig sind Hinweise auf die Internationalisierung der Ethikexpertise. Nationale Ethikräte sind, entgegen ihres Titels, auf eine grenzüberschreitende Vernetzung ausgelegt. Zur Koordination ihrer Zusammenarbeit gibt es verschiedene Kooperationsforen. Auf europäischer Ebene wäre hier seit 1992 die durch den Europarat einberufene Conférence Européenne des Comités Nationaux d'Éthique (COMETH) zu nennen. Auf der sogenannten Global Summit kommen Ethikräte aus aller Welt zusammen und diskutieren die Arbeit ihrer Gremien, was auch dem Transport nationaler Debatten auf die internationale Bühne dient. Darüber hinaus werden Mitglieder anderer Kommissionen laufen als auswärtige Sachverständige eingesetzt und verschiedene bilaterale Kooperationen gepflegt. Ähnlich wie auch bei der Lösung der GGH, herrscht bei den Beteiligten die Ansicht, dass ein rein national verengter Blick nicht zu optimalen Lösungen führen kann, weshalb internationale Kooperationen bemüht werden. Abweichende Moralvorstellungen und Werte der beteiligten Nationen, ihre unterschiedlichen

⁹⁰⁹ Vgl. Woopen/Mertz 2014, S. 42.

⁹¹⁰ Vgl. Bogner 2006, S. 490ff.

Geschichten und kulturelle Besonderheiten stellen bei diesen Zusammenarbeiten leicht ersichtliche Herausforderungen dar.⁹¹¹

4.2.3.2.2.) Lebenswissenschaften

Die Lebenswissenschaften sind ein Schlüsselfeld der modernen Wissenschaft. In ihnen liegt großes Innovationspotenzial, das für Privatunternehmen Profite und für die Politik einen Hebel zur Bewältigung der GGH verspricht. Folglich werden zugehörige Fächer auch besonders stark gefördert und verfügen dank umfassender Investitionen über weitreichende Ressourcen. Der Förderschwerpunkt Gesundheitsforschung war entsprechend für die Jahre 2017 und 2019 mit Abstand der Schwerpunkt der Forschungsförderung des BMBF.⁹¹² Die eindeutig positiven Effekte des Fortschritts in den Lebenswissenschaften werden jedoch von ethischen Problemstellungen begleitet. Die Möglichkeiten der Genetik, der Fortpflanzungsmedizin oder auch der Biotechnologie schaffen vor allem durch ihre Anwendbarkeit auf den Menschen Diskussionsbedarf.⁹¹³ Debatten zu den Möglichkeiten der Lebenswissenschaften erstrecken sich aber ebenfalls nicht minder kontrovers in die Tier- und Pflanzenwelt.

Unter dem Begriff Lebenswissenschaften lassen sich verschiedene Wissenschaftszweige summieren, die einen medizinischen oder biologischen Forschungsgegenstand haben sich mit dem Aufbau und der Funktion von Lebewesen auseinandersetzen. Zu diesem Feld gehört auch die Genforschung, beziehungsweise die darauf aufbauenden Technologien, die für gesellschaftlichen Diskussionsstoff sorgen. Der Ausdruck Gentechnologie bezeichnet dann

„das rasant wachsende methodische Repertoire der modernen Biowissenschaften. Sie gilt dabei als Sammelbegriff, unter dem diverse molekularbiologische Methoden subsumiert sind, mit denen sich das Erbgut von Viren, Mikroorganismen, Pflanzen, Tieren und auch dem Menschen experimentell analysieren und gezielt modifizieren lässt.“⁹¹⁴

Durch neu entstandene Methoden und Verfahrensmöglichkeiten verwischen die Grenzen zwischen wissenschaftlichem und technologischem Fortschritt. Neben der Profitabilität lautet eine der zentralen Fragen des Fortschritts somit auch: Wie soll die Welt aussehen, in der wir leben wollen?⁹¹⁵

⁹¹¹ Vgl. Fuchs 2005, S. 95ff.

⁹¹² Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Bildung und Forschung in Zahlen 2019. Berlin, 2019a. S. 15.

⁹¹³ Vgl. Fuchs 2005, S. 89.

⁹¹⁴ BBAW 2015, S. 7.

⁹¹⁵ Vgl. ebd., S. 7.

Aus dem Gesamtbild der Wissenschaften traten die Lebenswissenschaft erst an der Schwelle zum 21. Jahrhundert in den Vordergrund. In den 1980ern begannen kam es zu ersten öffentlichen Debatten und Protesten, die ab Mitte der 1990er hitziger wurden. Ob nun Dolly, Stammzellen, Embryonenschutzgesetz oder Präimplantationsdiagnostik, die Diskurse sind mit emotional geladenen Begriffen gespickt. Zeitgleich sind sie Teil eines boomenden Wirtschaftszweigs und mit Technologien verbunden, die für viele Krankheitsbilder Heilungschancen versprechen. Die wissenschaftspolitischen und zum Teil auch fachlich-technologischen Fragen der Lebenswissenschaften erhalten dadurch deutlich sichtbare ethische Diskussionsebenen.⁹¹⁶ Der Blick auf diese vergleichsweise jungen Wissenschaftsdisziplinen lohnt sich aber auch, weil sie weniger als die älteren Forschungszweige den nationalen Entwicklungslinien folgen, insbesondere im institutionellen Kooperationsgefüge.⁹¹⁷

Die Diskussion ethischer Implikationen von Medizin und Biologie folgen in Deutschland einem behäbigen Tempo. Generell mag eine fortlaufende Liberalisierung erfolgen, diese verläuft jedoch relativ langsam und etablierte Standards besitzen eine ausgesprochen lange Lebensdauer. Zentrale Werte bleiben dabei erhalten, da sich Veränderungen vor allem an den Rändern abspielen. Durch die öffentlichen Diskurse zu den Lebenswissenschaften erhöht sich außerdem die Sensibilität für ethische Belange. Ethikberatung kann somit eine beschleunigende oder eine bremsende Wirkung auf den Fortschritt entfalten. Auch die Debatten in politischen Gremien folgen in Deutschland häufig demselben Muster. Bei kontroversen Fragen oder Abstimmungen, die ethische Entscheidungen betreffen, wird der Fraktionszwang aufgehoben und es entstehen fraktionsübergreifende Meinungsgruppierungen. Gremien wie der Ethikrat oder Enquete-Kommissionen beraten im Prozess und stellen die Handlungsoptionen mitsamt ihrer absehbaren Konsequenz vor. Die Bindungskraft der Expertise fällt hierbei nicht sehr hoch aus, da die Parlamentsmitglieder ohne den Fraktionszwang eine freiere Gewissensentscheidung treffen können. Die Ethikberatung dient somit nicht nur der Erweiterung der Entscheidungsoptionen, sie stellt den Wertedissens in möglichst großer Breite dar. Durch die Mehrheitsentscheidung des Parlaments erhält eine Reglementierung anschließend Legitimität. Auch wenn ein parlamentarischer Konsens erzielt werden konnte, lösen sich Wertekonflikte anschließend nicht einfach auf, sondern haben Bestand. Hierdurch produzieren die Debatten ein nuanciertes Bild und transportieren, dass es sich um eine komplizierte Entscheidungslage handelt, was die oftmals leidenschaftlich geführten Debatten etwas abkühlt. Dieser Modus der parlamentarischen Entscheidungsfindung kam in der Vergangenheit häufig bei ethisch heiklen Themen aus dem Bereich der Lebenswissenschaften zum Einsatz, wie bei Abtreibungsfragen oder den Debatten um die Patientenverfügung.

⁹¹⁶ Vgl. Schneider 2014, S. 31ff.

⁹¹⁷ Vgl. Schütte 2010, S. 152.

Moderne Methoden der Genmanipulation eröffnen die Vision, auch komplexeste und chronische Krankheitsbilder durch die Veränderung des Genoms zu heilen oder gar vollständig auszurotten. Die Gentechnologie scheint dieses Potenzial auch zu besitzen, wie aktuelle Versuche anzudeuten scheinen. Es bleibt jedoch abzuwarten, was klinische Studien einer solchen gezielten Gentherapie für Ergebnisse liefern. Dabei darf es zu keiner Wiederholung der schlechten Kommunikationspraxis der 1990ern kommen. Damals wurden die Ergebnisse von Studien und die draus resultierenden Hoffnungsszenarien stark überzeichnet und zeitgleich Ängste vor den Konsequenzen der Genmanipulation geschürt. Es gilt, den gesamtgesellschaftlichen Diskurs sachlich zu führen, die Wissenschaft und die Politik zu transparenten Verfahren anzuhalten und proaktive Aufklärungsarbeit zu leisten.⁹¹⁸

Dieser Aufruf wird besonders durch einen Forschungsdurchbruch der letzten Jahre unterstrichen: CRISPR/Cas9. Die oft als revolutionär bezeichnete Technologie zur Genmanipulation hat neben seinem medialen Echo auch in der Fachwelt für Aussehen gesorgt und überschwängliche Reaktion hervorgerufen.⁹¹⁹ Das CRISPR-Verfahren ist in der Tat ein äußerst potentes Werkzeug zur zielgenauen Genmanipulation. Es ermöglicht präzise Eingriffe und selektive Veränderungen des Erbguts, bei denen Informationen hinzugefügt, gelöscht, aktiviert oder deaktiviert werden können. Seinen revolutionären Ruf hat CRISPR/Cas9 durch seine vergleichsweise simple, kostenschonenden und schnelle Handhabung eingefahren.⁹²⁰ Bei Kosten von rund 30 US-Dollar pro Einsatz gehen Stimmen sogar soweit, von einer Demokratisierung der Gentechnologie zu sprechen. Seit der Entwicklung des Verfahrens hat es einen beeindruckenden Siegeszug in der Genforschung angetreten. Die Zahl der Publikationen, Patente und vor allem das Volumen der Forschungsförderung zu CRISPR sind sprunghaft angestiegen.⁹²¹

Doch gerade durch seine scheinbar phänomenalen Potenziale wirft CRISPR/Cas9 ethische Fragen auf und hat die Diskussion um eine Manipulation der menschlichen Keimbahn und erneut entfacht. Vor allem der sogenannte Gene Drive sorgt bei Interessenverbänden und auch der Wissenschaft für Vorsichtsrufe. Bei diesem Prozess wird eine Mutation durch CRISPR eingebracht, die anschließend an fast alle Nachfahren weitergegeben wird, was das Tempo der natürlichen Mutationswege deutlich übertrifft.⁹²² Forschende warnen auch davor, dass die Verfahren noch nicht präzise genug sind und deren Effizienz, Sicherheit und Reversibilität noch erhöht werden müssen. Experimente aus China belegen, dass CRISPR noch nicht genau genug arbeitet, um in einer verantwortungsvollen Art und Weise für die Medizin

⁹¹⁸ Vgl. Leopoldina et al. 2015, S. 11ff.

⁹¹⁹ Vgl. Hedford 2015, S. 20.

⁹²⁰ Vgl. Leopoldina et al. 2015, S. 5ff.

⁹²¹ Vgl. Hedford 2015, S. 21ff.

⁹²² Vgl. ebd., S. 22ff.

eingesetzt zu werden. Andere wiederum mahnen zur Gelassenheit und verweisen auf die Enttäuschungen der 1990er, um voreilige Schlüsse und eine mögliche Überhitzung der Forschung zu verhindern. Darüber hinaus wird daran erinnert, dass nicht alle Anwendungsbereiche und Facetten der Genmanipulation zwangsweise ethisch und rechtlich bedenklich sind. Viele Einsatzmöglichkeiten von CRISPR-Cas9 verändern nicht die Keimbahn und sind folglich auch weniger bedenklich.⁹²³

Durch den rasanten Fortschritt in den Lebenswissenschaften und gerade auch durch CRISPR/Cas9 scheint sich dennoch eine neue Dimension der Humangenomforschung anzukündigen. Es bleibt abzuwarten, welches Tempo die Forschung aufnimmt und wie Politik und Gesellschaft darauf reagieren. Bislang ist das Echo dieser beiden Gruppen erstaunlich ruhig. Es dürfte jedoch nur eine Frage der Zeit sein, bis erste Debatten entfacht werden. Politik, Wissenschaft, Politikberatende und Interessengruppen sollten daher proaktiv in Aktion treten, um den Diskurs konstruktiv, offen und möglichst breit zu lancieren. Neben den Wertefragen, die adressiert werden müssen, sollten auch verschiedene Szenarien besprochen. Will die Bundesrepublik überhaupt Teil dieser Forschungsentwicklung sein? Wie reagieren wir auf das, was in anderen Ländern geschieht? Die internationalen Implikationen der Forschung zeigen auch, dass dringend grenzübergreifende Absprachen getroffen werden sollten, wie man die Forschung am Menschen reglementieren möchte. Es sollte in der Humangenomforschung zu keiner Mosaikbildung kommen, die einen Forschungszweig über den Globus rechtlich und moralisch zerstückelt, der Einfluss auf die Menschen weltweit hat.

Es kann wohl garantiert werden, dass der Beratungsbedarf zu ethisch-normativen Fragestellungen, der aus den Lebenswissenschaften erwächst, auch in Zukunft nicht abreißen wird. Genmanipulation mit CRISPR/Cas9, Chimärenforschung oder auch Klonen fordern uns dazu auf, über das gemeinsame Werteverständnis zu diskutieren. Unter Berücksichtigung der Entwicklungen in China, England oder den USA reift auch die Erkenntnis, dass Zurückhaltung auf deutscher Seite den globalen Fortschritt nicht aufhalten kann und dass uns schon bald Nachrichten über erfolgreiche Versuche am Menschen erreichen können. Gewisse Steuerungsmöglichkeiten dessen, was uns in Zukunft erwarten kann, ergeben sich daher auch im internationalen Dialog. Auf dieser Ebene müssen sich die Öffentlichkeit und die Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik auch fragen, inwieweit man sich dieser Entwicklung entziehen kann oder möchte, nicht zuletzt, um durch eigene Beiträge nicht die Steuerungsfähigkeit vollständig zu verlieren. Es könnte auch passieren, dass in Zukunft die innovationspolitische Maxime bestehende ethische Bedenken überschreitet, damit keine neue Technologielücke zwischen Deutschland und anderen Forschungsnationen aufbricht. Konkrete Antworten

⁹²³ Vgl. Hedford 2015, S. 24.

Vgl. Leopoldina et al. 2015a, S. 8ff.

auf diese Fragen kann nur die Zukunft bringen, die auch zeigen wird, in welche Richtung sich der Diskurs entwickelt und wie dieser durch neue Forschungsergebnisse beeinflusst wird.

4.2.3.2.3.) Risiko und Technikfolgen

Die Verortung der Technikfolgenabschätzung als Element der Wissenschaftspolitik erfolgte bereits in Kapitel 4.1. Die Abschätzung zukünftiger Entwicklungen und ihrer Konsequenzen ist auch Teil des Aufgabenreichs, den die Politikberatung in der Wissenschaftspolitik durch Vorhersagen und die Analyse von Risikoszenarien leistet. aufgrund der Dominanz dieses Themas für die öffentlichen Diskurse in Deutschland ist dieser Auftrag von besonderer Bedeutung und bedarf einer näheren Betrachtung.

Nach einhelliger Meinung hat die Technikfolgenabschätzung ihren Ursprung in den USA. Sie entstand in den 1960ern aus einer Initiative der Politik heraus, die nach einer Orientierungshilfe für die entzauberte Gesellschaft suchte.⁹²⁴ Entscheidend war später die Gründung des Office of Technology Assessment (OTA) im Jahr 1972, die eine weltweite Leitwirkung für politikberatende Technikfolgenabschätzung hatte.⁹²⁵ Ihre Notwendigkeit ergibt sich aus dem schon mehrfach beschriebenen Paradigma der Gegenwart. Durch die zunehmende Abhängigkeit von Technologien und dem Fortschritt in der hochindustriellen Wissensgesellschaft ist die politische Entscheidungsfindung äußerst komplex geworden. Der Erkenntnisgewinn hat Einfluss auf die Entwicklung einer Nation und aus abweichenden Wertvorstellungen ergibt sich der Bedarf einer gesamtgesellschaftlichen Deliberation.⁹²⁶ Die Technikfolgenabschätzung bietet dabei eine Prognose über die zukünftigen Auswirkungen gegenwärtiger Entscheidungen.⁹²⁷ Sie dient der Informationsgenerierung über vermutliche Konsequenzen einer Aktion oder ihres Auslassens. Somit wird eine Reflexion des Entscheidungsprozesses ermöglicht, der Perspektiven für eventuelle Veränderungen und Verbesserungen bietet.⁹²⁸ Zentrale Untersuchungsaspekte in der Technikfolgenabschätzung, auch Technikbewertung genannt, sind Sicherheit, Risiko, Wirkung und ökonomische Aspekte.⁹²⁹

Neben den inhaltlichen Herausforderungen müssen noch zusätzliche Schwierigkeiten umschifft werden. Auch die Technikfolgenabschätzung selbst, die ein Mittel gegen die Ungewissheit sein soll, hat mit dem Nichtwissen zu kämpfen und kann unmöglich eine allumfassende Analyse produzieren. Die Handlungen der beteiligten Protagonisten können nicht vollkommen präzise absehbar vorgezeichnet werden. Vielmehr muss ein möglichst komplettes

⁹²⁴ Vgl. Grunwald/Hennen/Sauter 2014, S. 41.

⁹²⁵ Vgl. Renn 2014, S. 7.

Vgl. Saretzki 2014, S. 11f.

⁹²⁶ Vgl. Woopen/Mertz 2014, S. 41.

⁹²⁷ Vgl. Drilhon 1991, S. 74.

⁹²⁸ Vgl. Renn 2014, S. 10.

⁹²⁹ Vgl. Woopen/Mertz 2014, S. 41.

Spektrum an Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Problematisch ist auch die langwierige Falsifikation von Prognosen, die über ausgedehnte Beobachtungszeiträume abläuft und nicht dem Takt des Fortschritts oder der Politik mithalten kann. Letztendlich haben Analysen der Technikfolgenabschätzung nicht die Eindeutigkeit, die sich viele wünschen würden. Gerade in der Öffentlichkeit kann dadurch auch der Eindruck entstehen, dass die Politik nicht in der Lage ist, bessere Prozesse durchzuführen oder schlimmer noch, es nicht möchte und so Risiken auf dem Rücken der Gesellschaft eingeht. Das Vertrauen in die Risikoerkennung ist in Deutschland daher nicht hoch ausgeprägt. Die Bürgerinnen und Bürger trauen der Politik nicht zu, Risiken effektiv zu identifizieren und zu begrenzen⁹³⁰

Die Expertise in der Technikbewertung darf sich daher nicht nur auf wissenschaftlich-technologischer Ebene bewegen.⁹³¹ Ihre Kriterien können nicht einzig auf Fachwissen basieren, sondern sollten in gesamtgesellschaftlicher Deliberation abgeleitet werden. Dieser Diskurs muss ergebnisoffen und mit den Betroffenen, den möglichen Profiteuren und der gesamten Öffentlichkeit geführt werden.⁹³² Für diesen Prozess werden verschiedene Wissensbestände angezapft, die von Expertinnen und Experten, beteiligten Interessengruppen und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Technikfolgenabschätzung verwertet also neben wirtschaftlichen, ökologischen, politischen, gesundheitsbezogenen, psychologischen, rechtlichen und soziokulturellen Faktoren auch Alltagswissen und lokale Kenntnisse.⁹³³

Immer wieder stößt man nun aber auf den Anspruch, dass sich Technikbewertung mehr auf Werte und Normen beziehen müsste, gerade bei lebenswissenschaftlichen Themen. Diese Forderung hat Auswirkungen auf die Zusammensetzung von Gremien, wird jedoch, am eigenen Anspruch gemessen, oft nur unzureichend realisiert. Ethik war schon immer ein Teilaspekt der Technikfolgenabschätzung, wurde jedoch häufig nicht als konkretes Element erkannt und unter der Einbeziehung von Expertinnen und Experten inkorporiert. Viele Forschende aus den Natur- und Technikwissenschaften verstehen sie als voraussetzbaren Sekundärskill, für dessen Erwerb kein besonderer Ausbildungsweg, Status oder Wissensstand nötig ist. Für eine korrekte ethische Bewertung bedarf es aber der Kenntnis ethischer Konzepte sowie der Konstruktion und Einordnung normativer Argumentationsweisen. Entscheidungsfindung benötigt immer die Richtschnur, die Normativität bietet. Sie muss aber nicht zwangsweise ethisch determiniert sein, sondern kann auf ökonomischer oder instrumenteller Basis entwickelt werden. In der Technikfolgenabschätzung geht es letztendlich aber verstärkt um ethisch-normative Bewertungen. Diese liegen vor, wenn sich ein Gremium auf Aspekte wie Gesundheit oder das allgemeine Wohlergehen bezieht und eine Kategorisierung in zumutbar

⁹³⁰ Vgl. Renn 2007, S. 14 und 16ff.

⁹³¹ Vgl. Drilhon 1991, 74.

⁹³² Vgl. Renn 2014, S. 9.

Vgl. Woopen/Mertz 2014, S. 44.

⁹³³ Vgl. Saretzki 2014, S. 15.

und unzumutbar, gefährlich oder unbedenklich erfolgt. Nur durch eine möglichst vollständige Analyse können auch ungewollte und indirekte Effekte auf Moral oder Werte umfassend ausgelotet werden. Auf diesem Weg verbessert die Ethik die Technikfolgenabschätzung und ihre gesellschaftsberatende Funktion.⁹³⁴

Die Technikfolgenabschätzung ist aber auch ein etablierter Bestandteil der Politikerberatung. In Europa gibt es 14 verschiedene Institutionen, die solche Bewertungen für Parlamente durchführen. Auch in Deutschland ist die parlamentarische Technikfolgenabschätzung eine institutionalisierte Form der wissenschaftlichen Politikberatung, die durch das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) durchgeführt wird. Das Gremium wurde nach ausführlichen Debatten und zwei abgeschlossenen Enquete-Kommissionen zur Technikbewertung im Jahr 1990 gegründet.⁹³⁵ Das TAB ist in Kapitel 6.5. Untersuchungsgegenstand der Hauptuntersuchung der vorliegenden Arbeit.

Auch mit der Technikfolgenabschätzung ist es nicht möglich, die Wissenschaft vollständig sicher zu planen. Durch die Eigendynamik der Forschung bleibt die Frage, bis zu welchem Maß sich der Fortschritt überhaupt politisch regulieren lässt und inwieweit die Technik demokratischen Kontrollmechanismen unterworfen werden kann.⁹³⁶ Eine absolute Sicherheit, bei der alle Risiken ausgeschlossen und gesteuert werden können, lässt sich auch nicht mit technikbewertender Politikberatung erzielen.⁹³⁷ Durch diesen Umstand rückt bei diesen Fragen die Selbststeuerung der Wissenschaft in den Aufmerksamkeitsfokus. Risiken müssen von ihr analysiert, minimiert und transparent dargestellt werden. Forschung muss dafür verantwortungsvoll durchgeführt und ihre Prozesse sowie Ergebnisse kommuniziert werden. Aus der Freiheit und der Macht der Forschung muss die Bereitschaft folgern, Chancen und Risiken abzuwiegen und transparente Selbstkontrolle zu wahren. Diese Aufgabe muss von einzelnen Forschenden ausgehen, die dabei von ihrer Wissenschaftsorganisation durch entsprechende Vorschriften und Anlaufstellen unterstützt werden muss.⁹³⁸ Die Wissenschaftspolitik sollte hierfür den Rahmen ziehen und die Folgebereitschaft erhöhen, indem entsprechende Anreize gesetzt oder in Bewertungskataloge für Förderverfahren aufgenommen werden.

5.) Untersuchungsmethodik

Mit den vorangegangenen Kapiteln wurden die Diskurse zu Politikberatung und zur Wissenschaftspolitik in Deutschland abgebildet. Einleitend wurde das gesellschaftliche, wissenschaftliche und politische Spielfeld gezeichnet, auf dem sich die Politikberatung entfaltet. Danach

⁹³⁴ Vgl. Woopen/Mertz 2014, S. 40ff.

⁹³⁵ Vgl. Grunwald/Hennen/Sauter 2014, S. 18ff.

⁹³⁶ Vgl. Krieger 1987, S. 252.

Vgl. Woopen/Mertz 2014, S. 42.

⁹³⁷ Vgl. Renn 2007, S. 16.

⁹³⁸ Vgl. DFG/Leopoldina 2014, S. 6, 10 und 16.

erfolgten Begriffsbestimmungen zu eben dieser, um Aufgaben und Rollenverständnisse darzulegen sowie den Status von Beratung in der Gegenwart einzuschätzen. Auf dieser Grundlage wurden Kategorisierungsmöglichkeiten der Politikberatung vorgestellt, der kulturelle Einfluss auf nationale Ausprägungen des Beratungssystems erörtert und auf Deutschland angewendet. Im nächsten Schritt wurde anhand zweier Studien herausgearbeitet, inwiefern die Qualität von Politikberatung durch Leitlinien gesichert werden kann. Um sich dem Komplex Wissenschaftspolitik anzunähern, wurden anschließend verschiedene Begriffsbestimmungen aus der Fachliteratur herausgearbeitet. Darauffolgend wurden die Spezifika des deutschen Systems der Wissenschaftspolitik analysiert. Hierzu wurden die Entwicklungslinien seit dem Zweiten Weltkrieg nachgezeichnet, der Wandel zur Neuen Governance der Wissenschaft aufgezeigt und gegenwärtige Aktionsschwerpunkte herausgearbeitet.

An diesem Punkt ist somit die Grundlage gelegt, um die Maßstäbe der Analyse abzubilden. Die Bewertungskriterien sollen darauf abstellen, ob die untersuchte Beratungsinstanz in der Lage ist, auf die Herausforderungen zu reagieren, die sich durch die Status von Wissenschaft und Politikberatung ergeben. Passt der Akteur oder die Akteurin in das deutsche System, das sich aus Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft konstituiert? Eignet er oder sie sich, um die bestehenden Probleme zu adressieren? Die Bewertung der einzelnen Politikberatungsinstanzen soll sich hierbei an drei Dimensionen orientieren, die sich aus den Spannungsverhältnissen der Expertise in der Wissenschaftspolitik ergeben.

5.1.) Aufbau der Analyse

Der Forschungsansatz setzt sich aus drei Elementen zusammen: Einleitend erfolgt eine Rasterung der Beratungsinstanz und eine Verortung in der Beratungslandschaft. Anschließend wird die Analyse in den drei Bewertungsdimensionen Expertise, Deliberation sowie Interessenvertretung durchgeführt, um die Performanz im Spannungsfeld der Politikberatung in der Wissenschaftspolitik zu bewerten. Abschließend wird auf dieser Basis die Leistungs- und Passfähigkeit der Beratungsinstanz einsortiert.

Zu Beginn der Analyse wird das jeweilige Forschungsinteresse etabliert. Warum ist diese Beratungsinstanz ausgewählt worden und wo positioniert sie sich im Gesamtsystem? Hierzu wird die historische Entwicklung nachgezeichnet und die gegenwärtige Rolle in der deutschen Wissenschaftspolitik dargestellt. Im nächsten Schritt erfolgt die Einordnung der Beratungsinstanz auf Basis der in Kapitel 3. erarbeiteten Kategorisierungen und Klassifikationen. Nach dieser formalen Untersuchung erfolgt die Hauptanalyse, die in drei Bewertungsdimensionen erfolgt und die gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Anforderungskriterien zusammenfassen: die Dimension der Expertise, die Dimension der Deliberation und die Dimension der Interessenvertretung. Abschließend wird die Leistungsfähigkeit der Beratungsinstanz bestimmt, wofür das Abschneiden in den drei Leistungsdimensionen entscheidend ist,

um die Qualität der Beratungsleistung einzustufen. Abschließend wird die Frage beantwortet, ob die untersuchte Beratungsinstanz ihren Auftrag erfüllt, angepasst ist für seine ausgeschriebene Funktion im deutschen System und den Anforderungen der Entwicklungslinien der deutschen Wissenschaftspolitik mitsamt ihrer gegenwärtigen Aktionsschwerpunkten entspricht. Aufgrund der besonderen Bedeutung einzelner Kriterien, die Einfluss auf die Kategorisierung und verschiedene Bewertungsdimensionen haben, müssen diese Elemente im Laufe der Analyse wiederholt betont werden. Zeitgleich ermöglicht dies eine bessere Lesbarkeit der individuellen Bewertungsdimensionen.

5.2.) Schritt 1 - Verortung und Kategorisierung

Die Beratungslandschaft ist in der Wissenschaftspolitik divers und breit aufgestellt. Es ist daher nicht möglich, eine gesamtsystemische Analyse durchzuführen. Vielmehr sollen in der vorliegenden Arbeit zentrale und beispielhafte Beratungsinstitutionen untersucht werden. Im ersten Teil der Analyse wird hierfür dargelegt, weshalb die jeweilige Beratungsinstanz ausgewählt wurde und welche Position sowie Funktion sie im Gesamtsystem einnimmt. Zentrale Faktoren sind hier: Prominenz, vermutete Wirkungsmächtigkeit, ein potenziell hoher Grad der Expertisenfähigkeit, eine hohe Qualität des Outputs und thematische Aktualität. Das Ziel ist es hierbei auch, eine breite Facette an wissenschaftspolitischen Beratenden abzubilden, um ihre Vielfalt und umfassenden Aufgabenfelder sowie Herausforderungsspektren wiederzugeben. Einleitend wird die Beratungsinstanz hierzu anhand der modernen dichotomen Klassifikationen aus Kapitel 3.4.2. eingeordnet. Diese sind in drei Kategorien gebündelt, die zwischen temporalen, direktionalen und funktionalen Charakteristika differenzieren. Somit kann eine Erwartungsfolie generiert werden, deren Bestand durch die Performanz in den drei Bewertungsdimensionen im nächsten Schritt überprüft wird.

Temporal
Reaktiv - Proaktiv
Ex ante - Ex post
Dauerhaft - Ad hoc
Direktional
Direkt - Indirekt
Deliberativ - Korporatistisch
Intern - Extern
Öffentlich - Nicht öffentlich
Funktional
Politikberatung - Politikerberatung
Politikberatend – Gesellschaftsberatend
Legislativberatung - Exekutivberatung

Abbildung 1: Klassifikation der Beratungsinstanz anhand temporaler, direktonaler und funktionaler Kategorien.

5.3.) Schritt 2 - Expertise, Deliberation und Interessenvertretung – Bewertungsdimensionen für die Politikberatung in der deutschen Wissenschaftspolitik

Das Herzstück der vorliegenden Untersuchung bilden drei Bewertungsdimensionen, mit denen die gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Herausforderungen zusammengefasst werden, die sich für die Politikberatung in der deutschen Wissenschaftspolitik der Gegenwart ergeben. Sie entsprechen dem dreigliedrigen Anforderungsprofil, das sich aus den soziokulturellen, demokratietheoretischen und wissenschaftspolitischen Faktoren ergibt, die in den vorangegangenen Kapiteln ausgearbeitet wurden. Zwischen Deliberation, Expertise und Interessenvertretung bildet sich ein Spannungsfeld, das sich im Speziellen in wissenschaftspolitischen Beratungsprozessen bildet. Am Grad der Auflösung dessen und an der Erfüllung des beschriebenen Anforderungsprofils müssen sich Beratungsinstanzen in der deutschen Wissenschaftspolitik ultimativ messen.

5.3.1.) Expertise

Die Bewertungsdimension Expertise umfasst das, was zumeist unter der klassischen Funktion von Politikberatung verstanden wird. Der Rat erfolgt von Expertinnen und Experten, deren Aufgabe es ist, den Entscheidungsfindungsprozess zu entpolitisieren und zu rationalisieren. Sie können heute auch aus wissenschaftsfernen Bereichen stammen, werden bei Entscheidungsschwierigkeiten herangezogen, dienen der Überprüfung und Abwägung von Alternativen oder legen Argumente dar. Die Expertinnen und Experten müssen hierfür nicht nur über ein Spezialwissen im gefragten Feld verfügen, sondern auch die Anwendungsfähigkeit ihres Ratschlags ermöglichen. Ihnen kommt eine Vermittlungsfunktion zu, die eine Anpassung ihrer Inhalte an wechselnde Zielgruppen voraussetzt und wahren dabei eine sachliche Sprache. Neben der fachinternen Anerkennung des Status benötigen Expertinnen und Experten auch immer häufiger öffentliche Anerkennung. Gerade in gesellschaftlichen Debatten sind medienpopuläre Beratende häufig gefragte Ansprechpersonen. Ihre Prominenz verdanken sie dabei auch der Medienkonformität ihrer Expertise.

In der modernisierten Definition des Experten und der Expertin verschmelzen also klassische und kontemporäre Charakteristika. Beiden gemein ist dabei, dass sie über ein hohes Maß an Reputation verfügen müssen, damit ihr Urteil Gehör findet und sie überhaupt erst in das Blickfeld der Bundespolitik geraten, um als Beratende in Betracht gezogen zu werden. Diese modernen Expertinnen und Experten folgen vergleichbaren Idealbildern, die wiederholt in der Literatur beschrieben werden. Als „Civic Scientist“ agieren sie transparent und der Gesellschaft zugewandt, was auf das Selbstverständnis einer öffentlichen Funktion zurückzuführen ist. Hierfür nutzen sie die Kanäle, die moderne und digitale Medien zur Verfügung stellen. Als „Honest Broker“ erläutern sie dabei politische Optionen und erweitern das Sichtfeld. Der Ratschlag stammt selten von Einzelpersonen, sondern wird von Zusammenschlüssen und

Gremien generiert. Dies hat den Vorteil, dass eine Mehrzahl an kritischen Perspektiven abgedeckt werden kann und durch die Inkorporation verschiedener Blickwinkel der lebensweltliche Bezug gestärkt wird.

Das moderne Expertinnen- und Expertentum setzt auf verschiedene Wissensarten zur Erstellung seiner Ratschläge. Neben dem oben genannten Spezialwissen verfügen sie über ein Überblicks- und Randwissen ihrer oder angrenzender Fachbereiche. Viele kontextualisieren außerdem ihre Expertise zur Lebenswelt und stellen Metaexpertise zur Implementierung ihrer Ratschläge zur Verfügung. Dabei folgen sie dem Motto: So viel wie nötig, so knapp wie möglich. Gerade in wissenschaftspolitischen und risikobezogenen Debatten stellt sich außerdem die Frage, ob interdisziplinäres Wissen, das Wissen von Laiinnen und Laien oder praktische Wissensbestände eingebunden werden.

Neben der Reputation ist vor allem das institutionelle Design für die Leistungsfähigkeit und Funktionsweise der Beratungsinstanz entscheidend. Hierzu gehört ihre Ein- und Besetzung, die mehr oder weniger öffentlich ablaufen können. Transparente Prozesse stärken die legitimierende Funktion der Expertise. Bestimmen die Auftraggebenden über die Beratungsinstanz oder erfolgt eine Kooptation, welche die fachliche Robustheit eines Gremiums stärkt? Wie groß ist die beratende Einrichtung und werden verschiedene Interessenbeteiligte, beispielsweise durch einen Proporz, berücksichtigt, um das in Deutschland bedeutende Konsenspotenzial zu maximieren, was gerade im Bereich der lebenswissenschaftlichen und ethischen Fragestellungen von Relevanz ist?

Auch die Formulierung des Mandats und die Beauftragung der Beratenden ist in diesem Bereich anzusiedeln, da hierdurch bedeutende Weichenstellungen erfolgen können. Ein Beratungsgremium kann proaktiv handeln oder auf Anfrage agieren und Expertise kommerziell oder unentgeltlich verfassen. Sind die Aktionsbereiche von Beratenden und Beratenen klar fixiert und die Befugnisse der Expertinnen und Experten festgelegt? Ein weites Mandat stärkt die wissenschaftliche Robustheit, schadet aber eventuell der Nutzbarkeit der Expertise. Ein enges Mandat hingegen generiert die geforderten Antworten, schwächt aber die legitimierende Wirkung des Ratschlags. Ebenfalls zu den Befugnissen gehört die Frage nach dem Publikationsrecht, da hierdurch die Machtverhältnisse zwischen den beteiligten Parteien verschoben werden können.

Eng verwoben mit der Frage des institutionellen Designs ist die nach dem Grad der Formalisierung und den rechtlichen Rahmenbedingungen. Institutionalisierte Beratungsinstanzen haben eine erhöhte Zugänglichkeit und können, dank unterstützender Strukturen im Hintergrund, den Fokus auf die Generierung von Expertise legen. Darüber hinaus verfügen solche Gremien häufig über zusätzliche Ressourcen, die ihre Arbeit erleichtern. Die strukturierte Einbindung in Politikprozesse ist für die Kooperation von Beratenden und Beratenen ebenfalls förderlich, kann jedoch die Unabhängigkeit der Expertise einschränken.

Hochkarätige Expertise bedarf auch einer fortlaufenden Qualitätskontrolle, gerade dann, wenn ihre Inhalte auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren. Beratende müssen sich daran messen, welche Strategien sie für solche Prozesse vorhalten. Gibt es Peer-Review-Verfahren oder Evaluationen? Falls sie in diesem Zuge Leitlinien oder Kodizes verabschiedet haben, sollten diese knapp und simpel gefasst sein, dabei aber auch idealerweise rahmende Fragen adressieren, beispielsweise was prozedurale Aspekte betrifft.

Zuletzt bildet die Bewertungsdimension Expertise ab, dass Beratungsinstanzen dazu in der Lage sein müssen, in den aktuellen Herausforderungen der deutschen Wissenschaftspolitik Ratschlag und Orientierung zu geben. Können sie Hilfestellung bei grenzüberschreitenden Fragestellungen leisten oder strategische Unterstützung bei der fortlaufenden Transformation der Wissenschaft durch die Neue Governance bieten? Tragen sie durch ihre Expertise zum Innovationsanspruch bei? Zu den zentralen wissenschaftspolitischen Aufgaben gehören die Herausforderungen, die sich durch den Fortschritt in den Lebenswissenschaften entfalten. Ethikberatung ist notwendig, um bei Weichenstellungen für die Zukunft die Wertelage der Gesamtgesellschaft zu inkorporieren. Echte Ethikexpertinnen und -experten sind hierzu nötig und dabei zwingend dazu angehalten, zwischen Sachfragen sowie Werturteilen klar zu differenzieren und diese zu markieren. Mit Blick auf die weiterhin rasanten Entwicklungen in der Wissenschaft sollte Ethikexpertise auch dazu dienen, notwendige öffentliche Diskussionen anzuregen. Diese sind nicht zuletzt mit der Auslotung von Risiken und der Technikfolgenabschätzung verbunden, die gerade im deutschen Diskurs einen zentralen Platz einnehmen. Diese Funktionen runden das Aufgabenprofil ab, das mit der Bewertungsdimension Expertise beschrieben wird.

Primäre Funktionen	Rationalisierende Funktion, politische Funktion, legitimierende Funktion
Status	Öffentlich, fachlich, Rollenverständnis, Medienpopularität, Reputation, Prominenz
Wissensarten	Spezialwissen, Überblickswissen, Randwissen, Kontextwissen, Metaexpertise, Umfangsgebot, interdisziplinäres Wissen, Wissen von Laiinnen und Laien, praktisches Wissen
Institutionelles Design	Besetzung, Beauftragung, Mandatierung, interne Abläufe, Institutionalisierung, Formalisierung, rechtlicher Rahmen, Qualitätssicherung
Herausforderungen	Internationalität, Neue Governance, Ethikberatung, Risikofragen, Technikfolgen, Innovation

Abbildung 2: Elemente der Bewertungsdimension Expertise.

5.3.2.) Deliberation

Die Bewertungsdimension Deliberation fokussiert den Paradigmenwechsel in der Politikberatung. Hier werden die demokratiethoretisch gewichteten Leistungskomponenten der Gesellschaftsberatungsfunktion auf den Prüfstand gestellt. Das ebenfalls neue Selbstverständnis vieler wissenschaftlicher Expertinnen und Experten, sich als „Honest Broker“, „Civic Scientist“ oder „Visible Scientist“ einzubringen, kommt hier zum Tragen. Inwiefern sie diese Rolle erfüllen, kann daran gemessen, wie die Kompatibilität zwischen Gesellschaft, Politik und Expertise hergestellt werden kann. Die Schlagworte sind dabei Partizipation, Legitimation, Repräsentation und Verantwortung, die sich als Kernelemente um den zentralen Akt der gemeinschaftlichen Meinungsbildungsprozesse gruppieren.

In dieser Bewertungsdimension geht es auch darum, wie sich Deliberation prozedural und strukturell in Beratungsgremien und Prozessen abbilden lässt. Daher ist es wieder wichtig, das institutionelle Design zu untersuchen. Repräsentativität wird stark durch die Besetzungspolitik bestimmt und dadurch, wie mit externen Ressourcen agiert wird. Die Gestaltung einer Beratungsinstanz entscheidet auch über den Grad der delegierten und der deskriptiven Repräsentativität. Je höher die Ausprägung der letzteren, umso stärker ist der Gesellschaftsbezug der Beratungsinstanz. Die gesellschaftlichen Perspektiven müssen aber mit den politischen und fachlichen Blickwinkeln verbunden werden. Damit ein Gremium den Anspruch der Repräsentativität erfüllen kann, muss es über Verantwortungsstrukturen verfügen, die eine Rückbindungen und Rechenschaftspflichten festlegen. Darüber hinaus muss sich eine Beratungsinstanz daran messen lassen, wie sie Partizipation und politische Führung kombinieren kann. Wie werden deliberative Praktiken eingesetzt, welche Formate werden angewendet und wie mit praktischem Wissen umgegangen?

Der deliberative Charakter einer Politikberatungsinstanz muss jedoch in beide Richtungen eingeschätzt werden. Neben der Flussrichtung von der Gesellschaft in die Wissenschaft muss gerade auch der entgegengesetzte Weg gewichtet werden. Die Popularisierung von Wissen ist ein Kernelement der demokratisierenden Leistungsdimension. Politikberatung in der Wissenschaftspolitik muss dabei dialogisch erfolgen und zeichnet sich durch einen reziproken Charakter aus. Idealerweise sind diese Aspekte durch entsprechende Ausformungen des institutionellen Designs gestützt, um ihre demokratisierende Wirkung maximal entfalten zu können. Dieser entgegen stehen auch die heterogenen Kapazitäten und Ansprüche der Gesellschaft, Expertise zu suchen und zu verwerten. Die Leistungsfähigkeit einer Beratungsinstanz in dieser Bewertungsdimension stellt daher auch die Frage, ob diese Disparitäten adressiert werden, beispielsweise durch niederschwellige Angebote oder einfache Sprache. Generell sollen sie Dialogstrukturen aufbauen und Outreach betreiben, um für ihre Themen zu werben und die Bevölkerung zu involvieren. Durch die Überwindung der fachlich-nüchternen

Natur wissenschaftspolitischer Inhalte und eine Annäherung an die Medienästhetik der Gegenwart, steigt der Popularisierungsgrad der Expertise.

Kommunikative Fähigkeiten stehen also im Zentrum der Bewertungsdimension Deliberation. Das Internet und die digitalen Medien haben hierbei das Repertoire der Beratenden umfassend erweitert. Sie verfügen heute nicht nur über mehr Kanäle, ihren Ratschlag zu verteilen, sondern können auch verschiedene Möglichkeiten der gemeinschaftlichen Kommunikation etablieren. Die Reichweite von Politikberatung hat sich durch die sozialen Medien drastisch erhöht, zeitgleich sind aber auch Reibungsflächen entstanden und neue Konfliktzonen mit der Öffentlichkeit treten hervor. Das Bild der Wissenschaft und des Expertinnen- und Expertentums finden sich im 21. Jahrhundert stark herausgefordert.

Der Umgang mit der Digitalität betrifft aber auch das Publikationswesen. Wissensbestände können heutzutage über das Internet schnell und einfach der Gesellschaft bereitgestellt werden. Zeitgleich bieten sich die digitalen Zugangsmöglichkeiten dafür an, Einblick in die Arbeit von Gremien und die Themen der Wissenschaftspolitik an verschiedenen Stationen des Entscheidungsprozesses zu gewähren. Viele Politikberatende veröffentlichen Ihre Expertise ebenfalls kostenlos und gerade dann, wenn sie ein proaktives Rollenverständnis aufweisen.

Von besonderer Bedeutung in Deutschland ist die umfassende und transparente Abbildung von lebenswissenschaftlichen Fragestellungen, die mit den Wertsphären der Gesellschaft in Berührung kommen. Auch die Frage nach der Risikobehaftung von Technologien und dem Fortschritt sind Themen, die eine öffentliche Arena benötigen, um die dringenden gesamtgesellschaftlichen Abstimmungsprozesse anzuregen, die noch ausstehen. Deliberation trägt dazu bei, die Innovationsfähigkeit, die auf den Schultern der gesamten Republik aufsitzt, zu gewährleisten und hilft dabei, die Interessen der Bevölkerung zu artikulieren und in Entscheidungsprozesse einzubinden.

Selbstverständnis	Honest Broker, Civic Scientist, Visible Scientist
Kernelemente	Besetzung, externe Ressourcen, Delegation und Deskriptivität, Verantwortungsstrukturen, Rückbindung, Rechenschaft, Verbindung Lebenswelt, Perspektivenkonvergenz
Praktiken	Vereinbarkeit Führung und Partizipation, Formate, praktisches Wissen
Popularisierung	Dialogisch, reziprok, gestützt durch institutionelles Design, Publikums-konformität, Outreach, Medienkonformität, Internet
Zugang	Digitalität, Prozessabbildung, Open Access, Repositorien
Arenabildung	Ethik, Risiko, Fortschritt, Innovationsfähigkeit

Abbildung 3: Elemente der Bewertungsdimension Deliberation

5.3.3.) Interessenvertretung

Auch zu Beginn der dritten Bewertungsdimension, die den letzten Pol des Spannungsfelds bildet, steht erneut die moderne Konzeption der Politikberatung. Durch öffentlichkeitswirksame Expertinnen und Experten sowie die starke und zeitgleich gesellschaftsverankerte Rolle der Wissenschaft, ist ihre Exponiertheit deutlich gestiegen. Dies drückt sich nicht zuletzt durch einen hohen Rechtfertigungsdruck aus, mit dem Beratende und Politik umgehen müssen. Neben der übergeordneten Bewältigung der Krise der Expertise, der Wissenschaft sowie des Expertinnen- und Expertentums müssen Beratende ihre Glaubhaftigkeit aufrechterhalten, damit ihr Ratschlag Gewicht behält und Gehör erhält. Politikberatungsinstanzen in der Wissenschaftspolitik stehen auch in der Verantwortung, mit dem öffentlichen Bild der Wissenschaft vertrauenswürdig umzugehen, für Verständnis zu sorgen und für Rückhalt zu werben. Dieser Auftrag hat gerade in den letzten Jahren an Bedeutung hinzugewonnen. Postfaktizismus und Verschwörungstheorien, die vor allem über die Sozialen Medien gestreut werden, erschweren die Arbeit der Wissenschaft und erzeugen weiteren Gegenwind für ihre Expertise. In einer bewusst positiven Auslegung könnte argumentiert werden, dass diese Entwicklungen zumindest technokratische Tendenzen verhindern, da über sie der Gesellschaftsbezug hergestellt und auf die verschiedenen Positionen innerhalb der Gesellschaft eingegangen wird. Dem gegenüber steht, neben Logik, Wahrhaftigkeit und Aufrichtigkeit, das schwindende Vertrauen in wissenschaftliche Expertinnen und Experten sowie eine damit einhergehende Entwertung von Politikberatung. Durch die Skandale und Enthüllungen in der Wissenschaftswelt der letzten Jahre ist gerade die Expertise in der Wissenschaftspolitik stark herausgefordert.

Maßnahmen zur Qualitätssicherung sind daher auch für die Wahrung der Integrität und des öffentlichen Bilds von insbesondere wissenschaftlichen Expertinnen und Experten unabdingbar. Neben Verpflichtungen zu Redlichkeit und fachlicher Integrität ist es nötig, Kontrollinstanzen zu etablieren, um Beratungsprozesse gegen Interessenvertretungsvorwürfe zu schützen. Beratungsinstanzen können hierfür Leitlinien und Kodizes erlassen, die jedoch nur mit entsprechenden Sanktionsbestimmungen eine greifbare Wirkung entfalten können. Für wissenschaftliche Expertise sind Peer-Review-Verfahren von besonderer Bedeutung zur Qualitätssicherung. Betrug in der Wissenschaft kann vor allem durch die Wissenschaft selbst effektiv und stichhaltig aufgeklärt werden. Dabei muss das Bewusstsein für Verbesserungsmöglichkeiten der Selbstkontrolle auch in neue Verfahren umgemünzt werden.

Auch hier ist das institutionelle Design die entscheidende Stellschraube, um Beratungsinstanzen gegen einen Interessenvertretungs- oder Lobbyismusverdacht zu schützen. Zentrale Organisationsprinzipien bilden die Distanz zwischen Beratenden und Beratenen, die Pluralität von Gremien, ihre Transparenz und ihr Grad der Öffentlichkeitsorientierung. Wie erfolgt die Initiation des Beratungsprozesses oder die Einsetzung eines Gremiums? Proaktivität kann Druck in Richtung der Politik bewirken und steht für die Identifikation des Beratungsbedarfs aus praktischer oder wissenschaftlicher Erkenntnis. Erneut spielt natürlich auch die Besetzungspolitik eine Rolle für die Arbeitsweise und das Bild nach außen. Ein plural besetztes Gremium schafft Vertrauen und auch wie klar der Beratungsauftrag formuliert wurde, kommt hierbei zum Tragen. Finanzressourcen, auf die idealerweise frei zugriffen werden kann und ein unterstützender Unterbau in Form eines eigenen Büros stärken ebenfalls die unabhängige Position von Politikberatungsinstanzen. Ein hohes Maß der Institutionalisierung stellt sich hier als zweiseitiges Schwert heraus. In Distanz zur beauftragenden Seite etabliert und mit eigenständigem Mandat versehen, hilft die Institutionalisierung dabei, die Politikberatung gegen eine selektive Nutzung zu schützen.

Der Transparenzgedanke kommt auch bei den Entscheidungsstrukturen einer Beratungsinstanz zum Tragen. Der Einblick in Abläufe sollte für Außenstehende leicht zugänglich und verständlich sein. Wie bei Leitlinien ist es hierbei zuträglich, wenn ein Gremium über einfache Regeln und eine niedrige Regulationsdichte verfügt. Offenkundig ist es auch notwendig, potenzielle Interessenkonflikte offenzulegen. Neben wirtschaftlichen oder fachlichen Interessen unterscheiden sich Beratungsinstanzen auch im Grad ihrer Politisierung, was jedoch schwer zu quantifizieren ist. Aspekte wie die Nähe zur Politik, die Einsetzung eines Gremiums oder auch Unabhängigkeit prozeduraler Aspekte können hierbei für eine Einschätzung herangezogen werden. Eine konkrete Messung kann nicht erfolgen, vielmehr sollen Anzeichen erkannt werden, die eine Politisierung zulassen oder erschweren.

Transparenz muss aber vor allen Dingen auch in der eindeutigen Markierung von möglichen Wertfragen und -urteilen oder sachlichen Einschätzungen und Fakten herrschen, die

den Beratungsprozess beeinflussen oder in die Expertise einfließen. Das Recht zur Veröffentlichung des Ratschlags sollte darüber hinaus möglichst auch in der Hand der Beratenden liegen, um die Möglichkeit von Verschleppung und Selektion zu minimieren. Idealerweise wird die Expertise ohne Hürden, beispielsweise unter Open Access, publiziert.

Qualitätssicherung	Leitlinien, Kontrollinstanzen, Peer Review
Institutionelles Design	Distanz, Pluralität, Öffentlichkeitsorientierung, Initiation, Ressourcen
Transparenz	Prozesse und Strukturen, Regulationsdichte, Interessenkonflikte, Politisierung, Wertfragen und Werturteile, Einschätzung und Fakten, Publikationsrecht

Abbildung 4: Elemente der Bewertungsdimension Interessenvertretung

5.4.) Schritt 3 - Beurteilung

Politikberatende in der deutschen Wissenschaftspolitik müssen sich einer Vielzahl an Herausforderungen stellen. Die Qualität ihrer Beratungsleistung lässt sich hierbei nicht daran messen, zu welchem Grad ihre Expertise von der Politik umgesetzt wird und ob oder inwiefern sie die Entscheidungsfindung beeinflusst hat. Um belastbare Aussagen in diese Richtung zu treffen würde es außerdem umfassender Einzelfallstudien mit langen Laufzeiten bedürfen. Der Blick auf einzelne Fallbeispiele erlaubt kein repräsentatives Bild über die so gemessene Leistungsfähigkeit eines Gremiums.

Die Qualität von Politikberatenden in der Wissenschaftspolitik wird daher in der folgenden Untersuchung zum einen daran gemessen, wie ein Gremium in dem Spannungsfeld agiert, das sich zwischen den drei Bewertungsdimensionen Expertise, Deliberation und Interessenvertretung spannt. Es wird überprüft, wie gut eine Beratungsinstanz in diesem navigiert und inwiefern es gelingt, den wissenschaftlichen, politikkulturellen und demokratietheoretischen Herausforderungen des deutschen Systems zu entsprechen. Je besser es einer Politikberatungsinstanz gelingt, die Spannungen in diesem Handlungsfeld aufzulösen, umso höher ist seine Qualität.

Durch den Einfluss, den die kulturellen und strukturellen Besonderheiten eines Landes auf die Ausprägungen und damit das Anforderungsprofil von Beratung in einzelnen Politikfeldern hat, zeigt sich die Leistungsfähigkeit einer Beratungsinstanz auch darin, wie sie sich in das entsprechende System einfügt. Als zweite Bewertungsstufe wird daher betrachtet, wie gut die Gremien und Beratungseinrichtungen in die deutsche Landschaft der Wissenschaftspolitik

passen und ob sie die Herausforderungen adressieren, die in der Bundesrepublik vorherrschen. Entsprechen sie den Anforderungen und Strukturmerkmalen des Systems und wird die Expertisenlücke gefüllt, die aus dem Beratungsauftrag hervorgeht?

Der Maßstab für die Passgenauigkeit ergibt sich aus den Analysen der Kapitel 3. und 4., in denen die Spezifika der Politikberatung sowie der Wissenschaftspolitik in Deutschland herausgearbeitet wurden. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Politikberatung in der Bundesrepublik vor allem als Austausch von Wissenschaft und Ministerialbürokratie verstanden. Ab den fortschrittsoptimistischen 1960ern vergrößert sich das Teilnahmefeld, die Politik beginnt, interne Beratungskapazitäten aufzubauen und interne Elitenbildung zu betreiben. Mit Anfang der 70er ist das Vertrauen in Technologie abgekühlt und durch die zunehmende Anzahl an Beratern kommt das Gegenexpertisenphänomen auf. Unsicherheit entsteht, die durch die fortschreitende Pluralisierung der Expertise weiter zunimmt. Dieses Wachstum hält auch in den 1980ern an, als sich der öffentliche Wissenschaftsdiskurs in Deutschland auf Risiken einschießt. Dadurch wird Technikfolgenabschätzung wichtiger und die Gesellschaft zur Adressatin von Expertise, die sich langsam kommerzialisiert. Mit der Wiedervereinigung wird die Professionalisierung weiter vorangetrieben und das Feld der Berater expandiert. Expertinnen, Experten und ihre Arbeit werden zunehmend politisiert und dienen der Legitimation von Entscheidungen. Auch wenn zeitgleich die gesellschaftliche Einbettung verstärkt wird, wächst die Kritik an Politikberatungsinstanzen in die Krise der Expertise.

Am Ausgangspunkt herrschte also ein fast ungebrochenes Vertrauen in die Funktion von Expertinnen und Experten sowie darin, dass eine verwissenschaftliche und rationalisierte Politik auch stets eine Optimierung von Entscheidungen mit sich führt. Dieser Ansatz hat sich als Fehlglaube herausgestellt und auch die Grenzen zwischen Wissenschaft und Politik zeichnen sich heute wieder deutlich stärker ab als in den 1960ern. Diese Enttäuschung ist zu einem definierenden Moment für die Beziehung der Deutschen zur Politikberatung und zu Expertinnen und Experten geworden. Dennoch verfügen sie auch heute noch über hohes Ansehen in der Gesellschaft und der Politik. In den stark konsensorientierten Debatten der Bundesrepublik kommt ihrer Stimme ebenfalls immer noch besonderes Gewicht zu. Dennoch entspricht es dem deutschen Ideal, eine Vielzahl an Positionen in Entscheidungsprozesse einzubinden, was auf den korporatistischen Gedanken zurückzuführen ist, dass ein Perspektivenpluralismus zu einer höheren Entscheidungsqualität führt. Längere Laufzeiten von Entscheidungen und komplexe Abstimmungsprozesse werden hierfür in Kauf genommen.

Diese Entwicklungen und Charakteristika sind strukturprägend für die Ausbildung der Beratungslandschaft in Deutschland. Ebenfalls von großer Bedeutung diesbezüglich ist natürlich die politische Gliederung der Bundesrepublik. Auf ihre vielschichtigen Herausforderungen hat sich ein diversifiziertes System gebildet, das die gesamte Gesellschaft mit ihren Aufgaben-

feldern sowie Spezifika abbilden kann und über eine hohe Anschlussfähigkeit an lebensweltliche Problemstellungen bietet. Gerade institutionalisierte Beratungsinstanzen können in dieser deliberativen Funktion besonders wirksam sein. Vielerorts herrscht jedoch noch ein überholtes Selbstbild vor, was sich auch darin äußert, dass viele Beratende nach wie vor passiv agieren. Sie bemühen sich auch, ihr öffentliches Bild zu pflegen und auf ihre Wertfreiheit abzustellen. Obwohl die Literatur zeigt, dass Menschen niemals komplett neutral agieren können, entspricht dies dennoch dem Idealbild der breiten Bevölkerung der Bundesrepublik.

In der deutschen Politikerberatung wird überwiegend die Exekutive mit Expertise versorgt. Diese baut seit geraumer Zeit ihre eigenen Beratungskapazitäten stetig aus. Externen Beratungseinrichtungen und neueren Formen von Beratung kommt nicht die Rolle zu, wie es beispielsweise in den USA der Fall ist. Dieser Konservatismus drückt sich beispielsweise auch in einer Zurückhaltung gegenüber modernisierenden Aspekten, wie beispielsweise Open Peer Review, aus. Gerade Letzteres passt nicht wirklich zum deutschen System, das auf Konsens baut und offene Konflikte vermeiden möchte. Dies gelingt vor allem dank der ausgeprägten informellen Netzwerke der Wissenschaftspolitik, die diskrete Aushandlungs- und Abstimmungsprozesse ermöglichen. Dieser Abgleich entspricht selbstverständlich nicht dem Gedanken der Gesellschaftsberatung und mangelt an Transparenz. Außerdem sind die Strukturen des intrainstitutionellen Abgleichs horizontal stark ausgeprägt, zeitgleich aber für vertikale Kommunikation kaum durchlässig. Auch im direkten Miteinander herrscht Ungleichheit, da den Mitgliedern ranghoher Institutionen mehr Bedeutung zukommt. Der direkte Austausch in der Wissenschaftswelt wird durch die Möglichkeiten der digitalen Medien zusätzlich verstärkt. Schwerpunktsetzungen können heute auch über so etablierte intransparente Wege erfolgen. Der diskrete Interessenabgleich, so prägend er auch für den Diskurs in der Wissenschaftspolitik ist, erscheint daher nur schwer mit deliberativen und demokratietheoretischen Aspekten vereinbar. Beratende sollten sich also auch darum bemühen, diese Kompatibilitätsprobleme zu durchbrechen.

Ebenfalls für Politikberatung in der deutschen Wissenschaftspolitik entscheidend sind die bereits im Analyseabschnitt 2 abgefragten Kapazitäten zur Ethikexpertise und Technikfolgenabschätzung. Gerade die Erörterung von wertebezogenen Fragestellungen ist in Deutschland immer schwer, da diese häufig als widersprüchlich zur Wissenschaft wahrgenommen werden. Die Kritik, dass Ethikexpertise nicht wissenschaftlich fundiert ist, wird auch aus der Wissenschaft heraus formuliert. Gremien müssen diese Themenbereiche jedoch zwingend adressieren, um die Weichenstellungen für zukünftige Entwicklungen vorzubereiten. Die Wissenschaft wird auch in Deutschland unweigerlich Fragen aufwerfen, zu denen Arenen geschaffen werden müssen, um abzugleichen, in welche Richtung sich die Nation bewegen will. Dasselbe gilt in der Risikodimension.

Die Wissenschaft zeigt sich auch bereit, diese Diskussion zu führen und setzt Impulse, die in der Öffentlichkeit aber zumeist nur als Schlaglichter aufkommen. Politikberatung in der Wissenschaftspolitik sollte proaktive Arbeit leisten und die Wissenschaft dabei unterstützen, über Chancen, Risiken und Werte zu diskutieren. Die Notwendigkeit hierfür ergibt sich nicht nur aus der Unumgänglichkeit des Fortschritts. Für die Bundesrepublik gilt es, in den Lebenswissenschaften und der Biotechnologie nicht den Anschluss zu verlieren und keine neuen technologische Lücken entstehen zu lassen. Als bedeutende Industrie- und Forschungsnation, die international für ihre Stellung und Werte eintritt, sollte man die Frage stellen, wie man den Fortschritt mitgestalten kann und möchte. Hierzu ist es unabdingbar, dass man sich aktiv positionieren kann, was bei diesen Themen, die über einen starken lebensweltlichen Bezug verfügen, erfolgreiche gesamtgesellschaftliche Debatten voraussetzt. Da die Öffentlichkeit nicht davon ausgeht, dass die Politik ausreichend dazu in der Lage ist, Risiken zu identifizieren, sind sichtbare und glaubhafte Politikberatungsinstanzen nötig, um die notwendigen Diskussionen anzuregen und zu begleiten. Ethikexpertise und Risikobewertung dürfen nicht als Sekundärfähigkeiten angesehen werden.

Auf Basis dieser Kriterien ist es möglich, die Funktionsfähigkeit und Qualität einer Politikberatungsinstanz in der deutschen Wissenschaftspolitik abschließend einzustufen. Den Urteilsschwerpunkt bildet das Abschneiden in den drei Bewertungsdimensionen, die jeweils gleich gewichtet sind. Dieser Aspekt wird durch die Fragen nach der Passgenauigkeit für das deutsche System und dem Potenzial, seine aktuellen Herausforderungen zu adressieren, ergänzt. Als primäre Quellen für die Analyse dienen die Primärtexte der Beratungseinrichtungen und ihre multimedialen Präsenzen. Ebenfalls herangezogen werden Veröffentlichungen, Schriftsachen und Websites der Politik. Als Hypothese kann formuliert werden, dass es Beratungsinstanzen gibt, die über eine bessere Eignung verfügen als andere und die dazu in der Lage sind, die Spannungsverhältnisse der Politikberatung in der deutschen Wissenschaftspolitik aufzulösen.

5.5.) Untersuchte Politikberatungsinstanzen

Die Beratungslandschaft in der Wissenschaftspolitik der Bundesrepublik zeichnet sich durch ein dichtes Netz an Expertinnen und Experten auf Bundes-, Landes- und auch lokaler Ebene aus. Eine gesamtsystemische Analyse kann somit nicht das Ziel dieser Untersuchung sein, da sie aufgrund der schiereren Menge an Forschungsgegenständen und des vorliegenden Bewertungskatalogs unpraktikabel wäre. Aus diesem Grund muss eine Auswahl der zu untersuchenden Beratungsinstanzen erfolgen. Übergreifende Rückschlüsse auf die Beratung in der deutschen Wissenschaftspolitik sind zu erwarten, wenn sie durch die Betrachtung ihres zentralen Akteurs herausgearbeitet werden. Das BMBF ist die richtungsweisende Institution der Wissenschaftspolitik der Bundesrepublik, auf dessen Beratungsumfeld die Untersuchung ausgerichtet

ist. Die Politik der Länder und die lokale Politik bleiben somit außen vor, der Fokus liegt auf der Beratung der Bundesregierung.

Ebenfalls nicht berücksichtigt werden kommerzielle Politikberatungseinrichtungen, da sie zumeist auf die kommunikativ-strategische und nicht auf die inhaltliche Ebene ausgerichtet sind. Darüber hinaus haben die vorgestellten Arbeiten von Shamim Rafat und Peter Weingart mit Justus Lentsch in Kapitel 3.6. gezeigt, dass für sie ein anderer Untersuchungsansatz benötigt wird. Ebenfalls für die Untersuchung ausgeklammert werden Think Tanks, da sie für die Politikberatung in der deutschen Wissenschaftspolitik noch keine signifikante Rolle einnehmen. Gleiches gilt für Stiftungen, die vor allem eine forschungsfördernde Funktion in Deutschlands Wissenschaftspolitik besetzen.

Somit bilden die wichtigsten nichtkommerziellen Beratungsinstanzen des BMBF den Kern der Analyse. Daneben soll die Auswahl auch gewähren, dass die zentralen Themen der deutschen Wissenschaftspolitik abgedeckt sind und ein variantenreiches Untersuchungsfeld gewährleistet werden kann. Das BMBF selbst benennt im Bundesbericht Forschung und Innovation 2020 die aus seiner Sicht bedeutendsten Beratungsgremien. In einer Darstellung der „Akteure des deutschen Forschungs- und Innovationssystems“⁹³⁹ werden die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI), das Hightech-Forum (HTF) und der Innovationsdialog als Beratungseinrichtungen abgebildet. Die so gefasste Politikberatung weist einen starken Bezug auf innovationspolitische Themen auf. Um daraus entstehende Redundanzen zu verhindern, wird von diesen drei Gremien nur das HTF untersucht, da es im auch Hinblick auf die Weiterentwicklung der Hightech-Strategie eine interessante Kopplung an politische Prozesse aufweist und dadurch verspricht, ein aussichtsreicherer Untersuchungsgegenstand als die EFI zu sein. Das HTF wird auch herangezogen, um der Verquickung von Wissenschafts- und Innovationspolitik Tribut zu zollen und das innovationspolitische Beratungspotenzial zu erfassen. Der Innovationsdialog wiederum fokussiert, wie der Name bereits andeutet, nur einen Teilaspekt der deutschen Wissenschaftspolitik und wird aus diesem Grund ausgelassen. Der Wissenschaftsrat (WR) nimmt auch gemäß der Darstellung des BMBF eine exponierte Position in der Beratungslandschaft ein, weshalb er auch in der vorliegenden Arbeit als erstes untersucht wird.⁹⁴⁰

Die weiteren Beratungsgremien ergeben sich aus den beschriebenen Herausforderungen, denen das wissenschaftspolitische System der Bundesrepublik begegnen muss. Zum einen werden interne Beratungseinrichtungen der Regierung untersucht: die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags (WD) und die thematisch relevanten Enquete-Kommissionen des Bundestags (EK). Mit dem Deutschen Ethikrat (ER) und dem Büro für Technikfolgen-Ab-

⁹³⁹ BMBF 2020c, S. 59

⁹⁴⁰ Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Bundesbericht Forschung und Innovation 2016. Forschungs- und innovationspolitische Ziele und Maßnahmen. Berlin, 2016. S. 53.

schätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) wird der Bedeutung des lebenswissenschaftlichen Fortschritts und der damit verbundenen Diskurse in Deutschland entsprochen. Beide Einrichtungen weisen unterschiedliche Distanzgrade und Besetzungsmechanismen auf, sodass unterschiedliche Herangehensweisen für einen in Teilen vergleichbaren Themenzuschnitt untersucht werden können. Den Abschluss bildet die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e.V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina). Politikberatung in der Wissenschaftspolitik ist starken Scherkräften ausgesetzt, die von den Polen des Spannungsfelds zwischen Deliberation, Expertise und Interessenvertretung ausgeübt werden. Aufgrund ihrer Aufstellung, ihrer Leitideen und ihres Selbstverständnisses liegt die Vermutung nahe, dass Wissenschaftsakademien dazu fähig sind, diesen Effekten zu widerstehen. In Deutschland spielt die Leopoldina für große Teile der Bevölkerung und auch für Teile der Politik noch eine unbedeutende Rolle. Die Analyse wird daher ebenso feststellen, wo in dieser Hinsicht Verbesserungspotenzial zu heben wäre.

Somit ergibt sich eine Liste von sieben Beratungsinstanzen der deutschen Wissenschaftspolitik, die in der folgenden Reihenfolge analysiert werden: 1.) Wissenschaftsrat, 2.) Wissenschaftliche Dienste des Bundestags, 3.) Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestags, 4.) Hightech-Forum 2014 – 2017, 5.) Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag, 6.) Deutscher Ethikrat und 7.) Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e.V. – Nationale Akademie der Wissenschaften.

6.) Untersuchung zentraler Beratungsinstanzen der deutschen Wissenschaftspolitik

6.1.) Wissenschaftsrat (WR)

6.1.1.) Schritt 1 – Verortung und Kategorisierung

Dem WR kommt eine zentrale und exponierte Beratungsfunktion in der deutschen Wissenschaftspolitik zu. In diesem Feld ist er das wohl wichtigste Politikberatungsgremium, was sich in der Auffassung des BMBF und der Fachliteratur widerspiegelt und nicht auch zuletzt durch gelebte Praxis bestätigt wird.⁹⁴¹ In seiner Position als Primus befasst er sich bereits seit mehreren Jahren umfassend mit der Evaluierung der Ressortforschungseinrichtungen des Bundes und verfügt folglich über Aufsichtsprivilegien über andere wissenschaftspolitische Beratungsinstanzen.⁹⁴²

Diese Sonderrolle ist auch auf die mittlerweile über 60-jährige Geschichte des WR zurückzuführen. Er ist das ältere Beratungsgremium in der europäischen Wissenschaftspolitik

⁹⁴¹ Vgl. BMBF 2016, S. 53.

Vgl. Hinze 2010, S. 163.

⁹⁴² Vgl. Wissenschaftsrat (WR): Empfehlungen zur Profilierung der Einrichtungen mit Ressortforschungsaufgaben des Bundes. Drs. 10295-10. Lübeck, 2010. S. 5f.

Vgl. Wissenschaftsrat (WR): Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Ressortforschungseinrichtungen des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). Drs. 5916-17. Berlin, 2017b. S. 5.

und wurde durch die Unterzeichnung eines Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern am 05. September 1957 eingerichtet.⁹⁴³ Unter Adenauer wurde so eine Antwort auf den überregionalen Bedarf an Koordination und Planung formuliert. Zuvor hatten sich seit Mitte der 1950er Politik und Wissenschaft gemeinsam für die Gründung eines solchen Gremiums eingesetzt.⁹⁴⁴ Die Nachfrage entstand aus den föderalen Strukturen der noch jungen Bundesrepublik, die es nicht vermochten, die Wissenschaftspolitik von Bund und Ländern aufeinander abzustimmen. Mit dem Verwaltungsabkommen wollte man die nationale Vernetzung und Koordination stärken, eine Gesamtplanung ermöglichen und die Kooperation von Wissenschaft und Politik verbessern.⁹⁴⁵ Mit Blick auf die Fürsprecher der Einrichtung, zum Beispiel Bundespräsident Theodor Heuss und DFG-Präsident Gerhard Hess, und die initiale Aufgabestellung muss man sicher von besonderen Startvoraussetzungen sprechen, was die Positionierung des Gremiums betrifft.⁹⁴⁶ Die Sonderstellung der WR schlägt sich auch in Art. 3 des Verwaltungsabkommen nieder. Bund und Ländern sind dazu angehalten, die Expertise des WR in ihre Haushaltsplanung einfließen zu lassen und das Gremium in seiner Arbeit durch ein fortlaufendes Berichtswesen zu unterstützen. Als Anlaufstellen werden das BMBF sowie die Wissenschaftsverwaltungen der Länder benannt, was den WR explizit auf der obersten Kooperationsebene ansiedelt.⁹⁴⁷ Die Bundesregierung und die Landesregierungen sind außerdem gemeinsame Trägerinnen des WR.⁹⁴⁸

Seine Wirkungsgeschichte bis zur Gegenwart beschreibt der WR selbst mit drei Entwicklungsphasen. Bis in die 1970er lag der Arbeitsschwerpunkt auf der Expansion des deutschen Wissenschaftssystems. Diese Boomphase wurde, unter dem Stern rückläufiger Finanzunterstützung, von einer Zeit der Konsolidierung und Reformen abgelöst, die bis Ende der 1980er andauerte. Mit der Wiedervereinigung fokussierte der WR den Aufbau und die Eingliederung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft. Für das 21. Jahrhundert beschreibt auch der WR das Leitmotiv der Verquickung von Forschung, Innovation und Wohlstand und der damit einhergehenden Akademisierung der Berufswelt. Forschung und Lehre müssen sich neu aufstellen, um mit knappen Ressourcen im internationalen Wettbewerb Bestand zu haben, zeitgleich Ihre Qualität gewährleisten, Wissen transferieren und ihr Kooperationsportfolio ausbauen.⁹⁴⁹ Diese geraffte Beschreibung umreißt das Herausforderungsspektrum, in dem der WR seine Empfehlungen und Bewertungen verfasst.

⁹⁴³ Vgl. Wissenschaftsrat (WR): Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung eines Wissenschaftsrates vom 5. September 1957 in der ab 1. Januar 2008 geltenden Fassung. (<https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/Verwaltungsabkommen.pdf>, 24.04.2018)

Vgl. https://www.wissenschaftsrat.de/ueber-uns/gruendung_geschichte.html (03.03.2018)

⁹⁴⁴ Vgl. ebd.

⁹⁴⁵ Berger, Rolf: Zur Stellung des Wissenschaftsrats bei der wissenschaftspolitischen Beratung von Bund und Ländern. Baden-Baden, 1974. S. 15ff und 23.

⁹⁴⁶ Vgl. https://www.wissenschaftsrat.de/ueber-uns/gruendung_geschichte.html, (03.03.2018).

⁹⁴⁷ Vgl. WR 2008, Art. 3.

⁹⁴⁸ Vgl. ebd., Art. 1.

⁹⁴⁹ https://www.wissenschaftsrat.de/ueber-uns/gruendung_geschichte.html (03.03.2018)

Auf seiner Website hat der WR dafür in großen Lettern seine Aufgabendefinition verfasst: „Der Wissenschaftsrat berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung.“⁹⁵⁰ Ferner beschreibt er sich auf seiner Webpräsenz als Werkzeug im föderalistischen Deutschland, das Arenen für den Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und öffentlichem Leben schafft.⁹⁵¹ In seinem ersten Arbeitsprogramm für 2018 wird diese Funktion noch einmal konkretisiert. Der WR soll Ratschlag erteilen zu Forschung, Wissenschaft und zur Hochschullandschaft sowie ihre inhaltliche und strukturelle Weiterentwicklung begleiten. Übergeordnetes Ziel ist es, den Wissenschaftsstandort Deutschland im nationalen und internationalen Kontext konkurrenzfähig zu gestalten. Diese Aufgabendefinition stellt nicht nur auf wissenschaftliche Aspekte ab, sondern zielt auch auf Anforderungen, die sich aus den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten der Bundesrepublik ergeben. Gemäß der Darstellung im Arbeitsprogramm tritt der WR nach Beauftragung von Bund, Ländern, GWK oder KMK in Aktion.⁹⁵²

Dieser Initiationskreis hat seinen Ursprung in Art. 1 Abs. 2 des Verwaltungskommens, das 2008 in neuer Fassung verabschiedet wurde. Dort sind auch die originären Aufgaben des WR kodifiziert. Demnach ist er für Empfehlungen zur Entwicklung der Wissenschafts-, Forschungs- und Hochschullandschaft auf inhaltlicher und struktureller Ebene verantwortlich. Die Konkretisierung der Aufgaben- und Themenfelder erfolgt zweimal im Jahr über Arbeitsprogramme, die durch die Vollversammlung verabschiedet werden. Auch im Verwaltungsabkommen ist das Ziel festgehalten, die Stellung der deutschen Wissenschaft in der Welt zu sichern. Der WR soll daher Stellungnahmen bereitstellen, die nicht nur fachlich exzellent, sondern auch gesellschaftlich robust sind und soziale, strukturelle und ökonomische Faktoren einbeziehen sowie die Umsetzung der Empfehlungen und deren Auswirkungen abwägen.⁹⁵³

Diese wissenschaftsübergreifende Aufstellung findet sich ebenfalls an anderer Stelle der Verwaltungsvereinbarung wieder. Gemäß Art. 4 besteht der WR nämlich nicht nur aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, sondern aus insgesamt 54 Personen, die aus der Academia stammen, sich durch praktische Berufserfahrung qualifiziert haben oder „anerkannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“⁹⁵⁴ sind. 32 Mitglieder werden durch den Bundespräsidenten oder die Bundespräsidentin ernannt, von denen 24 auf den Vorschlag von DFG, MPG, HRK, FhG und die Leibniz-Gemeinschaft (WGL) zurückgehen. Acht Personen werden auf den gemeinsamen Vorschlag von Bund und Ländern benannt. Diese 32 Mitglieder

⁹⁵⁰ <https://www.wissenschaftsrat.de/ueber-uns.html> (03.03.2018)

⁹⁵¹ <https://www.wissenschaftsrat.de/ueber-uns/organisation-und-arbeitsweise.html> (03.03.2018)

⁹⁵² Vgl. Wissenschaftsrat (WR): Arbeitsprogramm des Wissenschaftsrates Januar – Juli 2018. Berlin, 2018a. S. 9.

⁹⁵³ Vgl. WR 2008, Art. 2 Abs 1.

⁹⁵⁴ Ebd., Art. 4 Abs. 1.

werden auf drei Jahre berufen und können wiedergewählt werden. Von den weiteren 22 Personen werden sechs durch die Bundes- und jeweils eine durch die Landesregierungen entsandt. Aus der Mitte der Mitglieder wird ein jährlich ein Vorsitz gewählt. Auch hier ist eine Wiederwahl möglich.⁹⁵⁵ Die aktuellen Mitglieder des WR können auf der Website eingesehen werden.⁹⁵⁶

Der WR besteht aus der Wissenschaftlichen Kommission und der Verwaltungskommission, die zusammen die Vollversammlung bilden. Die Wissenschaftliche Kommission setzt sich aus den Mitgliedern zusammen, die vom Bundespräsidenten oder der Bundespräsidentin berufen wurden. Sie ist für Entscheidungen unter Bezugnahme auf fachliche und wissenschaftliche Aspekte verantwortlich. Die Verwaltungskommission besteht aus den Regierungsentsandten und fokussiert die administrativen sowie finanziellen Gesichtspunkte der Beratungsarbeit.⁹⁵⁷ Die Vollversammlung kann durch den Vorsitz einberufen werden, wenn es eine Kommission oder mindestens 14 Mitglieder verlangen. Ihre Beschlüsse werden mit einer Dreiviertelmehrheit gefasst. Die von Bund und Ländern entsandten Mitglieder haben insgesamt 32 Stimmen, von denen 16 auf die Bundesregierung entfallen, alle weiteren Personen verfügen über jeweils eine Stimme. Eine Geschäftsordnung regelt die Details der Arbeit des WR.⁹⁵⁸

Die Verwaltungsvereinbarung detailliert auch die Grundlagen des administrativen Gerüsts des Gremiums. Bund und Länder, als gemeinsame Träger des WR, stellen jeweils 50% der benötigten Mittel. Dem Haushaltsplan müssen der Bund und zwei Drittel der Länder zustimmen. Die Verteilung der Lasten zwischen den Bundesländern erfolgt auf Basis der Bevölkerung und der Steuerlast.⁹⁵⁹ Dem WR steht eine Geschäftsstelle zu, die ebenfalls von Bund und Ländern gestellt wird.⁹⁶⁰ Die Laufzeit des WR ist unbefristet. Die Verwaltungsvereinbarung kann jedoch mit Frist von zwei Jahren zum Ende eines Kalenderjahres aufgekündigt werden.⁹⁶¹

Die oben erwähnte Geschäftsordnung konkretisiert die Prozesse und Strukturen des WR, die mit der Verwaltungsvereinbarung etabliert wurden. Die Vollversammlung kann wie oben beschrieben einberufen werden, tagt aber planungsgemäß mindestens viermal im Jahr.⁹⁶² Die 16 Stimmen der Bundesregierung müssen gebündelt abgegeben werden.⁹⁶³ Die Geschäftsordnung erlaubt der Vollversammlung und den Kommissionen, Ausschüsse einzusetzen, die auch mit externen Personen besetzt werden können. In Ausnahmefällen können

⁹⁵⁵ Vgl. WR 2008, Art 4.

⁹⁵⁶ <https://www.wissenschaftsrat.de/ueber-uns/mitglieder.html> (03.03.2018)

⁹⁵⁷ Vgl. WR 2008, Art. 5 und Art. 6.

⁹⁵⁸ Vgl. ebd. Art. 7.

⁹⁵⁹ Vgl. ebd. Art. 1.

⁹⁶⁰ Vgl. ebd., Art. 8.

⁹⁶¹ Vgl. ebd., Art. 10.

⁹⁶² Vgl. Wissenschaftsrat (WR): Geschäftsordnung des Wissenschaftsrates in der vom Wissenschaftsrat am 20. Januar 2017 verabschiedeten Fassung, Art 1. Abs 1. Berlin, 2017c. (<https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/Geschaeftsordnung.pdf>, 24.04.2018)

⁹⁶³ Vgl. ebd., Art 3. Abs. 3.

Ausschüsse dazu ermächtigt werden, der Vollversammlung direkt Empfehlungen vorzulegen.⁹⁶⁴ Generell dienen solche ad hoc einberufenen Ausschüsse aber der Vorbereitung von Stellungnahmen des WR, wenn die zu bearbeitende Thematik nicht eindeutig durch einen der bestehenden Ausschüsse bearbeitet werden kann.⁹⁶⁵

Die Geschäftsordnung vertieft auch die Funktion des Vorsitzes um die Vertretung des WR nach außen.⁹⁶⁶ Ebenfalls konkreter wird die Funktion der Geschäftsstelle dargelegt. Die Leitung dieser obliegt dem Generalsekretär oder der Generalsekretärin, der oder die für die Organisation der Unterstützungsstruktur umfassend verantwortlich ist, was auch Personalfragen und den Jahresabschluss betrifft.⁹⁶⁷ Der Generalsekretär oder die Generalsekretärin selbst wird durch die Vollversammlung bestimmt.⁹⁶⁸ Für drängende Fragestellungen, „Maßnahmen, die keinen Aufschub erdulden“⁹⁶⁹, ermächtigt die Geschäftsordnung den sogenannten Präsidialausschuss, bestehend aus dem Vorsitz des WR, dem Vorsitz der Verwaltungskommission sowie dem Vorsitz und der Stellvertretung der Wissenschaftlichen Kommission, Entscheidungen zu treffen.⁹⁷⁰

Einzelne Abteilungen des WR verfügen über Aufgabenfelder, die rechtlich kodifiziert sind. Hier wäre die Verfahrenszuständigkeit im Rahmen der Exzellenzinitiative zu nennen, die mit der sogenannten Exzellenzvereinbarung vom 18. Juli 2005 festgelegt wurde.⁹⁷¹ Die Abteilung Forschung ist im Akademienprogramm involviert und nimmt Stellung zu den Berichten über dessen Durchführung.⁹⁷² Darüber hinaus ist die Abteilung satzungsgemäß im Senat der Helmholtz-Gesellschaft sowie im Wettbewerbsausschuss des WGL-Senats vertreten.⁹⁷³ Auch für den Ausschuss für Hochschulstatistik entsendet der WR ein Mitglied.⁹⁷⁴

Die Abteilung Hochschulinvestitionen + Akkreditierung ist durch mehrere Beschlüsse mit rechtlich festgelegten Aufgaben betraut. Für Forschungsbauten und Großgeräte begutachtet der WR Anträge auf Förderung und spricht Empfehlungen aus. Außerdem wird er zurate gezogen, wenn es um strukturelle und programmatische Fragen zur Förderpraxis der GWK

⁹⁶⁴ Vgl. WR 2008, Art. 7.

⁹⁶⁵ Vgl. WR 2018a, S. 38.

⁹⁶⁶ Vgl. WR 2017c, Art. 9.

⁹⁶⁷ Vgl. ebd., Art. 10 und 14.

⁹⁶⁸ Vgl. ebd., Art. 12.

⁹⁶⁹ Ebd., Art. 11.

⁹⁷⁰ Vgl. ebd.

⁹⁷¹ Vgl. Bund-Länder-Vereinbarung gemäß Artikel 91 b des Grundgesetzes (Forschungsförderung) über die Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen, in: Bundesanzeiger 2005 Nr. 167, S. 13347.

⁹⁷² Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK): Ausführungsvereinbarung zum GWK-Abkommen über die gemeinsame Förderung des von der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften e.V. koordinierten Programms, in: Bundesanzeiger Nr. 18a vom 04.02.2009, S. 17. Bonn, 2009. Art. 5. Abs. 3.

⁹⁷³ Vgl. Wissenschaftsrat (WR): Rechtlich festgelegte Aufgabenfelder des Wissenschaftsrates. o.A. S. 1. (https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/Rechtliche_Grundlagen.pdf, 24.04.2018)

⁹⁷⁴ Vgl. Gesetz über die Statistik für das Hochschulwesen sowie für die Berufsakademien (Hochschulstatistikgesetz - HStatG) i.d.F. vom 07.12.2016, in: Bundesgesetzblatt 2826, Jahrgang 2016 Teil I Nr. 59. Bonn, 2016. § 12, Abs. 3.

geht.⁹⁷⁵ Nach einem Beschluss der KMK vom 15.12.2005 kommt der WR darüber hinaus im Bedarfsfall bei Fragen zur Hochschulentwicklung zum Einsatz.⁹⁷⁶ Über verschiedene bundesländerspezifische Vorgaben ist der WR im ganzen Bundesgebiet in die Verfahren zur institutionellen Akkreditierung eingebunden.⁹⁷⁷ Und schließlich ist Rolle des WR über zwei Beschlüsse der KMK zur staatlichen Anerkennung und dem Promotionsrecht privater Hochschulen festgehalten.⁹⁷⁸

Zur Konkretisierung der Arbeitsbereiche des WR geben seine Website und das aktuelle Arbeitsprogramm Aufschluss. Mit Stand 03.03.2018 werden online insgesamt zehn Fokusbereiche definiert, die durch verschiedene Ausschüsse sowie untergeordnete Arbeitsgruppen bearbeitet werden: Tertiäre Bildung, Exzellenzinitiative, Exzellenzstrategie, Forschung, Forschungsrating, Forschungsinfrastrukturen, Kerndatensatz Forschung, Evaluation, Hochschulinvestition + Akkreditierung sowie Medizin.⁹⁷⁹

Die Verbesserung der Organisation und die Weiterentwicklung des Hochschulwesens ist Aufgabe des Arbeitsbereichs Tertiäre Bildung. In der Praxis erfolgt dies durch Stellungnahmen und Empfehlungen zu akuten Fragestellungen. Relevante Themen werden auch durch ein aktives Scouting identifiziert, um entsprechende Positionspapiere zu verfassen oder neue Daueraufgaben für den Arbeitsbereich zu definieren. Darüber hinaus verfasst der Ausschuss Stellungnahmen zur wissenschaftspolitischen Bedeutung von Statistiken und Evaluationen. Zu seinen aktuellen Themen zählt die Begleitung der Veränderungen durch die Neue Governance und die Qualifizierung von Fachkräften vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, die Strukturen der Hochschullandschaft und ihrer Governance sowie die Internationalisierung der Hochschulen, bei dem der WR neben diesen unter anderem den Bund, die Länder und die DFG berät. Der Ausschuss Tertiäre Bildung befasst sich auch mit der Krise der Wissenschaft und war federführend bei Empfehlungen zur wissenschaftlichen Integrität sowie zur Qualitätssicherung der Promotion.

Der Ausschuss Exzellenzinitiative ist noch auf der Website abgebildet, auch wenn das Förderprogramm abgelaufen ist und sich die Cluster in der Übergangsförderungsphase befinden.⁹⁸⁰ Im Nachfolgeprogramm, der Exzellenzstrategie, hat der WR die Verantwortung für die Förderphase Exzellenzuniversitäten inne. Dieser Aufgabe wird besondere Bedeutung zuge-

⁹⁷⁵ Vgl. Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK): Ausführungsvereinbarung über die gemeinsame Förderung von Forschungsbauten an Hochschulen einschließlich Großgeräten – Ausführungsvereinbarung Forschungsbauten an Hochschulen einschließlich Großgeräten (AV-FuG), i.d.F. vom 24. Juni 2016, in: Bundesanzeiger AT 20.09.2016 B4. Bonn, 2016. Art. 3 Abs.4 und Art. 12. Abs. 1.

⁹⁷⁶ Vgl. <https://www.kmk.org/presse/pressearchiv/mitteilung/ergebnisse-der-312plenarsitzung-der-kultusministerkonferenz.html> (03.03.2018)

⁹⁷⁷ Vgl. WR o.A., S. 5f.

⁹⁷⁸ Vgl. ebd., S. 7f.

⁹⁷⁹ Vgl. <https://www.wissenschaftsrat.de/arbeitsbereiche-arbeitsprogramm.html> (03.03.2018)

⁹⁸⁰ <https://www.wissenschaftsrat.de/arbeitsbereiche-arbeitsprogramm/exzellenzinitiative.html> (03.03.2018)

messen, was sich darin niederschlägt, dass hierfür eine gesonderte und personell gut ausgestattete Stabstelle eingerichtet wurde.⁹⁸¹ Zu den Aufgaben des WR gehört auch die Evaluation der Exzellenzuniversitäten, die nach sieben Jahren erfolgen wird. Der Ausschuss Exzellenzstrategie wird seine Arbeit im August 2019 aufnehmen.⁹⁸²

Der Ausschuss Forschung verfasst Stellungnahmen zur Förderung, Organisation und Evaluationen der intra- sowie extramuralen staatlichen Forschung. Er bewertet disruptive Veränderungen, wie aktuell beispielsweise die datenintensive Wissenschaft. Zentral ist die Weiterentwicklung des Forschungssystems, was explizit die Schnittstellen mit der Gesellschaft umfasst, wie die thematischen Schwerpunkte Transfer und GGH belegen.⁹⁸³

Daneben erarbeitet der WR ebenfalls Expertise zu einzelnen Wissenschaftsbereichen, wie beispielsweise Jura, Theologie oder den Geisteswissenschaften. Komplementär zu den Fragen der Neue Governance zu sehen ist das Thema Forschungsrating bereits seit 2004 auf der Agenda, um die Bewertung von Wissenschaft besser zu normieren. Zur Weiterentwicklung des Forschungsratings hat der WR im Jahr 2013 eine Stellungnahme veröffentlicht, die konkrete Vorhabens- und Verfahrensvorschläge beinhaltet.⁹⁸⁴

Eng verbunden mit der Bewertung von Forschung ist der Arbeitsbereich zum Kerndatensatz Forschung, den der WR zusammen mit dem damaligen Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (IfQ) und dem Fraunhofer Institut für Angewandte Informationstechnik (FIT) spezifiziert hat. Grundlegend war hierfür die 2013 veröffentlichte Empfehlung des WR, einen solchen Kerndatensatz zu erarbeiten, die proaktiv vorgelegt wurden.⁹⁸⁵

Die wissenschaftsgeleitete Bewertung von Forschungsinfrastrukturen gehört zu den Kernaufgaben des WR. Diese Funktion wird durch einen Ausschuss übernommen, der aus Mitgliedern des WR und externen Fachleuten zusammengesetzt ist. Der Bund und die Länder sind als Gäste in dem Gremium vertreten.⁹⁸⁶ Der Forschungsinfrastrukturausschuss hat das Verfahren zur Bewertung der Infrastrukturen entwickelt und wurde vom WR dazu mandatiert, selbstständig in diesem Feld zu agieren.

Der Evaluationsausschuss steuert die Evaluationsprozesse des WR und setzt Arbeitsgruppen für einzelne Vorhaben ein. Primär werden institutionelle Evaluationen durchgeführt,

⁹⁸¹ Vgl. Wissenschaftsrat (WR): Organisationsplan der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates vom 15.01.2018. Köln, 2018d. (<https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/Orgaplan.pdf>, 24.04.2018)

⁹⁸² Vgl. WR 2018a, S. 10.

Vgl. <https://www.wissenschaftsrat.de/arbeitsbereiche-arbeitsprogramm/exzellenzstrategie.html> (03.03.2018)

⁹⁸³ Vgl. WR 2018a, S. 15f.

Vgl. <https://www.wissenschaftsrat.de/arbeitsbereiche-arbeitsprogramm/forschung.html>, (03.03.2018)

⁹⁸⁴ Vgl. WR 2013c.

Vgl. <https://www.wissenschaftsrat.de/arbeitsbereiche-arbeitsprogramm/forschungsrating.html> (03.03.2018)

⁹⁸⁵ Vgl. <http://www.kerndatensatz-forschung.de/index.php?id=einfuehrung> (03.03.2018)

Vgl. https://www.wissenschaftsrat.de/arbeitsbereiche-arbeitsprogramm/kerndatensatz_forschung.html (03.03.2018)

⁹⁸⁶ Vgl. <https://www.wissenschaftsrat.de/arbeitsbereiche-arbeitsprogramm/forschungsinfrastrukturen/ausschuss.html> (03.03.2018)

aber auch einzelne Forschungsgebiete und -systeme werden bewertet. Ebenfalls in den Aufgabenbereich des Ausschusses gehört die Überprüfung der Umsetzung der Empfehlungen des WR, die in Berichten oder Stellungnahmen aufgearbeitet und durch die Vollversammlung verabschiedet werden. Für gewöhnlich erfolgt diese Nachverfolgung nach drei Jahren. Die Basis für diese Prozesse liefert der Leitfaden „Aufgaben, Kriterien und Verfahren des Evaluationsausschusses des Wissenschaftsrates“.⁹⁸⁷ Zuletzt ist der Evaluationsausschuss auch für quantitative Untersuchungen zuständig.⁹⁸⁸

Mit dem Ausschuss für Forschungsbauten, der Arbeitsgruppen und ad hoc-Ausschüsse einrichten kann, bedient der WR seine gesetzliche Aufgabe, Gemeinschaftsaufgaben gemäß Art. 91b GG zu bewerten. Als Verfahrensgrundlage dient der Leitfaden zur Begutachtung von Forschungsbauten, den der WR im April 2015 verabschiedet hat. Zu den Forschungsbauten werden auch Hoch- und Höchstleistungsrechner gezählt. Der WR bereitet Förderentscheidungen vor und verfasst Empfehlungen bezüglich der Abfolge von Bauvorhaben.⁹⁸⁹

Darüber hinaus kann, der WR von Bundesländern angefragt werden, die Strukturen ihrer Wissenschafts- und Forschungslandschaft zu untersuchen oder größere Investitionsprojekte zu bewerten. Laut Beschluss der KMK soll er koordinierend und qualitätssichernd agieren. Auf Basis der durchgeführten Strukturbegutachtungen wird derzeit im Zuge der Qualitätssicherung untersucht, welche Wirkung sich durch die Expertise des WR in der Vergangenheit entfalten konnte. Der Akkreditierungsausschuss bereitet außerdem durch Arbeitsgruppen Stellungnahmen zu nichtstaatlichen Hochschulen vor.⁹⁹⁰

Für den finalen Arbeitsbereich ist der Ausschuss für Medizin verantwortlich. Die Alleinstellung des Wissenschaftsfelds wird mit den Dynamiken und der Komplexität dieses Querschnittsbereichs, der alle Aspekte der Weiterentwicklung von Forschung und Lehre abdeckt, gerechtfertigt. Zum einen wird die Universitätsmedizin in Deutschland begutachtet und das Studium der Medizin sowie der Gesundheitsberufe untersucht. Auf der anderen Seite steht auch die außeruniversitäre Medizinforschung der Bundesrepublik im Fokus. In diesem Ausschuss formuliert ebenfalls ein Evaluationsleitfaden die Grundlage der Bewertungen. In beiden Feldern können kurzfristige Positionspapiere veröffentlicht und neue Themen für die Agenda des WR herausgearbeitet werden. Hierzu kooperiert der Medizinausschuss mit anderen Ausschüssen des WR und agiert auch auf Anfrage der Landesministerien. Für einzelne Vorhaben werden Arbeitsgruppen eingesetzt, die wiederum spezifische Bewertungsgruppen damit beauftragen, die Facetten der intra- und extramuralen Medizinausbildung und -forschung zu untersuchen.⁹⁹¹

⁹⁸⁷ Vgl. Wissenschaftsrat (WR): Aufgaben, Kriterien und Verfahren des Evaluationsausschusses des Wissenschaftsrates. Drs. 3438-13. Mainz, 2013a.

⁹⁸⁸ Vgl. <https://www.wissenschaftsrat.de/arbeitsbereiche-arbeitsprogramm/evaluation.html> (03.03.2018)

⁹⁸⁹ Vgl. WR 2018a, S. 27ff.

⁹⁹⁰ Vgl. ebd.

⁹⁹¹ Vgl. WR 2018a, S. 33ff.

Für die Erfüllung seiner Aufgaben kooperiert der WR mit der Bundes- und den Landesregierungen sowie den Ministerien für Wissenschaft. Die zentralen Wissenschaftsorganisationen, -institutionen und -gremien, hier seien die KMK, die GWK, die HRK, die DFG, die MPG, die FhG oder die WGL zu nennen, sind weitere Anlaufstellen. Der WR verfügt auch über ein internationales Beziehungsnetz und bezieht verstärkt außerdeutsche Perspektiven in seine Arbeit ein, um seinem nationalen Beratungsauftrag entsprechen zu können. Dies erfolgt durch die Berücksichtigung auswärtiger Expertise und die Durchführung von Delegationsbesuchen oder Benchmarkings, um Vergleichsgrößen zu generieren. Der WR ist Teil des Netzwerks der Europäischen Wissenschaftsräte, in dem jährliche und vereinzelt bilaterale Konferenzen abgehalten werden. Im Bereich Internationalisierung befindet sich der WR im engen Austausch mit dem BMBF, dem Arbeitskreis Internationalisierung, ist Mitglied im Ausschuss zur Koordination der Auslandsbeziehungen und arbeitet mit der Kooperationsstelle EU der Wissenschaftsorganisationen zusammen.⁹⁹²

Temporale Klassifikation

Der WR ist sowohl reaktiv als auch proaktiv tätig. Er reagiert beispielsweise auf Anfragen der Bundes- oder der Landesregierungen und deren Ministerien, der GWK oder der KMK. Der Forschungsausschuss zeigt wiederum beispielhaft die proaktive Seite des WR. Über ihn ist es möglich, neue Themen zu lancieren und für die Aufnahme in das Arbeitsprogramm aufzuarbeiten.

Seine Beratungsleistung erfüllt der WR sowohl ex ante als auch ex post. Er stellt seine Expertise bereit, um die strukturelle und inhaltliche Entwicklung der deutschen Wissenschaftspolitik zu begleiten, wie bereits 1957 mit dem Verwaltungsabkommen festgelegt wurde. Mittels Nachverfolgungen und Evaluationen gehört auch die Bewertung der Wirkung von Programmen und Entscheidungen zu den Aufgaben des WR. Besonders offenkundig wird dies im Zuge der aktuell laufenden Untersuchung der Leistungen und Effekte der Landesstrukturbegutachtungen.

Gemäß Art. 10 wurde das Verwaltungsabkommen mit unbestimmter Laufzeit beschlossen. Somit kann der WR, zumal er mittlerweile auch über 60 Jahren Bestand hat, als dauerhafte Beratungseinrichtung kategorisiert werden. Was die inhaltliche Ausrichtung betrifft, verfügt er aber über ad hoc-Kapazitäten, flexibel auch zu reagieren. Obwohl wenn sein Aufgabenfeld insgesamt abgesteckt ist, kann er durch ad hoc-Ausschüsse, Arbeits- und Bewertungsgruppen oder die Einbeziehung externer Expertise seine Beratungsfähigkeiten entsprechend der Fragestellung anpassen.

Vgl. <https://www.wissenschaftsrat.de/arbeitsbereiche-arbeitsprogramm/medizin.html> (03.03.2018)

⁹⁹² Vgl. WR 2018a, S. 39f.

Direktionale Klassifikation

Die primäre Leistung des WR liegt in der direkten Politikberatung, die er strukturell-systemisch und konkret-spezifisch erbringt. Dennoch ist es nicht abzustreiten, dass einzelne Publikationen durchaus eine indirekte Wirkung erzielen können, was mit der herausragenden Position des Gremiums zusammenhängt. Auch wenn diese Effekte nicht das vorrangige Ziel des WR sind, können zumindest die Berichte der Vorsitzenden konkret dazu dienen, ein gesamtgesellschaftliches Problembewusstsein zu schaffen.⁹⁹³ Vereinzelt werden auch Stellungnahmen zu diesem Zweck veröffentlicht, wie beispielsweise im Februar 2018 als Teil der Allianz der Wissenschaftsorganisationen.⁹⁹⁴

Der WR ist ein Beispiel für ein korporatistisches Beratungsgremium, wie die oben beschriebene Organisationsstruktur zeigt. Die Personen des öffentlichen Lebens verfügen aktuellen in der Mehrheit auch über einen Hintergrund in der Wissenschaft oder ihrem Management.⁹⁹⁵ Trotz der starken Beteiligung der Beratenen und des hohen Gewichts ihrer Stimmen in der Vollversammlung, ist der WR als externes Beratungsgremium einstuftbar. Dennoch verfügt er dank der Mitgliederstruktur über die Vorteile eines internen Gremiums, wie eine hohe Anschlussfähigkeit sowie profunde Kenntnisse der internen Strukturen der Politik. In puncto Output, Struktur- und Prozesstransparenz kann der WR als öffentliches Beratungsgremium definiert werden. Erneut dient seine exponierte Stellung als einfacher Beleg. Dennoch ist festzuhalten, dass er einer exklusiven Zielgruppe zur Verfügung steht und durch sein korporatistisches Design nicht öffentliche Tendenzen aufweist.

Funktionale Klassifikation

Trotz der angesprochenen Exklusivität des Klientels ist der Grad der Vertraulichkeit nur als gering zu beurteilen. Die Beratungsempfangenden, die beratenden Expertinnen und Experten, Beratungsgegenstände sowie die Ergebnisse der Prozesse sind öffentlich. Bei laufenden Vorgängen wird jedoch Diskretion gewahrt und auch die Sitzungen des WR sind nicht öffentlich. Dennoch kann er, gemessen an seinem überwiegend nicht vertraulichen Design, als Politikberatungsgremium eingestuft werden, konträr zu einem diskret arbeitenden Politikerberatungsgremium. Dennoch ist der WR nicht als gesellschaftsberatende Instanz kategorisierbar. Die Beratenen sind, wie auch in Art. 2 der Verwaltungsvereinbarung kodifiziert wurde, die Politik von Bund und Ländern, die Hauptfunktion ist somit aus funktionaler Perspektive politikbe-

⁹⁹³ Vgl. Wissenschaftsrat (WR): Vertrauen in die Wissenschaft. Bericht der Vorsitzenden zu aktuellen Tendenzen im Wissenschaftssystem. Berlin, 2017d. (https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/VS_Bericht_Okt_2017.pdf, 24.04.2018)

⁹⁹⁴ Vgl. Allianz der Wissenschaftsorganisationen: Stellungnahme der Allianz der Wissenschaftsorganisationen zur Diskussion, die Nutzung digitaler Sequenzinformationen genetischer Ressourcen zukünftig im Rahmen des Nagoya-Protokolls und der Konvention über die biologische Vielfalt einzuschränken. Bonn u.a., 2018b. (http://www.dfg.de/download/pdf/dfg_im_profil/re-den_stellungnahmen/2018/180209_stellungnahme_allianz_dsi_np.pdf, 24.04.2018)

⁹⁹⁵ Vgl. <https://www.wissenschaftsrat.de/ueber-uns/mitglieder.html> (03.03.2018)

ratend. Dies spiegelt auch seine selbstformulierte Aufgabendefinition wider: „Der Wissenschaftsrat berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung.“⁹⁹⁶

6.1.2.) Schritt 2 – Expertise

Die primäre Funktion des WR ist durch den starken Fokus auf die Beratung der Politik geprägt. Legitimierende oder politische Nebeneffekte können Teil seiner Wirkung sein, jedoch liegt der klare Schwerpunkt in der Rationalisierung von Entscheidungen. Seine Empfehlungen, beispielsweise zur Förderung von Forschungsbauten, dienen eindeutig der Vorbereitung der politischen Dezsion und basieren auf leistungsbezogenen und strategischen Vergleichen oder Projektionen. Die Sprache des Verwaltungsabkommens, vor allem Art. 2 Abs. 1, unterstreicht dies durch den Bezug auf die Umsetzbarkeit und Effekte der Expertise sowie die Wortwahl, dass der WR die Funktion eines Gutachters erfüllen soll, was Ausdruck für einen neutralen und faktenbezogenen Anspruch ist.

Durch die heterogene und ad hoc veränderbare Zusammensetzung ist der Expertinnen- und Expertenstatus der Mitglieder des WR nicht einheitlich erfassbar. Die auf Vorschlag der Wissenschaftsorganisationen berufenen Mitglieder verfügen zweifelsohne über die fachliche Anerkennung ihrer Kolleginnen und Kollegen sowie einen entsprechenden Grad an Reputation. Für die interessierte Öffentlichkeit wiederum erschließt sich ihr Status über den Modus der Mitgliederberufung und ihre Institutionenaffiliation. Die Dominanz in der Wissenschaftlichen Kommission bestärkt den wissenschaftsgeleiteten Beratungscharakter des WR. Medienpopularität ist für die Auswahl dieser Mitglieder sekundär. Die weiteren Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission, die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, weisen in der Mehrzahl selbst einen starken Wissenschaftsbezug auf und sind ebenfalls nicht besonders medienprominent. Dennoch können sie durch die Berufung in den WR ein Presseecho erfahren, wie am Beispiel der Journalistin Alexandra Gerlach ersichtlich wird.⁹⁹⁷ Neben ihr sind Stand März 2018 fünf der Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Professorinnen oder Professoren, eine ist Honorarprofessor und eine Personen Vorstandsvorsitze der wissenschaftsfördernden Joachim Herz Stiftung.⁹⁹⁸

Die Vertreterinnen und Vertreter von Bund und Ländern sind beispielsweise Ministerpräsidenten, Landesministerinnen oder Staatssekretäre und stammen somit aus der obersten Riege der Politik. Ministerinnen und Minister oder Senatorinnen und Senatoren sind durch ihr Amt als prominent zu bezeichnen, die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, die zum Teil

⁹⁹⁶ Vgl. <https://www.wissenschaftsrat.de/ueber-uns.html> (03.03.2018)

⁹⁹⁷ Vgl. https://www.focus.de/regional/sachsen/wissenschaft-journalistin-alexandra-gerlach-in-wissenschaftsrat-berufen_id_8368575.html (03.03.2018)

Vgl. <https://www.welt.de/regionales/sachsen/article172907106/Journalistin-Alexandra-Gerlach-in-Wissenschaftsrat-berufen.html> (03.03.2018)

⁹⁹⁸ Vgl. <https://www.wissenschaftsrat.de/ueber-uns/mitglieder.html> (03.03.2018)

über mehrere Legislaturperioden hinweg die Politik ihrer Ministerien mitgestalten, agieren stärker im Hintergrund, verfügen aber über praktisch erworbene Kenntnisstände der Wissenschaftspolitik und entsprechende Netzwerke.

Durch die hohe Zahl an Mitgliedern in Vollversammlung, Ausschüssen und Arbeitsgruppen, die zusätzlich durch externe Expertise ergänzt werden können, kann der WR auf eine enorme Bandbreite an Spezialwissen zurückgreifen, das sich über alle Wissenschaftsbereiche erstreckt. Der WR ist in der Lage, aktuelles und hochspezifisches Fachwissen aus einer Vielzahl an Perspektiven für die umfassende Weiterentwicklung der Wissenschaftspolitik auf Bundes- und Landesebene bereitzustellen. Dank der Möglichkeit, individuelle Arbeitsgruppen einzusetzen, können etwaige Lücken schnell geschlossen und durch ein untergeordnetes Gremium bearbeitet werden. Mit der Verwaltungsvereinbarung wurde außerdem festgehalten, dass diese interdisziplinäre wissenschaftspolitische Expertise durch die Bezugnahme auf wirtschaftliche, soziale und kulturelle Stellgrößen kontextualisiert und auf ihre Anwendbarkeit hin durchdacht sein muss. Somit kann von einem Zwang zur Metaexpertise und zu Kontextwissen gesprochen werden. Die Verwaltungskommission und die starke Präsenz der Politik im Gremium sorgen ebenfalls für den Anwendungsbezug und garantieren eine hohe Passgenauigkeit der Expertise für die Umsetzungsseite. Das Wissen von Laiinnen und Laien spielt für die Arbeit des WR indes keine signifikante Rolle.

Wie obenstehend erörtert wurde, verfügt der WR über ein in der Bundesrepublik einzigartiges institutionelles Design. Der Status des Gremiums ist mit der Verwaltungsvereinbarung offiziell festgeschrieben. Ebenfalls kodifiziert ist die Besetzungsstruktur. Die Berufung und die Entsendung der Mitglieder, die Verteilung auf die Kommissionen sowie der Stimmproporz sind ebenfalls auf diesem Weg festgehalten. Die jeweils aktuelle Liste der Mitglieder des WR und ihr Ernennungsweg sind öffentlich auf der Website einsehbar.⁹⁹⁹ Die Forschenden, die auf Vorschlag der Wissenschaftsorganisationen durch den Bundespräsidenten oder die Bundespräsidentin berufen werden, verteilen sich breit über die Wissenschaftskategorien von den Bio- und Lebenswissenschaften, über die Medizin und technisch geprägte Wissenschaften hin zu den Geistes- und Sozialwissenschaften. Hierdurch kann von einem fachlich repräsentativen Charakter des Gremiums gesprochen werden. Die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die ebenfalls vom Bundespräsidenten oder der Bundespräsidentin berufen werden, verfügen größtenteils auch über einen wissenschaftlichen Hintergrund. Neben der Ehrenvorsitzenden der wissenschaftsfördernden Joachim Herz Stiftung und der bereits erwähnten Journalistin Alexandra Gerlach stammen sie aus der Wirtschaft, der Academia und der Justiz. Somit kann auch hier von einem gewissen gesellschaftlichen Querschnitt gesprochen werden.

⁹⁹⁹ Vgl. <https://www.wissenschaftsrat.de/ueber-uns/mitglieder.html> (03.03.2018)

Dies ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass keine Definition darüber vorliegt, was unter einer Persönlichkeit des öffentlichen Lebens verstanden werden soll. Entsprechend entsteht ein deutlicher Gestaltungsfreiraum.

Stand März 2018 sind von der Bundesregierung Staatssekretärinnen und Staatssekretäre der Ministerien für Forschung, Finanzen, des Inneren, Ernährung und Landwirtschaft und Wirtschaft als Mitglieder entsandt. Ihre ständigen Vertretungen sind Mitglieder der jeweils obersten Beamtenriege. Die Bundesländer entsenden überwiegend ihre Wissenschaftsministerinnen und Wissenschaftsminister, Ausnahmen bilden Hamburg, das seinen Finanzsenator entsendet und das Saarland, das mit seinem Ministerpräsidenten vertreten ist. Erneut sind die ständigen Vertretungen hochkarätige Beamte der entsprechenden Ministerien. Diese Auswahl unterstreicht die besondere Stellung des WR. Durch das Vorschlagsrecht der Wissenschaftsorganisationen und die Entsendung von Mitgliedern aus der Politik kann bei der Besetzung des WR von einer doppelten partiellen Kooptation gesprochen werden.

Ebenfalls online abrufbar sind die Expertinnen und Experten, die der WR für einzelne Jahre um Mitwirkung für Stellungnahmen und Empfehlungen gebeten hat. Diese werden seit 2013 digital erfasst und können auf der Website eingesehen werden.¹⁰⁰⁰ Zwar ist die umfangreiche Liste, die 2017 fast 300 Personen umfasste, frei verfügbar, jedoch wird nicht ersichtlich, in welcher Funktion an welchem Projekt und in welchem Umfang mitgewirkt wurde. Ebenfalls im Dunkeln bleibt die Frage der Besetzung und Mandatierung externer Expertise. Ähnliches gilt für die Verteilung der Mitglieder über die Arbeits- oder Bewertungsgruppen und Ausschüsse. Sie kann zum Teil über die Website, Publikationen und Arbeitsprogramme rekonstruiert werden, wird aber nicht gebündelt abgebildet. Die Zuständigkeiten der zahlreichen Referenten können durch das Organigramm des WR immer grob den Aufgabenbereichen zugeordnet werden.

Durch die entsendeten Mitglieder und den Zugriff auf externe Expertise kann dem WR eine hohe fachliche Robustheit attestiert werden. Auch in puncto Interessenbeteiligung ist ein hohes Maß an Repräsentativität gewährleistet, da sowohl Mitglieder der Politik, der Wissenschaftsorganisationen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens vertreten sind. In der Realität ist die Zivilgesellschaft dennoch nur nebenschauplätzlich involviert. Es ist über die öffentlichen Dokumente auch nicht schnell ersichtlich, welche Gewichtung diese Perspektive im Alltagsgeschäft des WR einnimmt. Zweifelsohne ergibt sich durch die Besetzung des Gremiums aber ein hohes Konsenspotenzial, da über die Abstimmung im Zuge der Beratungsprozesse zwischen Forschenden und der Politik die größten Hindernisse bereits abgeräumt werden können.

Der WR verfügt mit dem Verwaltungsabkommen über ein umfassendes und breit formuliertes Mandat, das seine Spezifizierung über die Arbeitsprogramme erfährt. Wie bereits

¹⁰⁰⁰ Vgl. <https://www.wissenschaftsrat.de/ueber-uns/sachverstaendige.html> (03.03.2018)

dargelegt, tritt das Gremium auf Anfrage von und Bund und Ländern, der GWK oder der KMK in Aktion. Darüber hinaus können gemäß Geschäftsordnung alle Mitglieder des WR Anträge zu Tagesordnungspunkten für die Vollversammlung stellen und auf diesem Weg Themen für die Arbeitsprogramme lancieren.¹⁰⁰¹ Die Möglichkeit des Zuschnitts von Schwerpunkten in den Arbeitsprogramm stärkt die fachliche Robustheit des WR, da er so inhaltsgeleitet sein Aktionsfeld definieren kann. Durch die Beteiligung der Politik und Art. 3 Abs. 1 des Verwaltungsabkommens zeichnet sich die Expertise potenziell durch einen hohen Anwendungsbezug aus. Da in der Hauptversammlung die Trennung zwischen Wissenschaft und Politik aufgehoben und beide durch das künstliche Stimmgleichgewicht auf eine Stufe gestellt werden, büßt der WR gerade in seinem zentralen Entscheidungsorgan an fachlicher Robustheit ein.

Die Verwaltungsvereinbarung als zentrales Dokument des Mandats des WR gibt keinen Aufschluss über das Publikationsrecht, die Reihenfolge von Veröffentlichungen oder deren Formate. Die Geschäftsordnung legt auch nur einzelne Aspekte der Protokollierung der Vollversammlung fest. Die Aufteilung und Entstehung der einzelnen Abteilungen innerhalb der Mandatsgrenzen sind anhand der vorliegenden Unterlagen ebenfalls nicht nachvollziehbar.

Der Grad der Formalisierung des WR muss dennoch als sehr hoch eingestuft werden. Der Status des Gremiums ist primär durch das Verwaltungsabkommen verankert, das seine Position im Einvernehmen mit der Bundes- und den Landesregierungen kodifiziert. Darüber hinaus gibt es weiterführende Abmachungen und Abkommen, die den WR im deutschen System platzieren und seine Beratungskapazität offiziell definieren. Der WR dokumentiert die so erwachsenen Pflichten in einem gesonderten Dokument, das auf der Website abgerufen werden kann.¹⁰⁰²

Der WR besitzt gemäß einer knappen Definition in Art. 8 des Verwaltungsabkommens eine Geschäftsstelle. Die Geschäftsordnung führt Ihre Aufgaben und Strukturen weiter aus. Die Geschäftsstelle wird durch einen Generalsekretär oder eine Generalsekretärin geleitet, untersteht aber dem Vorsitz des WR. Sie unterstützt die Kommissionen und Arbeitsgruppen in ihrer Arbeit. Hierzu verfügt sie über ein eigenes Budget und einen entsprechenden Personalstab. Konkrete Aufgaben werden auch durch die Geschäftsordnung nicht bestimmt. Der Generalsekretär oder die Generalsekretärin hat daher eine wichtige Rolle in der Gestaltung der Alltagsprozesse und der Personalausstattung des WR. Die Einstellung neuer Mitarbeitender erfolgt im Einvernehmen mit dem Vorsitz. Das Leitungspersonal wird wiederum durch den Präsidialausschuss bestimmt.¹⁰⁰³ Mit Stand Frühjahr 2018 arbeiten rund 95 Personen in der Geschäftsstelle, davon knapp 50 als wissenschaftliche Mitarbeitende.¹⁰⁰⁴ Der große Stab ent-

¹⁰⁰¹ Vgl. WR 2017c, Art. 3 Abs. 1.

¹⁰⁰² Vgl. WR o.A.

¹⁰⁰³ Vgl. WR 2017c, Art. 10.

¹⁰⁰⁴ Vgl. <https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/Organisationsstruktur.pdf> (24.04.2018)

spricht damit dem weiten Aufgabenfeld des WR. Das Budget der Geschäftsstelle wird gemeinsam durch Bund und Länder getragen. Der Haushaltsplan muss aber durch den Bund und zwei Drittel der Länder angenommen werden.

Der Faktor Qualitätssicherung ist für den WR von besonderer Bedeutung, da dieser ja wiederum andere Wissenschaftseinrichtungen evaluiert und bezüglich ihrer Qualität bewertet. Folglich sollten hier besondere Maßstäbe angebracht werden, gerade auch unter Verweis auf die zentrale Rolle im politischen System der Bundesrepublik. Es überrascht daher, dass weder die Verwaltungsvereinbarung noch die Geschäftsordnung auf Maßnahmen zur Sicherung der Qualität verweisen. Der Blick in das Arbeitsprogramm offenbart aber die bereits erwähnte Zwischenevaluation bei institutionellen Begutachtungen. Die Nachverfolgung dient jedoch der Kontrolle der Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen.¹⁰⁰⁵ Auf dieser Basis könnten zumindest die individuellen Verfahren ex post auf ihre Qualität untersucht und daraus Rückschlüsse für zukünftige Prozesse gewonnen werden. Inwiefern dies aber erfolgt, ist nicht ersichtlich. Anders sieht das bei den Landesstrukturbegutachtungen aus, bei denen derzeit abgeschlossene Prozesse durch eine Arbeitsgruppe untersucht werden. Schwerpunktmäßig wird dabei auch die Expertise in verschiedenen Dimensionen analysiert. Diese Maßnahme geht auf einen proaktiven Vorstoß des WR zurück.¹⁰⁰⁶ Weitere Faktoren der Prozesskontrolle bleiben undefiniert und somit dem Gremium selbst überlassen. Die vorliegenden Dokumente geben keinen Aufschluss über gestufte oder standardisierte Selbstkontrollmechanismen.

Der WR ist für die Regierungen von Bund und Ländern die wohl wichtigste Beratungsinstanz, wenn es um die großen Herausforderungen in der deutschen Wissenschaftspolitik geht. Neben den GGH ist er eine der treibenden Kräfte hinter der Governance-Transformation, was sich in seinen Publikationen, dem Arbeitsbereich Tertiäre Bildung mit der der Arbeitsgruppe Hochschulstrukturen, Autonomie und Governance sowie der Rolle im Rahmen der Exzellenzinitiative niederschlägt.¹⁰⁰⁷ Ähnliches gilt auch für die Frage nach Innovation und der Wirkmächtigkeit der Transferdimension.¹⁰⁰⁸ In Fragen der Internationalisierung ist der WR gut vernetzt und mit zentralen Akteurinnen und Akteuren im Austausch, darüber hinaus gibt es aktuell eine Arbeitsgruppe zur Internationalisierung der Hochschulen.¹⁰⁰⁹ In den digital hinterlegten Publikationen finden sich keine Hinweise auf Beratungsverfahren, die sich mit Risiko-

¹⁰⁰⁵ Vgl. WR 2013a, S. 18.

¹⁰⁰⁶ Vgl. WR 2018a, S. 33.

¹⁰⁰⁷ Vgl. WR: Empfehlungen zum Wettbewerb im deutschen Hochschulsystem. Köln, 1985.
Vgl. WR 2003.

Vgl. Wissenschaftsrat (WR): Empfehlungen zur Spezifikation des Kerndatensatz Forschung. Drs. 5066-16. Berlin, 2016b. S. 13f.
Vgl. https://www.wissenschaftsrat.de/arbeitsbereiche-arbeitsprogramm/tertiaere_bildung.html (03.03.2018)

¹⁰⁰⁸ Vgl. Wissenschaftsrat (WR): Wissens- und Technologietransfer als Gegenstand institutioneller Strategien. Positionspapier. Drs. 5665-16. Weimar, 2016c.

Vgl. WR 2018b.

¹⁰⁰⁹ Vgl. WR 2018a, S. 13f.

fragen oder ethischen Belangen befasst haben. Thematische Arbeitsgruppen gibt es zum gegenwärtigen Zeitpunkt ebenfalls nicht. Es soll jedoch erwähnt sein, dass der WR zuletzt 2015 im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) eine Stellungnahme zum Bundeinstitut für Risikobewertung (BfR) veröffentlicht hat. Retrospektiv ist aber nicht nachzuerfolgen, mit welchen Expertinnen und Experten dieser Prozess durchgeführt wurde.¹⁰¹⁰ Der WR verfügt über keinen eigenen Ausschuss zur Risiko- oder Ethikberatung. Er ist hier auf externen Sachverstand angewiesen.

Dank seiner Besetzung aus kooptierten Mitgliedern der Wissenschaftswelt, der Möglichkeit der proaktiven sowie reaktiven Aktionsfähigkeit und der engen Verflechtung mit der Politik, erscheint der WR auf den ersten Blick als fachlich und politisch robustes Beratungsgremium. Mehrere Faktoren dämpfen dieses Urteil jedoch ab. Zu nennen sind hier die Stimmparität in der Vollversammlung und die strukturell bedingte Nähe von Beratenden und Beratenen. Der WR ist kein unabhängiges Beratungsgremium, auch wenn er über umfassende Ressourcen, eine dedizierte Geschäftsstelle und eine eindeutige Mandatierung verfügt. In der Budget- und Haushaltsplanung ist er auf das Einvernehmen mit Bund und Ländern angewiesen, was seine Unabhängigkeit zusätzlich einschränkt. Seine fachliche Eignung, die aktuellen Herausforderungen des deutschen Wissenschaftssystems zu adressieren, sind gut ausgeprägt. Das liegt aber auch daran, dass er eine der entscheidenden Instanzen ist, diese überhaupt zu identifizieren. Es muss jedoch angemerkt werden, dass interne Kapazitäten für ethische und risikobezogene Expertise nicht im entsprechenden Maße vorhanden sind. Dafür verfügt er über das notwendige Netzwerk, diesen Mangel mit externem Sachverstand auszumerzen.

6.1.3.) Schritt 2 – Deliberation

Das Selbstbild des WR speist sich aus der Mandatierung aus der Verwaltungsvereinbarung. Hieraus erfolgt auch die bereits oben erwähnte Funktionsbeschreibung, die auf der Website zu finden ist. Somit kann der WR nicht als „Civic Scientist“ gewertet werden, da die Öffnung der Wissenschaft zur Verbesserung der politischen Entscheidungsfindung erfolgt. Mit dem Konzept des „Honest Brokers“ gibt es eine Übereinstimmung mit Einschränkungen. Der WR sorgt für Klarheit, arbeitet in Arbeitsgruppen, die sich aus der gesamten Breite der Wissenschaft zusammensetzen können, verfügt über eine starke Verbindung zur Politik, hat ein breites Beratungsspektrum und ist institutionalisiert. Durch die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und den in der Verwaltungsvereinbarung hergestellten Lebensweltbezug zeigt sich zumindest auf dem Papier eine gesellschaftliche Kopplung. Wie stark die so gebaute Brücke in der Praxis belastet wird und welchen Stellenwert die entsprechenden Stellgrößen in den

¹⁰¹⁰ Vgl. Wissenschaftsrat (WR): Stellungnahme zum Bundeinstitut für Risikobewertung (BfR), Berlin. Drs. 4906-15. Bielefeld, 2015e.

Beratungsprozessen einnehmen, kann nur schwer eingeschätzt werden. Zumindest legen die Empfehlungen, die sich um Transfer und Innovation drehen, nahe, dass die ökonomische Wirkung de facto von Relevanz für den WR ist. Die Berufung der Personen des öffentlichen Lebens durch Politik dämpft hingegen die gesellschaftliche Stimme im Gremium ab.

Entgegen dem idealtypischen „Honest Broker“ ist der WR nicht darauf ausgerichtet, eine möglichst umfassende Optionsvielfalt zu produzieren. Bereits kurz nach seiner Gründung ging es darum, eine konkrete Marschroute für die Entwicklung der Wissenschaftslandschaft zu entwerfen, was auch im Interesse der beteiligten Wissenschaftsorganisationen lag. Die Konzepte des „Visible Scientist“ oder „Civic Scientist“ erscheinen aufgrund der starken Politikorientierung nicht sinnvoll anwendbar.

In seiner Veranlagung ist der WR mit einem deutlichen deliberativen Moment versehen. Das Verwaltungsabkommen legt mit Art. 2 Abs. 1 klar fest, dass die Expertise auch lebensweltlichen Faktoren entsprechen muss. Dieser Anspruch, der einen klaren Bedarf und Anspruch formuliert, ist durchaus bemerkenswert, wird durch die Mitgliederstruktur jedoch nur schwach gestützt. Die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens haben überwiegend einen wissenschaftlich geprägten Hintergrund. Darüber hinaus sind Sie durch die Politik handverlesen. Wie bereits erwähnt ist es nicht klar, welche Bedeutung die von Ihnen eingebrachten Inhalte generell entfalten und inwiefern sie gesellschaftliche Interessen adressieren. Hinzu kommt, dass externe Expertise fast vollständig aus der Wissenschaft zu stammen scheint, wenn man die Sachverständigen der Jahre 2017 und 2016 als beispielhaft betrachtet. Gemessen an der Verwaltungsvereinbarung entspricht die Aufstellung der Mitglieder nur mit Abstrichen dem formulierten Grundverständnis. Der WR ist damit eingeschränkt deskriptiv repräsentativ. Der Grad der delegierten Repräsentation ist hoch, da Mitglieder aus Wissenschaft, Politik berufen und entsendet werden, sich im Gremium begegnen und diese Interaktionen über die Verwaltungsvereinbarung festgeschrieben sind. Die Konvergenz zwischen der wissenschaftlichen und der politischen Perspektive ist dadurch entsprechend stark ausgeprägt.

Die Rückbindungsprozesse und Rechenschaftspflichten des WR entfalten sich über den Status ihrer Mitglieder. Das Gremium selbst legt über seine Jahresberichte und den Haushaltsplan Rechenschaft ab. Eine inhaltliche Rückkoppelung findet nicht statt. Evaluationen oder etwaige Leistungsvorbehalte sind nicht vorgesehen. Darüber hinaus ist das Verwaltungsabkommen auf unbestimmte Zeit geschlossen.¹⁰¹¹ Die berufenen Forschenden müssen sich auf Basis ihrer Expertise der Wissenschaftsgemeinschaft gegenüber verantwortlich zeigen, um nach drei Jahren für eine erneute Entsendung in Betracht gezogen zu werden. Die Mitglieder des Bundes und der Länder sind einer doppelten Rechenschaft verpflichtet. Zum einen benötigen sie die durch Wahlen herstellbare Machtkontinuität, um ihren Mitgliedsstatus nicht

¹⁰¹¹ Vgl. WR 2008, Art. 10.

zu verlieren. Dabei ist es natürlich nicht ungewöhnlich, dass nach Neubesetzungen der Ministerinnen- oder Ministerposten auch die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre wechseln. Auf der anderen Seite müssen gerade die entsandten Verwaltungsmitglieder aus Sicht ihrer Hausleitungen gute Arbeit leisten. Somit fehlen formelle Rückbindungsmaßnahmen, die Mitglieder sind jedoch durch ihr Delegationsverhältnis in Verantwortungsstrukturen eingebunden.

Deliberative Formate finden in der Praxis des WR keine bedeutende Anwendung. Aus den vorliegenden Dokumenten gehen keine Beispiele für die Durchführung solcher hervor. Mögen, mit Blick auf die Liste der Sachverständigen, Wirtschaftsvertretende bei einzelnen Beratungsprozessen hinzugezogen werden, scheint die Partizipation der Gesellschaft nicht von großer Relevanz zu sein. Praktisches Wissen erhält mit dem Verwaltungsabkommen über zwei Wege Einzug. Gemäß Art. 2 Abs. 1 muss die Expertise auch lebensweltliche Anforderungen inkorporieren und anwendungs- sowie consequenzenbezogen verfasst sein. Darüber hinaus wird die Praxis durch die Mitgliederdefinition in Art. 4 Abs. 1 direkt eingebettet, indem auf eine berufliche oder dienstliche Qualifikation abgestellt wird. Außerdem liegt die Vermutung nah, dass die Sachverständigen auch in Teilen auf Basis ihrer praktischen Erfahrungen akquiriert werden.

Das Design des WR bildet nur begrenzt Strukturen für die Popularisierung von Wissen ab. Weder das Verwaltungsabkommen noch die Geschäftsordnung regeln die Kommunikationsleistung des WR. Der Organisationsplan der Geschäftsstelle zeigt immerhin, dass drei Personen in einer Stabstelle für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit tätig sind.¹⁰¹² Das Internet wird jedoch unidirektional zur Wissensdistribution eingesetzt. Über die Geschäftsstelle können dem WR zwar Anfragen gestellt werden, es wird aber keine reziproke Diskussionskultur etabliert. Die digitalen Medien dienen der Verbreitung der Expertise und sind von zentraler Bedeutung für die Publikationspraxis. Positionspapiere und Empfehlungen des WR werden grundsätzlich veröffentlicht. Primär erfolgt dies über eine Datenbank mit einer Suchmaske, über die Publikationen, teilweise ab Ende der 1980er und zum Großteil ab 1997, frei verfügbar sind. Darüber hinaus können Druckfassungen direkt bei der Geschäftsstelle angefragt werden oder persönlich abgeholt werden.¹⁰¹³

Die Publikationen des WR werden jeweils in einer Originalfassung für alle Beratungsempfangende oder Interessierte kostenlos veröffentlicht. Es gibt keine Sondertexte in einfacher Sprache, oder Erläuterungen, die speziell auf die breite Öffentlichkeit abgestimmt sind. Die Veröffentlichungen, die sich nach Jahren sortieren lassen, sind in der Datenbank in 13 Kategorien unterteilt und beinhalten Beiträge aus 21 Sachgebieten. Mit Stand März 2018 wurden seit Anfang 2014 insgesamt 484 Publikationen über die Website veröffentlicht. Den Löwenanteil bilden die Kategorien Empfehlungen, Stellungnahmen und Positionspapiere mit 167

¹⁰¹² Vgl. WR 2018d.

¹⁰¹³ Vgl. <https://www.wissenschaftsrat.de/nc/veroeffentlichungen/veroeffentlichungen-ab-1980.html>, (03.03.2018)

Einträgen, Hintergrundinformationen zu institutionellen und systemischen Akkreditierungen und Evaluationen mit 150 Einträgen sowie 134 Pressemitteilungen. Einzelne Kategorien, beispielsweise Tagungsbände oder Reden und Vorträge fanden im Beobachtungszeitraum keine Anwendung. Englische Versionen scheinen nur für Schwerpunktthemen des WR verfasst zu werden. Seit 2014 waren es insgesamt acht Publikationen, beispielsweise zu den GGH, wissenschaftlicher Integrität und Peer Review.

Die Medienästhetik der Gegenwart ist nicht von Belang für die Publikationspraxis des WR. Seine Veröffentlichungen orientieren sich an einem Corporate Design, das die Expertise einheitlich als Marke identifizierbar macht. Multimediale Ansätze werden 2018 nicht gezielt nachverfolgt. Dem WR genügt die schlichte Kommunikation seiner Arbeitsergebnisse, wie am Beispiel der statistischen Daten der Wissenschaftslandschaft der Bunderepublik deutlich wird, die ohne begleitende Abbildungen oder Erläuterungen als Tabellen veröffentlicht werden.¹⁰¹⁴ Es wird auch die Chance verpasst, die Arbeitsprozesse und Zwischenschritte der Beratungen darzulegen. Zwar werden in den Arbeitsprogrammen einzelne Hinweise und Schlaglichter platziert, es fehlt aber eine klare Policy, wie der Einblick in die Gremien des WR kommuniziert werden könnte.

Ein solches Versäumnis zeigt sich auch in der wichtigen Frage der Arenenbildung, die im informellen Netzwerk des Systems, aber nicht gesellschaftsübergreifend erfolgt, wie es bei den drängenden Fragestellungen der Wissenschaftspolitik nötig wäre. Der WR bildet keine Plattform, auf der ein übergreifender Austausch aller Interessenbeteiligter erfolgt. Das zeigt sich auch daran, dass es keine öffentlichkeitsgerichteten Formate gibt und die Öffentlichkeitsarbeit schwerpunktartig über Pressemitteilungen und die Website läuft. Es gibt keine Veranstaltungen, mit denen die Gesellschaft adressiert wird und kein Outreach-Programm. Veranstaltungen dienen internen Zwecken, der Rückkoppelung an die Regierung oder sind auf der Arbeitsebene zu verorten.¹⁰¹⁵

6.1.4.) Schritt 2 – Interessenvertretung

Die abschließende Bewertungsdimension ist beim WR wichtig, da dieser für die Evaluation anderer Wissenschaftseinrichtungen und ihre Qualitätsbewertung zuständig ist. Hierzu nimmt er eine, wie bereits mehrfach betont, hervorgehobene Rolle in der Bundesrepublik ein. Mit Blick auf die anstehenden Änderungen von Art. 91b GG wird er auch eine wichtige Rolle in der Ausdifferenzierung der zukünftigen Entwicklung der deutschen Wissenschaftspolitik besitzen. Umso interessanter ist es, dass weder durch die Verwaltungsvereinbarung noch die Geschäftsordnung konkrete Qualitätssicherungsmaßnahmen oder Kontrollinstanzen vorgeschrieben werden. Art. 6 der Verwaltungsvereinbarung legt jedoch fest, dass die Expertise, die

¹⁰¹⁴ Vgl. Wissenschaftsrat (WR): Basisdaten zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland. Köln, 2015a.

¹⁰¹⁵ Vgl. <https://www.wissenschaftsrat.de/nc/presse/veranstaltungen.html> (03.03.2018)

durch die Wissenschaftliche Kommission erarbeitet wird, „unter fachlichen und wissenschaftlichen Gesichtspunkten und von der Verwaltungskommission unter verwaltungsmäßigen und finanziellen Gesichtspunkten“¹⁰¹⁶ zur Beschlussfassung vorgelegt wird. An dieser Stelle zeigt sich also eine Trennung von wissenschaftlicher und politischer Expertise.

Erneut gibt das Arbeitsprogramm Aufschluss über die Umsetzung von Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Praxis. Die oben erwähnte proaktive Überprüfung im Rahmen der Landesstrukturbegutachtungen ist hierfür ein naheliegendes Beispiel. Die generell eingeforderten Rückbetrachtungen bieten weiteres Anschlusspotenzial, um die eigene Arbeit und ihre Effekte fortlaufend zu reflektieren. Die Nachverfolgung dient jedoch primär der Überprüfung der Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen.¹⁰¹⁷

Ebenfalls im Arbeitsprogramm 01/2018 findet sich ein Verweis auf existierende Leitlinien, namentlich durch einen Leitfaden für den Ausschuss für Forschungsbauten.¹⁰¹⁸ Der Blick in die Datenbank zeigt, dass es insgesamt fünf dieser Leitfäden gibt: Leitfaden der Konzeptüberprüfung nichtstaatlicher Hochschulen in Gründung, Leitfaden der Institutionellen Akkreditierung nichtstaatlicher Hochschulen, Leitfaden zur Begutachtung von Forschungsbauten, Leitfaden der Evaluation universitätsmedizinischer Einrichtungen sowie die Aufgaben, Kriterien und Verfahren des Evaluationsausschusses des Wissenschaftsrates.¹⁰¹⁹ Die Leitfäden legen unter anderem Verfahrenswege und Bewertungskriterien fest oder beschreiben verschiedene Evaluations- und Akkreditierungsprozesse. Über die Einhaltung dieser Vorgaben wacht letztendlich nur der WR selbst, sodass hier ein klarer Vertrauensvorschuss besteht. Die Existenz verschiedener und teilweise umfassender Leitfäden, so wird beispielsweise die Konzeptprüfung nichtstaatlicher Hochschulen in Gründung auf über 30 Seiten geregelt, ist ebenfalls kritikwürdig, lässt sich aber mit den umfang- und abwechslungsreichen Aufgaben des WR erklären.

Der Blick auf das institutionelle Design des WR ergibt ein zwiespältiges Bild in puncto Interessenvertretung. Seine Strukturen und Prozesse sind durch die Geschäftsordnung in Teilen variabel. Durch diese Flexibilität hat der WR ein hohes Maß an Anpassungsfähigkeit an aktuelle Themen. Diese kann aber, mit Blick auf den hohen Grad der Verflechtung mit der Politik, auch als Steuerungsfähigkeit bezeichnet werden. Dem entgegen steht die Pluralität des Gremiums, das aus Wissenschaft, Politik und Personen des öffentlichen Lebens gebildet wird. Auch die Kooptationsfähigkeit, beispielsweise für die Strategiekommission gemäß Art. 6

¹⁰¹⁶ WR 2008, Art. 6.

¹⁰¹⁷ Vgl. WR 2018a, S. 25.

¹⁰¹⁸ Vgl. ebd., S. 27.

¹⁰¹⁹ Vgl. Wissenschaftsrat (WR): Aufgaben, Kriterien und Verfahren des Evaluationsausschusses des Wissenschaftsrates. Drs. 4205 -14. Greifswald, 2014.

Vgl. Wissenschaftsrat (WR): Leitfaden der Konzeptüberprüfung nichtstaatlicher Hochschulen in Gründung. Dr. 4396-15. Berlin, 2015c.

Vgl. Wissenschaftsrat (WR): Leitfaden zur Begutachtung von Forschungsbauten. Drs. 4554-15. Stuttgart, 2015d.

Vgl. Wissenschaftsrat (WR): Leitfaden der Evaluation universitätsmedizinischer Einrichtungen. Drs. 6867-18. Berlin, 2018c.

der Geschäftsordnung, stärkt die wissenschaftliche Robustheit. Die Besetzung des WR ist zeitgleich die größte Schwäche seines institutionellen Designs. Die Distanz zwischen Beratern und Beratenen sowie auch möglicher Benefiziaten ist faktisch aufgehoben. Zwar wird initial zwischen der Wissenschaftlichen Kommission und der Verwaltungskommission differenziert, jedoch endet die Trennung in der Vollversammlung. Hinzu kommt, dass der WR zwar über eine Geschäftsstelle und umfassende Ressourcen verfügt, dabei aber in finanzieller Abhängigkeit von Bund und Ländern ist.

Die Spannungen in dieser Bewertungsdimension werden dadurch verstärkt, dass der WR, historisch betrachtet und auch aktuell, durch die Besetzung aus repräsentativen Wissenschaftsorganisationen auch eine Interessenvertretungsfunktion erfüllt. Darüber hinaus betreffen die Empfehlungen zur Weiterentwicklung und Finanzierung das System, in dem sich die beteiligten Forschenden selbst bewegen. Aus interner Perspektive beschreibt der WR dies wie folgt: „Der Wissenschaftsrat organisiert gutachterliche Expertise in Form von Beratung sowie auch zur Vorbereitung von Auswahlentscheidungen und gehört damit zugleich zum Adressatenkreis dieser Empfehlungen.“¹⁰²⁰ Zeitgleich ist der WR auch Mitglied der Allianz der Wissenschaftsorganisationen und veröffentlicht deren Erklärungen auf seiner Website. Diese werden wiederholt zur Interessenvertretung der Wissenschaftsgemeinde eingesetzt, beispielsweise bezüglich des Urheberrechts oder verschiedener Forschungsförderprogramme wie zum Beispiel Horizont 2020.¹⁰²¹

Der Wissenschaftsrat als Lobbyist für Forschung und Hochschulen stand bereits vor Unterzeichnung des Verwaltungsabkommens in der Kritik. Die Kabinettsprotokolle des Jahres 1957 zeigen das Misstrauen, das gerade Konrad Adenauer dem geplanten Gremium entgegenbrachte. Zum einen verwies er darauf, dass die Regierung bei vorliegenden Empfehlungen in den Augen der Öffentlichkeit schlecht aussieht, wenn der Ratschlag abgelehnt wird. Adenauer sorgte sich auch davor, dass die Länder und die Wissenschaftsorganisationen die Regierung mit dem WR unter Druck setzen könnten. Außerdem beschwerte sich der Bundeskanzler auch darüber, dass der WR in den Kompetenzbereich der Regierung eindringt und zeitgleich die Entwicklung der Wissenschaftslandschaft doch durch die Länder erfolgen sollte. Nun wäre auch der Bund dazu aufgefordert, einzuspringen.¹⁰²² Der Eindruck, dass der WR die Interessen der Wissenschaft vertritt, konnte auch in den folgenden Jahren nicht abgeworfen werden. So bezeichnete die Zeitschrift *Der Spiegel* die Mitglieder des WR 1960 als „Wissenschaftsfürsorger“.¹⁰²³

¹⁰²⁰ Wissenschaftsrat (WR): Begutachtungen im Wissenschaftssystem. Positionspapier. Drs. 6680-18. Berlin, 2017a. S. 5.

¹⁰²¹ Vgl. https://www.wissenschaftsrat.de/nc/presse/allianz_der_wissenschaftsorganisationen.html (03.03.2018)

¹⁰²² Vgl. Protokoll der 189. Kabinettsitzung am 16. Juli 1957: 5. Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern, BMI: b) über die Errichtung eines Deutschen Wissenschaftsrates. (https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/1000/k/k1957k/kap1_2/kap2_47/para3_14.html, 24.04.2018)

¹⁰²³ *Der Spiegel*: Zahlung später. Nr. 50/1960. S. 31 – 35. S. 33.

Der WR läuft auch heute noch Gefahr, ähnlichen Vorwürfen ausgesetzt zu werden. Die Nachverfolgung der Empfehlungen leistet hierzu einen Beitrag, da über dieses Vehikel Druck auf Evaluations- und Beratungsempfangende aufgebaut werden kann. Sollte der Umsetzungsstand aus Sicht des WR als unzureichend eingestuft werden, wird den Forschungsförderorganisationen beziehungsweise der Politik die „Erwartung“¹⁰²⁴ kommuniziert, dass eine erneute Evaluation der jeweiligen Institution angefordert werden soll. Durch diese Praxis erfolgt eine als bedenklich einzustufende Lenkung der Entscheidungsfindung durch das Beratungsgremium. Die evaluierten Institutionen wiederum spüren einen Anpassungsdruck und die Sorge entsteht, in Zukunft gegebenenfalls nicht mehr bei Förderentscheidungen berücksichtigt zu werden.

Umfassende Prozesstransparenz gehört auch nicht zu den Stärken des WR. Zwar wird zumindest bei einzelnen Verfahren dargelegt, welche Abläufe und Stufen durchlaufen werden. Dies erfolgt aber nur bei Etablierung beziehungsweise der Beschreibung von Prozessen, nicht aber bei laufenden Verfahren. Über das Arbeitsprogramm und die Website lassen sich vereinzelt Zeitkorridore und Arbeitsstände ablesen, jedoch fehlt eine strukturelle Offenlegung von Beratungsvorgängen. Dies wäre gerade bei den komplexen und mehrstufigen Prozessen sicherlich wünschenswert. Ebenfalls Nachholbedarf besteht bei der Darstellung möglicher Interessenkonflikte. Bei den Ratsmitgliedern können diese in Teilen über die Institutionenzugehörigkeit oder den politischen Hintergrund abgeleitet werden. Bei den Sachverständigen fehlen solche Angaben.

Der WR ist ein stark politisiertes Gremium und auch als solches angelegt worden. Besonders offensichtlich wird dies bei den Mitgliedern, die zum Teil aus der Politik stammen oder von der Politik ernannt werden. Auch die finanzielle Abhängigkeit des WR steigert den Grad der Politisierung zusätzlich. Die intransparenten Arbeitsgruppen-, Kommissions- und Vollversammlungssitzungen leisten keine Unterstützung, um entsprechende Verdachtsmomente auszuräumen. Besonders bedenklich erscheint in diesem Licht Art. 3 Abs. 1 des Verwaltungsabkommens, mit dem sich die Regierungen von Bund und Ländern dazu verpflichten, die Expertise des WR bestmöglich zu berücksichtigen.

Eindeutig positiv wirkt hier jedoch die angesprochene Trennung von wissenschaftlicher Expertise und daran anschließender politischer Einschätzung. Die Zweistufigkeit der Expertise findet in sich in den Leitfäden wieder und wird beispielsweise für institutionelle Evaluationen als grundsätzlich definiert. Dort heißt es weiterhin, dass der Begutachtungsbericht in unveränderter Fassung zusammen mit dem Entwurf einer politischen Stellungnahme, für die die Verwaltungskommission verantwortlich ist, der Vollversammlung vorgelegt wird.¹⁰²⁵ Ein ähnlicher

¹⁰²⁴ WR 2014, S. 19.

¹⁰²⁵ Vgl. ebd., S. 6f.

Passus findet sich im Leitfaden für die Akkreditierung nichtstaatlicher Hochschulen in Gründung, jedoch mit der Feinheit, dass der Bericht normalerweise nicht verändert werden kann. In welchen Fällen dies jedoch geschehen kann, wird nicht konkretisiert. Die Entscheidung über die Akkreditierung selbst erfolgt, getrennt vom Ausschussbericht, im WR.¹⁰²⁶ Der Leitfaden für die Evaluation universitätsmedizinischer Einrichtungen verweist ebenfalls auf die Trennung von Expertise und Implementierung, der Bericht ist dabei unveränderbar. In seiner entscheidenden Stellungnahme kann der Ausschuss Medizin jedoch Vergleiche ziehen, die er für nötig erachtet, womit er in seiner Aussage von der Einschätzung der zuständigen Bewertungsgruppe abweichen kann.¹⁰²⁷

Auch wenn das Publikationsrecht nicht im Verwaltungsabkommen festgehalten wurde, veröffentlicht der WR alle finalen Arbeitsergebnisse. Einzelne Zwischenschritte oder Sitzungsprotokolle sind hingegen nicht frei verfügbar. Bei Verfahren für Forschungsbauten gibt es dabei eine Abweichung: „Dem antragstellenden Land wird nach der Sitzung das Ergebnis der Beratungen im Ausschuss für Forschungsbauten schriftlich mitgeteilt. Die übrigen Länder erhalten das Protokoll.“¹⁰²⁸ Der Veröffentlichungszeitraum ist durch gelebte Praxis auf das Ende von Beratungsprozessen festgelegt. Zwischenzeitlich werden über das Arbeitsprogramm und die Website nur allgemeine Hinweise und knappe Zwischenstände unter Verweis auf die finale Ausfertigung veröffentlicht. Noch einmal zu unterstreichen ist der Open-Access-Charakter der Publikationen, die online und offline kostenlos angefragt werden können. Alle Beratungs- Akkreditierungs- und Evaluationsprozesse, die durch den WR gehandhabt werden, finden so ihren garantierten Weg in die Öffentlichkeit.

6.1.5.) Schritt 3 – Beurteilung

Die Performance des WR über die drei Bewertungsdimensionen hinweg ist, in Anbetracht seiner zentralen Rolle, durchaus ernüchternd. Es gelingt dem zentralen Beratungsgremium der Regierungen von Bund und Ländern nicht, die Spannungsverhältnisse aufzulösen. Vielmehr zeigt sich, dass bereits durch das institutionelle Design Konflikt- und Kritikpotenzial verankert wurden, die auch im Alltagsgeschäfts nicht ausgeräumt werden können.

Die Expertise des WR zeichnet sich durch gute Voraussetzungen für die Umsetzung aus, die Beratungsergebnisse sind politisch robust. Zweifelsohne kann ihm auch eine hohe fachliche Eignung zugesprochen werden. Die wissenschaftlichen Mitglieder, die verschiedenen Disziplinen entstammen, besitzen hohe Reputation und wurden auf Vorschlag der großen Wissenschaftsorganisationen bestellt. Durch die Möglichkeit, zusätzliche Sachverständige zu

¹⁰²⁶ Vgl. WR 2015c, S. 21.

¹⁰²⁷ Vgl. WR 2018c, S. 8.

¹⁰²⁸ WR 2015d, S. 18.

berufen, kann der WR auf umfassende Wissensbestände zurückgreifen. Das Wissen von Laiinnen und Laien wird jedoch nicht ersichtlich bemüht. Auch wenn auf dem Papier alle relevanten Interessenbeteiligten einbezogen werden, wird nicht klar, welchen Impact der Lebensweltbezug in der Realität entfaltet. Das Mandat des WR ist weit gefasst und durch ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern kodifiziert. Die Geschäftsordnung gibt Flexibilität, da notwendige strukturelle Anpassungen vorgenommen werden können. Der WR agiert sowohl proaktiv als auch reaktiv und kann dabei auf umfassende Unterstützungsstrukturen zurückgreifen.

Mit Blick auf den deliberativen Charakter des WR ergibt sich eine Diskrepanz zwischen institutioneller Veranlagung und Praxis. Mit dem Verwaltungsabkommen wird ein Gesellschaftsbezug hergestellt, dessen Umsetzung in der Anwendung nicht voll durchschlägt. Klar ist, dass der WR nicht einem idealisierten modernen Konzept wie dem „Honest Broker“ oder dem „Civic Scientist“ entspricht. Er ist auch nur eingeschränkt deskriptiv repräsentativ, dafür ist aber der Grad der delegierten Repräsentation hoch. Rückbindungs- und Verantwortungsstrukturen sind nicht verankert, sondern werden primär über den Mitgliedsstatus hergestellt. In puncto Medienutzung kann gesagt werden, dass der WR die digitalen Kanäle primär zur unidirektionalen Kommunikation seiner Expertise einsetzt. Es gibt keine öffentlichkeitsorientierten Ansätze zur Wissenspopularisierung. Unter anderem hieran liegt es auch, dass der WR daran scheitert, die notwendigen Arenen für den gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu etablieren.

In der Bewertungsdimension Interessenvertretung wird die kritikwürdige Nähe von Beratern, Beratenen und Mitgliedern der Wissenschaftsgemeinschaft offensichtlich. Die Distanz zwischen Expertise und Entscheidung ist unzureichend und auch die Nachverfolgungspraxis ist zu hinterfragen. Zeitgleich ist der WR sichtbarer Interessenvertreter für die Wissenschaftsgemeinde und stark politisiert, auch wenn die betonte Trennung von Bericht und Bewertung zumindest in der Vorbereitung der Beschlussfassung gewahrt wird. Das kostenlose und leicht zugängliche Publikationswesen des WR ist ebenfalls positiv hervorzuheben.

Seine originäre Aufgabe erfüllt der WR seit Jahrzehnten. Er gehört zu den wichtigsten Impulsgebern für die deutsche Wissenschaftspolitik, so wie es zu einer Gründung von den Wissenschaftsorganisationen und der Politik auch anvisiert wurde. Durch seine Organisations- und Mitgliederstruktur sowie die Stimmverteilung ist er konsensorientiert entworfen worden. Politik und Wissenschaft werden hierzu auf eine Ebene gehoben, um gemeinschaftlich verwertbare Beratungsergebnisse zu produzieren, die nicht im nächsten Schritt in den Ministerien scheitern. Der WR zeichnet sich auch durch eine Vielfalt möglicher Diskurspositionen aus, da er verschiedene Disziplinen und Fächerkulturen vereint. Im Perspektivenpluralismus erscheint die Zivilgesellschaft jedoch unterrepräsentiert, was gerade mit Verweis auf Art. 2 Abs. 1 des Verwaltungsabkommens kritisiert werden muss. Dafür entspricht der WR sicherlich für viele

Beobachtende dem Bild des neutralen Expertinnen- und Expertengremiums, da er mit kooperierten Mitgliedern der wichtigsten Wissenschaftsorganisationen besetzt ist. Die starke Rolle der Politik dämpft hier jedoch ab.

Die Laufzeiten der Beratungs- und Bewertungsprozesse sind lang, wie die kurzen Einblicke im Arbeitsprogramm und auf der Website verraten. Dies ist jedoch strukturbedingt, da die Mitglieder nicht in Vollzeit für den WR aktiv sein können. Außerdem sind die Prozesse, wie aus den Leitfäden ersichtlich wird, komplex und mehrstufig angelegt, weshalb sie zeitintensiv aber letztendlich belastbare Ergebnisse produzieren.

Der WR ist ein wichtiger Spieler im informellen Netzwerk der deutschen Wissenschaftspolitik. Der Gedanke des diskreten Interessenabgleichs lässt sich bereits an seiner Gründungsgeschichte ablesen. Leider büßen die Prozesse hierdurch an stringenter Transparenz ein. Der WR publiziert alle Empfehlungen und Positionspapiere kostenfrei im Internet. Digitale Kanäle sind die primäre Distributionsschiene seiner Expertise. Da die deliberativen Formate jedoch unterbelichtet bleiben, kann der WR die gesellschaftlichen Belange nur von seiner Warte aus abbilden. Die gesellschaftsberatende Funktion, die heute in Deutschland eingefordert wird, kann er in seiner aktuellen Besetzung nicht erfüllen. Ihm fehlen darüber hinaus die internen Kapazitäten zur Ethikberatung, der Diskussion von Risikofragen und zur Technikfolgenabschätzung, um wertebezogene Fragestellungen selbstständig zu bearbeiten. Trotz seiner zum Teil proaktiven Positionierung und der Rolle als Interessenvertreter gelingt es dem WR nicht, Arenen für den gesamtgesellschaftlichen Austausch zu schaffen. Auch seine Sichtbarkeit ist, abseits der Politik und der Wissenschaftsgemeinschaft, trotz seiner zentralen Funktion eingeschränkt. Mit Blick auf Art. 2 Abs. 2 des Verwaltungsabkommen kann die zugespitzte Frage formuliert werden, ob diese Umstände die Politik oder die Wissenschaft überhaupt stören, da der Mandatsrahmen klar abgesteckt ist. Der WR kommt jedoch nicht dem modernen Selbstverständnis der Wissenschaft nach, aus dem heraus auf eigene Initiative die Interaktion gesucht wird.

Der WR ist ein fachlich hervorragend aufgestelltes Beratungsgremium, das klare Schwächen in der Öffentlichkeitsorientierung und der mangelnden Abgrenzung von Interessenvertretungskonflikten besitzt. Diese Tendenzen und die Rolle der Exekutivberatung wurden jedoch mit dem Verwaltungsabkommen bewusst eingegangen. Für die Regierungen von Bund und Ländern hat sich der WR über die Jahrzehnte als wichtigste wissenschaftspolitische Beratungsinstanz etabliert. Er ist ein dauerhaftes Gremium, das überwiegend öffentlich agiert und auf eine direkte Wirkung seiner Expertise abzielt, obgleich er auch indirekte Effekte generiert. Der WR ist ein externes Gremium mit einer starken und direkten Verflechtung mit der Politik, woraus er große Vorteile für die Anpassungs- und Umsetzungsfähigkeit seiner Expertise zieht. Gesellschaftsberatung ist für ihn jedoch nur als Sekundärskill einzustufen. Er ist damit ein

klassisches Politikberatungsgremium und schafft es daher nicht, dem modernen Anforderungsprofil der deutschen Wissenschaftspolitik voll zu entsprechen.

6.2.) Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (WD)

6.2.1.) Schritt 1 – Verortung und Kategorisierung

Die internen Beratungskapazitäten der Politik expandieren seit geraumer Zeit. Sinnbild für diesen Prozess sind die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages (WD). Ihre Einrichtung geht auf das Jahr 1949 zurück und somit gehören sie zu den ältesten Beratungsinstitutionen der Bundesrepublik. Ihre Aufgabe bestand zunächst primär in der Dokumentation parlamentarischer Aktivitäten. Folglich waren lange Zeit auch die Parlamentsbibliothek, verschiedene Archive und Register den WD untergeordnet.¹⁰²⁹ Mit Anfang der 1960er wurden die WD neu ausgerichtet, um einen informationellen Ausgleich zwischen Exekutive und Legislative anzuschließen. Ihre Aufgabe sollte es nun sein, Wissen bereitzustellen, auf das jedes Mitglied des Bundestags (MdB) jederzeit zugreifen kann, um in Form von Daten, Zahlen, Fakten, aber auch Handlungsalternativen und inhaltlichen Argumenten Unterstützung zu erhalten.¹⁰³⁰ 1964 wurden die WD eigenständig ausgegliedert und erhielten die funktionelle Ausrichtung, über die sie auch heute noch verfügen.¹⁰³¹

Seither haben die WD institutionelle und strukturelle Veränderungen durchlaufen. 1991 bestanden sie beispielsweise aus zwei Unterabteilungen, den sogenannten Wissenschaftlichen Fachdiensten. Diese waren der Überbau für verschiedene Ausschusse sekretariate und Fachbereiche. Wissenschaftspolitisch relevant war zu diesem Zeitpunkt der Fachbereich VIII des ersten Fachdienstes: Forschung, Technologie, Bildung und Wissenschaft, Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Thematisch dazuzurechnen waren die Sekretariate für die Ausschüsse für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung sowie für Bildung und Wissenschaft als auch für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Diese Verteilung der Fachbereiche hatte bis zum 14. Bundestag Bestand. Dann wurde Technologie dem Fachbereich V – Wirtschaft, Technologie, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Tourismus, zugeordnet.¹⁰³² 2006 wurde die gesamte Bundestagsverwaltung umstrukturiert und zwischen vier Abteilungen unterschieden: P – Parlament und Abgeordnete, I – Information und Dokumentation, Z – Zentralabteilung und W – Wissenschaft und Außenbeziehungen. In der Abteilung W bilden die WD seitdem die ebenso benannte Unterabteilung. Seit 1990 hatte die

¹⁰²⁹ Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Sachstand WD 1 – 3000 – 097/09. Berlin, 2009. S. 3.

¹⁰³⁰ Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Aufgaben und Ausstattung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Ausarbeitung WD 1 – 081/04. Berlin, 2004a. S. 3.

¹⁰³¹ Vgl. WD 2009, S. 3.

¹⁰³² Vgl. Redaktion Datenhandbuch im Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages (RDP): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages. Onlineausgabe seit 1990. Kapitel 19.1 - Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung. Stand: 19.08.2020. Berlin, 2020b. S. 10ff. (https://www.bundestag.de/resource/blob/272960/4f871f826723141b2442c7b1ab-bab7ec/Kapitel_19_01_Aufbau_und_Entwicklung_der_Bundestagsverwaltung-pdf-data.pdf, 04.12.2020)

Bundestagsverwaltung zuvor aus den Abteilungen für Parlamentarische, Wissenschaftliche und Zentrale Dienste bestanden.¹⁰³³ Im Zuge der verschiedenen Umstrukturierungen wurden die Sekretariate verschoben und die Aufstellung des wissenschaftspolitisch relevanten Fachbereichs umsortiert, was bis zum 1. Mai 2006 Bestand haben sollte: Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit, Bildung und Forschung.¹⁰³⁴ Diese Umbenennung spiegelte die Gewichtung der deutschen Diskurslandschaft zur Wissenschaft wider. Risiko und Sicherheit an vorderster Stelle, während die Forschung selbst das Schlusslicht bildet. Für die Einrichtung der Hotline W, durch die seither alle Anfragen an die WD angenommen werden, finden sich mit 1996, 1997 und 2001 unterschiedliche Zahlen in den Publikationen des Bundestags.¹⁰³⁵

Als Teil der Bundestagsverwaltung folgen die WD dem Selbstverständnis, dass sie Dienstleistungseinrichtung die „Denkfabrik des Parlaments und Wissensmanager“¹⁰³⁶ sind.¹⁰³⁷ Ihr zentrale Aufgabe ist die Aufbereitung wissenschaftlicher Erkenntnisse für das Parlament.¹⁰³⁸ Das selbsterklärte Ziel ist die Stärkung der Entscheidungskompetenzen der MdB sowie der Gremien des Bundestags.¹⁰³⁹ Um dies zu erreichen, erarbeiten die WD betont „parlamentsgerech[t]e“¹⁰⁴⁰ Ausarbeitungen, die über die Fachbereiche interdisziplinär und politisch neutral verfasst werden.¹⁰⁴¹ Sie folgen dabei „den allgemeinen Prinzipien der wissenschaftlichen Recherche und Aufbereitung von Informationen“¹⁰⁴², leisten aber keine eigene Forschungsarbeit. Die WD greifen also auf bestehende wissenschaftliche Expertise zurück, die aufgearbeitet und kondensiert wird.¹⁰⁴³ Die explizite Ausrichtung auf die Bereitstellungen von Informationen zur Verbreiterung der Entscheidungsbasis bedeutet auch, dass keine Vorlagen für das Plenum, keine Gesetzesvorlagen oder Konzeptionen für politische Vorhaben erstellt werden. Landes- oder kommunalpolitische Fragen werden ebenfalls nicht abgehandelt.¹⁰⁴⁴

¹⁰³³ Vgl. RDP 2020b, S. 2f.

¹⁰³⁴ Vgl. ebd., S. 12.

¹⁰³⁵ Vgl. WD 2009, S. 4.

Vgl. BT 2018a, S. 4.

Vgl. Deutscher Bundestag (BT) (Hrsg.): Die Wissenschaftlichen Dienste. Flyer. Berlin, 2018c. (<https://www.btg-bestellservice.de/pdf/20082000.pdf>, 11.05.2018)

¹⁰³⁶ Vgl. BT 2018c.

¹⁰³⁷ Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Zentrale Serviceeinrichtungen im Deutschen Bundestag. Kurzinformation WD 8 – 3000 – 058/16. Berlin, 2016d. S. 1.

¹⁰³⁸ Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Leitfaden für die Unterabteilung Wissenschaftliche Dienste (WD). Berlin, 2016b. S. 4.

Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Einzelfragen zur Arbeit der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Kurzinformation – WD 8 – 3000 – 084/16. Berlin, 2017b. S. 1.

¹⁰³⁹ Vgl. <https://www.bundestag.de/parlament/verwaltung> (11.05.2018)

¹⁰⁴⁰ WD 2009, S. 4.

WD 2016b, S. 4.

WD 2017b, S. 1.

¹⁰⁴¹ WD 2009, S. 4.

Vgl. WD 2016b, S. 4 und 11.

Vgl. BT 2018c.

¹⁰⁴² WD 2004, S. 3.

¹⁰⁴³ Vgl. ebd.

Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Die Rolle und Bedeutung der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags im internationalen Vergleich. Sachstand – WD 3 – 402/06. Berlin, 2006. S. 3.

¹⁰⁴⁴ Vgl. WD 2009, S. 4.

Die Beauftragung der WD kann grundsätzlich nur durch Parlamentsmitglieder, Gremien oder Fraktionen des Bundestags erfolgen und muss mit dem Mandat des oder der Beauftragenden in Verbindung stehen.¹⁰⁴⁵ Ein besonders ausgewiesenes Angebot für Hilfestellung wird für Abgeordnete ohne Fraktionszugehörigkeit formuliert.¹⁰⁴⁶ In den 1970ern nutzen nur ein Drittel der MdB die WD, von denen wiederum nur 3% die Möglichkeit intensiv wahrnahmen. Bis 2006 war die Nutzung auf mittlerweile 80% gestiegen, was den oft beschriebenen Anstieg des Beratungs- und Informationsbedarfs der Politik wiedergibt.¹⁰⁴⁷

Eine aktuelle oder detaillierte Darstellung des Arbeitsvolumens der WD liegt nicht vor. Für die Jahre 2004 und 2005 wurden jeweils insgesamt 2.138 und 2622 Anfragen verzeichnet.¹⁰⁴⁸ In einer Veröffentlichung aus dem Jahr 2009 wurde festgehalten, dass jährlich rund 500 Ausarbeitungen verfasst werden.¹⁰⁴⁹ Diese Zahlen decken sich mit den Informationen, die 2011 ein Beamter der WD äußerte: 500 Ausarbeitungen bei 2.000 bis 3.000 Anfragen.¹⁰⁵⁰

Darüber hinaus können die WD auch andere Teile der Bundestagsverwaltung unterstützen und stellen einer beschränkten Anzahl an außerparlamentarischen Institutionen Informationen zur Verfügung: deutschen Mitgliedern des Europaparlaments, der Bundesregierung, den Landesregierungen und -parlamenten, weiteren Parlamenten sowie allgemein formuliert externen Institutionen. Diese Anfragen sind in ihrer Relevanz jedoch untergeordnet und werden in Kurzform beantwortet.¹⁰⁵¹

Für jede Legislaturperiode erscheinen Handreichungen, die über Strukturen und Prozesse im Bundestag aufklärt. Das Portfolio der WD gehört ebenfalls zu den dargestellten Organen und Dienstleistungen.¹⁰⁵² Darüber hinaus regelt ein Leitfaden die Funktion der Informationsdienstleistenden. Die letzte Version wurde im Zuge der Umstrukturierung der Bundestagsverwaltung veröffentlicht und hat seit dem 18. Februar 2016 Bestand. Der Leitfaden macht prozedurale Vorgaben, regelt Formfragen und definiert Zuständigkeiten. Festgehalten sind unter anderem Auftragsformalitäten, Publikationsformen und -richtlinien sowie Verfahren in der Bearbeitung und Entgegennahme von Aufträgen.¹⁰⁵³

Die Hotline W ist die zentrale Anlaufstelle für Anfragen an die WD. Sie koordiniert die eingehenden Aufgaben, verteilt sie innerhalb der Abteilung und weist sie den entsprechenden Fachbereichen zu. Darüber hinaus erledigt die Hotline W bereits rund 50% aller Anfragen

Vgl. WD 2016b, S. 4.

¹⁰⁴⁵ Vgl. WD 2009, S. 7.

Vgl. WD 2016b, S. 4.

Vgl. WD 2017b, S. 1.

¹⁰⁴⁶ Vgl. ebd.

¹⁰⁴⁷ Vgl. WD 2006, S. 5.

¹⁰⁴⁸ Vgl. ebd., S.9.

¹⁰⁴⁹ Vgl. WD 2009, S. 6.

¹⁰⁵⁰ Vgl. <https://www.jetzt.de/interview/politikberatung-aus-der-zweiten-reihe-520261> (03.05.2018)

¹⁰⁵¹ Vgl. WD 2016b, S. 5f.

¹⁰⁵² Vgl. WD 2016d, S. 2.

¹⁰⁵³ Vgl. ebd., S. 1f und 14.

durch eigene Recherchekapazitäten. Darüber hinaus gibt sie Schulungen für Parlamentsmitarbeitende und veröffentlicht Publikationen des Bundestags in Druckform oder digital.¹⁰⁵⁴

Die WD sind in die Infrastruktur des Bundestags eingebettet.¹⁰⁵⁵ Sie bestehen aus insgesamt zehn Fachbereichen: 1.) Geschichte, Zeitgeschichte und Politik, 2.) Auswärtiges, Völkerrecht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und humanitäre Hilfe, 3.) Verfassung und Verwaltung, 4.) Haushalt und Finanzen, 5.) Wirtschaft und Verkehr, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, 6.) Arbeit und Soziales, 7.) Zivil-, Straf- und Verwaltungsrecht, Umweltschutzrecht, Bau und Stadtentwicklung, 8.) Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit, Bildung und Forschung, 9.) Gesundheit, Familie, Senioren, Frauen und Jugend und 10.) Kultur, Medien und Sport. Ebenfalls zu den WD wird die Unterabteilung für Fragen zur Europapolitik gezählt.¹⁰⁵⁶ Diese Arbeitsbereiche „umfassen alle Politikfelder und orientieren sich am Zuschnitt der Parlamentsausschüsse und Bundesministerien.“¹⁰⁵⁷

Diese breite Aufstellung muss auch entsprechend mit Personal hinterlegt werden. Die Bundestagsverwaltung verzeichnete in den letzten Jahrzehnten ein konstantes Wachstum. 1990 waren dort insgesamt 2114 Personen eingestellt, 2019 waren es dann bereits 2749.¹⁰⁵⁸ Der Stab der Mitarbeitenden der WD ist ebenfalls entsprechend gewachsen. Von den 1970ern bis zur Mitte der 1990er steig die Zahl von 40 auf 55 Personen und blieb anschließend bis 2006 fast unverändert.¹⁰⁵⁹ 2009 bestanden die WD aus rund 100 Mitarbeitenden, von denen 65 für die Erstellung der Ausarbeitungen zuständig sind. Der Großteil, rund 50% dieses Personals, waren im Jahr 2009 Juristinnen und Juristen, gefolgt von Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern sowie Historikerinnen und Historikern. Natur- und Technikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler waren in der Minderheit.¹⁰⁶⁰ Eine aktuelle Darstellung des Personalschlüssels liegt nicht vor. Ein identifiziertes Problem der WD ist die hohe Fluktuation der Mitarbeitenden. Das Personal wird häufig für andere Gremien eingezogen, beispielsweise für Enquete-Kommissionen, wie in einer Eigendarstellung lamentiert wird.¹⁰⁶¹ 2006 waren die WD dennoch im Europavergleich die größte Einrichtung ihrer Art. Die italienischen und britischen Pendanten kamen beispielsweise gerade auf die Hälfte der Angestellten. Das WD-Pendant in den USA wiederum verfügten 2004 schon über 729 Mitarbeitende.¹⁰⁶²

¹⁰⁵⁴ Vgl. WD 2004, S. 5.

Vgl. WD 2009, S. 4.

Vgl. WD 2017b, S. 1.

Vgl. BT 2018c.

¹⁰⁵⁵ Vgl. WD 2016d, S. 1.

¹⁰⁵⁶ Vgl. BT 2018c.

¹⁰⁵⁷ <https://www.bundestag.de/wissenschaftlichedienste> (11.05.2018)

¹⁰⁵⁸ Vgl. RDP 2020b, S. 36f.

¹⁰⁵⁹ Vgl. WD 2006, S. 6.

¹⁰⁶⁰ Vgl. WD 2009, S. 4.

¹⁰⁶¹ Vgl. WD 2006, S. 6.

¹⁰⁶² Vgl. ebd.

Auf europäischer Ebene sind die WD über das Netzwerk Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD) mit anderen parlamentarischen Informations- und Beratungsdiensten verbunden. Die Vereinigung wurde 1977 gegründet und dient der Unterstützung bei internationalen Fragestellungen, um einen Wissensfluss auf kurzem Dienstweg zu ermöglichen. Auch der Austausch über Qualitätssicherungsmaßnahmen steht auf der Agenda. Für die regelmäßig stattfindenden Zusammenkünfte entsendet jeder WD der im Europarat vertretenen Nationen ein Mitglied.¹⁰⁶³

Die WD sind mit keinen wissenschaftlichen Institutionen direkt verbunden.¹⁰⁶⁴ In ihrer Arbeit sind jedoch stark von einem guten Austausch mit externen Einrichtungen abhängig. Zur Beschaffung aktueller und relevanter Wissensbestände fragen die WD im Tagesgeschäft daher intra- und extramuralen Forschungseinrichtungen, Verbände und Vereine sowie Ministerien an. Zusammen mit der Parlamentsbibliothek und dem Statistischen Bundesamt, das ein Verbindungsbüro im Bundestag führt, werden Publikationen erarbeitet, die sich vor allem auf aktuelle Themen des Parlaments beziehen. Diese Veröffentlichungen werden nur über das Intranet verteilt.¹⁰⁶⁵

Bemerkenswert ist, dass die WD Ihren Kompetenzbereich klar vom Ethikrat und dem TAB abgrenzen. Für ethische Fragestellungen und Technikfolgenabschätzung wird auf eine klare Zuständigkeit Seitens der beiden Gremien verwiesen. Sowohl das TAB als auch der Ethikrat sind institutionell mit dem Bundestag verknüpft.¹⁰⁶⁶

Temporale Klassifikation

Die WD sind überwiegend auf Anfrage durch die Politik tätig. Die reaktive Positionierung, die im Zusammenhang mit der Stellung der Bundestagsverwaltung als Dienstleistende zu sehen ist, schlägt sich auch in Selbstdarstellungen nieder.¹⁰⁶⁷ In den letzten Jahren gestalten die WD ihre Aufgaben dennoch proaktiver. Sie bieten Wissen zu Themen an, die das Potenzial haben, zukünftig auf der politischen Agenda zu landen. Diese Ausarbeitungen werden online veröffentlicht und auch zielen auf ein Publikum außerhalb des Parlaments ab.¹⁰⁶⁸ Die WD befassen sich also mit zukünftigen Themen, analysieren aktuelle sowie vergangene politische Debatten und legen aktuelle Wissensbestände sowie Positionen dar.¹⁰⁶⁹ Sie sind damit sowohl ex post

¹⁰⁶³ Vgl. WD 2006, S. 8.

¹⁰⁶⁴ Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Den Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages angegliederte wissenschaftliche Gremien. Kurzinformation – WD 8 – 3000 – 041/16. Berlin, 2016a. S. 1.

¹⁰⁶⁵ Vgl. WD 2009, S. 4 und 7.

¹⁰⁶⁶ Vgl. ebd., S. 9f.

¹⁰⁶⁷ Vgl. ebd., S. 7.

Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Einzelfragen zum Arbeitsauftrag und zur Arbeitsweise der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Kurzinformation – WD 8 – 3000 – 004/17. Berlin, 2017a. S. 1.

¹⁰⁶⁸ Vgl. ebd., S. 2.

Vgl. BT 2018c.

¹⁰⁶⁹ Vgl. WD 2009, S. 7f.

Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Zum Gebrauch der deutschen Sprache in der Wissenschaft. Ausarbeitung – WD 8 – 090 – 14. Berlin, 2016e. S. 6ff und 13ff.

als auch ex ante tätig. Als Teil der Bundestagsverwaltung und Serviceeinheit für das Parlament sind sie dauerhaft etabliert, müssen in ihrem Ansprechverhalten aber ad hoc funktionieren, um auf die Anfragen, die in Komplexität und Zeitrahmen variieren, flexibel reagieren zu können. Da es keine festen Zuweisungen der Mitarbeitenden zu einzelnen MdB gibt und die Verteilung der Anfragen themenbezogen durch die Hotline W erfolgt, ist diese Reaktionsfähigkeit zwingend notwendig.¹⁰⁷⁰

Direktionale Klassifikation

Die Hauptaufgabe der WD liegt in der direkten Politikberatung, da sie themenspezifisch auf individuelle Anfragen aus dem Parlament in Aktion treten. Durch die proaktiven Formate und die Bereitstellung von Ausarbeitungen im Internet wird aber auch die indirekte Wirkungsdimension ausgebaut. Trotz dieser Verschiebung ist es nicht möglich, die WD als deliberativ einzustufen. Die Interaktion in der Verfassung der Expertise ist auf die Auftraggebenden und ihre Mitarbeitenden beschränkt. Dennoch können die WD nur als prozedural korporatistisch bezeichnet werden, da sie möglichst alle Perspektiven zur Informationsvermittlung berücksichtigen, um einen breiten Wissensbestand abbilden zu können.¹⁰⁷¹ Auch die kodifizierten Formalia und Prozessvorgaben unterstützen diese Einschätzung. Das institutionelle Design ist jedoch nicht korporatistisch, da die Beratungsinstanz selbst nur aus den Mitarbeitenden der WD bestehen und häufig frei verfügbare Quellen verwendet werden. Je nach Themenlage können Netzwerke bedient sowie Interessenvertreterinnen und -vertreter einbezogen werden. Daran, dass allein rund 50% der Anfragen durch kurze Recherchen der Hotline W bedient werden können, zeigt sich jedoch, dass die WD zur Erfüllung großer Teile ihrer Aufträge auch nicht korporatistisch aufgestellt sein müssen.

Funktionale Klassifikation

Die Verortung der WD ist unstrittig intern. Bereits zu ihrer Einrichtung waren sie als hauseigene Dienstleistende gedacht und erfüllen seither diese Funktion. Eine klare Veränderung haben sie jedoch durchlaufen: Waren die WD lange Zeit für die Öffentlichkeit verschlossen, ist ihre Arbeit heute transparenter und deren Ergebnisse zum Teil frei abrufbar. Dennoch sind große Teile der Expertise vertraulich und die originäre Ausrichtung auf die Politik eindeutig, was die WD zu einem nicht öffentlichen Beratungsgremium macht.

Folglich verfügen die WD über einen potenziell sehr hohen Grad an Vertraulichkeit, insofern sich die Auftraggebenden dafür entscheiden.¹⁰⁷² Nach einem Urteil des Bundesverfas-

¹⁰⁷⁰ Vgl. WD 2017b, S. 1.

¹⁰⁷¹ Vgl. WD 2017a, S. 1.

¹⁰⁷² Vgl. WD 2009, S. 7.

sungsgerichts ist der Deutsche Bundestag jedoch in puncto Ausarbeitungen der internen Beratungseinrichtung informationspflichtig.¹⁰⁷³ Aber auch im Falle der Veröffentlichung werden nicht zwangsweise alle Informationen offengelegt. Kennzahlen, Nennungen von Namen oder Verweise auf andere, vermutlich nicht veröffentlichte, Ausarbeitungen können geschwärzt werden. In ihrer Grundausrichtung bleiben die WD ein Gremium zur Politikerberatung. In diesem Bereich sind sie seit ihrer Etablierung in den 1960ern und als Teil der Bundestagsverwaltung offenkundig eine Legislativberatungseinrichtung.

6.2.2.) Schritt 2 – Expertise

Die primäre Funktion der WD liegt in der Aufbereitung des wissenschaftlichen Erkenntnisstands für das Parlament. Für ihre Positionierung ist das Selbstverständnis der dienstleistenden und neutralen Informationsvermittelnden ausschlaggebend. Die WD erteilen keine konkreten Handlungsempfehlungen, sondern beantworten Fragen und bilden Wissensstände ab. Sie erteilen ihren Ratschlag in Form von „Informationen“¹⁰⁷⁴, die in „Gutachten“¹⁰⁷⁵ aufbereitet werden. Direkte Unterstützung in Gesetzgebungsprozessen wird explizit nicht erteilt, wodurch die Beratungsfunktion in Teilen gegen Politisierung geschützt ist. Durch die Überprüfung von Alternativen und der Darlegung verschiedener Argumentationsperspektiven rationalisieren die WD die Politik und verbreitern die Wissensbasis der MdB. Auf ihrer Website definieren sie ihr Ziel damit, dass die Anfrageseite „möglichst alle Alternativen kennengelernt hat, die zu einem Thema in Gesellschaft und Wissenschaft diskutiert werden.“¹⁰⁷⁶ Hiermit kommt zum Ausdruck, dass also neben dem wissenschaftlichen Diskurs auch die gesamtgesellschaftliche Dimension betrachtet wird. An anderer Stelle der Internetpräsenz des Bundestags findet sich der ergänzende Hinweis, dass die WD „Sach- und Fachwissen in einen politischen und gesellschaftlichen Kontext“¹⁰⁷⁷ stellen. Auch die Abbildung aktueller und die Einstufung vergangener politischer Debatten gehören zum Aufgabenportfolio.¹⁰⁷⁸ Zusätzlich greifen die WD in vereinzelt Fällen auf Anhörungen zurück, um zusätzliche Perspektiven zu inkorporieren und die Anschlussfähigkeit der Gesellschaft zu erhöhen.¹⁰⁷⁹ Durch das so bereitete Wissensfundament tragen die WD zur Konsensfindung und Legitimierung von Entscheidungen bei, insofern die MdB auf die Gutachten zurückgreifen. Da ihre Erstellung jedoch nach Auftrag erfolgt, erscheint diese Wahrscheinlichkeit vergleichsweise hoch.

¹⁰⁷³ Bundesverwaltungsgericht (BVerwG): Urteil vom 25. Juni 2015 - BVerwG 7 C 1.14.

¹⁰⁷⁴ WD 2017a, S. 1.

¹⁰⁷⁵ Ebd., S. 2.

¹⁰⁷⁶ <https://www.bundestag.de/parlament/verwaltung> (11.05.2018)

¹⁰⁷⁷ <https://www.bundestag.de/wissenschaftlichedienste> (11.05.2018)

¹⁰⁷⁸ Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Technikpolitik im Deutschen Bundestag. Ausarbeitung – WD 8 – 086 – 12. Berlin, 2011.

¹⁰⁷⁹ Vgl. WD 2004, S. 4.

Aus dem Selbstverständnis der WD und Ihrer Rolle in der Bundestagsverwaltung resultiert ein Spannungsverhältnis in ihrer primären Funktion. Zum einen entspricht es ihrer Aufgabenbeschreibung, eine möglichst umfassende Informationsdarstellung zu generieren, um ihre rationalisierende Wirkung zu maximieren. Zum anderen umfasst ihre Funktion aber auch die parlamentsgerechte Darstellung in Rückkopplung an die Auftraggebenden.¹⁰⁸⁰ Es ist sicherlich nicht zu jedem Zeitpunkt und für jede Anfrage möglich und vorgesehen, eine wissenschaftliche Debatte in Gänze abzubilden und gesellschaftlich zu kontextualisieren. Ansonsten wäre die Hotline W auch nicht in der Lage, rund die Hälfte der Aufträge über kurze Recherchen zu bedienen. Durch die jeweils unterschiedlich gewünschte Eingriffstiefe der Gutachten, die von der Formulierung des Auftrags abhängen, liefern die WD die maximale Informationsbreite, für den Rahmen, der ihnen vorgegeben wird. Somit befinden sie sich im Zwiespalt, eine möglichst allumfassende Darstellung zu erstellen, die zeitgleich maximal kondensiert ist, beziehungsweise der Auftragslage entspricht. In dieser Aufgabenstellung obliegt den jeweiligen Fachbereichen die Verantwortung, eine solche parlamentsgerechte Zusammenfassung zu verfassen.¹⁰⁸¹ Hierbei sind sie dazu verpflichtet, politisch neutral zu arbeiten und für eine „Ausgewogenheit der Darstellung“¹⁰⁸² zu sorgen. Dies wird durch die Bereichsleitungen überprüft. Auf eine klare Markierung persönlicher Einschätzungen wird bestanden und sie dürfen generell nur nach einer Bedarfsprüfung abgebildet werden.¹⁰⁸³

Die Mitarbeitenden der WD verfügen generell über keinen herausragenden wissenschaftlichen Status, der sie für ihre Aufgaben qualifiziert. Sie sind „Spezialisten aus einer Vielzahl von Fachrichtungen“¹⁰⁸⁴, die im Bewerbungsverfahren „die Fähigkeiten und die Eignung“¹⁰⁸⁵ für eine Anstellung belegen müssen. Hinweise auf eine Konkretisierung dieses Profils lassen sich nicht feststellen. Der personelle Zuschnitt und die Aufgabenverteilung des Fachbereichs 8 ist nicht öffentlich, was Vermutungen über eine ungleiche Verteilung der fachlichen Hintergründe spekulativ macht. Der letzte Einblick in den Personalschlüssel stammt, wie oben dargelegt, aus dem Jahr 2009.

Es ist jedoch bezeichnend, dass die Mitarbeitenden der WD als „Gutachter“¹⁰⁸⁶ oder wie bereits vorher zitiert als Dienstleistende tituliert werden, da sie keine eigene Forschung betreiben, sondern auf das Wissen anderer zurückgreifen.¹⁰⁸⁷ Um diese Aggregationsleistung parlamentsgerecht zu erfüllen, erscheint es sinnvoll, in der Qualifikation der Mitarbeitenden

¹⁰⁸⁰ Vgl. WD 2009, S. 7f.

¹⁰⁸¹ Vgl. WD 2017b, S. 1.

¹⁰⁸² WD 2016b, S. 4.

¹⁰⁸³ Vgl. ebd., S. 9.

¹⁰⁸⁴ Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Einzelfragen zur Bibliothek und zu den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages. Kurzinformation – WD 8 – 3000 – 029/17. Berlin, 2017c. S. 1.

¹⁰⁸⁵ Ebd.

¹⁰⁸⁶ Ebd., S. 4.

¹⁰⁸⁷ Vgl. ebd.

auch auf Spezifika zu achten, die außerhalb rein wissenschaftlicher Exzellenz liegen. Sie müssen also keine Fachleute in dem Wissenschaftsbereich sein, über das die Politik berät, sondern übersetzen die Erkenntnis aktueller Forschung anderer für das Parlament. Eine vollumfängliche Abdeckung der wissenschaftspolitischen Themen durch den stehenden Beratungsapparat der WD wäre auch schlichtweg nicht umsetzbar, da die Spezialisierung und Komplexität des Themenfelds einen sehr großen Personalstab voraussetzen würde. Der Großteil des Personals hat einen Hochschulabschluss, auch wenn dieser keine grundlegende Voraussetzung ist.¹⁰⁸⁸ Somit verfügen sie über unterschiedlich intensive wissenschaftliche Hintergründe. Dennoch sind die Mitarbeitenden der WD gut mit der Wissenschaft vernetzt und besuchen Fachveranstaltungen oder Konferenzen.¹⁰⁸⁹ Diese persönlichen Verbindungen, die sich auch aus Tätigkeiten außerhalb der WD ergeben, vereinfachen die gegebenenfalls nötigen Informationsabfragen bei inner- und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.¹⁰⁹⁰

Die zentrale Aufgabe der WD ist die Erbringung parlamentsorientierter Dienstleistungen. Hierzu bedienen sie sich einer „auf parlamentarische Belange und den spezifischen Auftraggeber zugeschnittenen“¹⁰⁹¹ Sprachen. Die Anwendbarkeit der Expertise steigt auch dadurch, dass die Output-Formate vorgegeben und Verfahrenswege festgelegt sind.¹⁰⁹² Aufträge werden schriftlich erfüllt, aber auch fernmündlich erläutert oder im bilateralen Austausch dargelegt.¹⁰⁹³ Durch die große Nähe und die Dienstleistungsorientierung ist eine quasi maßgeschneiderte Beratungsleistung abrufbar.

Mit Blick auf ihren fachinternen und öffentlichen Status verfügen die einzelnen Mitarbeitenden der WD über kein herausragendes Renommee. Dennoch erhalten die Publikationen Rückfluss in die Wissenschaft, wie die WD selbst berichten. Dies wird zum einen durch die Interaktionen mit der Forschung belegt und damit, dass die Gutachten auch in der Hochschullehre Anwendung finden.¹⁰⁹⁴ Es ist jedoch fraglich, ob die so erfasste Relevanz auf der fachlichen oder der institutionellen Ebene ausgelöst wird.

Mit einzelnen Veröffentlichungen sind die WD heutzutage auch für die Medien interessant, wenn ihre Gutachten aktuelle oder brisante Themen aufgreifen. Als Beispiele dienen die Ausarbeitungen zur Unterstützung der Bundesregierung für den Militärschlag der USA und ihrer Verbündeten gegen Syrien oder zu den Migrationsbewegungen der letzten Jahre. Diese Aufmerksamkeit ist jedoch nicht auf Medienkonformität der ja oft vertraulich und unpubliziert arbeitenden WD zurückzuführen.

¹⁰⁸⁸ Vgl. WD 2017c, S. 1.

¹⁰⁸⁹ Vgl. WD 2006, S. 3f.

¹⁰⁹⁰ Vgl. WD 2009, S. 3f.

¹⁰⁹¹ Vgl. WD 2004, S. 4.

¹⁰⁹² Vgl. WD 2017b, S. 1.

¹⁰⁹³ Vgl. WD 2017a, S. 1.

¹⁰⁹⁴ Vgl. WD 2006, S. 3f.

Die Expertise der WD greift auf breite Wissensbestände zurück. Die Mitarbeitenden scheuen auch nicht davor, das Internet für Recherchezwecke einzusetzen. Da sie keine eigene Forschung betreiben, sind sie auf die Wissensproduktion anderer angewiesen. Als Quellen dienen Fachpublikationen und Studien von intra- sowie extramuralen Forschungseinrichtungen, Think Tanks und Stiftungen, Interessenvertretungsorganisationen sowie die Veröffentlichungen anderer Wissenschaftlicher Dienste. Die Auswahl der Wissensquellen ist fallabhängig flexibel.¹⁰⁹⁵ In Sonderfällen ist auch eine Außenvergabe von Beratungsaufträgen möglich. Diese ist jedoch nur bei hoher Auslastung der internen Kapazitäten angedacht.¹⁰⁹⁶ Theoretisch können die WD somit auf die vollständig verfügbare Breite an Wissen zugreifen. Natürlich ist das Abhängigkeitsverhältnis auch nachteilig. Gerade bei eiligen Aufträgen könnte beispielsweise eine Verzögerung im Zulauf der Informationen problematisch sein. Die gute Vernetzung und der institutionelle Rang der WD dürfte jedoch allgemein prozessbeschleunigend wirken.

Die WD sind eine institutionalisierte Verwaltungseinheit und somit kein Gremium. Die Zugehörigkeit wird über reguläre und nicht öffentlich ablaufende Bewerbungsverfahren erlangt. Damit eröffnet das institutionelle Design keine Möglichkeit, die Legitimationsfähigkeit der WD über die Besetzung zu steigern. Naheliegend ist die Vermutung, dass bei der Auswahl die fachliche Eignung der Bewerbenden und die Passfähigkeit in die Struktur des jeweiligen Fachbereichs ausschlaggebend sind. Pluralität und ein Perspektivenpluralismus müssen für jeden Einzelfall über die Auswahl der Informationsquellen hergestellt werden. Durch die Kooperationsmöglichkeit zwischen den einzelnen Fachbereichen können hierfür auch interdisziplinäre Ansätze verfolgt werden.

Die Mandatierung der WD als informationsaufbereitende Dienstleister, die sachlich neutrale Informationen für das Parlament verfassen, ist eindeutig formuliert und durch die Verortung in der Bundestagsverwaltung verankert. Die Beratungsinitiation erfolgt, bis auf oben dargestellte Ausnahmen, durch die Beratungsempfangenden. Die Verfahrenswege sind hierfür in einem Leitfadens kodifiziert. Die WD sind somit eine stark formalisierte und fest institutionalisierte Beratungseinheit mit einer bereits über 70-jährigen Geschichte und direkter Verortung im Parlament. Ihnen steht kein gesondertes Budget zur Verfügung und sie sind von der Infrastruktur des Bundestags abhängig.¹⁰⁹⁷ Der sehr hohe Grad der Institutionalisierung schwächt die Beratenden, die sich als Dienstleistende stark an die beauftragende Seite anpassen müssen. Durch die fehlende Distanz zur Anfrageseite ist die Unabhängigkeit der WD eindeutig eingeschränkt.

Über die Auswahl der Quellen und die Informationskondensation ergibt sich die Möglichkeit der bewussten oder unbewussten Politisierung. Das institutionelle Design der WD sieht

¹⁰⁹⁵ Vgl. WD 2017a, S. 1.

¹⁰⁹⁶ Vgl. WD 2016b, S. 10.

¹⁰⁹⁷ Vgl. WD 2016d S. 1.

Vgl. WD 2017a, S. 2.

hier nur zwei interne Kontrollinstanzen zur Qualitätssicherung vor. Zunächst sind die Fachbereichsleitungen dafür zuständig, nur Gutachten freizugeben, die politisch neutral und ausgewogen sind. Sie überprüfen auch die Markierung von Wertungen der jeweiligen Autoren. Seit 2005 existiert darüber hinaus eine Redaktion, die alle Begutachtungen redigieren, die im Intra- oder Internet veröffentlicht werden sollen.¹⁰⁹⁸ Abseits des TAB, das vereinzelt für technologiepolitische Fragen eingeschaltet wird, gibt es keine institutionalisierten Kontrollmechanismen.¹⁰⁹⁹ Die Qualitätssicherung beruft sich auf die Selbstverpflichtung zur Neutralität und die Prinzipien der wissenschaftlichen Recherche. Die WD agieren mit einem klaren Vertrauensvorschuss des Parlaments in ihre Verwaltung und zwangsweise auch von Seiten der Gesellschaft. Dieser wird, so die eigene Darstellung, auch nicht durch Diskussionen um externe Kontrollinstanzen in Zweifel gezogen.¹¹⁰⁰

6.2.3.) Schritt 2 – Deliberation

Die Zuordnung der WD zu einer der idealisierten Expertinnen- und Experten kategorien fällt schwer. Sie sind weder „Civic Scientist“ noch „Visible Scientist“, da sie keine eigene Forschung betreiben. Auch geht es ihnen nicht darum, wissenschaftliche Inhalte in die Öffentlichkeit zu tragen. Der erneute Rückgriff auf das formulierte Selbstbild, dass die WD neutrale Informationsvermittelnde sind, die versuchen, möglichst alle Perspektiven zu berücksichtigen, zeichnet sie als „Honest Broker“ aus. Auf der anderen Seite schränkt die starke Ausrichtung auf parlamentsgerechte Wissenskonsolidation diese Einstufung wiederum ein. Im Zuge der Informationsaufbereitung werden Inhalte redaktionell überarbeitet und, je nach Formulierung des Auftrags, gerafft oder nur teilweise abgebildet.

Deliberative Prozesse spielen nur eine untergeordnete Rolle in der Arbeit der WD. Das institutionelle Design sieht nur begrenzte Möglichkeiten für reziproke Interaktionen mit der Gesamtgesellschaft vor, was für die Bundestagsverwaltung aber nicht verwunderlich erscheint. Da die Mitarbeitenden über ein reguläres Anstellungs- oder Beamtenverhältnis verfügen, sind die delegierte und deskriptive Repräsentation schwach ausgeprägt. Der Proporz und die Zusammensetzung der WD hängt von den Entscheidungen der übergeordneten Verwaltungsleitungen ab.

In der alltäglichen Arbeit spielt neben der wissenschaftlichen aber auch die gesellschaftliche Perspektive eine Rolle, obwohl dies in den letzten Jahren scheinbar nur über die Webpräsenz so argumentativ vertreten wird. Zuletzt hatte man 2004 in einer Ausarbeitung darauf verwiesen, dass Anhörungen durchgeführt werden, um die Anschlussfähigkeit der Gesellschaft zu erhöhen. Durch die generell breite Wissensbasis, die neben der Wissenschaft

¹⁰⁹⁸ Vgl. WD 2006, S. 7f.

¹⁰⁹⁹ Vgl. WD 2016a, S. 1.

¹¹⁰⁰ Vgl. ebd.

auch auf Interessenvertretungsverbände setzt, und die Möglichkeit, Externe zu einzelnen Themen anzuhören sowie den Anspruch, stets ein möglichst umfassendes Bild zu liefern, können die WD zumindest eine inhaltliche Repräsentation gesellschaftlicher Perspektiven anbieten. Die benötigte und gewünschte Eingriffstiefe hängt wiederum stark von der Anfrage ab. Im Vordergrund steht dabei aber stets die Aufgabe, die wissenschaftliche Forschungslage abzubilden und für die politische Verwertbarkeit aufzubereiten.

Die Verantwortungsstrukturen in den WD sind einseitig ausgeprägt. Die Namen der Auftraggebenden werden stets vertraulich behandelt. Diese wiederum erhalten ein Schreiben, in dem der Name des Autors oder der Autorin der Ausarbeitung mitgeteilt wird.¹¹⁰¹ Neben den Mitarbeitenden trägt die Fachbereichsleitung die finale Verantwortung für jede Veröffentlichung. Für die Prozesse und Strukturen in den WD ist wiederum die Führungsebene der Bundestagsverwaltung verantwortlich, die in allgemeiner Rechtfertigungspflicht gegenüber der Politik und der Gesellschaft steht. Die einzelnen Mitarbeitenden sind gegenüber den MdB und den Leitungen der WD verantwortlich, Rückbindungsstrukturen in die Öffentlichkeit gibt es nicht.

Abseits von vereinzelt Anhängen spielen deliberative Praktiken bei den WD keine wesentliche Rolle. Partizipative Formate, die auf die Inkorporation der Gesamtgesellschaft abzielen, finden keine Anwendung im Beratungsprozess. Eine Ausnahme, die aber nur die Achse zwischen Politik und Wissenschaft bedient, ist die Vortragsreihe W-Forum, die vereinzelt auch Forum-W oder Wissenschaftsforum genannt wird. Die Veranstaltungen, die zwischen 100 und 200 Personen anziehen, die überwiegend aus der Wissenschaftslandschaft der Hauptstadt stammen, dienen dem Austausch und der Diskussion wechselnder Schwerpunktthemen.¹¹⁰² Auch zu aktuell relevanten wissenschaftspolitischen Themen fanden in der Vergangenheit W-Foren statt.¹¹⁰³ Die Vortragsreihe wird mindestens seit 2009 im Parlamentsfernsehen übertragen und ist im Nachgang online abrufbar.¹¹⁰⁴ Eine gebündelte und funktionale Übersicht zu alten und geplanten W-Foren wird nicht angeboten.

Die Popularisierung von Wissen gehört nicht zu den Bestandsaufgaben der WD. Sie setzen nicht auf den dialogischen Austausch mit der Gesellschaft, sondern stellen Auszüge ihrer Tätigkeit unidirektional zur Verfügung. Die Öffnung, die in den letzten Jahren erfolgt ist, kam nicht freiwillig. Die Bereitstellung von Ausarbeitungen im Internet erfolgt erst seit dem Bundesverwaltungsgerichtsurteil aus dem Jahr 2015. Zuvor muss aber eine vierwöchige Schutzfrist verstrichen sein, während der nur mit der Zustimmung der Auftraggebenden eine Weitergabe erfolgen kann. Eine externe Bereitstellung kann auf Anfrage anderer Parlamente, Regierungen und wissenschaftlicher oder anderer Institutionen erfolgen. Alle Ausarbeitungen

¹¹⁰¹ Vgl. WD 2016b, S. 4 und 9.

¹¹⁰² Vgl. WD 2006, S. 4.

¹¹⁰³ Vgl. https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/29257984_kw14_wforum/201504 (03.05.2018)

¹¹⁰⁴ Vgl. WD 2009, S. 9.

werden bereits während der Erstellung auf ihre Eignung zur Veröffentlichung geprüft. Anhand welcher konkreten Kriterien diese Überprüfung erfolgt, wird nicht kommuniziert. Gegebenenfalls wird eine Publikation vor der Freigabe durch die Redaktion überarbeitet und anschließend über die Hotline W veröffentlicht. Ausarbeitungen vor dem Jahr 2015 unterliegen einem besonderen Prüfungsvorbehalt, wie die WD im Leitfaden anregen.¹¹⁰⁵ Es ist daher davon auszugehen, dass die Rechtsprechung zu Anpassungen auf inhaltlicher Ebene geführt hat. Es werden jedoch nicht alle Ausarbeitungen veröffentlicht. Lediglich die, die als Resultat einer Anfrage auf Basis des Informationsfreiheitsgesetzes weitergegeben werden müssen, werden in die öffentliche Datenbank verlagert.¹¹⁰⁶

Da die Ausarbeitungen der WD originär für das Parlament formuliert werden, richtet sich ihre Sprache an die Politik. Somit leidet die Barrierefreiheit für Teile der Bevölkerung. Die proaktiven Formate orientieren sich an einem breiteren Publikum. Weitergehende Versuche, Dialogstrukturen oder ein Outreach-Programm zu etablieren, sind derzeit nicht ersichtlich. Die Nutzung der digitalen Medienkanäle ist auf die unidirektionale Verteilung von Wissen beschränkt. Über die Datenbank lassen sich ausgewählte Publikationen nach Themengebiet und Format sortieren. Eine inhaltliche Suchfunktion gibt es nicht. Alle Veröffentlichungen stehen der Allgemeinheit kostenlos zur Verfügung.

Thematisch sind die WD durch ihre Flexibilität dazu in der Lage, auf aktuelle Themen und Herausforderungen zu reagieren. Jedoch setzen sie dieses Potenzial nicht dazu ein, um strukturiert Arenen für die drängenden Fragestellungen der deutschen Wissenschaftspolitik zu bilden. Die veröffentlichten Gutachten zeigen aber, dass die WD dem Parlament auch genau in diesen Bereichen Hilfestellung leisten. Mit Stand Mai 2018 waren 89 Veröffentlichungen mit eindeutigem wissenschaftspolitischem Bezug in der Datenbank abgelegt. Mit über 20 Beiträgen sind die Lebenswissenschaften der am häufigsten adressierte Forschungsbereich. Den überwiegenden Anteil der Publikationen befassen sich jedoch mit Fragen der Governance, Finanzierung oder Förderung von Wissenschaft. Durch die Schnittstelle des Bundestags mit dem TAB haben die WD auch schnellen Zugriff in Fragen der Technikfolgenabschätzung, um in Risikodebatten zuarbeiten zu können. Der Ethikrat ist Ansprechpartner für ethische Fragestellungen. Expertise zu innovationspolitischen Themen und zur Internationalisierung der Wissenschaft findet sich ebenfalls in den öffentlich zugänglichen Ausarbeitungen.

6.2.4.) Schritt 2 – Interessenvertretung

Die Qualitätssicherungsmaßnahmen der WD beschränken sich auf interne Kapazitäten, um die Integrität ihrer Gutachten zu gewährleisten. Wie bereits dargelegt, bildet das Selbstverständnis als neutrale Informationsvermittelnde das Fundament dieser Kontrollen. Der Schutz

¹¹⁰⁵ Vgl. WD 2016b, S. 6 und 11f.

¹¹⁰⁶ Vgl. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2016/kw07-ausarbeitungen-wd/408740> (03.05.2018)

der Redlichkeit erfolgt durch zwei Instanzen. Die Fachbereichsleitungen zeichnen sich für die Neutralität der Ausarbeitungen verantwortlich. Zusätzlich tritt bei öffentlichen Publikationen die Redaktionsgruppe zusammen, um einzelne Arbeiten zu redigieren. Darüber hinaus existieren keine internen oder externen Kontrollmechanismen. Dies erscheint bedenkenswert, da die WD in Ihrer Arbeit selbst auf die Zuarbeit von außen abhängig ist und somit auf zwei Ebenen für Verzerrungen und Politisierung anfällig ist.

Verfahrenssicherheit ist durch den Leitfaden gewährleistet, der Prozesswege und Publikationsvorgaben macht. Sanktionen bei Verstößen sind jedoch nicht verankert. Auch Peer Review oder andere Qualitätssicherungsmaßnahmen werden nicht ergänzend aufgeführt. Ist eine Ausarbeitung zur Veröffentlichung vorgesehen, kann durch die Redaktionsgruppe eingegriffen werden. Ansonsten obliegt die Verantwortung für die Güte der Ausarbeitungen bei den Autoren und der Fachbereichsleitung.

Die WD sind eine interne Beratungsinstanz und durch die Verortung in der Bundestagsverwaltung institutionalisiert. Ihre Arbeit und die Schnittstellen zu anderen Teilen der Verwaltung, dem Parlament und der Öffentlichkeit sind, abseits der persönlichen Kontakte der Mitarbeitenden, im hohen Maße formalisiert. Da die WD ein Teil der Bundestagsverwaltung und auch infrastrukturell dort angesiedelt sind, fehlt Distanz. Der Arbeitsauftrag, als Dienstleistende dem Parlament zuzuarbeiten und flexibel zu reagieren, schränkt die Aktionsfreiheit der Mitarbeitenden zusätzlich ein, die über ein Anstellungs- oder Beamtenverhältnis verfügen und somit in Abhängigkeit stehen. Obwohl der Großteil der Arbeit aus dieser reaktiven Position erfolgt, haben die WD in den letzten Jahren damit begonnen, proaktive Akzente zu setzen. Es ist jedoch fraglich, inwieweit eine Neupositionierung und Öffnung erwünscht und umsetzbar ist.

Die Prozesstransparenz der WD fällt wenig überraschend gering aus. Auch wenn durch den Leitfaden die allgemeinen operativen Strukturen definiert sind, ergeben sich für jeden Einzelfall eigene Vorgaben, die aus der individuellen Beauftragung erfolgen. Durch die stark ausgeprägte Diskretion ist darüber hinaus nicht ersichtlich, zu welchen wissenschaftspolitischen Themen die WD aktuell aktiv sind. Einblick in die Arbeit der Beratenden erhält die Öffentlichkeit nur durch gezielte Anfragen. Vollständig im Dunkeln bleibt dabei die Formulierung und Herkunft der Beauftragung.

Ebenfalls nicht aufgedeckt sind potenzielle Interessenvertretungskonflikte. Dies ist zum einen auf die mangelhafte Prozess- und Strukturtransparenz zurückzuführen. Es ist nicht einmal veröffentlicht, wie viele Personen aktuell bei den WD angestellt sind. Eine Übersicht der Mitarbeitenden oder deren Zuordnungen zu den jeweiligen Fachbereichen wurden bislang nie veröffentlicht. Auch wird bei den Publikationen des Fachbereichs 8 nicht abgedruckt, wer die Ausarbeitung verfasst hat. Anders sieht das nur bei proaktiven Formaten aus. Da hier explizit

die Öffentlichkeit adressiert wird, können Autorinnen und Autoren offengelegt werden.¹¹⁰⁷ In manchen Fällen werden diese jedoch auch in diesen Formaten verdeckt.¹¹⁰⁸ Für alle Publikationen der WD wurde im Leitfaden festgehalten, dass klar zwischen Wiedergabe von Informationen und Werturteilen der Verfassenden zu unterscheiden ist und diese entsprechend zu markieren sind.

Aufgrund der Intransparenzen und der Vertraulichkeitsverpflichtungen fällt es schwer, den konkreten Grad der Politisierung einzuschätzen. Sowohl die eingeforderte Flexibilität und Anpassung an die Anfrageseite als auch die Steuerbarkeit durch Quellenselektion und die übersichtlichen Qualitätssicherungsmaßnahmen lassen die Schlussfolgerung zu, dass die WD potenziell stark politisierbar sind. Auf der anderen Seite führt gerade der hohe Diskretionsgrad, zusammen mit der geringen öffentlichen Präsenz der WD, dazu, dass diese Effekte zumindest in der Außenwirkung abgeschwächt werden. Die parlamentsinternen Reaktionen wären nur spekulativ einzuschätzen.

Die Publikationsrechte der WD sind eingeschränkt. Abseits von Anfragen über das Informationsfreiheitsgesetz und den Formaten, die proaktiv bespielt werden, bedeutet die Vertraulichkeitsverpflichtung, dass eine Publikation nur nach Freigabe der MdB erfolgt. Hinzu kommt die Sperrklausel von vier Wochen. Ungewünschte Erkenntnisse können somit unterdrückt werden. Es werden nur „ausgewählte“¹¹⁰⁹ Arbeiten der WD publiziert. Auch im Fall einer Veröffentlichung erfolgt diese nicht vollumfänglich. Beispielsweise Namen, Kennzahlen und natürlich geheimdienstliche Informationen können vorenthalten werden, ebenso Anhänge zu den Ausarbeitungen.¹¹¹⁰ Die Namen der Beratungsempfangenden und der konkrete Auftrag werden nicht offengelegt. Vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung präsentieren die WD die Veröffentlichung der Gutachten als deliberativen Akt, der sich proaktiv an die Öffentlichkeit richtet.¹¹¹¹ Die kostenlose und digitale Bereitstellung der Unterlagen entsprechen dabei natürlich wiederum diesem Gedanken.

6.2.5.) Schritt 3 – Beurteilung

Die WD sind institutionalisierte Wissensdienstleistende, die auf externe Expertise angewiesen sind. Die Mitarbeitenden verfügen zwar zumeist über einen eigenen wissenschaftlichen Hintergrund, sind aber nicht wegen einer ausgewiesenen Forschungskarriere dort beschäftigt. Sie

¹¹⁰⁷ Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Das Abfackeln (gas flaring) und Ablassen (gas venting) von Begleitgasen bei der Erdölförderung. Infobrief – WD 8 – 3010 – 047/12. Berlin, 2012. S. 1.

Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Lichtverschmutzung. Aktueller Begriff – Nr. 10/15. Berlin, 2015a. S. 2.

¹¹⁰⁸ Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Verschmutzung der Meere durch Mikroplastikpartikel. Infobrief – WD 8 – 3010 – 058/14. Berlin, 2015b. S. 1f.

¹¹⁰⁹ <https://www.bundestag.de/wissenschaftlichedienste> (11.05.2018)

¹¹¹⁰ Vgl. WD 2016b, S. 13.

¹¹¹¹ Vgl. <https://www.bundestag.de/wissenschaftlichedienste> (11.05.2018)

sind vor allem spezialisiert in der Aufarbeitung von Wissen und der Anpassung ihrer Arbeitsergebnisse an die Bedürfnisse des Parlaments. Sie folgen dabei dem Ansatz, eine maximale Breite mit möglich geringem Umfang abzubilden. Die Mitarbeitenden verfügen häufig über ein gut ausgeprägtes Netzwerk, sind aber meistens nicht in der aktiven Forschung tätig. Die WD sind nur vereinzelt medienpräsent und in diesen Fällen werden individuelle Mitarbeitende für gewöhnlich nicht beim Namen genannt. Stattdessen stehen die Institution und dessen Entscheidungen, für die sie ihre Leistungen erbringen, im Blickpunkt. Auch wenn immer mehr Arbeiten der WD öffentlich verfügbar sind, bleiben die MdB das Zielpublikum und die Ausarbeitungen nur im begrenzten Maße für die Gesellschaft wirksam. Diese Funktion könnte, dank der proaktiven Vorstöße der letzten Jahre, gegebenenfalls ausgebaut werden. An der Fähigkeit, publikumsorientiert zu schreiben, dürfte es nicht scheitern.

Die internen Strukturen der WD sind von außen derzeit nicht umfassend einsehbar. Die Schaffung der Perspektivenvielfalt liegt in der Verantwortung der Fachbereiche sowie der Autoren, die für die Auswahl der Quellen zuständig sind. Durch diese und die interne Kooperationsfähigkeit sind die WD auch dazu in der Lage, interdisziplinäre Projekte zu bearbeiten. Sie verfügen über ein klares Mandat, das entsprechend kommuniziert und dessen Verfahrenswege in einem Leitfaden festgelegt sind. Über diesen und die Hotline W ist für die MdB der einfache Zugang zu den WD gewährleistet.

Als Verwaltungseinheit des Parlaments sind die WD auch in den Räumlichkeiten des Bundestags untergebracht und von dessen Budget abhängig. Sie sind damit stark institutionalisiert und auf die Empfängerinnen und Empfänger ihrer Beratung angewiesen. Die fehlende Distanz schwächt die Leistungsfähigkeit der WD. Es liegt jedoch auf der Hand, dass die Wahrung von Distanz nicht zu den Zielsetzungen der internen Parlamentsberatung zählt.

Die originäre Aufgabe der WD ist die Politikerberatung, die Deliberation nur ein Nebenprodukt. Dennoch wird dieser Leistungsbereich in den letzten Jahren zum Teil bewusst und zum Teil unfreiwillig ausgebaut. Partizipative Formate werden noch nicht gezielt eingesetzt. Das Forum-W, das zwar öffentlich übertragen wird, schafft lediglich eine Plattform für den Austausch zwischen Politik und Wissenschaft. Die WD bleiben dennoch eine interne Verwaltungseinheit mit Beratungsaufgaben, die entsprechend ihrer Selbstdarstellung auch gesellschaftliche Stellgrößen berücksichtigen muss, um das vermittelte Wissen zu kontextualisieren. Die Umsetzung ist aber für jeden Einzelfall unterschiedlich, ein strukturierter Ansatz existiert nicht.

Die Verantwortungsstrukturen in den WD sind einseitig veranlagt. Die Beauftragung wird vertraulich behandelt, die Identität der Gutachtenden zumeist auch, außer wenn es sich um ein proaktives Format handelt. Die individuellen Autorinnen und Autoren, die Fachbereichsleitungen und die Leitung des Bundestags sind die Verantwortungsinstanzen. Eine öffentlichkeitsbezogene Rückkopplung diesbezüglich gibt es nicht.

Es gibt auch kein Outreach-Programm der WD. Wissenspopularisierung betreiben sie nur im geringen Umfang, dafür jedoch seit längerer Zeit bereits proaktiv durch spezielle Publikationsformate, um diskursrelevante Begriffe bekannt zu machen. Vereinzelt Ausarbeitungen werden jedoch erst seit der entsprechenden gerichtlichen Anweisung publiziert.

Die WD verlassen sich auf ihre internen Strukturen zur Qualitätssicherung. Diese müssen auch bei der Sichtung und Kondensierung der gelieferten Expertise greifen. Der Leitfaden legt Strukturen und Vorgaben fest, regelt jedoch nur die generelle Prozesstransparenz, die für jeweils individuelle Vorgänge nicht gewährleistet werden kann. Als Dienstleistende des Parlaments arbeiten die WD vertraulich, Intransparenzen können schlichtweg nicht beseitigt werden. Unter dem Strich bleibt stehen, dass die WD potenziell stark politisierbar sind.

Vertraulichkeit ist also eine der Schlüsselkompetenzen der WD. Dies wird auch durch die vierwöchige Sperrfrist der Ausarbeitungen gestützt. Die WD selbst besitzen kein direktes Publikationsrecht für ihre Ausarbeitungen. Online verfügbare Gutachten werden nicht vollumfänglich veröffentlicht. Einzelne Informationen, wie beispielsweise Kennzahlen, Namen oder Autorinnen und Autoren werden geschwärzt, Anlagen nicht beigelegt.

Die WD sind die wohl wichtigste interne Politikberatungsinstanz in der Bundesrepublik, welche die Informationslücke zwischen Exekutive und Legislative schließen soll. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Konsensorientierung gering ausfällt und die Verbreiterung der Wissensbasis im Fokus steht. Es ist dabei das selbsterklärte Ziel, möglichst alle relevanten Perspektiven einzubeziehen. Dies erfolgt jedoch nicht strukturiert durch das institutionelle Design, sondern geschieht durch die individuelle Auswahl und Zusammenfassung der Quellen für jeden einzelnen Beratungsfall. Das Gelingen dieses Vorgangs ist entscheidend für den Perspektivenpluralismus, da die Besetzung der WD anhand anderer Kriterien erfolgt.

Untypisch für deutsche Politikberatung sind die Laufzeiten der einzelnen Beratungsvorgänge. Die Leistungen der WD sind an die Taktung der Politik angepasst, für jeden Auftrag verändert sich der ausgehandelte Beratungszeitraum. Dieser kann von Stunden bis hin zu Wochen und Monaten wechseln. Die Hälfte der Anfragen können außerdem ad hoc am Telefon gelöst werden. Die WD sind also stark reaktionsfähig, was auch dadurch begünstigt wird, dass sich die Mitarbeitenden auf ein gut ausgebautes Netzwerk berufen können. Der hohe institutionelle Rang der WD als Beratungseinrichtung des Bundestags trägt sicherlich hierzu bei.

Der Gedanke hinter den WD, den informationellen Vorsprung der Exekutive abzuschmelzen, ist auch heute noch aktuell. Obwohl die internen Kapazitäten seit Jahren ausgebaut werden, ist hierzulande die Versorgung der Parlamentsmitglieder mit Fachwissen häufig noch ausbaufähig. Für die 1960er war die Einrichtung der WD ein ungewöhnlicher Vorstoß. Auch heute noch für Deutschland untypisch ist die starke Nutzung externer Expertise. Im Fall

der WD ist das natürlich selbsterklärend, da ihre Funktionsfähigkeit davon abhängt. Die kostenlose Veröffentlichung der Ausarbeitungen im Internet atmet auf den ersten Blick auch einen modernen Geist. Von einer öffentlich finanzierten Verwaltungsinstitution wäre aber, insbesondere mit Blick auf das Informationsfreiheitsgesetz, ein anderer Weg auch nur schwer durchsetzbar. Die Nutzung der digitalen Medien erfolgt jedoch leider nicht für dialogische Prozesse.

Für die WD ist es generell möglich, die Gesellschaft abzubilden und ihre Interessenlagen bei relevanten Problemen zu adressieren. Die Realität hängt jedoch vom Anwendungsfall ab, der wiederum stark vom Beratungsauftrag vorgeformt wird. Dennoch gehört die für Deutschland wichtige lebensweltliche Kontextualisierung zu den expliziten Aufgaben der WD. Bei der deliberativen Funktion ist dies wiederum nicht der Fall, was aus ihrer Mandatierung und der institutionellen Verankerung auch klar hervorgeht. Dafür folgen die WD dem Leitbild der neutralen Wissensvermittlung von Fachkenntnissen. Das umfasst auch die aktuellen Themen der deutschen Wissenschaftspolitik. Interessant ist, dass die WD über einen guten Zugang zum TAB verfügen und in Risikofragen auf dessen Kompetenz verweist. Dasselbe gilt im Bereich der Ethikberatung, wo der Ethikrat als Instanz benannt wird. Die WD besitzen bei diesen Fragen nicht die Kompetenzen, um sie selbst zu adressieren, aber das Netzwerk und die Recherchekompetenzen, um sich diese extern zu organisieren. Zu öffentlichkeitsrelevanten Themen erfolgt dennoch keine Arenenbildung für einen gesamtgesellschaftlichen Austausch. Die WD können jedoch Themen proaktiv lancieren oder entsprechende Hinweise setzen. Es ist aber, aufgrund der undurchsichtigen internen Strukturen und Abstimmungsprozesse, nicht ersichtlich, auf wessen Initiative hin beispielsweise das Format „Aktueller Begriff“ mit welcher Stoßrichtung bespielt wird.

Es zeigt sich, dass bei den WD der Fokus auf der klassischen Funktion der rationalisierenden Wissensvermittlung in Form von Politikerberatung liegt. In den letzten Jahren kann jedoch von einem gewissen Umbruch gesprochen werden. Die WD agieren mit speziellen Formaten proaktiv und treten mit der Öffentlichkeit in Kontakt. Das erfolgt bislang unidirektional, Partizipation ist nicht vorgesehen. Aktuell wird ihnen das von der Öffentlichkeit auch nicht angekreidet. Die WD haben den Vorteil, dass sie bei der Herzammer der deutschen Politik angesiedelt sind und erhalten hierdurch Legitimierung. Ihr institutioneller Status schützt bislang vor Kritik. Die mangelhafte Transparenz wurde jedoch in hoher richterlicher Instanz durchbrochen. Eine weitere Öffnung ist durch die eigentliche Aufgabe der Politikerberatung und die konservative Positionierung der Bundestagsverwaltung fraglich. Weitere Schritte müssten also von oben gewollt und vorangetrieben werden.

Generell liegt bei den WD viel in den Händen der Parlamentsmitglieder, die großen Einfluss auf die Ausgestaltung der Beratungsprozesse haben. Sie können über Publikation oder Sperrung entscheiden und die Expertise durch ihre Fragestellung und die dazugehörigen Vorgaben formen. Der Zwang zur Publikumskonformität kann wiederum als Stärke der WD

ausgelegt werden. Die Annahmewahrscheinlichkeit und Anwendbarkeit ihrer Expertise liegen durch dieses System vergleichsweise hoch. Auf der anderen Seite ist diese Stärke auch eine klare Schwäche, da durch die Ausrichtung auf die Bedürfnisse des Parlaments die Expertise politisiert werden kann. Dieser Umstand wiegt noch schwerer, da es nur wenige Qualitätssicherungskontrollen für die Beratungsinstanz des Bundestags gibt.

Gemessen an ihrem Mandat erfüllen die WD ihre Aufgabe dennoch gut. Gemessen an einem Maßstab, der auf die Politikberatung in der deutschen Wissenschaftspolitik ausgerichtet ist, zeigen sich jedoch eindeutige Mängel.

6.3.) Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestags (EK)

6.3.1.) Schritt 1 – Verortung und Kategorisierung

Die Enquete-Kommissionen (EK) gehören zu den internen Beratungsinstanzen des Bundestags.¹¹¹² Ähnlich wie die WD sind sie eine Antwort auf die politische Entwicklung und ihre Komplexität in der Gegenwart. Nach 1949 gab es nur Untersuchungsausschüsse, die bei vermutetem Fehlverhalten eingerichtet wurden. Mit steigendem Einfluss externer Kräfte auf das Parlament, der Professionalisierung des Lobbyismus und im Angesicht umfassender Fragekomplexe wollte man ein ausgleichendes Element einführen. Hierfür wurden zunächst allgemeine Ausschüsse eingerichtet, die mit externer Expertise arbeiteten. Anschließend ging man dazu über, korporative Kommissionen mit Sachverständigen und MdB zu besetzen. Ab den 1960ern wollte man so letztlich auch dem Informationsvorteil der Regierung entgegenwirken, womit die EK auch als weiteres Vehikel für den Ausgleich zwischen Exekutive und Legislative zu verstehen sind. Man wollte mit ihnen das Parlament gerade auch aus Sicht der Öffentlichkeit stärken und eine legitimierende Wirkung erzielen, um zu zeigen, dass der Bundestag rational und sachbezogen kompetent agiert. Durch den korporativen Charakter sollte zeitgleich die Anwendbarkeit und Anschlussfähigkeit der Expertise gewährleistet werden. Am 18. Juni 1969 wurden die EK im Zuge der Kleinen Parlamentsreform schließlich in die Geschäftsordnung des Bundestags aufgenommen.¹¹¹³

Seit 1969 bis zum Ende der 14. Wahlperiode wurden 31 EK eingerichtet.¹¹¹⁴ Bis zum Ende der 18. Wahlperiode kamen noch fünf weitere Kommissionen hinzu.¹¹¹⁵ Von diesen sind

¹¹¹² Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Beratungsgremien bei der Bundesregierung und im Bundestag. Infobrief – WD 3 – 3000 – 372/10. Berlin, 2010. S. 45.

¹¹¹³ Vgl. Deutscher Bundestag (BT) (Hrsg.): Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestags. Schnittstellen zwischen Politik und Wissenschaft. 2. Auflage. Bonn, 2004. S. 7f.

¹¹¹⁴ Vgl. Feldkamp, Michael F.: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1994 bis 2003. Ergänzungsband. Baden-Baden, 2005. S. 857.

¹¹¹⁵ Vgl. Redaktion Datenhandbuch im Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages (RDP): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages. Onlineausgabe seit 1990. Kapitel 8.10 - Enquete-Kommissionen. Stand: 13.11.2020. Berlin, 2020a. S. 2ff. (https://www.bundestag.de/resource/blob/196186/5b8a499c083e8d5116776701408f56dc/Kapitel_08_10_Enquete-Kommissionen-data.pdf, 04.12.2020)

sechs Stück aus wissenschaftspolitischer Perspektive relevant und werden zur Analyse herangezogen: Zukünftige Kernenergie-Politik (1979 – 1983), Chancen und Risiken der Gentechnologie (1984 – 1987), Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung (1984 – 1986, fortgesetzt durch die EK Gestaltung der technischen Entwicklung: Technikfolgenabschätzung und -Bewertung 1987 – 1989), Recht und Ethik der modernen Medizin (2000 – 2002), Ethik und Recht der modernen Medizin (2003 – 2005) sowie Internet und digitale Gesellschaft (2010 – 2013). Die EK wurden auf Basis der Herkunft des Einsetzungsbeschlusses aus dem ehemaligen Ausschuss für Forschung und Technologie (Kernenergie, Gentechnologie, Technikfolgenabschätzung) und ihrer thematischen Ausrichtung ausgewählt (Moderne Medizin I und II sowie Internet). Die am 26. Juni 2018 eingesetzte EK Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche Potenziale kann aufgrund der frühen Phase während der Erstellung dieses Kapitels noch keine Berücksichtigung finden.¹¹¹⁶

Politikberatung konstituiert sich für jede Situation neu. Auf EK trifft das in besonderem Maße zu, da ihr Mandat, ihre Besetzung und Prozesse vom Einsetzungsbeschluss, dessen Ausgestaltung sowie der politischen Verlaufssteuerung abhängig ist.¹¹¹⁷ Als einziges Grundlegendokument kann die Geschäftsordnung des Bundestags herangezogen werden, über das sich allgemeine Aussagen treffen lassen. Ergänzend hierzu dienen einzelne Publikationen der WD sowie die Datenhandbücher des Bundestags. Weiterführende Aspekte müssen aus dem konkreten Arbeitsalltag der unterschiedlichen EK gewonnen werden, um ein im Durchschnitt verallgemeinerndes Urteil treffen zu können.

§ 56 der Geschäftsordnung des Bundestags (GO-BT) regelt die Arbeit der EK. Demnach können diese eingesetzt werden, wenn das Parlament für komplexe und wichtige Sachverhalte eine umfassende Entscheidungsgrundlage schaffen möchte.¹¹¹⁸ Für eine sogenannte Mehrheitenenquete müssen eine Fraktion oder mindestens 5% der Parlamentsmitglieder einen Antrag auf Einsetzung stellen, dem der Bundestag mit einfacher Mehrheit zustimmen muss. Wenn ein Viertel der MdB die Einsetzung direkt beantragt, muss eine sogenannte Minderheitenenquete eingesetzt werden.¹¹¹⁹ Der Einsetzungsantrag muss die Beauftragung der EK definieren.¹¹²⁰

¹¹¹⁶ Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. Einsetzung einer Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz - Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche, soziale und ökologische Potenziale“. Drs. 19/2978. Berlin, 2018a.

¹¹¹⁷ Vgl. Deutscher Bundestag (BT) (Hrsg.): Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestags. Schnittstellen zwischen Politik und Wissenschaft. 2. Auflage. Bonn, 2004. S. 11.

¹¹¹⁸ Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages und Geschäftsordnung des Vermittlungsausschusses (GO-BT). Stand: April 2020. Berlin, 2020. § 56 Abs. 1. (<https://www.btg-bestellservice.de/pdf/10080000.pdf>, 04.12.2020.)

¹¹¹⁹ Vgl. BT 2004, S. 11.

¹¹²⁰ Vgl. BT 2020, § 56 Abs. 1.

Um ihr Mandat zu erfüllen, betreiben die EK keine eigene Forschung, sondern führen nach Verständnis des Bundestags eine Untersuchung durch.¹¹²¹ Hierbei sollen sie die „Auswirkungen von technischen, ökonomischen, ökologischen oder gesellschaftlichen Entwicklungen sammeln und auswerten.“¹¹²² Als zentrales Arbeitsergebnis wird ein Abschlussbericht verfasst, der Empfehlungen zur zukünftigen Gesetzgebung des Bundestags entwickeln soll.¹¹²³ Dieser muss rechtzeitig vor dem Ende der Wahlperiode vorgelegt werden, damit die Ergebnisse noch debattiert werden können. Falls dies nicht gelingt, muss ein Zwischenbericht vorgelegt werden, auf dessen Basis der Bundestag entscheidet, ob die EK fortgesetzt werden soll.¹¹²⁴ Die EK sind also keine dauerhaften Beratungsgremien, sondern zeichnen sich durch das „Prinzip der Diskontinuität“ aus.¹¹²⁵

Auch wenn es nicht eindeutig aus der GO-BT hervorgeht, setzen sich die Kommissionen aus externen Sachverständigen (SV) und MdB zusammen, was sie von Untersuchungsausschüssen unterscheidet.¹¹²⁶ Die Gesamtzahl der Mitglieder ist Verhandlungssache der Fraktionen und wird im Einsetzungsbeschluss festgelegt. Es bleibt den Fraktionen überlassen, die Verteilung ihrer Mitglieder zu bestimmen, es muss jedoch zumindest ein MdB entsendet werden. Für gewöhnlich spiegelt die Besetzung einer EK durch die Parlamentsmitglieder das Kräfteverhältnis im Bundestag wider. Für die parlamentarischen Mitglieder werden auch stellvertretende Mitglieder benannt. Die SV, für gewöhnlich Personen aus der Wissenschaft oder der Praxis, werden von den Fraktionen benannt und durch den Bundestagspräsidenten oder die Bundestagspräsidentin berufen, der oder die sie auf Antrag auch wieder abberufen kann. Gemäß GO-BT sollte eine Gesamtzahl von neun nicht überschritten werden, was aber in der Vergangenheit gelebte Realität war. Für gewöhnlich stellen die Fraktionen Einvernehmen über die Zahl und die Benennung der SV her. Alternativ greift sonst auch hier die Verteilung auf Basis der Fraktionsstärke.¹¹²⁷

Auch wenn die GO-BT keine Unterschiede zwischen den Kommissionmitgliedern vorsieht, unterscheiden sich die Befugnisse der MdB und der SV in einzelnen Stellen. Zum einen dürfen nur MdB Sitzungen der Kommission leiten, auch wenn die SV Expertinnen oder Experten für das entsprechende Feld sind. Dies ist mit dem stellvertretenden Hausrecht des Bundestagspräsidenten oder der Bundestagspräsidentin begründet. Darüber hinaus ist es vorgesehen, dass nur parlamentarische Mitglieder auf Delegationsreisen gehen. Außerdem werden

¹¹²¹ Vgl. Schindler, Peter: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestags: 1949 bis 1999. Gesamtausgabe in drei Bänden. Baden-Baden, 1999. S. 2270ff.

Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Sachstand - Fragen zu parlamentarischen Untersuchungsausschüssen und Enquete-Kommissionen - WD 3 – 3000 – 212/16 – 201. Berlin, 2016c. S. 3.

¹¹²² WD 2010, S. 45.

¹¹²³ Vgl. ebd.

¹¹²⁴ Vgl. BT 2020, § 56 Abs. 4.

¹¹²⁵ Vgl. WD 2016c, S. 3.

¹¹²⁶ Vgl. ebd.

¹¹²⁷ Vgl. BT 2004, S. 11ff

Vgl. BT 2020, § 56 Abs. 2 und Abs. 3.

für SV keine Stellvertretungen benannt. Aus Sicht des Bundestags und seiner Verwaltung gleichen sich die sonstigen Rechte und Pflichten.¹¹²⁸

Eine EK wird für gewöhnlich mit dediziertem Personal und einem Sekretariat ausgestattet, um die Arbeit der Kommission zu koordinieren und zu unterstützen. Neben einer Büroleitung werden der Kommission Sachbearbeitungen, Assistenzen und mindestens ein Referent zur Verfügung gestellt. Je nach Thema kann auch mehr Personal aus der Bundestagsverwaltung abbestellt werden.¹¹²⁹

EK können externen Sachverstand anfragen, wenn die eigenen Kapazitäten in bestimmten Fragen nicht ausreichen, Spezialwissen gefragt ist, zusätzliche Perspektiven berücksichtigt werden sollen oder Forschungsbedarf identifiziert wird.¹¹³⁰ Die Externen müssen nicht zwangsläufig aus der Wissenschaft stammen. EK können generell auch Alltagsexpertinnen und -experten anfragen, konkrete Vorgaben diesbezüglich wurden bislang aber nicht verfasst. Das Kooperations- und Partizipationsgefüge hängt somit auch von der Ausgestaltung und Besetzung der EK ab. Mit der EK Internet versuchte man hierbei zuletzt, neue Formate zu erproben und frische Impulse für die Politikberatung zu setzen.¹¹³¹

Temporale Klassifikation

Eine EK kann als reaktives Gremium mit proaktivem Auftrag beschrieben werden. Im Parlament wird eine Entwicklung beobachtet, durch die der Bedarf entsteht, den Status Quo abzubauen. Die EK analysiert den Untersuchungsgegenstand und generiert Expertise, die mit Blick auf zukünftige Gesetzgebungsprozesse oder Entscheidungen Handlungsempfehlungen und Hinweise umfasst. Eine proaktive Initiation ist durch den nötigen Einsetzungsbeschluss zunächst nicht möglich, kann durch den Ausgestaltungsspielraum aber später im Beratungsverlauf erfolgen. EK analysieren hierbei zum einen ex post, sind in ihrer Aufgabe aber primär auf die ex ante Vorbereitung der parlamentarischen Entscheidungsfindung ausgerichtet.¹¹³² Auf das Prinzip der Diskontinuität wurde bereits hingewiesen, EK werden demnach ad hoc eingesetzt. Der institutionelle Rahmen, ein solches Gremium einzusetzen, ist hingegen dauerhaft.

Direktionale Klassifikation

Der Einsetzungsbeschluss einer EK stellt klar, zu welchem Zweck sie eingesetzt wird und welche Aufgaben zu erfüllen sind. Als Arbeitsergebnisse sind durch die GO-BT Zwischen- und Abschlussbericht vorgesehen. Über die Ausgestaltung des Beratungsprozesses, öffentlich-

¹¹²⁸ Vgl. BT 2004, S. 13f.

¹¹²⁹ Vgl. WD 2016c, S. 3.

¹¹³⁰ Vgl. ebd., S. 4.

¹¹³¹ Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Sachstand – Die Öffnung der Parlamente im Sinne der Förderung der Bürgerbeteiligung – Neue Entwicklungen im Deutschen Bundestag – WD 3 – 3000 – 127/17. Berlin, 2017d. S. 4.

¹¹³² Vgl. Schindler 1999, S. 2249.

keitswirksame Elemente, wie beispielsweise Anhörungen, die im Parlamentsfernsehen übertragen werden, oder eine medienwirksame Präsentation der EK, kann eine indirekte Wirkung erzielt werden. Das Primärziel ist jedoch die direkte Unterstützung der parlamentarischen Entscheidungsfindung gemäß § 56 Abs. 1 GO-BT. Durch die gemeinschaftliche Besetzung mit MdB und SV, die auch aus der Praxis oder der Wissenschaft stammen, können EK als korporatistisch eingestuft werden. Als Kommission des Bundestags sind sie außerdem zu den internen Beratungsinstanzen zu zählen. Auch wenn es vereinzelte öffentliche Sitzungen oder Anhörungen gibt, erfolgt daher der Großteil der Arbeit einer EK im nicht öffentlichen Bereich. Mit der EK Internet hat man versucht, dieses Muster zu durchbrechen.

Funktionale Klassifikation

Eine EK verfügt nur über einen beschränkten Grad an Vertraulichkeit. Bereits ihre Einsetzung wird öffentlich diskutiert, ebenso mögliche Zwischen- und Arbeitsberichte, die Aufschluss über Formate, Strukturen und Prozesse geben. Generell gilt dennoch für alle Mitglieder der Kommission einer Verschwiegenheitspflicht und die Geheimschutzordnung des Bundestags muss beachtet werden.¹¹³³ Auch die informellen Gespräche und Abstimmungen im Parlament bleiben vertraulich. Mit der Publikation von Erfahrungsberichten hat die EK Internet hier ebenfalls mit der Norm gebrochen und die persönlichen Einschätzungen einzelner SV in den Abschlussbericht einfließen lassen. Diese geben einen tiefen Einblick in die Interna des Gremiums und die Gravitationskräfte des Parlaments.¹¹³⁴ Somit sind EK im Bereich der Politikberatung anzusiedeln, wobei eine gesellschaftsberatende Funktion nur ein Nebeneffekt ist. Das klare Zielpublikum sitzt im Bundestag. Die EK Gentechnologie fasste sein Publikum hingegen noch weiter und formulierte seine Empfehlungen auch gegenüber der Bundes- und den Landesregierungen.¹¹³⁵

6.3.2.) Schritt 2 – Expertise

Das funktionale Hauptaugenmerk bei EK liegt auf der Vorbereitung politischer Entscheidungen durch die Aufbereitung komplexer Themenfelder für die parlamentarische Debatte. In wissenschaftspolitischen Fragen wurden bisher vor allem Fragestellungen untersucht, die mit Risiken und Wertenfragen verbunden waren. Auch wenn die Gesellschaft nicht das eigentliche Zielpublikum der EK sind, entfalten sich durch ihre Empfehlungen schlussendlich auch dort Effekte. Zum einen natürlich durch die Gesetzgebung und Entscheidungen des Bundestags, zum anderen durch die Einbeziehung Praxisangehöriger oder betroffener Personen und natürlich durch die Publikation der Berichte sowie die Übertragung einzelner Anhörungen und Debatten.

¹¹³³ Vgl. BT 2004, S. 14.

¹¹³⁴ Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“. Drs. 17/2550. Berlin, 2013. S. 19ff.

¹¹³⁵ Vgl. BT 1987, S. 138f.

Die Wirkungsmächtigkeit im gesamtgesellschaftlichen Diskurs entfaltet sich jedoch nur begrenzt. Das institutionelle Design stellt aber auch nicht auf dieses Ziel ab.

Durch den externen Sachverstand und die verbreiterte Wissensbasis rationalisieren die EK die politische Entscheidungsfindung. Eine Entpolitisierung findet jedoch nicht statt. Die Benennung der SV ist, neben der fachlichen Eignung, dadurch geprägt, dass Personen ausgewählt werden, die mit ihrer Position die Ausrichtung der Fraktion auf ein Thema unterstützen.¹¹³⁶ Positiv verargumentiert lässt sich diese Ausgangslage als förderlich für eine abwechslungsreiche Debattenkultur auslegen. Diese wird ebenfalls dadurch befördert, dass die fachlichen Hintergründe der SV divers sind und die Breite der Diskurse wiedergeben.¹¹³⁷ Auch die Auswahl des externen Sachverstands, beispielsweise für Anhörungen, bildet eine große Perspektivenvielfalt ab.¹¹³⁸

Die SV stammen zum überwiegenden Teil aus der Wissenschaft.¹¹³⁹ Ihre Ernennung erfolgt, neben den erwähnten politischen Faktoren, auf Basis ihrer wissenschaftlichen Kenntnisse und ihres Renommees. Die anderen berufenen Mitglieder qualifizieren sich über ihre praktischen Erfahrungen.¹¹⁴⁰ Die EK Internet nimmt auch hier eine Sonderposition ein und betont den Praxisbezug der SV. Zu den berufenen Mitgliedern gehörten „IT-Unternehmer, Programmierer, Journalisten, Künstler und Historiker, Juristen, Lehrer, Wissenschaftler, Blogger, Ingenieure, Gewerkschafter und Verbandsvertreter. Insgesamt waren 29 Berufe vertreten.“¹¹⁴¹ Medienpopularität ist, allgemein beobachtet, kein notwendiges Kriterium, um als SV ausgewählt zu werden.

Mit der gemeinschaftlichen Besetzung des Gremiums durch MdB und SV soll die Anwendbarkeit der Expertise gewährleistet werden. In seinem Abschlussbericht legt die EK Gentechnologie die Kontrolle dieser Funktion idealtypisch direkt in die Hände der Abgeordneten.¹¹⁴² Auch die Sprache und Form der Berichte sind parlamentsorientiert und einem sachlichen Duktus verfasst. Der Umfang der Expertise schwankt und ist von der Mandatierung sowie der Vollständigkeit der Beratungsprozesse abhängig. Der Abschlussbericht der EK Gentechnologie umfasste beispielsweise über 350 Seiten und konnte seine Arbeit abschließen. Die EK

¹¹³⁶ Vgl. BT 2004, S. 13.

¹¹³⁷ Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Bericht der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“. Über den Stand der Arbeit. Drs. 15/5980. Berlin, 2005. S. 9.

Vgl. BT 2013, S. 6.

¹¹³⁸ Vgl. BT 1987, S. 3f.

Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“. Drs. 14/9020. Berlin, 2002b. S. 257ff.

¹¹³⁹ Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Bericht der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“. Drs. 9/2438. Bonn, 1983. S. 5

Vgl. BT 1987, S. 2.

Vgl. BT 2005, S. 85f.

¹¹⁴⁰ Vgl. BT 2004, S. 13.

¹¹⁴¹ BT 2013, S. 6.

¹¹⁴² Vgl. BT 1987, S. 311.

Ethik und Recht konnte seine Arbeit aufgrund von Neuwahlen hingegen nicht abschließen, sodass die finale Publikation nur 115 Seiten und keine Empfehlungen umfasst.¹¹⁴³

Die Empfehlungen einer EK ergeben sich aus den Berichten, die in den Arbeitsgruppen erarbeitet und in der Kommission abgestimmt werden. Die Expertise wird also durch das Gremium erarbeitet und durch dieses auf Konsensbasis verabschiedet. Für abweichende Positionen ist es möglich, dass Sonder- und Minderheitenvoten oder Stellungnahmen mit den Berichten abgedruckt werden.¹¹⁴⁴ Diese können durchaus Sprengkraft besitzen. In der EK Moderne Medizin I kam es über das Themenfeld Allokation zum Zerwürfnis, der im Abschlussbericht festgehalten wurde. Aus Sicht der CDU/CSU hätte die Thematik nicht aufgenommen werden sollen, dem die SPD widersprach. Die FDP gab hingegen zu Protokoll, dass sie dem gesamten Bericht nicht zustimmen kann.¹¹⁴⁵ Eine EK spricht somit nicht immer mit einer Stimme.

Ihre Besetzung und die Möglichkeit, externe Expertise hinzuzuziehen, eröffnet einer EK die Möglichkeit, auf umfassende Wissensbestände zurückzugreifen oder diese anzufragen. Zur parlamentsgerechten Aufbereitung gehört dabei auch die überblickende Vermittlung des aktuellen Sachstands.¹¹⁴⁶ Fragestellungen, die auf Rand- und Spezialwissen abstellen, können durch diese Möglichkeiten ebenfalls bearbeitet werden.

Die wissenschaftspolitischen Themen, die bisher von EK untersucht wurden, zeichnen sich auch durch einen starken interdisziplinären Bezug aus.¹¹⁴⁷ Dieser ergibt sich aus der Komplexität überlappender Forschungsfelder und wissenschaftlicher Herausforderungen sowie dem Gesellschaftsbezug der Fragestellungen, die beispielsweise rechtliche, wirtschaftliche oder ethische Wissensbestände erfordern. Durch die SV, die aus der Praxis stammen und die Möglichkeit, über Stellungnahmen oder Anhörungen auch Erkenntnisse aus nichtwissenschaftlichen Bereichen zu inkorporieren, können EK auch mit praktischem Wissen aufwarten. Betroffene sowie andere Alltagsexpertinnen und -experten können ebenfalls einbezogen werden. In welchem Maße dies erfolgt, ist jedoch von der Prozessgestaltung abhängig. So konnte es vorkommen, dass im Rahmen der Enquete Moderne Medizin II über besonders verletzte Patientinnen und Patienten diskutiert wurde, aber keine Vertretung der Betroffenenperspektive

¹¹⁴³ Vgl. BT 2005, S. 9.

¹¹⁴⁴ Vgl. BT 1987, S. 314ff.

Vgl. BT 2002b, S. 209ff.

¹¹⁴⁵ Vgl. BT 2005, S. 112ff.

¹¹⁴⁶ Vgl. BT 1987, S. 3.

Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P – Einsetzung einer Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“. Drs. 14/3011. Berlin, 2000. S. 1.

¹¹⁴⁷ Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Forschung und Technologie (17. Ausschuß) zu dem Antrag der Fraktionen SPD und FDP – Drucksache 8/2353 – Einsetzung einer Enquete-Kommission „zukünftige Energiepolitik“ und zu dem Antrag der Fraktion CDU/CSU – Drucksache 8/2374 – Einsetzung einer Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“. Drs. 8/2628. Bonn, 1979. S. 1.

Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Bericht der Enquete-Kommission „Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung“ gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 14. März 1985 – Drucksache 10/2937, 10/3022 – Zur Institutionalisierung einer Beratungskapazität für Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung beim Deutschen Bundestag. Drucksache 10/5844. Bonn, 1986. S. 3.

Vgl. BT 2013, S. 6.

eingeladen wurde.¹¹⁴⁸ In der Vorgänger-Enquete hingegen wurde im Zuge der Diskussion der Transplantationsmedizin eine Patientin als auch so bezeichnete Alltagsexpertin zu einer nicht-öffentlichen Anhörung eingeladen.¹¹⁴⁹

Letztlich gehört auch die Bereitstellung von Metaexpertise zu den Aufgaben einer EK, um die Anwendbarkeitswahrscheinlichkeit ihrer Arbeitsergebnisse zu erhöhen. Die EK Gentechnologie verweist beispielsweise im Abschlussbericht auf Gesetze und Vorschriften, die von den vorgelegten Empfehlungen betroffen sind und demnach angepasst werden müssten.¹¹⁵⁰ Abseits der eigentlichen Mandatierung adressiert die Kommission auch die Frage der Technikfolgenabschätzung durch EK und bewertet die bisherigen wissenschaftlich-technischen EK, um Empfehlungen zu dieser Form der Politikberatung zu entwickeln.¹¹⁵¹ Die EK Technikfolgenabschätzung legte schließlich konkrete Empfehlungen vor, wie man eine solche Institution einrichten könnte.¹¹⁵² Der Anwendungsbezug kann bei einer EK sogar so weit gehen, dass Aufforderungen an den Bundestag gestellt werden. So findet man im Abschlussbericht der EK Moderne Medizin den Appell, Gentests ohne Zustimmung unter Strafe zu stellen oder ein Diskriminierungsverbot aufgrund genotypischer Merkmale zu erwirken.¹¹⁵³

Die Zusammensetzung einer EK erfolgt über die oben beschriebenen Prozesse, die sich aus der GO-BT ergeben. Die hierzu nötigen Abstimmungen im Hintergrund sind intransparent, erst das Endergebnis wird öffentlich gemacht. Darüber hinaus wurde in der Vergangenheit in den Berichten nicht dargelegt, welcher SV durch welche Fraktion berufen wurde, es erfolgte nur eine tabellarische Auflistung.¹¹⁵⁴ Ungefähr seit der Jahrtausendwende hat sich die Praxis etabliert, die Verbindung zwischen SV und Fraktion aufzuzeigen.¹¹⁵⁵ Da die Berufung der SV zwar überwiegend, aber nicht nur auf fachlicher Basis erfolgt, büßt die EK an fachlicher Robustheit ein, was mit der höheren Anschlussfähigkeit der Expertinnen und Experten jedoch aufgewogen werden kann. Über die Inkorporation von Interessenbeteiligten kann der wertvolle Perspektivenpluralismus hergestellt werden, der auch die wissenschaftliche mit der gesellschaftlichen Seite harmonisiert. Die Pluralität des Gremiums ist jedoch nicht durch das institutionelle Design gemäß GO-BT vorgegeben, sondern wird durch die gelebte Praxis mit Leben

¹¹⁴⁸ Vgl. BT 2005, S. 115.

¹¹⁴⁹ Vgl. BT 2002b, S. 260.

¹¹⁵⁰ Vgl. BT 1987, S. 402.

¹¹⁵¹ Vgl. BT 1987, S. 310ff.

¹¹⁵² Vgl. BT 1986, S. 5ff.

¹¹⁵³ Vgl. BT 2002b, S. 176.

¹¹⁵⁴ Vgl. BT 1983, S. 5

Vgl. BT 1987, S. 2.

Vgl. BT 1986, S. 3.

¹¹⁵⁵ Vgl. BT 2002b, S. 255.

gefüllt. Der Einsetzungsbeschluss definiert eine Rahmung, der durch spezifische Schwerpunkte ergänzt wird.¹¹⁵⁶ Die EK nimmt ihn als Grundlage, um anschließend sein „Aufgabenverständnis“¹¹⁵⁷ zu konkretisieren. Dass der Beschluss bereits die Arbeitsfähigkeit des Gremiums einschränken kann, hat sich bei der Internet-Enquete gezeigt. Sie bestand aus 17 MdB und 17 SV, die ein zu weites und mit Spiegelstrichen unglücklich formuliertes Mandat erhielten. Dies führte zu einer Vielzahl an Aufgabenfeldern, die schließlich nicht abgearbeitet werden konnten und dazu, dass viele Themen nicht im Plenum behandelt werden konnten. Als Resultat litt auch die Qualität der einzelnen Gewerke.¹¹⁵⁸

Wie bereits dargelegt wurde, wird eine EK als Reaktion auf Beratungsbedarf durch das Parlament eingesetzt, kann anschließend aber zukünftige Entwicklungen einschätzen sowie auf Handlungsbedarfe hinweisen. Das institutionelle Design sieht hierbei kein Initiativrecht vor. Der proaktive Anspruch, vorausschauend Probleme zu identifizieren und in den Empfehlungen zu adressieren findet sich nur in Publikationen der EK.¹¹⁵⁹ Eine entsprechende Anpassung der GO-BT erscheint jedoch unwahrscheinlich, da die Kontrolle über die Kommissionen, die ja als Instrument des Bundestags eingerichtet wurden, nicht in den Händen des Parlaments bleiben wird. Die Distanz von Beratenden und Beratenen ist folglich nicht vorhanden, zumal die Kommissionen auch korporatistisch besetzt werden. Auch wenn es, im Gegensatz zu den Untersuchungskommissionen, keine spezifische gesetzliche Regelung gibt, sind die EK durch die GO-BT institutionell verankert. Es greifen die formellen Bestimmungen des Bundestags. Auch in ihrer eigenen Wahrnehmung sind EK im Alltag durch die parlamentarischen Strukturen und Vorgaben geprägt.¹¹⁶⁰

Die Bereitstellung des Sekretariats und des zugehörigen Personals ist ebenfalls nicht in § 56 GO-BT festgehalten. Auch die Einsetzungsbeschlüsse geben diesbezüglich keinen Aufschluss. Die Kostenfrage wird in diesen ebenfalls ausgeklammert oder nicht diskutiert.¹¹⁶¹ Die Festlegung der Funktion des Sekretariats liegt auch in der Hand der Kommission. Aus den Berichten geht dabei hervor, dass diesen eine verantwortungsvolle Position zukommt. So ließ

¹¹⁵⁶ Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Forschung und Technologie zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und der Fraktion Die Grünen – Drucksache 10/2383 - Technikfolgenabschätzung und -bewertung und zu dem Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 10/2517 – Gestaltung der technischen Entwicklung; Technikfolgenabschätzung und -bewertung. Drs. 10/2937. Bonn, 1985. S. 3.

Vgl. BT 2000, S. 1.

¹¹⁵⁷ Vgl. BT 1986, S. 3.

¹¹⁵⁸ Vgl. BT 2013, S. 19f, 27 und 30.

¹¹⁵⁹ Vgl. BT 2005, S. 2.

Vgl. BT Berlin 2013. S. 4.

¹¹⁶⁰ Vgl. ebd., S. 9.

¹¹⁶¹ Vgl. BT 1979, S. 2.

Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Einsetzung einer Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“. Drs. 17/950. Berlin, 2010a.

die EK Kernenergie das Sekretariat eigenverantwortlich Berichte verfassen, die in den Materialband eingehen.¹¹⁶² Die EK Gentechnologie sprach wiederum von einem „wissenschaftlichem Sekretariat“¹¹⁶³, das durch seine gute Vernetzung für die Arbeit der Kommission wichtig gewesen ist.¹¹⁶⁴ Aus Sicht der EK Moderne Medizin II wiederum dient das Sekretariat der Unterstützung der „organisatorischen und administrativen Kommissionsgeschäfte sowie zur wissenschaftlichen Zuarbeit“¹¹⁶⁵.

Auch Fragen der Qualitätssicherung werden nicht explizit im institutionellen Design der EK beantwortet. Sie ergeben sich aus den Abstimmungsprozessen in den Projektgruppen und der gemeinsamen Redaktion der Berichte sowie den allgemeinen formellen Vorgaben des Bundestags. Sollte aus Sicht eines Kommissionsmitglieds eine verabschiedete Aussage unzutreffend sein, besteht die zusätzliche Möglichkeit, über Sondervoten eine Nachschärfung vorzunehmen. Die Kommissionsmitglieder sind ihrem Gewissen sowie ihren eigenen Ansprüchen unterworfen und müssen sich nach Abschluss der Beratungen ihren Fachkollegen stellen. Abseits der Regularien des Bundestags gibt es ansonsten keine Kontroll- und Schutzmechanismen, die das institutionelle Design vorsieht. Sollte Verbesserungs- oder Regulationsbedarf identifiziert werden, wird dieser für gewöhnlich hinter verschlossenen Türen durchgeführt. Die Internet-EK war hingegen ein öffentlicher Feldversuch für mehr Partizipation. Im Hintergrund, so die Wahrnehmung der SV, steuerte die Bundestagsverwaltung, zusammen mit konservativen MdB gegen diese Öffnung der Kommission.¹¹⁶⁶ Wie bereits erwähnt, sollten bei den EK die Gravitationskräfte des Parlaments nicht unterschätzt werden.

Außer zu Fragen der Internationalisierung der Wissenschaftspolitik und der Neuen Governance der Wissenschaft haben sich EK bereits in der Vergangenheit mit den aktuellen Herausforderungen auseinandersetzt. Dabei zeigt sich, dass diese Themen bereits seit Jahrzehnten auf der Agenda stehen. Im Rahmen der EK Kernenergie wurde beispielsweise die Debatte über das Strahlenrisiko der zivilen Nutzung der Atomenergie adressiert.¹¹⁶⁷ Die EK Chancen und Nutzen der Gentechnologie trägt die für Deutschland so wichtige Frage direkt im Namen und befasste sich auch mit dem Innovationspotenzial des lebenswissenschaftlichen Fortschritts.¹¹⁶⁸ Der EK Technikfolgenabschätzung ist es zu verdanken, dass die GO-BT um § 56a erweitert wurde, wodurch die TFA institutionalisiert wurde.¹¹⁶⁹ Mit den EK Moderne Medizin I und II wurde über Jahre hinweg die ethischen und rechtlichen Herausforderungen des

¹¹⁶² Vgl. BT 1983, S. 8.

¹¹⁶³ BT 1987, S. 2.

¹¹⁶⁴ Vgl. ebd., S. 312.

¹¹⁶⁵ BT 2005, S. 13.

¹¹⁶⁶ Vgl. BT 2013, S. 30f.

¹¹⁶⁷ Vgl. BT 1983, S. 5.

¹¹⁶⁸ Vgl. BT 1987, S. 41ff.

¹¹⁶⁹ Vgl. BT 1986, S. 5.

Fortschritts diskutiert und Empfehlungen erarbeitet, wie der unumgängliche Diskurs in der Öffentlichkeit weitergeführt werden sollte.¹¹⁷⁰ Die Internet-EK wiederum war dem universellen Querschnittsthema Digitalisierung gewidmet und stellte hier vor allem auf die gesellschaftlichen Herausforderungen ab.¹¹⁷¹ Die bisherigen EK, die sich mit wissenschaftspolitischen Themen befasst haben, zeigen, dass sich das Gremium aus Sicht der Politik dafür eignet, die aktuellen Schwerpunktthemen direkt zu adressieren.

6.3.3.) Schritt 2 – Deliberation

Die Frage nach dem Selbstverständnis der EK lässt sich nur schwer mit einem der idealisierten Konzepte wiedergeben. Zunächst erscheinen sie als „Honest Broker“, da sie als breit aufgestelltes Gremium für die Verbesserung der Entscheidungsgrundlage und Erweiterung des Wissenshorizonts eingesetzt werden. Aufgrund der vorhandenen Intransparenzen entstehen jedoch Leerstellen. Es ist nicht ersichtlich, was den politischen Scherkräften zum Opfer fällt. Die EK Internet wäre wiederum ein gutes Beispiel für das Konzept des „Civic Scientists“, auch wenn ein großer Teil des Sachverstands aus der beruflichen Praxis kam und die Kommission ein struktureller und prozeduraler Versuchsballon war. Auch die EK Moderne Medizin I und II wiederum trugen Themen in die Gesellschaft, was ebenfalls für einen „Civic Scientist“ sprechen würde. Schlussendlich bleibt eine EK aber ein internes Beratungsgremium des Bundestags.

Bezüglich deliberativer Prozesse und Strukturen gibt die GO-BT keine Vorgaben für das institutionelle Design der EK. Auch dieser Aspekt muss durch die Abstimmungsprozesse im Vorfeld der Einsetzung und der Interpretation des Mandats ausgefüllt werden. In den wissenschaftspolitischen EK hat sich die Praxis eingeschliffen, die SV aus der Wissenschaft und der Praxis zu besetzen. Personen aus der breiten Bevölkerung, beispielsweise als Alltagsexpertinnen und -experten oder als betroffene Personen, haben bislang keinen Platz in einer der untersuchten Kommissionen selbst gefunden. Sie und andere Interessenbeteiligte werden über Anhörungen einbezogen, um den Lebensweltbezug zu verbessern. Diese Möglichkeit besteht ebenfalls über die Vergabe von Gutachten, durch Informationsgespräche, das Einholen von Stellungnahmen und Delegationsreisen.¹¹⁷² Aufgrund der Tatsache, dass alle EK auf gesamtgesellschaftliche Problemstellungen hinweisen, zeigt sich ein deliberatives Grundverständnis. Auch in den Einsetzungsbeschlüssen der untersuchten EK finden sich entsprechende Verweise oder Arbeitsaufträge. Die EK Internet sowie Moderne Medizin I und II widmeten sich in besonderem Maße ihrem deliberativen Mandat.

¹¹⁷⁰ Vgl. BT 2002b, S. 205.

¹¹⁷¹ Vgl. BT 2010a, S. 1ff.

¹¹⁷² Vgl. BT 2002b, S. 8.

Dennoch sind EK nur eingeschränkt deskriptiv repräsentativ, da die SV auf fachlicher und politischer Basis durch die Fraktionen benannt werden. Dieser Umstand führt aber auch dazu, dass die gewünschte hohe Perspektivenkonvergenz zwischen Politik und Wissenschaft hergestellt werden kann. Die starke Prägung der EK durch die Kräfte des Parlaments schwächt jedoch die Verbindung der gesellschaftlichen, politischen und fachlichen Perspektiven. Der Modus der Politik schwächt, so die Erfahrung der SV der EK Internet, die Freiheit des besten Arguments, der Debatte und der Faktenlage ein. Diese Beobachtung fiel bei öffentlichkeitsgerichteten Formaten besonders schwer aus.¹¹⁷³

Deliberative Praktiken finden bereits seit der EK Kernenergie Anwendung, waren jedoch auf öffentliche Anhörungen beschränkt.¹¹⁷⁴ Gleiches trifft auf die EK Gentechnologie und Technikfolgenabschätzung zu.¹¹⁷⁵ Die öffentlichen Anhörungen sind nach wie vor ein wichtiges Format für die EK, an denen sich auch eine Entwicklung ablesen lässt. Mit steigendem Beratungsbedarf und der kritischer werdenden Öffentlichkeit wuchs der Zugriff auf das Format an. Zunächst verliefen zwei Wahlperioden, in denen EK allgemein keine öffentlichen Anhörungen durchführten. Nach initialen vier Sitzungen in der 8. Wahlperiode stieg die Zahl in den Jahren 1990 bis 1994 auf insgesamt 84 an. Anschließend nahm die Zahl in Richtung Jahrtausendwende wieder ab. Unter der letzten rot-grünen Regierung wurden noch 23 öffentliche Anhörungen durchgeführt. Mit Angela Merkel kehrte die Anzahl der Sitzungen bereits in der ersten Legislaturperiode zurück zu dem Aufkommen der 1970er. Die Menge der öffentlich behandelten Themen folgte dieser Entwicklung.¹¹⁷⁶

Mit der EK Moderne Medizin I erfolgte ein Paradigmenwechsel. Dem Auftrag folgend, den Diskurs mit der Gesellschaft zu stärken, bediente man sich nun auch dem neuen Format der Dialogveranstaltungen und setzte das Internet ein, um über Foren und das Streaming von Konferenzen sowie die Bereitstellung von Informationen die Öffentlichkeit besser einzubinden.¹¹⁷⁷ Mit der EK Moderne Medizin II wurde dieser Ansatz fortgesetzt.¹¹⁷⁸ Der EK Internet wurde mit dem Einsetzungsbeschluss der Auftrag mitgegeben, „die Öffentlichkeit in besonderem Maße in ihre Arbeit“¹¹⁷⁹ einzubinden. Außerdem sollte das Internet genutzt werden, um Vorschläge aus der Öffentlichkeit für die Arbeit der Kommission zu erhalten.¹¹⁸⁰ Dieser Bereich wurde ausdrücklich als „Experimentierfeld“¹¹⁸¹ bezeichnet, das von der Zeppelin Universität

¹¹⁷³ Vgl. BT 2013, S. 20 und 26.

¹¹⁷⁴ Vgl. BT 1983, S. 7.

¹¹⁷⁵ Vgl. BT 1987, S. 3ff.

Vgl. BT 1986 S. 3.

¹¹⁷⁶ Vgl. Schindler 1999, S. 2123.

¹¹⁷⁷ Vgl. BT 2002b, S. 8.

¹¹⁷⁸ Vgl. BT 2005, S. 107.

¹¹⁷⁹ BT 2010a, S. 4.

¹¹⁸⁰ Vgl. ebd.

¹¹⁸¹ BT 2013, S. 8.

mit Begleitforschung untersucht wurde.¹¹⁸² Die Ergebnisse, wie sie die SV in ihren Erfahrungsberichten wiedergeben, waren ernüchternd. Die neu eingeführten Formate, beispielsweise der Blog, wurden von den Kommissionmitgliedern nicht genug genutzt. Außerdem erzielten die öffentlichen Veranstaltungen nur eine geringe Medienwirksamkeit. Auch die Beteiligung der Bevölkerung blieb hinter den Erwartungen zurück. Die Seite enquetebeteiligung.de konnte im Laufe der Jahre 30.000 Besucher verzeichnen, die Beteiligung bei Abstimmungen blieb jedoch im unbedeutenden Bereich.¹¹⁸³ Generell hatte das Problem Bestand, dass auch über die neuen Formate nur ein kleiner Teil der Bevölkerung erreicht wurde. Die EK Internet konnte die digitale Spaltung ebenfalls nicht überwinden.¹¹⁸⁴ Zeitgleich gab es Widerstände aus dem Parlament. Auf Initiative der Regierungskoalition wurde die Öffentlichkeitsbeteiligung zunächst eingestellt und erst auf Bemühen der Kommission wieder eingeführt. Die Bundestagsverwaltung und konservative MdB steuerten gegen die Öffnung der Kommission und die Berücksichtigung der öffentlichen Vorschläge, da man die Unabhängigkeit des Mandats gefährdet sah. So könnte es auch als politisches Manöver verstanden werden, dass man der Öffentlichkeit zumeist finalisierte Texte zur Verfügung stellte und nicht früher zur Diskussion freigab.¹¹⁸⁵

Das Experiment scheint somit nicht geglückt. Es zeigt sich, dass die Vereinbarkeit von politischer Führung und Partizipation in einer EK nur in begrenztem Umfang erfolgen kann. Mit der EK KI kann außerdem eine erneute Regression im Bereich Partizipation verzeichnet werden. Der Einsetzungsbeschluss ist deutlich abgetönt: „Die Enquete-Kommission kann die Öffentlichkeit ihrer Beratungen herstellen, dies gilt insbesondere für Anhörungen und Fachgespräche.“¹¹⁸⁶ Die Grünen legten einen Änderungsantrag zur Einsetzung der EK vor, mit dem die Öffentlichkeit erneut im großen Umfang beteiligt und ein hohes Maß an Transparenz hergestellt werden sollte.¹¹⁸⁷ Das Parlament beschied negativ.¹¹⁸⁸

Die EK Internet versuchte sich mittels neuer Formate mit wenig Erfolg an einem konstanten dialogischen Austausch mit der Bevölkerung. Man wollte die Arbeit der Kommission transparent darstellen und inhaltliche Vorschläge in den Beratungsprozess aufnehmen. In der Realität stellte sich dies als schwierig heraus. Die Vorschläge konnten kaum berücksichtigt werden, da der Workload in der EK hoch war. Neben den eigenen Ideen der Kommissionsmitglieder erschien es nicht möglich, noch externe Anregungen aufzunehmen.¹¹⁸⁹ Generell war

¹¹⁸² Vgl. BT 2013, S. 11.

¹¹⁸³ Vgl. ebd., S. 9.

¹¹⁸⁴ Vgl. ebd., S. 40.

¹¹⁸⁵ Vgl. BT 2013, S. 29ff.

¹¹⁸⁶ BT 2018a, S. 5.

¹¹⁸⁷ Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der Beratung des Antrags der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. – Drucksache 19/2978 – Einsetzung einer Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche, soziale und ökologische Potenziale“. Drs. 19/3016. Berlin, 2018b.

¹¹⁸⁸ Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Plenarprotokoll 19/42 vom 28. Juni 2018. Berlin, 2018d. S. 4163.

¹¹⁸⁹ Vgl. BT 2013, S. 24 und 39.

die Arbeit in der EK, zumindest in der Wahrnehmung der SV, ungleich verteilt. Demnach gingen die parlamentarischen Mitglieder davon aus, dass die Textproduktion in den Händen der SV liegt. Wenn man, beispielsweise durch Anpassungen der Einsetzungsbeschlüsse oder im Rahmen der Abstimmungsprozesse im Vorfeld der Kommissionsarbeit, die Rollenverteilung verbessern könnte, würden durch die Entlastung der SV gegebenenfalls Potenziale gehoben werden, um öffentlichen Input zu verarbeiten. Welchen Einfluss die oben genannten Veranstaltungsformate, mit denen Themen in die Öffentlichkeit getragen und dort diskutiert werden, für die Arbeit der Kommission haben, ist unklar.

Zur Darstellung der Kommissionsarbeit und ihrer Ergebnisse werden keine speziellen Publikationen verfasst, die sich an die Öffentlichkeit richten. Die Berichte der EK werden im Format der Drucksachen des Bundestags veröffentlicht. Die Sprache ist sachlich-nüchtern und richtet sich in ihrem Duktus an die Politik, die eigentliche Beratungsempfängerin. Das Internet wird bereits seit der Jahrtausendwende für die Präsentation der Kommission genutzt. Anträge, Dokumente und Beschlüsse werden hinterlegt, Informationen zu den Kommissionsmitgliedern bereitgestellt und auf die Foren sowie online übertragenen Konferenzen verlinkt.¹¹⁹⁰ Das damals noch nüchterne Design der Bundestags-Website hat mittlerweile eine Aufwertung erfahren, was sich auch auf die Internetpräsenz der EK KI auswirkt. Die Darstellung entspricht, zusammen mit der multimedialen Einbettung, kontemporären Gestaltungsvorstellungen.¹¹⁹¹ Dennoch ist im Sommer 2018 noch nicht ersichtlich, wie die EK ihre Arbeit im Verlauf der Beratungen präsentieren wird. Ein Outreach-Programm, wie es ansatzweise mit der EK Internet getestet wurde, dürfte nicht auf der Agenda stehen. Als gesetzt erscheint die Fortführung der Nutzung des Parlaments-TV sein, beispielsweise für die Übertragung von Anhörungen oder Expertinnen- und Expertengesprächen. Auch bezüglich dieses Mediums gibt die EK Internet aufschlussreichen Einblick. In der Wahrnehmung einzelner SV führte die Live-Übertragung zu ungewünschten Nebeneffekten. Abseits der Kameras wären demnach „eine sehr viel ausgewogenere Diskussion, mehr Offenheit und mehr gegenseitiges Zuhören, weil gerade für die Politiker der Druck entfiel, selbst immer schon gleich eine Position zu haben.“¹¹⁹² Der Modus der Politik scheint sich an dieser Stelle mit der medialen Präsenz und der Wirkung der Deliberation zu beißen.

In puncto Zugänglichkeit demonstrieren die EK hier jedoch klare Stärken. Die EK Internet zeigt, dass grundlegende Dokumente bereits zur Einsetzung gebündelt und einfach erreichbar im Internet zur Verfügung gestellt werden können. Die Berichte der Kommissionen zeigen außerdem auf, wie das Gremium vorgegangen ist, welche Herausforderungen es gab

¹¹⁹⁰ Vgl. <http://webarchiv.bundestag.de/cgi/show.php?fileToLoad=113&id=1040> (14.08.2018)

¹¹⁹¹ <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw26-de-enquete-kommission-kuenstliche-intelligenz/560330> (14.08.2018)

¹¹⁹² BT 2013, S. 20.

und welche Anhörungen durchgeführt wurden. Es wird bis ins Detail aufgelistet, wie viele Sitzungen welche Arbeitsgruppe abgehalten hat und zu welchem Thema es welche Gäste gab. Hier kommen die Kommissionen, als Institutionen des Bundestags, die von der Parlamentsverwaltung unterstützt werden, ihrer Darstellungsverpflichtung im Sinne der allgemeinen Rechenschaftspflicht nach. Nicht abgebildet werden dabei natürlich die Prozesse und politischen Kräftespiele im Hintergrund der EK.

Alle Publikationen der Kommissionen sind heutzutage frei im Internet zugänglich. Auch die Dokumente und Publikationen der älteren EK sind digitalisiert worden. Die Berichte werden, ebenso wie andere multimediale Publikationen, kostenlos zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus werden ältere Internetauftritte vergangener EK im Webarchiv vorgehalten und die Mediathek des Bundestags genutzt.

Dass die EK von ihrem thematischen Zuschnitt und ihrer Besetzung dazu in der Lage sind, die aktuellen Themen und Herausforderungen der deutschen Wissenschaftspolitik zu adressieren, ist über alle Zweifel erhaben. Durch die Teilnahme an der Kommissionstätigkeit selbst, im Zuge von Anhörungen oder im Rahmen von Diskussionsveranstaltungen kommen Vertreterinnen und Vertreter der Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zusammen. Auch hinter verschlossenen Türen erfolgen ein zumeist konstruktiver Austausch und Debatten.¹¹⁹³ Die so gebildeten Arenen setzen sich jedoch kaum nach Abschluss der Kommission fort und entwickelt sich nicht aus dieser heraus weiter. Die vorhandenen Möglichkeiten in diesem Bereich werden daher nur so weit genutzt, wie es die politische Steuerung während des Beratungsprozesses zulässt. Mit der KI-Kommission hat man nun zusätzlich einen eindeutigen Schritt nach hinten vollzogen. EK schaffen es trotz ihrer Möglichkeiten nur, einen kontemporenen Diskursraum zu schaffen. Inwiefern dieser dann zukünftig bespielt wird, bleibt offen.

6.3.4.) Schritt 2 – Interessenvertretung

Da die Einrichtung der EK auch in Reaktion auf die steigende externe Einflussnahme auf das Parlament durch Lobbyisten erfolgte, ist die abschließende Bewertungsdimension von besonderem Interesse. Hier ist zunächst festzuhalten, dass es keine spezifisch auf die Kommissionen zugeschnittenen Qualitätssicherungsstandards gibt. Ein Sanktionierungskatalog, abseits der möglichen Abberufung aus dem Gremium, ist nicht vorhanden. Peer Review ist nicht vorgeschrieben und die Kontrolle über Beratungsinhalte und deren Qualität erfolgt über den Austausch in den einzelnen Arbeits- oder Projektgruppen sowie durch Abstimmung innerhalb der EK. Entscheidend für die Überprüfung und Anpassung der Kommissionen sind jedoch die Beratungsprozesse zwischen Fraktionen, Parlament und Bundestagsverwaltung, die im Hintergrund stattfinden. Entgegen der grundsätzlich konservativen Ausrichtung ist man hier mit der EK Internet auch bereit gewesen, innovative Wege zu gehen. Dass mit der EK KI die stärkere

¹¹⁹³ Vgl. BT 2013, S. 29 und 37.

Öffnung der Gremien wieder abgeräumt wurde, belegt die Bedeutung der Gespräche hinter verschlossener Tür. Zeitgleich wird durch die Rückkehr zum Status quo offensichtlich, dass die Methode der internen Identifikation von Verbesserungspotenzial bei internen Beratungsgremien des Bundestags nur eingeschränkt effektiv zu sein scheinen.

Das Grundlagendokument der EK ist die GO-BT. Mit § 56 sind die Kommissionen verankert und stehen auf einem festen institutionellen Fundament. Die GO-BT liefert formal-strukturelle Vorgaben und definiert prozedurale Grundlagen sowie Prozesse, die für alle Einheiten des Parlaments gelten. In diesem Rahmen gibt sie den EK Handlungssicherheit und Rückhalt. Zeitgleich entsprechen die Gremien damit den traditionellen Strukturen, Verfahren und Abläufen der Politik. Die EK sind durch das Parlament und die mitwirkenden MdB geprägt. Auch der Ältestenrat übt Einfluss auf die Kommissionen aus.¹¹⁹⁴ Diese Umstände erklärt sich natürlich auch dadurch, dass die Schaffung dieser Gremiengattung eben zur Unterstützung des Bundestags geschaffen wurde. Daher müssen die Kommissionen auch aus einer reaktiven Beratungsinitation heraus agieren und unterliegen dem Gestaltungsanspruch des Parlaments. Aufgrund der internen Ansiedlung der EK ist die Distanz zwischen Beratungs- und Empfangsseite grundsätzlich verkürzt und wird durch die korporatistische Besetzung faktisch aufgehoben.

Diese Ausgangslage führt mit Blick auf die Bewertungsdimension Interessenvertretung zu verschiedenen kritischen Beobachtungen. Zum einen sind die Wortführer der Fraktionen nicht zwangsläufig die Personen, die in den Sachfragen über den größten Sachverstand verfügen und rational auf Basis des verfügbaren Wissens agieren. Das gipfelt darin, dass Abstimmungen zum Teil politisch begründet und entgegen der besseren Informationslage erfolgen, wie SV der EK Internet berichten.¹¹⁹⁵ Demnach ist das Gremium nicht von Parteiinteressen unabhängig, was auch zu Fehlern in Berichten führte, die nicht berichtigt wurden.¹¹⁹⁶ Von den SV wurde erwartet, sich bei Abstimmungen entlang der Vorgaben aus der Fraktion auszurichten.¹¹⁹⁷ Aufgrund der fehlenden Distanz hatten, so SV der EK Internet, auch tagesaktuelle Fragen Einfluss auf die Arbeit der Kommission, die von der eigentlichen Aufgabenstellung ablenkten.¹¹⁹⁸ Es zeigt sich jedoch, dass die Mandatierung und die Interpretation der Beauftragung dafür entscheidend sind, was als übergriffig empfunden wird. Die EK Recht und Ethik der modernen Medizin verstand es nämlich als klare Aufgabe, sich an laufenden Gesetzgebungsverfahren zu beteiligen.¹¹⁹⁹

Auch die Pluralität der EK ist vom politischen Ausgestaltungswillen abhängig. Es zeigt sich jedoch, dass die Auswahl der SV ein den Themenfeldern entsprechendes Bild wiedergibt. Beim Thema Kernenergie wurde das Gremium durch Biologen, Physiker, Philosophen und

¹¹⁹⁴ Vgl. BT 2013, S. 31.

¹¹⁹⁵ Vgl. ebd., S. 25.

¹¹⁹⁶ Vgl. ebd., S. 28f.

¹¹⁹⁷ Vgl. ebd., S. 31.

¹¹⁹⁸ Vgl. ebd., S. 33 und 36.

¹¹⁹⁹ Vgl. BT 2002b, S. 1.

Wirtschaftsvertreter besetzt.¹²⁰⁰ Bei den EK Moderne Medizin I und II wurden unter anderem Mediziner, Historikerinnen, Theologen, Ethiker, Psychologen und Juristinnen berufen.¹²⁰¹ Die EK Internet stellte sich, wie weiter oben dargestellt, noch breiter auf.¹²⁰² Aus dem institutionellen Design ergeben sich keine direkten Vorgaben, was die Beschaffenheit des Gremiums betrifft, jedoch kann man sagen, dass sich über die Mandatierung inhaltliche Zwänge ergeben, die beispielsweise bei den EK Moderne Medizin I und II die Berufung aus der Medizin und der Ethik bedingten. Darüber hinaus geben Sonder- und Minderheitenvoten die Möglichkeit zu zusätzlicher Perspektivenvielfalt.

Es lässt sich somit folgern, dass bereits bei der Besetzung einer EK kritische Bedingungen vorliegen. Da sich die SV an der Fraktion ausrichten sollen, berufen sie Personen, die vergleichbare Positionen vertreten. Der Grad der Politisierung steigt weiter, da durch die Möglichkeit der Abberufung ein Anpassungsdruck herrscht. Die Einsetzung der SV ist somit politisiert, da sie der Interessenvertretung der Politik dient. Diese Einschätzung wurde in der Vergangenheit auch durch die WD formuliert.¹²⁰³ Erschwerend kommt hinzu, dass sich auch SV als Vertretende eine Gruppe sehen können, der sie versuchen, eine Stimme in der Kommission zu verleihen.¹²⁰⁴ In der EK Internet führte die Interessenvertretungsproblematik zu konkreten Einschränkungen der Kommissionsarbeit, an denen die Qualität der Beratung litt. Die Projektgruppe zum Themenschwerpunkt Urheberrecht stellte eine Wissenslücke fest, für deren Schließung man ein Gutachten in Auftrag geben wollte. In der entsprechenden internen Abstimmung wurde positiv beschieden. Im Nachgang wurde jedoch von außen Druck ausgeübt, sodass die Abstimmung wiederholt und die Vergabe zurückgezogen wurde.¹²⁰⁵ In der EK Gentechnologie führte die Politisierung zu einer selektiven Auswahl der Gesprächsbeteiligten und einer interessengesteuerten Vergabe von Gutachten, wie Kommissionsmitglieder berichteten.¹²⁰⁶

Auch die Ausstattung der EK erweist sich als problematisch. Das zur Verfügung gestellte Personal wird aus der Bundestagsverwaltung abgestellt. Somit können an dieser Stelle Befangenheiten nicht ausgeschlossen werden. Die Besetzung des Sekretariats und Unterstützung auf der Arbeitsebene werden in den Abschlussberichten für gewöhnlich namentlich abgebildet.¹²⁰⁷ Nur die EK Technikfolgenabschätzung bildet eine Ausnahme. Die finanziellen

¹²⁰⁰ Vgl. BT 1983, S. 5.

¹²⁰¹ Vgl. BT 2002b, S. 255.

Vgl. BT 2005, S. 85f.

¹²⁰² Vgl. BT 2013, S. 42ff.

¹²⁰³ Vgl. BT 2004, S. 13.

¹²⁰⁴ Vgl. BT 2013, S. 35

¹²⁰⁵ Vgl. ebd., S. 24 und 27.

¹²⁰⁶ Vgl. BT 1987, S. 319.

¹²⁰⁷ Vgl. BT 1983, S. 6.

Vgl. BT 1987, S. 2.

Vgl. BT 2005, S. 111.

Möglichkeiten der der Kommissionen werden hingegen nicht veröffentlicht und im Rahmen der Einsetzungsbeschlüsse nicht erörtert und oder durch § 56 GO-BT definiert.

Für die SV sind die verfügbaren Ressourcen jedoch nicht ausreichend. Sie sind vom Sekretariat und den Fraktionen abhängig, da sie im Bundestag nicht einmal Dokumente ausdrucken und nicht selbstständig an interne Sachstände gelangen können.¹²⁰⁸ Problematisch ist dabei auch die Arbeitslast, mit denen sich die SV konfrontiert sehen. Gerade die Kommissionsmitglieder, die nicht über eine separate Unterstützungsstruktur verfügen, sind ungleich stärker belastet als die, die auf zusätzliche Ressourcen zurückgreifen können. So berichtet der Geschäftsführer der BITKOM, der SV in der EK Internet war, dass er durchschnittlich im Umfang von zwei Tagen die Woche für die Kommission tätig war. Alvar Freude hingegen, der freiberuflicher IT-Berater ist, spricht im selben Bericht von annähernder Vollzeitauslastung.¹²⁰⁹ Somit können sich nicht alle SV im selben Umfang einbringen. Das Potenzial zur Interessenvertretung ist auch im Ungleichgewicht, da sich finanziell gut ausgestattete Interessensbeteiligte besser aufstellen können. Unter der Arbeitslast leidet die Gründlichkeit und somit die Qualität des Ratschlags.¹²¹⁰

Im Gegensatz zu den WD stellen die EK ein vergleichsweise großes Maß an Prozesstransparenz her. Über die Zwischen- und Abschlussbericht wird Einblick in die Strukturen des Gremiums gegeben. Sie zeigen zumeist die Verteilung der Kommissionsmitglieder über die Arbeitsgruppen und deren Vorsitz, den Verlauf der Beratungen, legen die Arbeitsweise des EK dar, listen die öffentlichen und nichtöffentlichen Anhörungen, Gespräche sowie andere Veranstaltungsformate mitsamt den teilnehmenden Expertinnen und Experten auf, weisen auf externe Gutachten hin und adressieren, wie besonders eindringlich bei der EK Internet geschehen, auf Herausforderungen hin. Es ist somit für Außenstehende gut nachvollziehbar, welche Person oder Institution zu welchem Themenkomplex beigetragen hat. Die EK Moderne Medizin II schlüsselt beispielsweise sogar die Redaktionsgruppen der veröffentlichten Text auf.¹²¹¹ Im Detailgrad können sich die Kommissionen, da es keine entsprechenden Vorgaben oder Leitlinien gibt, unterscheiden. So ist beispielsweise im Abschlussbericht der EK Technikfolgenabschätzung weder die institutionelle Zugehörigkeit der SV ersichtlich, noch der Beratungsverlauf nachgezeichnet oder eine Darstellung der Anhörungen und Expertinnen- und Expertengespräche ausgearbeitet.

Generell verfügen EK aber über deutlichen Transparenzspielraum, wie beispielsweise die EK Internet beweist. Dennoch können bestimmte grundlegende Verschwiegenheitspflichten nicht gebrochen werden, wenn Informationen der Geheimhaltung unterliegen.¹²¹² Das

¹²⁰⁸ Vgl. BT 2013, S. 24 und 27.

¹²⁰⁹ Vgl. ebd., S. 28 und 34.

¹²¹⁰ Vgl. BT 2013, S. 35.

¹²¹¹ Vgl. BT 2005, S. 91f.

¹²¹² Vgl. BT 2004, S. 14.

hohe Maß an Öffentlichkeit, dass eine EK erreichen kann, kann jedoch auch nachteilige Effekte mit sich führen. Einzelne Kommissionsmitglieder, insbesondere die, die sich als Interessenvertretende verstehen, bringen in öffentlichen Formaten nicht mehr alle Themen oder Aspekte aufs Tableau.¹²¹³ Vertraulichkeit führt natürlich nicht zwangsläufig zu einer stets vollumfänglichen Beteiligung, macht diese aber wahrscheinlicher.

Die rückschrittliche Entwicklung der EK KI scheint zu belegen, dass die Transparenz wieder zurückgefahren wird. Das ist eine bedenkliche Entwicklung, wenn man den hohen Grad der Politisierung und die Möglichkeiten der Interessenvertretung bedenkt. Auch die EK Internet, die mit der starken Öffnung des Gremiums experimentiert hat, wurde als Plattform genutzt, um Netzwerke für den fortlaufenden Austausch zu schaffen. Hierdurch wird die Fortsetzung der Debatte wieder in die Hinterzimmer verlagert, was den deliberativen Gedanken konterkariert. Auch in der EK Gentechnologie gab es entsprechende Beobachtungen, die aus dem Gremium selbst heraus formuliert wurden.¹²¹⁴

Noch ist nicht beurteilbar, wie weit sich die EK KI aus der Öffentlichkeit zurückzieht oder diese einbindet. Der Einsetzungsbeschluss gibt durch seine vage Formulierung Gestaltungsspielraum. Erschwerend hinzu kommt, dass mögliche Interessenkonflikte von den Personen, die die Arbeit der EK und deren Ergebnisse verfolgen, selbst abgelesen werden müssen. So wurde auch erst mit der EK Moderne Medizin I die institutionelle Zugehörigkeit von beratenden Expertinnen und Experten im Abschlussbericht aufgeführt.¹²¹⁵ Die Affiliation der SV selbst wurde aber hingegen nicht aufgezeigt.¹²¹⁶ Die EK Kernenergie führte diese wiederum bereits 20 Jahre vorher auf.¹²¹⁷

Durch den Ausgestaltungsspielraum der Politik ergeben sich damit auch in diesem Aspekt Unterschiede zwischen den einzelnen Kommissionen. Wiederholt zeigt sich somit ein hoher Grad der Politisierung des Gremiums. Diese kommt insbesondere in der Öffentlichkeit der Kommission zum Tragen. Wiederholt nutzen MdB die bereitete Bühne, um politische Stellungnahmen zu geben, wie aus den Erfahrungsberichten der SV der EK Internet hervorgeht.¹²¹⁸ Abseits öffentlicher Formate zeigte sich für diese eine deutlich bessere Diskussionskultur, die Raum für Meinungsbildung ließ. Aus Sicht der SV ist die Öffentlichkeit der Beratung für die Parlamentsmitglieder problematisch, da sie sich nicht vom Modus der Politik lösen können. Ihre Parteilichkeit schränkt die Erörterung der Faktenlage klar ein.¹²¹⁹

Diese beinhaltet, wie bei den EK Gentechnologie sowie Moderne Medizin I und II klar

¹²¹³ Vgl. BT 2013, S. 40.

Vgl. ebd., S. 34.

¹²¹⁴ Vgl. BT 1987, S. 319.

¹²¹⁵ Vgl. BT 2002b, S. 257ff.

¹²¹⁶ Vgl. BT 2002b, S. 255.

¹²¹⁷ Vgl. BT 1983, S. 4.

¹²¹⁸ Vgl. BT 2013, S. 16ff.

¹²¹⁹ Vgl. ebd.

ersichtlich, die Auseinandersetzung mit ethischen Fragen und den Wertvorstellungen der Gesellschaft. Die Ergebnisse der Kommission sind nicht immer mit den persönlichen Standpunkten der Mitglieder vereinbar oder geben diese wieder.¹²²⁰ Die EK räumen den SV sowie den MdB die Möglichkeit ein, mit entsprechend markierten Passagen in den Berichten ihre eigenen Standpunkte darzustellen, sollten Sie von den Empfehlungen der Kommission abweichen.¹²²¹ Persönliche Wertungen und individuelle Positionen können über Stellungnahmen und Sondervoten somit klar von den im Konsens erzielten Ratschlägen getrennt werden. In den Berichten einer EK können abweichende und explizit subjektive Darstellungen erfolgen, die auch als solche deklariert werden.¹²²² Die Berichte der SV der EK Internet sind ebenfalls eindeutig persönliche Beobachtungen, die auch als solche ersichtlich sind.

Die Veröffentlichung der Arbeitsergebnisse der EK erfolgt über den Bundestag. Die Möglichkeit der Sondervoten erweitert immerhin das Publikationsrecht der Mitglieder. Die Verabschiedung der Beschlussfassung der Abschluss- und Zwischenberichte erfolgt über kommissionsinterne Abstimmungen. Dissens zu diesen kann in den Sondervoten klar ausgetragen werden. Beispielhaft ist dafür der Abschlussbericht zur EK Moderne Medizin I. Die CDU/CSU-Fraktion äußerte hier ihren Unmut über ein spezifisches Themengebiet, das es nach ihrer Auslegung nicht im Bericht hätte geben sollen. Die Mitglieder der SPD widersprachen dieser Darstellung und die FDP wiederum lehnte den Bericht in Gänze ab.¹²²³ Auch das Sondervotum der Grünen zur EK Gentechnologie ist ein Beispiel für die Offenlegung von Konfliktlinien und Abstimmungsschwierigkeiten innerhalb des Gremiums.¹²²⁴

Wie bereits dargestellt wurde, sind der zeitgerechte Abschluss des Beratungsprozesses und das Verfassen der finalen Berichte Herausforderungen für die EK. Gemäß GO-BT müssen sie ihren Ratschlag bis zum Ende der Wahlperiode vorlegen und dabei dem Bundestag genug Zeit zur Diskussion der Ergebnisse lassen. Sollte es nicht möglich einen, einen Abschlussbericht zu verfassen, muss ein Zwischenbericht verfasst werden, auf dessen Basis über die Fortsetzung der EK in der folgenden Wahlperiode entschieden werden kann.¹²²⁵ Über die Einsetzungsbeschlüsse ist es möglich, diese zeitlichen Vorgaben zu schärfen und mit einem konkreten Datum oder einem Zeitraum zu versehen.¹²²⁶ Über diesen Weg kann auch festgelegt werden, dass Zwischenberichte im Bedarfsfall oder zu einem bestimmten Stichtag

¹²²⁰ Vgl. BT 1987, S. V.

¹²²¹ Vgl. ebd., S. 314.

¹²²² Vgl. BT 2002b, S. 209ff.

¹²²³ Vgl. ebd., S. 112ff.

¹²²⁴ Vgl. BT 1987, S. 314ff.

¹²²⁵ Vgl. BT 2020, § 56 Abs. 4.

¹²²⁶ Vgl. BT 1979, S. 2.

Vgl. BT 2018a, S. 5.

vorgelegt werden müssen.¹²²⁷ Bezüglich des Publikationswegs macht das institutionelle Design erneut keine Vorgaben, sodass auch hier der Ausgestaltungsspielraum der Politik entscheidend ist. Allgemein sind die Berichte der EK heute dank des Internets leichter für die Öffentlichkeit einsehbar, als es früher der Fall war. Um die Jahrtausendwende herum räumt der Einsetzungsbeschluss der EK Moderne Medizin I, die immerhin das Mandat erhalten hatte, den öffentlichen Diskurs voranzutreiben, nur ein, den Bericht „in angemessener Form einer breiten Öffentlichkeit zugänglich“¹²²⁸ zu machen. Heute sind auch historische Dokumente und die Arbeitsberichte der Kommissionen digital und kostenlos abrufbar. Mit dem Einsetzungsbeschluss der EK KI und der begleitenden Website bleibt der Bundestag diesem Weg vermutlich zunächst treu.¹²²⁹

6.3.5.) Schritt 3 – Beurteilung

EK sind ein intern angesiedeltes Beratungsgremium des Bundestags, das bei besonders komplexen Sachverhalten Vorleistungen für parlamentarische Beschlüsse erarbeiten soll. In der Wissenschaftspolitik sind das vor allem Themen mit Risiko- und Wertebezug sowie interdisziplinärem Charakter. EK befassen sich seit ihrer Einführung mit den auch heute noch aktuellen Herausforderungen der deutschen Wissenschaftspolitik, wie die Kommissionen für Technikfolgenabschätzung, Atomenergie und Gentechnologie belegen. Sie können diese Debatten divers und von verschiedenen Seiten beleuchten. Die berufenen SV stammen überwiegend aus der Wissenschaft und zeichnen sich durch ihre praktischen und fachlichen Kenntnisse aus. Anhörungen, Expertinnen- und Expertengespräche, Diskussionsrunden und Gutachten ergänzen die Expertisenvielfalt. Die Besetzung aus MdB und SV trägt zur Balance von fachlicher und politischer Robustheit bei. Letztere wird auch dadurch verstärkt, dass Metaexpertise bereitgestellt wird und konkrete Handlungsempfehlungen und Aktionsfelder benannt werden.

Das institutionelle Design der EK erhält durch die GO-BT ihren Rahmen. Der Einzelfall wird durch den jeweiligen Einsetzungsbeschluss und die parlamentsinternen Abstimmungsprozesse ausgeformt. Für jede EK gibt es damit einen gewissen Gestaltungs- und Interpretationsspielraum. Die BT-GO beinhaltet darüber hinaus Regelungen bezüglich der Fertigstellung der Arbeitsergebnisse. Auch die weiteren formellen Bestimmungen des Bundestags greifen bei einer EK. Die Kommissionen bekommen ein Sekretariat zur Verfügung gestellt, das aus der Parlamentsverwaltung besetzt wird. Es unterstützt die Kommission zum Teil umfassend in ihrer Arbeit, kann aber auch eigenständig Texte ausarbeiten. Das institutionelle Design macht keine Vorgaben zur Qualitätssicherung der Beratung. Die Regulation und Anpassung erfolgt

¹²²⁷ Vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.): Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS90/GRÜNEN zur Einsetzung einer Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin. Drs. 15/464. Berlin, 2003. S. 2.

Vgl. BT 2010a, S. 4.

¹²²⁸ BT 2000, S. 2.

¹²²⁹ Vgl. BT 2018a, S. 5.

in der Kommission selbst sowie im Hintergrund durch die Parlamentsverwaltung und die Fraktionen.

Als internes Gremium mit gemischt deskriptiv-delegierten Charakter, das auf die Beratung des Parlaments ausgerichtet ist, überrascht es nicht, dass eine EK nicht den idealtypischen modernen Politikberatungskonzeptionen entspricht. Auch einzelne Kommissionen unterscheiden sich in ihren deliberativen Kapazitäten aufgrund des parlamentarischen Gestaltungsspielraums, da das institutionelle Design keine grundlegenden Vorgaben macht. Hierdurch entstehen auch unterschiedliche Ausprägungen, welche Rolle die Gesellschaft in der Beratung als Stakeholderin und Empfängerin einnimmt. Generell können EK durch partizipative Formate eine gesamtgesellschaftliche Perspektive herstellen und den Diskurs stärken, beispielsweise durch Anhörungen oder öffentlich Diskussionsrunden. Im Vergleich zu früher ist das betreffende Repertoire heute umfassender. Mit der EK Internet wurden experimentelle Formate getestet, die jedoch auf parlamentsinternen Widerstand trafen.

Die Popularisierung von Expertise gehört auch noch zu den Nebeneffekten der Kommissionarbeit. Es bleibt spannend, wie die EK KI das Thema angehen wird. Zum jetzigen Zeitpunkt erscheint es unwahrscheinlich, dass es eine spezielle Öffentlichkeitsfassung der Berichte geben wird. Es bleibt zu vermuten, dass die Website des Bundestages dazu genutzt wird, um Updates und Erklärstücke zu platzieren, die sich von der nüchternen Präsentation der Bundesdrucksachen abheben. Das Internet wird auch für den barrierearmen Zugang auf Dokumente vergangener EK genutzt. Im Netz werden ebenfalls die Arbeit und die Mitglieder der Kommissionen archiviert präsentiert. Die Möglichkeiten der Arenenbildung werden jedoch nicht ausgeschöpft. Nachhaltige Diskursräume, zu den gesellschaftlich brisanten und wichtigen Themen der EK, werden nicht geschaffen.

Der Knackpunkt der EK ergibt sich aus der Bewertungsdimension Interessenvertretung. Hier zeigen sich die Schwächen eines internen Beratungsgremiums mit flexiblem institutionellem Design. EK sind stark durch die parlamentarischen Strukturen und die beteiligten MdB geprägt. Die Distanz zwischen Beratenden und Beratenen ist aufgehoben. Auch die Qualitätssicherung und das Verbesserungspotenzial ist vom politischen Willen und der Bundestagsverwaltung abhängig. Fraktionspolitische Zwänge wirken auf das Gremium ein und können Abstimmungen oder die Agenda der Kommission beeinflussen. Die Beschaffenheit einer EK ist ebenfalls politisiert, da die Besetzung auch unter Berücksichtigung von Interessenvertretungsaspekten erfolgt. Auch der Umstand, dass die Unterstützungsstruktur von der strukturkonservativen Parlamentsverwaltung gestellt wird, bringt natürlich keine Entlastung an dieser Stelle. Vor allem die SV sind von diesen zusätzlichen Ressourcen abhängig, um qualitätsvolle Arbeit leisten zu können. Wenn die Mitgliedschaft in einer EK als Interessenvertretung verstanden wird, sind Schieflagen hier besonders bedenklich.

Entlastend wirkt jedoch, dass weitreichend Transparenz über Strukturen und Prozesse hergestellt wird sowie beteiligte Personen und der eingeforderte externe Sachverstand abgebildet werden. Zum Teil kann dabei ein hoher Detailgrad möglich sein. Die oben beschriebenen Abläufe im Hintergrund können jedoch meist nicht erfasst werden. Die EK Internet bietet eine wertvolle Ausnahme in dieser Hinsicht. Darüber hinaus können vereinzelte Informationen der Geheimhaltung unterliegen. Es zeigt sich aber auch, dass eine Offenlegung der Beratung einer EK nachteilige Effekte haben kann. Allgemein scheint sich abzuzeichnen, dass nach dem Misserfolg der EK Internet die Öffnung des Gremiums wieder heruntergefahren wird, wie der Einsetzungsbeschluss der EK KI zeigt. Das regressive Moment wird dadurch mitgetragen, dass EK auch der Netzwerkpflege dienen und die Politikberatung nach Ende der offiziellen Prozesse als Politikerberatung fortgeführt wird, ohne dass die Öffentlichkeit dies mitbekommt. Aber auch dort, wo sie Einblick erhält, wird das Gremium als Plattform für politische Zwecke genutzt, während abseits der Kameras die Arbeit von einer produktiven Diskussionskultur geprägt sein kann, die sich jedoch nicht in den Arbeitsergebnissen niederschlagen muss.

Indessen klar ersichtlich sind individuelle Positionen oder Wertungen, die durch Stellungnahmen und Sondervoten abgebildet werden können. EK ermöglichen damit einen Perspektivenpluralismus abseits des für die Verabschiedung der Berichte nötigen Konsens. Die Abgabe dieser wird durch die GO-BT geregelt und kann durch den Einsetzungsbeschluss konkretisiert werden. Das Ziel ist es, dass noch in der laufenden Wahlperiode über die Expertise beraten werden kann. Die Veröffentlichung der Berichte erfolgt auch im Internet. Viele Dokumente zu den EK sind heute digital verfügbar und es gibt zu den Kommissionen einen begleitenden Webauftritt. Welche Kanäle mit welcher Detailtiefe durch zukünftige EK bespielt werden, bleibt abzuwarten.

Entgegen der deutschen Konsensorientierung, die wiederum für die Verabschiedung der Berichte nötig ist, können EK, gerade bei wissenschaftspolitischen Themen, eine breite und heterogene Darstellung erzielen. Über Sondervoten und Stellungnahmen können Kommissionsmitglieder oder Fraktionen Positionen beziehen, die von der mehrheitlichen Position abweichen oder spezifische Aspekte hervorheben. SV, externe Expertinnen und Experten, Wirtschaftsvertreterinnen und -vertreter sowie Mitglieder der Zivilgesellschaft können eingebunden werden, um die Perspektivenvielfalt zu vergrößern und eine breite Facette an Sichtweisen zu berücksichtigen.

Die Beratungsprozesse einer EK sind auf lange Laufzeiten ausgelegt und werden durch die aktuelle Wahlperiode begrenzt. Das ist auch notwendig, um die umfassenden Diskussionsformate und Anhörungen durchführen oder Gutachten einholen und einarbeiten zu können. Außerdem erfüllen die Mitglieder noch Funktionen außerhalb der Kommission und sind nicht Vollzeit für diese tätig. Falls politisch gewollt, können EK, auch entgegen der eigentlichen Mandatierung, tagesaktuelle Impulse aufnehmen.

Aufgrund der komplexen Themensetzung, die neben fachlichen auch lebensweltliche Faktoren berücksichtigt, sind die Abstimmungsprozesse in der Kommission selbst kompliziert. Gerade durch Fragen, die unsere Wertsphären betreffen, geht es neben der wissenschaftlichen Perspektive auch darum, individuelle Positionen zu vereinen. Informelle Abstimmungsprozesse, wie sie in der deutschen Wissenschaftspolitik von großer Bedeutung sind, haben bei EK eine besondere Tragweite. Durch die hintergründige parlamentarische Steuerung werden die Kommissionen im Vorfeld ihrer Einrichtung geformt, erhält die Beratung Impulse zur inhaltlichen Steuerung, um im Nachgang ihre Fortsetzung im diskreten Rahmen zu finden. Dieser Umstand muss unterstrichen werden, da der Expertise der EK, als Beratungsgremium des Bundestags, das zur Vorbereitung der parlamentarischen Dezision dient, eine besondere Strahlkraft und Bedeutung zukommt.

Eine EK gibt dabei die Gesellschaft nicht durch Besetzung, sondern durch selektive Einbindung in entsprechenden Formaten wieder. Trotz der Themen, die im direkten Bezug zur Lebenswelt in der Bundesrepublik stehen, bleibt die deliberative Funktion, im Sinne des reziproken Austauschs in die Gesellschaft, schwach ausgeprägt. Die Hauptaufgabe der EK bleibt die Legislativberatung. Hierzu passt auch, dass sie nicht dem Leitbild der neutralen Expertinnen- und Expertengremien entsprechen. Eine EK ist zum Teil aus MdB besetzt, die sich nicht dem Modus der Politik erwehren können und zum anderen Teil aus Personen, die auch zur Interessenvertretung berufen werden. Dennoch haben die Kommissionen, wie die jahrzehntelange thematische Befassung zeigt, die Kapazitäten, um die für den deutschen Bundestag notwendige Beratungsleistung in den Bereichen Ethik, Risiko und Technikfolgen zu liefern. Mit Blick auf die wissenschaftspolitischen EK kann man hier sogar von einer Schwerpunktsetzung sprechen.

EK sind ein internes Legislativberatungsgremium mit ausgeprägter Interessenvertretungsproblematik. Sie können hervorragenden Sachverstand einbinden und politisch robuste Expertise in den großen wissenschaftspolitischen Herausforderungen liefern. Das zentrale Problem der EK liegt in ihrer Politisierung bei zeitgleicher Flexibilität des institutionellen Designs und der damit verbundenen Sorge um eine politisierte Expertise. Diese wird dadurch konkretisiert, dass de facto politische Einflussnahme auf Inhalte und Prozesse zu verzeichnen sind. Hinzu kommt, dass die Qualitätskontrolle und -entwicklung überwiegend in den Händen des Parlaments liegt. Vielleicht liegt es auch hieran, dass sich in der EK KI alte Fehler wiederfinden, wie eine sehr breite Aufgabenbeschreibung mit weitem Mandat und einer personenstarken Kommission. Darüber hinaus ist ein antideliberatives Moment zu verzeichnen. Die Arenenbildung mit der Öffentlichkeit erfolgt nicht nachhaltig und wird stattdessen in die Hinterzimmer verlegt. Außerdem gibt es aus einigen Fraktionen und der Parlamentsverwaltung Widerstände gegen einen Ausbau der Partizipation.

Der Prägung durch parlamentarische Strukturen verdanken die EK ihre politische Robustheit. Doch liegen hierdurch nicht nur Beratende und Beratene dicht beieinander. Die Kommissionen laufen auch Gefahr, dass ihr Ratschlag und die politische Entscheidung ebenfalls in zu große Nähe geraten. In Richtung Gesellschaft bleiben EK derweil hinter ihrem Potenzial zurück.

6.4.) Hightech-Forum 2014 – 2017 (HTF)

6.4.1.) Schritt 1 – Verortung und Kategorisierung

Mit der Hightech-Strategie bündelt der Bund seit 2006 seine Förderung zukunftssträchtiger und innovativer Technologiefelder. Im Zentrum steht dabei auch die Übertragung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Wertschöpfungskette. Um diese Perspektive zu fokussieren, wurde im selben Jahr die Forschungsunion Wirtschaft-Wissenschaft (Forschungsunion) durch Bundesforschungsministerin Annette Schavan einberufen. Das Beratungsgremium sollte die Verbindung zwischen Forschung und Markt stärken sowie die Implementierung der Hightech-Strategie (HTS) flankieren.¹²³⁰ Die Forschungsunion hatte sieben Jahre lang Bestand und übergab im Rahmen der Hightech-Strategie-Konferenz am 23.04.2013 ihr abschließendes Perspektivenpapier.¹²³¹

Das Hightech-Forum (HTF) hebt sich in einigen Punkten seiner Vorgängerin ab. Per Selbstdefinition ist es zwar nach wie vor kein wissenschaftspolitisches Beratungsgremium, sondern ein innovations- und forschungspolitisches.¹²³² Ebenfalls beibehalten wurde folglich der „ressortübergreifende Ansatz“¹²³³, der wiederum für die HTS selbst greift. Der zugrundeliegende Innovationsbegriff erfährt eine Erweiterung und wird technisch sowie sozial gefasst.¹²³⁴ Innovation hat für das HTF damit eine gesellschaftliche Komponente und Wirkungsdimension, die zeitgleich Chancen und Risiken birgt.¹²³⁵

Die konstituierende Sitzung des HTF fand am 17.03.2015 in Berlin statt. Zuvor hatte Bundesministerin Johanna Wanka bereits im September 2014 die Konstituierung des Gremi-

¹²³⁰ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Schavan: „Hightech-Strategie kann 1,5 Millionen Arbeitsplätze schaffen“. Pressemitteilung 147/2006. Berlin, 2006. (https://web.archive.org/web/20140228092736/http://www.bmbf.de/_media/press/pm_20060830-147.pdf, 03.05.2019)

¹²³¹ Vgl. http://www.forschungsunion.de/aktivitaeten/2013_04_23_hightech-strategie-konferenz/index.html (03.05.2019).

¹²³² Vgl. Hightech-Forum (HTF): Gemeinsam besser: Nachhaltige Wertschöpfung, Wohlstand und Lebensqualität im digitalen Zeitalter – Innovationspolitische Leitlinien des Hightech-Forums. Berlin, 2017a. S. 3. (https://www.hightech-forum.de/wp-content/uploads/2019/01/HTF_Leitlinien_final_web.pdf, 03.05.2019)

Vgl. Hightech-Forum (HTF): Gute Ideen zur Wirkung bringen. Umsetzungsimpulse des Hightech-Forums zur Hightech-Strategie. Berlin, 2017b. S. 5. (https://www.hightech-forum.de/wp-content/uploads/2019/01/HTF_Umsetzungsimpulse_final_web.pdf, 03.05.2019)

¹²³³ Vgl. HTF 2017a, S.3.

¹²³⁴ Vgl. HTF 2017b, S. 5.

¹²³⁵ Vgl. HTF 2017a, S. 9.

ums angekündigt. Gründe für die Verzögerung wurden auch auf schriftliche Anfrage des Parlaments nicht mitgeteilt. Auch die Frage nach der Besetzung blieb unbeantwortet.¹²³⁶ In der schriftlichen Antwort durch den Parlamentarischen Staatssekretär Stefan Müller wurde jedoch die Aufgabenstellung des HTF erläutert:

„[Das HTF] konzentriert sich auf ihr Alleinstellungsmerkmal: konkrete Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Hightech-Strategie und zu aktuellen Entwicklung der Innovationspolitik zu erarbeiten sowie eigene Impulse zur Umsetzung der Strategie zu leisten.“¹²³⁷

Fest stand jedoch, dass man nun mit weniger Mitgliedern arbeiten und die Gesellschaft repräsentiert werden sollte.¹²³⁸ Zwei Monate später wurde in Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken folgendes Handlungsfeld für das HTF formuliert:

„[...] Impulse zu wichtigen Themen in Forschung und Innovation zu geben und konkrete Handlungsempfehlungen zu formulieren. [...] Maßnahmen und Initiativen zu entwickeln, die gemeinsam von Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft getragen werden und Themenschwerpunkte durch eigene Instrumente und Formate voranzutreiben.“¹²³⁹

Mit dieser Arbeit sollte der Anspruch erfüllt werden, „Forschung in die Mitte der Gesellschaft zu bringen.“¹²⁴⁰ Hierzu, so die Bundesregierung in einer Unterrichtung vom 20.11.2015, sollte „das Hightech-Forum zum Ende der Legislaturperiode ein übergreifendes Leitbild für den Forschungs- und Innovationsstandort Deutschland vorlegen.“¹²⁴¹ Die fortlaufende Schärfung der Funktion schlug sich auch auf einer mittlerweile nicht mehr verfügbaren Website des HTF nieder. Dort wurde darauf verwiesen, dass neben dem Verfassen von Handlungsempfehlungen auch „konkrete Vorschläge für neue Förderformate und Instrumente“ zum Aufgabenspektrum gehört.¹²⁴² In einer Selbstbetrachtung zum Abschluss der Beratung fasst das HTF seine Aufgabenstellung wie folgt zusammen:

¹²³⁶ Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 9. März 2015 eingegangenen Antworten der Bundesregierung. Drs. 18/4296. Berlin, 2015b. S. 57.

¹²³⁷ Ebd., S. 58.

¹²³⁸ Vgl. ebd.

¹²³⁹ Deutscher Bundestag (BT): Antwort der Bundesregierung „Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsfragen in der Weiterentwicklung der Hightech-Strategie. Drs. 18/4909. Berlin, 2015a. S. 1f.

¹²⁴⁰ Ebd., S. 2.

¹²⁴¹ Deutscher Bundestag (BT): Unterrichtung durch die Bundesregierung: Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 201 – Drucksache 18/4310 – Stellungnahme der Bundesregierung. Drs. 18/6830. Berlin, 2015c. S. 14.

¹²⁴² Vgl. <http://www.hightech-forum.de/auftrag/> (13.01.2019)

„Das Hightech-Forum sondiert spezifische Themen zur Umsetzung der aktuellen Hightech-Strategie in acht Fachforen, deren Empfehlungen in dem Papier „Gute Ideen zur Wirkung bringen. Umsetzungsimpulse des Hightech-Forums zur Hightech-Strategie“ gesondert publiziert werden. Daneben ist es die Aufgabe des Hightech-Forums, Analysen und Handlungsempfehlungen für deren Weiterentwicklung zu erarbeiten. Das Ergebnis dieser strategischen Überlegungen legt das Hightech-Forum in diesem Perspektivenpapier vor. Der zugrunde liegende Strategieprozess des Hightech-Forums hat dabei auch Anregungen aus den themenspezifischen Fachforen aufgenommen.“¹²⁴³

Im Anschluss an das erweiterte Innovationsverständnis sollte das Gremium in seiner Arbeit neben den Möglichkeiten auch klaren Bezug zu den technologischen Risiken der HTS herstellen.¹²⁴⁴ Somit hatte das HTF einen umfassenden Beratungsauftrag, der jedoch zerfasert definiert und beschrieben wurde. Ähnlich uneindeutig stellt sich die Publikumsfrage dar. Das HTF berät die Bundesregierung und wird durch diese, vertreten durch den oder die Wissenschaftsministerin, für diese Arbeit eingesetzt. Einzelne Fachforen verallgemeinerten und erweiterten jedoch ihre Zielgruppe. Als Beispiel dient das Fachforum Internationalisierung, das „Politik, Wissenschaft und Wirtschaft“¹²⁴⁵ strategisch unterstützen wollte.

Die Zusammensetzung des HTF ist eine der Veränderungen zur Forschungsunion. Hervorzuheben ist dabei, dass die Aufstellung nach der konstituierenden Sitzung im März 2015 noch einmal grundlegend modifiziert wurde. Wie aus einer Pressemeldung des Bundestags vom 25.03.2015 hervorgeht, wurden Bundeministerin Wanka sowie die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre des Forschungs- und Wirtschaftsministeriums sowie anderer Ressorts als Mitglieder gezählt.¹²⁴⁶ Dieses Bild wird durch eine Pressemitteilung vom 17.03.2015 ergänzt, in der auf die Kooperation von Expertinnen und Experten mit der Politik im HTF verwiesen wird.¹²⁴⁷ Konkrete Berufungen in das Gremium wurden auch mit der Pressemitteilung wieder nicht veröffentlicht. Es erfolgte lediglich der Hinweis, dass „Vorsitzende von außeruniversitären Forschungseinrichtung und Universitäten sowie Vorstände aus der Wirtschaft und Vorsitzende von gesellschaftlichen Gruppen“¹²⁴⁸ berufen werden. Ebenfalls der Pressemitteilung vom 25.03.2016 zu entnehmen ist im Übrigen auch die fraktionsübergreifende Begrüßung der Einsetzung des HTF im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.¹²⁴⁹

¹²⁴³ HTF 2017a, S. 8.

¹²⁴⁴ Vgl. ebd., S. 9.

¹²⁴⁵ Vgl. <http://www.hightech-forum.de/aktuelles/2015-11-12/> (13.01.2019)

¹²⁴⁶ Vgl. https://www.bundestag.de/presse/hib/2015_03/-/366882 (13.10.2018)

¹²⁴⁷ Vgl. <http://www.hightech-forum.de/aktuelles/2015-03-17/> (13.01.2019)

¹²⁴⁸ https://www.bundestag.de/presse/hib/2015_03/-/366882_ (13.10.2018)

¹²⁴⁹ Vgl. ebd.

Im Mai 2015 gab die Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Linken bekannt, dass sich das HTF zu jeweils maximal sechs Personen aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammensetzen wird.¹²⁵⁰ Augenscheinlich erhielt die Partizipationsdimension damit eine grundlegende Neuausrichtung. Beschränkte man sich mit der Forschungsunion auf die Brücke zur Wirtschaft, sollte das HTF auf dem Papier nun auch die heterogene Zivilgesellschaft repräsentieren. Zeitgleich wurden die Vertretungen aus den relevanten Ressorts offiziell nicht mehr als Mitglieder gewertet. Der Bundesregierung war es wichtig, eine ausgewogene Besetzung des Gremiums nach außen zu kommunizieren.¹²⁵¹

Letztlich sollte das HTF jedoch aus insgesamt 20 Mitgliedern bestehen. Zu den jeweils sechs Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft hinzuzurechnen waren nämlich noch die Vorsitzenden, Andreas Barner, Präsident des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft (Stifterverband) und Mitglied des Gesellschafterausschusses der Boehringer Ingelheim GmbH sowie Reimund Neugebauer, dem Präsidenten der FhG.¹²⁵² Ebenfalls nach der konstituierenden Sitzung nachgezogen wurde eine Definitionsschärfung der gesellschaftlichen Vertretungen durch den Zusatz der „verfassten Zivilgesellschaft“.¹²⁵³, durch den die Beteiligung informeller Bewegungen ausgeschlossen wurde. Die Verfahrenswege und Abstimmungsprozesse zur Berufung in das Gremium sind letztendlich unbekannt. In der Antwort auf die Anfrage der Linken wurde lediglich von der „Auswahl der Mitglieder [...] durch die Bundesregierung“¹²⁵⁴ gesprochen. Weitere Details sind nicht veröffentlicht.

Über die Meta-Struktur des HTF wurde auch im Rahmen der konstituierenden Sitzung entschieden. Die themenbezogenen Arbeitsgruppen des Gremiums, die sogenannten Fachforen, wurden hier festgelegt und der übergeordnete Diskussionsbogen besprochen, um die Schwerpunkte der Beratung zu definieren.¹²⁵⁵ Die Themen der Fachforen wurden schlussendlich vor allem über die HTS abgeleitet. Es ergaben sich insgesamt acht Fachforen, von denen vier auf den sogenannten Kernelementen aufbauten - Effektivität des Innovationssystems und Innovationskraft des Mittelstands, Herausforderungen und Erfolgsfaktoren für Kooperation und Transfer, Internationalisierung, Partizipation und Transparenz – und vier, die sogenannte Zukunftsaufgaben bearbeiteten – Autonome Systeme, Digitalisierung und Gesundheit, Innovative Arbeitswelten, Nachhaltiges Wirtschaften.¹²⁵⁶ Jedes Fachforum wurde durch einen Sprecher oder eine Sprecherin geführt und mit Freiräumen zur Ausgestaltung seiner Arbeit versehen.¹²⁵⁷ Folglich unterschieden sich die Untergruppen zum einen prozedural. Beispielsweise

¹²⁵⁰ Vgl. BT 2015a, S. 2.

¹²⁵¹ Vgl. https://www.bundestag.de/presse/hib/2015_05/-/375696 (20.01.2019)

¹²⁵² Vgl. HTF 2017a, S. 55.

¹²⁵³ Ebd.

¹²⁵⁴ BT 2015a, S. 2.

¹²⁵⁵ Vgl. <http://www.hightech-forum.de/auftrag/> (13.01.2019)

¹²⁵⁶ Vgl. HTF 2017b, S. 7.

¹²⁵⁷ Vgl. ebd., S. 67.

erteilten einige Fachforen externe Forschungsaufträge und das Fachforum Nachhaltigkeit veröffentlichte eine detaillierte Planung seiner Leitfragen sowie eine Übersicht zu den Lebensläufen der Mitglieder des Fachforums.¹²⁵⁸ Zum anderen unterschieden sie sich in ihren publizierten Arbeitsergebnissen. Das Fachforum Herausforderungen und Erfolgsfaktoren für Kooperation und Transfer lieferte zum Beispiel gar kein Ergebnisdokument, das Fachforum Autonome Systeme veröffentlichte hingegen einen Zwischenbericht sowie eine Lang- und Kurzfassung des Abschlussberichts.¹²⁵⁹ Das Thema der Arbeitsgruppe bildete außerdem einen klaren Schwerpunkt der Outreach-Aktivitäten des HTF, woraus sich Tendenzen über die Schwerpunktsetzung der Bundesregierung ableiten lassen. Der Zwischenbericht des Fachforums wurde im Rahmen der Hannover Messe 2016, auf der das HTF mit einem eigenen Stand vertreten war, Bundesministerin Wanka übergeben.¹²⁶⁰ Auch der Abschlussbericht des Fachforums wurde öffentlichkeitswirksam auf der Hannover Messe 2017 präsentiert und anschließend auf der CeBIT an Bundeskanzlerin Angela Merkel überreicht.¹²⁶¹ Kein anderes Fachforum erhielt eine annähernde öffentliche Flankierung durch die Politik. Auf der Arbeitsebene hingegen involvierte das Fachforum Nachhaltiges Wirtschaften mit 19 Personen die mit Abstand meisten Externen aus dem Bereich Politik.¹²⁶²

Für das HTF wurden drei jährliche Versammlungstagungen festgelegt.¹²⁶³ Wie den Pressemitteilungen des Gremiums zu entnehmen ist, konnte der Takt eingehalten werden.¹²⁶⁴ Der „Abschlussbericht“¹²⁶⁵ wurde offiziell im Zuge der Abschlusskonferenz am 16.05.2017 an die Bundesregierung übergeben. Dieser setzt sich aus sogenannten Umsetzungsimpulsen und innovationspolitischen Leitlinien zusammen, die in separaten Publikationen zusammengetragen wurden.¹²⁶⁶ Entgegen der doppelt gewichtenden Selbstbeschreibung wurden also keine dedizierten forschungspolitischen Leitlinien verfasst. Trotz dieser Inkonsistenz entspricht die Schwerpunktsetzung entspricht erneut der HTS selbst.

Der Stifterverband und die FhG stellten nicht nur die Vorsitzenden des HTF, sondern betrieben gemeinschaftlich die Geschäftsstelle des Gremiums. Das BMBF stellte für ihre Arbeit

¹²⁵⁸ Vgl. <http://www.hightech-forum.de/themen/internationalisierung/> (13.01.2019)

Vgl. <http://www.hightech-forum.de/themen/nachhaltiges-wirtschaften/> (13.01.2019)

¹²⁵⁹ Vgl. <http://www.hightech-forum.de/themen/autonome-systeme/> (13.01.2019)

Vgl. <http://www.hightech-forum.de/themen/kooperation-und-transfer/> (13.01.2019)

¹²⁶⁰ Vgl. <http://www.hightech-forum.de/aktuelles/2016-04-25/> (25.01.2019)

¹²⁶¹ Vgl. Fachforum Autonome Systeme im Hightech-Forum: Chancen und Risiken für Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Langversion. Berlin, 2017. S. 20. (http://www.hightech-forum.de/fileadmin/PDF/autonome_systeme_abschlussbericht_langversion.pdf, 13.01.2019)

¹²⁶² Vgl. Fachforum Nachhaltiges Wirtschaften im Hightech-Forum: Innovation durch Nachhaltiges Wirtschaften – Handlungsempfehlungen. Berlin, 2017. S. 12ff. (http://www.hightech-forum.de/fileadmin/PDF/hightech-forum_nachhaltiges_wirtschaften.pdf, 13.01.2019)

¹²⁶³ Vgl. <http://www.hightech-forum.de/auftrag/> (13.01.2019)

¹²⁶⁴ Vgl. <http://www.hightech-forum.de/aktuelles/> (13.01.2019)

¹²⁶⁵ <http://www.hightech-forum.de/aktuelles/2017-05-16/> (13.01.2019)

¹²⁶⁶ Vgl. ebd.

Finanzmittel zur Verfügung.¹²⁶⁷ Insgesamt wirkten acht Personen als Mitarbeitende in der Geschäftsstelle.¹²⁶⁸ Sie fungierte als Knotenpunkt für die Binnen- und Außenkommunikation sowie zur Verknüpfung relevanter Beteiligter. Für den Bedarfsfall war es außerdem vorgesehen, dass sich das HTF „mit anderen Plattformen der Bundesregierung“¹²⁶⁹ in Verbindung setzt. Darüber hinaus wurden bei der Auswahl der Mitglieder auf „eine hohe Multiplikatorenwirkung, persönliche Kompetenzen sowie die Zugehörigkeit zu Organisationen, die für die Umsetzung der HTS zentral sind“¹²⁷⁰ geachtet, um hohe Netzwerkkapazitäten des Gremiums zu gewährleisten. Die Mitglieder sind folglich über zentrale Player der deutschen Wissenschaftslandschaft, wie beispielsweise den WR, Leopoldina, acatech, oder DFG, quervernetzt.

Nach fast zweijähriger Unterbrechung hat das HTF im Jahr 2019 erneut seine Arbeit aufgenommen. Bundesministerin Anja Karliczek hat sich dabei für eine Neuausrichtung entschieden. Auf seiner neuen Website präsentiert sich das HTF nun als „das zentrale Beratungsgremium der Bundesregierung für Forschung und Innovation“¹²⁷¹. Der Auftrag umfasst die Begleitung der HTS 2025 mit „konkreten Umsetzungs- und Handlungsempfehlungen für die Forschungspolitik“¹²⁷². Der Fokus der Beratung des HTF rückt demnach mehr Richtung BMBF. Das Gremium soll dazu beitragen, dass Deutschland im Technologiewettbewerb eine führende Position einnimmt sowie die Translation und Nutzbarmachung wissenschaftlicher Erkenntnisse voranzutreiben.¹²⁷³ Die Laufzeit des HTF ist durch die laufende Legislaturperiode begrenzt.¹²⁷⁴

Personell wurde das Gremium fast vollständig umgekrempelt. Auffällig ist vor allem die neue Doppelspitze, da sich nun der Präsident der FhG und der Staatssekretär des BMBF Christian Luft den Vorsitz teilen. Die Politik ist somit wieder offiziell Teil des Gremiums und nimmt eine bestimmende Position ein. Das BMBF unterstreicht dies mit seiner bisherigen Kommunikationsstrategie.¹²⁷⁵ Andreas Barner ist zum regulären Mitglied degradiert, bildet mit der Präsidentin der Goethe-Universität, Birgitta Wolff, jedoch die einzige personelle Kontinuität zur letzten Version des HTF. Die Gewichtung der insgesamt 21 Mitglieder zeigt mit 12 Personen den Schwerpunkt bei Personen aus der Wissenschaft, während die Wirtschaft mit 8 Personen repräsentiert ist. Die Zivilgesellschaft ist nicht mehr vertreten und wird im Zuge der Neuausrichtung auf eine Sparringspartnerin reduziert, die an gewünschter Stelle eingebunden

¹²⁶⁷ Vgl. BT 2015a, S. 2.

¹²⁶⁸ Vgl. HTF 2017b, S. 67.

¹²⁶⁹ Ebd.

¹²⁷⁰ Ebd.

¹²⁷¹ <https://www.hightech-forum.de/> (24.05.2019)

¹²⁷² Ebd.

¹²⁷³ <https://www.bmbf.de/de/hightech-forum-nimmt-arbeit-auf-7780.html> (24.05.2019)

¹²⁷⁴ <https://www.hightech-forum.de/> (24.05.2019)

¹²⁷⁵ <https://www.bmbf.de/de/hightech-forum-nimmt-arbeit-auf-7780.html> (24.05.2019)

werden kann.¹²⁷⁶ Dennoch spricht das BMBF von einem „kontinuierlichen Dialog“¹²⁷⁷ zwischen Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft. Die Prozessstrukturen sind zum jetzigen Zeitpunkt noch unbekannt. Bislang wurde lediglich veröffentlicht, dass das HTF zwei- oder dreimal im Jahr tagen wird.¹²⁷⁸

Für die vorliegende Arbeit wird das HTF 2014 – 2017 untersucht, da sich erst durch den abgeschlossenen Beratungsprozess ein vollständiges Bild des Gremiums ergibt. Die bislang bekannten Informationen zum neuen HTF lassen jedoch bereits vermuten, dass hier die Analyse zu einem deutlich anderen Ergebnis kommen dürfte.

Temporale Klassifikation

Das HTF lässt sich als generell reaktives Gremium mit proaktiven Kompetenzen bezeichnen. Die Ein- und Besetzung erfolgte durch die Beratungsempfängerin, die auch einen vordefinierten Auftrag erteilt. Die Aufgabenbeschreibung des HTF zeigt, dass die Begleitung eines laufenden Verfahrens das Ziel ist und nicht das Anschieben einer Neuausrichtung der HTS. Letztere bestimmt auch die Themensetzung, wobei den Fachforen jedoch die Möglichkeit zusteht, eigene Forschungsfragen zu entwerfen und den Beratungsprozess zu gestalten. Proaktive Impulse wurden außerdem explizit durch die Bundesregierung angefragt. Das HTF lässt sich daher weder klar als ex ante noch als auch als ex post kategorisieren. Die Einsetzung erfolgte erst nach Verabschiedung der aktuellen HTS, die Ausrichtung der Beratung gilt jedoch auch der Weiterentwicklung eben dieser. Das HTF, vormals als Forschungsunion, berät die Bundesregierung bereits seit 2006. Aus diesem Zeitraum lässt sich mittlerweile gewiss ein Argument für eine Dauerhaftigkeit der Beratung ableiten. Dennoch muss hierbei berücksichtigt werden, dass das Gremium zwar in seiner generellen Funktion Bestand hat, es auf formaler und personell-struktureller Ebene jedoch zu starken Umwälzungen gekommen ist. Die Beratung durchlief auch nicht ununterbrochen und durch die jeweiligen Hausleitungen im BMBF ergingen unterschiedliche Vorgaben und Beauftragungen. In seiner Ausgestaltung hat das HTF somit auch immer einen ad-hoc-Charakter.

Direktionale Klassifikation

Das HTF ist oberflächlich auf direkte Beratungsleistung ausgelegt. Auch wenn die Betitelung des Auftrags changiert, wird klar kommuniziert, dass die Expertise des Gremiums für die Bundesregierung und bezogen auf die HTS angefragt wird. Dennoch ist auch die indirekte Wirkung des HTF von besonderer Relevanz, da durch die hochkarätige Vernetzung seiner Mitglieder eine hohe Sendungswirkung in weite Teile der Wissenschaftslandschaft zu erwarten ist. Die

¹²⁷⁶ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Mitglieder des Hightech-Forums. Berlin, 2019b. (<https://www.bmbf.de/files/besetzungsliste%20hightech-forum.pdf>, 24.05.2019)

¹²⁷⁷ <https://www.bmbf.de/de/hightech-forum-nimmt-arbeit-auf-7780.html> (24.05.2019)

¹²⁷⁸ <https://www.hightech-forum.de/> (24.05.2019)

Veröffentlichungen des HTF haben durchaus das Potenzial, sich in der zukünftigen Ausrichtung und Weiterentwicklung der Forschungsförderung und des Wissenschaftsmanagements niederzuschlagen. Das Fachforum Internationalisierung hatte wiederum auch das Ziel, die Wirtschaft direkt zu beraten. Das Interesse der breiten Gesellschaft für die Empfehlungen des Gremiums dürfte sich jedoch in Grenzen halten. Auch die tatsächliche Wirkung der Outreach-Aktivitäten dürfte, abseits der Signalwirkung, tendenziell gering ausfallen.

Das HTF 2014 – 2017 lässt sich als deliberativ einstufen, da die Zivilgesellschaft fast paritätisch einbezogen wurde. Die Auswahl der Teilnehmenden durch die Beratungsseite dämpft die Wirkung natürlich erheblich. Der Blick in die Vergangenheit und auch auf den Schwenk, der mit dem HTF 2025 vollzogen wurde, zeigt eine korporatistische Prägung. Gleichbleibend ist die externe Positionierung des Gremiums. Das Fachforum Nachhaltiges Wirtschaft erlaubte mit der Veröffentlichung der Diskussionsplanung Einblick in das Selbstverständnis der Beratenden, die das Fachforum „beim BMBF“¹²⁷⁹ verortet sahen.

Das HTF kann als öffentliches Beratungsgremium mit Einschränkungen gesehen werden. Seine Mitglieder, der Beratungsauftrag, die Abschluss- sowie die meisten Zwischenpublikationen sind im Internet frei zugänglich, dazu gab es über Pressemeldungen und die Veröffentlichungen einzelner Fachforen auch Einblicke in die Arbeitsweise des HTF. Die Öffnung des Gremiums erfolgte jedoch während des Beratungsprozesses anhand ausgewählter und medienwirksamer Schlaglichter.

Funktionale Klassifikation

Die Politik steht als Beratungsempfängerin im Fokus des HTF. Dennoch verfolgte es den Anspruch, auch die Zivilgesellschaft als Teil des Gremiums zu inkorporieren, wodurch es dem modernen Konzept der Politikberatung entspricht. Das Sendungsbewusstsein in Richtung Wirtschaft liegt darüber hinaus auf der Hand. Hinzu kommt, dass die Beratung zwar in Teilen vertraulich erfolgte, jedoch final auch Transparenzen geschaffen wurden. Als selbsterklärtes Beratungsgremium der Bundesregierung ist das HTF dennoch primär politikberatend, bedient darüber hinaus aber auch andere Teile der Gesellschaft. Ebenfalls eindeutig ist daher ebenfalls die Einstufung als Exekutivberatungseinrichtung.

6.4.2.) Schritt 2 – Expertise

Das HTF wurde mit einem eindeutigen Mandat der Exekutivberatung zur Begleitung und Weiterentwicklung der HTS ausgestattet. Die Berufenen stammen zu großen Teilen aus der Wissenschaft und generieren zusammen mit Angehörigen aus den anderen gesellschaftlichen

¹²⁷⁹ Fachforum Nachhaltiges Wirtschaften im Hightech-Forum: Nachhaltige Finanzwirtschaft. Gestaltungs- und Forschungsfragen. Augsburg, 2016. S. 2. (http://www.hightech-forum.de/fileadmin/Bilder/Publikationen/hightech-forum_nachhaltige_finanzwirtschaft.pdf, 13.01.2019)

Subsystemen Expertise, die wiederum auch an diese und die Politik zurückgekoppelt werden soll. Das Gremium möchte damit auch dem Anspruch gerecht werden, Forschung in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Dieser gesellschaftsübergreifende Ansatz spiegelt sich auch in der Besetzung des Gremiums wider. Einzelne Aspekte der Beratung adressieren direkt die Gesellschaft abseits der Politik. Das Fachforum Innovative Arbeitswelten spricht mit der Publikation seiner „Impulse für eine Qualifizierungsstrategie 4.0“¹²⁸⁰ auch Wirtschaftsverbände, Kammern und Betriebe direkt an.¹²⁸¹ Das Fachforum Partizipation und Transparenz identifiziert, wenig überraschend, Ansatzpunkte in Forschung, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft.¹²⁸² Im HTF verschmelzen somit auf ersten Blick die klassische und die moderne Funktion von Expertinnen und Experten.

Trotz dieser Ausgangslage gelingt es dem HTF jedoch nicht, Entscheidungsprozesse zur entpolitisieren. Das Gremium ist mit hochkarätigen Mitgliedern aus der Wissenschaft besetzt, die im Bedarfsfall auch weitere Auftragsforschung vergeben können. Gerne wird auch auf die bedeutende Funktion und die große Zahl an Expertinnen und Experten abgestellt, die am Beratungsprozess beteiligt waren.¹²⁸³ Hierzu passt auch, dass die Politik in der Lenkung der Fachforen, zumindest im Geschehen vor dem Vorhang, nur eine kleine Rolle gespielt hat. Dennoch wurde die Arbeit des Gremiums fortlaufend für PR-Zwecke politisiert, beispielsweise durch Pressemeldungen oder die Beteiligung an den oben genannten Messen. Auch die Selektion der Beratenden durch die Empfängerin der Expertise schwächt ihre entpolitisierende Wirkung deutlich. Darüber hinaus war die Politik auch an verschiedenen Fachforen direkt beteiligt, mal als „Gäste“¹²⁸⁴ oder als „beteiligte Bundesressorts“¹²⁸⁵.

Auch der Grad der gesamtgesellschaftlichen Wirkungsmächtigkeit ist fraglich. Die Anschlussfähigkeit der Öffentlichkeit an die Diskussion um den für Viele nicht griffigen Begriff der Innovation dürfte vergleichsweise gering ausfallen. Für die Politik, die Wissenschaft und die Wirtschaft dürfte vom HTF eine deutlich höhere Signalwirkung zu erwarten sein. Folglich konnte die Arbeit des Gremiums zur Konsensfindung beitragen. Nicht umsonst wurde der Beratungsbedarf durch das Parlament erkannt und die Einsetzung begrüßt. Die Kritik an der Besetzung des HTF schränkte seine Wirkung jedoch bereits von Beginn an ein. Dennoch wurde

¹²⁸⁰ Fachforum Innovative Arbeitswelten im Hightech-Forum: Die Arbeitswelt gestalten – Impulse für eine Qualifizierungsstrategie 4.0. Berlin, 2017a. (http://www.hightech-forum.de/fileadmin/PDF/hightech-forum_arbeitswelten_qualitaetsstrategie_4_0.pdf, 13.01.2019)

¹²⁸¹ Vgl. ebd., S. 4.

¹²⁸² Vgl. Fachforum Partizipation und Transparenz im Hightech-Forum: Partizipatives Agenda-Setting – Gesellschaft an Forschung und Innovation beteiligen. Berlin, 2017. S. 5. (http://www.hightech-forum.de/fileadmin/PDF/hightech-forum_partizipation_und_transparenz.pdf, 13.01.2019)

¹²⁸³ Vgl. <http://www.hightech-forum.de/auftrag/> (13.01.2019)

Vgl. HTF 2017b, S. 8.

Vgl. <http://www.hightech-forum.de/aktuelles/2016-04-13/> (13.01.2019)

¹²⁸⁴ Fachforum Innovative Arbeitswelten 2017a, S. 8.

¹²⁸⁵ Fachforum Nachhaltiges Wirtschaften 2017, S. 12.

die Öffentlichkeitsarbeit des Gremiums zur Legitimierung der Politik und zur Rücksicherung genutzt, dass man Handlungsfähigkeit beweisen und signalisieren konnte.

Suboptimal erscheint auch die Formulierung der Empfehlungen des Gremiums. Die Leitlinien und die zentralen Handlungsempfehlungen geben einen Pfad vor, den es einzuschlagen gilt. Das HTF selbst betont in seiner Arbeit, unter welchem Druck und damit Handlungsdruck das System steht.¹²⁸⁶ Außerdem wird an einigen Stellen aus Expertise eine Forderung.¹²⁸⁷ Auch die Bundesministerin erschien bereits bei der Übergabe der Empfehlungen von der Alternativlosigkeit der Umsetzung der Expertise überzeugt und lies sich entsprechend zitieren: „Hierzu hat das Hightech-Forum [...] wesentliche Konzepte und Ideen erarbeitet, die es nun umzusetzen gilt.“¹²⁸⁸

Die Mitglieder des HTF stammen, wie bereits dargestellt, fast paritätisch aus Wissenschaft, Wirtschaft und verfasster Zivilgesellschaft. Interessant ist aber gerade auch der Blick auf die zugezogenen Expertinnen und Experten. Auch hier spielen die Mitglieder der Wissenschaft eine zentrale Rolle und bilden mit 110 der 263 Externen die Mehrheit, die anhand der Publikationen des HTF ablesebar sind. Dicht dahinter sind mit 97 Personen die Wirtschaft sowie 37 Personen, die sich der Zivilgesellschaft zuordnen lassen. Aus der Politik sind immer noch 19 Personen, davon 16 im Fachforum Nachhaltiges Wirtschaften, beteiligt. Aufgrund der abweichenden Bezeichnungen, die durch die Fachforen geführt werden und die mangelhafte Einsicht in den Beratungsvorgang ist es nicht möglich, die Eingriffstiefe der Beiträge der Expertinnen und Experten einzuschätzen. Erwähnenswert ist es, dass die Präsidenten der großen deutschen Wissenschaftsorganisationen zu den Hinzugezogenen aus der Wissenschaft gehören.¹²⁸⁹

Die Expertise des HTF wird in aufwendig designte Publikationen vermittelt, für die Kommunikationsagenturen für die Gestaltung und das Lektorat eingebunden wurden.¹²⁹⁰ Zentrale Botschaften werden zum Augenfang hervorgehoben und mit Abbildungen versehen.¹²⁹¹ Zur Untermauerung der Botschaften werden Empfehlungen zusätzlich gerafft dargestellt.¹²⁹² Die

¹²⁸⁶ Vgl. HTF 2017a, S. 7 und 15.

¹²⁸⁷ Vgl. <http://www.hightech-forum.de/auftrag/> (13.01.2019)

Vgl. <http://www.hightech-forum.de/aktuelles/2017-05-16/> (13.01.2019)

¹²⁸⁸ Ebd.

¹²⁸⁹ Vgl. Fachforum Internationalisierung im Hightech-Forum: Innovation international denken. Handlungsempfehlungen und Beispiele Guter Praxis. Berlin, 2017. S. 20. (http://www.hightech-forum.de/fileadmin/PDF/hightech-forum_internationalisierung.pdf, 13.01.2019)

¹²⁹⁰ Vgl. Fachforum Digitalisierung und Gesundheit im Hightech-Forum: Die Zukunft der Medizin ist digital – Szenario zur Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung. Berlin, 2017. S. 17. (http://www.hightech-forum.de/fileadmin/Bilder/Publikationen/digitalisierung_und_gesundheit.pdf, 13.01.2019)

Vgl. Fachforum Partizipation und Transparenz 2017, S. 24.

Vgl. Fachforum Autonome Systeme 2017, S. 192.

¹²⁹¹ Vgl. Fachforum Digitalisierung und Gesundheit 2017, S. 6.

Vgl. HTF 2017a, S. 13.

¹²⁹² Vgl. ebd., S. 29 und S. 35.

Zusammenfassung der Arbeit des Gremiums in Form der Leitlinien und der Handlungsempfehlungen erlaubt, zusammen mit der durchdachten Gestaltung, eine vergleichsweise schnelle Übersicht der Expertise des Gremiums. Im Gesamtumfang sind die Publikationen des HTF und der Fachforen jedoch stattlich und entsprechen nicht dem Mantra eines möglichst geringen Umfangs. Vor allem der Abschlussbericht des Fachforums Autonome Systeme fällt mit 189 Seiten umfassend aus.¹²⁹³

Die Expertise des HTF wird auch durch die Reputation seiner Mitglieder und ihrer Stellung in der Wissenschaftslandschaft getragen. Die Zivilgesellschaft ist ebenfalls mit bedeutsamen Organisationen und die Wirtschaft durch teilweise große Unternehmen vertreten. Aufgrund der gemischten Besetzung fällt es schwer, das HTF dem „Civic Scientist“ oder „Honest Broker“ zuzuordnen, da es sich nicht um ein wissenschaftliches Beratungsgremium handelt. Dem Konzept des „Honest Broker“ entspricht zumindest der weite Horizont, den das Gremium mit seinen Fachforen absteckt. Die Expertise passt zur Komplexität der Thematik. Der Gesellschaftsbezug im Gremium selbst ist klar hergestellt und auch die Risiken des Fortschritts sowie lebensweltliche Belange sind für die Beratung von Relevanz sein.¹²⁹⁴

Die Expertise des HTF ergeht durch generell das Gremium und seine Fachforen. Dennoch geht es in der Beratung auch immer um die Köpfe hinter dem Ratschlag, die daher an verschiedenen Stellen in den Vordergrund gerückt werden.¹²⁹⁵ Durch die Herausstellung einzelner Mitglieder und damit ihrer institutionellen Zugehörigkeit betont das HTF seine Relevanz. Außerdem wurden die Leitlinien nicht durch das gesamte Gremium verfasst. Stattdessen wurden diese durch sechs Mitglieder sowie „stellvertretend und in enger, inhaltlicher Abstimmung mit den Mitgliedern des Hightech-Forum“¹²⁹⁶ und unter Zuarbeit von zwölf weiteren Mitarbeitenden verfasst.

Das HTF bedient sich einer breiten Wissensbasis und legt diese seiner Arbeit zugrunde. So gibt es beispielsweise einen Überblick zum Thema Innovation und den aus der Sicht des Gremiums relevanten Konzepten.¹²⁹⁷ Durch die Begriffsdefinition erhält das Thema außerdem ein stärkeres gesellschaftsrelevantes Framing. In den Fachforen konnte das benötigte Spezialwissen zu Schwerpunktthemen einfließen und dort, wo Lücken bestanden, konnte Auftragsforschung vergeben werden. Interdisziplinarität gehört zum selbsterklärten Ansatz des HTF und seiner Mitglieder. Die Besetzung des Gremiums und die Aufteilung in thematische Arbeitsgruppen, die einem Gesamtwerk zuarbeiten, sind hierzu passend.

Die Expertise des HTF umfasst in Teilen konkrete Anwendungsschritte und gibt der Bundesregierung Metaexpertise zur Umsetzung an die Hand. So wurden beispielsweise für

¹²⁹³ Vgl. Fachforum Autonome Systeme 2017, S. 189.

¹²⁹⁴ Vgl. HTF 2017a, S. 9.

¹²⁹⁵ Vgl. Fachforum Digitalisierung und Gesundheit 2017, S. 2f.

Vgl. <http://www.hightech-forum.de/themen/internationalisierung/> (13.01.2019)

¹²⁹⁶ HTF 2017a, S. 56.

¹²⁹⁷ Vgl. ebd., S. 11ff.

die erfolgreiche Partizipation in politischer Agendasetzung Meilensteine erarbeitet.¹²⁹⁸ Das Wissen von Laiinnen und Laien spielte für das HTF hingegen keine offensichtliche Rolle, wie durch die Betonung der verfassten Zivilgesellschaft auch zu erwarten war. Dennoch verfügt das Gremium durch seine Mitglieder über einen klaren und ausgewiesenen Praxisbezug.

Die Besetzung des HTF erfolgte, wie bereits mehrfach betont, durch die primäre Beratungsempfängerin und auf Basis der oben erwähnten Kriterien. Die Öffentlichkeit und auch das Parlament wurden über die konkrete Mitgliederliste erst zum Beratungsbeginn informiert. Die Besetzung ist vergleichsweise ausgewogen gelungen und beinhaltet mit Mitgliedern aus Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft thematisch relevante Interessenbeteiligte. Die hinzugezogenen Externen stammen hingegen überwiegend aus Wissenschaft und Wirtschaft, während die Zivilgesellschaft hier abfällt. Über Anhörungen und Workshops wurden zusätzlichen Stimmen aus Praxis und Gesellschaft gehört.¹²⁹⁹ Im Fachforum Partizipation und Transparenz wurde die Politik außerdem in sogenannten „Fachgesprächen“¹³⁰⁰ einbezogen.

Die Bundesregierung hat das HTF mit einem breiten sowie zeitlich begrenzten Mandat versehen und ist die primäre Beratungsempfängerin. Zeitgleich hat das Gremium zusätzliche Freiheiten in der Ausgestaltung seiner Arbeit erhalten. Aufgrund der Beauftragung durch die Empfängerin ist das HTF jedoch in reaktiver Stellung, auch wenn die Möglichkeit besteht, den Beratungsprozess zu detaillieren. Eine gewisse Distanz besteht jedoch in der Ansiedlung des HTF, das über eine eigene Geschäftsstelle verfügt, die nicht beim BMBF oder einer Örtlichkeit der Bundesregierung verortet ist. Dennoch entspricht das Selbstverständnis nicht immer dem eines selbstständigen Gremiums. Die starke Einbeziehung Mitarbeitender der Bundesressorts unterstreichen dies, ebenso wie natürlich die Einsetzung der Beratenden durch die Regierung. Besonders offenkundig wird die Nähe des HTF zur Politik in der oben dargelegten korporatistischen Ausrichtung des Gremiums, die Mitte 2015 noch geplant war. Relativierend wirkt auch, dass die Geschäftsstelle zwar über Mitarbeitende verfügt, aber finanziell vom BMBF abhängig ist, beispielsweise bei der Beauftragung von Studien, die direkt über das Wissenschaftsministerium finanziert sowie beauftragt wurden und auch von anderen Bundesressorts Unterstützung erhielten.¹³⁰¹ Das Fachforum Nachhaltiges Wirtschaften spricht in seinem Abschlussbericht jedoch davon, dass die Studie zur Green Economy vom Gremium in Auftrag gegeben

¹²⁹⁸ Vgl. Fachforum Partizipation und Transparenz 2017, S. 16ff.

Vgl. HTF 2017b, S. 36.

¹²⁹⁹ Vgl. <http://www.hightech-forum.de/themen/innovationssystem/> (13.01.2019)

Vgl. <http://www.hightech-forum.de/themen/partizipation-und-transparenz/> (13.01.2019)

¹³⁰⁰ Ebd.

¹³⁰¹ Vgl. Hartmann, Monika/Hawes, Daniel/Simons, Johannes: Kurzanalyse: Nachhaltiger Konsum – Schwerpunkt Ernährung. Ist-Zustände, Innovationsbedarf und fachübergreifende Wissenslücken. Bonn, 2016. S. 1. (http://www.hightech-forum.de/fileadmin/Bilder/Publikationen/nachhaltiger_konsum_kurzanalyse.pdf, 13.01.2019)

Vgl. Forum Nachhaltige Geldanlagen e.V. (Hrsg.): Green Economy – Recherche Ist-Stand nachhaltige Finanzwirtschaft. Berlin, 2017. S. 2. (https://www.forum-ng.org/images/stories/Publikationen/FNG_Kurzanalyse_Nachhaltige_Finanzwirtschaft_Januar_2017.pdf, 13.01.2019)

wurden.¹³⁰² Die Grenzen zwischen HTF und Ministerium verwischen an dieser Stelle. Offensichtlicher ist jedoch das unterschiedlich starke Interesse der Politik an den verschiedenen Unterthemen des Gremiums. Bei den Fachforen Autonome Systeme und Nachhaltiges Wirtschaften ist die Einbeziehung der Ministerien hoch und die Distanz deutlich eingedampft. Schwerwiegend erscheint auch die Nähe zur Politik anhand der personellen Besetzung. Elke Hannack, die zu den Vertreterinnen der Zivilgesellschaft gezählt wurde, befand sich während ihrer Mitgliedschaft im HTF zeitgleich im Bundesvorstand der CDU. Christoph Schmidt, der ebenfalls als Vertreter der Zivilgesellschaft gelistet wurde, war zum Beratungszeitpunkt einer der Wirtschaftsweisen und seit 2017 stellvertretender Vorsitzender im Direktorium des Projekts der Wissenschaftsakademien „Energiesysteme der Zukunft“, das vom BMBF finanziert wird.¹³⁰³

Das HTF 2014 – 2017 war ein wesentliches Gremium des BMBF nach Bundesgremienbesetzungsgesetz (BGremBG), das entsprechend Anwendung fand.¹³⁰⁴ Somit verfügte diese Iteration des Gremiums in Teilen über einen definierten rechtlichen Rahmen. Mit der Geschäftsstelle hatte das HTF auch über die notwendige Unterstützungsstruktur für ein aufwendiges Beratungsprojekt. Das Gremium konnte auf ausreichende Ressourcen zurückgreifen, um neben dem Büro auch die Mitarbeitenden sowie eine Endredaktion, die aufwendige Gestaltung der Publikationen und deren Lektorat zu finanzieren. Das Mandat zur Ausgestaltung des Beratungsprozesses spricht, abseits der gemeinschaftlichen Tagungen, für ein geringes Maß an Formalisierung. Die unterbrochene Einsetzung und die verschiedenen Ausformungen des HTF signalisieren außerdem einen niedrigen Grad der Institutionalisierung, auch wenn das Gremium prinzipiell seit über einem Jahrzehnt in seinen verschiedenen Auslegungen bestand hat.

Eine klare Schwäche im institutionellen Design des HTF liegt darin, dass keine besonderen Mechanismen zur Qualitätssicherung vorgesehen sind. Die interne Abstimmung der Mitglieder und die Redaktion waren somit die eingeplanten Kontrollinstanzen. Darüber hinaus gab es keine Leitlinien oder Kodizes zur Integrität der Beratung, die konkret für das HTF Anwendung fanden. Hierdurch kommt die personelle und formale Unstetigkeit des Gremiums besonders schwer zu tragen, da durch die mangelnde Beständigkeit auch von innen heraus kein Blick auf das Verbesserungspotenzial nach Abschluss der Beratung möglich wurde.

Trotz dieser Schwäche kann dem HTF attestiert werden, dass es an kontemporäre Themen der Wissenschaftspolitik anschließt. Neben dem übergeordneten Thema Innovation spricht das Gremium über neue Anreizsysteme und Möglichkeiten, wie das Forschungssystem

¹³⁰² Fachforum Nachhaltiges Wirtschaften 2017, S. 2.

¹³⁰³ Vgl. <https://energiesysteme-zukunft.de/projekt/das-projekt-esys/> (13.01.2019)

¹³⁰⁴ Vgl. BT 2015a, S. 2.

finanziert werden kann.¹³⁰⁵ Darüber hinaus trägt des HTF auch zur Ökonomisierungsdiskussion bei und spricht sich für den Wettbewerb in der Wissenschaft aus.¹³⁰⁶ Zumindest angeschnitten werden die ethischen Knackpunkte, die durch CRISPR-Cas9 und künstliche Intelligenz bestehen oder mit Blick auf die Zukunft der Pflege.¹³⁰⁷ Expertise wird keine geliefert, lediglich der Hinweis ergeht, dass Diskussionsbedarf besteht. Durch das Fehlen der notwendigen Expertise zu diesen Themen hätte dem Ratschlag ohnehin die notwendige Durchschlagskraft gefehlt, sodass man auch hier von Bereitstellung von Überblickwissen sprechen sollte. Risikofragen und die Notwendigkeit der TFA adressiert das Gremium ebenfalls. Es kommt jedoch ein Beigeschmack auf, wenn das Fachforum Autonome Systeme die Risikodiskussion in Richtung von Wirtschaftlichkeit und Nutzerakzeptanz verschiebt.¹³⁰⁸ Im Rahmen des erweiterten Innovationsbegriffs spricht das Gremium jedoch wiederum von Innovation, die an die Verträglichkeit in allen gesellschaftlichen Teilschichten gekoppelt ist.¹³⁰⁹

6.4.3.) Schritt 2 – Deliberation

Auch wenn es sich beim HTF um kein rein wissenschaftliches Beratungsgremium handelt, sodass weder das Konzept des „Honest Broker“, „des Civic Scientist“ oder des „Visible Scientist“ vollständig Anwendung finden kann, finden sich verschiedenen Elemente der Konzepte hier wieder. Es gehörte zum Auftrag des HTF 2014 - 2017, die Wissenschaft in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Diese gesellschaftsorientierte Aussage entspricht dem Kernelement des „Civic Scientist“. Die Sichtbarkeit der renommierten Forschenden passt wiederum zum „Visible Scientist“. Der breite Gesamtansatz der Expertise lässt sich außerdem dem „Honest Broker“ zuordnen. Das HTF bildet somit eine Schnittmenge der drei idealtypischen Konzeptionen.

Für die Bezugnahme auf gesamtgesellschaftliche Interessen und die gemeinschaftliche Deliberation im Gremium wurden entsprechende strukturelle und prozedurale Grundlagen gelegt. Durch die Erweiterung der Definition von Innovation wurde durch das HTF eine entsprechende Arbeitsgrundlage bereitet, der die Einbindung der Zivilgesellschaft durch die Bundesregierung in die Struktur des Gremiums vorangegangen war. Die Meinungsbildung in den Fachforen wurde durch Anhörungen und Workshops ergänzt, an denen auch Vertretende der Zivilgesellschaft hinzugezogen wurden. Es gab jedoch keine Vorgaben im Mandat, wie und ob eine solche zu erfolgen hat. Die An- und Umsetzung entsprechender Maßnahmen lag in den Händen der Fachforen.

¹³⁰⁵ Vgl. HTF 2017a, S. 6.

¹³⁰⁶ Vgl. ebd., S. 4, 27 und 33.

¹³⁰⁷ Vgl. ebd., S. 50f.

Vgl. Fachforum Innovative Arbeitswelten im Hightech-Forum: Die Digitalisierung in der stationären Pflege – Impulse für personenbezogene Dienstleistungen. Berlin, 2017b. S. 9. (http://www.hightech-forum.de/fileadmin/PDF/hightech-forum_arbeitswelten_digitalisierung_pflege.pdf, 13.01.2019)

¹³⁰⁸ Vgl. <http://www.hightech-forum.de/aktuelles/2015-11-12/>, 13.01.2019)

¹³⁰⁹ Vgl. HTF 2017a, S. 9.

Zu den Kernelementen deliberativer Beratungsprozesse gehört eine repräsentativ aufgestellte Beratungsinstitution. Die Besetzungspolitik hinter dem HTF entspricht, gemessen an der Verteilung der Mitglieder, diesem Gedanken. War fast herrschende Parität ein guter Ausgangspunkt, schwächt die Besetzung an der Berufung durch die Beratungsempfängerin und in Teilen an der konkreten personellen Auswahl. Auch die im Beratungsprozess durch die Fachforen hinzugezogenen Expertinnen und Experten sowie die Mitarbeitenden zeichnen sich durch eine klar abweichende Gewichtung aus. Es scheint naheliegend, dass das Gremium freie Hand in der Einbeziehung außenstehender Ressourcen gehabt hat. Neben der Unwucht in der Verteilung externer Expertise spricht auch die unterschiedliche Nomenklatur für eine fehlende Strukturierung und Abstimmung in diesen Belangen. Auf der Habenseite steht jedoch die Steuerungsfähigkeit, die in den Händen der Beratenden lag und so die fachliche Robustheit der Expertise steigerte.

Das HTF zeichnet sich durch eine allgemein niedrige delegierte Repräsentativität aus. Die Mitglieder aus der Wissenschaft wurden nicht kooptiert, sondern durch die Bundesregierung handverlesen. Unter Berücksichtigung des Beratungsmandats und des selberklärten Auftragsverständnisses sollte die Expertise durch die Kooperation von Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft entstehen, weshalb die fast gleichmäßige Besetzungsverteilung beschlossen wurde. Hieran gemessen zeichnet sich das institutionelle Design des Gremiums am Ausgangspunkt durch deskriptive Repräsentativität aus.

Aus dem interdisziplinären Ansatz des HTF und der fast entsprechenden personellen Bestückung ging schlussendlich auch eine perspektivenkonvergente Expertise hervor. Der Ratschlag umfasst politische sowie fachliche Elemente und behält auch die Gesellschaft im Fokus. Damit erfüllt das HTF mit seinen Abschlusspublikationen einen Teil seiner Vorgabe. Anders sieht das bei dem abschließenden deliberativen Kernelement, den Verantwortungsstrukturen, aus. Rechenschaftspflichtig sind die Mitglieder des Gremiums ihren Peers und ihren jeweiligen Institutionen oder Organisationen gegenüber, als deren Vertretungen sie durch die Politik ausgewählt wurden. Aufgrund der hohen politischen Aufhängung des HTF und die Begleitung der Beratung durch die Bundesregierung ist die Arbeit des Gremiums deutlich exponiert, was die Bedeutung der institutionellen Rückbindung verstärkt. Auf Basis der Berufung sind die Beratenden natürlich auch der Empfangsseite verbunden. An dieser Stelle zeigen sich erneut Schwächen durch die fehlende Regulierung über Vorgaben im Mandat oder durch das institutionelle Design.

Mit Blick auf partizipative und deliberative Praktiken muss noch einmal hervorgehoben werden, dass die Implementierung der zivilgesellschaftlichen Mitglieder auf die Vorgabe aus der Politik hervorging. Die Partizipation auf Berufungsebene ist zeitgleich vom politischen Willen abhängig und kann, wie die neuste Version des HTF zeigt, auch wieder heruntergefahren

werden. Das genaue Maß der Steuerung der Beratungsprozesse durch die Beratungsempfängerin ist unklar. Es ist jedoch davon auszugehen, dass es selbstverständlich Abstimmungen, Anfragen oder Vorgaben aus der Politik gab, vor und während der Beratung. Gerade auch die Pressetermine zu den Messen legen diesen Verdacht nahe. Für die Mikrosteuerung der einzelnen partizipativen Elemente waren aber scheinbar die Fachforen selbst in der Leitungsposition.

Im Rahmen der Gestaltungsoptionen der Fachforen lag auch die Möglichkeit, externen Input einzubeziehen. Wie bereits dargelegt, haben die verschiedenen Arbeitsgruppen dafür auf unterschiedliche Formate zurückgegriffen. Neben Workshops gab es Anhörungen oder die Anfrage zur Internationalisierungsstrategie an große deutsche Wissenschaftsinstitutionen. Letzteres ist auch ein Beispiel dafür, dass praktische Wissensbestände für das HTF von Bedeutung waren. Die ausgewählten Mitglieder verfügten zumeist selbst über Praxiserfahrung in den spezifischen Themenfeldern ihrer Fachforen. Das Fachforum Digitalisierung und Gesundheit zeigt außerdem, dass praktischer Sachverstand Externer auch über direkte Zusammenarbeit an die Mitglieder hinzugezogen werden konnte.¹³¹⁰ Darüber führt das HTF zu einzelnen Themen auch Praxisbeispiele an, um seine Botschaft zu konkretisieren oder mit Best-Practise-Beispielen zu untermauern.¹³¹¹

Die Popularisierung von Wissen gelingt dem HTF nur bedingt. Mit der Pressestelle, die Teil der Geschäftsstelle war, gab es ein Sprachrohr, das neben den eigentlichen Inhalten auch den Beratungsprozess des Gremiums nach außen trug. Die Pressemitteilungen zu den Arbeitssitzungen des HTF wurden mit entsprechend arbeitssamen Bildmaterial unterlegt, das zeitgleich die Teilnahme relevanter Politikerinnen und Politiker unterstrich, um die Bedeutung des HTF zu betonen.¹³¹² Die Verantwortung der Textproduktion lag bei den Redaktionen der Fachforen sowie den Mitgliedern des HTF selbst. Diese waren personell gut ausgestattet. Insgesamt 40 Personen unterstützten die Fachforen redaktionell, die Leitlinien wurden unter Zusammenarbeit von zwölf Personen erarbeitet. Zusätzlich wurden für das Lektorat und das Kommunikationsdesign Agenturen eingekauft. Es ist somit unstrittig, dass vom HTF in dieser Hinsicht ein hoher Aufwand betrieben und umfassende Ressourcen investiert wurden. Jedoch handelt es sich bei diesen Maßnahmen um monodirektionale Bemühungen. Darüber hinaus wurden keine spezifisch publikumsgerechten Publikationen veröffentlicht. So sind die durchdacht strukturierten, bebilderten und visuell ansprechend gestalteten Veröffentlichungen mit Fachausdrücken gespickt, richten sich zeitgleich aber auch an die gesamte Gesellschaft, wodurch ein gewisses

¹³¹⁰ Vgl. Fachforum Digitalisierung und Gesundheit 2017, S. 16.

¹³¹¹ Vgl. HTF 2017b, S. 56f.

Vgl. Fachforum Internationalisierung 2017, S. 10ff.

¹³¹² Vgl. <http://www.hightech-forum.de/aktuelles/2016-04-13/> (13.01.2019)

Vgl. <http://www.hightech-forum.de/aktuelles/2017-03-10/> (13.01.2019)

Grundinteresse an der Thematik vorausgesetzt werden muss. Ein begleitendes Outreach-Programm wurde nicht aufgebaut, lediglich die Präsenz auf den Messen ist in diesem Bereich anzusiedeln. Darüber hinaus bestand zwar die Möglichkeit, die zu den jeweiligen Fachforen zugeordneten Referenten der Geschäftsstelle zu kontaktieren, dennoch lässt das HTF einen strukturierten Ansatz für ein Mehr an Dialog vermissen.¹³¹³

Dieser Eindruck setzt sich auch bei den digitalen Medien fort. Das HTF hat keinen eigenen YouTube-Kanal sondern nutzt den des Stifterverbands. Hier sind zu den Themen von vier Fachforen kurze Erklärvideos veröffentlicht, zusätzlich ist dort ein Video zum Gremium selbst und zum Innovationsbegriff zu finden.¹³¹⁴ Die Videos sind knapp gehalten, konzentrieren sich auf Kernaussagen und grundlegende Begriffe, um so dem häufig im Internet verlangten Häppchencharakter zu entsprechen. Andere dialogische Soziale Medien, wie beispielsweise Twitter, wurden nicht genutzt. So kam es auch dazu, dass eine der Lektoratsagenturen ihre Danksagung direkt an den Kanal der FhG richten musste.¹³¹⁵ Die Website des HTF wurde genutzt, um ergänzende Informationen zur Arbeit und den Themen des Gremiums zu verbreiten sowie die Publikationen der Fachforen bereitzustellen. Jede thematische Arbeitsgruppe war mit einer eigenen Unterseite vertreten. Auf dieser war ein inhaltlicher Abriss zum Fachforum, die Liste der Mitglieder und ein Kurzinterview mit dem Sprecher oder der Sprecherin des Fachforums zu sehen. Wo verfügbar, wurden weiterführende Mitglieder-Interviews und die oben erwähnten Videos auf YouTube verlinkt sowie die Publikationen des Fachforums eingestellt.¹³¹⁶ Auch hier werden die medialen Möglichkeiten zwar relativ umfassend, aber unidirektional und distributiv genutzt. Positiv ist dennoch anzumerken, dass die verfügbar gemachten Publikationen des HTF kostenlos und frei erhältlich waren. Neben den Zwischen- und Abschlussberichten wurden auch die vergebenen Studien und weitere informative Dokumente bereitgestellt. Es bestand auf diesem Weg die Möglichkeit, zusätzlichen Einblick in die Arbeit des Gremiums zu geben, wofür sich aber, wie oben dargestellt, nur das Fachforum Nachhaltiges Wirtschaften entschied.

Letztlich zeigt sich, dass sich die fehlende Bereitstellung eines Diskursraums auch hinsichtlich der Arenenbildung für die gesamtgesellschaftliche Diskussion fortsetzt. Die Themenbereiche Risiko und Ethik werden angeschnitten und auf deren Bedeutung sowie den Debattebedarf hingewiesen. Letztliche begnügt sich das HTF mit der Hinweisgebung und dem Verweis auf weiterführende Diskussionen, wie sie beispielsweise im Ethikrat erfolgen.¹³¹⁷ Diese Entscheidung sollte jedoch als konsequent eingestuft werden, da sich in der Aufstellung der

¹³¹³ Vgl. <http://www.hightech-forum.de/themen/kooperation-und-transfer/> (13.01.2019)

¹³¹⁴ Vgl. <https://www.youtube.com/user/Stifterverband/search?query=hightech-forum> (22.06.2019)

¹³¹⁵ Vgl. <https://twitter.com/besteworte/status/864415182138880000> (22.06.2019)

¹³¹⁶ Vgl. <http://www.hightech-forum.de/themen/kooperation-und-transfer/> (13.01.2019)

Vgl. <http://www.hightech-forum.de/themen/nachhaltiges-wirtschaften/> (13.01.2019)

¹³¹⁷ Vgl. HTF 2017a, S. 9 und 51.

Vgl. HTF 2017b, S. 39.

Mitglieder nicht der benötigte Sachverstand für eine fundierte Expertise zu diesen komplexen Themenfeldern abbildete. Bei „potenziellen Risiken für das Innovationssystem und dessen möglichen punktuellen Nachholbedarf“¹³¹⁸ sieht das Gremium außerdem die Politik in der Pflicht, diesbezüglich die Arenen zum gesamtgesellschaftlichen Austausch zu schaffen.

Anders gestaltete sich dies bei den Themen Fortschritt und Innovation aus, die ja Kernthemen der HTS und damit des HTF waren. Der Ratschlag des Gremiums setzt sich während der Beratungsphase in Tiefe hiermit auseinander, was offiziell jedoch mit dem Ende der Arbeit des Gremiums auch seinen Haltepunkt fand. Es wurden offiziell keine Mechanismen oder Formate zur Fortsetzung der Diskussionen eingeführt. Es verwundert, dass unter Berücksichtigung der Laufzeit der HTS keine Beständigkeit der Debatten herbeigeführt wurde, was letztlich aber auch zur fehlenden strukturellen Kontinuität des HTF selbst passt. Zentral für die Wirkungsmächtigkeit der Fortsetzung der thematischen Auseinandersetzung waren somit die Multiplikationswirkung der Mitglieder des Gremiums sowie die Strahlungswirkung der Expertise selbst. Das Fachforum Innovative Arbeitswelten betonte, dass die Partizipation von Expertinnen und Experten ebenfalls zu dieser Wirkung beiträgt.¹³¹⁹ Abseits der Sphären von Wirtschaft und Wissenschaft haben anschließende Debatten durch die Arbeit des HTF kaum Fuß gefasst.

6.4.4.) Schritt 2 – Interessenvertretung

Einer der Ansprüche hinter dem HTF war es, Forschung in die Mitte der Gesellschaft zu transportieren. Darüber hinaus vertritt es die neu positionierte und zur Gesellschaft geöffnete Wissenschaft, die auf Kommunikation und Transparenz setzt.¹³²⁰ Vor diesem Hintergrund erwächst ein besonderer Maßstab für das vertretene Bild der Wissenschaft, den es auf die Arbeit des Gremiums anzuwenden gilt.

Die Qualitätssicherungsmaßnahmen entsprechen dabei nicht den höchsten Ansprüchen. Es gibt keine Leitlinien für die Arbeit des Gremiums und von außen sind keine zusätzlichen Kontrollinstanzen abseits der Redaktionen des HTF und der Fachforen ersichtlich. Auf Basis der Stellung seiner wissenschaftlichen Mitglieder und ihrer institutionellen Zugehörigkeit muss daher das Vertrauen in die Qualitäten und Redlichkeit des Gremiums genügen. Im Zentrum der Qualitätssicherungsmaßnahmen stehen die gegenseitigen Kontrollen der Mitglieder und ihrer Zuarbeitenden. Ebenfalls unzureichend ist die Tatsache, dass das institutionelle Design keine Maßnahmen gegen Interessenvertretungsvorwürfe beinhaltet. Immerhin hatten die Fachforen Spielräume, um ihre Arbeit und die Hintergründe ihrer Mitglieder darzulegen.

¹³¹⁸ HTF 2017a, S. 39.

¹³¹⁹ Vgl. <http://www.hightech-forum.de/themen/innovative-arbeitswelten/> (13.01.2019)

¹³²⁰ Vgl. HTF 2017b, S. 20.

Diese daher nur freiwillige Maßnahme wurde letztlich nur vom Fachforum Nachhaltiges Wirtschaften genutzt. Ein Sanktionierungsmodell oder ein Modus fortlaufender Verbesserung der Arbeit des Gremiums lässt sich nicht erkennen.

Der schärfere Blick auf das institutionelle Design offenbart weitere Stärken und Schwächen des HTF. Als wesentliches Gremium der Bundesregierung ist das HTF hoch angesiedelt und über das BGremBG reguliert. Die Besetzung des Gremiums hätte daher paritätisch erfolgen sollen, was jedoch nicht erfüllt wurde. Letztlich hatte die Bundesregierung bis zum 01.01.2018, also nachdem der Beratungsprozess bereits abgeschlossen war, Zeit, diesen Umstand zu korrigieren.¹³²¹ Die Geschäftsstelle des HTF befand sich in Berlin und damit in unmittelbarer räumlicher Nähe zur Politik, aber nicht in Räumlichkeiten der Bundesregierung. Fehlende Distanz macht sich aber bereits seit Einsetzung des HTF 2014 – 2017 deutlich bemerkbar. So sieht sich das Fachforum Nachhaltiges Wirtschaften selbst als zugeordnetes Beratungsgremium. Natürlich lässt sich dies nicht einfach auf andere Fachforen oder das gesamte HTF ausweiten, dennoch ist es symptomatisch für seine enge Ansiedlung und das eigene Grundverständnis. Hierbei sollte nicht vergessen werden, dass Eingangs die Politik noch als Teil des Gremiums eingebunden werden sollte. Die gemeinschaftlichen Arbeitssitzungen des HTF liefen, wie die Pressemitteilungen zu den einzelnen Terminen zeigen, im Beisein der Politik ab.

Positiv ist erneut die Pluralität des Gremiums hervorzuheben, die zumindest für das HTF 2014 – 2017 Teil des institutionellen Designs war. Die Besetzung des Gremiums erfolgte mit Interessenbeteiligten aus Wissenschaft, Wirtschaft und verfasster Zivilgesellschaft. Trotz dieser Stimmenvielfalt im HTF sprach man am Ende nur eine gemeinsame Sprache. Minderheiten- oder Sondervoten waren nicht möglich. Die Publikationen der Fachforen verwiesen nur darauf, dass die Aussagen der jeweiligen Arbeitsgruppe nicht unbedingt der aller Beratenden des Gremiums entsprechen muss.¹³²² Somit wurde lediglich eine Hintertür zum nicht öffentlichen Dissens geöffnet.

Fehlende Unabhängigkeit macht sich auch in der Initiation der Beratung bemerkbar. Das HTF ist ein reaktives agierendes Gremium mit proaktiven Kapazitäten. Die Mitglieder wurden durch die Bundesregierung ausgewählt und berufen, hatten aber die Möglichkeit, Details des Mandats selbst auszufüllen. Die Einsetzung der Beratenden durch die Bundesregierung verlief hinter verschlossenen Türen, sodass der Prozess intransparent bleibt und man den öffentlich benannten Auswahlkriterien Glauben schenken muss. Auch bei der Einbeziehung externer Kräfte mangelt es an Transparenz und Nachvollziehbarkeit. Zwar werden in den meisten Fällen die Hinzugezogenen und Zuarbeitenden gelistet, jedoch benennt das Fachforum

¹³²¹ Vgl. BT 2015a, S. 3.

¹³²² Vgl. Fachforum Digitalisierung und Gesundheit 2017, S. 1.

Digitalisierung und Gesundheit diese Personen nicht namentlich, sondern spricht in seiner Abschlusspublikationen nur einen Dank aus:

„[...] Expertinnen und Experten aus universitären und privaten Gesundheitseinrichtungen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Krankenkassen, Branchenverbänden, Kammern, Patientenorganisationen, der Medizintechnik- und Pharmabranche, der Startup- Szene, aus Kanzleien und Unternehmensberatungen.“¹³²³

Gerade in Anbetracht dieser umfassend Liste erscheint eine Darstellung angebracht, um transparent zu machen, welche Personen und Einrichtungen ihre Stimmen in die Waagschale werfen durften. Die fehlende Transparenzbestimmungen machen sich hier schmerzhaft bemerkbar. Ebenfalls anzumerken ist, dass im Fachforum Autonome Systeme die Zivilgesellschaft aus der Verbraucherperspektive eingebunden wurde.¹³²⁴ Diese Entscheidung spricht für eine marktorientierte Perspektive des Fachforums und kommt mit dem gleichen Zungenschlag wie die Fokussierung der Risikodiskussion auf die Nutzerakzeptanz.

Neben dem Mangel an Standards bezüglich der Transparenz ergeben sich durch das institutionelle Design auch keine ersichtlichen Vorgaben zur Öffentlichkeitsorientierung. Zwar gibt es das oben erwähnte Mission Statement, Forschung in die Mitte der Gesellschaft zu bringen, jedoch wurde dieser Auftrag nicht mit Formaten und Prozessen hinterlegt. Lediglich die Einrichtung der Geschäftsstelle mit einer Presseabteilung lässt sich hier erwähnen.

Eine weitere Einschränkung im institutionellen Design ist die Abhängigkeit von der Beratungsempfängerin, die das Gremium initiiert, eingerichtet und besetzt hat. Entlastend sind hier wiederum erneut die Gestaltungskapazitäten der Fachforen zu nennen, die für Freiräume in der Ausgestaltung der Beratung sorgten. Auch die verfügbaren Ressourcen stärken das HTF, die jedoch, mit dem Stifterverband und der FhG, von Interessenbeteiligten bereitgestellt wurden. Zusätzliche Studien wurden außerdem durch das BMBF finanziert. So konnte das Gremium auf einer soliden Basis agieren, kann jedoch nicht als eigenständig angelegt beschrieben werden, da es von den Zuwendungen der großen Player abhängig war.

Die Arbeit des HTF und die dahinterliegenden Strukturen und Prozesse sind ausgewählt teiltransparent. Beispielsweise ist unklar, wie die Mehrheitsverhältnisse in den Fachforen und dem Gesamtgremium waren oder wie mit Abstimmungsschwierigkeiten umgegangen wurde, um finale Botschaften zu beschließen. Ein gemischtes Bild zeigt sich hinsichtlich personeller Transparenz. Die Besetzung der Geschäftsstelle und Zuarbeitende auf der Arbeitsebene der Fachforen und des HTF sind einsehbar. Auch die Unterstützungsstrukturen durch

¹³²³ Fachforum Digitalisierung und Gesundheit 2017, S. 16.

¹³²⁴ Vgl. Fachforum Autonome Systeme 2017, S. 191.

die FhG und den Stifterverband sowie auf den zweiten Blick anhand der Auftragsforschung auch durch das BMBF sind klar markiert oder gut ablesbar. Anders sieht es, wie bereits weiter oben anklang, bei der Einbeziehung von Externen aus. Der Mangel an zumindest auch öffentlich erkennbaren Vorgaben führt zu abweichenden Darstellungen und Nomenklaturen durch die Fachforen. Während das Fachforum Innovative Arbeitswelten in seiner Publikation zur Digitalisierung der Pflege den von ihm veranstalteten Workshop mit Teilnehmenden, ihrer institutionellen Zugehörigkeit sowie unter Angabe des Veranstaltungstitels und -datums auflistet, spricht das Fachforum Kooperationen und Transfer lediglich von „Konsultation ausgewiesener Experten im Bereich des Wissens- und Erkenntnistransfers“¹³²⁵ und gibt keine Namen oder Organisationen preis.¹³²⁶ Dies spricht zum einen für die lange Leine, die dem Gremium zur Ausübung der Beratung gelassen wurde, jedoch leidet die Qualität unter dem Fehlen von Standards. Komplette Unklarheit ist auch der Prozess hinter der Auswahl der Mitglieder. Die Verletzung dieses integralen Prinzips ist für die Bewertung in der Interessenvertretungsdimension stark abträglich.

Ebenfalls kritisch ist der mangelhafte Einblick in den aktuellen Stand der Arbeit und Themen des Gremiums abseits der Pressemitteilungen, Zwischen- und Abschlussberichte. Es gibt keine Einsicht zu den Themen von Sitzungen, Protokolle oder Mitschriften werden nicht öffentlich vorgehalten. Im Angesicht der selbst gestellten Ansprüche und Expertise ist daher die Formulierung „visuelles Protokoll“¹³²⁷ für eine Fotogalerie zur Sitzung des HTF vom 24.03.2016 unglücklich gewählt. Bei der Minimierung der Öffentlichkeit der Sitzungen handelt es sich aber um eine bewusste Entscheidung der Bundesregierung, die mit dem Argument vertreten wird, die Diskussionsfähigkeit des Gremiums nicht einzuschränken, was „den üblichen Gepflogenheiten bei Beratungsgremien verschiedener Art“¹³²⁸ entspricht. Die vom Fachforum Nachhaltiges Wirtschaften veröffentlichten Dokumente belegen hingegen, dass Möglichkeiten bestanden, die jedoch bei weitem nicht ausgeschöpft wurden. Ergänzend angemerkt werden sollte auch, dass der Zwischenbericht des Fachforums Effektivität des Innovationssystems und Innovationskraft des Mittelstands, der auf der vierten Sitzung des HTF präsentiert wurde, nicht publiziert wurde.¹³²⁹

Unter Berücksichtigung der intransparenten Besetzung des Gremiums durch die Beratungsempfängerin erscheint ein offensiver Umgang mit der Darlegung potenzieller Interessenkonflikte durch die Mitglieder besonders wichtig. Auf der Website zur Vorstellung des HTF werden die Berufenen zumeist mit nur einer Funktion gelistet. Das dies auch anders möglich gewesen wäre, zeigen Angela Friederici, Andreas Barner und Ansgar Klein.¹³³⁰ Erneut soll an

¹³²⁵ <http://www.hightech-forum.de/themen/kooperation-und-transfer/> (13.01.2019)

¹³²⁶ Vgl. Fachforum Innovative Arbeitswelten 2017b, S. 10.

¹³²⁷ <http://www.hightech-forum.de/aktuelles/2016-03-24/> (13.01.2019)

¹³²⁸ BT 2015a, S. 3.

¹³²⁹ Vgl. <http://www.hightech-forum.de/aktuelles/2016-04-13/> (13.01.2019)

¹³³⁰ Vgl. <http://www.hightech-forum.de/die-mitglieder/> (13.01.2019)

dieser Stelle auch noch die Bereitstellung der Lebensläufe durch das Fachforum Nachhaltiges Wirtschaften erwähnt werden, aus denen die Hintergründe seiner Mitglieder klar hervorgehen. Die institutionelle Zugehörigkeit von Redaktionsmitgliedern wird von allen Fachforen, die Publikationen produziert haben, benannt.

Für ein externes Gremium zeichnet sich das HTF durch eine enge Anbindung an die Politik aus. Dies liegt nicht nur an der Koppelung des Mandats an die aktuelle Legislaturperiode. Durch die Besetzungspolitik und die Herkunft der Ressourcen des Gremiums wurden weitere Abhängigkeiten geschaffen, darunter auch zum BMBF. Dem entspricht die oben genannte Selbstbeschreibung des Fachforums Nachhaltiges Wirtschaften. Besonders offensichtlich ist die Rolle der Politik in der korporatistischen Ausrichtung in der Frühphase des HTF 2014 – 2017. Auch wenn die Beteiligung der Politik offiziell nicht mehr zum Kern des Gremiums gehörte, blieb die Politik stark in den Fachforen vertreten, zum Teil sogar im „Arbeitsstab“¹³³¹ und nahm an den Sitzungen des HTF teil. Es ist unklar, welchen Einfluss die Politik auf die Expertise des HTF hierdurch haben konnte. Die unterschiedlichen Bezeichnungen für die Beteiligung sorgen dafür, dass die Eingriffstiefe nur schwer fassbar und vergleichbar ist, wodurch vermeidbare Unsicherheiten in der Interpretation der Arbeit des Gremiums entstehen. Ebenfalls nicht für Außenstehende ersichtlich ist, welche Vorgaben es bezüglich des Beratungsprozesses gab und inwieweit dieser durch die Bundesregierung oder andere Interessenbeteiligte vorgeformt werden konnte. Eindeutig möglich ist dies bei der Veröffentlichung der Expertise des HTF. Die Kopplung des Mandats an die Legislaturperiode umfasste auch die Publikation der Expertise in diesem vordefinierten Zeitraum. Die Veröffentlichung der Abschlussdokumente erfolgte durch das HTF als Herausgeberin.¹³³² Offensichtlich war auch das besondere Interesse an einzelnen Schwerpunkten, wie Autonome Systeme oder Nachhaltiges Wirtschaften. Hierdurch wurde der Beratungsprozess politisiert, weil die Herstellung von Öffentlichkeit dem Imagegewinn der Beteiligten diene.

Ebenfalls unglücklich mit Blick auf die Markierung von Wertungen ist die wiederholte Betonung des Handlungsdrucks, den das Gremium für die Politik identifiziert. In Kombination mit Forderungen, die das HTF an die Politik richtet und der Aussage von Ministerin Wanka, dass es nun um die Umsetzung der Expertise gehen müsse, ergibt sich ein schwieriges Bild, das durch die Teiltransparenz des Gremiums weiter eintrübt. Unter Berücksichtigung der Relevanz der Thematik, der Aufhängung des HTF sowie der Vielzahl an beteiligten Personen und Institutionen hätte man hier mehr Vorsicht walten lassen müssen.

¹³³¹ Fachforum Nachhaltiges Wirtschaften 2017, S. 12.

¹³³² Vgl. HTF 2017a, S. 56.

Vgl. HTF 2017b S. 68.

6.4.5.) Schritt 3 – Beurteilung

Das HTF 2014 – 2017 ist laut BMBF eines seiner wichtigsten Beratungsgremien. Es steht sinnbildlich für die Kongruenz von Wissenschaft und Wirtschaft in der Innovationspolitik. Das HTF bekräftigt die Mechanismen der Neuen Governance und steht für eine neuausgerichtete Wissenschaft, die zusammen mit Wirtschaft und Gesellschaft Expertise erarbeitet. Oberflächlich wirkt sie daher wie eine ideale Beratungseinrichtung, zeigt im Detail aber Schwächen.

Der zentrale Auftrag des HTF ist die Beratung der Bundesregierung zur HTS. Hierzu bringt es die Expertise eines renommierten und gut vernetzten Personals aus Wissenschaft, Wirtschaft und verfasster Zivilgesellschaft zusammen. Zusätzlich bezieht es externen Sachverstand ein, um Lücken zu schließen und zusätzliche Stimmen abzubilden. Hierdurch verfügt das HTF über das für seinen Auftrag notwendige Wissen in Breite und Detailfragen. Es hat Zugriff auf Praxiswissen und generiert Metaexpertise. Das Wissen von Laiinnen und Laien spielt keine direkte Rolle, da nur die verfasste Zivilgesellschaft eingebunden wurde.

Die größte Schwäche in der Veranlagung des HTF liegt in der Lancierung und Besetzung der Beratung durch die Bundesregierung. Auf Mitgliederebene wurde das HTF fast paritätisch bestückt und mit einem weiten Mandat ausgestattet, das zusätzlich ausgefüllt werden konnte und mit klarer zeitlicher Begrenzung versehen war. In der Außenkommunikation wurde es nicht geschafft, den Beratungsauftrag griffig darzustellen. Das HTF wurde durch assoziierte Organisationen mit einer Geschäftsstelle ausgestattet und durch das BMBF finanziell unterstützt, wodurch ein Abhängigkeitsverhältnis bestand. Außerdem zeichnet sich das HTF durch Unstetigkeit aus, da auch nach dem HTF 2014 – 2017 von einer erneuten Umbruchphase gesprochen werden muss. Für die Bearbeitung drängender Fragen der Wissenschaftspolitik zeigt sich das HTF dennoch gut aufgestellt und verweist bei ethischen Debatten auf dafür ausgestattete Stellen.

Die Auswertung der Dimension Deliberation zeigt, dass die Gesellschaftsperspektive durch den sozialen Innovationsbegriff und den partizipativen Grundgedanken von grundlegender Bedeutung ist. Hinzu kam der Auftrag, Forschung in die Mitte der Gesellschaft zu tragen, auch wenn nicht hinterlegt wurde, was darunter zu verstehen ist. Konzeptuell eine Mischung aus „Civic Scientist“, „Visible Scientist“ und „Honest Broker“ konnte dennoch eine perspektivenübergreifende Expertise erarbeitet werden. Jedoch dämpft die Besetzungspolitik deliberative Effekte, außerdem ist das HTF nur schwach delegiert repräsentativ. Die Bindung an Institutionen und Peers ist dennoch zentral für die Rechtfertigungsstrukturen des Gremiums.

Die Fachforen hatten die Möglichkeit, partizipative Formate einzusetzen, um externe Positionen einzubeziehen. Das HTF verfügte über eine Pressestelle und konnte auf eine Vielzahl an Redaktionsmitarbeitenden zurückgreifen, die von den assoziierten Organisationen und Institutionen gestellt wurden. Die Publikationen des HTF sind visuell aufwändig und entstan-

den in Unterstützung von Kommunikationsagenturen. Digitale Medien wurden allerdings überwiegend distributiv eingesetzt. Unbeantwortet bleibt daher die Frage, ob das HTF die Öffentlichkeit auch effektiv erreichen konnte. Durch die Multiplikationswirkung der Mitglieder dürfte die Resonanz in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft stärker ausgefallen sein. Immerhin sind die Publikationen kostenlos und über die Website niederschwellig verfügbar gemacht worden. Die Öffentlichkeitsorientierung bleibt auch hinter den Möglichkeiten zurück, da abseits der Messepräsenz keine entsprechenden Formate eingeführt wurden. Auch die Einrichtung von Arenen zur weiterführenden gesamtgesellschaftlichen Diskussion der Themen rund um die HTS ist nicht erfolgt.

In der Interessenvertretungsdimension machen sich die Schwächen im institutionellen Design, die sich unter anderem aus mangelnder Regulierung und vor allem der Besetzungspolitik ergeben, stark bemerkbar. Abseits persönlicher Verantwortung und der gegenseitigen Kontrolle durch die Mitglieder und Redaktionen fehlen Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Weiterentwicklung. Das institutionelle Design des HTF sieht auch keine besondere Absicherung gegen Interessenvertretungsvorwürfe vor. Die Fachforen hatten den Freiraum, transparente Strukturen einzuziehen, was jedoch zu wenig genutzt wurde, obwohl das Gremium selbst die Bedeutung von Transparenz herausstellt. Der größte Malus ist jedoch der Besetzungsmodus durch die Beratungsempfängerin, aber auch die streckenweise fehlende Transparenz in der Einbindung Externer ist anzukreiden. Außerdem bleibt die Dissensfähigkeit des Gremiums hinter der Stimmvielfalt, die das HTF mit seinen Mitgliedern und den hinzugezogenen Expertinnen und Experten darstellt, unter seinen Möglichkeiten. Die lückenhafte Transparenz ist letztlich ein bewusst von der Bundesregierung eingesetztes Element, um, so das Argument, die Diskussionsfähigkeit des Gremiums zu gewährleisten.

Das HTF 2014 – 2017 war zunächst korporatistisch angesetzt, die Politik sollte eine gestaltende Rolle spielen. Dies wurde offiziell gestrichen, dennoch blieben die Ministerien stark eingebunden. Der Umfang und die Tiefe des Einflusses der Politik auf die Arbeit des HTF ist von außen nicht zu erkennen. Es ist unklar, wie stark es beeinflusst oder gelenkt wurde. Auch deswegen ist die Politisierung des Gremiums als hoch einzuschätzen.

Bei der Beurteilung der Passfähigkeit in das deutsche System zeigt sich, dass das HTF ein konsensorientiertes Gremium ist, das eine Vielzahl an Perspektiven in zwei Abschlusspublikationen zu einer Stimme gebündelt hat. Die Taktung des Beratungsprozesses wurde dabei durch die Politik vorgegeben. Die komplexe Thematik wurde in Fachforen aufgebrochen, die auf ihre jeweiligen Netzwerke zurückgreifen konnten, um Inhalte zu erarbeiten und abzustimmen. Das HTF war hoch angesiedelt und wurde in seiner Arbeit durch die Politik flankiert, was seiner Stellung weiteren Auftrieb verpasste. Die Bundesregierung ist klar als primäre Beratungsempfängerin auszumachen. Auch die offenen Unstimmigkeiten mit dem Parlament unterstreichen, dass das HTF eine Exekutivberatungsinstanz ist.

Mit dem Fundament der Sozialen Innovation an der Schnittstelle zwischen den gesellschaftlichen Subsystemen und der Beteiligung der Zivilgesellschaft im Gremium ist das HTF prinzipiell in der Lage, ein breites Bild der Gesellschaft wiederzugeben. Marktorientierte Nuancen und die ungleiche Verteilung der hinzugezogenen Expertise rücken die Beratung jedoch näher an die Wissenschaft und die Wirtschaft. Auch deswegen und aufgrund seiner Politisierung entspricht das HTF nicht dem Leitbild der neutralen Wissensvermittlung. Es eignet sich auch nicht als Beratungsinstanz für ethische Fragestellungen oder TFA, ist sich dessen jedoch bewusst und betont unter Verweis auf den Diskussionsbedarf die Relevanz dieser Fragen und die Notwendigkeit der gesamtgesellschaftlichen Deliberation.

Die zentrale Aufgabe des HTF war die Beratung der Bundesregierung, bei der auch die Gesellschaft einbezogen und erreicht werden sollte. Im Vergleich zu seinem Vorgänger war die Gesellschaft zwar endlich im Gremium vertreten, dennoch scheitert das HTF an diesem zentralen Anspruch. Die Vertretungen der verfassten Zivilgesellschaft sind handverlesen und die Gesellschaft nur Rezipientin in zweiter Reihe oder sogar explizit ausgeklammert. Unter Berücksichtigung des Beratungsmandats ist das zwar nicht verwunderlich, gemessen am modernen Maßstab aber unzureichend. Sinnbildlich sind hier die fehlen Publikationen des thematisch hoch anschlussfähigen Fachforums Herausforderungen und Erfolgsfaktoren für Kooperation und Transfer. Außerdem ist eine geringe Nachhaltigkeit des Gesellschaftsbezug zu befürchten, da Partizipation im HTF selbst keine Kontinuität findet. Das BMBF hat mit der Neuauflage des Gremiums eines der Kernelemente der Version 2014 – 2017 wieder zurückgerollt. Für den Anspruch, den gesellschaftlichen Diskurs mitgestalten zu wollen, arbeitet das HTF medial zu monodirektional und eröffnet keine nachhaltigen Diskussionsflächen.

Mag das Gremium auf dem Papier deskriptiv repräsentativ sein, haben die Schauplätze Wissenschaft und Wirtschaft am Ende klares Mehrgewicht. Weiterführende gesellschaftsrelevante Aspekte bleiben dabei Nebenschauplätze. Hierbei ist es eine schlechte Wahl, wenn innovationsverbundene Risiken, als eine der für Deutschland zentralen wissenschaftspolitischen Fragen, unter dem Aspekt der Akzeptanzbeschaffung beleuchtet wird. Das HTF läuft Gefahr, dass der Gesellschaftsbezug plakativ verpufft und nicht zu konkreten Implementierungsschritten führt. Auch die Politisierung des Gremiums ist ein Problem. Obwohl die Fachforen die Möglichkeit hatten, Themenschwerpunkte und Prozesse festzulegen, bleibt es unklar, ob und welche Vorgaben es durch die Beratungsempfängerin gab. Somit ist es nicht auszuschließen, dass inhaltliche Richtlinien erteilt wurden, die den Ratschlag des HTF vorformten.

Es entspricht natürlich dem Geist des Politischen, auf seine Expertinnen und Experten zu verweisen und damit Entscheidungen zu legitimieren und Aktionsfähigkeit zu demonstrieren. Expertise kann ihre Wirkungsmächtigkeit zur gesamtgesellschaftlichen Deliberation auch nicht in der Dunkelkammer entfalten. Die Dosierung der Öffentlichkeit durch Teiltransparenz passt nicht zum theoretischen Ideal freier Beratung. Sie passt jedoch zum Bild der politischen

Realität, nach dem die Öffnung von Debatten diese verzerren und politisieren kann. Dennoch muss unterstrichen werden, dass die Möglichkeit bestand, transparente Darstellungen einzuführen, wodurch man Schwächen im institutionellen Design hätte ausmerzen können. Diese Verfehlung ist den Fachforen anzukreiden. Unter dem Strich gelingt es dem HTF 2014 – 2017 nicht, die drei Bewertungsdimension zu versöhnen und den ihm gestellten Auftrag vollumfänglich zu erfüllen.

6.5.) Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB)

6.5.1.) Schritt 1 – Verortung und Kategorisierung

Die TA ist von besonderer Bedeutung für die Politikberatung in der deutschen Wissenschaftspolitik. Weltweiten Vorbildcharakter hatte die Einrichtung des OTA im Jahr 1972, das den U.S.-amerikanischen Kongress beriet. Auch in der Bundesrepublik bildete dies den Ausgangspunkt einer Debatte um die Frage, wie das Parlament in Fragen zu Technologie, Fortschritt, Wissenschaft und den damit verbundenen Risiken beraten werden kann. Die Einrichtung des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) war das Ergebnis dieser Diskussion im Deutschen Bundestag.¹³³³

Es sollten jedoch weitere 14 Jahre vergehen, bis 1986 die EK Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung ihre Vorschläge zur Einrichtung einer dem Parlament zugeordneten Beratungsinstanz veröffentlichte.¹³³⁴ Ohne Beschluss zu dem Vorgang fand die Thematik in der EK Gestaltung der technischen Entwicklung: Technikfolgenabschätzung und -Bewertung von 1987 bis 1989 Fortsetzung.¹³³⁵ Nachdem das Parlament bereits seit den 1970ern über die notwendige institutionelle Form diskutiert hatte, kam es auf Basis der Ergebnisse der EK zu dem Beschluss, den Ausschuss für Forschung und Technologie mit der Aufgabe zu betreiben, „parlamentsbezogene Technikfolgen-Abschätzungen und -Bewertungen anzuregen und politisch zu steuern“¹³³⁶. Der Ausschuss, der in diesem Zuge in den Ausschuss für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung umbenannt wurde, sollte diese Aufgabenstellung an eine „anerkannte wissenschaftliche Institution außerhalb des Deutschen Bundestages“¹³³⁷ delegieren. Hierzu wurde die GO-BT um § 56a erweitert. Gemäß diesem hat der Ausschuss ebenfalls die Funktion, die Expertise für die parlamentarische Nutzung „aufzubereiten und auszuwerten“¹³³⁸

¹³³³ <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/ueber-uns/geschichte.html> (05.07.2019)

¹³³⁴ Vgl. BT 1986.

¹³³⁵ Deutscher Bundestag (BT): Bericht und Empfehlungen der Enquete-Kommission „Gestaltung der technischen Entwicklung; Technikfolgen Abschätzung und -Bewertung“ gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 5. November 1987. Drs. 11/4606. Bonn, 1989a.

¹³³⁶ Deutscher Bundestag (BT): Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Forschung und Technologie (18. Ausschuß) zum Bericht und Empfehlungen der Enquete-Kommission „Gestaltung der technischen Entwicklung; Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung“ gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 5. November 1987. Drs. 11/5489. Bonn, 1989b. S. 2.

¹³³⁷ Ebd., S. 2.

¹³³⁸ Vgl. BT 2020, § 56a Abs. 1.

und grundsätzliche Verfahrensregeln für entsprechende Analysen zu verfassen und über diese zu bescheiden.¹³³⁹ Diese Grundsätze wurden 2010 im Rahmen der 20-jährigen Bilanzierung des TAB veröffentlicht.¹³⁴⁰

Die TA des Bundestags wurde durch die Arbeit der EK grundlegend gerahmt. Die einzurichtende Institution sollte auch dazu dienen, das Informationsdefizit der Legislative zu verringern, die Rolle des Parlaments in Fragen von Wissenschaft und Technologie zu stärken und eine Möglichkeit zu bieten, die Arbeit der Regierung besser kontrollieren zu können. Aber auch die Öffentlichkeit und ihre kritische Stellung dem Fortschritt gegenüber hatte man auf der Agenda. Durch die TA wollte der Bundestag öffentliche Debatten aktiver mitgestalten, um Vertrauen, das man verspielt hatte, zurückzugewinnen und den Dialog mit der Gesellschaft zu vertiefen.¹³⁴¹ Im Angesicht des technischen Fortschritts und des stark erhöhten Informationsbedarfs kam für dieses Aufgabenfeld nur eine institutionalisierte Beratungsinstanz in Frage, die extern angesiedelt sein sollte, um einen hohen Grad der Autonomie zu ermöglichen.¹³⁴² Andere europäische Parlamente integrierten die TA hingegen in ihre Verwaltung oder gründeten Einrichtungen, die TA-Expertise durch Dritte vermitteln und organisieren.¹³⁴³ Die externe Verortung sollte die Bindung an die Wissenschaft stärken, administrative Beweglichkeit ermöglichen und die Politisierung der Beratung durch die Parteien abdämpfen.¹³⁴⁴ Hierzu hielt man es auch für zwingend, die neue Institution nicht an Legislaturperioden zu binden. Daher entschied man sich für ein entsprechend zeitlich abgekoppeltes Vergabeverfahren, da man auch nicht den Aufbau eines neuen Instituts oder einer externen Beratungseinheit beginnen wollte. Auf diesem Weg sollte auch gewährleistet werden, dass man arrivierte Strukturen nutzt, um den eigenen Bedarf auf diesen aufzubauen.¹³⁴⁵ Die Abteilung für Angewandte Systemanalyse des Kernforschungszentrums Karlsruhe, heute Karlsruher Institut für Technologie (KIT), erhielt 1990 erstmalig den Zuschlag, ein Büro einzurichten und zu betreiben.¹³⁴⁶ Der Vertrag mit zunächst dreijähriger Probezeit wurde zwischen dem Bundestag und dem KIT unterzeichnet. Nach positiver Evaluation wurde das TAB verstetigt, das bis heute auf Vertragsbasis mit

¹³³⁹ Vgl. BT 2020, § 56a Abs. 2.

¹³⁴⁰ Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss) gemäß § 56 a der Geschäftsordnung. Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag – Eine Bilanz. Drs. 17/3010. Berlin, 2010b. S. 47ff.

¹³⁴¹ Vgl. BT 1986, S. 16

Vgl. BT 2010b, S. 5f.

¹³⁴² Vgl. BT 1989b, S. 6.

¹³⁴³ Vgl. Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): Brief Nr. 43. Berlin, 2014. S. 5.

¹³⁴⁴ Vgl. Redaktion Datenhandbuch im Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages (RDP): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages. Onlineausgabe seit 1990. Kapitel 11.7 - Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag. Stand: 15.11.2016. Berlin, 2017. S. 1. (https://www.bundestag.de/resource/blob/196234/8e0693de6daa0808d1db66d57f1a777a/Kapitel_11_07_B__ro_f__r_Technikfolgen-Absch__tzung-data.pdf, 05.07.2019)

¹³⁴⁵ Vgl. BT 1989b, S. 6.

¹³⁴⁶ Vgl. RDP 2017, S. 1.

jeweils fünfjähriger Laufzeit agiert und vom Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) des KIT betrieben wird.¹³⁴⁷ Mit Beschluss des Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (ABFTA) vom 06.06.2018 ging die Beauftragung für den Zeitraum 01.09.2018 bis zum 31.08.2023 nach öffentlicher Ausschreibung der Vergabe nach Karlsruhe.¹³⁴⁸ Als Konsortialmitglieder unterstützen das Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gGmbH (IZT) und der VDI/VDE Innovation und Technik GmbH (VDI/VDE-IT) das TAB. Das IZT bringt seine Expertise für partizipative Elemente und den Gesellschaftsdialog ein, während der VDI/VDE-IT für sogenannte Horizon-Scannings zuständig ist.¹³⁴⁹ Als Beratungseinheit des Parlaments hat das TAB seinen Standort in Berlin.¹³⁵⁰

Die Verfahrensregeln des Bundestags legen für die TA vier Zielsetzungen fest: 1.) vorausschauende Analyse des wissenschaftlich-technologischen Fortschritts und dessen Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft sowie der mit ihm verbundenen Risiken, 2.) Glückbedingungen der Innovation analysieren, 3.) Unterstützung der gesamtgesellschaftlichen Diskussion sowie Bewertung von Technologie und Wissenschaft und 4.) Entwicklung und Aufzeigen von parlamentarischen Handlungsoptionen sowie -bedarfen.¹³⁵¹ Aus Sicht des TAB soll TA:

„Wechselwirkungen von wissenschaftlich-technischen Entwicklungen, gesellschaftlichen Prozessen aller Art – kulturell, ökonomisch, sozial, politisch – und der natürlichen Umwelt vorausschauend [zu] erfassen und mit Blick auf zukünftige Potenziale und Herausforderungen [zu] analysieren“¹³⁵².

Abhängig vom Mandat und dem Zielpublikum kann sie dabei neutrales Wissen erzeugen, öffentliche Diskurse anregen oder „konkrete[r] Handlungsoptionen für Politik, Verwaltung oder für die Wirtschaft“¹³⁵³ erarbeiten. Um diese Aufgabenstellung zu bewerkstelligen, muss die TA einen interdisziplinären Ansatz verfolgen und wissenschaftliche sowie nichtwissenschaftliche Expertise für ein möglichst breites Wissensfundament vereinen. Sie betrifft vor allem Forschung und hier insbesondere den Grundlagenbereich, da hier durch ausgeprägtes Nichtwissen Risikopotenziale bestehen.¹³⁵⁴ Es ist explizit angedacht, dass externer Sachverstand hinzugezogen wird, um den Untersuchungsgegenstand umfänglich analysieren zu können.¹³⁵⁵

¹³⁴⁷ Vgl. BT 2010b, S. 6 und 12.

Vgl. <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/ueber-uns/organisation.html> (05.07.2019)

¹³⁴⁸ Vgl. Deutscher Hochschulverband (Hrsg.): Forschung und Lehre. 2/18. Bonn, 2018. S. 109.

Vgl. Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): Brief Nr. 49. Berlin, 2018., S. 3.

¹³⁴⁹ Vgl. RDP 2017, S. 1.

¹³⁵⁰ Vgl. Deutscher Hochschulverband 2018, S. 109.

¹³⁵¹ Vgl. BT 2010b, S. 48f.

¹³⁵² TAB 2014, S. 4.

¹³⁵³ Ebd.

¹³⁵⁴ Vgl. ebd.

¹³⁵⁵ Vgl. RDP 2017, S. 1.

Die Projekte des TAB und damit die Themen der TA sind in verschiedene Schwerpunktbereiche gebündelt. Unter Berücksichtigung der bis 2017 abgeschlossenen Berichte konnte folgende Verteilung über die Themenfelder festgehalten werden: 41 Berichte zu Energie, Ressourcen und Umwelt, 33 Berichte zu Technik, Gesellschaft, Innovation, 33 Berichte zu Informations- und Kommunikationstechnik, 28 Berichte zu Bio- und Medizintechnologie, 27 Berichte zu Ernährung, Landwirtschaft, Grüne Gentechnik, 8 Berichte zu Transport und Verkehr sowie 20 Berichte zu verschiedenen Themen, wie z.B. Tourismus, die Sommerzeit oder die Automobilindustrie.¹³⁵⁶

Auch seit der Institutionalisierung ist die Nachfrage nach TA beim TAB stetig gewachsen.¹³⁵⁷ Die zunehmende Bedarfslage ist auch aus Sicht des Parlaments interfraktionell anerkannt.¹³⁵⁸ Die Kapazitäten zur TA können das Interesse nicht vollständig bedienen, sodass nur ein Drittel aller Projektanträge die Filter erfolgreich durchläuft.¹³⁵⁹ Für den Zeitraum von 1990 bis 2009 ergab die hausinterne Bilanzierung, dass jährlich im Durchschnitt sieben bis acht Berichte publiziert wurden.¹³⁶⁰ In der genaueren Betrachtung zeigen sich jedoch Ausreißer. 2002 gab es beispielsweise 13 Berichte, 1998 konnten hingegen nur drei verzeichnet werden.¹³⁶¹ Die Zahlen, die dem aktuellen Tätigkeitsbericht entnommen werden können, liegen demnach unter dem Trend. Ebenfalls aufgeschlüsselt wurden hierbei die weiteren Publikationen des TAB. Demnach wurden von Anfang 2016 bis März 2018 neun Arbeitsberichte, zwei Hintergrundpapiere, zwei Horizon-Scannings, zwei Stakeholder Panel Reports, zwei TAB-Briefe sowie zwei Buch- und sieben TAB-Fokus-Ausgaben veröffentlicht. Im selben Zeitraum wurden dabei insgesamt 17 Projekte gestartet und 13 abgeschlossen.¹³⁶²

Als Grundlage für die Untersuchungen dienen verschiedene Leitfragen: Wie ist der aktuelle Stand der Wissenschaft bzw. der Entwicklung einer Technik und ihrer Nutzbarkeit? Welche Standorts- und Wettbewerbsfragen sind mit dem Thema verbunden? Inwiefern sind Gesundheit, gesetzlich geschützte Güter und Interessen oder die Gesundheit von Mensch, Flora und Fauna potenziell oder konkret betroffen? Hieran gekoppelt ist natürlich auch die Frage nach Regulierung, ethischen Debatten und der gesellschaftlichen Wertelage.¹³⁶³ Daneben muss das TAB auch in der Lage sein, Fragen zur Nachhaltigkeit zu adressieren.¹³⁶⁴ Es ist

¹³⁵⁶ <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/ueber-uns/themenfindung.html> (05.07.2019)

¹³⁵⁷ Vgl. TAB 2014, S. 7.

¹³⁵⁸ Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Stenografischer Bericht 155. Sitzung. Plenarprotokoll 18/155. Berlin, 2016. S. 15237. Vgl. BT 2010b, S. 16.

Vgl. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2016/kw07-de-technikfolgen-406594> (05.07.2019)

¹³⁵⁹ Vgl. BT 2010b, S. 16.

¹³⁶⁰ Vgl. ebd., S. 21.

¹³⁶¹ Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (19. Ausschuss) gemäß § 56a der Geschäftsordnung. Technikfolgenabschätzung (TA) Beratungskapazität Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag – ein Erfahrungsbericht. Drs. 14/9919. Berlin, 2002a. S. 10.

¹³⁶² Vgl. Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): Das TAB in den Jahren 2016/2017. Arbeitsbericht Nr. 178. Berlin, 2018a. S. 4 und 29f.

¹³⁶³ Vgl. BT 2010b, S. 7.

¹³⁶⁴ Vgl. Deutscher Hochschulverband 2018, S. 109.

somit kein wissenschaftspolitisches Beratungsgremium, sondern eins, das seine Beratungsleistung über verschiedene Policy-Felder erstreckt.¹³⁶⁵

In der Arbeitsperiode 2013 – 2018 erfolgten umwälzende Weichenstellungen für das TAB. Erstmals wurden mit dem IZT und dem VDI/VDE-IT Konsortialverträge geschlossen und mit dem Horizon-Scanning eine moderne Methodik zur Technikvorausschau eingeführt. Der Dialog mit der Gesellschaft zum Austausch von Erfahrungen und Meinungen sollte weiter systematisiert werden. Mit dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) gab es in dieser Arbeitsperiode außerdem ein drittes Konsortialmitglied. Das Parlament hatte sich darauf verständigt, einen verstärkten Blick auf die Nachhaltigkeitsdimension der TA zu werfen, wofür das UFZ seine Kapazitäten besteuerte.¹³⁶⁶ Für die aktuelle Arbeitsperiode wurde die Kooperation mit dem Helmholtz-Zentrum nicht erneuert. Dennoch soll das Formatportfolio des TAB für Themensuche, die Analysen und die Veranstaltungen des Büros weiter ausgebaut und der Austausch mit der Gesellschaft weiter vertieft werden.¹³⁶⁷

Der ABFTA, als für die TA zuständiger Ausschuss, ist das zentrale Steuergremium für das TAB und auch die Anlaufstelle für Themenvorschläge aus den Fraktionen, Arbeitsgruppen oder anderen Ausschüssen.¹³⁶⁸ Das KIT und das ITAS haben keine Weisungsbefugnis dem TAB gegenüber.¹³⁶⁹ Aus dem ABFTA geht die Berichterstattergruppe TA hervor, in der jede Fraktion mit einem Mitglied vertreten ist. Sie dient der Vorbereitung von Entscheidungen zur TA und der Arbeit des TAB. In ihrer Übersichtsfunktion diskutieren die Berichterstattenden inhaltliche, strategische sowie prozedurale Aspekte und sind für die Koordination der TA-bezogenen Aktivitäten zuständig. Hierzu finden auch monatliche Sitzungen mit dem TAB statt. Neben der Annahme von Anträgen und Themenvorschlägen prüft die Berichterstattergruppe TA die Zwischen- und Abschlussberichte des Büros und erarbeitet Beschlussvorlagen zu TA-Projekten für den ABFTA. Die Berichterstattende segnen die Vergabe externer Gutachten des TAB ab, die letztlich vom ABFTA vergeben werden und sind für die Koordination mit Antragstellenden zu inhaltlichen und zeitlichen Gesichtspunkten zuständig. Darüber hinaus erfüllen sie eine bedeutende Multiplikationswirkung in die Fraktionen hinein, indem sie für Themen der TA sensibilisieren und die Expertise des TAB politisch bewerten.¹³⁷⁰ Das TAB ist hingegen dazu verpflichtet, etwaige „Annahmen und Werturteile [sind] zu begründen und offenzulegen“¹³⁷¹. Die Berichterstattergruppe TA prüft daher auch die TA-Analysen auf ihre Neutralität

¹³⁶⁵ Vgl. TAB 2014, S. 7.

¹³⁶⁶ Vgl. ebd., S. 3.

¹³⁶⁷ Vgl. TAB 2018a, S. 3.

¹³⁶⁸ Vgl. RDP 2017, S. 1.

Vgl. BT 2010b, S. 9.

¹³⁶⁹ Vgl. TAB 2014, S. 4.

¹³⁷⁰ Vgl. BT 2002a, S. 12ff.

¹³⁷¹ Ebd., S. 16.

und die Präsentation der Ergebnisse.¹³⁷² Die Entscheidungen und Prozesse der Berichterstattenden sind dabei durch ein für die TA des Bundestags bestimmendes Strukturmerkmal geprägt: Konsens. Dieser bildet einen tragenden Baustein im Fundament der Institution TAB und ist von entscheidender Bedeutung für seinen Bestand und seine Arbeitsweise sowie die Akzeptanz der Expertise.¹³⁷³

Konsens und gemeinschaftliche Abstimmung kommt auch bei der Beratungsinitiation zum Tragen. Über die Berichterstattergruppe TA und den ABFTA entscheidet das Parlament, welche Themen bearbeitet werden.¹³⁷⁴ Vorschläge können an den Ausschuss herangetragen werden, der aber auch proaktive Abfragen durchführt. Das TAB kommentiert die Vorschläge und schätzt ihre Relevanz ein. Die Themeninitiativen werden zwischen dem Büro und der Berichterstattergruppe TA abgestimmt und zu neuen Themen verdichtet. Nach dieser ersten Instanz wird ein umfassendes Untersuchungskonzept erarbeitet, aus dem auch hervorgeht, wie stark die Ressourcen des TAB hierfür gebunden werden.¹³⁷⁵ Die Berichterstattergruppe TA versucht, „die Interessen der Ausschüsse sowie der Fraktionen in ausgewogener Weise in die Themenfindung“¹³⁷⁶ zu integrieren. Bei Fragestellungen zu besonders komplexen Themen werden die Inhalte der Beratung mit der Anfrageseite eingegrenzt und am „spezifischen Interesse“¹³⁷⁷ ausgerichtet. Der ABFTA stimmt auch den Zeitrahmen der Beratung mit dem TAB ab.¹³⁷⁸ Seit 2016 ist das Büro bemüht, eine „Differenzierung und Flexibilisierung der Projektumfänge und Untersuchungsformate“¹³⁷⁹ durchzuführen. In Reaktion auf Kritik aus den Reihen des Parlaments versucht man deshalb „flexiblere, vielfältigere und schnellere Instrumente“¹³⁸⁰ zu entwickeln. Themen, bei denen mit einem gesteigerten Interesse der Öffentlichkeit gerechnet wird, sollen außerdem beschleunigt bearbeitet werden.¹³⁸¹ Einmal begonnene TA-Projekte können nur abgebrochen werden, falls das Untersuchungsziel verfehlt wird und der ABFTA nicht mit mindestens einem Drittel seiner Stimmen widerspricht.¹³⁸² Die Expertise des TAB, die sich am Bedarf des Bundestags orientiert, zeichnet sich daher durch eine hohe Passgenauigkeit und Annahmorientierung für das Parlament aus.¹³⁸³ Die Steuerung der Beratung durch

¹³⁷² Vgl. TAB 2018a, S. 6.

¹³⁷³ Vgl. TAB 2014, S. 7.

Vgl. BT 2016, S. 15243.

¹³⁷⁴ Vgl. TAB 2013, S. 7.

¹³⁷⁵ Vgl. BT 2016, S. 15243.

Vgl. BT 2002a, S. 14.

¹³⁷⁶ Ebd., S. 15.

¹³⁷⁷ TAB 2014, S. 7.

¹³⁷⁸ Vgl. RDP 2017, S. 1.

¹³⁷⁹ Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): Das TAB in den Jahren 2016/2017. Arbeitsbericht Nr. 178. Berlin, 2018b. S. 5.

¹³⁸⁰ BT 2016, S. 15243.

¹³⁸¹ Vgl. TAB, 2018b. S. 5.

¹³⁸² Vgl. BT 2010b, S. 52.

¹³⁸³ Vgl. TAB 2018b, S. 3.

Vgl. BT 2002a, S. 13.

den ABFTA soll das „Primat der Politik und die gesellschaftliche Relevanz“¹³⁸⁴ der TA garantieren. Neben der Überprüfung der Expertise auf Neutralität und Präsentation stellt der Ausschuss auch die Anwendbarkeit der Expertise auf den Prüfstand und entscheidet darüber, ob eine Analyse als Drucksache veröffentlicht wird, womit sie erst formal zur Parlamentsberatung eingebracht werden kann.¹³⁸⁵

Der ABFTA ist auch entscheidend für die Finanzen des TAB. Alle Haushaltsmittel des Büros werden vom Bundestag bereitgestellt.¹³⁸⁶ Die Beantragung erfolgt durch den ABFTA nach Abstimmung des Wirtschaftsplans mit dem TAB.¹³⁸⁷ Mit dem Haushaltsgesetz 2019 wurden für die TA 2.635.000€ eingestellt, wobei die Kosten für Gutachten eingepreist sind.¹³⁸⁸ Nach fast 25 Jahren Stillstand in der Budgetentwicklung votierte der Bundestag erst 2016 für eine Anpassung der Haushaltsmittel des TAB. Grundlage für diese Entscheidung war eine Zwischenbilanz der Arbeitsperiode 2013 – 2018, über die im ABFTA beschieden wurde, die jedoch keine Veröffentlichung fand.¹³⁸⁹ Zuvor konnte nur 2.045.000€ verausgabt werden, von denen 1.432.000€ für Personal und Sachmittel vorgesehen waren, wovon 400.000€ den Konsortialmitgliedern bereitgestellt wurden. 613.000€ wurden für den Einkauf externer Expertise eingestellt, was einer 70/30-Aufteilung entsprach.¹³⁹⁰

Die Leitung des TAB wird einvernehmlich zwischen dem ABFA und dem KIT ernannt.¹³⁹¹ Seit 2001 trägt Armin Grunwald „die wissenschaftliche Verantwortung für die Arbeitsergebnisse“ des Büros.¹³⁹² Das mit den TA-Projekten betraute Personal des TAB setzt sich aus „Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammen“¹³⁹³, die „sowohl (partei)politisch als auch wissenschaftlich unabhängig“¹³⁹⁴ agieren sollen. Durch die externe Ansiedlung des Büros sollte auch personalpolitische Freiheit gewährleistet werden, damit die Frage nach Beschäftigungsverhältnissen nicht politisiert wird.¹³⁹⁵ Die Mitarbeitenden zeichnen sich durch einen Mix an wissenschaftlichen Hintergründen aus.¹³⁹⁶ Mit Stand Juli 2019 arbeiten neben der Büroleitung sieben wissenschaftliche Mitarbeitende und zwei Assistenzen im TAB. Seit

¹³⁸⁴ TAB, 2018b, S. 3.

¹³⁸⁵ Vgl. BT 2002a, S. 9.

¹³⁸⁶¹³⁸⁶ Vgl. BT 2016, S. 15242.

¹³⁸⁷ Vgl. BT 2002a, S. 6.

¹³⁸⁸ Vgl. Deutscher Bundestag: (BT): Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019) vom 17. Dezember 2018, in: Bundesgesetzblatt 2528, Jahrgang 2018 Teil I Nr. 47. Bonn, 2018. S. 16.

¹³⁸⁹ Vgl. TAB 2018b, S. 5ff.

¹³⁹⁰ Vgl. BT 2002a, S. 10.

¹³⁹¹ Vgl. <https://www.tab-beim-bundestag.de/de/ueber-uns/organisation.html> (05.07.2019)

¹³⁹² Vgl. BT 2002a, S. 10.

¹³⁹³ https://www.bundestag.de/ausschuesse/a18_bildung/technikfolgenabschaetzung (05.07.2019)

¹³⁹⁴ Ebd.

¹³⁹⁵ Vgl. BT 2002a, S. 10.

¹³⁹⁶ Vgl. <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/team/index.html> (05.07.2019)

der Budgeterhöhung gibt es darüber hinaus eine halbe Stelle, die für Wissenschaftskommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist.¹³⁹⁷ Das Sekretariat des TAB ist das kommunikative und organisatorische Scharnier zwischen den Beteiligten der TA und der Bundestagsverwaltung. Neben der Sitzungsorganisation und der Unterstützung der Arbeit des TAB betreut es die Veröffentlichungen und Veranstaltungen des Büros. Darüber hinaus verwaltet das Sekretariat die Haushaltsmittel für die Gutachtenvergabe und „überwacht die Einhaltung der vertraglichen Vereinbarungen zwischen Bundestag und dem Betreiber des TAB sowie den an den TA-Projekten beteiligten Gutachtern“^{1398, 1399}

Im Zentrum der Tätigkeit des TAB stehen die sogenannten TA-Projekte, die umfassend und breit angesetzt zur Analyse eines Schwerpunktbereichs eingesetzt werden und in TAB-Arbeitsberichten veröffentlicht werden. Die Projekte können unter verschiedenen Vorzeichen stehen, was die Anpassungsfähigkeit des Analyseansatzes unterstreicht. Die Untersuchung zur Robotik in der Pflege ist eine „Vertiefung des Projekts »Mensch-Maschine-Entgrenzungen«“¹⁴⁰⁰, die Untersuchung zu Virtual und Augmented Reality ist eine „TA-Vorstudie“¹⁴⁰¹ und das Projekt zu Gesundheits-Apps ist eine sogenannte „Innovationsanalyse“¹⁴⁰². Durch letztere werden zusätzlich Themenfelder fokussiert, bei denen potenzielle Disruptionen für die Gesamtgesellschaft zu erwarten sind.¹⁴⁰³

Der Methodenkoffer des TAB beinhaltet neben den umfassenden und breit angesetzten TA-Projekten auch das sogenannte Monitoring, mit dem „[r]elevante Teilaspekte des Wandels von Wissenschaft, Technik und Gesellschaft (z.B. Stand von Forschung und Entwicklung, Regulierung, internationale Vergleiche)“¹⁴⁰⁴ untersucht werden. Die Horizon-Scannings des VDI/VDE-IT werden seit 2014 durchgeführt und erfolgen in Zyklen. 2016 und 2017 wurden hieraus erstmals Themen für die Arbeit des TAB übernommen. Die Vorausschamethode dient der Identifikation gesellschaftlicher, ökonomischer und wissenschaftlich-technologischer Entwicklungen, die zu gesamtgesellschaftlichen Veränderungen führen könnten und der daraus folgenden politischen Relevanz. Horizon-Scannings kombinieren computerbasierte Suchprozesse mit der fachlichen Bewertung von Expertinnen und Experten. Hierzu werden populär- und fachmediale Quellen nach relevanten Informationen filtriert, gesammelt und ausgewertet.

¹³⁹⁷ Vgl. TAB 2018b, S. 6.

¹³⁹⁸ BT 2010b, S. 51.

¹³⁹⁹ Vgl. BT 2002a, S. 13.

Vgl. BT 2010b, S. 51.

¹⁴⁰⁰ Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): Robotik und assistive Neurotechnologien in der Pflege – gesellschaftliche Herausforderungen. Arbeitsbericht Nr. 177. Berlin, 2018d.

¹⁴⁰¹ Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): Virtual und Augmented Reality. Status quo, Herausforderungen und zukünftige Entwicklungen. Arbeitsbericht Nr. 180. Berlin, 2019c.

¹⁴⁰² Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): Gesundheits-Apps. Arbeitsbericht Nr. 179. Berlin, 2018c.

¹⁴⁰³ Vgl. <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/ueber-uns/methodik.html> (05.07.2019)

¹⁴⁰⁴ Ebd.

Dieser Prozess geht Hand in Hand mit der Auswertung der Suchergebnisse durch die Mitarbeitenden des VDI und TAB, von denen die Resultate in Themen gegossen werden. Hierzu werden zum einen mögliche gesellschaftliche Diskursverläufe anhand der Medienberichterstattung bemessen. Das identifizierte Thema muss außerdem einen Innovationscharakter besitzen, der Einfluss auf sozioökonomische, ethische, ökologische oder politische Problemstellungen hat, voraussichtlich über einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren auf der Agenda bleibt und politisches Handeln erfordert.¹⁴⁰⁵

Das sogenannte Stakeholder Panel TA wiederum ist eines der Werkzeuge, mit dem seit 2014 der dialogische Austausch mit der Gesellschaft verstärkt wird. Die Expertise des TAB soll hierdurch eine größere Vielfalt an gesellschaftlichen Wertvorstellungen, Interessen und Erfahrungen abbilden. Das IZT hat hierfür mit der Website stakeholderpanel.de eine Kommunikationsplattform etabliert, über die Befragungen zu Technologiethemen mit Gesellschaftsrelevanz abgewickelt werden. Dabei wird die Gesellschaft anhand sieben verschiedener Gruppen abgebildet: Wissenschaft, Medien/Presse, Umwelt, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Politik/Administration und Bürger/Verbraucher. Auch interessierte Einzelpersonen können an Umfragen teilnehmen.¹⁴⁰⁶

Die institutionelle Zugehörigkeit zum Bundestag ist für den Ruf des TAB zuträglich und dient als Qualitätszertifikat.¹⁴⁰⁷ Das Büro arbeitet „in enger Zusammenarbeit mit den interessierten Mitgliedern des Bundestages und den Ausschüssen“¹⁴⁰⁸. Neben dem ABFTA waren vor allem die Ausschüsse an der Arbeit des TAB interessiert, die sich mit Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit und Wirtschaft befassen.¹⁴⁰⁹ Deutschlandweit ist das TAB Mitglied im Netzwerk TA, das die Sichtbarkeit und die Kooperation im Bereich der TA fördert.¹⁴¹⁰ Auch die internationale Perspektive ist für das Büro von Bedeutung. Als Mitglied im European Parliamentary Technology Assessment (EPTA) beteiligt sich das TAB am internationalen Austausch und gemeinsamen Projekten. Ende 2018 hatte das Netzwerk 22 Mitglieder aus Europa und zehn weltweit verteilte assoziierte Mitglieder.¹⁴¹¹

Temporale Klassifikation

Dem TAB liegt seine proaktive Ausrichtung in den Genen. Gemäß den Grundsätzen der TA, die nach § 56a GO-BT vom ABFTA verfasst wurden, ist es eine der Hauptaufgaben des Büros, die Chancen und Risiken des technischen und wissenschaftlichen Fortschritts „umfassend und

¹⁴⁰⁵ Vgl. TAB 2018b, S. 8f.

¹⁴⁰⁶ Vgl. ebd., S. 10.

Vgl. <https://www.stakeholderpanel.de/> (05.07.2019)

¹⁴⁰⁷ Vgl. BT 2016, S. 15243.

¹⁴⁰⁸ RDP 2017, S. 1.

¹⁴⁰⁹ Vgl. RDP 2017, S. 3.

¹⁴¹⁰ Vgl. <https://www.openta.net/netzwerk-ta> (22.07.2019)

¹⁴¹¹ Vgl. TAB 2018a, S. 49f.

vorausschauend zu analysieren“¹⁴¹². Auch die Bedarfslage des Parlaments wird proaktiv abgetastet, um relevante Themen zu identifizieren.¹⁴¹³ Die Vorausschau, als zentrales Element der TA, wird in der aktuellen Tätigkeitsperiode durch das speziell hierfür herangezogenen Konsortialmitglied VDI/VDE-IT durchgeführt, der hierzu unter anderem computergestützte Vorhersagemethoden einsetzt. Das proaktive Abfangen von relevanten Themen gehört seit dessen Einführung in der Arbeitsperiode 2013 – 2018 zu den eindeutigen Tätigkeitsschwerpunkten des TAB. Dennoch ist das Büro abhängig von der Auftragslage und den Entscheidungen des ABFTA, auf die reagiert werden muss.

Durch den Fokus auf Vorausschau erzeugt das TAB vorwiegend Expertise, die ex ante zum Einsatz kommt oder eine laufende Entwicklung adressiert. Auch die Entwicklung von Handlungsoptionen bedarf vor allem des Blicks nach vorne, wobei natürlich aus den Entwicklungen der Vergangenheit gelernt wird. Die partizipativen Formate des Büros können zu jedem Zeitpunkt produktiv eingesetzt werden.¹⁴¹⁴

2020 jähren sich 30 Jahre TAB. Nach erfolgreicher initialer Probezeit ist die Institution eine der dauerhaften Beratungsinstanzen des Parlaments. Das TAB ist jedoch vom Parlament abhängig. Aufgabenzuschritte und Konsortialmitglieder können sich verschieben oder mit dem Zuschlag im Vergabeverfahren könnte die betreibende Einrichtung wechseln.

Direktionale Klassifikation

Das TAB adressiert bewusst sein primäres und auch sein sekundäres Publikum.¹⁴¹⁵ Indirekte Effekte sind auch das Ergebnis der direkten Bemühungen des TAB, die TA in die Gesellschaft zu tragen und diese zu involvieren. Damit ist die Ausrichtung des Büros deliberativ, wie es auch durch die Grundsätze der TA des Bundestags vorgeschrieben ist. Das TAB kann daher als öffentliche Beratungsinstitution klassifiziert werden. Durch die fortlaufende Berichterstattung über die Webseite, die Veröffentlichung verschiedener Ergebnispublikationen und partizipative Formate ist für die Öffentlichkeit auch ersichtlich, woran das TAB arbeitet. Im Dunkeln bleiben die vorgeschalteten Abstimmungsprozesse im Bundestag.

Durch die starke parlamentarische Lenkung hat das Büro jedoch auch korporatistischen Charakter. Auch wenn die übergreifende Steuerungsfunktion in den Händen des ABFTA liegt, ist das TAB als externes Gremium zu verstehen. Die Ansiedlung außerhalb des Bundestages gehört zu den elementaren Gründungsgedanken der TA des Parlaments.

¹⁴¹² Vgl. BT 2010b, S. 48.

¹⁴¹³ Vgl. TAB 2018b, S. 3f.

¹⁴¹⁴ Vgl. TAB 2014, S. 12.

¹⁴¹⁵ <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/ueber-uns/auftraggeber.html> (05.07.2019)

Funktionale Klassifikation

Auch wenn das TAB als politikberatendes Gremium konzipiert wurde und der Bundestag der primäre Adressat der Expertise ist, ist aufgrund der Adressierung und Beteiligung der Öffentlichkeit auf Basis der Grundsätze der TA eine Kategorisierung als Politikberater nötig. Die Expertise des TAB ist zwar auch gesellschaftsberatend und die Arbeit des Büros wurde zuletzt stärker auf die Öffentlichkeitsorientierung getrimmt, dennoch bleibt der Hauptanspruch die Bereitstellung von Wissen für das Parlament zur Rationalisierung der Dezision.¹⁴¹⁶ Eindeutig ist daher selbstredend die Einordnung zur Legislativberatung, wie der Blick in die Gründungsgeschichte obenstehend zusätzlich verdeutlicht hat.

6.5.2.) Schritt 2 – Expertise

Die zentrale Funktion des TAB liegt in der wissenschaftlichen Politikberatung des Bundestags. Obwohl diese eigentlich der Verbreiterung der Wissensbasis des Parlaments dient, soll die TA des Bundestags gemäß Verfahrensregeln „ein Dialogforum für Gesellschaft und Politik zur Diskussion und Beurteilung wissenschaftlich-technischer Entwicklungen [zu] bilden“¹⁴¹⁷. Bereits in der Aufgabenbeschreibung verschmelzen somit klassische und moderne Elemente von Politikberatung. Im Angesicht der Komplexität des technischen Fortschritts und der Herausforderungen, die aus ihm für die ganze Gesellschaft erwachsen, soll das TAB die Entscheidungsprozesse des Bundestags rationalisieren. Durch die Diffusion der Expertise wirkt das Büro auch gesamtgesellschaftlich. Die Frage der konkreten Wirkungsmächtigkeit des TAB in dieser Hinsicht lässt sich jedoch nicht eindeutig beantworten, erscheint abseits professioneller Kreise jedoch fraglich.

Mit Blick auf die Konsensfähigkeit politischer Entscheidungen lässt sich für das TAB zunächst festhalten, dass der parlamentarische Konsens den Kern der Prozesse rund um das Büro bildet und auch sein Beratungsportfolio bestimmt. Der Blick zurück steht nicht im Fokus der TA, jedoch ist die Berücksichtigung der Auswirkungen vergangener Entwicklungen und Entscheidungen für die Analyse von Technologien von Relevanz. Für die Untersuchung gesellschaftlicher Effekte gibt es Formate, die ex post eingesetzt werden können. Auch die Legitimation von Entscheidungen steht offiziell nicht im Vordergrund. Durch die Ausrichtung der Themen auf die Vorgaben des Parlaments kann dieses wiederum die Schwerpunkte untersuchen lassen, die für die Politik relevant und für ihre Legitimationsstrukturen zuträglich sind. Der maßgebliche Anspruch der Politik an das TAB bleibt letztlich das Aufzeigen und Abwiegen von Handlungsoptionen. Die Aufgabe, dem Bundestag Aktionsbedarf und Entscheidungsalternativen darzulegen, ist in den Verfahrensregeln festgehalten.¹⁴¹⁸ Das TAB soll daher die gesamte

¹⁴¹⁶ Vgl. TAB 2018b, S. 8.

¹⁴¹⁷ BT 2010b, S. 49.

¹⁴¹⁸ Vgl. ebd.

Breite an möglichen Handlungsvarianten und Perspektiven aufbereiten.¹⁴¹⁹ Hierzu passt der umfassende Ansatz in der Gesellschaftspartizipation und die weitere Steigerung der Dialogaktivitäten.

In seinem Selbstverständnis leistet das TAB wissenschaftliche Politikberatung. Dies entspricht seiner institutionellen Verortung an einem Forschungsinstitut, um die Vernetzung mit der Wissenschaftswelt aufrecht zu erhalten. Die Mitarbeitenden des Büros werden folgerichtig als wissenschaftliche Mitarbeitende geführt und in der Außenkommunikation wird von einer Besetzung mit unabhängigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gesprochen. Dem TAB wird der Anspruch gestellt, neutral und wertungsfrei zu arbeiten. Es dient dem Zweck, die möglichen Folgen der technologischen Entwicklung „systematisch zu erforschen“¹⁴²⁰ und ist durch den ABFTA mit der „wissenschaftlichen Durchführung von Technologiefolgenanalysen“¹⁴²¹ betraut. Das institutionelle Setting zeigt, dass die Einrichtung des TAB erfolgte, um das Parlament zu unterstützen und in Fragen von Technologie und Wissenschaft zu stärken. Da diese aus wissenschaftlicher Perspektive erarbeitet werden, ist eine Übertragungsleistung nötig, um die Anwendbarkeit und Publikumsorientierung der Expertise zu sichern, was zu den Gründungsgedanken des TA des Bundestags gehört. Die Steuerung der Beratung durch den ABFTA und die Ausrichtung auf die parlamentarischen Interessen sichert diesbezüglich ab, ebenso die Abstimmungsprozesse, die während der Ausarbeitung der Expertise erfolgen. Die Expertise des TAB soll „für die Arbeit der Ausschüsse brauchbar“¹⁴²² sein. Aufgrund der komplexen Themenfelder sind die Projekte des Büros zumeist sehr umfangreich. Seit 2014 gibt es daher mit dem Publikationsformat TAB-Fokus einen gerafften Überblick über abgeschlossene Beratungen. Der Arbeitsbericht „Aktueller Stand und Entwicklungen der Pränataldiagnostik“, der sich ohne Anhang auf 174 Seiten erstreckt, wird dabei auf vier Seiten heruntergebrochen.¹⁴²³

Die für seine Arbeit notwendige Reputation erhält das TAB auch über die Anbindung an das KIT, das über den entsprechenden Ruf in der Wissenschaftswelt verfügt. Darüber hinaus leistet das TAB, beziehungsweise seine Leitung, auch Grundlagenarbeit in Fragen der TA.¹⁴²⁴ Das Ansehen außerhalb dieser Sphäre ist jedoch schwächer zu sehen, gerade bei den Bürgerinnen und Bürgern. Die Arbeiten des TAB erzeugen, beispielsweise im Gegensatz zu den WD des Bundestags, weniger Medienaufmerksamkeit. Bei vereinzelt Themen erreicht das Büro aber auch öffentliche Resonanz.¹⁴²⁵ Nicht umsonst ist der systematische Ausbau der

¹⁴¹⁹ Vgl. TAB 2014, S. 4.

¹⁴²⁰ RDP 2017, S. 1.

¹⁴²¹ BT 2020, § 56a Abs. 1

¹⁴²² BT 2010b, S. 9.

¹⁴²³ Vgl. TAB: Aktueller Stand und Entwicklungen der Pränataldiagnostik. Arbeitsbericht Nr. 184. Berlin, 2019a.

Vgl. TAB: Aktueller Stand und Entwicklungen der Pränataldiagnostik. TAB-Fokus Nr. 23. Berlin, April 2019b.

¹⁴²⁴ Vgl. Grunwald, Armin: Technology Assessment in Practice and Theory. New York, 2018.

¹⁴²⁵ Vgl. BT 2010b, S. 34f.

Öffentlichkeitsdimension einer der gegenwärtigen Aufgabenschwerpunkte. Laut Selbstdarstellung des TAB stufen Externe die Qualität seiner Arbeit aber als hoch ein.¹⁴²⁶

Unter Berücksichtigung der Fokussierung auf den gesellschaftlichen Dialog, die das TAB und der ABFTA seit ein paar Jahren forcieren, kann das Büro am ehesten als „Honest Broker“ mit hybriden Anlagen eingestuft werden. Das Parlament bleibt der primäre Fokus der Beratung, auch wenn der Austausch mit der Gesellschaft steigt. Bei diesem geht es vor allem darum, die Standpunkte der Öffentlichkeit in möglichst umfassender Breite in die Beratung aufzunehmen. Dennoch erreicht die Expertise des TAB natürlich auch die interessierte Öffentlichkeit.

Unter Berufung auf die GO-BT erfolgt die TA des Bundestags durch den ABFTA, der hierfür das TAB beauftragt. Die Expertise wird auch durch den Ausschuss geformt und filtriert. Obwohl die Köpfe hinter der Expertise namentlich bekannt und mit dem Projekt verknüpft sind, stehen sie nicht individuell im Fokus. Bei ihrer Arbeit greifen sie auf umfassende Wissensbestände zurück. Das TAB verarbeitet bestehende wissenschaftliche Literatur und vergibt bei Forschungslücken Aufträge an Externe. Im Resultat bietet die TA des Bundestags Überblickwissen zur Grundlagenschaffung und kontextualisiert Themen, mit denen Bürgerinnen und Bürger oder nur unzureichend Informierte Zugang zu einer Fragestellung erhalten können.¹⁴²⁷ Auch ein hoher Grad an Spezialisierung in Randbereichen ist möglich, um Technologiepotenziale vollständig ausleuchten zu können.¹⁴²⁸ Interdisziplinarität ist grundlegend für die Arbeit des TAB, was ebenfalls der Erwartungshaltung des Parlaments entspricht. Die TA bewegt sich letztlich in einem Bereich, der verschiedene Felder überspannt.¹⁴²⁹ Der disziplinenübergreifende Ansatz schlägt sich final auch in der Expertise des TAB nieder.¹⁴³⁰ Die Beteiligung von Laiinnen und Laien ist Teil des partizipativen Grundverständnisses des Büros. Im Zuge der Darlegung der parlamentarischen Handlungsoptionen wird auch Metaexpertise angefertigt.¹⁴³¹ Die Mitarbeitenden des TAB verfügen über einen breiten Mix an wissenschaftlichen Hintergründen und kommen nicht zwangsweise aus dem Feld, das sie analysieren. Durch die Einbeziehung von Interessenbeteiligten und externer Expertise kann dennoch Praxiswissen eingebunden werden. Dank der institutionellen Zugehörigkeit zum Bundestag kann das TAB bei diesen Gruppen stets auf umfassende Resonanz und rege Teilnahme bauen.¹⁴³²

¹⁴²⁶ Vgl. TAB 2018b, S. 5.

¹⁴²⁷ Vgl. TAB 2019c, S. 21ff

Vgl. TAB 2019a, S. 191.

¹⁴²⁸ Vgl. TAB 2018c, S. 87.

¹⁴²⁹ Vgl. BT 2010b, S. 16.

Vgl. TAB 2014, S. 7.

¹⁴³⁰ Vgl. TAB 2019c, S. 35ff.

Vgl. TAB 2018d, S. 202ff

¹⁴³¹ Vgl. TAB 2019a, S. 122.

Vgl. TAB 2014, S. 4.

¹⁴³² Vgl. BT 2010b, S. 32f. und 37

Beim Blick auf das institutionelle Design und die Einsetzung des TAB ist zunächst die Auftragsvergabe auf öffentlicher Ausschreibungsbasis zu nennen, die über einen Vertrag mit jeweils fünfjähriger Laufzeit Bestand hat. Der ABFTA bildet in diesem Prozess den parlamentarischen Dreh- und Angelpunkt. Auch die Vergabe externer Aufträge wird auf Vorschlag des TAB durch den Ausschuss freigegeben. Die Auswahl der Mitarbeitenden erfolgt durch die Leitung des Büros, die wiederum im Einvernehmen von ABFTA und dem KIT ausgewählt wird. Das Resultat ist ein interdisziplinär Personalstab, der über die Formate und Kanäle des Büros zusätzlich weitere Perspektiven aus der gesamten Gesellschaft hinzuziehen kann. Die Implementierung „möglichst vieler Problemsichten, Einschätzungen und Interessen“¹⁴³³ gehört zu den erklärten Arbeitszielen und zur Arbeitspraxis des TAB.

Der überwiegende Teil der Arbeit des TAB erfolgt reaktiv, da die Beratungsinitiation aus dem Parlament heraus erfolgt. Im Rahmen der Horizon-Scannings hat das Büro jedoch die Funktion, proaktiv relevante und potenziell kritische Themen für den Bundestag zu identifizieren. Auch abseits der Beauftragung zeigt sich die Abhängigkeit des TAB vom ABFTA. Durch die Steuerung der Prozesse und Inhalte durch die MdB ist der Grad der Distanz gering. Dies steht im Widerspruch zum Gründungsgedanken, eine unabhängige Institution zur TA zu schaffen. Die Expertise des TAB wird an der Interessenlage der Beratungsempfangenden ausgerichtet. Darüber hinaus ist das Büro in seiner Existenz und seiner Finanzversorgung vom Bundestag abhängig. Das TAB bezieht seine Ressourcen für Infrastruktur, Personal und Forschungsaufträge vollständig aus dem Budget des Bundestags. Auch räumlich ist das TAB nah am Parlament, da es seinen Sitz in Berlin hat. Die Konsortialmitglieder sitzen ebenfalls in der Bundeshauptstadt. Alle Workshops, die das Büro durchführt, sind außerdem in den Räumlichkeiten des Bundestags durchzuführen.¹⁴³⁴

Die Einrichtung des TAB fußt auf § 56a GO-BT, der nach umfassender und langwieriger parlamentarischer Diskussion eingeführt wurde. Durch die Verabschiedung der Grundsätze der TA durch den ABFTA sind die Prozesse und Verfahren rund um das TAB kodifiziert. Hierzu gehört auch, dass die Verantwortung für die wissenschaftliche Integrität der Arbeit des TAB in den Händen der Büroleitung liegt. Die übrigen Mitarbeitenden sind ebenfalls den Standards der wissenschaftlichen Arbeit verschrieben. Das ITAS und das TAB stehen darüber hinaus im konstanten Austausch zu „methodischen und konzeptionellen Weiterentwicklung der Technikfolgenabschätzung“¹⁴³⁵. Dennoch herrscht im TAB das Primat der Politik. Die Aufsichtsfunktion und laufende Begleitung der Beratung durch den ABFTA dient als Korrektiv in puncto Parlamentsorientierung. Zusätzlich erfolgten zum 10. und 20. Jubiläum des TAB eine Bilanzierung der TA des Bundestags, die im Plenum diskutiert wurden. Aus dem Feedback

¹⁴³³ TAB 2014, S. 10.

¹⁴³⁴ Vgl. BT 2010b, S. 55.

¹⁴³⁵ <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/ueber-uns/organisation.html> (05.07.2019)

des Parlaments wird auch die Ausschreibung zur Auftragsvergabe angepasst und über das Arbeitsprogramm werden neue Schwerpunktsetzungen implementiert. Die Grundsätze der TA stellen die Arbeit des Büros dabei auf eine verlässliche Basis und sichern Prozess- sowie Verfahrenswege ab. Weiterführende Leitlinien oder Kodizes sind nicht hinterlegt. Eine Sanktionierung unzureichender Leistungen kann durch den Entzug der Beauftragung im Rahmen der Ausschreibung erfolgen. Gegebenenfalls vorhandene Klauseln im Vertrag zwischen KIT und Bundestag sind nicht öffentlich.

Thematisch zeigt sich das TAB für Herausforderungen der kontemporären Wissenschaftspolitik Deutschlands gewappnet. Einzig der Themenschwerpunkt Neue Governance wurde bislang nicht adressiert, was mit Blick auf die Schwerpunktsetzung der TA des Bundestags und die zusätzliche Beratung durch den WD, der in diesen Belangen zuarbeitet, nicht verwundert. Die Analyse von Risikofragen gehört selbstredend zur Natur des TAB. Auch die Untersuchung der Auswirkungen des Fortschritts auf das Innovationssystem gehören zu den Aufgaben des Büros. Zur Untersuchung der gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen des Fortschritts werden ethische Fragestellungen aufgenommen. Die normative Bewertung liegt wiederum in den Händen der Parlamentsmitglieder. Im Rahmen der Mitgliedschaft im EMPTA bearbeitet das TAB auch die internationale Perspektive des TA.

6.5.3.) Schritt 2 – Deliberation

Grundlegend für die Arbeit des TAB ist der Anspruch, ein möglichst umfassendes Bild der Potenziale, Handlungsmöglichkeiten und betroffener Perspektiven wiederzugeben. Dieser Ansatz entspricht dem Kern des „Honest Brokers“. Zeitgleich hat das TAB, wie oben bereits dargestellt, Anleihen eines „Civic Scientist“. Auch in den Verfahrensregeln der TA des Bundestags ist die deliberative Dimension der Politikberatung verankert, indem der Austausch zwischen Politik und Gesellschaft als Ziel definiert wird. Es geht hierbei jedoch vor allem darum, gesellschaftliche Diskurse in die parlamentarische Entscheidungsfindung einzubringen. Zwar gibt es partizipative Formate, die entstehenden Dialoge dienen jedoch überwiegend der Zufuhr von Informationen an das TAB und schlussendlich dem Bundestag. Die TA ist ein Dialogforum, das der Diskussion und Beurteilung wissenschaftlicher und technologischer Entwicklungen dient, aber nicht der gemeinschaftlichen Entwicklung der daraus folgenden politischen Handlungsoptionen.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit wurde im Jahr 2001 im Zuge der Beratung zu den gesundheitlichen und ökologischen Konsequenzen des Mobilfunks erprobt, indem Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Presse und Verbänden hinzugezogen wurden.¹⁴³⁶ Beteiligungsformate haben Methode im TAB und finden konsequente Anwendung.¹⁴³⁷ Nicht umsonst

¹⁴³⁶ Vgl. BT 2010b, S. 24.

¹⁴³⁷ Vgl. ebd., S. 29ff.

wurde das IZT als Konsortialmitglied für „dialogorientierte Verfahren/ partizipative Elemente“¹⁴³⁸ gewonnen. Mit der Stakeholder-Analyse verfügt das TAB über ein spezifisches Format, um Interessenlagen und Meinungen der Gesellschaft bis hin zu individuellen Bürgerinnen und Bürgern abzutasten.

Mit Blick auf den Faktor Repräsentativität lässt sich festhalten, dass das TAB ein interdisziplinäres Bild der Wissenschaft wiedergibt. Über die Beauftragung durch den ABFTA, der die Weisungsbefugnis gegenüber dem Büro besitzt, ist das TAB delegiert repräsentativ. Auf Basis des Kooperationsvertrags zwischen Bundestag und KIT ist das TAB dem ABFTA gegenüber rechenschaftspflichtig und informiert über den Fortschritt von Beratungsprojekten und zugehörigen Gewerken. Der Ausschuss wiederum legt dem Bundestag gegenüber Rechenschaft ab, der natürlich über Wahlen an die Öffentlichkeit rückgebunden ist. Deskriptive Repräsentativität erhält die TA des Bundestags punktuell über die Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen und Einzelpersonen in den dafür vorgesehenen Partizipationsformaten. Über diese ist es dem TAB möglich, politische, fachliche und gesellschaftliche Perspektiven einzubeziehen.

Extern vergebene Forschungsaufträge werden auf das jeweilige Anforderungsprofil zugeschnitten. Die Gutachtenden nutzen ebenfalls häufig Dialogformate, um gesellschaftliche und fachliche Interessenlagen abzuklopfen.¹⁴³⁹ Das TAB erarbeitet für den ABFTA die Beschlussvorlagen zur Vergabe von Gutachten und ist für die Abnahme der externen Expertise zuständig. Die Ausschreibungen werden auf der Website des TAB veröffentlicht. Neben dem Hintergrund des Themas werden für einzelne Schwerpunktfelder konkrete Fragestellungen und Vorgaben für die Gutachtenerstellung formuliert. Das TAB schätzt auch den möglichen Personalaufwand ein und gibt die jeweils angelegten Fristen bekannt.¹⁴⁴⁰ Interessierte Gutachtende werden dazu aufgefordert, ein Angebot zu erstellen, für das es ein Formblatt und inhaltliche Vorgaben, beispielsweise eine Kostenkalkulation, gibt.¹⁴⁴¹ In den Verantwortungsbereich des Büros fällt weiterhin auch die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die zu den vom Parlament freigegebenen Projekten veröffentlicht wird.¹⁴⁴²

Durch das erklärte Primat der Politik sowie die Notwendigkeit der Abbildung der gesellschaftlichen Interessenlagen und Werte kann beim TAB von einer besonderen Herausforderung für die deliberative Dimension gesprochen werden. Auch die Politik fordert die weitere Öffnung des Büros, was entsprechend im aktuellen Arbeitsprogramm integriert wurde. Dennoch dürften erst die Erfahrungswerte der nächsten Jahre zeigen, wie gut sich die Steuerung der Beratung durch das Parlament und die Ausrichtung der Expertise an den Bundestag mit

¹⁴³⁸ RDP 2017, S. 1.

¹⁴³⁹ Vgl. TAB 2014, S. 8.

¹⁴⁴⁰ Vgl. <https://www.tab-beim-bundestag.de/de/gutachter/g40600.html> (05.07.2019)

¹⁴⁴¹ Vgl. <https://www.tab-beim-bundestag.de/de/gutachter/gutachterhinweis.html> (05.07.2019)

¹⁴⁴² Vgl. BT 2010b, S. 54f.

dem Ausbau der Dialogstrukturen und den daraus folgenden Rückläufen in die Beratung miteinander verhalten. Auf der anderen Seite sieht das Parlament die gesteigerten Forderungen nach Partizipation in der TA auch kritisch, weil sie aus seiner Sicht durch „eine pauschale Forderung nach mehr Partizipation gelegentlich auch dem Vorwurf der bloßen Legitimationsbeschaffung“¹⁴⁴³ ausgesetzt wird. Zusätzlich endet die Zunahme an Beteiligung an der TA nicht bei der Gesellschaft. Es wird vom TAB erwartet, auch die MdB in den Beratungsprozess einzubinden.¹⁴⁴⁴

Zur Beteiligung der Gesellschaft hat das TAB mit dem Stakeholder Panel TA und der zugehörigen Internetplattform die Möglichkeit, hunderte Personen zu einem Thema einzubinden. Zu den weiteren häufig genutzten Formaten gehören Workshops, öffentliche Fachgespräche, die vor einem Publikum stattfinden, das dabei die Möglichkeit hat, Fragen zu stellen. Weiterhin nutzt das TAB „Fokusgruppen, Zukunftsforen oder offene Weblogs“¹⁴⁴⁵, runde Tische, Bürger- und Bürgerinnenkonferenzen sowie weitere digital gestützte Formate.¹⁴⁴⁶ Deliberation und Partizipation im Rahmen der TA „führen oftmals zur Präzisierung der ursprünglichen Fragestellung oder zur Vertiefung von Untersuchungsaspekten“¹⁴⁴⁷, tragen also einen konkreten Mehrwert bei. Dort, wo Interessenlagen abgefragt und Interessenbeteiligte befragt wurden, wird das auch angezeigt.¹⁴⁴⁸

Die Öffentlichkeit gehört dennoch zum sekundären Publikum des TAB. In seiner aktuellen Zielsetzung ist der gemeinschaftliche Austausch zwischen Politik und Gesellschaft jedoch verankert und durch die Nuancierung des Arbeitsprogramms unterfüttert worden. Der dialogische Charakter dieser Prozesse wird dabei betont und durch das IZT verantwortlich geführt. Gemäß den Grundsätzen der TA des Bundestags gehört die Förderung des gesellschaftlichen Diskurses zu den eindeutigen Aufgaben des TAB.¹⁴⁴⁹ Die Fähigkeit zur Vermittlung komplexer Inhalte gehörte sicherlich auch deshalb zu den geforderten Merkmalen der letzten Ausschreibung zur Auftragsvergabe des Büros. Das publikumsgerechte Arbeiten dient jedoch vor allem der Ausrichtung der Expertise entlang der Interessen und Bedarfe des Parlaments. Abseits des Formats TAB-Fokus gibt keine simplifizierenden Publikationen oder Textvarianten, die für die Allgemeinheit verfasst werden. Mithilfe der 2017 geschaffenen Position für PR und Wissenschaftskommunikation ist das Büro bemüht, den Popularisierungsgrad seiner Expertise zu steigern. Ein Outreach-Programm wurde jedoch noch nicht etabliert.

Digitale Medien nutzt das TAB, um über seine Arbeit, sich selbst und laufende Prozesse zu informieren. Zentraler Nutzen der Homepage ist darüber hinaus die Verteilung seiner

¹⁴⁴³ Vgl. BT 2016, S. 15245.

¹⁴⁴⁴ Vgl. BT 2010b, S. 20.

¹⁴⁴⁵ TAB 2014, S. 31.

¹⁴⁴⁶ Vgl. TAB 2014, S. 11.

¹⁴⁴⁷ BT 2010b, S. 21.

¹⁴⁴⁸ Vgl. TAB 2018b, S. 18.

¹⁴⁴⁹ Vgl. BT 2010b, S. 49.

Expertise. Die Publikationen des TAB sind kostenlos abrufbar und können, falls noch nicht vergriffen, in Druckform geordert werden. Über Datenbanken lassen sich Untersuchungen und Publikationen durchsuchen und sortieren.¹⁴⁵⁰ Mit der Plattform für das Stakeholder Panel TA wird das Internet aber auch für den Austausch mit der Gesellschaft genutzt und bereichert so die Beratungsprozesse. Im Bereich der Sozialen Medien ist das TAB auf Twitter aktiv, wo es nur seine Expertise bewirbt und zur Verfügung stellt, Schlaglichter zu Veranstaltungen des Büros präsentiert und Themen mit Bezug auf Technikfolgenabschätzung teilt. Die verstärkte Nutzung moderner medialer Kanäle steht mit dem aktuellen Arbeitsprogramm auf der Agenda.¹⁴⁵¹ Hierdurch könnte die Fähigkeit des TAB zur Arenenbildung weiter gestärkt werden. In der Formulierung des Dialogforums deckt das Büro die benötigten Diskussionsbereiche Ethik, Risiko, Fortschritt und Innovation als Kernelemente der TA ab.

6.5.4.) Schritt 2 – Interessenvertretung

Die Arbeit des TAB steht für eine Politik, die sich in kritischen und risikobehafteten Fragenstellungen beraten lässt, um so seine Entscheidungsbasis zu erweitern und auch zusätzlichen Rückhalt für den gewählten Kurs zu gewinnen. Der verantwortungsvolle Umgang mit Technologien durch den Abgleich gesellschaftlicher Wertvorstellungen mit den Möglichkeiten des Fortschritts und dem politischen Willen wird demonstriert. Das öffentliche Bild der Wissenschaft, das sich im Rahmen der TA des Bundestags zeigt, ist also das des typischen Januskopfs, bei dem es gilt, Chancen, Risiken und gesellschaftliche Interesse aufzuwiegen.

Die Arbeit des TAB unterliegt der Steuerung und Kontrolle des ABFTA. Gemäß § 56a GO-BT ist er für die Festlegung der Organisation und Prozesse der TA des Bundestags zuständig. Mit den folglich erlassenen Verfahrensregeln werden die Ziele, Arbeitsbereiche und organisatorischen Strukturen der administrativen Aufhängung des TAB definiert. Darüber hinaus wurden „ausschussinterne Vereinbarungen“¹⁴⁵² getroffen, die weitere Prozesse der TA des Bundestags regeln. Das TAB und der ABFTA können somit auf geregelte Verfahrensweise und Abläufe verweisen, die Handlungssicherheit geben und zeitgleich zur Transparenz der Prozesse beitragen. Eine Qualitätssicherung erfolgt jedoch nur im Sinne der fortlaufenden Prüfung der Passgenauigkeit der Expertise für das Parlament.

Auf inhaltlich-fachlicher Ebene liegt die Verantwortung bei der Büroleitung, dass Mitarbeitende und die Arbeitsergebnisse des TAB den Standards der guten wissenschaftlichen Praxis entsprechen. Die gegenseitigen Konsultationen mit dem ITAS können auf dieser Ebene auf die Arbeit des TAB wirken. Dieser Austausch dient auch der Verbesserung aus fachlicher Perspektive. Verbesserungspotenzial aus Sicht der MdB wird über den ABFTA eingespeist.

¹⁴⁵⁰ Vgl. <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/publikationen/berichte/index.html> (05.07.2019)

Vgl. <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/untersuchungen/laufende-untersuchungen.html> (05.07.2019)

¹⁴⁵¹ Vgl. TAB 2018a, S. 8.

¹⁴⁵² BT 2010b, S. 53.

Laufende und geplante Beratungsprojekte, das aktuelle Arbeitsprogramm sowie die nächste Ausschreibung zur Vergabe des Büros können dementsprechend angepasst werden.

Gesonderte Kontrollinstanzen oder Mechanismen gegen Interessenvertretungsvorwürfe sind nicht implementiert. Das TAB soll neutral und wertungsfrei arbeiten, was wiederum durch den ABFTA kontrolliert wird. Somit ist die TA des Bundestags vor allem für eine Kritik der Politisierung der Expertise angreifbar. Hier entkräftende Transparenz einfließen zu lassen ist schwer, da nicht alle parlamentarischen Prozesse und vor allem informelle Abstimmungsprozesse nicht öffentlich sind. Die ausführliche Darstellung der geplanten und laufenden Projekte sowie die Ausschreibung der Gutachtenvergabe stehen hingegen auf der Habenseite. Sanktionsmodelle, abseits des Verlusts der Ausschreibung, sind nicht bekannt. Das TAB muss jedoch stetig um seine Stellung kämpfen und sich konstant beweisen. Anders als z.B. die WD des Bundestags muss das Büro seinen Nutzen immer wieder beweisen.¹⁴⁵³ Die Mitglieder des ABFTA können durch ihre Wählerinnen und Wähler abgestraft werden, was bei der nicht sehr medienprominenten Thematik jedoch unwahrscheinlich ist.

Durch seine Verankerung beim Bundestag auf Basis § 56a GO-BT ist das TAB hochgradig institutionalisiert und zeichnet sich zeitgleich durch große Nähe zu seinen Auftraggebenden aus. Der ABFTA ist für die Steuerung und Festlegung der grundlegenden Strukturen und Prozesse der TA des Bundestags zuständig. Die Expertise des TAB wird thematisch, inhaltlich und prozedural auf das Parlament und seine Bedarfslage ausgerichtet. Nach dem Verständnis des Bundestags sind die Beratungsprojekte das Ergebnis der Kooperation von Parlamentsmitgliedern, Ausschüssen und dem Büro.¹⁴⁵⁴ Auch die Beratungsinitiation liegt in den Händen des Bundestags, der seine Wünsche an den ABFTA heranträgt, der wiederum die Bedarfe der Abgeordneten abfragt. Durch das Horizon-Scanning ist das TAB aber auch in der Lage, thematische Impulse zu setzen. In seiner Existenz ist das Büro ebenfalls vom Bundestag abhängig und der Träger auf den erneuten Zuschlag im Vergabeverfahren angewiesen. Die vollständigen Ressourcen für das TAB und die Konsortialmitglieder werden vom Parlament bereitgestellt. Die Vergabe der Ausrichtung des Büros liegt, auf Basis der alle fünf Jahre erfolgenden Ausschreibung, ebenfalls in den Händen des ABFTA, ebenso die finale Freigabe der Gutachtenvergabe. Das TAB ist zwar wissenschaftlich interdisziplinär, aber nicht pluralistisch. Pluralität erfährt die Expertise erst durch Partizipation im Rahmen der jeweiligen Beratungsprojekte.

Das institutionelle Design des TAB sieht in seiner aktuellen Fassung eine eindeutige Öffentlichkeitsorientierung vor. Die Zielsetzung der TA des Bundestags sieht die Bildung eines Dialogforums zur gesamtgesellschaftlichen Diskussion des Fortschritts vor und die Förderung

¹⁴⁵³ Vgl. BT 2016, S. 15237.

¹⁴⁵⁴ Vgl. RDP 2017, S. 1.

des öffentlichen Diskurses gehört zu den Arbeitsbereichen des TAB. Mit dem IZT als Konsortialmitglied bekräftigt man sein Engagement auch strukturell. Es sollte jedoch festgehalten sein, dass diese Ausrichtung von der Ausgestaltung des Mandats durch den ABFTA abhängig bleibt. Auch wenn dies sehr unwahrscheinlich ist, wäre ein Zurückrollen der gesellschaftlichen Verpflichtungen generell möglich, was jedoch der Güte der Expertise und seiner Akzeptanz abträglich wäre. Transparenzvorgaben sind dem institutionellen Design des TAB nicht zu entnehmen und dürften sich demnach aus der gelebten Praxis heraus entwickelt haben.

Für ein Beratungsgremium, das stark an die Politik gekoppelt und von ihr abhängig ist, arbeitet das TAB mit einem hohen Maß an transparenten Prozessen. Das Büro beschreibt die Transparenz von Personal, Finanzen, Prozessen und vom Umgang mit Expertise nach Beratungsabschluss selbst als ein Qualitätsmerkmal seiner Arbeit.¹⁴⁵⁵ Ein wichtiges Element sind hierbei die Arbeitsberichte des TAB, die rückblickend Projekte, Veranstaltungen und Schwerpunkte des Büros beleuchten. Es wird dargestellt, wer Themen initiiert hat, welche Zielsetzung es gab, welche Ergebnisse erzielt wurden, welche Mitarbeitende beteiligt waren, wie lang der Prozess lief und wann welche Publikationen veröffentlicht wurden.¹⁴⁵⁶ Über das Format TAB-Brief werden weitere Einblicke in das Arbeitsprogramm, Beratungsprojekte, Zwischenergebnisse und aktuelle Schwerpunktsetzungen gegeben.¹⁴⁵⁷ Darüber hinaus ist das TAB im Datenhandbuch des Bundestags erfasst. In der Fassung vom 15.11.2016 gibt es Aufschluss über die Beratung von TA-Projekten in den Ausschüssen des Parlaments, verschiedene Publikationen des TAB und nicht abgeschlossene Projekte.¹⁴⁵⁸

Im Umgang mit externer Expertise zeigt sich das Büro ebenfalls transparent. Gutachten, die für Beratungsprojekte hinzugezogen wurden, werden in den Arbeitsberichten gelistet.¹⁴⁵⁹ Über die Ausschreibungen der Gutachten wird außerdem ersichtlich, welche Ansprüche an die externen Kräfte für die jeweiligen Beratungsprojekte gestellt werden. Diese Transparenz erleichtert dem ABFTA auch die Rechtfertigung der Verwendung öffentlicher Mittel für Forschungsprojekte. Im Rahmen der Zehnjahresbilanz des TAB veröffentlichte der Bundestag eine Aufschlüsselung der als Drucksache veröffentlichten Gutachten, deren Anzahl und Kosten. Darüber hinaus wurden auch die Laufzeiten der Beratungsprojekte adressiert.¹⁴⁶⁰ In der Bilanz, die anlässlich des 20. Jubiläums veröffentlicht wurde, finden sich diese Punkte nicht wieder. Die fehlende Darstellung der Laufzeiten könnte strategische Gründe haben, da diese in der Vergangenheit vom Parlament kritisiert wurden und man die Thematik im Rahmen der Debatte um die Erhöhung des Budgets nicht zusätzlich fokussieren wollte. In der letzten Bilanz

¹⁴⁵⁵ Vgl. TAB 2014, S. 10f.

¹⁴⁵⁶ Vgl. TAB 2018b, S. 13ff.

¹⁴⁵⁷ Vgl. RDP 2017, S. 4.

¹⁴⁵⁸ Vgl. ebd., S. 3ff.

¹⁴⁵⁹ Vgl. TAB 2019a, S. 127.

¹⁴⁶⁰ Vgl. BT 2002a, S. 17f und 38ff.

resümiert der ABFTA aber die Resonanz der TA des Bundestags in Öffentlichkeit und Parlament anhand ausgewählter Beispiele.¹⁴⁶¹ Bezüglich partizipativer Formate besteht auch die Möglichkeit der Dokumentation. Das öffentliche Fachgespräch zu Robotik in der Pflege wurde auf den Websites des Bundestags und des TAB abgebildet. Neben der Einladung und Agenda des Gesprächs und einer Presseerklärung der Berichterstattergruppe TA wurden unter anderem auch Kurzfassungen der Beiträge der Sachverständigen veröffentlicht und die Aufnahme des Parlamentsfernsehens verlinkt.¹⁴⁶²

Die Zuordnung der Mitarbeitenden des Büros und ihrer Zuständigkeiten ist klar ersichtlich. Über die Unterseiten der einzelnen Beratungsprojekte sind die beteiligten Mitarbeitenden zu erkennen. Das vollständige Personaltableau mit seinem fachlichen und beruflichen Werdegang, organisatorischen Zugehörigkeiten, Publikationen und weiteren Engagements wird transparent dargestellt. Jeder Mitarbeitende sowie die Mitarbeitenden der Konsortialmitglieder verfügen über eine detaillierte Darstellung ihrer Profile und eine eigene Homepage, die alle auf der Website des ITAS zu finden sind.¹⁴⁶³ Neue Mitarbeitende werden im TAB-Brief mit Kurzprofilen vorgestellt.¹⁴⁶⁴ Am eigenen Qualitätsmaßstab gemessen zeigt sich, dass auf personeller Ebene transparente Strukturen eingezogen wurden. Prozesse sind in großen Teilen transparent, wobei die informellen und parlamentsinternen Abstimmungen nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind. Abseits der Einstellung des Gesamtbudgets des TAB im Haushalt des Bundestags herrscht jedoch wenig finanzielle Transparenz. Im Vergleich zu früher ist hier sogar ein Rückschritt erkennbar. Der Umgang mit der TA des Bundestags nach dem Abschluss der Projekte erfolgt in Auszügen durch die Bilanzierung des ABFTA, wobei hier natürlich stark gesteuert werden kann und nur schwer generelle Trends ableitbar sind. Für das TAB sind die Resonanz und die Frage der Parlamentsorientierung aufgrund seiner institutionellen Aufhängung jedoch vital. Es muss sich auch nach fast 30 Jahren konstant beweisen und belegen, dass seine Expertise von Nutzen für den Bundestag ist.

Potenzielle Interessenkonflikte werden vom TAB nicht gelistet. Mögliche Querverbindungen oder andere Hinweise lassen sich gegebenenfalls von den persönlichen Websites der Mitarbeitenden ablesen. Ebenfalls unklar sind mögliche Interessenkonflikte bei der Themeninitiative und der Steuerung der TA des Bundestags durch den ABFTA. Nicht zuletzt hierdurch fällt jedoch die Einschätzung des Grads der Politisierung leicht. Das TAB ist vom Parlament abhängig und wurde dazu eingerichtet, passgenaue Expertise zu erarbeiten. War das TAB eigentlich als unabhängig agierender Beratungsinstanz geplant, werden Strukturen, Prozesse

¹⁴⁶¹ Vgl. BT 2010b, S. 24ff.

¹⁴⁶² Vgl. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw08-pa-bildung-589102> (05.07.2019)

Vgl. <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/untersuchungen/u106002.html> (05.07.2019)

¹⁴⁶³ Vgl. <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/team/index.html> (05.07.2019)

¹⁴⁶⁴ Vgl. TAB 2019a, S. 4.

und Inhalte der TA in der Realität durch das Parlament mitbestimmt. Durch das Mitspracherecht der Parlamentsmitglieder ist das TAB demnach stark politisiert.

Die TA des Bundestags dient aber auch als gesellschaftliches Dialogforum zur Diskussion und Beurteilung wissenschaftlicher und technologischer Entwicklungen. Die gesellschaftliche Entwicklung der politischen Handlungsoptionen ist hingegen nicht Teil der Aufgabenbeschreibung des TAB. Die hierfür notwendigen normativen Einschätzungen erfolgen schließlich nicht durch das Büro, sondern durch den ABFTA. Die Erfassung gesellschaftlicher Wertvorstellungen kann im Rahmen der TA-Projekte jedoch sogar zum Themenfokus werden.¹⁴⁶⁵ Es entspricht auch dem Anspruch der Politik, neutral aufbereitete ethische Fragestellungen zur parlamentarischen Entscheidungsfindung zu erhalten. Für die TA ist es dabei von besonderer Bedeutung, „frei von Meinungen und Überzeugungen ihrer Autoren“¹⁴⁶⁶ verfasst zu werden. So soll es möglich werden, Innovationspotenziale nicht durch übermäßige Vorsicht zu verbauen.¹⁴⁶⁷

Die politische Steuerung des TAB greift auch bei der Publikation seiner Expertise. Arbeitsberichte des Büros müssen durch den ABFTA freigegeben werden, der auch darüber entscheidet, welche Berichte als Drucksache veröffentlicht werden, um anschließend offiziell in die parlamentarische Entscheidungsfindung einfließen zu können. Im Fall der Veröffentlichung hat der Ausschuss dann noch die Möglichkeit, die Publikation einleitend zu kommentieren.¹⁴⁶⁸ Nicht umsonst ließ sich der Abgeordnete Philipp Lengsfeld im Zuge der Plenardebatte zu 25 Jahren TA des Bundestags zu dem Zitat hinreißen: „Alle Berichte des TAB sind vom Deutschen Bundestag gewollt.“¹⁴⁶⁹ 2014 beschrieb das TAB selbst auch noch einen klaren Publikationspfad. Zuerst geht die Expertise immer an die MdB, die anschließend das Wissen weiter verteilen und in Debatten, Gremien oder Ausschüsse einspeisen.¹⁴⁷⁰ Wenn die Abstimmung der Publikationen mit dem Parlament hakt oder nicht erfolgt, hängt auch die Veröffentlichung des Arbeitsberichts in der Luft, sodass die Allgemeinheit noch weiter verzögert Zugang zur Expertise erhält. Auch die Gutachten, die im Zuge der TA-Projekte erstellt werden, unterliegen dem Vorbehalt der Freigabe der jeweiligen Abschlussberichte durch den ABFTA und dürfen nicht weitergegeben werden. Ausnahmen können durch den Ausschuss für Mitglieder des Bundestags und Ministerien ausgesprochen werden.¹⁴⁷¹

Das TAB veröffentlicht seine Vielzahl an Publikationsformaten vor allem online als PDF. Die echten Druckauflagen sind in ihrer Stückzahl begrenzt. Darüber hinaus erscheinen

¹⁴⁶⁵ Vgl. TAB 2018d.

¹⁴⁶⁶ TAB 2018a, S. 6.

¹⁴⁶⁷ Vgl. ebd., S. 6 und 8.

¹⁴⁶⁸ Vgl. BT 2010b, S. 51f.

¹⁴⁶⁹ BT 2016, S. 15243

¹⁴⁷⁰ Vgl. TAB 2014, S. 9.

¹⁴⁷¹ Vgl. BT 2010b, S. 55f.

vereinzelt Bücher beim Verlag Edition Sigma, die in der Reihe Studien der Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag auf den Arbeitsberichten des Büros aufbauen. E-Book-Publikationen wurden als Option geprüft und bislang noch nicht eingeführt.¹⁴⁷²

6.5.5.) Schritt 3 – Beurteilung

Das TAB wurde zur wissenschaftlichen Politikberatung des Parlaments eingerichtet. In den vergangenen Jahren wurde es aber stärker auf den Ausbau dialogischer Strukturen mit der Gesellschaft ausgerichtet. Neben der Analyse der technischen Entwicklung und seiner Effekte unter Berücksichtigung der notwendigen Perspektivenvielfalt soll das TAB Handlungsoptionen darlegen und Aktionsbedarfe aufzeigen.

Die Mitarbeitenden des Büros sind keine Expertinnen oder Experten in den jeweiligen Themenfeldern, sondern leisten Kondensationsarbeit auf hohem Niveau und binden dort, wo es nötig ist, externe Expertise ein. Dank der Ausrichtung des TAB durch das KIT verfügt das Büro über eine Verwurzelung und Rückkopplung in die Wissenschaft. Hierdurch und durch seine Formate kann das TAB umfassende Wissensbestände verarbeiten und implementieren.

Das TAB führt auf Vertragsbasis für jeweils fünf Jahre die TA des Bundestags durch. Für die Koordination und Steuerung ist der ABFTA mit der Berichterstattergruppe TA zuständig. Über die GO-BT und die Grundsätze der TA ist das Büro institutionell verankert.

Bis auf wissenschaftsorganisatorische Fragestellungen deckt das TAB die Breite an gegenwärtigen Schwerpunktthemen der Wissenschaftspolitik erfolgreich ab. Im Kern vertritt es dabei das Bild eines „Honest Broker“, der sich auch einer Öffnung zur Gesellschaft verschrieben hat. Die Allgemeinheit bleibt dennoch sekundäre Rezipientin. Der Dialog zwischen Politik und Gesellschaft ist aber ein wichtiges Element der TA des Bundestags, da der Berücksichtigung von Wertvorstellungen und Interessenlagen gerade hier besonderes Gewicht zukommt. Seit 2001 setzt das Büro daher partizipative Formate ein. Heute wird eine Vielzahl an analogen und digitalen Formaten genutzt. Mit dem Konsortialmitglied IZT und dem Stakeholder Panel als Werkzeug konnte hier in den letzten Jahren eine neue Schwerpunktsetzung erfolgen. Die Politik fordert, fördert und kritisiert die Beteiligungsdimension der TA zugleich und verlangt die eigene Einbindung in die Beratung. Aus dieser Gemengelage ergeben sich Herausforderungen für die zukünftige Gestaltung der TA des Bundestags.

Zum Anforderungsspektrum des TAB gehört auch die Fähigkeit, komplexe Sachverhalte zu übersetzen. Die Publikumsorientierung trifft derzeit aber nur für die Politik zu. Mit der Besetzung einer Mitarbeitendenstelle für Wissenschaftskommunikation und Pressearbeit wurde jedoch ein neuer Weg eingeschlagen. Mit dem Ausbau der Nutzung digitaler Kanäle wurde dem TAB ein neuer Eintrag ins Aufgabenheft verpasst. Auch heute ist das Büro hier schon aktiv und informiert über sich, seine Arbeit sowie laufende Projekte. Die Expertise des

¹⁴⁷² Vgl. TAB 2014, S. 8.

TAB wird für die Allgemeinheit primär über das Internet verteilt und das Stakeholder Panel baut auf einer Webplattform auf. Mit den zusätzlichen Möglichkeiten der Sozialen Medien könnte das Büro seine Dialogfunktion stärken und die gesamtgesellschaftliche Arenenbildung ausbauen.

Das TAB arbeitet für den Bundestag in einem Feld, das stark von unterschiedlichen Interessenlagen und Wertvorstellungen geprägt ist. Seine Themenbereiche und die damit verbundenen Risiken sind gerade für die Diskussion in Deutschland von besonderer Brisanz. Das TAB soll daher neutrale Expertise erstellen und auf Wertungen verzichten. Die Kontrolle hierüber liegt zunächst in den Händen der Büroleitung und schlussendlich bei den Parlamentsmitgliedern, von denen notwendige normative Einschätzungen vorgenommen werden. Qualitätssicherungsmaßnahmen auf fachlicher Ebene ergeben sich aus der Redaktion des Büros und dem Austausch mit dem ITAS. Auf vertraglicher Ebene und die Parlamentsorientierung betreffend kontrolliert der ABFTA die Arbeit des TAB. Gerade durch die Steuerungs- und Kontrollfunktion des Ausschusses weist das Büro einen hohen Grad der Politisierung auf, der sich auf struktureller, prozeduraler und inhaltlicher Ebene entfaltet. Es besteht somit ein Widerspruch zum Gründungsgedanken des TAB. Im Kontrast hierzu setzt das TAB ein hohes Maß an Transparenz um, ohne jedoch auf mögliche Interessenkonflikte zu verweisen. Das Büro erhält seine vollständigen Ressourcen aus dem Budget des Bundestags und ist in seiner Existenz vom Parlament abhängig.

Bezüglich der Passgenauigkeit in das deutsche System fällt die starke Bedeutung des parlamentarischen Konsenses als prägendes Strukturmerkmal ins Auge. Die Entscheidungen des ABFTA in puncto TA werden im Einvernehmen gefällt, was von den Mitgliedern des Bundestags als Erfolgsfaktor gesehen wird. Über partizipative Formate und das Werkzeug Stakeholder Panel kann das TAB die Perspektiven breiter Teile der Gesellschaft in Beratungsprozesse einfließen lassen und dabei große Gruppen bis hin zu Einzelpersonen erreichen.

Die Laufzeiten der Beratungsprojekte des Büros sind lang, was der Komplexität der Thematik geschuldet ist. Gerade im Kontrast zu den ad hoc-fähigen WD erscheint dieser Umstand aus Sicht der MdB kritikbedürftig. Der weitere Ausbau der deliberativen Dimension der TA dürfte die Laufzeiten der Beratungsprojekte, zumindest bei gleichbleibenden Ressourcen, zusätzlich verlängern. Auch die notwendige Konsensherstellung im ABFTA führt dazu, dass die Abstimmungsprozesse rund um die TA des Bundestags aufwändig sind. Der informelle Abgleich im Netzwerk der Wissenschaftspolitik scheint für das TAB nicht von besonderer Bedeutung zu sein, der diskrete Interessenabgleich mit den Parlamentsmitgliedern umso mehr. Die Nutzung der digitalen Medien dient vor allem der Kommunikation mit der Gesamtgesellschaft und dem Dialog in Beratungsprojekten. Ebenfalls entgegen der dominierenden Ausrichtung deutscher Politikberatung ist das TAB ein Versuch, das Informationsungleichgewicht zwischen Bundestag und Regierung auszugleichen. Durch die Kopplung an das Parlament und

den Betrieb des Büros durch das KIT verfügt das TAB über den hierfür notwendigen institutionellen Rang.

Mit dem Stakeholder Panel verfügt das TAB über ein Vehikel, um ein gesamtgesellschaftliches Meinungsbild zu Themen der TA einzuholen. Auch die weiteren partizipativen Formate dienen dem Austausch mit der Allgemeinheit und Interessenbeteiligten. Die Deliberation des technologischen und wissenschaftlichen Fortschritts sowie der damit verbundenen Chancen und Risiken kann nur unter diesen Vorzeichen gelingen, um so die Basis der parlamentarischen Entscheidungsfindung zu bereichern. Das TAB agiert hierbei als neutraler Vermittler zwischen Gesellschaft, Wissenschaft und Politik. Das Büro kann die Gesellschaft nicht abbilden, aber einbinden.

Dennoch ist das TAB natürlich darauf ausgerichtet, Expertise für ethische Fragestellungen, für Risikofragen und natürlich für die Technikfolgenabschätzung allgemein zu erstellen. Es mangelt lediglich an den eigenen Primärkapazitäten zur Ethikberatung. Eine Lücke, die durch die Möglichkeit der externen Expertise und die Konsultation der Fachliteratur nicht gravierend erscheint.

Die Deliberation im Zuge der TA des Bundestags endet mit der Partizipation zum Austausch zu den Positionen der Gesellschaft. Die Bewertung und finale Meinungsbildung auf Basis der Expertise erfolgt durch den Bundestag. Das Primat der Politik passt zu einer Beratungsinstanz, die ihre Funktion in der Zuarbeit sieht. Die politische Entscheidung liegt beim Parlament, die Expertise dient der Verbreiterung seiner Informationsbasis. Somit können der TA des Bundestags keine außerparlamentarischen Tendenzen vorgeworfen werden.

Trotz der fraktionsübergreifenden Erkenntnis, dass Beratung in Fragen der technologischen und wissenschaftlichen Entwicklung zwingend notwendig ist, muss das TAB dennoch um seinen Rang kämpfen. Nicht umsonst musste es sich so lang um eine Budgeterhöhung bemühen. Inhaltlich, strukturell, prozedural und finanziell ist das Büro vom Bundestag abhängig. Distanz zwischen Beratenden und Beratenen ist beim TAB kaum vorhanden. Trotz seiner externen Ansiedlung ist es stark an die Politik gekoppelt. Immerhin besteht, abseits der Büroleitung, personalpolitische Freiheit. Auch die fachliche Weiterentwicklung liegt in den Händen des TAB und des ITAS. Eine Änderung der Steuerungssysteme dürfte es auch in Zukunft nicht geben, da diese vom Bundestag als Erfolgsfaktoren gesehen werden. Die Laufzeiten der Beratungen werden jedoch von den MdB kritisiert. Die zu großen Teilen schneller arbeitenden WD, die ebenfalls parlamentskonforme Expertise erzeugen, bilden hier einen unbequemen Kontrast. Es schält sich hierbei die generelle Problematik der abweichenden Taktungen von Politik und wissenschaftsbasierter sowie deliberativer Politikberatung heraus. Gerade die TA des Bundestags wird sich in seiner aktuellen Aufstellung schwer damit tun, schnellere Prozesse zu etablieren und zeitgleich neue Beteiligungskanäle zu etablieren. Wie die zusätzlichen

Formate und kürzere Laufzeiten durch das Parlament aufgenommen werden, wird sich spätestens mit der 30-Jahres-Bilanz zeigen. Letztlich wird sich das TAB am Ausgleich von Parlamentsorientierung und deliberativer Dimension messen lassen müssen. Wenn dies gelingt, kann es zwei große Stärken ausspielen: die Wiedergabe eines breiten Spiegels der Gesellschaft sowie publikumsgerechte Expertise. Aber gerade Letzteres wird sich das TAB auch zukünftig weiter über die politische Steuerung seiner Beratung teuer erkaufen müssen.

6.6.) Deutscher Ethikrat (ER)

6.6.1.) Schritt 1 – Verortung und Kategorisierung

Der Auslöser für die Planungen zur Einrichtung eines zentralen ethischen Politikberatungsgremiums in Deutschland waren der wissenschaftliche Fortschritt, insbesondere in den Lebenswissenschaften, und die daraus resultierenden Effekte auf den Menschen.¹⁴⁷³ 2001 war bereits der Nationale Ethikrat (NER) installiert worden, der jedoch überwiegend als Organisator öffentlicher Diskurse dienen sollte.¹⁴⁷⁴ Der Deutsche Ethikrat (ER) sollte hingegen den wissenschaftlichen Beratungsbedarf der Regierungen und Parlamente bedienen.¹⁴⁷⁵ Das Gremium sollte als Politikberatungsinstanz dennoch auch in die Lage versetzt werden, öffentliche Debatten zu gestalten und sollte dauerhaft sowie unabhängig etabliert werden. Da der Fortschritt gesellschaftlichen Diskussionsbedarf mit sich bringt, sollte der ER als „nationales Forum des Dialogs über ethische Fragen in den Lebenswissenschaften“¹⁴⁷⁶ fungieren.

In den grundlegenden Debatten wurden unterschiedliche Organisationsformate von den Fraktionen in die Diskussion eingebracht. Die Grünen sowie die Linke favorisierten ein Ethik-Komitee zur Parlamentsberatung, das mit externen Expertinnen und Experten sowie MdB bestückt werden sollte. Die FDP wiederum schlug einen parlamentarischen Beirat vor.¹⁴⁷⁷ Wenn die Bedarfslage auch allgemein gesehen wurde, zeichnete sich eine generelle Konfliktlinie entlang der Ausrichtung des ER ab. Gerade aus Sicht der Opposition gab es zum Vorgänger NER Justierungsbedarf. In der Kritik stand vor allem die Nähe zwischen Gremium und Regierung sowie die Struktur des Rats. Abgeordnete bemängelten, vor dem Hintergrund der Außerparlamentarismusdebatte, die Trennung von Expertinnen und Experten und der Politik, worunter die Verbindung in den Bundestag leiden würde, die für die Legitimation der Beratung jedoch unabdingbar wäre. Durch diesen „falschen Dualismus“¹⁴⁷⁸ würde man folglich schiefe Diskurse führen. Daher wurde zeitgleich mit der Beratung über einen parlamentarischen Ethikbeirat begonnen. Man verwies dabei auf die Enquete-Kommissionen zu Recht und Ethik in der

¹⁴⁷³ Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung des Deutschen Ethikrats. Drs. 16/2856. Berlin, 2006b. S. 1.

¹⁴⁷⁴ Vgl. Kapitel 5.2.3.2.1.

¹⁴⁷⁵ Vgl. BT 2006b, S. 1 und 7.

¹⁴⁷⁶ Ebd., S. 1.

¹⁴⁷⁷ Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss). Drs. 16/5136. Berlin, 2007a. S. 2.

¹⁴⁷⁸ Deutscher Bundestag (BT): Stenografischer Bericht 63. Sitzung. Plenarprotokoll 16/63. Berlin, 2006c. S. 6127A.

Modernen Medizin, die, so das Argument, beispielhaft für parlamentarisch verzahnte Expertise wären.¹⁴⁷⁹ Mit dem Ethikbeirat sollten die „Verzahnung und Zusammenführung von externer Sachkompetenz und parlamentarischer Arbeit“¹⁴⁸⁰ vollzogen werden. Argumentativ untermauerte man dies mit der Sicherung des notwendigen politischen Meinungspluralismus und der so gewährleisteten Arbeitsfähigkeit des Beirats über die verschiedenen Ausschüsse hinweg.¹⁴⁸¹ Das Parlament sollte direkte und informelle Zugangsmöglichkeiten zu dem Beirat erhalten und durch Eingaben bezüglich der Priorisierung und Themensetzung die Agenda des Gremiums steuern.¹⁴⁸² Aufgrund der Einrichtung als begleitender Beirat, der mit Unklarheiten im institutionellen Design versehen war, die zu Unsicherheiten und Unstimmigkeiten im Beratungsalltag führten, war dem Ethikbeirat das Scheitern in die Wiege gelegt. Die konstituierende Sitzung fand am 23. April 2008 statt, die letzte Sitzung des Beirats folgte bereits am 17. Juni 2009.¹⁴⁸³ Ein interfraktioneller Antrag auf Wiedereinsetzung wurde 2010 durch die Mehrheit im ABFTA abgelehnt.¹⁴⁸⁴

Auch in der Debatte um das Ethikratgesetz (EthRG), das einer dauerhaften Einrichtung Legitimation verschaffen sollte, zeigten sich die Spannungen zwischen Exekutive und Legislative.¹⁴⁸⁵ Während die Regierung für ein unabhängiges und nur mit Expertinnen und Experten besetztes Gremium plädierte, das zwischen Beratenden und Beratenen und somit zwischen Expertise und Dezision trennt, betonte die Opposition die Meinung, dass die Beteiligung des Parlaments bei ethischen Debatten von großen Teilen der Gesellschaft gewünscht sei.¹⁴⁸⁶ Das EthRG wurde schließlich am 16. Juli 2007 verabschiedet und trat zum 01. August 2007 in Kraft.¹⁴⁸⁷ Der NER tagte am 11. September 2007 noch ein letztes Mal, bevor der ER dessen Aufgaben übernahm und sich am 11. April 2008 konstituierte.¹⁴⁸⁸

Die Aufgabenbeschreibung des ER gemäß EthRG verpflichtet den Rat dazu, die aktuellen „ethischen, gesellschaftlichen, naturwissenschaftlichen, medizinischen und rechtlichen“¹⁴⁸⁹ Fragestellungen zu verfolgen und dabei die „voraussichtlichen Folgen für Individuum

¹⁴⁷⁹ Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Einrichtung eines Parlamentarischen Beirats zu Fragen der Ethik insbesondere in den Lebenswissenschaften (Ethikbeirat). Drs. 16/5128. Berlin, 2007b. S. 1.

¹⁴⁸⁰ Deutscher Bundestag: Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat zu Fragen der Ethik insbesondere in den Lebenswissenschaften (Ethikbeirat). Drs. 16/13780. Berlin, 2009. S. 2.

¹⁴⁸¹ Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Antrag zur Einrichtung eines Parlamentarischen Beirats für Bio- und Medizinethik. Drs. 16/3289. Berlin, 2006a. S. 2.

¹⁴⁸² Vgl. BT 2009, S. 4.

¹⁴⁸³ Vgl. ebd., S. 3f.

¹⁴⁸⁴ Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Einrichtung eines Parlamentarischen Beirats zu Fragen der Ethik (Ethikbeirat). Drs. 17/1806. Berlin, 2010c.

Vgl. https://web.archive.org/web/20110707163501/http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_12/2010_397/02.html (04.10.2019)

¹⁴⁸⁵ Vgl. BT 2006c, S. 6122a.

¹⁴⁸⁶ Vgl. ebd., S. 6121cf.

¹⁴⁸⁷ Vgl. Gesetz zur Einrichtung des Deutschen Ethikrats (Ethikratgesetz – EthRG) vom 16. Juli 2007, in: Bundesgesetzblatt 1385, Jahrgang 2007 Teil I Nr. 31. Bonn, 2007. § 11.

¹⁴⁸⁸ BT 2006b, S. 8.

Vgl. Deutscher Ethikrat (ER): Pressemitteilung 01/2008. Berlin, 2008. (https://www.ethikrat.org/fileadmin/PDF-Dateien/Pressemitteilungen/PM_2008_01_Konstituierung.pdf, 04.10.2019)

¹⁴⁸⁹ EthRG § 2 Abs. 1.

und Gesellschaft¹⁴⁹⁰ im Auge zu behalten. Im ER verquickt sich somit Ethikexpertise mit der Technikfolgenabschätzung. Der Rat wurde in dem Geiste geschaffen, „frühzeitig“¹⁴⁹¹ entsprechende Debatten zu initiieren. Hierzu muss er die gesellschaftliche Stimmungs- und Diskurslage verfolgen, was vor allem die Diskussion von Themen mit bioethischem Bezug betrifft. Gerichtsurteile, aber auch Forschungsschlaglichter und politische Initiativen sind daher bestimmend für die Themenfindung des ER.¹⁴⁹² Für die Fragen, die sich in Rahmen dieser Debatten entwickeln, ist er Anlaufstelle für die ganze Gesellschaft und bildet eine Plattform für die Deliberation.¹⁴⁹³ Diese Funktion erfüllt der ER unter anderem über drei Hauptaktionsfelder, die das EthRG definiert, ohne dass das Gremium aber auf diese beschränkt ist. Der Rat informiert die Öffentlichkeit und befördert unter Beteiligung der Gesamtgesellschaft bioethische Debatten. Er soll Debatten fokussieren und strukturieren, um zeitgleich den Austausch von Information zu ermöglichen.¹⁴⁹⁴ Erst an zweiter Stelle nennt das EthRG die Generierung von Expertise für Politik und Gesetzgebung. Als letzter Schwerpunkt wird die nationale und internationale Kooperation aufgeführt.¹⁴⁹⁵ Zur Erfüllung dieser Ziele wurde der ER von der Gesetzgebung mit der Möglichkeit ausgestattet, öffentlichkeitsorientierte Formate einzusetzen, um zu informieren und Diskurse anzuregen.¹⁴⁹⁶ Der Rat kann „öffentliche Veranstaltungen, Anhörungen und öffentliche Sitzungen durchführen“¹⁴⁹⁷ und ist dazu verpflichtet, jährlich mindestens ein öffentliches Format „zu ethischen Fragen insbesondere im Bereich der Lebenswissenschaften“¹⁴⁹⁸ durchzuführen.

Weitere Aspekte der Funktionen und Arbeitsabläufe des ER werden über eine Geschäftsordnung festgelegt, die der Rat sich selbst gibt.¹⁴⁹⁹ Aus dieser geht hervor, dass der ER auf Basis eines selbst bestimmten Arbeitsprogramms agiert, das für gewöhnlich ein Jahr gilt.¹⁵⁰⁰ Die Initiation von Themen oder Beratung erfolgt dabei proaktiv oder im Auftrag des Parlaments beziehungsweise der Bundesregierung.¹⁵⁰¹ Beide sind aber nicht dem Rat gegenüber weisungsbefugt, die einzige Bindung besteht an den gesetzlich formulierten Auftrag. Auch die Ratsmitglieder üben ihr Amt eigenverantwortlich und persönlich aus.¹⁵⁰² Das EthRG legt die Zahl der Mitglieder auf 26 Personen fest.¹⁵⁰³ Sie qualifizieren sich dadurch, dass sie

¹⁴⁹⁰ EthRG § 2 Abs. 1.

¹⁴⁹¹ BT 2006b, S. 7.

¹⁴⁹² Vgl. Deutscher Ethikrat (ER): Jahresbericht 2018. Berlin, 2019c. S. 46ff.

¹⁴⁹³ Vgl. ebd., S. 7.

¹⁴⁹⁴ Vgl. BT 2006b, S. 8.

¹⁴⁹⁵ Vgl. EthRG § 2 Abs. 1

¹⁴⁹⁶ Vgl. ER 2019c. S. 8.

¹⁴⁹⁷ EthRG § 2 Abs. 2.

¹⁴⁹⁸ Ebd.

¹⁴⁹⁹ Vgl. ebd., § 6 Abs. 2.

¹⁵⁰⁰ Vgl. ER 2019c, S. 59, § 4.

¹⁵⁰¹ Vgl. EthRG § 2 Abs. 2.

¹⁵⁰² Vgl. ebd., § 3.

¹⁵⁰³ Vgl. ebd., § 4 Abs. 1.

„naturwissenschaftliche, medizinische, theologische, philosophische, ethische, soziale, ökonomische und rechtliche Belange in besonderer Weise repräsentieren“¹⁵⁰⁴. Die Mitglieder stammen entweder aus den eben genannten Wissenschaftsdisziplinen oder sind „anerkannte Personen [...], die in besonderer Weise mit ethischen Fragen der Lebenswissenschaften vertraut sind“¹⁵⁰⁵. Durch diese Maßnahmen soll gewährleistet werden, dass eine umfassende Palette an fachlichen sowie gesellschaftlichen Hintergründen und Perspektiven vertreten sind, um ein breites Spektrum an Meinungen in das Gremium implementieren zu können.¹⁵⁰⁶ Die Mitgliedschaft im ER ist unvereinbar mit einem politischen Amt auf Landes- oder Bundesebene.¹⁵⁰⁷ Das Vorschlagsrecht für Berufungen liegt jeweils hälftig beim Bundestag und der Bundesregierung, die Ernennung erfolgt durch den Bundestagspräsidenten oder die Bundestagspräsidentin. Die Amtszeit ist auf vier Jahre beschränkt, eine einmalige Wiederberufung ist möglich. Beim vorzeitigen Ausscheiden eines Mitglieds erfolgt eine außerplanmäßige Berufung auf vier Jahre. Das Vorschlagsrecht liegt dann wieder bei dem Organ, von dem das ausgeschiedene Mitglied vorgeschlagen wurde.¹⁵⁰⁸

Mit Stand Oktober 2019 sind 22 der 26 Mitglieder Professorinnen oder Professoren, zwei Mitglieder sind promoviert und zwei Personen verfügen über einen Studienabschluss. Die Auflistung der ehemaligen Mitglieder zeichnet ein vergleichbares Bild. Die Besetzung des ER weist Kontinuitäten zwischen den Enquete-Kommissionen zu Ethik und Recht der modernen Medizin und vor allem dem NER auf. Insgesamt 15 Personen hatten bereits bei der Vorgängerorganisation ein Amt inne. Hierdurch waren mindestens sechs Mitglieder insgesamt mehr als acht Jahre in beiden Gremien tätig. Mit Wolf-Michael Catenhusen und Erwin Teufel finden sich auch ehemalige Politiker unter den Mitgliedern des ER. Nicht hinterlegt ist die Information, ob ein Mitglied auf Vorschlag des Parlaments oder der Regierung berufen wurde.¹⁵⁰⁹

Der Rat hat einen Vorsitz, der mit absoluter Mehrheit aus der Mitte der Mitglieder für vier Jahre gewählt wird. Es besteht die Möglichkeit zur einmaligen Wiederwahl. Seine Hauptaufgaben sind die Leitung der Plenumsitzung und die Repräsentation des ER nach außen.¹⁵¹⁰ Die Beratungsprozesse erfolgen in thematischen Arbeitsgruppen, die spezifisch für einzelne Themen konstituiert werden. Die Besetzung der Arbeitsgruppen erfolgt ebenfalls durch den Rat selbst. In diesen Teams werden Texte erarbeitet und für die Diskussion sowie Verabschiedung im Plenum vorbereitet. Zur Ergänzung seiner Expertise oder bei Forschungsbedarf kann

¹⁵⁰⁴ EthRG, § 4 Abs. 1.

¹⁵⁰⁵ Ebd.

¹⁵⁰⁶ Vgl. BT 2006b. S. 8

Vgl. EthRG § 4 Abs. 2.

¹⁵⁰⁷ Vgl. ebd., § 4 Abs. 3.

¹⁵⁰⁸ Vgl. EthRG § 5.

¹⁵⁰⁹ Vgl. <https://www.ethikrat.org/mitglieder/> (10.10.2019)

¹⁵¹⁰ Vgl. EthRG § 6.

Vgl. ER 2019c, S. 58f, § 3.

der Rat externe Gutachten in Auftrag geben.¹⁵¹¹ Neben den Treffen der Arbeitsgruppe und im Plenum können sich Ratsmitglieder zum Beispiel auch auf bi- oder trilateraler Ebene treffen, per Telefon konferieren oder zu Redaktionssitzungen zusammenkommen.¹⁵¹² Die Plenarsitzungen des ER finden für gewöhnlich monatlich in Berlin statt.¹⁵¹³

2017 hatte der Rat neun Arbeitsgruppen eingerichtet, 2018 waren es acht.¹⁵¹⁴ Mit Stand Oktober 2019 bearbeitet der ER vier Themen: „Vernünftiger“ Umgang mit Tieren, Eingriffe in die menschliche Keimbahn, Impfen als Pflicht? Sowie Robotik und Pflege.¹⁵¹⁵ Somit gibt es noch Überschneidungen mit der Themensetzung 2018: Wohltätiger Zwang, Seltene Erkrankungen, Keimbahneingriffe beim Menschen und Impfen als Pflicht?.¹⁵¹⁶ Seit Einrichtung hat der ER insgesamt 39 verschiedene Themen bearbeitet.¹⁵¹⁷ Allgemein gruppiert der Rat seine Arbeit in drei thematische Felder: Forschung und Technik, Gesellschaft und Recht sowie Medizin und Gesundheit.¹⁵¹⁸

Neben den Arbeitsgruppen, die aktuell an Empfehlungen und Stellungnahmen arbeiten, werden Gruppen für die Planung der Jahrestagungen, Herbsttagungen sowie für das jährliche Forum Bioethik eingesetzt. Die Stärke der thematischen Arbeitsgruppen liegt zwischen 13 und 18 Personen, die Arbeitsgruppen zur Tagungsplanung können mit nur bis zu fünf Personen deutlich kleiner ausfallen.¹⁵¹⁹ Die Arbeitsgruppen werden durch von ihnen bestimmte Sprecherinnen und Sprecher sowie gegebenenfalls Berichterstattende vertreten.¹⁵²⁰ Neben den regulären Mitgliedern kann eine Arbeitsgruppe auch weitere Mitglieder umfassen. Im Rahmen einer Pressekonferenz sprach der Ratsvorsitz hierbei von „korrespondieren Mitglieder[n]“¹⁵²¹. Für die Arbeitsgruppe Big Data führen der Jahresbericht 2017 und die Website des

¹⁵¹¹ Vgl. EthRG § 6.

Vgl. ER 2019c, S. 54.

¹⁵¹² Vgl. - Deutscher Ethikrat (ER): Statement Vorsitz des Deutschen Ethikrats zur Veröffentlichung der Stellungnahme „Impfen als Pflicht?“. Berlin, 2019. S. 3. (<https://www.ethikrat.org/fileadmin/PDF-Dateien/Pressekonferenzen/pk-2019-06-27-dabrock.pdf>, 10.10.2019)

¹⁵¹³ Vgl. EthRG § 5 Abs. 1.

¹⁵¹⁴ Vgl. Deutscher Ethikrat (ER): Jahresbericht 2017. Berlin, 2018c. S. 68.

Vgl. ER 2019c, S. 54.

¹⁵¹⁵ <https://www.ethikrat.org/themen/aktuelle-ethikratthemen/> (10.10.2019)

¹⁵¹⁶ Vgl. ER 2019c, S. 54.

¹⁵¹⁷ Vgl. <https://www.ethikrat.org/themen/alle-themen/> (10.10.2019)

¹⁵¹⁸ Vgl. <https://www.ethikrat.org/themen/forschung-und-technik/> (10.10.2019)

Vgl. <https://www.ethikrat.org/themen/gesellschaft-und-recht/> (10.10.2019)

Vgl. <https://www.ethikrat.org/themen/medizin-und-gesundheit/> (10.10.2019)

¹⁵¹⁹ Vgl. ER 2018c, S. 68.

Vgl. ER 2019c, S. 54.

¹⁵²⁰ Vgl. ebd., S. 59f., § 9.

¹⁵²¹ ER 2019d, S. 3.

DER sogar ein „externes Mitglied“¹⁵²² auf. In der entsprechenden Stellungnahme wird hingegen von zwei Externen gesprochen, die darüber hinaus als „kooptierte AG-Mitglieder“¹⁵²³ bezeichnet werden. Eine solche Option ist weder im EthRG noch in der Geschäftsordnung festgehalten.

Nach eigener Aussage arbeitet der ER mit drei Publikationsformaten, die sich auch explizit an die Öffentlichkeit richten und dieser kostenfrei zugänglich gemacht werden: Stellungnahme, Ad-hoc-Empfehlung und Infobrief. Die ersten beiden Formate sind die eigentliche Expertise des ER. Stellungnahmen sind „umfassende Bestandsaufnahme zum wissenschaftlichen Sachstand eines Themas und seinem rechtlichen Rahmen sowie seiner ethischen Bewertung“¹⁵²⁴. Stellungnahmen leiten abschließend Handlungsempfehlungen, vor allem für die Politik, ab.¹⁵²⁵ Mit Stand Oktober 2019 hat der ER bislang 17 Stellungnahmen veröffentlicht.¹⁵²⁶ Seit 2012 veröffentlicht der ER zusätzlich die sogenannten Ad-hoc-Empfehlungen.¹⁵²⁷ Gemäß Geschäftsordnung kann ein solches Verfahren in Ausnahmefällen eingeleitet werden, um schneller auf dringliche Umstände reagieren zu können.¹⁵²⁸ Bislang sind fünf Ad-hoc-Empfehlungen veröffentlicht worden.¹⁵²⁹ Mit dem Infobrief wiederum, der zwei Mal im Jahr erscheint, publiziert der Rat kompakte Darstellungen seiner Themen für die Öffentlichkeit. Quellen sind die Stellungnahmen sowie die Inhalte öffentlicher Sitzungen oder Veranstaltungen.¹⁵³⁰ Daneben veröffentlicht der ER verschiedene Publikationen, die der weiterführenden Information zur Arbeit, den Themen und den Veranstaltungen des Rats dienen. Neben dem Jahresbericht, mit dem der ER seiner Rechenschaftspflicht gegenüber Regierung und Parlament gemäß § 2 Abs. 4 EthRG nachkommt, werden auch Studien und Befragungen des Rats veröffentlicht.¹⁵³¹ Unter dem Schlagwort Dokumentationen werden außerdem detaillierte Tagungsdokumentationen angefertigt. Seit seiner Gründung sind bislang acht Veranstaltungen auf diese Weise aufgearbeitet worden, wobei jedoch seit 2014 nur noch eine einzelne Tagung dokumentiert wurde.¹⁵³²

Der ER führt verschiedene öffentliche und nicht öffentliche Veranstaltungsformate durch. Es gibt Jahres- und Herbsttagungen, die Themen des Rats aufnehmen oder ergänzende Fragestellungen adressieren.¹⁵³³ Der ER kann auch öffentliche Anhörungen ansetzen, um externe

¹⁵²² ER 2018c, S. 68.

<https://www.ethikrat.org/themen/forschung-und-technik/big-data/> (10.10.2019)

¹⁵²³ Deutscher Ethikrat (ER): Big Data und Gesundheit – Datensouveränität als informationelle Freiheitsgestaltung. Stellungnahme. Berlin, 2018a. S. 8.

¹⁵²⁴ ER 2019c, S. 45.

¹⁵²⁵ Vgl. ebd., S. 8 und 45.

¹⁵²⁶ Vgl. <https://www.ethikrat.org/publikationen/kategorie/stellungnahmen/> (10.10.2019)

¹⁵²⁷ Vgl. ER 2019c, S. 8.

¹⁵²⁸ Vgl. ebd., S. 60, § 10 Abs. 3.

¹⁵²⁹ <https://www.ethikrat.org/publikationen/kategorie/ad-hoc-empfehlungen/> (10.10.2019)

¹⁵³⁰ Vgl. ER 2019c, S. 8 und 45.

¹⁵³¹ Vgl. <https://www.ethikrat.org/publikationen/>

¹⁵³² <https://www.ethikrat.org/publikationen/kategorie/dokumentationen/> (10.10.2019)

¹⁵³³ Vgl. ER 2018c, S. 28 und 65.

Vgl. ER 2019c, S. S. 17ff und 51.

Expertise in einem öffentlichen Forum zur Sprache kommen zu lassen.¹⁵³⁴ Die Veranstaltungsreihe Forum Bioethik dient ebenfalls der Information und der Beförderung der gesellschaftlichen Debatte und ist mit dem gesetzlichen Auftrag des Rats verbunden.¹⁵³⁵ Daneben gibt es noch Plenarsitzungen, die selektiv öffentlich oder nicht öffentlich sind, und Arbeitsgruppensitzungen, die nicht öffentlicher Natur sind.¹⁵³⁶ Zu den weiteren Veranstaltungen des Rats zählen internationale Treffen mit vergleichbaren Institutionen anderer Länder oder Veranstaltungen mit der Politik, wie zum Beispiel der Parlamentarische Abend.¹⁵³⁷

Der ER verfügt über eine eigene Geschäftsstelle, die gemäß §8 des EthRG vom Bundestagspräsidenten oder der Bundestagspräsidentin eingerichtet wird, in der Alltagspraxis aber dem Ratsvorsitz unterliegt.¹⁵³⁸ Die Geschäftsordnung schärft weiter, dass der Rat gemeinschaftlich über die Strukturen des Büros, hochqualifizierte Mitarbeitende sowie die Verwendung der Haushaltsmittel entscheidet.¹⁵³⁹ Die Geschäftsstelle ist bei der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BAW) in Berlin angesiedelt. Eine nicht öffentliche Vereinbarung zwischen Bundestagsverwaltung der Akademie regelt die Zusammenarbeit. Die Mitarbeitenden unterstützen den Rat inhaltlich und administrativ.¹⁵⁴⁰ Darüber hinaus dienen sie gelegentlich als Anlaufstelle für Diskussionen oder andere Veranstaltungen.¹⁵⁴¹ Stand Oktober 2019 verfügt die Geschäftsstelle neben der Leitung über insgesamt zehn Mitarbeitende: drei wissenschaftliche Referenten, einen Pressereferenten, einen Dokumentar, zwei Koordinatoren für nationale und internationale Angelegenheiten sowie Veranstaltungen, einen Sekretariatsposten sowie eine studentische Hilfskraft.¹⁵⁴² Die gesamten Kosten, die durch die Arbeit des ER entstehen, werden aus dem Bundeshaushalt gestellt.¹⁵⁴³ 2009 betrug das Budget 1,695 Mio. Euro, für 2020 sind mittlerweile 2 Mio. Euro eingestellt.¹⁵⁴⁴

Temporale Klassifikation

Der ER ist ein proaktiv ausgerichtetes Gremium und als „unabhängiger Sachverständigenrat“¹⁵⁴⁵ konzipiert. Auf Basis des EthRG kann er seine Themen und sein Arbeitsprogramm frei

¹⁵³⁴ Vgl. <https://www.ethikrat.org/anhoerungen/> (10.10.2019)

¹⁵³⁵ Vgl. ER 2019c, S. 17.

¹⁵³⁶ Vgl. ebd., S. 59, § 6 Abs. 1.

¹⁵³⁷ Vgl. <https://www.ethikrat.org/weitere-veranstaltungen/> (10.10.2019)

¹⁵³⁸ Vgl. EthRG § 8.

¹⁵³⁹ Vgl. ER 2019c, S. 60f, § 12 Abs. 2.

¹⁵⁴⁰ Vgl. ebd., S. 55.

¹⁵⁴¹ Vgl. Deutscher Bundestag (BT): Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder. Wortprotokoll der 12. Sitzung. Protokoll-Nr. 19/12 (1). Berlin, 2019b. S. 13ff.

Vgl. ER 2019c, S. 17.

¹⁵⁴² <https://www.ethikrat.org/geschaeftsstelle/> (10.10.2019)

¹⁵⁴³ Vgl. EthRG § 10 Abs. 2.

¹⁵⁴⁴ Vgl. Deutscher Bundestag: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) Drs. 16/9900. Berlin, 2008. S. 149.

Vgl. Deutscher Bundestag: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020). Drs. 19/11800. Berlin, 2019a. S. 164.

¹⁵⁴⁵ EthRG § 1.

setzen, um auf wissenschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen reagieren zu können. Bundestag und Regierung haben die Möglichkeit, Themen an den Rat heranzutragen, dennoch besteht keine direkte Weisungsbefugnis. In seiner Arbeit ist der ER nur an den durch das EthRG formulierten Auftrag gebunden. Das Hauptaugenmerk liegt auf den „voraussichtlichen Folgen“¹⁵⁴⁶ des Fortschritts. Als ex ante Beratung leitet der ER Empfehlungen für Politik sowie Gesetzgebung ab und fördert den gesellschaftlichen Diskurs. Diese Aufgabe erfüllt er als dauerhafte Institution, die durch ihre feste Verankerung umständlicher aufgelöst werden müsste, als es bei einem Beirat der Fall wäre.

Direktionale Klassifikation

Sowohl die Politik als auch die Gesamtgesellschaft erreicht der ER mit direkter Politikberatung. Mit Blick auf die Öffentlichkeit versucht er, aktuelle Impulse aufzunehmen und durch seine Expertise auf sie zu reagieren, um die Deliberationsfähigkeit der Bevölkerung zu steigern. Zeitgleich, sollte es keinen Themenwunsch durch Exekutive oder Legislative gegeben haben, verfasst der Rat Empfehlungen für die Politik, um sie mit Rüstzeug für Debatten und Dezision zu versorgen. Über Parlamentarische Abende und andere Begegnungsformate steht der ER auch auf informeller Ebene im direkten Kontakt mit Regierung und Bundestag.¹⁵⁴⁷ Die Politik ist jedoch nicht in das Gremium eingebunden. Trotz seiner deliberativen Ausrichtung kann die Gesellschaft in ihrer Breite durch den ER nicht abgebildet werden. Obwohl sich die Arbeitsgruppen je nach Thema neu konfigurieren, bleibt die Besetzung des Gremiums, abseits externer Expertise oder durch partizipative Formate, unverändert. Der unabhängigen Positionierung des ER entsprechend, ist er ein externes Beratungsgremium. Aufgrund seiner gesellschaftsorientierten Aufgabenstellung ist der Rat generell öffentlich mit der Option auf Nichtöffentlichkeit. Das EthRG spricht nur von einer jährlichen Pflichtveranstaltung, bei weiteren Sitzungen oder Anhörungen kann der Rat über die Öffentlichkeit selbst entscheiden. Die Plenarsitzungen sind für gewöhnlich öffentlich, können aber, auf Basis eines Mehrheitsentscheids, geschlossen werden. Die Arbeitsgruppen arbeiten nicht öffentlich, die Aufzeichnung einer Sitzung ist nicht Standard.¹⁵⁴⁸ Mitschriften zu öffentlichen Veranstaltungen werden publiziert, bei nicht öffentlichen Formaten erfolgt ein Fallentscheid.¹⁵⁴⁹ Für gewöhnlich berät der ER öffentlich, kann sich aber dazu entscheiden, nicht öffentlich zu beraten, in welchem Falle er auch darüber entscheiden kann, die Arbeitsergebnisse zu veröffentlichen oder nicht.¹⁵⁵⁰

¹⁵⁴⁶ EthRG § 2 Abs. 1.

¹⁵⁴⁷ Vgl. ER 2019c, 35f.

¹⁵⁴⁸ Vgl. ebd., S. 59, § 6 Abs. 1 und 2.

¹⁵⁴⁹ Vgl. ebd., S. § 7 Abs. 2.

¹⁵⁵⁰ Vgl. EthRG § 7 Abs. 1 und 2.

Funktionale Klassifikation

In Bezug auf seine Arbeitsergebnisse sowie personellen Zuordnungen leistet der ER Politikberatung, während er prozedural betrachtet auch intransparente Anleihen hat, die auf Diskretionsvorgaben zurückzuführen sind. Die Beratungen des Rats drehen sich in Teilen um sensible Themen und vertrauliche Informationen, weshalb im EthRG und der Geschäftsordnung entsprechende Passagen zur Verschwiegenheit zu finden sind.¹⁵⁵¹ In seiner funktionalen Ausrichtung verfolgt der ER eine doppelte Schwerpunktsetzung und hat zwei Beratungsziele. Der gesellschaftliche Auftrag des EthRG ist eindeutig, der Rat ist aber auch für Expertise zur politischen Entscheidungsfindung zuständig. Auch durch die kommunikative Komponente und seine deliberative Ausrichtung entspricht der Rat einem modernen Beratungsverständnis. Gemäß EthRG betreibt der ER dabei Legislativ- und Exekutivberatung. Aus Sicht des Parlaments liegt jedoch, wie die Debatten rund um den Ethikbeirat und den Entwurf des EthRG zeigen, ein Ungleichgewicht vor, das die Bundesregierung bevorzugt. Die bislang ausgebliebene Beauftragung durch den Bundestag unterstreicht diese Einschätzung.

6.6.2.) Schritt 2 – Expertise

Wissenschaftliche Politikberatung war der formativen Gedanken hinter dem EthRG.¹⁵⁵² Der Bedarf wurde bei der gesamten Gesellschaft identifiziert, folglich definierte die Gesetzgebung auch zwei Beratungsempfänger. Das EthRG legt außerdem fest, dass der Rat der gesellschaftlichen Deliberation Vorschub geben soll und aufgrund seiner Plattformfunktion mit einer klaren breitenkommunikativen Ausrichtung versehen ist. Von seiner gesetzlichen Ausgangsbasis entspricht der ER somit einer modernen Beratungsausrichtung.

Die Expertise des ER ist nicht als entpolitisierend gedacht. Die Beratung dreht sich um Themen mit Brisanz, die polarisieren und von persönlichen Wertvorstellungen geprägte Entscheidungsbereiche betreffen. Ein Umstand, dessen sich der ER natürlich auch bewusst ist.¹⁵⁵³ Er will nicht rationalisieren, sondern dem Diskurs eine Fläche bieten und einen interdisziplinären Wissensstock bereitstellen, damit die gesellschaftliche Deliberation erfolgen und die Politik entscheiden kann. Die gesamtgesellschaftliche Wirkungsmächtigkeit ist somit der erklärte Anspruch im Wirken des ER.

Auch die Konsensfindung ist nicht das Ergebnis, auf das der ER hinarbeitet. Dissens ist innerhalb des Rats möglich und als Option eingeplant. Die Mitglieder vertreten „unterschiedliche ethische Ansätze und ein plurales Meinungsspektrum“¹⁵⁵⁴. Im Entwurf zum EthRG wurde seinerzeit noch auf eine „konsensorientierte Diskussionskultur“¹⁵⁵⁵ hingearbeitet. Zeitgleich

¹⁵⁵¹ Vgl. EthRG § 9.

Vgl. ER 2019c, S. 58, § 1 Abs. 3.

¹⁵⁵² BT 2006b, S. 1 und 7.

¹⁵⁵³ Vgl. Deutscher Ethikrat (ER): Eingriffe in die menschliche Keimbahn. Stellungnahme. Berlin, 2019a. S. 234.

¹⁵⁵⁴ EthRG § 4 Abs. 2

¹⁵⁵⁵ BT 2006b, S. 9.

wurde die Möglichkeit eingebracht, abweichende Voten zum Ausdruck zu bringen.¹⁵⁵⁶ Die Empfehlungen des ER basieren jedoch gemäß § 2 des EthRG auf einer Mehrheitsentscheidung, können aber ohne Konsens ergehen. Der ER kann markieren, wo Expertise einvernehmlich verabschiedet wurde oder eben nicht.¹⁵⁵⁷ Die Möglichkeit der Sondervoten weist daneben auch auf alternative Entscheidungsoptionen und Argumentationslinien hin. Besonders eindringlich erfolgt die Darlegung von Einzelentscheidungen und ihren kausalen Zusammenhängen anhand eines Entscheidungsbaums, um der Komplexität und dem grundlegenden Charakter der Keimbahnmanipulation für den wissenschaftspolitischen Entscheidungshorizont Rechnung zu tragen.¹⁵⁵⁸ Auch bei Ad-hoc-Empfehlungen können abweichende Positionen erkennbar gemacht werden.¹⁵⁵⁹

Die Ratsmitglieder haben, bis auf einzelne Ausnahmen, einen fundierten wissenschaftlichen Hintergrund und vertreten zusammen einen interdisziplinären Fächerkanon. Eigene Forschungstätigkeit ist aber keine Voraussetzung, eine Mitgliedschaft ist auch aufgrund besonderer Vertrautheit mit den Themen des ER auf Basis von § 4 Abs. 2 EthRG möglich. Eine Konkretisierung erfährt dieser Passus nicht, aber persönliche Betroffenheit scheint mit Blick auf die aktuelle und vergangene Mitgliederstruktur als Möglichkeit. Die Lebensläufe der Mitglieder zeigen auch, dass sie sich durch Praxiserfahrung oder durch jahreslanges persönliches Engagement auszeichnen können.¹⁵⁶⁰

Die Expertise des ER bedient sich einer wissenschaftlich-nüchternen Sprache. Die Stellungnahmen fallen umfassend auf, sind aber auch als Kurzfassungen verfügbar.¹⁵⁶¹ Ad-hoc-Stellungnahmen sind, auch der geringen Laufzeit der Ausfertigung geschuldet, deutlich verkürzt und bewegen sich in einseitiger Seitenzahl.¹⁵⁶² Separate Fassungen für Politik und die Allgemeinheit werden nicht angeboten. Die umfassenden Stellungnahmen passen zum Konzept des „Honest Broker“. Bei Ethikberatung ist selbstredend der Wertebezug stets im

¹⁵⁵⁶ Vgl. BT 2006b, S. 9.

¹⁵⁵⁷ Vgl. ER 2019a, S. 231ff.

Vgl. ER 2018c, S. 15.

Vgl. ER 2019c, S. 14.

¹⁵⁵⁸ Vgl. <https://www.ethikrat.org/fileadmin/Publikationen/Stellungnahmen/deutsch/entscheidungsbaum-keimbahneingriff.pdf> (10.10.2019)

Vgl. ER 2019a, S. 45.

¹⁵⁵⁹ Vgl. ER 2019c, S: 60, § 10 Abs. 3.

¹⁵⁶⁰ Vgl. [https://www.ethikrat.org/mitglieder/stephan-kruip/#m-tab-0-lebenslauf_\(10.10.2019\)](https://www.ethikrat.org/mitglieder/stephan-kruip/#m-tab-0-lebenslauf_(10.10.2019))

Vgl. [https://www.ethikrat.org/mitglieder/constanze-angerer/#m-tab-0-lebenslauf_\(10.10.2019\)](https://www.ethikrat.org/mitglieder/constanze-angerer/#m-tab-0-lebenslauf_(10.10.2019))

¹⁵⁶¹ Vgl. Deutscher Ethikrat (ER): Hilfe durch Zwang? Professionelle Sorgebeziehungen im Spannungsfeld von Wohl und Selbstbestimmung. Stellungnahme, Kurzfassung. Berlin, 2018b.

Vgl. Deutscher Ethikrat (ER): Intervening in the Human Germline. Opinion, Executive Summary & Recommendations. Berlin, 2019b.

¹⁵⁶² Vgl. Deutscher Ethikrat (ER): Keimbahneingriffe am menschlichen Embryo: Deutscher Ethikrat fordert globalen politischen Diskurs und internationale Regulierung. Ad-Hoc-Empfehlung. Berlin, 2017.

Vgl. Deutscher Ethikrat (ER): Stallzellforschung – Neue Herausforderungen für das Klonverbot und den Umgang mit artifiziell erzeugten Keimzellen? Ad-hoc-Empfehlung. Berlin, 2014b.

Vordergrund und lebensweltliche Faktoren finden Berücksichtigung. Der ER agiert mit der Gesellschaft im Blick und mit ihr als Adressatin, wodurch er auch Elemente des „Civic Scientist“ auf sich vereint.

Der ER veröffentlicht seine Expertise als Gremium, Empfehlungen werden auf Basis eines Mehrheitsentscheids verabschiedet. Über Sondervoten können aber auch Individuen zur Sprache kommen. Interdisziplinäre Fragestellungen bearbeitet der ER gemäß § 2 EthRG, was seine Expertise auch wiedergibt.¹⁵⁶³ Der Rat stellt grundlegendes sowie kontextualisierendes Überblickswissen und spezialisiertes Randwissen bereit.¹⁵⁶⁴ Auch die ethischen Diskussionsaspekte sind generell als Spezialwissen einzuordnen. Daneben berücksichtigt der ER auch praktische Anwendungsbereiche.¹⁵⁶⁵ Alltagsperspektiven fließen unter anderem durch die Mitglieder des Rats selbst ein, darüber hinaus können über Befragungen Praxis- und Privatpersonen zu ihren Ansichten um Auskunft gebeten werden.¹⁵⁶⁶ Der ER sieht seine Aufgabe durchaus darin, die anwendbare Expertise zu verfassen, die entsprechend praxisbezogen formuliert ist, wie das Beispiel Impfpflicht zeigt.¹⁵⁶⁷ Im Rahmen der Stellungnahme wurde hierzu auch externe Expertise zum Thema Vertrauensbildung und Impfen hinzugezogen.¹⁵⁶⁸

Mit Blick auf das institutionelle Design sollte zunächst festgehalten werden, dass die Einsetzung der Mitglieder mit der Ernennung durch den Bundestagspräsidenten oder die Bundestagspräsidentin öffentlich erfolgt. Die Abstimmungs- und Findungsprozesse im Hintergrund der Besetzungsvorschläge sind es nicht. Die Mitglieder werden jeweils zur Hälfte auf Vorschlag von Bundestag und Bundesregierung ernannt. Somit besteht für die amtierenden Ratsmitglieder keine öffentlich bekannte Möglichkeit der Kooptation.

Mit insgesamt 26 Personen ist der ER ein umfangreiches Gremium. Die Mitglieder repräsentieren ein breites Spektrum unterschiedlicher wissenschaftlicher und fachlicher Hintergründe. Die Bundesregierung vertrat in den Debatten um das EthRG, dass diese Vielfalt auch der Gesellschaft entsprechen und sie durch den Rat repräsentiert werden sollte¹⁵⁶⁹. Hierzu sollen nun gemäß § 4 EthRG unterschiedliche Perspektiven eingebunden werden, um ein plures Meinungspektrum zu gewährleisten.

Der ER wurde von der Gesetzgebung mit einem starken und zeitgleich relativ freien Mandat ausgestattet. Das drückt sich vor allem in den umfangreichen Möglichkeiten aus, seine eigene Arbeit zu gestalten. Der Rat legt sein eigenes Arbeitsprogramm fest und kann seine

¹⁵⁶³ Vgl. ER 2018a S. 90ff und 123ff.

¹⁵⁶⁴ Vgl. ebd., S. 52 und 168ff.

Vgl. ER 2019a, S. 53ff und 69.

¹⁵⁶⁵ Vgl. ER 2018a, S. 90ff.

¹⁵⁶⁶ Vgl. <https://www.ethikrat.org/fileadmin/Publikationen/Studien/befragung-hilfe-durch-zwang.pdf> (10.10.2019)

Vgl. <https://www.ethikrat.org/fileadmin/Publikationen/Studien/befragung-big-data-und-gesundheit.pdf> (10.10.2019)

¹⁵⁶⁷ Vgl. <https://www.ethikrat.org/fileadmin/PDF-Dateien/Pressekonferenzen/pk-2019-06-27-henn.pdf>, S. 1. (10.10.2019)

¹⁵⁶⁸ Vgl. <https://www.ethikrat.org/fileadmin/PDF-Dateien/Pressekonferenzen/pk-2019-06-27-dabrock.pdf>, S. 2. (10.10.2019)

¹⁵⁶⁹ Vgl. BT 2006c, S. 6124c.

Beratungsthemen proaktiv und auf Basis der Bedarfslage gestalten. Daneben können der Bundestag und die Bundesregierung den ER mit Untersuchungen beauftragen, was aber in der Praxis bislang eine untergeordnete Rolle spielt.

Der Rat ist gemäß EthRG unabhängig aufgesetzt und weder an Regierung oder Bundestag gebunden. Eine Ansiedlung in der Bundestagsverwaltung war zunächst angedacht, was auf Anregung des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert jedoch in der Beschlussfassung noch korrigiert wurde.¹⁵⁷⁰ Im Vergleich zu seinem Vorgänger NER ist der ER jedoch näher am Parlament orientiert, wie der Bezug der Haushaltsmittel, seine Besetzung sowie die Einrichtung der Geschäftsstelle zeigen. Es gibt aber keine Verankerung in die parlamentarischen Strukturen oder eine Kopplung an die Bundesregierung oder umgekehrt. Gemäß § 11 der Geschäftsordnung des ER wird die Politik zur Tagesordnung von Sitzungen auch nur in Kenntnis gesetzt und es wird die Möglichkeit eingeräumt, dass Einladungen ausgesprochen werden.¹⁵⁷¹ Distanzschaffend wirkt ebenfalls, dass die Mitgliedschaft im ER nicht an Wahlperioden gekoppelt ist.

Der Status des Rats wird durch das EthRG gewährleistet. Der ER verfügt mit dem gleichnamigen Gesetz über einen denkbar starken rechtlichen Rahmen und einen hohen Grad der Institutionalisierung. Die strukturellen und prozeduralen Vorgaben des EthRG sind zeitgleich nicht vollumfänglich und räumen dem Gremium die Möglichkeit ein, seine Prozessstrukturen selbst zu bestimmen. Auf dieser Basis ist der Rat stark und zeitgleich unabhängig aufgestellt. Es bleibt jedoch die personelle und finanzielle Bestückung durch die Politik, wobei die Verausgabung eigenverantwortlich erfolgt. Eine Steigerung der Haushaltsmittel erfolgt kontinuierlich, liegt in der Anpassung jedoch unter der Inflationsrate. Die Leitung und Strukturierung der Arbeit der vom Bundestagspräsidenten oder der Bundestagspräsidentin eingerichteten Geschäftsstelle unterliegt auch dem Rat.

Dass der ER seine im EthRG festgelegten Auftrag erfüllt, belegt er in einem jährlichen Bericht an Regierung und Parlament, in denen er „seine Aktivitäten und den Stand der gesellschaftlichen Debatte“¹⁵⁷² darlegt. An internen Qualitätssicherungsstrukturen sind zum einen Redaktionssitzungen zu nennen, die mehrfach im Vorfeld einer Publikation stattfinden können.¹⁵⁷³ Texte der Arbeitsgruppe müssen ebenfalls das Plenum zweimal durchlaufen, indem sie dort diskutiert und anschließend in zweiter Lesung verabschiedet werden.¹⁵⁷⁴ Hinweise auf weitere interne Strukturen zur Qualitätssicherung und Entwicklung sind nicht zu finden. Auch

¹⁵⁷⁰ Vgl. BT 2006c, S. 6131c.

Vgl. BT 2007a, S. 4.

¹⁵⁷¹ ER 2019c, S. 60, § 11.

¹⁵⁷² EthRG § 2 Abs. 4

¹⁵⁷³ <https://www.ethikrat.org/fileadmin/PDF-Dateien/Pressekonferenzen/pk-2019-06-27-dabrock.pdf>, S. 3. (10.10.2019)

¹⁵⁷⁴ Vgl. <https://www.ethikrat.org/der-ethikrat/> (10.10.2019)

der Rückblick, der anlässlich des zehnjährigen Jubiläums verfasst wurde, wurde nicht dazu genutzt, um bilanzierend zu resümieren.¹⁵⁷⁵

Bezüglich möglicher Interessenkonflikte ist der ER besser aufgestellt, was seine grundlegenden Dokumente betrifft. § 3 des EthRG definiert die Mitgliedschaft als unabhängiges Amt, § 4 schließt die Politik aus dem Rat aus. Die Berufung auf Zeit gemäß § 5 Abs. 2 wirkt gegen die Verkrustung von Strukturen. Die Geschäftsordnung stärkt die Position der Mitglieder noch weiter. Gemäß § 1 Abs. 1 sind sie nicht weisungsgebunden und unterstehen nur ihrem Gewissen. Abs. 2 und 4 definieren außerdem den Schutz vor Interessenvertretung weiter aus. Potenzielle Konflikte müssen dem Ratsvorsitz angezeigt werden, der das Mitglied von den Beratungen und dem Beschluss zu einem Thema ausschließen kann. Das institutionelle Design des ER sieht in seiner grundlegenden Fassung keine entsprechenden Maßnahmen vor, die erst mit der Geschäftsordnung eingezogen werden mussten. Diese Methode fußt auf dem Vertrauen, das der individuellen Aufrichtigkeit der Mitglieder zukommt. Durch die fehlende Rückbindung und die ausgesprochene Unabhängigkeit der Beteiligten wird auch die wechselseitige Kontrolle der Ratsmitglieder wichtiger.

Bezüglich seiner thematischen Ausrichtung zur Adressierung der aktuellen Herausforderungen der deutschen Wissenschaftspolitik zeigt sich ein gespaltenes Bild. Die Neue Governance wird nicht aufgenommen und auch Innovation spielt keine bedeutende Rolle. Die Expertise versucht nicht, anders als zum Beispiel beim HTF, Akzeptanz herzustellen, sondern fokussiert die Wertfragen, die sich aus dem Fortschritt ergeben und will diese erörtern. Die Wertschöpfungskette spielt demnach nur eine untergeordnete Rolle.

Die Aufgaben und Themen des ER sind an der Bedarfslage orientiert und in ihren Grundzügen im EthRG festgehalten. Die internationale Dimension wurde dem Rat in den genetischen Code geschrieben. Einige Themen, zum Beispiel der Eingriff in die menschliche Keimbahn, skalieren von Deutschlands auf die globale Ebene.¹⁵⁷⁶ Daneben geht es aber auch darum, von vergleichbaren Gremien zu lernen und den Austausch sowie die strategische Reflexion anzuregen. In der Ethikberatung Deutschlands nimmt der Rat eine prägende Rolle im Diskurs ein und setzt neue ethische Diskussionsimpulse, beispielsweise durch die Definition des Begriffs Datensouveränität in der Diskussion von Big Data und Gesundheit.¹⁵⁷⁷ Die Risikodebatte spielt auch hier eine Rolle, zum Teil in der für Deutschland fast paradigmatischen Wortklammer von Chancen und Risiken, die beispielsweise in der Stellungnahme zu Big Data und Gesundheit zwanzigmal fällt. Gemäß § 2 Abs. 1 EthRG kann auch Technikfolgenabschätzung zum Aufgabenbereich des Rats hinzugerechnet werden. In der Stellungnahme „Biosicherheit – Freiheit und Verantwortung in der Wissenschaft“ hat sich der ER außerdem mit den

¹⁵⁷⁵ Vgl. ER 2019c, S. 7.

¹⁵⁷⁶ Vgl. ebd., S. 37.

¹⁵⁷⁷ Vgl. ER 2018a, S. 252ff.

Selbstregulationsfähigkeiten der Wissenschaft in Angesicht von Dual-Use auseinandergesetzt.¹⁵⁷⁸

6.6.3.) Schritt 2 – Deliberation

Der ER vereint Elemente der verschiedenen idealtypischen Entwürfe der modernen wissenschaftlichen Expertise auf sich. Auf Basis des EthRG ist der Rat eine überwiegend wissenschaftlich geprägte Beratungsinstanz, die ihre Beratung sowohl für die Politik als auch die Gesellschaft anbietet. Es geht ihm jedoch nicht um die Stellung der Wissenschaft, was gegen einen „Visible Scientist“ spricht. Die Verpflichtung zum öffentlichen Engagement zur Beförderung der gesellschaftlichen Deliberation passen zum „Civic Scientist“, die unabhängige Positionierung sowie die Trennung von Politik und Gremium hingegen nicht. Durch den dominanten Wertebezug der Themen des ER und seiner pluralen sowie interdisziplinären Besetzung erzeugt er Expertise, die aus gesellschaftsverbundener Position erfolgt. Die Stellungnahme zu Eingriffen in die menschliche Keimbahn ist ein Beispiel dafür, dass der ER ein weites Blickfeld gerade auch dann eröffnen kann, wenn es um Unsicherheiten und Risiken geht. Dennoch ist der Rat kein idealtypischer „Honest Broker“. Durch die Sondervoten werden Individuen wieder sichtbar, wodurch zeitgleich aber das Informationsspektrum weiter geöffnet wird. Auch der Praxisbezug und die Möglichkeit, ohne ausgewiesenen wissenschaftlichen Hintergrund ein Ratsmitglied werden zu können, widersprechen dem Idealtypus.

Die Förderung der Deliberation gehört nach § 1 Abs. 1 EthRG zu den Kernaufgaben des ER. Abs. 2 verpflichtet den Rat zu jährlich mindestens einer öffentlichen Veranstaltung und eröffnet die Möglichkeit, weitere Formate dieser Art durchzuführen. Der ER stellt selbst ein breites Bild überwiegend wissenschaftlicher Perspektiven dar und beobachtet die gesellschaftlichen Debatten, um entlang medialer, politischer und juristischer Entwicklungen Bedarfe zu identifizieren und sein Arbeitsprogramm zu entwickeln. Die Reaktionsfähigkeit auf tagesaktuelle Themen, die auch durch das Publikationsformat ad-hoc-Empfehlungen gesteigert wird, stärkt den Bezug zur Gesellschaft. Gemäß § 7 Abs. 1 und 2 veröffentlicht der ER die Ergebnisse seiner Beratungen, die per Standard öffentlich sind. Auch mit dem Infobrief, der zwei Mal im Jahr erscheint, informiert der Rat die Öffentlichkeit über seine Arbeit.¹⁵⁷⁹ In der Geschäftsstelle gibt es zur Unterfütterung dieser Aufgaben Referentenpositionen für Presse und Öffentlichkeitsarbeit sowie Veranstaltungen.

Im Jahresbericht 2018 verweist der ER auf insgesamt „16 ganztägige[n] öffentliche[n] Tagungen und 17 öffentliche[n] Abendveranstaltungen der Reihe Forum Bioethik“¹⁵⁸⁰. Die Zahl der öffentlichen Tagungen ist zuletzt jedoch im Vergleich zu den Anfangsjahren klar rückläufig.

¹⁵⁷⁸ Vgl. Deutscher Ethikrat (ER): Biosicherheit – Freiheit und Verantwortung in der Wissenschaft. Berlin, 2014a.

¹⁵⁷⁹ Vgl. ER 2019c, S. 8.

¹⁵⁸⁰ Ebd., S. 7f.

2008 waren es sechs, 2009 vier und 2010 noch drei. 2011 war, wie später 2014, 2015, 2017 und 2018, das erste Jahr, in dem der ER auf dieses Format verzichtete.¹⁵⁸¹ Um den einzelnen Stellungnahmen des ER mit dem notwendigen Rückenwind zu versehen, gibt es für jede eine eigene Pressekonferenz. Das Format wurde dabei in den vergangenen Jahren weiterentwickelt. Zur ersten Pressekonferenz wurden auf der Website des Rats noch wenige Informationen hinterlegt.¹⁵⁸² Im Zuge der Vorstellung der Stellungnahme zur Impfpflicht wurden Fotos angefertigt, die in der Mediathek hinterlegt wurden. Die Statements der Sprecher, aufgeteilt nach ihrem fachlichen Hintergrund, und des Vorsitzes sowie die Pressemitteilung und die Stellungnahme samt Kurzfassung wurden ebenfalls verlinkt.¹⁵⁸³

Repräsentation bedeutet im Kontext des ER, dass gemäß § 4 Abs. 1 EthRG eine Vielfalt wissenschaftlicher Hintergründe vertreten wird. Dabei werden die Mitglieder als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verstanden, aber nicht als Repräsentantinnen und Repräsentanten der Gesellschaft, auch wenn über sie verschiedene ethische Positionen vertreten werden sollen. Die Hintergründe der Besetzungspolitik sind unklar, da die Beweggründe und Abstimmungsprozesse rund um die Mitgliederauswahl im Verborgenen liegen. Der Grad der deskriptiven Repräsentativität hängt also von der politisch gesteuerten Besetzung des Rats und den hinzugezogenen Externen ab. Durch die Betonung der Wissenschaftlichkeit des Gremiums ist es aber auch kein repräsentativer Querschnitt der Gesellschaft, wenn auch gleich unterschiedliche fachliche Hintergründe vorliegen. Aufgrund des unabhängigen Charakters der Ratsmitgliedschaft zeichnet sich der ER drüber hinaus durch einen geringen Grad der delegierten Repräsentativität aus.

Durch den Ausschluss der Politik aus dem Rat erfolgt die Vereinigung politischer und fachlicher Gesichtspunkte themenbezogen im Rahmen der Beratung. Die Produktion von Handlungsempfehlungen gehört in das Aufgabenportfolio des ER, sodass er beim Abfassen der Expertise die politische Perspektive berücksichtigen muss. Der Austausch zu den Ansichten der Politik kann sich unter anderem aus der Medienberichterstattung, den offiziellen Begegnungen zwischen Ratsmitgliedern und der Politik und natürlich auch über informelle Kanäle ergeben.

Schwächen bezüglich der Repräsentation zeigen sich auch bei den Verantwortungsstrukturen des ER. Rechenschaftspflichtig ist der ER dem Bundestag und der Bundesregierung gegenüber. Dieser Verpflichtung aus dem EthRG kommt er in Form eines jährlichen Berichts nach. Welche positiven oder negativen Kriterien angelegt werden und ob solche oder Konsequenzen definiert wurden, ist jedoch nicht ersichtlich. Weitere Rückbindungsstrukturen an die Politik oder überhaupt für die Gesellschaft gibt es nicht. Lediglich das Ausbleiben der

¹⁵⁸¹ Vgl. <https://www.ethikrat.org/sitzungen/> (10.10.2019)

¹⁵⁸² Vgl. <https://www.ethikrat.org/pressekonferenzen/veroeffentlichung-der-stellungnahme-das-problem-der-anonymen-kinde-sabgabe/> (10.10.2019)

¹⁵⁸³ Vgl. <https://www.ethikrat.org/pressekonferenzen/veroeffentlichung-der-stellungnahme-impfen-als-pflicht/> (10.10.2019)

einmaligen Wiederbesetzung oder Kritik aus der Wissenschaftsgemeinde gibt es zu befürchten

Mit Blick auf die partizipativen Praktiken kann zunächst festgehalten werden, dass ihre Vereinbarkeit mit politischer Führung irrelevant ist, da keine Weisungsbefugnis besteht. Die Partizipation der Öffentlichkeit spielt jedoch auch keine wesentliche Rolle. Eine strukturierte Einbindung der Öffentlichkeit findet nicht statt. Sie ist Adressatin und Empfängerin, aber wirkt, abseits von vereinzelt eingesetzten Befragungen oder Anhörungen, nicht in der Beratung mit. Der ER setzt auf Information, anstatt selbst gesellschaftliche Deliberation zu betreiben. Praktisches Wissen erhält er vor allem über die Ratsmitglieder, externe Expertise oder Anhörungen und Befragungen Einzug in die Beratungsprozesse.

Unter Berücksichtigung des mit § 2 Abs. 1 EthRG kodifizierten Aufgabenspektrums, sollte der Popularisierung von Wissen besonderes Gewicht zukommen. Unter Berücksichtigung des angelegten Bewertungsmaßstabs zeigt sich aber, dass sich diese Größtenteils in der Bereitstellung von Zugängen erschöpft. Das Forum Bioethik wurde hingegen speziell für die Öffentlichkeit eingerichtet und in der Geschäftsstelle wird Personal für Wissenschaftskommunikation und Veranstaltungen beschäftigt. Diese Maßnahmen setzen jedoch auf Einbahnkommunikation und verfehlen den dialogischen Ansatz.

Die Empfehlungen des ER werden nur in einer einzigen Fassung veröffentlicht, separate Versionen für unterschiedliche Publika werde nicht angefertigt. Die Stellungnahmen können über ein Glossar verfügen, was jedoch nur vereinzelt eingesetzt wird.¹⁵⁸⁴ Allen gemein ist die Darstellung von Basiswissen und zentraler Definitionen.¹⁵⁸⁵ Eine Vermittlung der Inhalte der Stellungnahmen an die gesamte Gesellschaft kann so nicht gelingen. In Anbetracht der Komplexität der Fragestellungen muss natürlich der Einwand erlaubt sein, bis zu welchem Grad eine Simplifizierung oder Ausdünnung der Expertise generell noch möglich oder tragfähig wäre. Die Website des ER ist aber immerhin auch in Einfacher Sprache verfügbar. In dieser Fassung werden grundlegende Fragen zur Organisation und der Arbeit des Rats erläutert, Informationen zu Stellungnahmen oder Empfehlungen sind dort nicht zu finden.¹⁵⁸⁶ Weiterführende Dialog- und Outreachstrukturen sind nicht etabliert und medienästhetische Anpassungen scheinen nur von geringer Bedeutung zu sein.

In Puncto Zugang zeigt sich der ER hingegen stark engagiert. Inhalte öffentlicher Sitzungen und Anhörungen können online hinterlegt werden, darunter auch Transkripte und Präsentationen.¹⁵⁸⁷ Jedoch ist dies auch 2019 noch nicht immer für jede öffentliche Veranstaltung

¹⁵⁸⁴ Vgl. ER 2019a, S. 276ff.

¹⁵⁸⁵ Vgl. ER 2018a, S 54ff.

Vgl. ER 2018b, S. 13ff.

Vgl. ER 2019a, S. 53ff

¹⁵⁸⁶ Vgl. <https://www.ethikrat.org/leichte-sprache/> (10.10.2019)

¹⁵⁸⁷ Vgl. <https://www.ethikrat.org/forum-bioethik/pro-contra-widerspruchsregelung-bei-der-organspende/> (10.10.2019)

Vgl. <https://www.ethikrat.org/sitzungen/2019/plenarsitzung-am-26-september-2019/> (10.10.2019)

durchgeführt worden.¹⁵⁸⁸ Für Fotos, Videos und Audiodokumente hat der ER eine Mediathek eingerichtet.¹⁵⁸⁹ Hier kann Bildmaterial zu den verschiedenen öffentlichen Formaten des Rats gesucht werden. Hinterlegt sind ebenfalls Videos vollständiger Tagungen, einzelner Gespräche im Rahmen von Veranstaltungen und Vorträge, die auf der Plattform Vimeo gehostet werden.¹⁵⁹⁰ Über diese digitalen Plattformen bietet der ER Einsicht und freien Zugang zu seinen öffentlichen Formaten. Gemeinschaftliche Kommunikation wird jedoch nicht etabliert. Der ER ist zwar seit 2001 auf Facebook und 2016 auf Twitter aktiv, jedoch werden die Kanäle zur Informationsdistribution und für Hinweise auf Veranstaltungen genutzt.¹⁵⁹¹ Die Kommentarspalten, gerade auf Facebook, zeigen antisozialistische und verschwörungstheoretische Postings. Eine Auseinandersetzung, insbesondere in den Sozialen Medien, wäre dabei gerade bei den Themen und dem Auftrag des ER notwendig. Ein so zentrales platziertes Gremium sollte sich, gerade im Angesicht der postfaktischen Tendenzen der Gegenwart, auch aktiv dafür einbringen, eine Stimme der wissenschaftlichen Erkenntnis zu sein. Das trifft insbesondere dann zu, wenn die eigene gesetzliche Grundlage die Förderung der gesellschaftlichen Diskussion beinhaltet. Der ER sollte seine Aufgabe auch darin sehen, diese Kommentare, die ihre Expertise provoziert, nicht unkommentiert zu lassen und für seine Positionen auch im Dialog mit einer kritischen Öffentlichkeit einzustehen. Der ER bildet also eine Arena, lässt diese anschließend aber unmoderiert. Diskurse müssen jedoch nicht nur angeschoben, sondern auch strukturiert werden. Mit der Herbsttagung zur Ethik der Wissenschaft in Zeiten des Klimawandels kann diesbezüglich zumindest ein Reflexionsansatz, wenn auch generell gehalten, vermerkt werden.¹⁵⁹²

6.6.4.) Schritt 2 – Interessenvertretung

Bei der Arbeit des ER steht nicht das Bild der Wissenschaft zur Debatte, sondern ihre Ausflüsse. Es geht in der Beratung um die Herausforderungen, die sich durch den wissenschaftlich erzielten Fortschritt an die Gesellschaft stellen. Der ER steht für den Handlungsbedarf, der durch Forschung geschaffen wird und die dadurch notwendige Abwägung von Chancen, Risiken und gesellschaftlichen Positionen. Er stellt Ethikberatung auf wissenschaftlicher Basis bereit mit dem Ziel, die gesamte Gesellschaft zu informieren und Handlungsempfehlungen zu formulieren. Durch die Öffentlichkeit als Adressatin kann sie zum Verständnis bezüglich der

¹⁵⁸⁸ Vgl. <https://www.ethikrat.org/sitzungen/2019/plenarsitzung-am-21-februar-2019/> (10.10.2019)

¹⁵⁸⁹ Vgl. <https://www.ethikrat.org/mediathek/> (10.10.2019)

¹⁵⁹⁰ Vgl. <https://vimeo.com/ethikrat> (10.10.2019)

¹⁵⁹¹ Vgl. <https://www.facebook.com/ethikrat/> (10.10.2019)

Vgl. <https://twitter.com/ethikrat> (10.10.2019)

¹⁵⁹² Vgl. <https://www.ethikrat.org/weitere-veranstaltungen/meinen-glauben-wissen-klimawandel-und-die-ethik-der-wissenschaften/> (10.10.2019)

Potenziale und Gefahren der Forschung dienen. Der Einsatz für das öffentliche Bild der Wissenschaft bleibt aber etwas auf der Strecke, wie gerade der Umgang mit den sozialen Medien unterstreicht.

Die Arbeit des Rats ist durch das EthRG und die Geschäftsordnung geregelt, die ihn auch vor äußeren Einflüssen schützen. Durch die Geschäftsordnung hat der ER die Möglichkeit, seine Funktion innerhalb des erteilten Mandats zu definieren. Er ist zwar gegenüber Parlament und Regierung berichtspflichtig, aber nicht über formelle Wege rückgekoppelt. Als unabhängiges Gremium organisiert der ER auch seine Qualitätssicherung eigenständig. Texte, die zur Publikation vorgesehen sind, müssen Redaktionssitzungen und das Plenum durchlaufen. Weiterführende Leitlinien oder Kontrollinstanzen sind nicht eingezogen. Über die Geschäftsordnung hat der Rat jedoch die Möglichkeit, seine Strukturen und Prozesse auszugestalten und anzupassen. Von dieser Möglichkeit wird kein reger Gebrauch gemacht. Die letzte Überarbeitung erfolgte im Sommer 2013.¹⁵⁹³ Ein Evaluationszyklus für den Rat ist nicht kodifiziert.

Ein weiteres Sicherungsnetz setzt auf der persönlichen Ebene an. Die Redlichkeit und wissenschaftliche Integrität der Mitglieder werden auch über den fachlichen Ethos der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hergestellt. Wie weit dieser Schutz geht, hängt vom Individuum ab. Letztlich greift diese vor allem auf Basis der eigenen Verantwortung, da die Ratsmitglieder einen unabhängigen Status haben. Sie sind nicht weisungsgebunden und nur sich selbst und ihrem Gewissen verpflichtet. Die Rolle der persönlichen Integrität gilt auch bei der Vorsorge gegen Interessenvertretung. Zwar wurden mit der Geschäftsordnung entsprechende Maßnahmen etabliert, die Meldung potenzieller Konflikte liegt in der Hand der Betroffenen. Eine Initiativmöglichkeit anderer Mitglieder oder Externer besteht nicht. Nach der Meldung kommt es zu einem klärenden Gespräch zwischen Mitglied und Vorsitz. Eng verbunden mit der Meldungsregelung ist die Möglichkeit, dass Mitglieder ihr Amt ruhen lassen können. Solchen Mitgliedern ist die Teilnahme an Sitzungen von Plenum und Arbeitsgruppen verwehrt, auch dürfen sie keine Voten oder Sondervoten abgegeben oder sich in der Öffentlichkeit als Ratsmitglieder ausweisen.¹⁵⁹⁴ Falls Vorsitz und Mitglied im Gespräch nicht übereinkommen, dass ein möglicher Konflikt besteht, kann der Rat gemeinschaftlich über einen Ausschluss für die Beratungen zu dem jeweiligen Thema entscheiden.¹⁵⁹⁵

Auch die grundsätzliche Öffentlichkeit der Beratungen des ER kann als eine Kontrollinstanz gesehen werden, die im Detail aber erst ex post eine Begutachtung ermöglicht. Letztlich ist diese nicht an eine sanktionsfähige Verantwortungsstruktur gebunden. Ein entscheidender Mechanismus ist jedoch die Verabschiedung der Empfehlungen auf Mehrheitsbasis,

¹⁵⁹³ Vgl. ER 2019c, S. 58.

¹⁵⁹⁴ Vgl. ebd., S. 59, § 1 Abs. 4.

¹⁵⁹⁵ Vgl. ebd., § 1 Abs. 2.

da hierdurch Einzelpositionen nicht so stark ins Gewicht fallen. Die Stellung des einzelnen Mitglieds wird dadurch geschwächt, was die Einflussmöglichkeiten auf die Empfehlungen abmindert.

Sanktionierungsmodelle sind weder im EthRG noch in der Geschäftsordnung enthalten. Dies trifft auf Verstöße gegen die Redlichkeit oder Interessenkonflikte sowie auch die Schweigepflicht zu. Da Mitglieder jederzeit zurücktreten können, kann davon ausgegangen werden, dass sie von Seiten der Politik oder dem Rat bei schwerwiegenderen Zuwiderhandlungen zur Amtsniederlegung aufgefordert werden. In diesem Sinne ist auch das Ausbleiben der Wiederwahl eine Strafmaßnahme.

Das institutionelle Design des ER ist mit distanzschaffenden Elementen versehen. Der Rat selbst ist per Gesetz als unabhängiges Gremium definiert. Die Ratsmitglieder üben ihr Amt ebenfalls unabhängig und persönlich aus. Die Geschäftsordnung unterstreicht die Unabhängigkeit und die fehlende Weisungsbefugnis. Abtönend wirkt hier jedoch, dass diese Distanz erst nach der Ernennung zum Ratsmitglied greift und informelle Kanäle natürlich unbeachtet bleiben. Darüber hinaus muss die Frage gestellt werden, inwiefern sich die Mitglieder von ihren institutionellen Bindungen lösen können und sollen. Es ist ja gerade auch der Anspruch des EthRG, dass die Mitglieder unterschiedliche fachliche und ethische Perspektiven repräsentieren.

Durch sein eigenes Gesetz hat der ER einen hohen Grad der Institutionalisierung und kann als verdauerte Beratungsinstanz bezeichnet werden. Mit der gesetzlichen Regelungen verfügt der Rat über eine organisatorische und prozedurale Gestaltungshoheit, die sich innerhalb seines Mandats bewegt. Diese umfasst auch das Arbeitsprogramm, sodass in der Themensetzung die fachlich identifizierte Bedarfsorientierung dominiert. Der ER ist daher vorwiegend proaktiv tätig, kann aber auch in Ausnahmefällen durch die Politik beauftragt werden.

Das EthRG definiert ein mit 26 Personen umfassendes und somit ein großes Beratungsgremium, das sich aus Mitgliedern verschiedener fachlicher Hintergründe zusammensetzt. Die Kontrolle hierüber liegt jedoch letztlich in der Hand der Politik, die für die Berufungen zuständig ist. Durch die Sondervoten ermöglicht der ER aber auch Minderheiten oder individuellen Personen, dass ihre Position öffentlich sichtbar wird. Die Berufung auf Zeit führt dazu, dass sich das Gremium, auch wenn sich der Takt auf maximal acht Jahre streckt, unweigerlich erneuert. Beim Übergang von NER zu ER wurden die Amtszeiten im Vorgänger jedoch nicht berücksichtigt, sodass einige Personen die ethische Debatte über mehr als ein Jahrzehnt entscheidend mitgestalten konnten.

EthRG und Geschäftsordnung räumen dem ER Möglichkeiten zur Schaffung von Transparenz ein. Mit Blick auf das Beratungsmandat ist das nur folgerichtig, schließlich umfasst der Auftrag die gesamte Gesellschaft. Daher sind die Beratungen des Rats auch grundsätzlich öffentlich. Der ER hat Optionen und den ausdefinierten Auftrag zugleich, öffentliche

Formate durchzuführen. Zeitgleich hat er auch die Möglichkeit, die Öffentlichkeit seiner Arbeit zu steuern. Daneben beinhaltet das EthRG aber auch eine Verschwiegenheitspflicht bezüglich vertraulich erhaltener Informationen.

Das EthRG versieht den Rat auch mit einer eigenen Geschäftsstelle, die ihn in seiner Arbeit unterstützt. Für die Einrichtung des Büros ist der Bundestag zuständig, die alltägliche Steuerung erfolgt durch den Rat. Auch bezüglich der Finanzversorgung, die durch den Bund bereitgestellt wird, ist der ER von der Politik abhängig, wodurch er Distanz einbüßt.

Der ER gewährt einen umfassenden Einblick in seine Arbeit und informiert über laufende Prozesse und Veranstaltungen. Dies erfolgt allen voran über das Internet. Der Rat nutzt seine Website und die Sozialen Medien, um Informationen zu seinen Beratungen und Veranstaltungen zu verbreiten. Auch ein Newsletter kann hier abonniert werden.¹⁵⁹⁶ Daneben dient der Jahresbericht zur Darstellung des Portfolios, ebenso der Infobrief, das einsehbare aktuelle Arbeitsprogramm und vergangene Beratungsthemen. Sitzungen, Anhörungen und Tagungen können auch öffentlich sein, in welchem Fall auch Transkripte, Präsentationen oder Tagungsmappen veröffentlicht werden. Mit der Publikationsreihe Dokumentationen werden detaillierte Tagungsdokumentationen veröffentlicht.¹⁵⁹⁷ Auch Video-, Audio- und Fotomaterial wird auf der Website über die Mediathek zur Verfügung gestellt. An dieser Stelle erneut festgehalten werden muss jedoch der Abwärtstrend bezüglich öffentlicher Veranstaltungen. Darüber hinaus hat die Geschäftsordnung Anlagen, die jedoch nicht frei verfügbar gemacht sind.¹⁵⁹⁸ Dennoch sind mit diesem, dem EthRG und dem Arbeitsprogramm die Arbeitsgrundlagen des ER transparent dargestellt und nachvollziehbar. In Auftrag gegebene Studien und Befragungen werden ebenfalls auf der Website veröffentlicht. Auch die Interaktionen mit der Politik werden transparent gehalten. Der Parlamentarische Abend wird dokumentiert und informellere Zusammenkünfte werden in den Jahresberichten vermerkt.¹⁵⁹⁹

Was die Köpfe hinter dem ER betrifft, herrscht ebenfalls weitreichend Transparenz. Auf der Website werden vergangene Mitglieder aufgelistet und alle aktuellen Mitglieder vorgestellt, ihre Themenschwerpunkte benannt, der Lebenslauf abgebildet und Mitgliedschaften sowie relevante Publikationen gelistet. Potenzielle Interessenkonflikte müssen anhand dieser Darstellung abgelesen werden. Es wird nicht nachgehalten, in welchen Situationen es zur Identifikation solcher und zum Ausschluss aus einem Beratungsprozess gekommen ist. Das gerade der Ratsvorsitzende an dieser Stelle nicht auf seine Funktion als Berater von Facebook hinweist, ist, insbesondere auch mit Blick auf die Stellungnahme zu Big Data, erstaunlich.¹⁶⁰⁰ Zeitgleich

¹⁵⁹⁶ Vgl. <https://www.ethikrat.org/infoverteiler/> (10.10.2019)

¹⁵⁹⁷ Vgl. <https://www.ethikrat.org/publikationen/kategorie/dokumentationen/> (10.10.2019)

¹⁵⁹⁸ Vgl. ER 2019c, S. 60, § 10, Abs. 2

¹⁵⁹⁹ Vgl. ER 2018c, S. 53.

Vgl. ER 2019c, S. 35f.

Vgl. <https://www.ethikrat.org/weitere-veranstaltungen/parlamentarischer-abend/> (10.10.2019)

¹⁶⁰⁰ Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/fragwuerdiger-gespraechskreis-wie-nah-sind-sich-deutscher-ethikrat-und-facebook/24189814.html> (10.10.2019)

weist dieses Beispiel auf Lücken in der Erfassung und auch die Grenzen der persönlichen Rechenschaftspflicht hin. Es wird ebenfalls nicht vorgehalten, durch wen das Mitglied zur Berufung vorgeschlagen wurde. Die informellen Prozesse im Hintergrund einer Mitgliedschaft sind daher natürlich auch nicht öffentlich. Auch Informationen zu den Mitarbeitenden der Geschäftsstelle finden sich, inklusive Foto, auf der Website. Die Zuordnung der Mitglieder zu den einzelnen Arbeitsgruppen ist ebenfalls transparent.

Im Vergleich zu seinem Vorgänger, dem eine zu große Nähe zur Regierung angekreidet wurde, wurde der ER vor dem Hintergrund eingerichtet, eine gemeinschaftlich mit dem Bundestag getragene Beratungsinstanz zu schaffen. Wie die Debatte um den parlamentarischen Beirat zeigt, war der ER dem Parlament immer noch zu weit entfernt. Der Rat ist ein unabhängiges Gremium, das keiner direkten Weisungsbefugnis unterliegt, eine direkte Schnittstelle in die Politik gibt es nicht. Der Austausch mit Parlament und Regierung erfolgt, zumindest offiziell, über den Parlamentarischen Abend und weniger über informelle Zusammenkünfte. Darüber hinaus ist ein politisches Amt ab Landesebene unvereinbar mit der Ratsmitgliedschaft. Im ER ist die Politikberatung somit strukturell von der Deziision getrennt. Die paritätische Besetzung durch Parlament und Regierung verhindert eine Schlagseite zu einem der Staatsorgane, ermöglicht aber wechselseitige Interessenkontrolle.¹⁶⁰¹ Durch die mangelhafte Transparenz der Besetzung bleibt dennoch die Frage, wie stark die Steuerung der eingebrachten Perspektiven durch die Auswahl der Mitglieder durch die Politik ist. Durch diese Lenkungsmöglichkeit haben Parlament und Regierung ein Instrument in der Hand, um über gezielte Besetzungen die ethische Positionsbalance im Rat zu beeinflussen. Eine abschließende Einschätzung der Politisierung fällt daher schwer. Festgehalten werden muss jedoch, dass die Politik gerade an der zentralen Stellschraube, der Besetzung des Gremiums, mitwirkt und so potenziell Einfluss ausüben kann.

Aufgrund des Themenfokus und dem Anspruch an die Mitgliederstruktur sind in den Empfehlungen des ER ethische und fachliche Perspektiven miteinander verwoben. Mit seinen Stellungnahmen verarbeitet der Rat den wissenschaftlichen Erkenntnisstand, den juristischen Rahmen und die ethische Wertung eines Themas. Auch wenn die Veröffentlichungen auf einer erläuterten Faktenlage aufbauen, sind sie das Resultat der Interpretation eben dieser, die auch einer ethischen Abwägung bedarf. Die unterschiedlichen Auslegungen dieser Aspekte wird gerade auch in den Sondervoten sichtbar.

Gemäß EthRG veröffentlicht der Rat seine Arbeitsergebnisse. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung steuert der Rat selbst. Die Politik wird vor der Publikation in Kenntnis gesetzt, ein Interventionsrecht ist nicht vorgesehen.¹⁶⁰² Die Geschäftsordnung konkretisiert, dass der Rat

¹⁶⁰¹ Vgl. BT 2006b, S. 9.

¹⁶⁰² Vgl. EthRG § 2 Abs. 3

selbst entscheidet, wann und wie Texte veröffentlicht werden, nachdem jedoch zuerst Regierung und Parlament diese zur Kenntnis nehmen konnten.¹⁶⁰³ Die Publikationen sind vor allem elektronisch als PDF erhältlich, können aber auch kostenlos bei der Geschäftsstelle bestellt werden.¹⁶⁰⁴ Nicht alle Veröffentlichungen sind noch in der Druckfassung vorrätig. Daneben hält die Datenbank des ER auch noch Publikationen des NER in digitaler Fassung vor.¹⁶⁰⁵

6.6.5.) Schritt 3 – Beurteilung

Der Ethikrat ist das herausragende Beratungsgremium für ethische Fragestellungen, die sich für Politik und Gesellschaft aus dem wissenschaftlichen Fortschritt ergeben. Auf Basis des EthRG stellt er wissenschaftliche Politikberatung bereit, die sich kontroverser und aufgeladener Themen annimmt. Neben dem Ziel, Handlungsempfehlungen zu formulieren, wurde dem ER die Förderung der gesellschaftlichen Deliberation ins Aufgabenheft geschrieben. Er stellt Wissen bereit, schiebt Diskurse an und gibt neben fachlichen Bewertungen auch ethische Einschätzungen ab.

Aufgrund der interdisziplinären Thematiken und der nötigen fächerübergreifenden Grundlagen sind die Stellungnahmen des Rats seitenstark. Sie werden aber auch als Kurzfassungen zur Verfügung gestellt oder in eiligen Fällen in Form einer ad-hoc-Empfehlung bedeutend verkürzt verfasst. Um dem Anspruch der gesamtgesellschaftlichen Beratungsleistung gerecht werden zu können, stellt der Rat Basis- und Kontextwissen bereit, arbeitet Spezialwissen aus und lässt über Befragungen und Anhörungen externe Positionen in seine Prozesse einfließen. Aus eigener Sicht produziert der Rat dabei praxisbezogene und anwendbare Expertise.

Die Ratsmitglieder qualifizieren sich in der klaren Mehrheit durch ihren wissenschaftlichen Hintergrund. Vereinzelt lassen sich die Berufungen auch auf Praxiserfahrungen oder persönliches Engagement zurückführen. Die Besetzung des ER erfolgt ab dem Zeitpunkt der Bestätigung durch den Bundestagspräsidenten oder die Bundestagspräsidentin öffentlich. Bundesregierung und Bundestag teilen sich das Vorschlagsrecht auf die insgesamt 26 Mitglieder. Diese sollen gemäß EthRG unterschiedliche fachliche und ethische Positionen in den Rat einbringen, um Perspektivenvielfalt zu gewährleisten.

Das Beratungsmandat wurde vom Gesetz zwar klar umrahmt, gewährt dem Rat aber umfangreiche Gestaltungsmöglichkeiten. Beratungsthemen, Prozesse und Strukturen kann der ER selbst definieren und eigeninitiativ angehen. Der Rat ist dauerhaft eingerichtet und das

¹⁶⁰³ Vgl. ER 2019c, S. 60, § 10 Abs. 4.

¹⁶⁰⁴ Vgl. ebd., S. 45.

¹⁶⁰⁵ Vgl. <https://www.ethikrat.org/publikationen/>

EthRG gewährt ihm Unabhängigkeit. Mit der Geschäftsordnung hat der Rat weitere distanzschaffende Maßnahmen implementiert. Bezüglich der Finanzausstattung und der Geschäftsstelle ist der Rat jedoch von der Politik abhängig.

Der ER ist für die Herausforderungen der deutschen Wissenschaftspolitik gewappnet. Durch seine inhaltliche Schwerpunktsetzung wird jedoch die Neue Governance nicht adressiert und beim Thema Innovation steht die Wertschöpfungskette im Hintergrund und die mit ihr verbundenen Wertefragen im Vordergrund. Durch das EthRG ist der Rat dazu verpflichtet, international tätig zu sein. Ethikberatung und Risikobetrachtung gehören selbstredend zum Aufgabenkern des ER, der über das namensgleiche Gesetz definiert wurde. Ethikexpertise wird nicht als Beiwerk verstanden. Die Beratung zu ethischen Fragen ist Primärfunktion, die Mitglieder auf Basis ihrer diesbezüglichen Kompetenzen ausgewählt. Die Themensetzung erfolgt proaktiv und auf Basis des gesellschaftlichen, politischen oder juristischen Diskurses sowie der wissenschaftlichen Entwicklungen oder durch die Beauftragung von Parlament und Regierung, was bislang nur selten vorgekommen ist.

Der Rat bedient mit seinen grundsätzlich öffentlichen Beratungen Politik und Öffentlichkeit zugleich. Die Beförderung der gesellschaftlichen Deliberation wurde mit dem EthRG als Kernaufgabe festgelegt. Der ER beobachtet öffentliche Diskurse und kann auf ihre Tendenzen reagieren. Er ist dabei weder „Civic Scientist“ noch „Visible Scientist“ und auch nicht ganz „Honest Broker“. Öffentliche Veranstaltungen gehören zum Werkzeugkoffer, ihre Zahl ist in der jüngeren Vergangenheit jedoch rückläufig. Stellungnahmen werden im Rahmen von Pressekonferenzen veröffentlicht. In der Geschäftsstelle arbeiten Referenten, die den Rat bei öffentlichen Formaten und der Wissenschaftskommunikation unterstützen.

Repräsentativ ist der ER in dem Sinne, dass er ein Spektrum unterschiedlicher wissenschaftlicher Fachrichtungen auf sich vereint. Durch das Vorschlagsrecht der Politik ist die deskriptive Repräsentativität von ihrer Auswahl abhängig. Als unabhängiges Gremium mit Mitgliedern, die keiner offiziellen Weisungsbefugnis unterliegen, ist der Rat auch nur gering delegiert repräsentativ. Die Politik ist aus dem ER ausgeschlossen. Ihre Perspektive muss daher auf anderem Wege an den Rat herangetragen werden oder ist von der Wahrnehmung der Mitglieder abhängig.

Die Verantwortungsstrukturen sind schwach ausgeprägt. Seine Rechenschaftspflicht legt der Rat mit einem jährlichen öffentlichen Bericht an Regierung und Parlament ab. Ein Kriterienkatalog existiert nicht, eine kritische Auseinandersetzung mit der Leistung des Gremiums erfolgt zumindest nicht öffentlich.

Partizipative Formate finden beim ER, trotz seiner deliberativen Grundausrichtung, keine strukturierte Anwendung. Abseits von einzelnen Befragungen und Anhörungen wird die Gesellschaft nicht aktiv eingebunden. Auch die Popularisierung von Wissen kommt nicht ganz in Schwung und kann trotz Personals für Wissenschaftskommunikation, dem Forum Bioethik

und der Vielzahl an Zugängen zu Informationen nicht überzeugen. Die komplexen Themen des Rats dürften vielen Leuten daher weiterhin weitestgehend verschlossen bleiben. Lobenswert ist hingegen die Website in einfacher Sprache, die aber gerade die Themen des Rates nicht aufnimmt und sich mit der Erklärung grundlegender Fragen erschöpft. Die schiere Menge an Informationen und Einblicke, die über die Website des ER abgerufen werden kann, ist hingegen beachtlich. Auch die Sozialen Medien setzt der Rat leider nur monodirektional ein. Generell lässt sich ein weiterführender öffentlicher Einsatz für die Wissenschaft und die eigenen Beratungsthemen vermissen. Die Gesellschaft wird vom Rat bespielt, kann aber selbst kaum partizipieren. Eine nachhaltige Arenenbildung zur Deliberation bleibt aus. Debatten werden angeschoben, Informationen platziert und bleiben dann unbegleitet.

Durch das EthRG und die Geschäftsordnung ist der ER mit Schutzmechanismen gegen Einflussnahme von außen ausgestattet. Innerhalb seines Mandats kann er Prozesse und Strukturen selbst bestimmen, seine Arbeit eigenverantwortlich organisieren und proaktiv Themen setzen. Neben seiner jährlichen Rechenschaftspflicht ist der ER formal nicht an die Politik zurückgebunden. Die Mitglieder sind, ebenso wie der Rat selbst, unabhängig und nicht weisungsgebunden. Die Berufung auf Zeit und die paritätische Besetzung ermöglichen Wandel und Ausgleich. Weiterentwicklungsmaßnahmen hat sich der Rat aber nicht in die Geschäftsordnung geschrieben, das EthRG sieht auch keine Evaluationsmaßnahmen vor. Qualitätssicherung erfolgt durch die Redaktionen der Arbeitsgruppen und das Plenum. Strukturen oder Prozesse abseits der internen Abstimmungs- und Redaktionsprozesse sind nicht etabliert. Der Rat setzt somit stark auf individuelle Integrität. Das ist auch bei potenziellen Interessenkonflikten der Fall, die von den jeweils betroffenen Mitgliedern selbst gemeldet werden müssen. Auch die Anfrage zum Ruhen des Amtes geht vom Ratsmitglied aus, jedoch kann die Mehrheit des Plenums gemeinschaftlich über den Ausschluss aus einem Beratungsverfahren entscheiden. Auch Verabschiedungen von Empfehlungen basieren wiederum auf einer Mehrheitsentscheidung, was individuelle Positionen abdämpft. Die Führung der Geschäftsstelle und dessen grundlegende Strukturen werden ebenfalls gemeinschaftlich beschlossen. Der ER verfügt jedoch über keine öffentlich bekannten oder strukturell verankerten Sanktionierungsmodelle, die Verstöße ahnden.

Die Transparenz des ER wirkt gegen Interessenvertretungsvorwürfe, die Beratungen sind grundsätzlich öffentlich. Die Allgemeinheit wird über Termine sowie Beratungsthemen informiert und erhält Zugang zu Transkripten, Mitschnitten, Tagungsmappen, Präsentationen und weiteren Materialien, falls eine Veranstaltung öffentlich ist. Auch der Austausch mit der Politik wird entsprechend dokumentiert und im Jahresbericht abgedruckt. Bezüglich der Ratsmitglieder selbst sind ebenfalls transparente Strukturen eingezogen worden. Die Profile auf der Website sind umfassend, die Zuordnung zu Themen ist ersichtlich und durch die Media-

thek können Beiträge einzelner Mitglieder herausgezogen und begutachtet werden. Am Beispiel Dabrock lassen sich jedoch Lücken in der Erfassung potenzieller Interessenkonflikte erkennen. Auch die Informationen zur Geschäftsstelle und des Personals sind für die Allgemeinheit verfügbar. Jedoch ist nicht erkennbar, wer unter welchen Umständen den Berufungsvorschlag für ein Ratsmitglied erteilt hat. Dieser Mangel an Transparenz an entscheidender Stelle verwehrt eine Einschätzung der Politisierung. Zwar ist der ER, gerade im Vergleich zum Vorgänger, unabhängiger und nur an den Auftrag im EthRG gebunden, durch gezielte Besetzungen kann jedoch noch immer eine Einflussnahme erfolgen. Dieser Umstand ist insbesondere aufgrund der fachlichen und zugleich ethischen Expertise des Rats zu hinterfragen. Jedoch entscheidet der ER eigenständig über das Format und den Zeitpunkt seiner Publikationen. Alle Veröffentlichungen sind kostenlos digital erhältlich, ältere Publikationen werden ebenfalls online vorgehalten. Auch der Versand über die Geschäftsstelle ist möglich.

Es besteht kein Zweifel, dass der ER eine bedeutende Expertenlücke ausfüllt. Der Beratungsbedarf, der sich aus dem Fortschritt der lebenswissenschaftlichen Forschung ergibt und der den Abgleich mit den unterschiedlichen ethischen Positionen der Gesellschaft bedarf, ist unbestritten. Proaktiv kann der Rat außerdem vergleichsweise flexibel und auf Basis seines Mandats sich neu eröffnender Felder annehmen.

Bezüglich Nachfrage und Angebot passt der ER also auf den ersten Blick in das System der Bundesrepublik. Unter Berücksichtigung der weiteren Kriterien ergibt sich ein gespaltenes Bild. Zum einen baut der Rat nicht auf Konsens auf. Entscheidungen werden zwar auf Basis eines Mehrheitsvotums veröffentlicht, jedoch besteht durch das Recht auf Sondervoten die Möglichkeit, abweichende Positionen eindeutig sichtbar zu machen. Auch hierdurch ist Perspektivenvielfalt möglich, da der Rat selbst heterogen ist, auch wenn die Mitglieder zumeist aus der Wissenschaft stammen. Darüber hinaus kann der ER externe Expertise hinzuziehen und so sein eigenes Spektrum entsprechend um zusätzliche Positionen erweitern.

Stellungnahmen des ER zeichnen sich typischerweise durch lange Laufzeiten aus. Um die Reaktionsfähigkeit zu steigern, wurden daher die ad-hoc-Empfehlungen eingeführt, um Rücklaufzeiten zu verkürzen. Zeitgleich leidet hierbei die Eingriffstiefe der Expertise. Die Laufzeiten der Beratung dürften auch den komplexen Abstimmungsprozessen geschuldet sein. Aufgrund der unterschiedlichen ethischen und fachlichen Positionen sind diese unvermeidlich sowie der Komplexität der Themen geschuldet. Hinzu kommt, dass die Mitglieder ihre Ratsfunktion nur nebenamtlich ausüben und daher nur begrenzte Zeitkorridore verfügbar machen können.

Der ER hat die Möglichkeit, sich informeller Netzwerke zu bedienen und kann vertraulich arbeiten, was den diskreten Abgleich von Positionen ermöglicht, falls dies gewünscht ist. Die Sitzungen der Arbeitsgruppen sind per se geheim. Auch die Verschwiegenheitspflicht für

vertrauliche Informationen weist daraufhin, dass dieser Aspekt für die Arbeit des ER von Bedeutung ist. Öffentliche Positionierungen in ethischen Diskussionen machen angreifbar und ein diskreter Austausch ermöglicht einen unbelasteteren Interessenabgleich.

Eine Ungleichheit der Stimmgewichtung basierend auf der institutionellen Zugehörigkeit der Mitglieder lässt sich nicht ausmachen. Die Mehrheit im Rat entscheidet über Empfehlungen und Sondervoten sind für alle Mitglieder möglich. Der ER selbst verfügt zweifelsohne über einen sehr hohen institutionellen Rang. Er wurde schließlich mit einem gleichnamigen Gesetz für die Beratung von Bundesregierung und Bundestag eingerichtet. Der NER stand noch aufgrund seiner Nähe zur Regierung in der Kritik, der ER ist dichter am Parlament orientiert und betreibt auch Exekutivberatung. Die MdB machen jedoch noch immer ein Ungleichgewicht in der Zuordnung und eine mangelhafte Verankerung aus.

Die Adressierung lebensweltlicher Probleme gehört zu den klaren Stärken des ER. Ohne diese Kompetenz wäre eine Beratung in Ethikfragen natürlich nicht denkbar. Diese Leistung erbringt er aber nicht, indem er die Gesellschaft abbildet, sondern indem er aus fachlicher Perspektive abwägt, gegebenenfalls externe Expertise hinzuzieht und auf dieser Basis ein Bild einspeist. Seine deliberative Funktion erfüllt der ER nur im Sinne der Informationsbereitstellung, der Berücksichtigung gesellschaftlicher Werte aus der Beobachterperspektive und der Bereitstellung von Zugängen. Partizipation und Dialog finden kaum statt, eine dauerhafte Etablierung von Diskursräumen erfolgt nicht. Der ER entspricht aber weitgehend dem Idealbild des neutralen Experten. Seine Mitglieder stammen vorwiegend aus der Wissenschaft. Der Rat verfügt über Gestaltungsfreiheiten und distanzschaffende Maßnahmen, zeitgleich gewährt er weitreichende Einblicke in seine Arbeit sowie Transparenz auf personeller Ebene.

Der ER ist ein Beispiel für ein Beratungsgremium, das mit seiner Expertise in eine klare Lücke stößt und als unabhängiges und nachhaltig institutionalisiertes Gremium mit einem weiten Mandat und proaktiven Kompetenzen die Möglichkeit hat, Bedarfslagen zu identifizieren und adressieren. Die Gesellschaft ist neben der Politik ebenbürtige Beratungsempfängerin und der Rat arbeitet vergleichsweise transparent und eigenständig.

Zeitgleich ist der ER ein Beispiel dafür, wie wichtig das institutionelle Design eines Beratungsgremiums ist. Man kann viele Freiheiten einräumen und Distanz zwischen Gremium und Politik etablieren. Wenn die Mitgliedschaft jedoch auf Vorschlag der Beratungsempfängerin erfolgt und der Prozess dann auch noch intransparent verläuft, schwächt dies das Gremium durch das Potenzial für Politisierung und Interessenvertretung. Es zeigen sich ebenfalls Defizite in Legitimation, Repräsentation und Qualitätssicherung. Die Mitglieder wirken als gegenseitiges Korrektiv, weiterführende Maßnahmen waren durch die Gesetzgebung nicht vorgesehen und sind auch durch die Geschäftsordnung nicht implementiert worden.

Am Ende bleibt auch die Frage, ob der ER den Auftrag der Deliberation vollumfänglich erfüllen kann. Dies lässt sich zu diesem Zeitpunkt nur mit einem Nein beantworten. Zweifels- ohne informiert er, stellt Informationen bereit und schafft Zugänge für die breite Öffentlichkeit, aber der gemeinschaftliche Austausch bleibt schwach ausgeprägt. Diskurse müssen aber nicht nur angeschoben, sondern auch strukturiert werden. Gerade hier sollte der ER nachlegen und seine Argumente nicht bloß über seine Expertise verteidigen, sondern sie auch aktiv öffentlich vertreten und sich in dialogischen Diskursräumen engagieren.

6.7.) Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e.V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina)

6.7.1.) Schritt 1 – Verortung und Kategorisierung

Die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e.V. - Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina) ist eine althergebrachte Institution. Sie ist die „älteste ununterbrochen existierende naturwissenschaftlich-medizinische Akademie der Welt.“¹⁶⁰⁶ Vier Ärzte gründeten sie 1652 in Schweinfurt, um den Austausch zur Forschung in den Naturwissenschaften zu verbessern. Seit 1878 hat die Akademie ihren Sitz in Halle an der Saale und wandelte sich nach der deutschen Wiedervereinigung in einen eingetragenen Verein.¹⁶⁰⁷

Seit 2008 erfüllt die Leopoldina eine weitere Rolle. Im November 2007 ging Bundesforschungsministerin Annette Schavan mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit, sie zur Nationalen Wissenschaftsakademie zu machen. Bereits am 18. Februar 2008 kam es zum einstimmigen positiven Beschluss der GWK, auf dessen Basis die Ernennung am 14. Juli 2008 erfolgte.¹⁶⁰⁸ Der Vorstoß der Bundesministerin kam für die Leopoldina selbst als Überraschung, da der WR den Aufbau einer komplett neuen Akademie empfohlen hatte. Eindeutiger war hingegen der Bedarf nach einer Nationalen Akademie. Entsprechende Forderungen waren bereits seit der Wende mehrfach von der Politik und auch von Wissenschaftsorganisationen ausgesprochen worden. Einige Bundesländer begegneten der Idee jedoch zunächst noch ablehnend. Mit Bundespräsident Horst Köhler als Fürsprecher trieb Bundesministerin Schavan das Vorhaben beharrlich und schließlich erfolgreich weiter.¹⁶⁰⁹ Die USA und europäische Länder als Vorbild sollte Deutschland auch eine „Institution, die übergreifend fundierte Stellungnah-

¹⁶⁰⁶ Hacker, Jörg (Hrsg.): Ein Rundgang durch die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften. Halle (Saale), 2017a. S. 3.

¹⁶⁰⁷ Vgl. ebd., S. 15.

Vgl. Hacker, Jörg (Hrsg.): Jahrbuch 2018. Leopoldina Reihe 3, Jahrgang 64 (2018). Halle (Saale), 2019a. S. 380ff, § 1.

¹⁶⁰⁸ Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Leopoldina aktuell 02/2008. Halle (Saale), 2008. S. 3. (https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2008_2_Newsletter_Deutsch.pdf, 15.12.2019)

Vgl. Hacker 2017a, S. 3.

¹⁶⁰⁹ Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Leopoldina aktuell September 2018. Sonderausgabe. Halle (Saale), 2018e. S. 4. (https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2018_SonderNL_10_Jahre.pdf)

men aus Sicht der Wissenschaft erstellt, die als Basis für Diskussionen und politische Entscheidungen dienen können“¹⁶¹⁰ erhalten, so Schavan. Um das gewünschte „neue[s] Modell der Politikberatung“¹⁶¹¹ einzuführen, war jedoch noch eine Neustrukturierung der Leopoldina nötig, mit der sie ihre heutige Form erhielt.¹⁶¹²

Gemäß § 1 WissFG zählt die Akademie zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen.¹⁶¹³ Sie versteht sich als „selbstlos und gemeinnützig tätige Gelehrtengemeinschaft“¹⁶¹⁴ sowie als „Arbeitsakademie“¹⁶¹⁵, die als „unabhängiger Think tank“¹⁶¹⁶ für Politik, Gesellschaft und Wirtschaft beratend dient.¹⁶¹⁷ Ihre Mitglieder stammen vorrangig aus den Naturwissenschaften und der Medizin. Mit der Wiedervereinigung öffnete sich die Leopoldina auch für andere wissenschaftliche Disziplinen.¹⁶¹⁸ Man folgte mit diesem Schritt dem Vorbild anderer Akademien, die bereits über eine größere Fächerbreite verfügten.¹⁶¹⁹ Die Leopoldina ist ein internationaler Verein, ihre Mitglieder stammen aber überwiegend aus der DACH-Region.¹⁶²⁰

Als übergeordnetes Ziel hat die Akademie in ihrem Leitbild den Beitrag „zu einer wissenschaftlich aufgeklärten Gesellschaft und einer verantwortungsvollen Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse zum Wohle von Mensch und Natur“¹⁶²¹ verankert. In diesem ist daneben auch der Einsatz für eine freie und wertgeschätzte Wissenschaft zu finden.¹⁶²² Gemäß § 2 Absatz 2 der Satzung erbringt die Leopoldina hierzu fünf Aufgabenbereiche. Zum einen fördert sie die Wissenschaft durch Kooperation auf nationaler und internationaler Ebene. Hierzu „führt sie wissenschaftliche Veranstaltungen durch, setzt Kommissionen ein und veröffentlicht die erarbeiteten Ergebnisse.“¹⁶²³ Die Nachwuchsförderung und das Verleihen von Preisen und Auszeichnungen gehört ebenso zum Vereinszweck. Seit 1997 gibt es ein Programm der Akademie für Nachwuchsforschende, die einen Forschungsaufenthalt im Ausland machen wollen. Bei Ihrer Rückkehr erhalten sie eine Weiterförderung für fünf Jahre und werden durch ein Mentoren-Netzwerk betreut.¹⁶²⁴ Von besonderer Bedeutung ist auch die Junge

¹⁶¹⁰ Leopoldina 2008, S. 3.

¹⁶¹¹ <https://www.leopoldina.org/presse-1/pressemitteilungen/pressemitteilung/press/757/> (15.12.2019)

¹⁶¹² Vgl. Leopoldina 2008, S. 3.

¹⁶¹³ Vgl. WissFG § 1.

¹⁶¹⁴ Hacker 2019a, S. 380.

¹⁶¹⁵ Leopoldina 2018e, S. 4.

¹⁶¹⁶ Hacker, Jörg (Hrsg.): Leopoldina 2019. Monitoring-Bericht. Halle (Saale), 2019c. S. 8.

¹⁶¹⁷ Vgl. ebd., S. 8 und 30.

¹⁶¹⁸ Vgl. Hacker 2019a, S. 380f, § 2 Abs. 1.

¹⁶¹⁹ Vgl. <https://www.leopoldina.org/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/press/347/> (15.12.2019)

¹⁶²⁰ Vgl. Hacker 2019a, S. 380f, § 2 Abs. 1.

¹⁶²¹ <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/ueber-die-leopoldina/leitbild-der-leopoldina/> (15.12.2019)

¹⁶²² Vgl. ebd.

¹⁶²³ Hacker 2019a, S. 381, § 2 Abs. 2.

¹⁶²⁴ Vgl. Hacker 2017a, S. 10.

Akademie, die administrativ bei der Leopoldina angesiedelt, aber eine eigene Organisationseinheit ist.¹⁶²⁵ Sie verfügt über größere Freiräumen als die Nationale Akademie in der Ausgestaltung von Formaten, Inhalten und Methoden.¹⁶²⁶ Die Junge Akademie wurde im Juni 2000 auf gemeinsame Initiative der BBAW und der Leopoldina gegründet, seit 2011 ist sie als Institution verstetigt. Sie hat ihren Sitz in Berlin und hat 50 Mitglieder, die jeweils für fünf Jahre gewählt werden, teils kooptativ, teils durch die Nationale Akademie und die BBAW. Neben der Nachwuchsförderung ist das Ziel der Jungen Akademie, interdisziplinäre Diskursräume zu schaffen, um den Austausch und die Kooperation zwischen Wissenschaft und Gesellschaft für die DACH-Region zu fördern.¹⁶²⁷

Die Leopoldina vergibt verschiedene Auszeichnungen, Preise und Ehrungen. Die seltenste Ehrung ist dabei die Ehrenmitgliedschaft. Andere verdiente Mitglieder werden für Ihr Lebenswerk ausgezeichnet oder für besondere Entdeckungen in Ihrem Feld. Daneben gibt es fachspezifische Auszeichnungen und eine Medaille des Präsidiums für besondere Verdienste sowie einen Preis für „Personen des öffentlichen Lebens“¹⁶²⁸, die sich im besonderen Maße für die Wissenschaft und Akademie eingebracht haben. Darüber hinaus verleiht die Akademie Auszeichnungen, die vom Stifterverband, der Commerzbank oder der Freundschaftsvereinigung finanziert werden.¹⁶²⁹

Als Nationale Akademie vertritt die Leopoldina gemäß Satzung die deutsche Wissenschaft in Gremien auf dem internationalen Parkett.¹⁶³⁰ In dieser Funktion betreibt sie als Stimme der deutschen Wissenschaft explizit Interessenvertretung.¹⁶³¹ Ihre zentrale Aufgabe ist jedoch die „wissenschaftsbasierte Beratung von Öffentlichkeit und Politik“.¹⁶³² Diese definiert sich für die Leopoldina durch Unabhängigkeit, Fachkompetenz, Transparenz und die Erarbeitung der Expertise in „interdisziplinären Expertengruppen“¹⁶³³.¹⁶³⁴ Die eigene Definition von Politikberatung zeigt, dass Gesellschaft und Politik Informationen sowie Handlungsempfehlungen erhalten und dass auch der Stand der Forschung erläutert wird.¹⁶³⁵ Die Leopoldina

¹⁶²⁵ Vgl. Hacker, Jörg (Hrsg.): Leopoldina 2017. Der Monitoring-Bericht der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften. Halle (Saale), 2017b. S. 37.

¹⁶²⁶ Vgl. <https://www.diejungeakademie.de/aktivitaeten/arbeitsgruppen/> (15.12.2019)

¹⁶²⁷ Vgl. Hacker 2017a, S. 19.

Vgl. Hacker 2019c, S. 50f.

Vgl. <https://www.diejungeakademie.de/ueber-die-akademie/statut/> (15.12.2019)

¹⁶²⁸ Hacker 2017a, S. 11.

¹⁶²⁹ Vgl. <https://www.freundeskreis-leopoldina.de/projekte/> (15.12.2019)

Vgl. Hacker 2017a, S. 11.

¹⁶³⁰ Vgl. Hacker 2019a, S. 381, § 2 Abs. 2.

¹⁶³¹ Vgl. Leopoldina 2008, S. 3.

¹⁶³² Vgl. Hacker 2019a, S. 381, § 2 Abs. 2.

Vgl. Hacker 2017a, S. 6.

¹⁶³³ Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften: Von der Idee zur Stellungnahme. Leitfaden der Politik- und Gesellschaftsberatung der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina. Halle (Saale), 2014c. S. 5.

¹⁶³⁴ Vgl. Hacker 2017a, S. 8.

¹⁶³⁵ Vgl. Leopoldina 2014c, S. 5.

Vgl. Hacker 2017a, S. 6.

berät zu Themen der Wissenschaft und der Wissenschaftspolitik, verfasst Empfehlungen zu Themen mit gesellschaftlicher Relevanz und leistet Beiträge zur Adressierung gesellschaftlicher und technischer Herausforderungen.¹⁶³⁶ Hierzu richtet sie auch den Blick nach vorne. Die frühzeitige Einschätzung der wissenschaftlichen Entwicklung und ihrer potenziellen Auswirkungen auf die Gesellschaft gehört ebenfalls zu den Funktionen der Akademie. Die Leopoldina hat die Aufgabe, proaktiv Themenbereiche zu identifizieren, die sich abseits „des Mainstreams im politisch-gesellschaftlichen Diskurs“¹⁶³⁷ bewegen und diese zu untersuchen sowie in die Öffentlichkeit zu tragen.¹⁶³⁸ Bemerkenswert ist, dass die Leopoldina nach eigener Darstellung erst nach der Wende ihre politikberatende Funktion aufgenommen hat.¹⁶³⁹ Im Gegensatz zur langen Historie der Akademie kann ihre heutige Kernaufgabe somit erst auf eine vergleichsweise junge Geschichte verweisen.

Die Nationale Akademie versteht sich auch als Ort des Austauschs und der Forschung. Die fortlaufende Reflexion der Wissenschaft, ihrer umgebenden Faktoren und Konsequenzen gehört zum Selbstverständnis der Leopoldina, die daher Forschenden Räume zur produktiven Entfaltung schaffen möchte.¹⁶⁴⁰ Hierzu und zur Erfüllung des beschriebenen Aufgabenbündels stellt die Akademie die notwendigen Ressourcen und Infrastrukturen bereit.¹⁶⁴¹ Sie unterhält das Zentrum für Wissenschaftsforschung, auch Studienzentrum genannt, das wissenschaftshistorische sowie wissenschaftstheoretische Forschung und Langzeitprojekte der Leopoldina koordiniert. Für Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler werden durch das Zentrum Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt.¹⁶⁴² Die Reflexion der Wissenschaft im Allgemeinen und ihrer gegenwärtigen Forschung gehört aus Sicht der Leopoldina zu den zentralen Funktionen einer Nationalen Akademie.¹⁶⁴³ Sie führt dazu zum einen langfristig angesetzte Forschungsprojekte im Bereich der Geisteswissenschaften durch und veranstaltet Symposien, Seminare und Ausstellungen. Aktuelle Forschungsthemen befassen sich mit der Internationalisierung von Wissenschaft, dem Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft sowie dem Einfluss der Digitalisierung auf Wissen, seine Speicherung und Verbreitung.¹⁶⁴⁴

¹⁶³⁶ Vgl. Leopoldina 2014c, S. 5.

Hacker 2017a, S. 6 ff.

¹⁶³⁷ Hacker 2019c, S. 28.

¹⁶³⁸ Vgl. Hacker 2017a, S. 6 und 8.

Vgl. Hacker 2019c, S. 28.

¹⁶³⁹ Vgl. Leopoldina 2018e, S. 16.

¹⁶⁴⁰ Vgl. Hacker 2019c, S. 24ff.

¹⁶⁴¹ Vgl. Hacker 2019a, S. 381, § 2 Abs. 4.

¹⁶⁴² Vgl. Hacker 2017a, S. 14.

Vgl. <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/zentrum-fuer-wissenschaftsforschung/> (15.12.2019)

¹⁶⁴³ Vgl. Hacker, Jörg (Hrsg.): Jahrbuch 2012. Leopoldina Reihe 3, Jahrgang 58. Halle (Saale), 2013. S. 313.

¹⁶⁴⁴ Vgl. ebd., S. 314.

Vgl. <https://www.leopoldina.org/presse-1/pressemitteilungen/pressemitteilung/press/2089/> (15.12.2019)

Vgl. <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/zentrum-fuer-wissenschaftsforschung/> (15.12.2019)

Für die Forschung der Leopoldina ist die hauseigene Bibliothek von großer Bedeutung. Im Vergleich zu anderen Beratungseinrichtungen verfügt die Akademie hiermit über ein Alleinstellungsmerkmal, bei dem der Bestand seit 1731 gewachsen ist. Die Bibliothek ist nicht exklusiv für Mitglieder, der Zugang und die Leihe ist auch für Externe offen und durch den digitalen Katalog niederschwellig erreichbar.¹⁶⁴⁵ Daneben verfügt die Leopoldina über ein Archiv, in dem vor allem Verwaltungsunterlagen, Mitgliederdaten und Protokolle nachgehalten werden. Aber auch Nachlässe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Kunstobjekte und Materialien von wissenschaftshistorischem Wert werden dort aufbewahrt.¹⁶⁴⁶ Das Präsidium hat für diesen gesamten Komplex einen Beauftragten bestimmt.¹⁶⁴⁷

Das Archiv, die Bibliothek und das Zentrum für Wissenschaftsforschung sind bei der Geschäftsstelle der Leopoldina angesiedelt.¹⁶⁴⁸ Gemäß Satzung erledigt diese die Alltagsgeschäfte und dient der Unterstützung der Organe der Akademie.¹⁶⁴⁹ Zu den Abteilungen der Geschäftsstelle gehören die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Verwaltung der Leopoldina, eine wissenschaftliche Redaktion sowie die Abteilungen zur Organisation der internationalen Beziehungen und der Förderprogramme der Akademie.¹⁶⁵⁰ Die Abteilung Wissenschaft – Politik – Gesellschaft wiederum unterstützt die Beratungsprojekte der Akademie inhaltlich und organisatorisch. Sie erfüllt auch eine Schnittstellenfunktion zwischen eingesetzten Arbeitsgruppen, der Leopoldina und weiteren Beteiligten. Die Mitarbeitenden in der Geschäftsstelle verfolgen auch die Beratungsthemen weiter und unterrichten die Arbeitsgruppen über weitere Entwicklungen. Die Geschäftsstelle kann darüber hinaus Vorschläge zur Auswahl von AG-Mitgliedern unterbreiten und führt ein systematisches Scouting durch.¹⁶⁵¹ Bei der Wahl neuer Mitglieder arbeitet sie außerdem dem Findungsausschuss zu.¹⁶⁵²

Der Präsident oder die Präsidentin schlägt gemäß Satzung die Personalie des Generalsekretärs beziehungsweise der Generalsekretärin vor, der oder die gemeinsam mit den Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten der Akademie ernannt wird. Er oder sie leitet die Geschäftsstelle und hat eine beratende Stimme bei den Sitzungen des Präsidiums.¹⁶⁵³ Im Jahr 2019 waren insgesamt 79 Vollzeitäquivalente und zwei Auszubildende für die Leopoldina in Halle und Berlin tätig, die von 100 Personen ausgefüllt wurden.¹⁶⁵⁴

¹⁶⁴⁵ Vgl. Hacker 2017a, S. 12.

Vgl. <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/bibliothek/> (15.12.2019)

¹⁶⁴⁶ Vgl. Hacker 2017a, S. 13.

¹⁶⁴⁷ Vgl. <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/ueber-die-leopoldina/praesidium-und-gremien/praesidium/> (15.12.2019)

¹⁶⁴⁸ Vgl. Hacker 2019a, S. 187.

¹⁶⁴⁹ Vgl. ebd., S. 384, § 9.

¹⁶⁵⁰ Vgl. <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/ueber-die-leopoldina/organigramm/> (15.12.2019)

¹⁶⁵¹ Vgl. Leopoldina 2014c, S. 15, 23, 31 und 37.

¹⁶⁵² Vgl. Hacker 2019a, S. 391, § 1 Absatz A Satz I.

¹⁶⁵³ Vgl. ebd., S. 383, § 6 Abs 4.

¹⁶⁵⁴ Vgl. Hacker 2019c, S. 46.

Vgl. <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/mitarbeitende/> (15.12.2019)

Die Nationale Akademie wird auf Basis von § 2 Abs. 4 der Anlage des GWK-Abkommens vom 11.09.2007, zuletzt geändert am 10.11.2017, vom Bund und Sachsen-Anhalt finanziert.¹⁶⁵⁵ Das Sitzland der Leopoldina kommt für 20% der Kosten auf, zentral werden die restlichen 80% getragen.¹⁶⁵⁶ Daneben kann sich die Leopoldina grundsätzlich auch auf Drittmittel bewerben. Entsprechende Anträge bedürfen der Freigabe durch das Präsidium.¹⁶⁵⁷ Vor dem Gesetz zählt die Leopoldina zu den außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen. Von der Politik wurde die Akademie außerdem mit zusätzlichen Freiheiten und Eigenkompetenzen im Bereich Finanzen, Bau und Personal ausgestattet.¹⁶⁵⁸

2018 erhielt die Leopoldina eine Grundfinanzierung von 12,1 Mio. Euro und kann seit 2016 eine kontinuierliche Steigerung von 15,8% verzeichnen. Die Drittmiteleinwerbungen beliefen sich 2018 auf insgesamt 3,3 Mio. Euro, was 27% der Grundfinanzierung entspricht. In den Vergleichsjahren 2017 und 2016 mit Haushaltsmitteln von 11,75 Mio. und 10,4 Mio. Euro lag die Quote mit 20% und 21% deutlich niedriger. Daneben sind auch Sonderfinanzierungen möglich, beispielsweise für Langzeitprojekte. 2018 erhielt die Leopoldina 380.200 Euro für ein solches.¹⁶⁵⁹ Die Publikation der Jahreshücher kann ebenfalls direkt durch den Bund und das Land Sachsen-Anhalt gefördert werden.¹⁶⁶⁰

In puncto Finanzierung ist auch der Förderverein Leopoldina Akademie Freundeskreis e.V. zu erwähnen. Die Gründung des Vereins erfolgte 2007 und ging auf eine Initiative des Präsidiums zurück. Als Schirmherr fungierte der ehemalige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, was dem Unterfangen die notwendige Flughöhe verschaffte. Vereinszweck ist die materielle und ideelle Förderung der Leopoldina.¹⁶⁶¹ Genaue Förderhöhen oder Zuwendungen sind nicht öffentlich. Der Verein bildet lediglich von ihm geförderte Projekte auf seiner Website ab und legt im Jahrbuch der Akademie einen knappen Bericht ab.¹⁶⁶² Der Freundeskreis finanziert sich über Spenden und Mitgliedsbeiträge, die unterschiedlich gestaffelt sind. Mit Stand November 2019 verfügt der Verein über 186 Mitglieder, die vollständig auf seiner Website aufgelistet sind. Zu den fördernden Mitgliedern gehören auch Privatunternehmen.¹⁶⁶³ Auf Basis der Beiträge gehen dem Freundeskreis jährlich mindestens 74.500€ zu.¹⁶⁶⁴ Besonders verdiente Förderer der Akademie können zu Ehrenförderern ernannt werden.¹⁶⁶⁵

¹⁶⁵⁵ Vgl. GWK 2018, § 2 Abs. 4 der Anlage zum GWK-Abkommen.

¹⁶⁵⁶ Vgl. Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK): GWK-Grundlagen 2017. Bonn, 2017. S. 220.

¹⁶⁵⁷ Vgl. Leopoldina 2014c, S. 15.

¹⁶⁵⁸ Vgl. § 2 WissFG.

¹⁶⁵⁹ Vgl. Hacker 2019c, S. 44.

¹⁶⁶⁰ Vgl. Hacker 2013, S. 4.

Vgl. Hacker 2019a, S. 4.

¹⁶⁶¹ Vgl. Hacker 2017a, S. 19.

¹⁶⁶² Vgl. Hacker 2019a, S. 219ff.

Vgl. <https://www.freundeskreis-leopoldina.de/projekte/> (15.12.2019)

¹⁶⁶³ Vgl. <https://www.freundeskreis-leopoldina.de/mitglieder/> (15.12.2019)

¹⁶⁶⁴ Vgl. <https://www.freundeskreis-leopoldina.de/mitglieder/mitglied-werden/> (15.12.2019)

¹⁶⁶⁵ Vgl. Hacker 2019a, S. 382, § 3 Abs. 3.

Die Leopoldina ist eine große Vereinigung und hat eine entsprechend komplexe Organisationsstruktur, um auch ihrer Fächervielfalt gerecht zu werden. Die Mitgliederstruktur der Akademie unterteilt in Klassen und innerhalb dieser in Sektionen.¹⁶⁶⁶ In einer Klasse werden wissenschaftliche Disziplinen zusammengefasst. Für Sektionen bietet sich der Vergleich mit Fächerkategorisierungen an, wie sie an Schulen verwendet werden.¹⁶⁶⁷ Das österreichische und schweizerische Pendant zu den Sektionen sind die Adjunktenkreise. Sektionen, Klassen und Adjunktenkreise wählen aus ihrer Reihe Sprecherinnen und Sprecher. Die genaue Zuordnung innerhalb dieses Systems ergibt sich durch eine Ordnung, die vom Senat verabschiedet wird.¹⁶⁶⁸ Konkret erfolgt dies durch Anhang I der Wahlordnung, der die Verteilung der Sektionen über die Klassen definiert.¹⁶⁶⁹ Bis 1990 verfügte die Leopoldina über nur zwei Klassen, die medizinische und die naturwissenschaftliche. Um die gesellschaftliche und interdisziplinäre Dimension von Politikberatung erfüllen zu können, entschloss man sich dazu, weitere Klassen hinzuzufügen.¹⁶⁷⁰

Zum Jahresende 2019 besteht die Leopoldina aus 1.611 Mitgliedern.¹⁶⁷¹ Seit ihrer Gründung 1652 waren es insgesamt bereits 4.915 Personen.¹⁶⁷² Auch heute folgt Wissenschaftsakademien häufig noch der Ruf von Altherrenclubs. Der Blick auf das Ungleichgewicht in der Geschlechterverteilung der Leopoldina kann da natürlich auch keinen Ausgleich schaffen.¹⁶⁷³ Letztlich sollten bei der Akademie auch nur wissenschaftliche Leistungen als Kriterium für eine Mitgliedschaft herangezogen werden, wie auch in der Satzung verankert wurde. Die Kooptation erfolgt durch das Präsidium auf Basis hervorragender wissenschaftlicher Leistungen. Der Verfahrensweg ist über eine Wahlordnung festgelegt, die vom Senat der Akademie verabschiedet wurde.¹⁶⁷⁴ Mitglieder werden können Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf Vorschlag durch die Sektionen oder einen Ausschuss, der vom Präsidium eingesetzt werden kann. Alle ordentlichen Mitglieder haben innerhalb der Sektionen Vorschlagsrecht, insofern sie von drei weiteren Mitgliedern unterstützt werden. Um über Anträge zu beraten und zu beschließen, trifft sich eine Arbeitsgruppe jährlich. Darüber hinaus gibt es einen Findungsausschuss, der Mitglieder sucht, die sich in interdisziplinären Wissenschaftsfeldern bewegen, die nicht den Sektionen zuzuordnen sind oder sich durch ihren Einsatz für die Wissenschaftslandschaft hervorgetan haben. Der Ausschuss besteht aus den Sprecherinnen und Sprechern der Klassen und Sektionen, die nach Abstimmung mit dem Präsidium durch den Präsidenten oder die Präsidentin für vier Jahre ernannt werden. Komplettiert wird das Gremium noch durch

¹⁶⁶⁶ Vgl. Hacker 2019a, S. 382, § 4

¹⁶⁶⁷ Vgl. Leopoldina 2018e, S. 16.

¹⁶⁶⁸ Vgl. Hacker 2019a, S. 382, § 4.

¹⁶⁶⁹ Vgl. ebd., S. 400.

¹⁶⁷⁰ Vgl. Leopoldina 2018e, S. 16.

¹⁶⁷¹ Vgl. <https://www.leopoldina.org/mitglieder/mitgliederverzeichnis/> (15.12.2019)

¹⁶⁷² Vgl. <https://www.leopoldina.org/mitglieder/mitglieder-seit-1652/> (15.12.2019)

¹⁶⁷³ Vgl. Hacker 2019c, S. 40f.

¹⁶⁷⁴ Vgl. Hacker 2019a, S. 381f, § 3 Abs. 1.

einen Vizepräsidenten oder eine Vizepräsidentin. Mitglieder der Akademie können, falls sie von drei weiteren Mitgliedern unterstützt werden, Vorschläge zu Themen einreichen, zu denen der Findungsausschuss Besetzungsvorschläge erarbeitet. Ist ein Kandidat identifiziert, reicht der Ausschuss eine Nominierung an das Präsidium weiter.¹⁶⁷⁵

Der Senat legt im Benehmen mit dem Präsidium den Richtwert der Anzahl der ordentlichen Mitglieder pro Klasse fest. Eine Neubesetzung wird nach Vollendung des 75. Lebensjahrs eines Mitglieds möglich, ohne dass sich die Rechte dieses Mitglieds verändern. Maximal fünf Personen, die über den Findungsausschuss identifiziert werden, können jährlich kooptiert werden.¹⁶⁷⁶ Nachdem die Klassen und Sektionen die Vorschläge bewertet haben, erfolgt die Wahl in erweiterter Präsidiumssitzung, der auch die prospektiven Klassen- und Sektionssprecherinnen und -sprecher der jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten, der Vorsitz des Findungsausschusses und dessen Stellvertretung teilnehmen.¹⁶⁷⁷

Eine Person kann ihre Mitgliedschaft auf Zeit oder befristet ruhen lassen, wenn das Präsidium diesem Antrag zustimmt. Bei dauerhafter Entpflichtung kann ein neues Mitglied gewählt werden.¹⁶⁷⁸ Ausscheiden kann ein Mitglied durch seinen Tod, das schriftliche Erklären des Austritts oder durch Ausschluss. Letzteres bedarf eines Antrags von zehn Mitgliedern, die umfassend schriftlich darlegen, weshalb der Ausschluss erfolgen sollte. Das Präsidium entscheidet letztlich, ob durch die Handlungen der Person ein Schaden vorliegt und reicht den Antrag gegebenenfalls an den Senat weiter, der final über den Ausschluss bescheidet.¹⁶⁷⁹ Die Leopoldina möchte stets „die Besten ihres Faches wählen“¹⁶⁸⁰ und verfolgt damit einen klaren Elitenanspruch, „die besten Köpfe“¹⁶⁸¹ zu beherbergen. Hierzu passt, dass von den bislang insgesamt 4.915 Mitgliedern insgesamt 179 Personen einen Nobelpreis erhalten haben. Eine Tatsache, der die Leopoldina mit einer eigenen Übersicht auf ihrer Website Tribut zollt und nach außen kommuniziert.¹⁶⁸²

Mitglieder, die sich besonders um die Leopoldina oder die Wissenschaft verdient gemacht haben, besondere Entdeckungen in ihrem Feld erzielt haben oder für ihr Lebenswerk ausgezeichnet werden sollen, können die Ehrenmitgliedschaft verliehen bekommen. Ehrenmitglieder haben einen Sitz im Senat und verfügen über eine beratende Stimme.¹⁶⁸³ Derzeit besitzen drei Personen diesen Status: der ehemalige Präsident der Leopoldina Volker Ter Meulen, Nobelpreisträger Paul J. Crutzen sowie Reimar Lüst, deutscher Astrophysiker.¹⁶⁸⁴

¹⁶⁷⁵ Vgl. Hacker 2019a, S. 391, § 1 Abs. A Satz 1

¹⁶⁷⁶ Vgl. ebd., § 1 Abs. A Satz 2.

¹⁶⁷⁷ Vgl. ebd., S. 392, § 1 Abs. B Satz 1ff.

¹⁶⁷⁸ Vgl. ebd., S. 391, § 1 Abs. A Satz 2.

¹⁶⁷⁹ Vgl. ebd., S. 399, § 7.

¹⁶⁸⁰ Leopoldina 2018e, S. 16.

¹⁶⁸¹ Jahresbuch Leopoldina 2018, S. 214.

¹⁶⁸² Vgl. <https://www.leopoldina.org/mitglieder/mitglieder-mit-nobelpreis> (15.12.2019)

¹⁶⁸³ Vgl. Hacker 2019a, S. 382, § 3 Abs. 2.

¹⁶⁸⁴ Vgl. ebd., S. 16.

Die Leopoldina hat drei Organe: das Präsidium, den Senat und als Verein auch eine Mitgliederversammlung. Funktionen in diesen Organen werden grundsätzlich ehrenamtlich erfüllt.¹⁶⁸⁵ Das Präsidium besteht aus dem Präsidenten oder der Präsidentin und maximal vier Vizepräsidenten, vier sogenannten Sekretarinnen und Sekretaren der Klassen und bis zu drei weiteren Mitgliedern.¹⁶⁸⁶ Der Präsident bildet mit den Vizepräsidenten den Vorstand des Vereins. Er ist die Geschäftsleitung der Akademie und kann das Amt hauptamtlich auskleiden. Der Vertragspartner des hierfür nötigen Anstellungsvertrags ist das BMBF. Vizepräsidenten können, unter Zustimmung der mittelbereitstellenden Politik, ein Entgelt erhalten.¹⁶⁸⁷ Gemäß Satzung erfolgt die Wahl der Präsidiumsmitglieder durch die einfache Mehrheit des Senats. Die Amtszeit beträgt fünf Jahre, wobei eine einmalige Wiederwahl möglich ist.¹⁶⁸⁸ Die Wahlordnung ergänzt unter anderem die Findungskommission, von der die Präsidiumswahlen vorbereitet werden.¹⁶⁸⁹ Auch die Altpräsidenten, die zur Beratung und ohne Stimmrecht teilnehmen, sind Teil des Präsidiums.¹⁶⁹⁰

Neben den oben beschriebenen Aufgaben ist das Präsidium für die inhaltliche Ausrichtung der Leopoldina ausschlaggebend. Es entscheidet, zu welchen Themen Stellungnahmen erarbeitet werden sollen.¹⁶⁹¹ Ihm kommt auch eine zentrale Rolle in den Politikberatungsprozessen selbst zu. Das Präsidium entscheidet über die Einrichtung von Arbeitsgruppen und die Berufung ihrer Mitglieder. Es ist Herausgeberin der Stellungnahmen und trägt die finale Verantwortung für die Expertise der Akademie. Folglich hat das Präsidium bei Reviewprozessen ebenfalls Entscheidungsbefugnisse und entscheidet, gegebenenfalls gemeinsam mit kooperierenden Einrichtungen, über die Auswahl der Expertinnen und Experten. Bei Misserfolgen oder Problemen hat das Präsidium auch die Möglichkeit, die Projekte der Arbeitsgruppen abzubrechen.¹⁶⁹²

Der Senat der Leopoldina ist vor allem für Grundsatzangelegenheiten und strukturgebende Maßnahmen zuständig. Er berät außerdem das Präsidium und ist die Vertretung der Mitglieder diesem gegenüber. Die Kontrolle des Rechenschaftsberichts und die Festlegung der Wahlordnung gehören, ergänzend zu den bereits beschriebenen Funktionen, ebenfalls zum Aufgabenreich des Senats.¹⁶⁹³ Änderungen der Satzungen werden durch ihn vorbereitet und verabschiedet.¹⁶⁹⁴ Die Sektionen und Adjunktenkreise entsenden jeweils eine Stellvertretung in den Senat, hinzu können zehn weitere Personen kommen, die das Gremium selbst

¹⁶⁸⁵ Vgl. Hacker 2019a, S. 382, S. 382, § 5.

¹⁶⁸⁶ Vgl. ebd., S. 383, § 6 Abs. 1.

¹⁶⁸⁷ Vgl. ebd., § 6 Abs. 2.

¹⁶⁸⁸ Vgl. ebd., S. 383, § 6 Abs. 3.

¹⁶⁸⁹ Vgl. ebd., S. 398, § 6 Abs. 2.

¹⁶⁹⁰ Vgl. ebd., S. 11.

¹⁶⁹¹ Vgl. Leopoldina 2018e, S. 16.

¹⁶⁹² Vgl. Leopoldina 2014c, S. 13, 17 und 21f.

¹⁶⁹³ Vgl. Hacker 2019a, S. 383f, § 7 Abs. 1.

¹⁶⁹⁴ Vgl. ebd., S. 384, § 10.

festlegt, das Präsidium hat ein Vorschlagsrecht.¹⁶⁹⁵ Gemäß Wahlordnung sind das zum einen fünf Präsidentinnen und Präsidenten deutscher Wissenschaftsförderungsorganisationen: DFG, MPG, HRK, Alexander von Humboldt-Stiftung (AvHS) und die Union der deutschen Akademien der Wissenschaften (Akademienunion).¹⁶⁹⁶ Ad personam werden weitere fünf Personen gewählt, „die Forschungsorganisationen bzw. andere wissenschaftliche Einrichtungen in leitenden Stellungen vertreten“¹⁶⁹⁷. Klassen- und Sektionssprecherinnen und -sprecher können durch die Wahl der jeweiligen Mitglieder Senatsmitglieder werden. Die Amtszeit beträgt vier Jahre, eine einmalige Wiederwahl ist möglich.¹⁶⁹⁸ Die gewählten Sektionssprecherinnen und -sprecher sind automatisch Senatsmitglieder.¹⁶⁹⁹

Die Mitgliederversammlung findet gemäß Satzung nach Erfordernis oder Gesetz statt.¹⁷⁰⁰ In der gelebten Praxis bedeutet das einen jährlichen Turnus.¹⁷⁰¹ Der Mitgliederversammlung kommt in der Außenkommunikation der Leopoldina keine bedeutende Rolle zu. Im Rahmen einer spezifisch hierfür einberufenen und außerordentlichen Mitgliederversammlung kann diese aber mit einer Zweidrittelmehrheit die Auflösung der Akademie beschließen.¹⁷⁰² Sollte dies geschehen, gehen die Vermögenswerte der Leopoldina an die AvHS über.¹⁷⁰³

Inhaltlich setzt sich die Leopoldina derzeit mit neun übergeordneten Großthemen auseinander: Medizin und Gesundheit, Lebenswissenschaften, Energie, Demografie und Gesellschaft, Klima, Ernährung und Umwelt, Wissenschaft und Gesellschaft, Kultur und Verhalten, Wissenschaftsgeschichte sowie Innovation und Technik.¹⁷⁰⁴ Hierdurch lässt sich direkt auf eine Ausrichtung auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen und ein reflektiertes Selbstverständnis in der Interaktion mit den anderen Subsystemen schließen. Innerhalb der einzelnen Hauptthemen agiert die Leopoldina mit unterschiedlichen wissenschaftlichen Kommissionen und Arbeitsgruppen, die verschiedene Schwerpunktbereiche aufgreifen. Die Akademie beschreibt hierbei ein dreistufiges Verfahren: 1.) Beurteilung der aktuellen Forschung und ihrer Folgen, 2.) Identifikation der Forschungslücke und 3.) Diskussion der Bilanz mit Gesellschaft und Politik.¹⁷⁰⁵ Seit 2017 gibt es darüber hinaus Fokusthemen, die besonders umfassend auf der Website aufgearbeitet werden. Dies zeigt die aktuelle Schwerpunktsetzung der Leopoldina und erlaubt einen vertieften Einblick in die jeweilige Thematik. Ende 2019 be-

¹⁶⁹⁵ Vgl. Hacker 2019a, S. 383f, § 7 Abs. 1.

¹⁶⁹⁶ Vgl. ebd., S. 397, § 5 Abs. 2.

¹⁶⁹⁷ <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/ueber-die-leopoldina/praesidium-und-gremien/senat/> (15.12.2019)

¹⁶⁹⁸ Vgl. Hacker 2019a, S. 397, § 5 Abs. 1.

¹⁶⁹⁹ Vgl. ebd., § 5 Abs. 3.

¹⁷⁰⁰ Vgl. ebd., S. 384, § 8 Abs. 1.

¹⁷⁰¹ Vgl. ebd., S. 220.

¹⁷⁰² Vgl. ebd., S. 385, § 11 Abs. 1.

¹⁷⁰³ Vgl. ebd., § 11 Abs. 2.

¹⁷⁰⁴ Vgl. <https://www.leopoldina.org/themen/> (15.12.2019)

¹⁷⁰⁵ Vgl. <https://www.leopoldina.org/themen/klima-ernaehrung-und-umwelt/> (15.12.2019)

Vgl. <https://www.leopoldina.org/themen/lebenswissenschaften/> (15.12.2019)

fasste sie sich zusammengefasst mit Klimazielen, künstlicher Intelligenz, Reproduktionsmedizin, Digitalisierung, Dual Use, CRISPR/Cas9 und Politikberatung.¹⁷⁰⁶ Veranstaltungen und Publikationen werden gelistet und das Themenfeld anhand von Praxisbeispielen veranschaulicht.¹⁷⁰⁷ Es wird auf Expertinnen und Experten verlinkt, Akademiemitglieder kommen in Interviews zu Wort und die Themen sind multimedial hinterlegt.¹⁷⁰⁸

Die Kooperationsdimension ist, wie bereits angedeutet, für die Leopoldina von großer Bedeutung.¹⁷⁰⁹ Schließlich ist die Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene einer der Akademienzwecke, der in der Satzung verankert wurde. Außerdem versteht sich die Leopoldina als Plattform, welche die Zusammenarbeit zwischen Forschenden unter sich und mit der Gesellschaft ermöglichen sowie fördern möchte.¹⁷¹⁰ Ein besonders dichtes Kooperationsgefüge besteht mit acatech, Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, und der Akademienunion. Ein bereits erwähntes Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist die Junge Akademie. Von herausragender Bedeutung ist jedoch die gemeinschaftliche Politikberatung, die seit der Übernahme der Funktion als Nationale Akademie noch wichtiger geworden ist.¹⁷¹¹ In diesem Zuge wurde auch das „Dreisäulenmodell der Zusammenarbeit der Akademien“¹⁷¹² gestärkt, mit dem die methodische und fachliche Vielfalt der Beteiligten genutzt sowie die Bündelung von Kompetenzen erfolgen kann, um die großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bearbeiten.¹⁷¹³ Zur Koordination der gemeinschaftlichen Politikberatung wurde der Ständige Ausschuss der Nationalen Akademie der Wissenschaften (Ständiger Ausschuss) ins Leben gerufen. Das Gremium dient der Abstimmung zu Themen, Arbeitsgruppen und Empfehlungen, wofür es quartalsweise tagt. Der Ausschuss besteht aus jeweils drei Mitglieder der Leopoldina und acatechs sowie drei Mitgliedern aus der Akademienunion, von denen stets eine Person von der BBAW entsandt wird.¹⁷¹⁴ Allgemein entsteht mittlerweile der Großteil der Stellungnahmen der Leopoldina in Kooperationsprojekten.¹⁷¹⁵

Ein weiteres Koordinationsgremium ist der Gemeinsame Ausschuss zum Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung (GA) mit der DFG. Eingerichtet im Oktober 2014, berät das

¹⁷⁰⁶ Vgl. <https://www.leopoldina.org/themen/themen-im-fokus/> (15.12.2019)

¹⁷⁰⁷ Vgl. <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/kooperationen/gemeinsamer-ausschuss-dual-use-2/dual-use-themen/> (15.12.2019)

¹⁷⁰⁸ Vgl. <https://www.leopoldina.org/themen/evidenzbasierte-politikgestaltung/politikgestaltung-interview/> (15.12.2019)

Vgl. <https://www.leopoldina.org/themen/thema-genomchirurgie/genomchirurgie-pro-und-contra/> (15.12.2019)

Vgl. <https://www.leopoldina.org/themen/thema-big-data/big-data-podcasts-1/> (15.12.2019)

¹⁷⁰⁹ Vgl. Hacker 2019c, S. 5.

Vgl. Hacker 2019a, S. 194.

¹⁷¹⁰ Vgl. ebd., S. 196.

¹⁷¹¹ Vgl. ebd., S. 19.

¹⁷¹² Ebd., S. 277.

¹⁷¹³ Vgl. ebd., S. 277f.

¹⁷¹⁴ Vgl. ebd., S. 19.

Vgl. Leopoldina 2014c, S. 11 und 29.

¹⁷¹⁵ Vgl. Hacker 2019a, S. 194.

Gremium zu ethischen und juristischen Aspekten von Wissenschaft, die Risiken und Potenziale für Missbrauch birgt. Neben der Erstellung von Empfehlungen unterstützt der GA lokale Initiativen zur Selbstregulierung.¹⁷¹⁶ Ohne gemeinschaftliches Gremium kommt die Allianz der Wissenschaftsorganisationen aus, der die Leopoldina angehört und bei deren Erarbeitung gemeinschaftlicher Stellungnahmen sie mitwirkt, wie es von der Stimme der deutschen Wissenschaft auch zu erwarten wäre.¹⁷¹⁷

Wissenschaftskommunikation, Medien- und Pressearbeit sind Bereiche, die von der Akademie ebenfalls kooperativ bearbeitet werden. Journalisten sieht sie dabei als ihre „Partner“¹⁷¹⁸, da sie Zugang zu einem breiten Publikum haben, bei der Übersetzung der Entwicklungen in die Öffentlichkeit helfen können und die Möglichkeit besitzen, Diskussionen zu lancieren. Mit einem jährlichen Journalistentreffen möchte man daher sicherstellen, dass wissenschaftliche Themen richtig verstanden werden und zeitgleich Netzwerke schaffen. Akademiemitglieder und Externe halten Vorträge, führen Gespräche und geben Interviews.¹⁷¹⁹ Geladen werden Journalisten, „die der Leopoldina regional oder fachlich verbunden“¹⁷²⁰ sind oder am gemeinschaftlich mit der Robert Bosch Stiftung veranstalteten Journalistenkolleg teilgenommen haben.¹⁷²¹ Auch das BMBF gehört zu den kooperativen Einrichtungen der Akademie. Gemeinsam wurde 2018 die sogenannte Unterhausdebatte eingeführt, die zum Ziel hat, den Austausch zwischen Wissenschaft, Medien, Politik, Verwaltungen, Interessenverbänden und der Zivilgesellschaft zu steigern. Das Format findet im Rahmen des Journalistenkollegs statt und zeichnet sich durch aktiven einen Austausch aus.¹⁷²² Die Leopoldina versteht die Unterhausdebatte als Teil ihrer Wissenschaftskommunikation.¹⁷²³ Außerdem kooperiert die Akademie mit dem Science Media Center Germany, einer gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH), die Expertinnen, Experten und Inhalte zwischen Wissenschaft und Medien vermittelt.¹⁷²⁴

Auch im Outreach setzt die Leopoldina also auf Zusammenarbeit. In Kooperation mit der VolkswagenStiftung veranstaltet sie die Vortragsreihe Leopoldina-Lecture in Herrenhausen zu wechselnden gesellschaftsrelevanten Themen.¹⁷²⁵ Zusammen mit der Initiative Wissenschaft im Dialog führt die Leopoldina gemeinschaftlich mit acatech und der Akademienunion seit 2011 die Veranstaltung Wissenschaft kontrovers durch, die vom BMBF gefördert

¹⁷¹⁶ Vgl. Hacker 2019a, S. 211f.

¹⁷¹⁷ Vgl. <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/kooperationen/allianz-der-wissenschaftsorganisationen/> (15.12.2019)

¹⁷¹⁸ Hacker 2017a, S. 18.

¹⁷¹⁹ Vgl. ebd.

¹⁷²⁰ Ebd.

¹⁷²¹ Vgl. Hacker 2019a, S. 209.

Vgl. Hacker 2019c, S. 21f.

¹⁷²² Vgl. ebd., S. 22

¹⁷²³ Vgl. <https://www.leopoldina.org/themen/kuenstliche-intelligenz/ki-veranstaltungen/> (15.12.2019)

¹⁷²⁴ Vgl. <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/kooperationen/science-media-center/> (15.12.2019)

Vgl. <https://www.sciencemediacenter.de/kontakt/impressum/> (15.12.2019)

¹⁷²⁵ Vgl. Hacker 2019a, S. 338f.

wird. Das Ziel ist es, den Dialog zwischen Öffentlichkeit, Wissenschaft und Medien zum jeweiligen Thema des Wissenschaftsjahres anzuschieben.¹⁷²⁶

Heute schon sind die Wissenschaftskommunikation und der öffentliche Dialog für die Leopoldina betont „essentiell“¹⁷²⁷. Dieser Arbeitsbereich dürfte in Zukunft noch weiter an Gewicht dazugewinnen. Nach dem Willen der Bundesregierung soll den Akademien eine zentrale Funktion im verstärkten Ausbau und der Förderung der Wissenschaftskommunikation zukommen. Es soll „ein strukturbildendes Konzept“¹⁷²⁸ entstehen, um die Qualität zu steigern, neue Formate zu entwickeln und Best Practice abzubilden.¹⁷²⁹ Auch jetzt beweist die Akademie mit experimentellen Veranstaltungen durchaus Mut. Wissenschaft am Kamin ist ein vergleichsweise intimes Format, das Einblick in Leben und Forschung herausragender Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gibt.¹⁷³⁰ 2018 entstanden aus einer Kooperation mit dem Puppentheater Halle mehrere Veranstaltungen.¹⁷³¹ Im Rahmen der Langen Nacht der Wissenschaft öffnet die Akademie ihre Tore für die Öffentlichkeit.¹⁷³²

Kooperationen sind für die Leopoldina auch auf internationaler Ebene von zentraler Bedeutung.¹⁷³³ Sie engagiert sich in verschiedenen internationalen Verbänden mit anderen Nationalakademien, kooperiert mit einem knappen Dutzend weltweiter Akademien und beherbergt seit 2010 die Geschäftsstelle des European Academies Science Advisory Council (EASAC), dem die Akademien der EU angehören. Der Rat erbringt Beratungsleistungen für die Europäische Kommission und das EU-Parlament.¹⁷³⁴ Darüber agiert die Leopoldina auch als Akteurin in politischen Prozessen. Im Rahmen des Westbalkan-Prozesses ist sie Teil des wissenschaftspolitischen Corps.¹⁷³⁵ Außerdem unterhält die Akademie gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ein internationales Begegnungszentrum.¹⁷³⁶ Seit 2017 befindet sich auch der Sitz der Global Young Academy bei der Leopoldina, die man als globales Pendant zur Jungen Akademie bezeichnen kann.¹⁷³⁷

¹⁷²⁶ Vgl. <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/kooperationen/wissenschaft-im-dialog/> (15.12.2019)

Vgl. <https://www.wissenschaft-kontrovers.de/> (15.12.2019)

¹⁷²⁷ Hacker 2019c, S. 21.

Hacker 2019a, S. 204.

¹⁷²⁸ Deutscher Bundestag: Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD. Wissenschaftskommunikation stärken – Strukturen sichern, neue Möglichkeiten schaffen. Drs. 19/16044. Berlin, 2019c. S. 6.

¹⁷²⁹ Vgl. BT 2019c, S. 1ff.

¹⁷³⁰ Vgl. Hacker 2019c, S. 23.

¹⁷³¹ Vgl. Hacker 2019a, S. 203f und 346.

¹⁷³² Vgl. ebd., S. 205.

Vgl. Hacker 2019c, S. 23.

¹⁷³³ Vgl. Leopoldina 2014c, S. 5.

¹⁷³⁴ Vgl. Hacker, Jörg (Hrsg.): Leopoldina 2018. Monitoring-Bericht. Halle (Saale), 2018a. S. 16ff.

Vgl. Hacker 2017a, S. 7.

Vgl. <https://www.leopoldina.org/international/internationale-akademienetzwerke/> (15.12.2019)

¹⁷³⁵ Vgl. Hacker 2019c, S. 17.

¹⁷³⁶ Vgl. Leopoldina 2008, S. 3.

Vgl. <https://ibz.uni-halle.de/> (15.12.2019)

¹⁷³⁷ Vgl. Hacker 2018a, S. 35.

Als Nationale Akademie, deren Hauptaufgabe in der Beratung von Politik und Gesellschaft liegt, die zeitgleich in nationalen sowie internationalen Netzwerken agiert und über 1.600 Mitglieder hat, verfügt die Leopoldina über ein entsprechend breites Angebot an Formaten. Sie entfaltet ihre Wirkung und verbreitet ihre Expertise unter anderem über Konferenzen, Vorträge, Zeitschriften, im direkten Gespräch, durch Informations- und Diskussionsveranstaltungen oder auch Gremienmitgliedschaften.¹⁷³⁸ Das zentrale Werkzeug der Politikberatung ist jedoch die Stellungnahme. Die Leopoldina definiert sie als „Veröffentlichung zu einem gesellschaftlich bedeutenden Thema, das den aktuellen Stand der Wissenschaft verständlich darstellt und auf dieser Grundlage mögliche Handlungsoptionen und Empfehlungen für Politik und Gesellschaft formuliert“.¹⁷³⁹ Stellungnahmen sollen einen Beitrag zu evidenzbasierter Entscheidungsfindung leisten und werden in einem formalisierten Prozess, durch mit Expertinnen und Experten besetzte Arbeitsgruppen, erstellt. Vor ihrer Veröffentlichung werden sie einem Peer Review unterzogen.¹⁷⁴⁰

Stellungnahmen durchlaufen bis zu ihrer Publikation einen mehrstufigen Prozess, den die Leopoldina in einem Leitfaden beschreibt.¹⁷⁴¹ Die Themenidentifikation erfolgt durch den Austausch innerhalb der Akademie, durch den Dialog mit der Politik, anderen Wissenschaftseinrichtungen, Fachgesellschaften, der Zivilgesellschaft und religiösen Gruppen. Darüber hinaus können Themen über den Ständigen Ausschuss auf die Agenda gelangen.¹⁷⁴² Eine besondere Rolle kommt hierbei den wissenschaftlichen Kommissionen zu, von denen die Leopoldina derzeit über sieben Stück verfügt.¹⁷⁴³ Sie verdichten die Diskussionen innerhalb der Arbeitsgruppen, Sektionen und Klassen zu Themenvorschläge für Beratungsprozesse. Sie analysieren die Studienlage und bewerten die wissenschaftliche Entwicklung, um hieraus mögliche Impulse zu entwickeln. Darüber hinaus führen die wissenschaftlichen Kommissionen auch Veranstaltungen durch, um die wissenschaftliche Debatte in ihren jeweiligen Themenbereichen mitzugestalten.¹⁷⁴⁴

Zusammen mit der Abteilung Wissenschaft – Politik – Gesellschaft erarbeiten die Initiatoren ein Exposé, mit dem das Thema gerahmt und Stellgrößen festgelegt werden, wie beispielsweise Zielgruppen, Perspektiven sowie eine erste Projekt- und Finanzplanung. Dieser

¹⁷³⁸ Vgl. Leopoldina 2014c, S. 5f.

Vgl. <https://www.leopoldina.org/themen/lebenswissenschaften/> (15.12.2019)

Vgl. <https://www.leopoldina.org/themen/medizin-und-gesundheit/> (15.12.2019)

¹⁷³⁹ Leopoldina 2014c, S. 5.

¹⁷⁴⁰ Vgl. ebd., S. 5. und 19.

¹⁷⁴¹ Vgl. ebd., S. 9.

¹⁷⁴² Vgl. ebd., S. 11.

¹⁷⁴³ Vgl. <https://www.leopoldina.org/politikberatung/wissenschaftliche-kommissionen/> (15.12.2019)

¹⁷⁴⁴ Vgl. Leopoldina 2014c, S. 11.

Vgl. Hacker 2017b, S. 12, 14 und 18.

Vgl. Hacker 2018a, S. 17.

Vgl. <https://www.leopoldina.org/politikberatung/wissenschaftliche-kommissionen/> (15.12.2019)

Prozess wird von der Presseabteilung der Akademie zusätzlich unterstützt. Auf Basis des Exposés entscheidet das Präsidium über die Einrichtung einer Arbeitsgruppe. Die anderen Mitglieder im Ständigen Ausschuss können ihr Interesse bekunden und sich am Prozess beteiligen. Das Präsidium legt die Mitglieder der Arbeitsgruppe fest, im Falle von kooperativen Beratungen erfolgt dies gemeinschaftlich mit den anderen Einrichtungen. Die Besetzung einer Arbeitsgruppe ist fallabhängig, einen Rechtswert gibt es nicht. Die Mitglieder sollen idealtypisch ein interdisziplinäres Bild ergeben. Neben Akademiemitgliedern können auch externe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in eine Arbeitsgruppe berufen werden. Externe Personen, die nicht aus der Wissenschaft kommen, können über Anhörungen oder Fachgespräche eingebunden werden. Ihre Mitwirkung in einer Arbeitsgruppe ist nur in Einzelfällen möglich.¹⁷⁴⁵ Sollten sich im Laufe von Beratungen Lücken eröffnen, können über Nachbenennungen weitere Mitglieder der Arbeitsgruppe hinzugefügt werden.¹⁷⁴⁶

Nach der Einsetzung der Arbeitsgruppe wird der Beratungsprozess konkretisiert. Detailfragen werden zwischen den Sprecherinnen und Sprechern der Arbeitsgruppe und der Abteilung Wissenschaft – Politik – Gesellschaft abgestimmt. Hierzu gehört die Vertiefung der Planung des Exposés, unter anderem zum Modus der Textproduktion und zur Aufgabenverteilung. Der Arbeitsgruppe stehen dabei unterschiedliche Werkzeuge zur Verfügung, unter anderem „Sitzungen, Fachgespräche, Workshops, Anhörungen, bei Bedarf wissenschaftliches Personal“¹⁷⁴⁷, wobei die externe Vergabe von Forschungsaufträgen nicht genannt wird. Alle Aktivitäten der Arbeitsgruppen werden durch die Leopoldina und gegebenenfalls Drittmittelwerbungen finanziert.¹⁷⁴⁸

Mit Beginn der Arbeitsphase werden Informationen zur Arbeitsgruppe auf der Website der Akademie veröffentlicht. Ihre Arbeit ist nichtöffentlich und erreicht für gewöhnlich eine Laufzeit von ein bis zwei Jahren. Um den Beratungsprozess zu beschleunigen sind ab diesem Punkt auch Ad-hoc-Stellungnahmen möglich. Die Arbeit muss dabei den üblichen wissenschaftlichen Standards entsprechen. Durch interne Gesprächsformate und eigene empirische Forschung ergänzt die Arbeitsgruppe ihre Informations- und Datengrundlage.¹⁷⁴⁹

Die Leopoldina setzt vor der Publikation ihrer Stellungnahmen auf ein Review-Verfahren. Die Auswahl der Expertinnen und Experten wird durch das Präsidium in Absprache mit gegebenenfalls beteiligten Einrichtungen getroffen. Für gewöhnlich erfolgt die Überprüfung durch fünf bis zehn Personen, die nicht an der Erstellung der Expertise direkt beteiligt oder

¹⁷⁴⁵ Vgl. Leopoldina 2014c, S. 11ff.

¹⁷⁴⁶ Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): et al.: Präimplantationsdiagnostik (PID) – Auswirkungen einer begrenzten Zulassung in Deutschland. Ad-hoc-Stellungnahme. Halle (Saale), 2011b. S. 29.

¹⁷⁴⁷ Leopoldina 2014c, S. 15.

¹⁷⁴⁸ Vgl. ebd.

¹⁷⁴⁹ Vgl. ebd., S. 17.

involviert waren. Sie orientieren sich dabei an Leitfragen, die unter anderem auf die Kommunikation von Nichtwissen, konkrete Empfehlungen für die Politik, die Darlegung von Konsequenzen und die Verständlichkeit für die Öffentlichkeit abstellen.¹⁷⁵⁰

Die Publikation der Stellungnahme erfolgt kostenlos und kann als Printversion geordert oder digital über die Website der Leopoldina abgerufen werden. Bei der Veröffentlichung wird die Arbeitsgruppe durch die Pressestellung unterstützt. Die Präsentation einer Stellungnahme erfolgt häufig im Rahmen einer Veranstaltung der Akademie. Mit der Veröffentlichung enden die Verantwortung und Beteiligung der Arbeitsgruppenmitglieder noch nicht. Sie sollen den Dialog mit der Politik und der Öffentlichkeit im Rahmen weiter Veranstaltungen fortführen. Die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle verfolgen unter anderem dafür die Themen der Arbeitsgruppen weiter und unterrichten die Beteiligten über weitere Entwicklungen. So können Stellungnahmen gegebenenfalls auf Basis neuer Erkenntnisse aktualisiert werden.¹⁷⁵¹ Zum Jahresbeginn 2020 führt die Leopoldina 16 aktive Arbeitsgruppen auf ihrer Website.¹⁷⁵² Als abgeschlossen zählen zu diesem Zeitpunkt 22 Arbeitsgruppen.¹⁷⁵³

Die Stellungnahmen der Leopoldina können verschiedene Formen annehmen, wobei der Überbegriff auf der Website der Akademie für Publikationen steht, die zur Politikberatung erstellt wurden.¹⁷⁵⁴ Bisher erfasst die Datenbank der Akademie insgesamt 276 Publikationen, die als Stellungnahmen geführt werden.¹⁷⁵⁵ In ihrem Leitfaden differenziert die Leopoldina hingegen zwischen einer Stellungnahme, die den oben genannten Charakteristika entspricht, dem Zukunftsreport Wissenschaft und der Leopoldina-Diskussion. Der Zukunftsreport entsteht ebenfalls in einem formalisierten Prozess durch eine Arbeitsgruppe, deren Expertise am Ende einem Review unterzogen wird und auf Handlungsempfehlungen hinausläuft. Anders als eine Stellungnahme geht es bei diesem Format speziell um die Entwicklung der Wissenschaft in Deutschland. Die Leopoldina-Diskussion hebt sich dadurch ab, dass ihr keine Arbeitsgruppe zugrunde liegt und keine Handlungsoptionen entwickelt werden müssen. Auch ein Review ist nicht notwendig. Die Themen mit politischem und gesellschaftlichem Bezug ergeben sich aus der Arbeit der Akademie und erlauben ein variables Vorgehen. Die Leopoldina-Diskussion hat das Ziel, Impulse zu setzen, Diskurse anzuschließen, Aktivitäten der Leopoldina zu dokumentieren und Diskussionen begleitend festzuhalten.¹⁷⁵⁶ Seit 2019 erscheint außerdem die Reihe Leopoldina-Forum, mit der „vielfältige Perspektiven auf Fragestellungen hoher Relevanz für Wissenschaft und Gesellschaft“¹⁷⁵⁷ beleuchtet werden.

¹⁷⁵⁰ Vgl. Leopoldina 2014c, S. 21 und 35.

¹⁷⁵¹ Vgl. ebd., S. 23.

¹⁷⁵² Vgl. <https://www.leopoldina.org/politikberatung/arbeitsgruppen/> (18.01.2020)

¹⁷⁵³ Vgl. <https://www.leopoldina.org/politikberatung/arbeitsgruppen/abgeschlossene-arbeitsgruppen/> (18.01.2020)

¹⁷⁵⁴ Vgl. <https://www.leopoldina.org/publikationen/> (15.12.2019)

¹⁷⁵⁵ Vgl. <https://www.leopoldina.org/publikationen/stellungnahmen/> (15.12.2019)

¹⁷⁵⁶ Vgl. Leopoldina 2014c, S. 19.

¹⁷⁵⁷ Buch, Claudia M./Riphahn, Regina T. (Hrsg.): Evaluierung von Finanzmarktreformen – Lehren aus den Politikfeldern Arbeitsmarkt, Gesundheit und Familie. Leopoldina-Forum Nr. 1. Halle (Saale), 2019. S. 177

Auf ihrer Website fasst die Leopoldina noch weitere Publikationsformate unter dem Begriff Stellungnahme zusammen. 2019 wurden erstmals zwei sogenannte Impulse veröffentlicht, die von bestehenden Projektgruppen aus der Akademienkooperation zum Energiesystem der Zukunft hervorgingen. Mit der CO₂-Bepreisung wurde dabei ein tagespolitisch aktuelles und gesellschaftlich mit Leidenschaft diskutiertes Thema aufgegriffen.¹⁷⁵⁸ Darüber hinaus wurde vor der Entscheidung des Klimakabinetts ein allgemeiner Impuls als proaktiver Beitrag über die Entwicklung des Energiesystems gesetzt.¹⁷⁵⁹ Das Format verfügt über deutlich kürzere Laufzeiten als reguläre Stellungnahmen und kann als Reaktion auf das mediale und politische Tagesgeschehen gesehen werden. In eine ähnliche Kerbe schlagen die bereits erwähnten Ad-hoc-Stellungnahmen, von denen die Leopoldina als Nationale Akademie bislang drei veröffentlicht hat.¹⁷⁶⁰ Sie zeichnen sich durch ebenfalls kurze Laufzeiten aus. Die Stellungnahme zur Energiepolitik als Reaktion auf Fukushima wurde im März 2011 in Auftrag geben, die Veröffentlichung erfolgte im Juni.¹⁷⁶¹ Ende Januar 2019 wurde die Akademie um Beratung zu den Folgen der Luftverschmutzung gebeten, wofür bereits im Februar eine Arbeitsgruppe eingesetzt wurde, die ihre Ad-hoc-Stellungnahme im April 2019 veröffentlichte.¹⁷⁶² 2014 wurde eine erste Ad-hoc-Stellungnahme im Zuge der europäischen Debatte rund um die Arzneimittelverordnung 2001/20/EG veröffentlicht.¹⁷⁶³ Die genauen Differenzierungsmerkmale zwischen Impuls und Ad-hoc-Stellungnahme werden von der Leopoldina nicht benannt. Mit Blick auf die Genese der einzelnen Stellungnahmen scheint es naheliegend, dass Ad-hoc-Empfehlungen durch Arbeitsgruppen entstehen, wo hingegen Impulse auch aus anderen Aktivitäten der Leopoldina heraus generiert werden können. Ebenfalls zu den Stellungnahmen wird auf der Website der Akademie ein Kommentar zur Verabschiedung des Klimaschutzpakets gezählt.¹⁷⁶⁴ Obwohl sie Teil der Wissenschaftskommunikation der Akademie sind, werden die Veröffentlichungen der Reihe „Kurz erklärt!“ auch unter den Stellungnahmen gelistet. Das Format entspringt ebenfalls dem Akademienprojekt Energiesystem der Zukunft und beantwortet Fragen,

¹⁷⁵⁸ Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina) et al.: Über eine CO₂-Bepreisung zur Sektorenkoppelung: Ein neues Marktdesign für die Energiewende. Impuls. Halle (Saale) u.a., 2019f. (https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2019_ESYS_Impuls_Marktdesign.pdf, 15.12.2019)

¹⁷⁵⁹ Vgl. Geschäftsstelle Energiesysteme der Zukunft (Hrsg.): Wege zu einem integrierten Energiesystem – was jetzt geschehen muss. Impuls. Berlin, 2019. (https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2019_ESYS_Impuls_Integriertes_Energiesystem.pdf, 15.12.2019)

¹⁷⁶⁰ Vgl. <https://www.leopoldina.org/publikationen/> (15.12.2019)

¹⁷⁶¹ Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Energiepolitische und forschungspolitische Empfehlungen nach den Ereignissen in Fukushima. Ad-hoc-Stellungnahme. Halle (Saale), 2011a. S. 27.

¹⁷⁶² Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Saubere Luft – Stickstoffoxide und Feinstaub in der Atemluft: Grundlagen und Empfehlungen. Ad-hoc-Stellungnahme. Halle (Saale), 2019d. S. 5.

¹⁷⁶³ Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): et al.: Klinische Prüfungen mit Arzneimitteln am Menschen. Ad-hoc-Stellungnahme zum „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über klinische Prüfungen mit Humanarzneimitteln und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/20/EG“. Halle (Saale) u.a., 2014b. S. 2f und 8.

¹⁷⁶⁴ Vgl. <https://www.leopoldina.org/publikationen/detailansicht/publication/kommentar-zum-klimaschutzpaket-der-bundesregierung-2019/> (15.12.2019)

die sich aus der gesellschaftlichen Debatte zu diesem Thema ergeben. Im Gegensatz zu anderen Veröffentlichungen liegt die inhaltliche Verantwortung nur bei den Autoren.¹⁷⁶⁵ Darüber hinaus wird der Begriff Stellungnahme auch wörtlich genommen und für Positionierungen oder bewertende Äußerungen und Standpunktbestimmungen, beispielsweise in einem offenen Brief an Viktor Orban, den ungarischen Ministerpräsidenten, verwendet.¹⁷⁶⁶

Neben nationalen Stellungnahmen bezieht die Leopoldina also auch, ihrem Vereinszweck entsprechend, international Stellung. Beispielsweise wurden 2019 fünf Stellungnahmen an die G7- und G20-Staaten veröffentlicht.¹⁷⁶⁷ Auch im Rahmen der EASAC wurden Empfehlungen erarbeitet und bilateral mit anderen Länderakademien publiziert.¹⁷⁶⁸ Aus einer Kooperation mit der brasilianischen Nationalakademie sowie weiterer Einrichtungen entstand auch ein sogenannter Science Policy Report, der das Resultat eines gemeinschaftlichen Workshops war, wodurch er als Leopoldina-Diskussion geführt werden sollte.¹⁷⁶⁹ Hier zeigen sich Unsauberkeiten in der Wortwahl, Strukturierung und Kategorisierung von Stellungnahmen.

Abseits der Stellungnahmen sind die Nova Acta Leopoldina (NAL) und die Acta Historica Leopoldina (AHL) die beiden profilbildenden Publikationen der Leopoldina.¹⁷⁷⁰ Sie richten sich an die wissenschaftsaffine Öffentlichkeit und sind thematisch interdisziplinär. Die NAL gibt „das Spektrum der Vorträge, Meetings und Symposien der Akademie“¹⁷⁷¹ wieder. Ihre Geschichte lässt sich bis ins Jahr 1670 zurückverfolgen. Die AHL dient vor allem reflexiver Publikationen zur Akademie und der Geschichte der Wissenschaft sowie weiterer kultur- oder geisteswissenschaftlicher Zugänge.¹⁷⁷² Weitere Publikationen der Akademie, beispielsweise „Festschriften, Gedenkbände, Jahrestagsschriften, Förderprogrammabände“¹⁷⁷³ erscheinen als

¹⁷⁶⁵ Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina) et al.: Warum sinken die CO₂-Emissionen in Deutschland nur langsam, obwohl die erneuerbaren Energien stark ausgebaut werden? Kurz erklärt! Halle (Saale) u.a., 2019g. S. 7. (https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/ESYS_Kurz_er-klar%CC%88rt_CO2-Emissionen_2019.pdf, 15.12.2019)

¹⁷⁶⁶ Vgl. Hacker 2019a, S. 373.

¹⁷⁶⁷ Vgl. ebd., S. 371f.

¹⁷⁶⁸ Vgl. European Academies' Science Advisory Council (EASAC)/ Federation of European Academies of Medicine (FEAM): Traditional Chinese Medicine: A Statement by EASAC and FEAM. Brüssel und Halle (Saale). 2019. (https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2019_EASAC-FEAM_Traditional_Chinese_Medicine.pdf, 15.12.2019)

Vgl. Chinese Academy of Sciences/ Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Beijing Declaration. Face the future – Explore the unknown. Peking, 2019. (https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2019_Beijing_declaration_english_signed_web.pdf, 15.12.2019)

¹⁷⁶⁹ Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): et al.: A new vision of sustainable management in mining and post-mining landscapes. Science Policy Report. Halle (Saale) u.a. 2019a. S. 3. (https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2019_PolicyPaper_Water-and-Mining_web.pdf, 15.12.2019)

¹⁷⁷⁰ Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Inhaltliches Profil der wissenschaftlichen Publikationen der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften. Halle (Saale), 2018c. (https://www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Publikationen/Nova_Acta_Leopoldina/ProfilNAL.pdf, 15.12.2019)

¹⁷⁷¹ Hacker 2017a, S. 9.

¹⁷⁷² Vgl. ebd.

Vgl. Leopoldina 2018c.

¹⁷⁷³ Ebd.

Supplement der NAL. Ebenfalls als Supplement bezeichnet werden können aber auch Ergänzungen zu Stellungnahmen.¹⁷⁷⁴

Derzeit befindet sich mit der NAL-Live eine Weiterentwicklung in Vorbereitung. Artikel sollen in diesem Format in einem lebenden Dokument für Kommentierung und Überarbeitung zugänglich sein. Die Veröffentlichung erfolgt anschließend im Open Access. Für diese Abläufe wird aktuell eine Online-Plattform eingerichtet.¹⁷⁷⁵ Die Verantwortung für die wissenschaftlichen Zeitschriften der Leopoldina und die Entwicklung von NAL-Live liegt in den Händen des sogenannten Director Ephemeridum, der mit dem Posten eines Chefredakteurs vergleichbar ist.¹⁷⁷⁶

Zu den weiteren bedeutenden Publikationen zählt das Jahrbuch der Akademie, das der Dokumentation der Aktivitäten des Jahres dient. Es stellt die aktuelle Gremienbesetzung, Organisation und Struktur der Leopoldina dar, informiert über neue und verstorbene Mitglieder, beinhaltet Nachrufe und Glückwünsche sowie Berichte des Präsidenten oder der Präsidentin und des Freundeskreises. Daneben werden die Jahresversammlung, Sitzungen, Tagungen, Kolloquien sowie Veröffentlichungen gelistet und die Satzung sowie die Wahlordnung der Akademie abgedruckt.¹⁷⁷⁷ Darüber hinaus erscheint alle zwei Monate der Newsletter Leopoldina aktuell, der über Stellungnahmen und Veranstaltungen informiert, aber auch Forschende und die Politik zu Wort kommen lässt. Weltweit verzeichnete die Akademie Ende 2017 5.000 Abonnenten.¹⁷⁷⁸ Zusätzlich veröffentlicht die Leopoldina Sonderpublikationen, die sich mit der Akademie selbst beschäftigen. Hierzu gehören der jährliche Monitoring-Bericht sowie Bildbände und Informationsmaterial zu den Gebäuden der Leopoldina.¹⁷⁷⁹

Temporale Klassifikation

Eines der definierenden Merkmale der Politikberatung der Leopoldina sind ihre Kapazitäten für Proaktivität. Sie kann ihre Themen selbstständig festlegen, aber auch auf Anfragen von „Politik oder einer externen Organisation“¹⁷⁸⁰ können aufgenommen werden. Durch ihre Handlungsfähigkeit ist es der Akademie auch möglich, Beratungsleistungen mit kurzer Laufzeit anzubieten. Letztlich entspricht die Proaktivität dem Leitbild und dem Aufgabenfeld der Leopoldina. Ohne diese Möglichkeiten wären die Voraussetzungen für die Vorausschau und Identifikation neuer Herausforderung nicht gegeben. Entsprechend liegt der Fokus der Beratung auch

¹⁷⁷⁴ Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Herausforderungen und Chancen der integrativen Taxonomie für Forschung und Gesellschaft - Taxonomische Forschung im Zeitalter der OMICS-Forschung. Online-Supplement zur Stellungnahme. Halle (Saale), 2014a.

¹⁷⁷⁵ Vgl. Hacker 2019c, S. 49.

Vgl. <https://www.leopoldina.org/publikationen/wissenschaftliche-zeitschriften/> (15.12.2019).

¹⁷⁷⁶ Vgl. Hacker 2019c, S. 49.

¹⁷⁷⁷ Vgl. Hacker 2019a, S. 5ff.

¹⁷⁷⁸ Vgl. Hacker 2017a, S. 9.

¹⁷⁷⁹ Vgl. Hacker 2019a, S. 359f.

¹⁷⁸⁰ Leopoldina 2014c, S. 27

auf der ex ante Betrachtung. In der Weiterverfolgung von Themen und der Weiterentwicklung der Expertise kommt aber auch die ex post Perspektive zum Tragen. Außerdem setzt sich Akademie für mehr Evaluation in der Politik ein, um die Nachbetrachtung von Entscheidungen zu verbessern.¹⁷⁸¹

Als Verein ist die Leopoldina dauerhaft eingerichtet. Eine Auflösung kann sie, außer bei Rechtsverstößen, nur von selbst auslösen. Die Berufung zur Nationalen Akademie war auch ein klares Zeichen der Politik, dass ein andauernder Bedarf an Beratung und Austausch vorhanden ist. Mit Blick auf die fortlaufenden Herausforderungen, die sich aus der Forschung ergeben, wird sich dies auch in Zukunft nicht ändern, wodurch ihre Funktion nicht obsolet wird.¹⁷⁸²

Direktionale Klassifikation

Eine direktionale Einstufung der Leopoldina fällt nicht leicht. Die Akademie erbringt indirekte Beratungsleistungen in dem Sinne, dass Themen selbst identifiziert und lanciert werden. Anschließend setzt sie die Expertise, so der selbst formulierte Anspruch, für die jeweiligen Zielgruppen passend aufbereitet um, um diese direkt anzusprechen.¹⁷⁸³ Hierfür muss sie die entsprechenden Unterstützungsstrukturen, Formate und Publikationen bereithalten und weiterentwickeln. Als Gesellschaftsberatungseinrichtung erzeugt die Leopoldina auch stets eine indirekte Wirkung, unter anderem durch die Bereitstellung von Publikationen und Informationen. Daneben kann sie aber auch direkte Beratungsleistungen erbringen, wie sich bei der Möglichkeit der Beauftragung durch die Politik zeigt.

Trotz des Auftrags der Gesellschaftsberatung ist die Leopoldina nicht deliberativ einzustufen. Die Akademie selbst bleibt eine Elitenvereinigung. Ihre Beratungsprozesse laufen primär unter Beteiligung von Forschenden und nur vereinzelt unter Beteiligung externer Fachleute statt. Die Auswahl der Mitglieder einer Arbeitsgruppe liegt in den Händen der Akademie und wird gegebenenfalls mit kooperierenden Einrichtungen abgestimmt. Daher kann die Leopoldina als exklusiv-korporatistisch bezeichnet werden. Zeitgleich ist sie eine unabhängige Einrichtung und strukturell sowie organisatorisch als externe Beratungsinstanz kategorisierbar. Bezüglich ihrer Struktur- und Prozesstransparenz ist die Akademie öffentlich orientiert. Auch ihre Expertise und Formate richten sich nicht nur an einzelne exklusive Zielgruppen, sondern sind im Grundsatz frei zugänglich.

¹⁷⁸¹ Vgl. Hacker 2019c, S. 28.

¹⁷⁸² Vgl. Hacker 2019a, S. 253.

¹⁷⁸³ Vgl. <https://www.leopoldina.org/themen/lebenswissenschaften/> (15.12.2019)

Funktionale Klassifikation

Die Leopoldina betreibt aufgrund ihres nicht diskreten Designs Politikberatung. Die Veröffentlichung ihrer Arbeitsergebnisse ist einer ihrer Vereinszwecke. Sobald Arbeitsgruppen in die konkrete Arbeitsphase übergehen, werden Informationen zum Prozess auf der Website der Akademie veröffentlicht. Themenfindung, gegebenenfalls Beauftragung, Beteiligte und Endergebnisse werden nicht vertraulich behandelt. Die Prozesse innerhalb einer Arbeitsgruppe sind hingegen vertraulich, ebenso vorübergehende Arbeitsergebnisse, Daten oder Erhebungen bis zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung. Das Ziel dieses Vorgehens ist es, einen „offenen Diskussionsprozess zu ermöglichen“¹⁷⁸⁴ und vor Einflussnahme zu schützen.

Gemäß Vereinssatzung erstellt die Leopoldina Expertise für „Öffentlichkeit und Politik“¹⁷⁸⁵. Sie versteht Politikberatung auch immer als Gesellschaftsberatung.¹⁷⁸⁶ Aufträge aus der Politik sind möglich, wodurch die Akademie durchaus eine rein politikberatende Funktion übernehmen kann, wobei die Expertise wiederum final veröffentlicht werden muss. Übergeordnet gesprochen ist die Leopoldina also eindeutig gesellschaftsberatend tätig. Aufgrund der thematischen und organisatorischen Unabhängigkeit bedarf es eines politischen Schwergewichts, um einen Auftrag bei der Akademie mit dem Nachdruck zu platzieren, der einer Beratungsaufnahme den notwendigen Rückenwind gibt. Als Beispiele lassen sich hier die oben genannten Ad-hoc-Stellungnahmen heranziehen, bei denen die Anfragen durch die Bundeskanzlerin oder das BMBF erfolgten. Für direkten Kontakt zur Politik finden sich ebenfalls vor allem Beispiele, bei denen die Exekutive primär bedacht wird.¹⁷⁸⁷ Auch die Bemühungen zur Verbesserung der Politikberatung nehmen „Regierungsvorhaben“¹⁷⁸⁸ und nicht allgemein gesprochen politische Vorhaben in den Blick.

6.7.2.) Schritt 2 – Expertise

In der Leopoldina verschmelzen im wahrsten Sinne des Wortes die klassische und die moderne Funktion der Politikberatung. Sie ist „Arbeitsakademie und Gelehrtensozietät“¹⁷⁸⁹ mit langer Geschichte und erfüllt in ihrer dabei vergleichsweise neuen Rolle als Nationale Akademie Beratungsleistungen für Politik und Gesellschaft. Von Seiten der Politik wurde der Beratungsbedarf zur Unterstützung der Entscheidungsfindung formuliert. Neben wissenschaftlichen Fragestellungen setzt sich die Akademie auch mit gesellschaftlichen Herausforderungen auseinander. Die Leopoldina identifiziert, untersucht und kommuniziert entsprechende The-

¹⁷⁸⁴ Leopoldina 2014c, S. 17.

¹⁷⁸⁵ Hacker 2019a, S. 381, § 2 Abs. 2.

¹⁷⁸⁶ Vgl. Hacker 2017a, S. 8.

¹⁷⁸⁷ Vgl. <https://www.leopoldina.org/presse-1/nachrichten/innovationsdialog/> (15.12.2019)

Vgl. <https://www.leopoldina.org/themen/evidenzbasierte-politikgestaltung/politikgestaltung-aktivitaeten/> (15.12.2019)

¹⁷⁸⁸ Hacker 2019c, S. 29.

¹⁷⁸⁹ Leopoldina 2018e, S. 4.

men und schätzt im Rahmen der Vorausschau die Auswirkungen des wissenschaftlichen Fortschritts auf die Gesamtgesellschaft ein.¹⁷⁹⁰ Ihrem Selbstbild nach agiert sie als ratschlagende Wissensfabrik für Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Hierzu interagiert sie mit anderen Wissenschaftseinrichtungen und arbeitet in interdisziplinären Strukturen. Zeitgleich ist sie ein Ort des Austauschs, der Forschung und der Wissenschaftsförderung, was den regulären Aufgaben einer Wissenschaftsakademie zugeordnet werden kann. Die Leopoldina verbindet in ihrer Form als Nationale Akademie eindeutig klassische und moderne Funktionen sowohl einer Politikberatungseinrichtung als auch einer Wissenschaftsakademie. Grundlegend hierfür ist die evidenzbasierte Grundeinstellung zu Beratung. Einer der Gründungsgedanken hinter der Nationalen Akademie war es, wissenschaftliche Expertise zu erhalten. Damit ist das Verständnis davon, was Politikberatung bewirken soll und auf welcher Basis sie steht, ebenfalls klassisch. Die „evidenzbasierte Politik stärken“¹⁷⁹¹ ist eines der erklärten Ziele der Leopoldina. Es erscheint daher schlüssig, dass sich die Akademie dieser Fragestellung mit einem Fokusthema widmet. Aber auch für die Gesellschaftsberatung hat sie spezielle Formate entwickelt, die hierauf abzielen, wie zum Beispiel Leopoldina Diskussion, Kooperationen mit der Presse, Vorträge, Diskussionsveranstaltungen oder als besonderes Ausrufezeichen den Forschungsgipfel.¹⁷⁹²

Durch Evidenzbasiertheit und Gesellschaftsbezug sowie den hohen institutionellen Rang der Nationalen Akademie erzeugt die Expertise der Leopoldina eine legitimierende Wirkung. Hiermit erfüllt sich der Wunsch der Politik direkt doppelt, über die Leopoldina mit einer Basis für Entscheidungen versorgt zu werden. Die erhoffte Wirkung der Expertise der Nationalen Akademie konnte zuletzt exemplarisch in der Diskussion um die Schadstoffbelastung der Luft abgelesen werden. Medienwirksam wurde hier durch den Regierungssprecher angekündigt, dass die Leopoldina um Rat gebeten wurde, um Klarheit zu schaffen und natürlich auch, um die angespannte gesellschaftliche Debatte zu entspannen.¹⁷⁹³ Das Resultat war die bereits erwähnte Ad-hoc-Stellungnahme zu Stickstoff und Feinstaub in der Luft. Die ex-post-Kapazitäten der Leopoldina können dabei eingesetzt werden, die Entscheidungen der Politik zu evaluieren. Ein Beispiel ist hier der interdisziplinäre Blick auf Finanzmarktreformen.¹⁷⁹⁴ Aber auch bei der Überprüfung von Alternativen und Argumenten im Zuge von Entscheidungsprozessen legt die Akademie besonderen Wert auf die „sachgerechte Bewertung (Evaluation) des politischen Handelns und seiner Folgen“¹⁷⁹⁵. Der evidenzbasierte Ansatz ist dabei nicht gleichbedeutend mit der Entwicklung eines einzelnen Lösungspfades. Als Beispiel können hier die

¹⁷⁹⁰ Vgl. Hacker 2017a, S. 6.

¹⁷⁹¹ Hacker 2019c, S. 28.

¹⁷⁹² Vgl. ebd., S. 37.

¹⁷⁹³ Vgl. <https://www.zeit.de/news/2019-01/28/schadstoff-debatte-spaltet-regierung-190128-99-755521> (15.12.2019)

¹⁷⁹⁴ Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften: Leopoldina aktuell 3/2018. Halle (Saale), 2018f. S. 5. https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/Leo_Newsletter_3_2018_DEU_02.pdf (15.12.2019)

¹⁷⁹⁵ Hacker 2019c, S. 28.

Empfehlungen zur Regulierung genomeditierter Pflanzen herangezogen werden, bei der alternative Maßnahmen nebeneinandergestellt werden.¹⁷⁹⁶ Dennoch soll da, wo möglich, Konsens erzielt werden, wobei unterschiedliche Perspektiven schlüssig ausgeführt werden sollen.¹⁷⁹⁷

Der Expertinnenstatus der Leopoldina erscheint eindeutig. Ihre Expertise wird von herausragenden Fachleuten aus der Wissenschaft erstellt, die wissenschaftliche Ergebnisse in Politik und Gesellschaft übertragen. Dies kommuniziert die Akademie auch entsprechend offensiv. Für einzelne übergeordnete Themen hat die Leopoldina ihre jeweiligen Expertinnen und Experten identifiziert, die für die Öffentlichkeit und allen voran die Medien als Ansprechpersonen für speziellere Felder dienen und veröffentlicht sie auf Listen.¹⁷⁹⁸ Auch bezüglich der Besetzung der Arbeitsgruppen wird von „ausgewiesenen Experten“¹⁷⁹⁹ gesprochen. Der Anspruch, über die Kooptation die besten Köpfe auszuwählen unterfüttert die Aussagen natürlich, ebenso die beeindruckende Liste an preisbehangenen Mitgliedern aus weltweit renommierten Wissenschaftsinstitutionen. Nicht umsonst führt die Leopoldina die außergewöhnliche Kategorie der Mitglieder mit Nobelpreis, der wissenschaftlichen Auszeichnung, die den vergleichsweise meisten Leuten geläufig ist. Wissenschaftsintern stärkt die Kooptation die fachliche Geltung der Akademie. Eine Zuwahl wird als Würdigung und Anerkennung der wissenschaftlichen Leistungen verstanden, was auch gemäß Vereinssatzung das zentrale Zuwahlkriterium ist. Das Selbstverständnis der Elitenvereinigung beginnt bei der Nachwuchsförderung, nach der man in ein Mentoringnetzwerk aufgenommen wird. Eigene Auszeichnungen sind einheitsbildend, schärfen das Leistungsbewusstsein in der Akademie und spornen zu weiterem Einsatz der Mitglieder an. Selbst im Schüleroutreach setzt man auf Elitenaquise. Im Rahmen der Jahresversammlung 2018 wurden „40 hochbegabte Schüler und Schülerinnen“¹⁸⁰⁰ ausgewählt und eingeladen.

Gerade im Angesicht des wissenschaftlichen Charakters der Leopoldina ist es notwendig, die Anschlussfähigkeit der Expertise zu sichern. Die Akademie führt daher den Anspruch, dass die Publikumsgerechtigkeit je nach Thema jeweils gesondert hergestellt werden kann, auch wenn der heterogene Kreis der Adressatinnen und Adressaten als Herausforderung verstanden wird.¹⁸⁰¹ Die Texte der Akademie sollen für jedes Zielpublikum verständlich verfasst sein und die Stellungnahmen definieren sich dadurch, dass sie den Forschungsstand nachvollziehbar darstellen. Die Pressestelle der Leopoldina unterstützt die Arbeitsgruppen daher laufend bei der Textproduktion. Die Verständlichkeit für Laiinnen und Laien ist außerdem eine der Bewertungsdimensionen im Review-Prozess der Stellungnahmen. Durch den Anspruch

¹⁷⁹⁶ Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): et al.: Wege zu einer wissenschaftlich begründeten, differenzierten Regulierung genomeditierter Pflanzen in der EU. Stellungnahme. Halle (Saale), 2019h. S. 33.

¹⁷⁹⁷ Vgl. Leopoldina 2014c, S. 17 und 33.

¹⁷⁹⁸ Vgl. <https://www.leopoldina.org/presse/expertenlisten/> (15.12.2019)

¹⁷⁹⁹ Leopoldina 2014c, S. 7.

¹⁸⁰⁰ <https://freundeskreis-leopoldina.de/schuelerprogramm-2018/> (15.12.2019)

¹⁸⁰¹ Vgl. Leopoldina 2014c, S. 23.

auf Wissenschaftlichkeit gilt es für die Leopoldina, die entsprechend sachlich-nüchterne und in Teilen unverständliche Nomenklatur mit der Kommunikation für die breite Öffentlichkeit zu vereinen. Das gilt auch für ihre Veranstaltungen, die für Profis und interessierte Bürgerinnen und Bürger zugleich ausgerichtet werden. Am Beispiel der Unterhausdebatte und dem Journalistenkolleg zeigt sich, dass auch auf dieser Ebene die Verständlichkeit der Inhalte eine Herausforderung darstellt. Dies gilt ebenfalls für die Länge der Publikationen, die neben den Empfehlungen auch den Status Quo der Forschung und kontextualisierende Elemente umfassen. Stellungnahmen divergieren dabei deutlich im Umfang.¹⁸⁰² Für einzelne Stellungnahmen werden auch Kurzfassungen erstellt.¹⁸⁰³ Impulse und Ad-hoc-Stellungnahmen sind kurz gehalten, was der Natur der Formate entspricht.¹⁸⁰⁴ Diskussionspapiere, die von der Akademie auch als Stellungnahmen geführt werden, unterschieden sich ebenfalls stark im Umfang.¹⁸⁰⁵

Bei ihren Veröffentlichungen scheint sich die Leopoldina nur bedingt an Kriterien der Medienkonformität zu orientieren. Zwar bedient sich die Akademie, abgesehen von einzelnen Kooperationen, eines einheitlichen Corporate Designs, das aber den Geist wissenschaftlicher Publikationen versprüht und nicht dem Esprit medienpopulärer Veröffentlichungen entspricht, obwohl ebenfalls die Unterstützung von Kommunikationsagenturen herangezogen werden kann.¹⁸⁰⁶ Auch im Bereich der digitalen und hier vor allem der Sozialen Medien ist die Leopoldina nicht auf der Überholspur unterwegs. Gemäß ihres Leitfadens zur Politikberatung gehören diese nicht zu den genutzten Formaten.¹⁸⁰⁷ Auf Vimeo finden sich derzeit immerhin rund dreißig Videos von Vorträgen, Reden oder kleine Erklärstücke.¹⁸⁰⁸ Die Jahreshauptversammlung wurde über YouTube gestreamt und die Akademie betreibt einen Twitter-Kanal, der

¹⁸⁰² Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina)/Union der deutschen Akademien der Wissenschaften e.V. (Akademienunion): Fortpflanzungsmedizin in Deutschland – für eine zeitgemäße Gesetzgebung. Stellungnahme. Halle (Saale) und Mainz. 2019b.

Vgl. Leopoldina 2015a.

Vgl. EASAC/FEAM 2019.

¹⁸⁰³ Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften: Bioenergie: Möglichkeiten und Grenzen. Kurzfassung und Empfehlungen. Halle (Saale), 2012.

Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): et al.: Privatheit in Zeiten der Digitalisierung. Kurzfassung der Stellungnahme. Halle (Saale) u.a., 2018g.

(https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2018_Stellungnahme_BigData_Kurzfassung.pdf, 15.12.2019)

¹⁸⁰⁴ Vgl. Geschäftsstelle Energiesysteme der Zukunft 2019.

Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Klimaziele 2030. Wege zu einer nachhaltigen Reduktion der CO₂-Emissionen. Ad-hoc-Stellungnahme. Halle (Saale), 2019c.

¹⁸⁰⁵ Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Spuren unter Wasser. Das kulturelle Erbe in Nord- und Ostsee erforschen und schützen. Leopoldina Diskussion Nr. 23. Halle (Saale), 2019e.

Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Wie sich die Qualität von personenbezogenen Auswahlverfahren in der Wissenschaft verbessern lässt: Zehn Prinzipien. Leopoldina Diskussion Nr. 21. Halle (Saale), 2019i.

¹⁸⁰⁶ Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Saubere Luft – Stickstoffoxide und Feinstaub in der Atemluft: Grundlagen und Empfehlungen. Ad-hoc-Stellungnahme. Halle (Saale), 2019d. S. 2

¹⁸⁰⁷ Vgl. Leopoldina 2014c, S. 5.

¹⁸⁰⁸ Vgl. <https://vimeo.com/leopoldina> (15.12.2019)

für Veranstaltung- und Veröffentlichungshinweise genutzt wird.¹⁸⁰⁹ Darüber hinaus ist die Leopoldina auch auf Facebook vertreten. Es erfolgt jedoch nur wenig Interaktion, die Seite dient der Informationsverteilung, Hinweise auf Publikationen und Veranstaltungen werden gepostet und vereinzelt Statements von Akademiemitgliedern.¹⁸¹⁰ Im Kontrast dazu nutzt die Junge Akademie gezielt Soziale Medien.¹⁸¹¹

Dennoch ist die Bildung der Gesellschaft, auch im Sinne der Beratung, eine Kernaufgabe der Leopoldina. Diese erfolgt jedoch, ohne dass die Öffentlichkeit in bedeutendem Maße in diese Prozesse eingebunden wird. Dafür arbeitet die Leopoldina in vielen Aspekten transparent und gewährleistet kostenlosen Zugang zu ihrer Expertise. Hierdurch ist sie prozedural, strukturell und inhaltlich nachvollziehbar, sodass sie gut dem Idealtypus des „Civic Scientist“ zugeordnet werden kann. Die Kategorisierung als „Honest Broker“ trifft ebenfalls in Teilen zu. Die Akademie soll evidenzbasierte Klarheit in einem von Unsicherheiten und Risiken geprägten Themenfeld schaffen. Die Expertise ergeht durch ein positionsplurales Gremium, das seinen Ratschlag in den Bezug zu den Werten der Gesellschaft stellt, um eine Basis für Entscheidungen zu schaffen.

Die Leopoldina inkorporiert bei ihren Beratungen umfassende Wissensbestände. Stellungnahmen sollen gemäß Leitfaden immer auch den aktuellen Stand der Forschung wiedergeben.¹⁸¹² Bei Impulsen kann dies auch entfallen.¹⁸¹³ Bei Ad-Hoc-Empfehlungen ist es ebenfalls möglich, Hintergrundinformationen und grundlegende Definitionen darzulegen.¹⁸¹⁴ Durch die unscharfe Verwendung des Begriffs Stellungnahme lässt sich dies leider nicht verallgemeinernd festhalten und für beide Varianten lassen sich Beispiele finden.¹⁸¹⁵ Spezialwissen kann über die Stellungnahmen allgemein oder im speziellen durch Supplemente zu Stellungnahmen implementiert und veröffentlicht werden.¹⁸¹⁶ Die Verwendung interdisziplinären Wissens ergibt sich aus der Struktur der Akademie selbst, deren Klassensystem genau auf diesen Ansatz zurückzuführen ist.¹⁸¹⁷ Neue Mitglieder können durch den Findungsausschuss speziell auf Basis einer interdisziplinären Lücke ausgesucht werden. Die Politikberatung der Leopoldina ist,

¹⁸⁰⁹ Vgl. <https://twitter.com/Leopoldina> (15.12.2019)

Vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=IINGn-Bp2zE> (15.12.2019)

¹⁸¹⁰ Vgl. <https://www.facebook.com/NationaleAkademiederWissenschaftenLeopoldina> (15.12.2019)

¹⁸¹¹ Vgl. Hacker 2017b, S. 37.

¹⁸¹² Vgl. Leopoldina 2014c, S. 5.

Vgl. Leopoldina 2015a, S. 6ff.

Vgl. Leopoldina 2019h, S. 8ff.

¹⁸¹³ Vgl. Geschäftsstelle Energiesysteme der Zukunft 2019.

¹⁸¹⁴ Vgl. Leopoldina 2014b., S. 4ff und 8ff.

¹⁸¹⁵ Vgl. Allianz der Wissenschaftsorganisationen: Stellungnahme der Allianz der Wissenschaftsorganisationen zum Entwurf der EU-Kommission zur Novellierung der Richtlinie über die „Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors“. Stellungnahme. München, 2018a.

(https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2018_08_Allianz_RR_PSI-Direktive.pdf, 15.12.2019).

Vgl. Hacker, Jörg (Hrsg.): Zukunftsfähigkeit der Luftfahrtforschung in Deutschland. Chancen und Risiken der aktuellen Entwicklung. Leopoldina Diskussion Nr. 17. Halle (Saale), 2018b. S. 6ff.

Vgl. Leopoldina 2018g, S. 8ff.

¹⁸¹⁶ Vgl. Leopoldina 2014a.

¹⁸¹⁷ Vgl. Hacker 2017a, S. 4.

ihrer eigenen Definition nach, das Ergebnis interdisziplinärer Arbeitsgruppen. Praxiswissen, das außerhalb der wissenschaftlichen Sphäre entsteht, begegnet man hingegen nicht als bedeutende Quelle für die Expertise. Gleiches gilt auch für Alltagswissen sowie das Wissen von Laiinnen und Laien. Metaexpertise ist hingegen von besonderer Bedeutung für die Leopoldina. Zur kritischen Hinterfragung ihrer eigenen Funktion betreibt die Akademie reflexive Forschung zu sich, zu Wissenschaftsakademien allgemein und zur Politikberatung. Die Förderung evidenzbasierter politischer Dezsision ist aktuell eines der Fokusthemen der Leopoldina. Somit erzeugt die Leopoldina im wahrsten Sinne des Wortes Metaexpertise. Im Rahmen der Dual-Use-Beratung erstellt die Akademie außerdem begleitende Empfehlungen zur lokalen Umsetzung. Daneben stellt die Leopoldina auch Kontextualisierungswissen bereit, um die Umsetzung der Expertise zu erleichtern und den gesamtgesellschaftlichen Wirkungsanspruch nachzukommen.¹⁸¹⁸ Die Aufnahme von Mitgliedern abseits der Medizin und der Naturwissenschaften erfolgte letztlich unter anderem auch dazu, die Fähigkeiten der Akademie in genau diesem Leistungsaspekt auszubauen. Die verfügbaren Wissensbestände werden durch interdisziplinäre Arbeitsgruppen verarbeitet, die für die Produktion der Expertise zuständig sind.

Eine der ausgewiesenen Stärken des institutionellen Designs der Leopoldina sind die Besetzungsmodalitäten. Neue Mitglieder werden durch kooptative Verfahren gefunden und gewählt. Dies trägt zur fachlichen Robustheit der Expertise bei, schützt vor Interessenvertretungsvorwürfen und verstärkt somit die legitimierende Wirkung der Beratung. Natürlich bedarf die Kooptation der fachlichen Integrität und Offenheit, sich zu erneuern und zu erweitern, wo es nötig ist. Auch über die Besetzung seiner Organisationsstrukturen entscheidet die Leopoldina als Verein selbst. Mitglieder von Arbeitsgruppen werden ebenfalls durch die Akademie, oder sollte es sich um Kooperationen handeln, gemeinschaftlich mit den anderen Beteiligten Institutionen festgelegt. Es bestehen keine Vorgaben zur Besetzung der Arbeitsgruppen, obwohl die „angemessene Auswahl“¹⁸¹⁹ als Glücksbedingung für die Politikberatung benannt wird. Die Auswahl wird fallabhängig gehandhabt, wobei ein breites Fächerspektrum abgebildet werden soll und auch Externe bestellt werden können. Die unterschiedlichen Arbeitsgruppen divergieren daher in ihrer Besetzung. Die Akademiemitglieder können hierbei mal in der klaren Mehrheit oder mal in der Minderheit sein.¹⁸²⁰ Arbeitsgruppen können sogar auch gänzlich ohne Mitglieder der Leopoldina besetzt werden.¹⁸²¹ Wissenschaftliche Kommissionen können ebenfalls proportional aus internen und externen Mitglieder zusammengesetzt werden, oder eben auch nicht.¹⁸²² Auch wenn die Website der Leopoldina davon spricht, dass die Kommissionen

¹⁸¹⁸ Vgl. Leopoldina 2019h, S. 15ff.

Vgl. Leopoldina 2019a, S: 15ff.

¹⁸¹⁹ Leopoldina 2014c, S. 13.

¹⁸²⁰ Vgl. <https://www.leopoldina.org/politikberatung/arbeitsgruppen/erdsystemforschung/> (15.12.2019)

Vgl. <https://www.leopoldina.org/politikberatung/arbeitsgruppen/archaeologisches-kulturerbe/> (15.12.2019)

¹⁸²¹ Vgl. <https://www.leopoldina.org/politikberatung/arbeitsgruppen/perspektiven-der-sicherheitspolitik/> (15.12.2019)

¹⁸²² Vgl. <https://www.leopoldina.org/politikberatung/wissenschaftliche-kommissionen/demografischer-wandel/> (15.12.2019)

Vgl. <https://www.leopoldina.org/politikberatung/wissenschaftliche-kommissionen/lebenswissenschaften/> (15.12.2019)

neben renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auch „durch Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Gesellschaft ergänzt werden“¹⁸²³ können, findet dies in der Praxis bislang keine Anwendung. Darüber hinaus sind alle derzeitigen Kommissionsmitglieder habilitiert. Auch das starke Ungleichgewicht in der Geschlechterverteilung muss an dieser Stelle nochmals erwähnt werden, obwohl dessen Abbau wiederholt „Anspruch und Auftrag zugleich“¹⁸²⁴ sind. Ihren internen Proporz, gemessen anhand der Größen der Klassen, legt die Akademie über ihren Senat fest.

Die Pluralität der Leopoldina ergibt sich bereits aus ihrer interdisziplinären Grundstruktur. Außerdem setzten sich die Arbeitsgruppen und Kommissionen auf Basis der Beratungsthemen fächerübergreifend zusammen. Die zu den Beratungen benötigten Perspektiven werden hierzu bereits im Exposé geplant. Außerdem wird gezielt nach interdisziplinären Forschenden gesucht, wenn die Sektionen der Leopoldina einen Themenbereich nicht entsprechend abdecken können.

Zu den weiteren Stärken des institutionellen Designs gehört die proaktive Themenidentifikation und Einleitung von Beratungen. Die Leopoldina kann ihre Arbeitsfelder selbstständig festlegen oder gemeinschaftlich im Ständigen Ausschuss hierüber entscheiden. Auch der Austausch innerhalb der Akademie durch die Klassen und Sektionen sowie in den Wissenschaftlichen Kommissionen trägt dazu bei, dass die Leopoldina die für die Vorausschau notwendige proaktive Ausrichtung haben kann. Zeitgleich können die Politik oder externe Organisationen Anfragen stellen, wie die oben genannten Ad-Hoc-Empfehlungen zeigen.

Die Leopoldina betont dabei ihre Selbstbestimmtheit. Auch wenn Themen an sie herangetragen werden, werden diese „ohne Rechenschaftspflicht gegen über einem Auftraggeber“¹⁸²⁵ und „unabhängig bearbeitet“¹⁸²⁶. Die Unabhängigkeit ihrer Politikberatung hat sich die Akademie in ihr Leitbild geschrieben. Als Verein ist die Leopoldina institutionell selbstständig und bestimmt selbst über ihre Prozesse und Strukturen sowie die Bestückung ihrer Gremien und Kommissionen. Ihr Hauptsitz in Halle schafft zusätzliche Distanz zur Bundespolitik, auch wenn es ein Hauptstadtbüro der Akademie gibt. Vollständig institutionell unabhängig ist die Leopoldina jedoch nicht. Sie ist finanziell von der Politik abhängig. Auch ihren Rang als Nationale Akademie verdankt sie dem Einsatz des BMBF. Die Akademie zeigt sich auch heute noch dem Ministerium und vor allem der Annette Schavan mit Dank verbunden.¹⁸²⁷ Die Politik ist aber nur in vereinzelten Prozessen Kooperationspartnerin, wie beispielsweise bei der Unter-

¹⁸²³ <https://www.leopoldina.org/politikberatung/wissenschaftliche-kommissionen/> (15.12.2019)

¹⁸²⁴ Hacker 2018a, S. 33.

Hacker 2019c, S. 41.

¹⁸²⁵ Leopoldina 2014c, S. 7.

¹⁸²⁶ Ebd.

¹⁸²⁷ Vgl. Hacker 2019a, S. 259.

hausdebatte. Im Anschluss an Beratungsprozesse setzt die Leopoldina aber auf die Beteiligung ihrer Mitglieder in politischen Prozessen.¹⁸²⁸ An anderer Stelle offenbaren sich jedoch administrative Verbindungen zwischen Akademie und Ministerium. Die Verfahrensordnung für Gleichstellung, die für die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle gilt, wurde von der Leitung der Abteilung Hochschul- und Wissenschaftssystem im BMBF unterschrieben. Neben dem Monitoring, das im Rahmen des WissFG zur eingezogen wurde, könnten also weitere „Informations- und Steuerungsinstrumente“¹⁸²⁹ existieren, die Querverbindungen und Abstimmungsprozesse mit der Politik bedeuten.

Der breit formulierte Auftrag, der aus der Ernennung zur Nationalen Akademie hervorging, stärkt die Leopoldina zusätzlich. Als Verein ist die Leopoldina rechtlich verankert, ihre Zwecke und Organisation kodifiziert. Sie wurde über einen GWK-Beschluss gemeinschaftlich von Bund und Ländern zur Nationalen Akademie der Wissenschaften erhoben. Ihre Abläufe sind stark formalisiert und klar strukturiert. Die Vereinssatzung wird durch eine Wahlordnung konkretisiert, hinzukommen Leitfäden, allen voran der zur Politikberatung.

Die Leopoldina erhält ihre Finanzmittel über den im GWK-Beschluss festgehaltenen Schlüssel. Darüber hinaus kann sie Drittmittel einwerben, um zusätzliche Programme oder Projekte zu finanzieren. Über die Mittelverwendung kann sie selbst frei bestimmen. Dies ermöglicht ihr Freiheiten, die für die proaktive und eigenständige Politikberatung der Leopoldina auch nötig ist. Dank des WissFG beinhaltet dies auch Bau- und Personalfragen. Auf der einen Seite gibt das Gesetz Freiheiten, räumt der Politik wiederum aber Einflussmöglichkeiten ein. Daher legt die Leopoldina mit dem jährlichen Monitoring-Bericht Rechenschaft ab. Die Gestaltungsmöglichkeiten in Bau- und Personalfragen sind mit Blick auf den Hauptsitz der Akademie, an dem auch das Archiv und die Bibliothek verortet sind, und die Anzahl ihrer Mitarbeitenden von Bedeutung. Die Leopoldina ist die größte Politikberatungsinstanz, der in der vorliegenden Arbeit untersucht wird. Dies trifft zum einen auf die Mitgliederzahl zu, aber auch auf die Anzahl der Beschäftigten. Entsprechend ihres breiten Aufgabenspektrums und der Vielfalt an Formaten benötigt sie viel Personal. Die Geschäftsstelle der Leopoldina hat sogar einen eigenen Betriebsrat und eine Gleichstellungsbeauftragte.¹⁸³⁰ Die Mitarbeitenden unterstützen die Mitglieder nicht nur administrativ, sondern leisten wertvolle Arbeit, zum Beispiel beim Nachhalten von Beratungen und der Wissenschaftskommunikation.

Die Wahrung der wissenschaftlichen Integrität und der Qualität ihrer Expertise ist von besonderer Bedeutung für die Leopoldina. Hierzu hat sie Leitfäden, Kodizes und ein Leitbild

¹⁸²⁸ Vgl. Leopoldina 2014c, S. 23.

¹⁸²⁹ § 3 Abs. 3 WissFG.

¹⁸³⁰ Vgl. Hacker 2019a, S. 188.

Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Verfahrensordnung für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Geschäftsstelle der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina e.V. – Nationale Akademie der Wissenschaften vom 28.04.2017. Halle (Saale), 2017. S. 5 ff. (https://www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Ueber_uns/2017-08-09_Verfahrensordnung_Gleichstellung_BMBF.pdf, 15.12.2019)

verabschiedet. Neben der Verfahrensordnung für Gleichstellung wurde ein „Leitfaden für den Gebrauch gendersensibler Sprache“¹⁸³¹ entwickelt. Für die AHL und die NAL wurden durch das Präsidium wissenschaftliche Standards verabschiedet, mit denen sich die an den Publikationen beteiligten Personen zu Transparenz und Verhaltensregeln verpflichten. Sie orientieren sich an den Leitlinien des Committee on Publication Ethics und der Denkschrift der DFG zur Sicherung der guten wissenschaftlichen Praxis.¹⁸³² Darüber hinaus gibt es eine Handreichung zur Einreichung von Manuskripten für die NAL.¹⁸³³ Zusammen mit den französischen und der englischen Schwesterorganisationen wurden Richtlinien für die Veröffentlichung, Überprüfung und die Bereitstellung von Zugängen für wissenschaftliche Publikationen veröffentlicht.¹⁸³⁴ Die Begutachtung ihrer Beratungsprozesse erfolgt entlang von Leitfragen, wodurch eine Standardisierung und die Sicherung der Qualität erzielt werden kann. Vor der Veröffentlichung durchlaufen Stellungnahmen mehrere Stadien, bevor sie final vom Präsidium freigegeben werden. Hiernach werden die Prozesse von den Mitarbeitenden der Geschäftsstelle nachverfolgt, so dass Stellungnahmen im Bedarfsfall aktualisiert werden können. Begleitet durch die wissenschaftlichen Kommissionen und die Arbeitsgruppen, entwickeln sich die Themen und Fokusbereiche der Akademie entlang der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Bedarfslagen laufend weiter. Über die Klassen und Sektionen können inhaltliche Impulse nach oben getragen werden. Besonders hervorzuheben ist aber die reflexive Grundhaltung der Leopoldina zu ihrer eigenen Arbeit und der Politikberatung. Die Weiterentwicklung und konstante Überprüfung ihrer Beiträge zu einer evidenzbasierten Entscheidungsfindung sind ein starker Mechanismus zur eigenen Qualitätsentwicklung, die zeitgleich Strahlungswirkung entfaltet. Die Leopoldina definiert ihre Politikberatung in ihrem Leitbild nicht umsonst als „Prozess mit einer kontinuierlichen Reflexion über Voraussetzungen, Normen und Folgen wissenschaftlichen Handelns“¹⁸³⁵.

Daher verwundert es auch nicht, dass die Nationale Akademie gut für die Adressierung der aktuellen Herausforderungen des deutschen Wissenschaftssystems aufgestellt ist und alle relevanten Themenaspekte bedienen kann. Zur reflexiven Expertise der Leopoldina gehören

¹⁸³¹ Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Leitfaden für den Gebrauch gendersensibler Sprache an der Leopoldina i.d.F. vom Dezember 2018. Halle (Saale), 2018d. (https://www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Ueber_uns/2018_Leitfaden_gendersensible_Sprache.pdf, 15.12.2019)

¹⁸³² Vgl. DFG 2013.

Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Gute wissenschaftliche Praxis in den Acta Historica Leopoldina (AHL) und Nova Acta Leopoldina (NAL) i.d.F. vom 21. März 2018. Halle (Saale), 2018a. (https://www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Publikationen/Acta_Historica/PraxisAHL.pdf, 15.12.2019)

¹⁸³³ Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Hinweise zur Anfertigung von Manuskripten für die Nova Acta Leopoldina. Halle (Saale), 2018b. (https://www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Publikationen/Nova_Acta_Leopoldina/Hinweise_NAL_2018.pdf, 15.12.2019)

¹⁸³⁴ Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Erklärung der drei Nationalen Akademien der Wissenschaften Académie des sciences, Leopoldina und Royal Society zu wissenschaftlichen Publikationen. Arbeitsübersetzung. Halle (Saale), 2016. (https://www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Publikationen/2016_Joint_Statement_on_scientific_publications_DE.pdf, 15.12.2019)

¹⁸³⁵ <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/ueber-die-leopoldina/leitbild-der-leopoldina/> (15.12.2019)

auch Publikationen und Empfehlungen zur Governance der Wissenschaft, beispielsweise zu Auswahlverfahren oder zum Paket der Pakte.¹⁸³⁶ Insbesondere in der Allianz der Wissenschaftsorganisationen kommt den Veröffentlichungen besonderes Gewicht zu, beispielsweise bezüglich der Auswirkungen der Digitalisierung auf die Wissenschaft.¹⁸³⁷ Gemäß Vereinsatzung ist die Leopoldina eine internationale Organisation, deren erklärter Zweck auch die grenzüberschreitende Kooperation ist. Dieses Ziel belebt die Nationale Akademie mit ihrem Beratungsengagement in internationalen Verbänden und dem Dialog mit anderen Wissenschaftseinrichtungen und Akademien. Die Internationalisierung ist aktuell ebenfalls eines der Themen, mit denen sich das Zentrum für Wissenschaftsforschung befasst.¹⁸³⁸

Allgemein verlangen die Themen der Akademie nach Ethikexpertise. Die Leopoldina verfolgt auch einen ethischen Anspruch, der sich aus ihrem Leitbild, „zum Wohle von Mensch und Natur“¹⁸³⁹, ableiten lässt. Im Gesamtkomplex und ihrem Engagement im Bereich Dual Use findet ethische Beratung mit Risikobezug praktische Anwendung. Die Nachfrage kann die Leopoldina auch selbst bedienen, einige ihrer Mitglieder sind beispielsweise ausgewiesene Medizinethiker oder thematisch ausgewiesene Philosophen.¹⁸⁴⁰ Außerdem existiert eine wissenschaftliche Kommission zur Wissenschaftsethik, die den lebensweltlichen Bezug der Forschung im Auge behält.¹⁸⁴¹ Wo es nötig wird, kann sie eine Bewertung und Klassifizierung von Risiken vornehmen, bedient sich dabei aber auch wieder der für Deutschland typischen Klammer von Chancen und Risiken.¹⁸⁴² Die Innovation bleibt dabei auch nicht auf der Strecke, beispielsweise als Thema des Forschungsgipfels 2018.¹⁸⁴³ Sie ist auch eines der Akademiethemen, das sich in den letzten Jahren vor allem aber der Untersuchung der Potenziale neuer technologischer Entwicklungen gewidmet hat.¹⁸⁴⁴

6.7.3.) Schritt 2 – Deliberation

Das nach außen kommunizierte Selbstverständnis der Leopoldina lässt sich nicht einem einzelnen Idealtypus der wissenschaftlichen Expertinnen und Experten zuordnen. Für den „Honest Broker“ spricht die institutionelle Geschichte der Berufung zur Nationalen Akademie, zu der sie für die Beratung in komplexen Themenfeldern erhoben wurde. Ihr öffentliches Engagement

¹⁸³⁶ Vgl. Leopoldina 2019i.

Vgl. Allianz der Wissenschaftsorganisationen 2013.

¹⁸³⁷ Vgl. Steuerungsgremium der Schwerpunktinitiative „Digitale Information“ der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen (Hrsg.): Den digitalen Wandel in der Wissenschaft gestalten. Die Schwerpunktinitiative „Digitale Information“ der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen. Leitbild 2018 – 2022 i.d.F. vom Dezember 2017. o.O. (https://gfzpublic.gfz-potsdam.de/rest/items/item_2829902_4/component/file_2829903/content, 15.12.2020)

¹⁸³⁸ <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/zentrum-fuer-wissenschaftsforschung/forschungsfeld-1/> (15.12.2019)

¹⁸³⁹ <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/ueber-die-leopoldina/leitbild-der-leopoldina/> (15.12.2019)

¹⁸⁴⁰ Vgl. Hacker 2019c, S. 26.

Vgl. Leopoldina 2011b, S. 29

¹⁸⁴¹ Vgl. <https://www.leopoldina.org/politikberatung/wissenschaftliche-kommissionen/wissenschaftsethik/> (15.12.2019)

¹⁸⁴² Vgl. Leopoldina 2015a, S. 17 und 30ff.

¹⁸⁴³ Vgl. Hacker 2019c, S. 37.

¹⁸⁴⁴ Vgl. <https://www.leopoldina.org/themen/innovation-und-technik/> (15.12.2019)

und die Öffnung zur Gesellschaftsberatung, die als einer der Vereinszwecke definiert wurde, lassen auf den „Civic Scientist“ schließen. Als Stimme der deutschen Wissenschaft vertritt sie die Interessen der Wissenschaft und wirbt für ihre Mechanismen, setzt dabei aber zum Teil zu stark auf Einbahnstraßenkommunikation. Letztlich bleibt am Ende nur die Schnittmengenbildung, aus der eine modern aufgestellte Beratungseinrichtung hervorgeht, die doch noch nicht alle alten Mechanismen abwerfen konnte.

Bei der Übermittlung ihrer Expertise benennt die Leopoldina also auch die Gesellschaft als Zielpublikum. Ihre Mitwirkung in Beratungsprozessen ist aber nur in Einzelfällen vorgesehen. Zwar können auch Externe in Arbeitsgruppen berufen werden, jedoch werden Personen, die nicht aus der Wissenschaft kommen, nur über Anhörungen oder Fachgespräche eingebunden. Die mangelnde Einbindung der Gesellschaft wird auch bei den wissenschaftlichen Kommissionen ersichtlich. Hier wäre es eigentlich möglich, Laiinnen und Laien einzubinden, in der Realität werden die Kommissionen jedoch vollständig mit Habilitierten besetzt. Hier kommt natürlich die Rolle der Gelehrtensozietät zum Tragen, die ihre wissenschaftlichen Standards schützen möchte. Widerstände gegen die Einbeziehung der Gesellschaft, wie sie zum Beispiel auch bei der Diskussion um Citizen Science entstehen, sind nicht nur ein Problem der Leopoldina. Es dürfte sich jedoch aufgrund der Elitenkultur und der Spitzenposition der Nationalen Akademie als noch schwerer zu überwinden darstellen. Ausgesprochen demaskierend äußert sich die Leopoldina an anderer Stelle und beschreibt, dass sie „ihre wissenschaftliche Diskussion der Öffentlichkeit zugänglich“¹⁸⁴⁵ macht. Partizipation scheint dieser Formulierung nach nicht das Ziel der Nationalen Akademie zu sein, auch wenn sie vereinzelt stattfinden mag.

Die Mitgliedergewinnung der Akademie erfolgt durch Kooptation, die thematisch-fachlich orientiert ist und auf Basis der Bestenauslese erfolgt. Hierdurch entsteht in dem Sinne Repräsentativität, dass die Leopoldina alle relevanten wissenschaftlichen Themen abdecken möchte. Auch die Mitglieder ihrer Gremien kommen aus der Mitte der Akademie. Fünf der Senatsmitglieder sind jedoch qua Amt als Präsidentinnen und Präsidenten deutscher Wissenschaftsförderer berufen, hinzu kommen fünf weitere externe Personen, die eigentlich auch in leitenden Positionen von Wissenschaftseinrichtungen sein sollten. In der Realität hält sich die Leopoldina nicht an diesen proklamierten Vorsatz. Mit Nikolaus von Bomhard ist ein Vertreter aus der Privatwirtschaft zum Senator ernannt worden.¹⁸⁴⁶

Die Besetzung der Arbeitsgruppen liegt in der Hand des Präsidiums und erfolgt gegebenenfalls in Abstimmung mit Partnerinnen und Partnern. Benötigte Perspektiven werden im

¹⁸⁴⁵ Hacker 2017a, S. 8.

¹⁸⁴⁶ Vgl. Hacker 2019a, S. 16.

Exposé identifiziert und sollen ein „breites Fächerspektrum“¹⁸⁴⁷ repräsentieren. Arbeitsgruppenmitglieder dürfen jedoch nicht „als Vertreter von Verbänden oder Interessengruppen fungieren“¹⁸⁴⁸. Hierdurch werden zivilgesellschaftliche Verbände ausgeschlossen, die genau in solchen Gruppierungen erst Sichtbarkeit und Stimmgewicht erhalten können.

Beim Blick auf den Umgang mit Externen zeigt sich direkt, dass kooperative Beratungsprozesse zur regelmäßigen Praxis der Leopoldina gehören. Mit dem Ständigen Ausschuss wurde ein Gremium zum dauerhaften Austausch zu diesem Zweck etabliert. Arbeitsgruppen können sich die Zuarbeit von externen Forschenden einkaufen. Weiterer Input wird über „Symposien und Workshops“¹⁸⁴⁹, in Form von Empirie oder durch „interne Fachgespräche und Anhörungen“¹⁸⁵⁰ herangezogen. Daneben gibt es fachbezogene Veranstaltungen mit „Universitäten, Forschungsinstituten und anderen Akademien“¹⁸⁵¹.

Als Nationale Akademie vertritt die Leopoldina die deutsche Wissenschaft. Die delegierte Repräsentativität stellt sich aber durch ein umgekehrtes Wahlverhältnis ein. Die Akademie kooptiert ihre Mitglieder, die nicht durch die Wissenschaftseinrichtungen oder -organisationen entsendet werden. Die Gesellschaft findet, dem Geist der Gelehrtensozietät entsprechend, keine Abbildung. Als deskriptiv repräsentativ kann die Leopoldina bezeichnet werden, da sie die fachlichen Ausprägungen der Wissenschaftslandschaft durch ihre Mitgliederstruktur wiedergibt. Die Öffnung für Mitglieder außerhalb von Medizin und Naturwissenschaften kann außerdem als Anpassung an gesellschaftliche Bedarfe gesehen werden.

Die Verbindung politischer, gesellschaftlicher und fachlicher Perspektiven in ihrer Expertise hängt aufgrund der Besetzungspolitik also von der Leistung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Leopoldina ab. Anwendbarkeit, Gesellschaftsbezug und Verständlichkeit definiert sie daher als Kriterien für ihre Politikberatung. Die Formulierung der Expertise erfolgt ohne direkte Beteiligung nichtwissenschaftlicher Personen in den Arbeitsgruppen und Kommissionen. Sie entspricht daher der Wahrnehmung gesellschaftlicher und politischer Fragestellungen durch die Leopoldina, auch wenn vereinzelt Themen und Fragestellungen von außen an die Akademie herangetragen werden.

Ihre Rechenschaftspflicht erfüllt die Leopoldina mit dem jährlichen Monitoring-Bericht. Darüber hinaus berichtet sie in unterschiedlichen Publikationen, allen voran dem Jahresbericht und ihre Website, über ihre Veranstaltungen und Formate. Innerhalb der Akademie sind die Verantwortungsstrukturen auf Basis der Vereinssatzung und der Wahlordnung klar definiert. Die Gremienbesetzung erfolgt auf Basis von Wahlen, wobei Wiederwahlen möglich sind, was

¹⁸⁴⁷ Leopoldina 2014c, S. 29.

¹⁸⁴⁸ Ebd., S. 7.

¹⁸⁴⁹ Ebd., S. 17.

¹⁸⁵⁰ Ebd.

¹⁸⁵¹ Hacker 2017a, S. 8.

die Rückbindung in die Leopoldina stärkt. Das Präsidium trägt die Verantwortung für die Veröffentlichungen der Akademie und ihre Politikberatung. Der Präsident oder die Präsidentin leitet die Geschäfte der Leopoldina.

Wie sich anhand der bisherigen Ausführungen bereits abzeichnet, ist die deliberative Praxis der Leopoldina, gerade im Vergleich mit den anderen untersuchten Beratungseinrichtungen, schwach aufgestellt. Eine Beteiligung der Öffentlichkeit an Beratungsprozessen, Perspektiven von Laiinnen und Laien sowie Wissensbestände aus dem nichtwissenschaftlichen Alltag haben keine besondere Relevanz für die Beratungspraxis. Zwar bespielt die Akademie einige und zum Teil auch kommunikative Formate, die sich an die Öffentlichkeit richten, jedoch erweitert sich der Austausch nicht zu einer echten Teilhabe, sondern bleibt ein Dialog innerhalb definierter Räume. Die von der Leopoldina als partizipativ verstandene Unterhausdebatte ist hierfür ein gutes Beispiel, das sich dadurch zuspitzt, dass die Einladungen hierzu von der Akademie ausgesprochen werden. Ein gelungenes Beispiel für einen Austausch mit gesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern auf Augenhöhe, der aber auch nicht im Kontext eines konkreten Beratungsprozesse erfolgte, ist der Workshop, der sich mit der Evaluation von Finanzmarktreformen befasste.¹⁸⁵²

Der dialogische Austausch im Rahmen der Politikberatung bleibt damit auf der Strecke. Die Akademie öffnet sich zwar an unterschiedlichen Stellen, versteht dies aber nicht als Austausch, sondern gewährt Einblick in ihre wissenschaftlichen Diskussionen. An ausgesuchten Stellen und durch hierfür eingesetzte Formate tritt sie in Kontakt und vermittelt gesellschaftlich relevante Inhalte und trägt so zur Popularisierung von Wissen bei. Die Geschäftsstelle der Leopoldina, allen voran die Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, unterstützt die Mitglieder in Publikationsprozessen und führt Veranstaltungen durch. Die Akademie ist sich ihres heterogenen Publikums bewusst und zeigt sich davon überzeugt, je nach Thema die nötige Publikumsgerechtigkeit herstellen zu können. Die Verständlichkeit für Laiinnen und Laien ist eine der Leistungsdimensionen ihrer Stellungnahmen. Gesonderte Publikationen für unterschiedliche Gruppen sind jedoch nicht zu finden. Die Veröffentlichungen bedienen sich außerdem einer noch immer gehobenen und teilweise komplexen Sprache, die für Teile der Öffentlichkeit nicht verständlich sein kann. Für Expertise in Einfacher Sprache lässt sich nur ein einzelnes Beispiel finden.¹⁸⁵³ Die Gestaltung der Veröffentlichungen und der medialen Präsenz der Leopoldina ist ebenfalls als nüchtern zu bezeichnen und entspricht nicht den Möglichkeiten der heutigen Zeit. Mit der Leopoldina Lecture oder Wissenschaft im Dialog zeigt sich dennoch,

¹⁸⁵² Vgl. <https://www.leopoldina.org/veranstaltungen/veranstaltung/event/2598/> (15.12.2019)

¹⁸⁵³ Vgl. <https://www.leopoldina.org/politikberatung/arbeitsgruppen/abgeschlossene-arbeitsgruppen/eckpunkte-fuer-ein-fortpflanzungsmedizingesetz/medizinische-hilfe-bei-der-fortpflanzung/> (15.12.2019)

dass die Leopoldina im Bereich Öffentlichkeitsarbeit durchaus erfolgreich ist, einzelne Veranstaltungsreihen langfristig zu etablieren. Ein strategisch-strukturiertes Outreach-Programm existiert aber nicht.

Eine durchwachsene Bilanz ergibt sich auch beim Einsatz der digitalen Medien. Die Leopoldina nutzt die heutzutage verfügbaren Kanäle, setzt sie aber nicht für gemeinschaftliche Kommunikation ein. Das Netz dient der Verteilung der Expertise und als Schaukasten für die Aktivitäten der Akademie. Auch wenn Transparenz wichtig ist, findet ein Dialog nicht wirklich statt und die Sozialen Medien dienen als zusätzlicher Distributionskanal. Vorbildlich ist hingegen die Initiative hinter NAL-Live und die kostenlose Bereitstellung der zahlreichen Veröffentlichungen der Leopoldina. Mittels Datenbanken lassen sich Mitglieder, Veranstaltungs- und Publikationsverzeichnisse frei durchsuchen, wenn auch nicht immer problemfrei. Es wird umfassend über die Aktivitäten der Akademie, ihre Themen, die Besetzung ihrer Kommissionen, Arbeitsgruppen und das internationale Netzwerk informiert. Die Interna der Gremien und der Beratungsprozesse bleiben in weiten Teilen jedoch vertraulich und sind nicht öffentlich einsehbar.

Die Leopoldina versteht sich in ihrer Funktion als politikberatende Nationale Akademie als „Plattform für den Austausch sowohl innerhalb der Wissenschaft als auch zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit“¹⁸⁵⁴. Von dieser Aussage lässt sich ein Anspruch ableiten, langfristige Arenen zu etablieren. Die Mitglieder der Arbeitsgruppen sind daher dazu angehalten, nach der Veröffentlichung der Expertise den Dialog mit der Politik und der Öffentlichkeit beispielsweise durch „Folgeveranstaltungen“¹⁸⁵⁵ fortzusetzen. Auch die Beteiligung an politischen Prozessen wird angeregt. Leider lässt sich dieses Engagement nicht anhand vieler greifbarer Beispiele festhalten. Dennoch werden Themen nicht fallengelassen, nachdem eine Veröffentlichung erfolgt ist und auch die wissenschaftlichen Kommissionen und Arbeitsgruppen stellen nicht unweigerlich ihre Arbeit ein. Daher bietet es sich an, dass die Leopoldina eine Dialogkultur entwickelt, die auch zu Rückflüssen in die Beratung der Akademie führt. Ein gutes Beispiel für einen solchen Ansatz liefert die abgeschlossene Arbeitsgruppe zur psychischen Gesundheit Geflüchteter, mit der die Akademie auch ein Thema mit gesellschaftlichem Druck adressierte. Nach einer Ad-hoc-Stellungnahme wurde ein Symposium abgehalten und ungefähr zwei Jahre später eine abschließende Stellungnahme veröffentlicht.¹⁸⁵⁶ Arenenbildung ohne

¹⁸⁵⁴ Leopoldina 2014c, S. 5.

¹⁸⁵⁵ Ebd., S. 23.

¹⁸⁵⁶ Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina) et al.: Zur Gesundheitsversorgung von Asylsuchenden. Kurz-Stellungnahme. Halle (Saale) u.a., 2015b.

(https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2015_Gesundheit_Asylsuchende_01.pdf, 15.12.2019)

Vgl. <https://www.leopoldina.org/politikberatung/arbeitsgruppen/abgeschlossene-arbeitsgruppen/psychische-gesundheit-gefluechteter/> (15.12.2019)

Vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): /Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW): Traumatisierte Flüchtlinge – schnelle Hilfe ist jetzt nötig. Stellungnahme. Halle (Saale), 2018h.

Partizipation und Moderation bleibt jedoch ein zahnlöser Tiger. Mit der Nachverfolgung von Beratungsprozessen durch die Geschäftsstelle hat die Leopoldina jedoch einen guten Ansatzpunkt an der Hand, diese Kapazitäten gezielt auszubauen.

6.7.4.) Schritt 2 – Interessenvertretung

Als Nationale Akademie und Stimme der deutschen Wissenschaft kommt der Leopoldina eine besondere Stellung bei der Pflege des öffentlichen Bilds der Wissenschaften zu. Den Einsatz für die „Freiheit und Wertschätzung der Wissenschaft“¹⁸⁵⁷ hat sie in ihrem Leitbild festgehalten. Auch hierzu betreibt sie Qualitätskontrolle und Bestenauslese, was wichtige Bestandteile der Außenkommunikation sind. Die Akademie gibt freien Zugang zu Publikationen und informiert umfassend über ihre Tätigkeiten. Diese Maßnahmen dienen auch der Vertrauenssicherung. Dass die Verständlichkeit für Laiinnen und Laien als einer der Maßstäbe für die Begutachtung von Stellungnahmen herangezogen wird, passt dabei ebenfalls gut ins Bild, ebenso die Verankerung des Aufgabenfelds Wissenschaftskommunikation im Leitbild der Akademie.

Zur Sicherung ihrer Qualität hat die Leopoldina verschiedene Leitlinien verabschiedet, wobei der Leitfaden für Politikberatung hier besondere Beachtung finden sollte. Zum einen wird hier der Prozess gegliedert, zum anderen Transparenz über die Verfahren der Akademie etabliert. Auch für ihre wissenschaftlichen Publikationen und zur Gleichstellung wurden Leitlinien erstellt. Die Mitglieder der Akademie und die für Review-Prozesse herangezogenen Gutachtenden verpflichten sich mit diesen zu Redlichkeit und wissenschaftlicher Integrität.

Mehrere Kontroll- und Verantwortungsinstanzen durchziehen die Leopoldina, beginnend in den Klassen und Sektionen, den wissenschaftlichen Kommissionen und Arbeitsgruppen. Der Director Ephemerium zeichnet sich für die Redaktion von NAL, AHL und zukünftig NAL-Live verantwortlich. Die finale Abnahme und Verantwortung für Stellungnahmen hat das Präsidium. Die Veröffentlichungen werden von der Abteilung Wissenschaft – Politik – Gesellschaft begleitet und durch eine Redaktion erstellt. Für den internen Gebrauch werden vom Prozess Protokolle angefertigt, ebenso von Senatssitzungen und Mitgliederversammlungen. Zuwahlverfahren werden ebenfalls per Mitschrift festgehalten und zusammen mit weiteren Verwaltungsunterlagen archiviert. Der Senat berät das Präsidium und kontrolliert dessen Rechenschaftsbericht. Der Ständige Ausschuss dient wiederum der Koordination und Kontrolle akademienübergreifender Projekte.

Auch die Transparenzmaßnahmen der Leopoldina wirken gegen Interessenvertretungsvorwürfe. Das Bild der Gelehrtensozietät, die sich zum Wohl von Mensch und Natur einsetzt, kommt hier ebenfalls zum Tragen. Im Zuge von Beratungen unterliegen die Mitglieder und Externe einer Selbstverpflichtung zur Offenlegung von Interessenkonflikten und Befangenheiten. Mitglieder von Arbeitsgruppen sollen generell keine Vertreterinnen oder Vertreter

¹⁸⁵⁷ <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/ueber-die-leopoldina/leitbild-der-leopoldina/> (15.12.2019)

von Interessengruppen oder Verbänden sein. Ein differenziertes Sanktionsmodell bei Verstößen ist nicht öffentlich hinterlegt. Gremienmitglieder der Akademie bringen ihre Wiederwahl in Gefahr und bei gravierenden Verstößen, die im Ermessensspielraum des Präsidiums liegen, kann ein Ausschluss aus der Leopoldina erfolgen.

Auf die reflexive Grundhaltung und die fortlaufende Weiterentwicklung der evidenzbasierten Politikberatung wurde bereits wiederholt hingewiesen. Auch bezüglich des Themas Interessenvertretung gab es bereits ein Projekt im Zentrum für Wissenschaftsforschung.¹⁸⁵⁸ Qualitätssicherung und Begutachtungen gehören, der wissenschaftlichen Natur der Akademie entsprechend, zur alltäglichen Praxis der Leopoldina. Stellungnahmen durchlaufen vor der Veröffentlichung mehrere Abstimmungsverfahren, die zu Änderungen im Text führen können.¹⁸⁵⁹

In der Bewertungsdimension Interessenvertretung kann die Leopoldina einige Stärken ihres institutionellen Designs ausspielen. Sie wurde durch einen GWK-Beschluss auf bundesweiter Ebene als Nationale Akademie installiert und verfügt über einen entsprechend hohen institutionellen Rang. Auf Basis ihrer Vereinssatzung verfügt sie über Gestaltungsfreiheiten und schafft Distanz zwischen sich und der Politik. Besonders offensichtlich sind die Freiheiten der Akademie in der proaktiven Identifizierung von Themen und der Gestaltung von Beratungsprozessen. Durch die Kooptation von Mitgliedern ist die Leopoldina fachlich robust und vor externen Einflüssen geschützt. Die Mitgliedersuche ist inhaltsgetrieben und führt zu einer breiten Repräsentation der Wissenschaft in den Rängen der Akademie. Die Arbeitsgruppen bilden ebenfalls ein breites Fächerspektrum ab, können sich aber, ebenso wie Wissenschaftliche Kommissionen, zusätzlich erweitern, sollte die Akademie ein Thema nicht ausreichend mit ihren Mitgliedern abdecken.

In ihrer Vereinssatzung und ihrem Leitbild bekennt sich die Leopoldina zur Öffentlichkeitsorientierung. Ihre Beratungsergebnisse werden grundsätzlich veröffentlicht. Auch der Leitfaden zur Politikberatung macht Vorgaben zu Transparenz und Prozessen. Die Leopoldina bleibt aber finanziell von den Bundes- sowie Landesmitteln abhängig und ist rechenschaftspflichtig. Der Drittmittelерtrag reicht nicht, um die Akademie zu finanzieren, sodass sie auch in Zukunft auf die Grundfinanzierung angewiesen sein wird. Sie entscheidet aber weitgehend eigenständig über die Mittelverwendung und verfügt über das WissFG über Gestaltungsfreiräume in Bau- und Personalfragen. An ihrem Hauptsitz in Halle und im Verbindungsbüro in Berlin hat die Leopoldina einen großen Personalstab, der die Verwaltung der Akademie vollbringt und ihre Beratungsprozesse, Publikationen sowie Veranstaltungen betreut.

¹⁸⁵⁸ Vgl. <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/zentrum-fuer-wissenschaftsforschung/projekte/die-politik-der-vernetzung/> (15.12.2019)

¹⁸⁵⁹ Vgl. Leopoldina 2011b, S. 31.

Trotz der Transparenzen, die von der Leopoldina hergestellt werden, ergibt sich für Externe ein komplexes und zunächst undurchsichtiges Gesamtbild. Die Vereinssatzung, die Wahlordnung und die Leitfäden geben Aufschluss über Prozeduren und Strukturen. Auch das Jahrbuch und der Monitoringbericht sind an dieser Stelle zu erwähnen. Mit Sonderpublikationen, dem Newsletter und ihrer Webpräsenz erfüllt die Nationale Akademie auch die für sie wichtige Imagepflege. Informationen zu Arbeitsgruppen werden mit Beginn der Arbeitsphase veröffentlicht. Inhalte laufender Beratungen werden vertraulich behandelt, um nach eigener Aussage freie Diskussionen zu ermöglichen. Protokolle von Gremiensitzungen werden grundsätzlich nicht veröffentlicht. In Stellungnahmen werden die Methodik und die Besetzung der Arbeitsgruppe sowie die Gutachtenden dargestellt, zum Teil auch zeitliche Abläufe oder Mandatierungen.¹⁸⁶⁰ Die Leopoldina informiert über aktuelle und ehemalige Mitglieder, ihre Auszeichnungen sowie Errungenschaften und veröffentlicht jährlich ein Verzeichnis der Neugewählten, deren nach Klassen getrennte Urkundenübergaben auf der Website präsentiert werden.¹⁸⁶¹ Die Besetzungen der Gremien, der Arbeitsgruppen und Wissenschaftlichen Kommissionen sind ebenfalls bekannt. Die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle und die thematischen Zuordnungen von Referenten sind ebenso öffentlich und die Redaktionsmitglieder der Publikationen werden auch benannt. Die Akademie kann Externe oder Organisationen, die nicht Mitglieder in einer Arbeitsgruppe waren, die aber beim Verfassen der Stellungnahme hinzugezogen wurden, erwähnen.¹⁸⁶² Explizite Vorgaben hierzu, auch was die Nomenklatur betrifft, sind jedoch nicht zu finden. Ebenfalls erwähnt werden muss der mit der Akademie verbundene Förderverein, der im Gegensatz zur Leopoldina nur semitransparent agiert. Zuwendungshöhen und die dahinterliegenden Prozesse werden nicht dargelegt, es werden lediglich die geförderten Projekte und die Mitglieder des Vereins präsentiert. Identifizierte oder potenzielle Interessenkonflikte werden nicht gelistet, sondern müssen aus den genormten und umfassenden Lebensläufen der Mitglieder abgelesen werden.¹⁸⁶³ Für Externe, die an Beratungsprozessen beteiligt sind, werden entsprechende Informationen, abseits institutioneller Zugehörigkeiten, nicht vorgehalten.

Die Leopoldina beschreibt sich selbst als Think Tank, der „nicht mehr und nicht weniger als eine beratende Funktion“¹⁸⁶⁴ hat. An anderer Stelle betont sie wiederum, dass sie eine

¹⁸⁶⁰ Vgl. Leopoldina 2014b, S. 46f.

Vgl. Leopoldina 2015a, S. 16.

Vgl. Leopoldina 2019h, S. 38f.

Vgl. Leopoldina 2011a, S. 27ff.

Vgl. Leopoldina 2019d, S. 5.

¹⁸⁶¹ Vgl. Hacker, Jörg (Hrsg.): Leopoldina. Neu gewählte Mitglieder 2018. Halle (Saale), 2019b. S. 5.

Vgl. <https://www.leopoldina.org/presse-1/nachrichten/nationalakademie-leopoldina-ernennt-neue-mitglieder/> (15.12.2019)

¹⁸⁶² Vgl. Leopoldina 2015b, S. 9.

Vgl. Leopoldina 2011a, S. 32.

¹⁸⁶³ Vgl. https://www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Mitglieder/CV_Acker-Palmer_Amparo_D.pdf (19.12.2019)

Vgl. https://www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Mitglieder/CV_Zacharowski_Kai.pdf (15.12.2019)

¹⁸⁶⁴ Hacker 2019c, S. 30.

politischer Akteurin ist.¹⁸⁶⁵ Sie soll gemäß Vereinssatzung außerdem selbst Wissenschaftsförderung und als Stimme der Wissenschaft Interessenvertretung betreiben. Hier ist die Leopoldina in der Außenkommunikation nicht konsistent und schafft gerade durch die letzte Aussage besondere Rahmenbedingungen für diese Bewertungsdimension.

In der alltäglichen Arbeit ist der Grad der Politisierung der Akademie Dank ihres Mandats und ihrer Unabhängigkeit als gering einzuschätzen. Dennoch bleibt sie finanziell abhängig und rechenschaftspflichtig. In ihrer Genese ist sie mit dem BMBF verbunden und ist es heute bezüglich administrativer Vorgänge immer noch. Die im WissFG hinterlegten Informations- und Steuerelemente können den Eindruck einer Hintertür hinterlassen. Dennoch besitzt die Akademie durch ihre Satzung Schutzmechanismen gegen eine Einflussnahme, insbesondere durch die Richtlinienkompetenz in der Themensetzung und der Beratungsinitiation. Auch die grundsätzliche Veröffentlichung von Beratungsergebnissen und die Transparenzen schützen vor Politisierung. Somit kann insgesamt von einem geringen Grad der Politisierung ausgegangen werden, auch wenn zum korporativen Engagement im Nachgang von Beratungen angeregt wird.

Als Nationale Akademie ist die Leopoldina der Wissenschaft und der Evidenz verschrieben. Entsprechend finden Werturteile in den Publikationen keine Anwendung. In einem Beispiel wehrt sie sich sogar konkret dagegen, „eine autoritative Entscheidung“¹⁸⁶⁶ in der Diskussion um den Status von Embryonen zu fällen. Sie verweist dabei auf nicht ausreichende Kompetenzen und vor allem eine mangelnde Legitimierung, dies zu tun.

Die Veröffentlichung der Expertise erfolgt durch die Leopoldina selbst. Die Arbeitsgruppen entscheiden über die Modalitäten der Texte und ihrer Produktion, die vom Präsidium beziehungsweise dem Ständigen Ausschuss freigegeben werden. Bei kooperativen Stellungnahmen erfolgt dies gegebenenfalls auch durch Entscheidungsgremien der ebenfalls beteiligten Institutionen.¹⁸⁶⁷ Die Publikationen der Leopoldina werden kostenfrei über die Website der Akademie veröffentlicht. An neuen Publikationswegen im Bereich Open Access wird derzeit gearbeitet.

6.7.5.) Schritt 3 – Beurteilung

Als Gelehrtenvereinigung hat die Leopoldina eine 360-jährige Geschichte der Wissenschaftsförderung durch Kooperation. Mit der Ernennung zur Nationalen Akademie gehören die Beratung von Öffentlichkeit und Politik sowie die Vertretung der deutschen Wissenschaft auf dem internationalen Parkett zu ihren Kernaufgaben. Die Leopoldina definiert sich über ihren Elitenstatus. Ihre Mitglieder verfügen über fachliches Renommee und die Bestenauswahl wird durch

¹⁸⁶⁵ Vgl. Hacker 2019c, S. 17.

¹⁸⁶⁶ Leopoldina 2011b, S. 30.

¹⁸⁶⁷ Vgl. Leopoldina 2015a, S. 30.

Vgl. Leopoldina 2019h, S. 39.

Kooptation gewährleistet, was zur fachlichen Robustheit beiträgt. Expertise wird interdisziplinär und in thematisch zusammengestellten Arbeitsgruppen erarbeitet. Aufgrund der Größe der Akademie kann hierbei auf eine sehr breit aufgestellte Basis zurückgegriffen werden. Themenbereiche, in denen eine Schwäche identifiziert wird, können durch Externe oder neu zu wählende Mitglieder ergänzt werden. Die Akademie betont die Bedeutung der Evidenzbasiertheit von Politikberatung, sodass Laien- und Alltagswissen aus der nichtwissenschaftlichen Praxis unterbelichtet bleiben.

Als Nationale Akademie verfügt die Leopoldina über einen herausragenden institutionellen Rang, der ihr durch einen GWK-Beschluss verliehen wurde. Ihr Zweck und ihre Strukturen sind über ihre Vereinssatzung und zugehörige Ordnungen kodifiziert. Die hier verankerte Kooptation sowie die proaktive und selbstbestimmte Arbeitsweise stärken die fachliche Stellung der Akademie. Durch diese Mechanismen ist es ihr auch möglich, sich auf die gegenwärtigen Herausforderungen des wissenschaftspolitischen Systems der Bundesrepublik einzustellen. Die Leopoldina hat zu Innovation, Ethik, Risiko, Vorausschau, Digitalisierung und auch zum Wissenschaftssystem und seiner Governance Beiträge geleistet. International agiert sie als Vertreterin der deutschen Wissenschaft und im Kontext multinationaler Beratungsprozesse.

Die Leopoldina lässt sich keinem idealtypischen Bild der Politikberatung zuordnen. Sie versteht sich selbst als Think Tank, der Politik und Gesellschaft berät, legt dieser Funktion aber trotz ihrer Gesellschaftsorientierung scheinbar ein klassisches Verständnis der Beratung zugrunde. Die Öffentlichkeit ist Rezipientin der Beratung, wird aber nicht strukturiert in die Prozesse eingebunden. Entsprechend schwach ist der Grad der Repräsentativität, der sich bei der Leopoldina nur deskriptiv auf die Wissenschaft bezieht. Sie ist jedoch an der Kommunikation ihrer wissenschaftlichen Diskussionen in die Gesellschaft interessiert und hat ihr heterogenes Publikum vor Augen. Publikumsgerechtigkeit ist dennoch laut eigener Aussage möglich, wobei die Sprache und Gestaltung der Veröffentlichungen keinen gestalterischen Esprit versprühen. Die Akademie setzt aber stark auf digitale Medien, wobei diese vor allem zur Distribution von Inhalten und als Schaufenster für die Arbeit und Themen der Leopoldina eingesetzt werden.

Der umfassende Personalstab ist für die Vielzahl an Veröffentlichungs- und Veranstaltungsformaten unabdingbar. Referenten unterstützen auch die Arbeitsgruppen und sind für die Nachverfolgung von Beratungsprozessen zuständig. Trotz dieser Maßnahme, die auch zur Überarbeitung von Expertise führen kann, etabliert die Leopoldina keine nachhaltigen Arenen für die gesamtgesellschaftliche Deliberation.

Der Qualitätssicherung und -entwicklung kommt bei der Leopoldina, ganz ihrem wissenschaftlichen Hintergrund entsprechend, eine große Rolle zu. Stellungnahmen durchlaufen Begutachtungsprozesse und verschiedene Instanzen bis zu ihrer Verabschiedung durch die

Akademie und gegebenenfalls ihre kooperierenden Einrichtungen. Besonders hervorzuheben ist die Reflexion der Wissenschaft, der evidenzbasierten Politikberatung und relevanter wissenschaftsexterner Faktoren. Man darf nicht vergessen, dass die Leopoldina nicht nur Beratungsinstanz ist, sondern auch als Ort der Forschung der Wissenschaft verschrieben und hierdurch auch im besonderen Maße zu Metaexpertise fähig ist. Die Leopoldina hat verschiedene Leit- und Richtlinien verabschiedet, beziehungsweise orientiert sie sich an solchen. Insbesondere der Leitfaden für Politik- und Gesellschaftsberatung ist an dieser Stelle zu erwähnen, der Verfahren normiert und Prozesstransparenz herstellt. Ein konkretes Sanktionierungsmodell lässt die Leopoldina dennoch vermissen.

Mitgliederzuwahl, Themenidentifikation und Initiation von Beratung liegen in der Hand der Akademie. Auch wenn externe Wünsche an sie herangetragen werden können, entscheidet die Leopoldina selbst über die Verfahren, die sie durchführt. Auch über ihre inhaltliche, strukturelle und personelle Aufstellung kann die Akademie selbstständig befinden. Trotz der finanziellen Abhängigkeiten und ihrer Rechenschaftspflicht der Politik gegenüber ist die Leopoldina also auf Basis der Vereinssatzung weitreichend unabhängig. Über das WissFG ist sie mit zusätzlichen administrativen Freiheiten ausgestattet.

Die Leopoldina ist in weiten Teilen transparent. Ihre Themen, Arbeitsgruppen, Mitglieder, thematische Zuordnungen und Veranstaltungen, Publikationen, Strukturen und Prozesse sind öffentlich. Mit dem Monitoring-Bericht, dem zweimonatlich erscheinenden Newsletter, dem Jahrbuch, weiteren Sonderpublikationen und natürlich der Website sowie den Sozialen Medien informiert die Akademie umfassend über sich und ihre Mitglieder. Bezüglich der Interna ihrer Gremien und Arbeitsgruppen wahrt sie jedoch Vertraulichkeit. Die Strukturierung ihres Portfolios sollte die Leopoldina in der Außenkommunikation besser und stringenter ordnen. Suchmasken auf der Website funktionieren nicht immer ausreichend und auch die Nomenklaturen der Veröffentlichungen und die Publikationsübersichten sollten überarbeitet werden. Gerade bei einer so großen und komplexen Institution von nationalem und internationalem Rang, die auch als Anlaufstelle für die Öffentlichkeit dienen soll, wäre dies wichtig.

Es bleibt die Frage nach der Passgenauigkeit der Leopoldina in das deutsche Wissenschaftssystem, was gerade für die Nationale Akademie von besonderer Bedeutung ist. Mit Blick auf ihre Expertise und die Beratungsprozesse kann zunächst festgehalten werden, dass Konsens dort erzielt werden soll, wo er möglich ist. Im Fokus stehen doch das evidenzbasierte Argument und die sachgerechte Abwägung von Fakten. Sollte keine einheitliche Botschaft entstehen, müssen die unterschiedlichen Perspektiven erörtert werden. Die Leopoldina ist dabei generell perspektivenplural. Die Zuwahl neuer Mitglieder erfolgt themengebunden und seit 1990 in zusätzliche Klassen neben der Medizin und den Naturwissenschaften, womit dem neuen Anforderungsprofil der Gesellschaftsberatung Tribut gezollt wurde. Eine Abbildung der

Gesellschaft findet nicht statt. Ihre Perspektiven werden, bis auf einzelne Ausnahmen, über die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Akademie transportiert und inkorporiert.

Die Laufzeiten der Beratungsprozesse können stark voneinander abweichen. Während Arbeitsgruppen für gewöhnlich Arbeitsphasen von ein bis zwei Jahren haben, kann die Akademie mit Impulsen oder Ad-hoc-Stellungnahmen auch in deutlich kürzerer Zeit produzierte Expertise bereitstellen. Anlässlich des Ausbruchs des Coronavirus hielt die Leopoldina zum Beispiel gemeinsam mit dem SMC eine Pressekonferenz zur Information der Öffentlichkeit und demonstrierte damit schnelles Reaktionsvermögen.¹⁸⁶⁸ Die Leopoldina ist also auch dazu in der Lage, sich dem Takt von Öffentlichkeit und Politik anzupassen. Die Verfahrenswege bis zur Veröffentlichung einer Stellungnahme sind dennoch komplex und durch die Gremienstruktur, die Größe, die Grundsatzdokumente sowie Leitfäden der Akademie bestimmt. Kooperationsprojekte bedürfen das Ziehen zusätzlicher Schleifen.

Über ihre Mitglieder und ihr eigenes Kooperationsgefüge ist die Leopoldina gut in die Netzwerke der deutschen Wissenschaft eingebunden. In diesem kommt ihr als Nationale Akademie und Repräsentantin der gesamten Forschungslandschaft der Bundesrepublik eine herausragende Stellung zu. Hierdurch verstärkt sich die Bedeutung ihrer Botschaften und die Bedeutung ihrer Expertise, wodurch die Leopoldina als Taktgeberin fungieren kann. Die Nutzung der digitalen Medien dient vor allem der Kommunikation mit dem nichtwissenschaftlichen Teilen der Gesellschaft und der Distribution von Inhalten, wobei natürlich auch der interinstitutionelle und gerade auch der Austausch mit internationalen Einrichtungen vom Internet stark profitieren.

In den Beispielen, bei denen die Mandatierung durch die Politik ersichtlich ist und auch in weiteren Austauschformaten zeigt sich die stärkere Verbindung zur Exekutive, die typisch für die deutsche Politikberatung ist. Mit Blick auf die Entstehungsgeschichte der Nationalen Akademie ist das natürlich nicht verwunderlich.

Gemäß Leitbild und Leitfaden zur Politik- und Gesellschaftsberatung zeichnet sich die Leopoldina dadurch aus, dass sie gesellschaftlich relevante Fragen bearbeitet. Sie identifiziert ihre Themen auch durch den Austausch mit gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren. Eine Aufnahme in Arbeitsgruppen oder Kommissionen erfolgt aber nur über Inhalte, die Einzug in die Prozesse der Akademie erhalten. Somit kann die Leopoldina die Herausforderungen der Gesellschaft nur von ihrer Warte aus adressieren. Zeitgleich ist diese auch Teil des Zielpublikums der Leopoldina. Die Verständlichkeit ihrer Stellungnahmen für Laiinnen und Laien ist für sie daher ein Qualitätsmerkmal. Aber auch hier trüben die mangelnde Partizipation an Beratungsprozessen und die häufig monodirektionale Ausrichtung der Kommunikation das Bild ein. Die Leopoldina bleibt eine Gelehrtenvereinigung, die die Gesellschaft an ihrem Wissen, aber nicht an ihren Prozessen teilhaben lässt. Hierdurch schützt sie sich natürlich auch vor äußeren

¹⁸⁶⁸ Vgl. <https://www.leopoldina.org/presse-1/nachrichten/coronavirus/> (13.02.2020)

Einflüssen und erhält den grundlegenden Charakter ihrer Institution als neutrale Wissenschaftssozietät, die auf die Bereitstellung evidenzbasierten Ratschlags ausgerichtet ist. Dieses Image wird wiederum dadurch verwässert, dass die Akademie als Interessenvertreterin der deutschen Wissenschaft oder gar auch als politische Akteurin agiert.

Die Leopoldina ist prinzipiell mit den notwendigen Kapazitäten ausgestattet, um auch Beratungsleistungen in ethischen Fragestellungen zu erbringen. Obwohl sich in ihren Reihen auch Ethikexpertinnen und -experten befinden, sieht sich die Akademie nicht in der Position, Werturteile zu fällen und trennt diese von ihrer evidenzbasierten Beratung klar ab. Risikobezug und Vorausschau gehören jedoch eindeutig zu ihrem proaktiven Verständnis der Politikberatung.

Erfüllt die Leopoldina ihr Beratungsmandat, das sie als Nationale Akademie der Wissenschaft übernommen hat? Ja, sie steht Gesellschaft und Politik als Instanz zur Seite und erstellt Expertise da, wo sie nötig und gefragt ist. Sie liefert auch Antworten auf die drängenden Fragen der großen gesellschaftlichen Herausforderungen und öffentlichen Diskurse. Mit der Wahl ihres neuen Präsidenten Gerald Haug, einem Paläoklimatologen, gibt die Leopoldina auch ein klares Bekenntnis zu dieser Wirkungsdimension ab.¹⁸⁶⁹ Passt die Nationale Akademie als Beratungsinstanz in das deutsche System der Wissenschaftspolitik? Sie verfügt über einen ausgesprochen hohen institutionellen Rang, den sie einem gemeinschaftlichem Bundesländer-Beschluss verdankt. Die Besetzung mit verdienten und ausgezeichneten Forschenden lässt keinen Zweifel an ihrer fachlichen Robustheit und ihrem wissenschaftlichen Status. Die Kombination von Kooptation, autarkem Agenda-Setting sowie den Freiheiten in der Ausgestaltung von Prozessen und Strukturen hebt die Leopoldina im Vergleich zu anderen Beratungsinstitutionen hervor. Schafft es die Nationale Akademie dank dieser ausgewiesenen Stärken im institutionellen Design, die Herausforderungen der Bewertungsdimensionen aufzulösen? Hier lautet die Antwort nein, denn hierfür zeigen sich in der Analyse zu viele Schwächen. Die Partizipation der Gesellschaft an Beratungsprozessen ist entwicklungsbedürftig. Ebenso wäre eine Stärkung dialogischer Strukturen für die Leistungsfähigkeit der Akademie zuträglich. Die Leopoldina sollte weniger Exklusivität und mehr Gesellschaft wagen. Vielleicht entsteht in der nun angeschobenen Zusammenarbeit mit dem BMBF weiterer Mut zu neuen Formaten. Im Zeitalter postfaktischer und antiszientistischer Tendenzen ist eine klare Stimme für die Wissenschaft gefragt. Die Leopoldina, als nationale Akademie und mit ihren ausgewiesenen Expertinnen und Experten, wird in den öffentlichen Debatten der Bundesrepublik heute mehr denn je gebraucht.

¹⁸⁶⁹ Vgl. <https://www.leopoldina.org/mitgliederverzeichnis/mitglieder/member/Member/show/gerald-h-haug/> (13.02.2020)

7.) Diskussion der Ergebnisse

In Kapitel 6. wurde eine Auswahl der relevantesten Institutionen der Politikberatung in der deutschen Wissenschaftspolitik untersucht. Die Basis hierfür bildete eine Analyse der Diskurse zur Politikberatung und der Wissenschaftspolitik der Bundesrepublik und die daraus resultierende Ableitung von Begutachungskriterien, die in drei Bewertungskriterien gebündelt wurden. Die Leistungsfähigkeit der Beratungsinstanzen wurde dadurch bestimmt, wie gut sie in diesem Spannungsfeld zwischen Expertise, Deliberation und Interessenvertretung navigieren. Als zweite Bewertungsstufe wurde herausgearbeitet, inwiefern sie den Anforderungen und Charakteristika der deutschen Wissenschaftspolitik entsprechen und dazu in der Lage sind, auf die aktuellen Herausforderungen zu reagieren.

Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse der Untersuchung zusammenfassend diskutiert. Nach einleitenden Gedanken zur Leistungsfähigkeit und den Grenzen des Untersuchungsmodells werden Überlegungen zu möglichen Anschlussuntersuchungen angestellt. Anschließend werden Schlussfolgerungen, Problembereiche und Besonderheiten aus den Analysen der Beratungseinrichtungen dargestellt und allgemeine Beobachtungen zur Politikberatung in der Wissenschaftspolitik zusammengefasst, bevor das Abschneiden der Beratungsinstanzen in der systemischen Kompatibilität resümiert wird. Dies erlaubt die Identifikation von Verbesserungspotenzialen und Lösungsansätzen, bevor ein abschließender Ausblick auf den Themenkomplex gegeben wird.

7.1.) Gedanken zum Untersuchungsmodell

Die zentrale Frage bezüglich des verwendeten Untersuchungsmodells ist, ob mit ihm als Werkzeugkoffer belastbare Ergebnisse produziert werden können. Die Untersuchung zeigt, dass auf Basis der Verortung, der anschließenden Überprüfung der drei Bewertungsdimensionen und der abschließenden Bewertung anhand der Anforderungen der deutschen Wissenschaftspolitik ein differenziertes Bild der untersuchten Politikberatungseinrichtungen entsteht. Zeitgleich gibt das Modell Hinweise auf systemische und strukturelle Defizite, zeigt am Fachdiskurs gemessene Stärken und Schwächen auf und erlaubt Rückschlüsse auf Ansatzpunkte zur Verbesserung individueller Beratungsinstanzen sowie des Beratungssystems.

Bezüglich der Strukturierung des Untersuchungsansatzes kann festgehalten werden, dass mit der Kategorisierung der Beratungsinstanzen anhand von Dichotomien eine schnelle und strukturierte Annäherung erfolgt, zeitgleich trägt dieser Ablauf aber zu Redundanzen im Analyseteil bei. Die Erfassung des Leistungsspektrums in den drei Bewertungsdimensionen eignet sich dazu, das in der Literatur diskutierte Leistungsspektrum der Politikberatung in der deutschen Wissenschaftspolitik umfassend zu erfassen und zu analysieren. Es gibt jedoch auch Aspekte, die nicht von dieser Untersuchung geleistet werden können. Zum einen betrifft dies die Qualität der unterliegenden wissenschaftlichen Arbeit der Beratungseinrichtungen und

ihrer individuellen Mitglieder. Dieser Faktor wird jedoch durch den Faktor Renommee mit abgedeckt. Zum anderen befasst sich die Analyse nicht mit der Qualität der Expertise im Sinne ihrer realpolitischen Umsetzung. Impactmessung, wie der neudeutsche Ausdruck für die gesellschaftliche und politische Wirkungsmächtigkeit lautet, ist ein eigenes Entwicklungsthema für sich. Die vorliegende Arbeit hatte diesen Faktor als Bewertungselement ausgeschlossen. Auch nach wie vor kann man dafür das Argument stark machen, dass eine Umsetzung von Expertise nicht als Qualitätsmerkmal herangezogen werden sollte, um nicht dem Prinzip der parlamentarischen Entscheidung entgegenzusteuern. Stattdessen sollten die Funktion, Arbeitspraxis und das Design der Beratungsinstanz ausschlaggebend sein.

Neben dieser bewussten Ausklammerung muss die Untersuchung da Lücken lassen, wo es an Transparenz fehlt. Dies ist auf den Ansatz zurückzuführen, dass es bei der Öffentlichkeitsorientierung der Beratungsinstanzen eben darauf ankam, die Unterlagen zu nutzen, die selbstständig verfügbar gemacht wurden oder bereits zu finden waren. Allgemein gesprochen sind durch die Digitalisierung umfassende Unterlagenbestände online verfügbar, was diese Herangehensweise ermöglicht hat. Offenkundig ist, dass die Analyse keine informellen Kanäle abdecken kann. Gerade auch bei Beratungsinstanzen, die eng mit der Politik verknüpft oder durch politische Steuerung geprägt sind, gelangt man hier an nicht durchdringbare Grenzen. Abseits der Beobachtung, dass die diskrete Fortsetzung in Form einer Politikerberatung auch in den herangezogenen Beispielen gefunden werden kann, müssen somit einige Aspekte Gegenstände von Spekulation bleiben.

Das Untersuchungsmodell weist aber auch einzelne Nachteile auf. Zum einen ist der Arbeitsaufwand hoch, da die Analyse sehr leseintensiv vorbereitet werden muss. Gerade bei länger etablierten Beratungseinrichtungen besteht dabei kaum eine Möglichkeit, alle verbundenen Publikationen zu erfassen, sodass man stets mit einem repräsentativen Ausschnitt arbeiten muss. Aber auch dieser Ansatz ermöglicht, wie die vorliegenden Untersuchungen belegen, robuste Ergebnisse. Zum anderen wirkt die Analyse in Teilen zunächst redundant, was auf die Sequenz der Einzelschritte und die Leistungsaspekte der drei Bewertungsdimensionen zurückzuführen ist. Einzelne Aspekte beziehungsweise Schlagwörter, wie das institutionelle Design, das Vorhandensein einer Geschäftsstelle oder Perspektivenpluralismus müssen jedoch mehrfach herangezogen oder betont werden. Dies liegt vor allem daran, dass diese Elemente nicht trennscharf einzelnen Bewertungsdimensionen zugeordnet werden können, da sie Einfluss auf die Qualität aller drei Leistungsbereiche haben.

Den Blick auf die einzelnen Bewertungsdimensionen gerichtet kann außerdem festgehalten werden, dass die Zuordnung des Selbstverständnisses zu einem Idealtypus in der Bewertungsdimension Deliberation nicht produktiv ist. Keine Beratungsinstanz kann einem dieser Schnittmuster genau zugeordnet werden, es ergeben sich immer nur teilweise Übereinstim-

mungen mit dem Idealbild. Auch wenn dieses Element somit nicht in weiterführenden Untersuchungen implementiert werden sollte, sind solche Überlegungen für die Diskussion der Grundlagen und Umgebungseffekte sowie definierender Faktoren der Politikberatung wichtig, für den individuellen Anwendungsfall jedoch nicht effektiv.

Anschlussuntersuchungen könnten beim oben erwähnten Thema der Impactmessung ansetzen. Existierende Arbeiten, wie beispielsweise die von Peter Weingart und Justus Lentsch, zeigen entgegen der kritischen Betrachtung, dass auch dieser Leistungsaspekt ein Untersuchungsgegenstand sein kann. Dieses Beispiel zeigt aber außerdem, dass die Entwicklung aussagekräftiger Untersuchungsmodelle schwierig ist. Mit Blick auf die zum Teil umfassende Literatur und lange Geschichte einzelner Beratungseinrichtungen, wie beispielsweise der WD, müsste eine solche Arbeit außerdem ein hohes Maß an Text verarbeiten. Allein aus diesem Grund könnte es für weiterführende Analysen gewinnbringend sein, sich auf einzelne Beratungsinstanzen zu fokussieren. Dieser Ansatz würde einen vertieften Einblick erlauben, einen noch größeren Fokus auf Quellen ermöglichen und so einen umso detaillierteren Blick auf den Untersuchungsgegenstand, seine Strukturen, Veränderungen und Nuancen ermöglichen.

Auf der anderen Seite erscheint auch die Fokussierung auf einen Teilaspekt des Leistungsspektrums der Politikberatung erfolgversprechend, um Problem- und Potenzialbereiche zu beleuchten. Mit Blick auf die aktuellen Tendenzen und die in der vorliegenden Arbeit identifizierten Schwächen im System, würde die Konzentration auf dialogische Kommunikation sowie Partizipation der Öffentlichkeit produktiv sein und einen Beitrag zur weiteren Verbesserung der Beratungskapazitäten in der deutschen Wissenschaftspolitik leisten.

7.2.) Ergebnisse der Analyse

Im Folgenden werden zentrale Beobachtungen und Untersuchungsergebnisse zusammengetragen, um einen bilanzierenden Überblick zum Abschneiden der analysierten Beratungsinstanzen zu geben. Aufgrund der Überschneidungen zwischen den Bewertungsdimensionen ist eine Kategorisierung anhand dieser nicht zielführend. Daher werden die einzelnen Elemente in die Bereiche institutionelles Design oder Funktion gebündelt. Anschließend werden allgemeine Beobachtungen zur Politikberatung in der Wissenschaftspolitik dargelegt, die sich aus der Untersuchung ableiten lassen.

Grundlegend für die Gestaltung einer Beratungsinstanz ist ihr Mandat. Die Verschiebung zur Gesellschaftsberatung spiegelt sich dabei in der Aufgabenbeschreibung der untersuchten Gremien und Institutionen wider. Mit dem HTF, dem ER und der Leopoldina gibt es drei Einrichtungen, die einen primären Gesellschaftsberatungsauftrag haben. Beim WR, den WD, den EK und dem TAB ist die Gesellschaft immerhin noch als Zweitempfängerin zu finden. Mit der Ernennung der Nationalen Akademie wurde ein klares Signal gesetzt, dass Beratung

für Politik und Gesellschaft notwendig ist und stattfinden muss. Politisch-gesellschaftliche Debatten, die stark auf wissenschaftlicher Erkenntnis aufbauen – zum Beispiel zum Dieselskandal, zur Impfpflicht oder zu COVID-19 – unterstreichen die Relevanz dieser Feststellung, die auf Seiten der Wissenschaft und der Politik auch angekommen ist.

Die Mandatierung der untersuchten Beratungsinstanzen unterscheidet sich hingegen deutlich in puncto Freiheitsgrad. Die WD verfügen über die engste Aufgabenbeschreibung und sind überwiegend reaktiv auf die Beauftragung aus der Politik ausgerichtet. Am anderen Ende des Spektrums bewegen sich der ER, der über ein weites Mandat verfügt und proaktiv seine Themen sowie Prozesse selbst bestimmt und die Leopoldina, die thematische, prozedurale und auch personelle Freiheiten in der Ausgestaltung ihrer Arbeit hat. Die EK, das HTF, das TAB und der WR pendeln sich in der Mitte ein. Die EK verfügen über weitreichende Potenziale, die jedoch interpretationsabhängig sowie von der Politik und ihrer Themensetzung abhängig sind. Das HTF ist thematisch reaktiv zugeschnitten, kann seine Prozesse aber ausgestalten, wobei die Aufsicht der Politik hier dämpft. Das TAB verfügt über ein prozedural weites Mandat, das aber den thematischen Vorgaben des Bundestags und der Verfahrensregeln der TA unterliegt. Die Steuerung durch die Politik schränkt vor dem Hintergrund des angelegten Maßstabs auch das Mandat des WR ein, das ansonsten weit gestaltet ist und proaktive sowie reaktive Elemente aufweist. Die WD und das TAB nehmen in der Vergleichsgruppe eine erwähnenswerte Sonderstellung ein, da es sich bei Ihnen im weitesten Sinne um Dienstleistungseinrichtungen des Bundestags handelt. Folglich sind beide auch als Legislativberatungsinstanzen einzustufen, wie es auch bei den EK der Fall ist. Der WR, das HTF und der ER richten sich an die Exekutive, was auch die Leopoldina überwiegend macht. Somit kann eine gute Verteilung der Beratungskapazitäten festgestellt werden. Beide staatlichen Gewalten besitzen außerdem die Möglichkeit, Lücken in der Beratungslandschaft zu füllen. Einzig bei der Legislativberatung ist jedoch die Tendenz zu vertraulichen Beratungsformen festzustellen. Die WD und das TAB, als Einrichtungen des Parlaments, betreiben in ihrer Grundausrichtung Politikerberatung. EK finden ihre Fortsetzung nicht in öffentlichen Arenen, sondern in Hinterzimmern. Das passt zu dem vom Parlament demonstrierten Steuerungsanspruch in puncto Expertise.

Die untersuchten Beratungseinrichtungen weisen fast alle einen hohen Grad der Institutionalisierung auf. Der WR geht auf ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern zurück, wie auch die Ernennung der Leopoldina zur Nationalen Akademie auf einem GWK-Beschluss beruht. Die Grundlage für den ER wiederum ist das gleichnamige Gesetz. Alle drei verfügen außerdem über Geschäftsordnungen, mit denen ihre Funktionen kodifiziert werden. Die Leopoldina kann daneben auch noch auf ihre Vereinssatzung verweisen. Neben diesen durch politische Verfahren hoch aufgehängenen Einrichtungen sind die WD und die EK Teil des Bundestags, sodass die Verfahrensvorschriften des Parlaments für sie gelten. Das TAB

agiert zusätzlich auf den Grundsätzen der TA des Bundestags. Nur das HTF weist einen niedrigen Grad der Institutionalisierung und möglicherweise gerade deswegen Unbeständigkeiten in Form, Funktion und Besetzung auf.

Hingegen verfügen alle untersuchten Beratungsinstanzen über eine Geschäftsstelle. Mit Blick auf ihre Relevanz und die zum Teil sehr komplexen Beratungsprozesse sowie die auch abseits der Produktion von Expertise geforderten Leistungsbereiche, verwundert das auch nicht. Ebenfalls zu bedenken ist hier, dass die eigentlichen Expertinnen und Experten ihre Beratungsfunktion nicht hauptamtlich wahrnehmen und so Entlastung und Zuarbeit unabdingbar sind. Beim TAB und den WD handelt es sich aber, um genau zu sein, bei dem Beratungsorgan selbst um die Geschäftsstelle. EK wiederum verfügen zwar nicht über eigene Büroräume, werden aber durch Personal aus der Bundestagsverwaltung unterstützt, die eine quasi-Geschäftsstelle einrichten. Die Arbeitsebene des HTF besteht ebenfalls aus entsendeten Mitarbeitenden, die jedoch von beteiligten Institutionen bereitgestellt wurden, ebenso wie die genutzten Räumlichkeiten. Der WR hat hingegen ein Büro mit umfassendem Personalstab in Köln, der ER sitzt mit seinen zehn Mitarbeitenden in Berlin. Die Leopoldina fällt durch die schiere Größe ihrer Belegschaft aus dem Rahmen und betreibt neben ihrem Hauptsitz in Halle an der Saale auch eine Zweigstelle in Berlin.

Eine ernüchternde Erkenntnis zeichnet sich bezüglich der Besetzung der Beratungsinstanzen ab. Keine der untersuchten Einrichtungen erfüllt alle Teilaspekte dieses zentralen Charakter- und Qualitätsmerkmals vollständig zufriedenstellend unter Berücksichtigung des herausgearbeiteten Leistungskatalogs. Zwar kann beim WR von einer Teilkooptation gesprochen werden, es findet sich jedoch keine Vertretung der Zivilgesellschaft im Gremium, das außerdem korporativ besetzt ist und so eine Nähe von Beratenden und Beratenen herstellt. Dies ist selbstredend auch bei EK der Fall, bei denen Besetzungen außerdem mit Interessenvertreterinnen und -vertretern erfolgen können. Beim TAB und den WD, verstanden als Teile des Bundestags, stehen wiederum die Mitglieder der Beratungsinstanz in einem Angestelltenverhältnis mit intransparentem Auswahlverfahren. Beim HTF ist die Politik nicht personell in das Gremium integriert, das aus Wissenschafts-, Wirtschafts- und Zivilgesellschaftsvertretungen besteht. Jedoch krankt auch hier die Besetzung an der Berufung der Mitglieder durch die Politik. Das gleiche Problem ist beim ER zu finden, der durch ein intransparentes Verfahren bis zum Zeitpunkt der Berufung durch den Bundestagspräsidenten oder die Bundestagspräsidentin gekennzeichnet ist. Einzig die Leopoldina ist innerhalb der Untersuchungsgruppe in der Auswahl ihrer Mitglieder frei und kooptiert auf Basis fachlicher Meriten. Jedoch ergibt sich gerade aus ihrer Eigenart der Wissenschaftssozietät das Problem, das die Zivilgesellschaft keinen Platz im Gremium selbst hat. Dafür ist die Nationale Akademie sehr breit aufgestellt und tritt mit dem Ziel auf, eventuelle Lücken in der Bereitstellung von Wissensbeständen durch

entsprechende Kooptationen zu schließen. Die Leopoldina ist in diesem Sinne fachlich deskriptiv repräsentativ. Das Gleiche trifft auf den ER zu, der darüber hinaus auch auf ethischer Ebene unterschiedliche Hintergründe einbinden soll, um die gesellschaftliche Vielfalt wiederzugeben. Beim genaueren Blick zeigt sich jedoch, dass es sich vor allem um eine Wiedergabe der Gesellschaft aus wissenschaftlicher Perspektive handelt, obwohl auch die Betroffenenperspektive im Rat vertreten ist. Die WD, das TAB und die EK können ebenfalls nicht als repräsentative Beratungseinrichtungen eingestuft werden, wie die Analyse zeigt. Bei Letzteren kommt es auf die Ausrichtung und Steuerung der jeweiligen Kommission an, was bislang jedoch keine Erfolgsbeispiele produziert hat. Die Mitarbeitenden des TAB und der WD wiederum werden auf Basis ihrer für die Arbeit ihrer Institution notwendigen Fähigkeiten ausgewählt, so dass die Beratungseinrichtung selbst nicht repräsentativ ist. Beide sind jedoch generell in der Lage, bei der Ausarbeitung der Expertise repräsentative Momente zu generieren. Das HTF, das in der Außendarstellung einen gesellschaftsorientierten Ansatz kommunizierte, wurde in der Besetzung letztlich auf Mitglieder aus Wissenschaft und Wirtschaft beschränkt. Der WR wiederum kann immerhin als eingeschränkt deskriptiv und hochgradig delegiert repräsentativ eingestuft werden. Allen Beratungseinrichtungen ist es letztlich möglich, eine Perspektivvielfalt in ihrer Expertise herzustellen, eine repräsentative Einbindung auf Augenhöhe ist hingegen selten. Dies trifft auch auf die Möglichkeit von Sondervoten und abweichenden Stellungnahmen zu. Nur die EK und der ER, also beides Gremien, die sich häufig oder ausschließlich mit wertebezogenen Fragestellungen auseinandersetzen, ermöglichen Minderheitsvoten. Obwohl die Besetzung und die Verfahren hinter der Besetzung einer Beratungsinstanz als zentrale Stellschrauben bekannt sind, besteht also Nachbesserungsbedarf.

Ein interessantes Ergebnis bei der Betrachtung des institutionellen Designs zeichnet sich beim Faktor Rückbindung ab. Auch wenn Korporatismus mit Blick auf die Bewertungsdimensionen und den Faktor Distanz zwischen Beratenden und Beratenen als Schwäche ausgelegt werden muss, spielen hier die politiknahen Gremien WR, WD, EK und TAB eine klare Stärke aus. Durch die Bindung an und die Steuerung durch die Politik bestehen Verantwortungs- und Rückbindungsstrukturen über die durch Wahlen legitimierten und an die Gesellschaft zurückgekoppelten Politikerinnen und Politiker. Ein Beratungsgremium sollte, gemessen am Gesamtbild des Leistungsspektrums, jedoch möglichst entpolitisiert sein. Der Gewinn einer unbefriedigenden Rückbindung ist somit ein höherer Grad der Freiheit. Der politische Entscheidungsfindungsprozess, der die Expertise schlussendlich in Realpolitik ummünzt, wirkt hier zusätzlich als Dämpfer. Anders sieht das wiederum bei der Rechenschaftspflicht der untersuchten Beratungseinrichtungen aus. Der ER und die Leopoldina erbringen einen jährlichen Bericht, die WD sind ihrer Institution und das TAB zusätzlich dem ABFTA gegenüber rechenschaftspflichtig. Die EK, der WR und das HTF sind nur über den Status ihrer Mitglieder und die Reaktion ihrer Peers diesbezüglich rückgekoppelt. In diesem Leistungsaspekt ist somit ein

Defizit festzustellen. Neben Aspekten, die dem institutionellen Design zugeordnet werden können, ermöglicht die Analyse weiterhin Rückschlüsse auf die Funktionsweise der untersuchten Beratungsinstanzen. Neben ihrem Umgang mit Wissen, ihrer Öffentlichkeitsorientierung, dem Faktor Interessenvertretung ist hierbei vor allem die kritische Auseinandersetzung mit dem Problembereich Kommunikation, Dialog und Popularisierung notwendig, der sich als Untersuchungsergebnis abzeichnet.

Wenig überraschend ist die Feststellung, dass alle Beratungsinstanzen ein interdisziplinäres Arbeitsverständnis haben und auf entsprechende Wissensbestände zurückgreifen. Hier zeigt sich, dass die Politikberatung die facettenreichen Probleme der Gegenwart sowie die gestiegene wissenschaftliche Komplexität erkannt hat und zur Beantwortung dieser Herausforderungen die notwendigen fächerübergreifenden Ansätze verwendet. Ähnlich verhält es sich mit der Produktion von Metaexpertise im Sinne von Anwendungsbezug sowie zur Selbst- und Systemanalyse, die alle untersuchten Beratungsinstanzen bereitstellen können. Dabei sollte jedoch festgehalten werden, dass die Kapazitäten der Leopoldina die der anderen Einrichtungen, gerade was die Analyse der Politikberatung selbst betrifft, deutlich übertrifft. Auch in puncto Ethikberatung nimmt die Leopoldina, zusammen mit dem ER, eine herausragende Position im Vergleichsfeld ein. Keine anderen Einrichtungen der Vergleichsgruppe verfügen über Primärkapazitäten für wertebezogene Expertise.

Als eindeutig unterbelichtet stellt sich die Bedeutung des Wissens von Laiinnen und Laien heraus. Für den WR, die WD, das HTF und auch die Leopoldina spielt Alltagswissen keine wirkliche Rolle. Bei EK ist die Einbindung dieser Wissensbestände von der Prozessgestaltung anhängig, wobei die letzten Entwicklungen auf einen abnehmenden Trend hinweisen. Der ER und das TAB können auf Alltagsexpertise zugreifen, was in der Praxis jedoch kaum Anwendung findet, obwohl das TAB genau hierfür auch Vehikel bereithält. Somit gibt es an dieser Stelle eine Diskrepanz zwischen dem in der Literatur getroffenen Beobachtungen und den formulierten Ansprüchen mit der Realität der Beratungsprozesse.

Deutlich positiver fällt die Bilanz bei der Einbindung externer Expertise aus. Nicht nur findet dies bei der gesamten Vergleichsgruppe Anwendung, die WD sind sogar explizit darauf ausgerichtet und auch das TAB nutzt dieses Mittel, um Untersuchungsgegenstände umfassend analysieren zu können. Auch das HTF sah diese Möglichkeit vor, was unter anderem zur Beauftragung von Studien führte. Beim WR ist ein Schritt weiter möglich, indem Ausschüsse mit Externen besetzt werden können, gleiches trifft auf Infrastrukturevaluationen zu. In den EK wiederum kommen Sachverständige mit MdB zusammen, weiterer externer Sachverstand kann zusätzlich hinzugezogen werden. Dies gilt auch für den ER, der korrespondierende Mitglieder für Arbeitsgruppen einsetzen kann. Bei der Leopoldina findet eine solche Beteiligung in den Arbeitsgruppen und wissenschaftlichen Kommissionen nur vereinzelt statt. Mit dem Se-

nat ist wiederum ein zentrales Steuerungsgremium der Nationalen Akademie auch mit Externen besetzt. Es zeichnet sich somit ein differenziertes Bild in der Strukturierung und Eingriffstiefe der Einbindung externer Expertise ab, es kommt jedoch keine untersuchte Einrichtung ohne aus.

Ebenfalls von allen Beratungsinstanzen erfüllt wird ein gewisser Grad an Öffentlichkeitsorientierung, wobei Partizipation nur selten und häufig nicht strukturiert in Regelprozessen erfolgt. Das TAB bildet mit dem Stakeholder Panel, dem Scan-Prozess und dem dafür eingespannten Konsortialmitglied IZT eine bemerkenswerte Ausnahme in der Vergleichsgruppe. Dennoch kann attestiert werden, dass der Transformationsprozess zu mehr Öffentlichkeit auch bei der Politikberatung in der Wissenschaftspolitik angekommen ist, aber noch einen weiten Weg vor sich hat. In Teilen haben strukturkonservative Kräfte bereits eine Rückwärtsbewegung eingeleitet, da Transparenz und Öffentlichkeit nicht durchgängig als Erfolgsgeschichte gesehen werden, vor allem auch aus Sicht der Politik. Hierbei darf der valide Einwand nicht außer Acht gelassen werden, dass öffentliche Debatten durch den Modus der Politik in der Freiheit ihrer Debattenkultur eingeschränkt werden können. Mit dem HTF, dem ER und der Leopoldina gibt es jedoch zentrale Politikberatungsgremien in der deutschen Wissenschaftspolitik, die den Öffentlichkeitsbezug in ihrem genetischen Code haben. Die Gesellschaft definieren sie als Erstempfängerin ihrer Expertise. Der WR und die WD befinden sich am anderen Ende des Spektrums. Die WD sind eigentlich nicht darauf ausgerichtet, die Öffentlichkeit zu beraten, zeitgleich schlägt sich ihre Expertise vereinzelt in Schlaglichtern in der Presse nieder. Über das Informationsfreiheitsgesetz und die öffentliche Datenbank des Bundestags ist die Arbeit der WD heute aber auch in Teilen für die Öffentlichkeit zugänglich. Auch der WR gewährt Zugang über seine Website, obgleich bei beiden Einrichtungen dies als Nebenprodukt ihrer eigentlichen Aufgaben zu sehen ist. EK wiederum sollen außerdem eine legitimierende Wirkung erzielen, weshalb auch ein öffentlichkeitswirksames Abbild ihrer Arbeit in die Gesellschaft gespielt wird. Mit der EK Internet wurde ein Versuchsballon gestartet, die Kommissionsarbeit noch stärker zu öffnen, was aber keine Fortsetzung gefunden hat. Das HTF, dessen erklärtes Ziel es war, Forschung in die Mitte der Gesellschaft zu bringen, belebte diesen Anspruch am Ende nicht ausreichend mit entsprechenden Formaten. Beim TAB befindet sich der Leistungsbereich Öffentlichkeit im Ausbau, wird jedoch zunehmend als wichtige Funktion erfasst, obwohl die Arbeit für das Parlament an vorderster Stelle bleibt. Der ER ist auf Basis des EthRG eindeutig auch auf die Öffentlichkeit ausgerichtet und zu einer jährlichen öffentlichen Veranstaltung verpflichtet, was ein Alleinstellungsmerkmal darstellt. Die Leopoldina hat die Öffentlichkeitsorientierung in ihrem Leitbild und ihrer Satzung verankert. Die Beratung der Gesellschaft war einer der Zwecke hinter ihrer Wandlung zur Nationalen Akademie der Wissenschaften. Im Zuge der Corona-Pandemie hat die Leopoldina bewiesen, dass sie diese Aufgabe mit kurzen Laufzeiten, zu wechselnden Teilaspekten und mit großer Resonanz erfüllen kann.

Die Ausstattung der Beratungsinstanzen mit Mitarbeitenden für Öffentlichkeitsarbeit korrespondiert mit diesen Beobachtungen. Während die WD und EK hierfür kein dezidiertes Personal haben, verfügen der WR und die HTF über Pressestellen. Das TAB wiederum verfügt seit ein paar Jahren über eine Stelle für Wissenschaftskommunikation. Der ER und die Leopoldina haben Personal, das für Veranstaltungen, PR und Kommunikation zuständig ist. Diese Unterstützungsstrukturen waren auch für die wiederholten und kurzfristigen Beratungsleistungen während der Corona-Pandemie von Vorteil. Für alle Beratungseinrichtungen hingegen gilt, dass sie ihre Publikationen kostenlos zur Verfügung stellen und das Internet für die barrierearme Distribution ihrer Expertise und zur Informationsdarstellung verwenden. Die Datenbanken zur Suche nach den verschlagworteten Veröffentlichungen funktionieren mal besser, mal schlechter.

Obgleich die untersuchten Beratungsinstanzen also grundsätzlich öffentlichkeitsorientiert sind und ihr Kommunikationsportfolio auch auf die Allgemeinheit ausrichten, zeigt die Analyse auf, dass der Bereich Dialog und Popularisierung weiterhin auch im Querschnitt Schwächen aufweist. So fehlen zumeist Formate und Prozesse abseits der Bereitstellung von Publikationen auf der Website, um die Expertise für eine heterogene Öffentlichkeit zu transportieren. Die EK bilden allein mit ihrer gesetzlichen Veranstaltungspflicht eine Ausnahme, ebenso die Leopoldina, die verschiedene öffentlichkeitsgerichtete Veranstaltungen mit unterschiedlichen Zielgruppen und kooperierenden Einrichtungen durchführt. Die Verständlichkeit ihrer Expertise für Laiinnen und Laien ist Teil ihrer Review-Verfahren. Dennoch finden sich auch bei der Nationalen Akademie Beispiele für unklare Sprache, die sich im gesamten Vergleichsfeld wiederholt zur Mandatierung oder zur Expertise selbst finden. Einfache Sprache findet nur beim ER punktuell Anwendung und simplifizierende Publikationen sind, abseits von Kurzfassungen, kaum zu finden. Das HTF ist darum bemüht, gestalterisch hochwertige Publikationen zu erarbeiten, aber auch andere Beratungseinrichtungen arbeiten mit Kommunikationsagenturen zusammen. Gerade weil hierfür bereits Mittel aufgewendet werden, ist unklar, wieso nicht stärker auf die Heterogenität des Publikums eingegangen wird. Eine mögliche, wenn auch zynische, Erklärung könnte die Annahme sein, dass die Themenbereiche der Wissenschaftspolitik ein an ihrer Rezeptionsfähigkeit gemessen überdurchschnittliches Publikum ansprechen und eine zu starke Übersetzungsleistung daher unnötig erscheint. Eine andere Möglichkeit besteht in der Angst davor, die Tonalität der Wissenschaftlichkeit zu verlieren und damit an Distanz zu Laiinnen und Laien einzubüßen. Zugute kann man dem natürlich halten, dass eine medienkonforme und simplifizierende Ausarbeitung natürlich die Popularisierung stärkt. Bei den Beratungsinstanzen, bei denen die Gesellschaft nur sekundäre Rezipientin ist, sollte der Fokus aber auf der Ausarbeitung präziser Expertise liegen, um bereits knappe zeitliche und personelle Ressourcen zu schonen. Unter Berücksichtigung des vorliegenden Kriterienkatalogs ist dennoch eine Stärkung der Popularisierungsleistung erstrebenswert.

Deutliche Kritik ist am mangelhaften Ausbau der Dialogstrukturen nötig, der in der gesamten Vergleichsgruppe festzustellen ist. Die Sozialen Medien sind hierfür nicht unbedingt der Schlüssel, aber ein möglicher weiterer Schritt, da sie sinnbildlich für das zurückhaltende Engagement der Beratungseinrichtungen stehen und eine niederschwellige sowie direkte Kontaktmöglichkeit bieten. Im Vorfeld sollte jedoch die Nachfrageseite beleuchtet werden, da die monodirektionalen Bemühungen zum Teil nur auf geringe Resonanz treffen. Zeitgleich sind die Sozialen Medien Orte, an denen die Verbreitung und die Auseinandersetzung mit Fehlinformationskampagnen, Verschwörungstheorien und postfaktischen Statements geführt werden kann. Die Krise der Wissenschaft hat sich dahingehend erweitert, dass sie stärker als zuvor gefordert ist, nicht nur für ihre Erkenntnisse, sondern auch für ihre Funktionsweise und Prozesse Verständnis zu schaffen. Die oft auch schrillen Töne dürften dabei nicht als Repräsentation einer kritischen Gesellschaft missverstanden werden, da in den Debatten im Netz oftmals ein Ungleichgewicht mit der still mitlesenden Minderheit herrscht. Dennoch ist es unabdingbar, dass die zentralen Beratungsgremien der Bundesregierung sich gerade auch hier zukünftig verstärkt in den echten Dialog bewegen. Während der Corona-Pandemie haben Einzelpersonen, wie beispielsweise Christian Drosten, demonstriert, wie wirkungsvoll ein solches persönliches Engagement sein kann. Es ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, dass es zu diesem Zeitpunkt nicht möglich ist, die Aufmerksamkeitseffekte in einer Zeit ohne Krise abzuschätzen.

Der Befund, dass mehr Interaktion gewagt werden sollte, muss auch auf die Arenenbildung der untersuchten Beratungsinstanzen ausgeweitet werden. Bemerkenswert ist, dass sich das HTF dieser Aufgabe gänzlich verschließt und auf die Politik verweist, die es in der Pflicht sieht, diese zu schaffen. Die WD moderiert ebenfalls keine Räume für den gesamtgesellschaftlichen Austausch, wie auch die EK nicht, deren Beratungen jedoch im Hinterzimmer fortgesetzt werden. Beim TAB wäre durch die Einbindung der Konsortialmitglieder das Potenzial vorhanden, das aktuell aber nicht ausgeschöpft wird. Auch beim ER bleibt die nachhaltige Arenenbildung aus. Die Leopoldina sieht sich selbst als Plattform für den gesamtgesellschaftlichen Austausch, stellt hierfür aber keine bleibenden Räume zur Verfügung. Jedoch werden die Mitglieder der Arbeitsgruppen zur Fortsetzung ihrer Beratungstätigkeit angehalten, beispielsweise durch Teilnahme an entsprechenden Veranstaltungen oder Beteiligung an politischen Prozessen.

Dieses Ausbleiben der fortlaufenden gesellschaftlichen Deliberation in von den Beratungseinrichtungen geschaffenen und moderierten Arenen fügt sich in das Bild ein, das sich im Zuge der Analyse in Bezug auf Partizipation und Gesellschaftsbeteiligung insgesamt abgezeichnet hat. Entgegen den Beobachtungen sowie Forderungen in der Literatur und auch entgegen den Äußerungen und Ankündigungen der Beratungseinrichtungen selbst, findet partizipativ gestaltete und nachhaltige Deliberation auf der Wortebene statt, die in der Realität aber

nicht überzeugend umgemünzt wird. Nach wie vor dominiert in der Wissenschaftspolitik die monodirektionale Beratung. Beteiligungsformate nehmen in der deutschen Beratungslandschaft keine relevante Position ein. Das TAB und die EK Internet, die jedoch als Ausnahmeerscheinung gewertet werden muss, stellen Abweichungen dar. Die Beteiligung der Öffentlichkeit kann auf vielen Ebenen scheitern: wenn Formate nicht mit Leben befüllt werden, an Widerständen aus konservativen Kreisen oder der Parlamentsverwaltung, am digitalen Graben, an geringer Medienaufmerksamkeit, einem zu großen Workload, durch den Vorschläge nicht berücksichtigt werden können, oder natürlich schlicht und einfach am fehlenden Willen der wissenschaftlichen Beratenden.

Die Probleme im Aufbau von Dialogstrukturen und der Arenenbildung passen zur generellen Problematik der Partizipation in wissenschaftspolitischen Beratungsprozessen. Sie verdeutlichen das zurückhaltende Engagement, das sich selbst bei den zentralen Beratungsinstanzen der Bundesrepublik hält. Ein Erklärungsansatz könnte das immer noch gespaltene Verhältnis innerhalb der Wissenschaft zur Gesellschaftsorientierung sein. In Teilen ist zwar nicht unbedingt noch immer ein Abwehrverhalten, jedoch zumindest eine Skepsis gegenüber den verschobenen Grenzen sowie den veränderten Mechanismen der Wissenschaftspolitik gegenüber vorhanden. Die Vorbehalte sind auch dadurch zu erklären, dass eine stärkere Transferorientierung und Öffnungsprozesse mit einem langwierigen Kultur- und Organisationsentwicklungsprozess verbunden sind. Die Debatte um die Neue Governance und die neue Verortung der Wissenschaft sowie die Kluft, die von einigen zwischen Forschungsfreiheit und transformativer Wissenschaft gesehen wird, die mit partizipativem Grundverständnis und als Teil der Gesellschaft ihre Probleme aufnimmt und verarbeitet, müssen langwierig ausgeglichen werden. Zeitgleich müssen diese Positionen mit gesellschaftlichen Ansprüchen und politischen Verstößen versöhnt werden. Dabei darf nicht vergessen werden, dass solche zusätzlichen Prozesse für die Wissenschaft auch stets eine Ressourcenfrage sind. Im Angesicht dieser noch immer komplexen Gemengelage ist unklar, wie lange die bestehenden Probleme und Schwächen noch Bestand haben werden. Der Wandel und der Willen zu diesem muss auch aus der Wissenschaft und den beratenden Gremien kommen, die sie bilden. Die Aufgabe der Wissenschaftspolitik sollte es sein, hier Unterstützung zu leisten und Impulse zu setzen, damit die Wissenschaft im Rahmen ihrer Freiheiten entsprechende Transformations- und Vermittlungsprozesse gestalten kann. Das Handeln der Politik ist derzeit jedoch auch nicht durchweg förderlich und progressiv ausgerichtet, wie die EK Internet belegt.

Bezüglich der Stärken und Schwächen der Beratungsinstanzen im Bereich Interessenvertretung kann erneut ein übergreifendes Defizit festgestellt werden, das sich aus den Transparenzmaßnahmen ergibt. Allen ist gleich, dass die politischen Prozesse im Hintergrund, die sich nicht über offizielle Gremien ergeben, intransparent bleiben. Dieser Umstand kann aber nicht den Beratungseinrichtungen selbst angekreidet werden, da eine Offenlegung nicht im

Rahmen ihrer Möglichkeiten liegt. Für den WD und den ER herrschen darüber hinaus besondere Diskretionsvorgaben, die sich aus dem Vertrauensverhältnis zum Parlament beziehungsweise dem Schutz sensibler Informationen ergeben. Die Arbeit der WD, als Dienstleistende des Parlaments, sind zum Großteil vertraulich. Auf Basis des Informationsfreiheitsgesetzes können Informationslücken jedoch über den Umweg der Anfrage gezielt gefüllt werden. Beim ER schaffen das EthRG und die Geschäftsordnung eine gewisse Klarheit bezüglich der Prozesse und Strukturen, die über die Veröffentlichungen auf der Website zum Arbeitsprogramm und Zuständigkeiten ergänzt wird, um einen vergleichsweise hohen Grad der Transparenz zu erreichen, der für die wertebezogenen Diskussionen des Gremiums von besonderer Bedeutung ist. Auch der WR gibt seine Strukturen und Arbeitsergebnisse frei, lässt sich aber bei seinen internen Prozessen nicht in die Karten schauen. Ähnlich verhält es sich mit den EK, die Prozesstransparenzen gewähren, bei denen das Parlament aber nicht den Hebel nutzt, den es hätte, um die Klarheit weiter zu erhöhen. Eine vergleichbare Beobachtung trifft auf das HTF zu, das Abläufe und Zuständigkeiten darstellt, aber die ihm eingeräumten Möglichkeiten nicht ausreizt. Beim TAB sind grundlegende Prozesse kodifiziert hinterlegt und über das Arbeitsprogramm wird laufend informiert. Die Leopoldina ist prozedural, strukturell und inhaltlich transparent, gewährt aber keinen Einblick in die Interna ihrer Gremien.

Keine der Beratungsinstanzen hingegen stellt die Transparenz seiner Besetzungsverfahren her. Erneut zeigt sich ausgerechnet an dieser zentralen Stellschraube systematisch eine Schwäche. Einzig bei der Leopoldina kann dieser Umstand kompensiert werden, da durch die Kooptation der Mitglieder und die bottom-up-Prozesse der vor allem inhaltsgetriebenen Zuwahl die intransparenten Details für Außenstehende ausgeglichen werden. Natürlich ist eine interesse- oder netzwerkgetriebene Kooptation nicht ausgeschlossen und auch das Ungleichgewicht in der Geschlechterverteilung könnte mit dem Modus der Mitgliedergewinnung zusammenhängen. Je kleiner eine Einrichtung, umso schlechter sind kooptative Zuwahlverfahren auch von Interessenvertretungsvorwürfen zu befreien. Bei den WD und dem TAB kommt das Angestelltenverhältnis hinzu, das die Besetzung der Einrichtung definiert und den Freiheitsgrad der Mitarbeitenden einschränkt. Aber auch die Auswahl der Expertinnen und Experten sowie der Umgang mit externer Expertise, die für die beiden Beratungseinrichtungen des Parlaments relevant sind und das Fundament für ihre Arbeit bilden, sind nicht ausreichend transparent. Mit diesem Defizit sind sie jedoch nicht allein, da kein Mitglied der Vergleichsgruppe im ausreichenden Maße hier Einsicht gewährt. Zwar werden im Vergleichsfeld auch immer wieder Formate und zugezogene Personen benannt, Auftragsstudien dargelegt oder auch veröffentlicht, es fehlen jedoch vor allem Transparenzvorgaben, die für Standards sorgen. Hierdurch entsteht eine inkonsistente Darstellung im Umgang mit externer Expertise.

Es muss jedoch erneut festgehalten werden, dass Transparenz auch Nachteile mit sich bringt. Die Offenheit von Diskussionen kann eingeschränkt werden, da Gesprächsteilnehmende ihre Äußerungen, gerade auch bei wertebezogenen Debatten, nicht immer in der Öffentlichkeit platziert sehen möchten. Daneben kann Transparenz auch die Politisierung eines Beratungsprozesses steigern, da sich Beteiligte dazu veranlasst fühlen können, sich an fraktions- oder parteipolitischen Richtlinien zu orientieren, anstatt dem besseren Argument zu folgen. Hinter verschlossenen Türen, wie die EK zeigen, kommt selbst bei korporatistischen Gremien eine kooperative Grundstimmung auf. Bei Forderungen nach mehr Transparenz sollten die Analysen in der Literatur daher die Nachteile einer öffentlichen Debattenkultur ebenfalls stärker bedenken und einpreisen.

Die Qualitätssicherungsmaßnahmen der Beratungsinstanzen ergeben auch ein heterogenes Bild. Der WR hat diesbezüglich keine Grundsätze oder Kontrollinstanzen in seinen Grundsatzdokumenten verankert. Seine Arbeit ist aber durch Leitfäden und die GO geregelt. Zwischenevaluationen und die Nachverfolgung erlauben die laufende Kontrolle und den Rückblick auf die eigene Arbeit. Die WD berufen sich in puncto Qualität auf ihre Selbstverpflichtung zu Neutralität und Wissenschaftlichkeit, die durch interne Instanzen überprüft werden. Gerade aufgrund der starken Gestaltungsmöglichkeiten der Auftragsseite wären hier weiterführende Maßnahmen wünschenswert, aber das Parlament vertraut seiner Verwaltung. Die EK weisen ebenfalls keine kodifizierten Qualitätssicherungsmerkmale auf. Der interne Austausch auf Basis der GO BT muss genügen. Auch das HTF hat keine Leitlinien oder Kodizes, auf dessen Basis seine Funktion und die Qualität seiner Arbeit ausgerichtet und überprüft wird. Auch hier liegt die Verantwortung in den Händen der Mitglieder und der von ihnen gebildeten Arbeitsgruppen, die von verschiedenen Stellen Zuarbeit erhalten. Beim TAB wiederum haben die Beratenen über den ABFTA Kontrolle über die Arbeit der Beratenden. Neben internen Mechanismen und Verantwortungsstrukturen steht das Büro im fachlichen Austausch mit dem ITAS. Außer den Grundsätzen der TA gibt es jedoch keine weiteren Leitlinien oder Kodizes. Der ER auf der anderen Seite kann sich auf EthRG und eine Geschäftsordnung berufen. In Redaktionssitzungen, dem Ratsplenum und innerhalb der Arbeitsgruppen unterliegen die einzelnen Beiträge einer internen Qualitätssicherung. Einzig die Leopoldina hat Peer-Review-Verfahren für ihre Beratungsprozesse standardisiert. Die Nationale Akademie ist das einzige Mitglied der Vergleichsgruppe, dass für seine Politikberatung einen expliziten Leitfaden veröffentlicht hat. Daneben hält sich die Leopoldina an weitere Kodizes sowie Handreichungen und verfügt über ein eigenes Leitbild sowie eine Vereinssatzung. Außerdem ermöglichen die verschiedenen Gruppierungen und Gremien der Akademie eine gegenseitige Kontrolle, der Senat zieht außerdem noch externe Kräfte hinzu.

Für eine größtmögliche Distanz einer Beratungseinrichtung erscheint es notwendig, dass sie selbst über ihre Qualitätssicherungsmaßnahmen bestimmt. Der ergänzende Blick von

außen hilft zusätzlich gegen Betriebsblindheit. Zeitgleich sollten Standards und Regularien festgelegt sowie transparent und nachvollziehbar festgehalten werden. Hierdurch kann das Vertrauen in die Beratung und ihre Expertise weiter gesteigert werden. Die Kontrolle beziehungsweise Überprüfung der Arbeit der Expertinnen und Experten durch die Politik wiederum schafft Passfähigkeit, schränkt die Freiheit der Beratung aber zum einen stark ein. Zum anderen hat das Problem Bestand, dass die Qualitätskriterien und Modi der Politik nicht mit wissenschaftlichen Standards oder den vorliegenden Kriterien für Politikberatung übereinstimmen müssen.

Der Eingriff und die Lenkung der Politik ermöglichen jedoch wiederum den Blick auf die Weiterentwicklung einer Beratungseinrichtung. Die Einschätzung thematischer und prozeduraler Aspekte sowie der Arbeitsergebnisse durch Beratungsempfänger wird möglich, auf deren Basis die Mandatierung angepasst werden kann. Beim HTF hat dieses Potenzial jedoch zur thematischen und personellen Unbeständigkeit geführt, was bei der Verknüpfung mit der Entwicklung der HTS auch nicht wirklich als Anpassung an das Aufgabengebiet ausgelegt werden kann. Anders sieht das bei den EK aus, die thematisch und methodisch stark divergieren können. Diese Anpassungsfähigkeit an die Fragestellung kann auch als Schwäche gesehen werden, weil durch die Beauftragung und Prozesskontrolle der Politik auch Teile der Antwort vorgeformt werden können. Beim TAB ist dies durch den ABFTA möglich und politisch wäre sogar von Seiten des Parlaments ein noch stärkerer Zugriff wünschenswert. Neben diesen Beispielen wirft nur noch die Leopoldina einen fortlaufenden Blick auf ihre Weiterentwicklung. Die Verbesserung und stetige Überprüfung der eigenen Methoden sowie des Gesamtkomplexes Politikberatung ist in Deutschland ohne Gleichen. Die anderen Beratungsinstanzen, die nicht direkt mit der Politik verbunden sind, weisen keine Strukturen zur Optimierung auf.

Es kann aber ebenfalls nur bei der Leopoldina ausreichende Distanz zur Politik festgestellt werden. Durch ihr Mandat und die ihr verliehenen Freiheiten hat die Akademie Gestaltungskompetenzen, die andere Teile der Vergleichsgruppe nicht aufweisen. Mit ihrer Vereinsatzung verfügt sie über ein Grundsatzdokument mit Rechtscharakter, kann proaktiv Themen aufsetzen, ihre Prozesse und Strukturen festlegen und über Kooptation neue Mitglieder gewinnen. Der ER kommt dem zwar nah, ist über die Berufung durch die Politik an vitaler Stelle aber in einem Abhängigkeitsverhältnis. Die anderen Beratungsinstanzen zeichnen sich durch geringe oder fehlende Distanz zur Politik aus und weisen somit eine Schwäche in der Absicherung gegen Instrumentalisierung und Politisierung auf. Diese Problematik setzt sich auch in der Ressourcenfrage fort. Bis auf die Leopoldina, die einen Teil ihres Finanzbedarfs über Drittmittelprojekte einwirbt und einen Förderverein hat, sind alle in der Vergleichsgruppe vom Mittelfluss durch die Politik abhängig.

Unter Berücksichtigung der zuvor genannten Punkte ist es daher nicht erstaunlich, dass die abschließende Betrachtung der Politisierung der Beratungsinstanzen ernüchternd ausfällt. Der WR und die EK sind als korporatistische Institutionen offensichtlich und stark politisiert. Das TAB und die WD, auch wenn sie sich selbst als neutrale Wissensvermittelnde verstehen, sind durch die Auftragsseite potenziell stark politisierbar. Das HTF ist ebenfalls als politisiert einzuschätzen, ebenso der ER, da die Besetzung des Gremiums intransparent und durch die Politik erfolgt, auch wenn die Mitgliedschaft unvereinbar mit einem politischen Amt ist. Am Ende weist nur die Leopoldina einen geringen Grad der Politisierung auf.

Keiner der untersuchten Beratungsinstanzen schafft es also, die Spannungsverhältnisse in den Bewertungsdimensionen Expertise, Deliberation und Interessenvertretung vollständig aufzuheben. Aus der Vergleichsgruppe gelingt es der Leopoldina am besten, in diesem komplexen und auf Basis der Literatur erstellen Aufgabenfelds zu manövrieren. Aber auch bei der Nationalen Akademie zeigen sich zum Teil gravierende Kritikpunkte: mangelnde Partizipation, monodirektionale Kommunikation, Arenenbildung, die noch hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibt, teilweise ungenaue Nomenklatur und Ordnung der Website sowie starke finanzielle Anhängigkeit von den Beratungsempfangenden. Die reflektive Ausrichtung der Nationalen Akademie lässt jedoch die Hoffnung, dass hier nachgebessert werden kann. Anders sieht das hingegen bei den politiknahen Beratungseinrichtungen aus, da der politische Wille zu mehr Transparenz und einem Ausbau gerade auch der Leistungsdimension Deliberation durch partizipative Elemente, schwach ausgeprägt zu sein scheint.

7.3.) Passgenauigkeit der untersuchten Politikberatungsinstanzen

Neben dem Abschneiden der Vergleichsgruppe sollte die Analyse auch feststellen, inwiefern die als zentral identifizierten Beratungsinstanzen strukturell, funktional und thematisch zum System der deutschen Wissenschaftspolitik passen. Hierzu werden im Folgenden die zentralen Erkenntnisse zusammenfassend dargestellt, um die Begutachtung der Beratungslandschaft der Wissenschaftspolitik abzurunden.

Es stellt sich heraus, dass die Merkmale, die als definierend für das Beratungssystem in der Bundesrepublik abgeleitet wurden, nicht immer Bestand haben oder von prägender Bedeutung sind. Bezüglich der Konsensorientierung ist beispielsweise festzustellen, dass diese nicht für alle von zentraler Bedeutung sind. Für das TAB ist Konsens jedoch unerlässlich und, so die Einschätzung der MdB, einer der Bausteine seines Erfolgs. Die Laufzeiten der Beratungsprozesse müssen nicht zwangsweise lang sein. Im Gegenteil zeigen die WD, dass sie Expertise auch sehr zeitnah zusammenstellen können, was von ihnen als Dienstleistende des Parlaments auch erwartet wird. Sogar eine unmittelbare telefonische Beratung ist Teil des Leistungsportfolios. Die Leopoldina ist ebenfalls in der Lage, kurzfristig zu reagieren, wie sie bei

tagesaktuellen politischen Themen mit Wissenschaftsbezug demonstriert. Der systemisch bedingte Taktgegensatz von Beratung und Politik kann daher nicht immer festgestellt werden. Es besteht jedoch die Gefahr, dass die wissenschaftliche Qualität der Expertise leiden kann, wie anhand der WD ersichtlich wird.

Zutreffend ist hingegen die Annahme, dass die zentralen Beratungsinstanzen der Wissenschaftspolitik von komplexen Abstimmungsprozessen abhängig sind. Die WD sind hier erneut als Ausnahme zu nennen, da sie als Dienstleistungseinrichtung auch auf dem kurzen Dienstweg ansprechbar sind. Für den WR, die EK und das TAB ist die Einbindung der Politik diesbezüglich nachteilig, wobei natürlich die hieraus resultierende Rückbindung auf der Habenseite steht. Die Komplexität der Prozesse des ER leitet sich wiederum primär über seine Themen ab, wo hingegen die Leopoldina zusätzlich eine komplexe Institution selbst ist, die komplizierte Themenfelder in Kooperationsgefügen bearbeitet.

Alle untersuchten Beratungsinstanzen verfügen über den notwendigen hohen institutionellen Rang, den sie fachlich erworben oder über ihre Zugehörigkeit zum Parlament erhalten. Auf der anderen Seite des Spektrums von TAB, WD und EK befindet sich die Leopoldina, die sich auf wissenschaftliche Exzellenz beruft und ihre Mitglieder auf Basis ihrer Meriten kooperiert. Die Zugehörigkeit zur Nationalen Akademie wird in Kreisen der Wissenschaft als Auszeichnung verstanden. Das HTF, der WR und der ER setzen auch auf herausragende Persönlichkeiten aus dem Praxisfeld. Entsprechend verfügen alle untersuchten Beratungseinrichtungen über eine gute Einbindung in Netzwerke. Das TAB, die EK und die WD sind vor allem auch in politischen Kreisen im informellen Abgleich, der WR und das HTF ebenso in wissenschaftlichen Kreisen. Der ER und die Leopoldina sind essenzieller Teil und taktgebend im wissenschaftlichen Netzwerk der Bundesrepublik.

Da Partizipation kaum erfolgt, ist es für die Funktion der Beratungsinstanzen umso notwendiger, dass sie die Gesellschaft abbilden und lebensweltliche Probleme adressieren können. Dies ist allen möglich, dennoch fehlt die strukturierte Einbindung, die dem TAB über das Stakeholder Panel und den Scan-Prozess möglich ist. Somit geht es um die Einspeisung einer Beobachtung oder die punktuelle Einbeziehung gesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure. Wie bereits erwähnt wurde, erfüllt daher keine untersuchte Beratungsinstanz eine umfassende deliberative Funktion, die sich in Arenenbildung und fortlaufende Diskussionen weiterentwickelt. Diese Aufgabe ist teilweise nicht vom Mandat abgedeckt, wird nicht vollumfassend oder nur unidirektional umgesetzt oder es fehlen notwendige Formate. Mit dem ER und der Leopoldina verfügt die Bundesrepublik jedoch über wissenschaftspolitische Beratungseinrichtungen, die dem Idealbild der neutralen Expertinnen und Experten entsprechen. Die WD äußern das gleiche Selbstverständnis, das jedoch durch das Auftragsverhältnis zur Politik abgeschwächt wird.

Trotz dieser funktionalen Einschränkungen ist die Beratungslandschaft für die inhaltlichen Herausforderungen der Wissenschaftspolitik gewappnet. Die thematische Ausrichtung der wichtigsten Beratungsgremien unterstreicht auch, dass die Wissenschaftspolitik aus Sicht von Bundestag und Regierung eng mit Innovation verwoben ist. Ob hier noch einmal ein Paradigmenwechsel einsetzen kann, der diese Entwicklung umkehrt, ist unklar. In puncto Innovationsfähigkeit oder anders betrachtet, dem Zwang zur Produktivität hat die Regierung mit dem HTF einen entsprechenden Impulsgeber an ihrer Seite. Aber auch der WR betont die Relevanz von Transfer und der Entwicklung einer entsprechenden Transferkultur. Er ist ebenso für die Weiterentwicklung der Neuen Governance von Bedeutung, indem er für das Exzellenzverfahren und die damit verbundene Elitenbildung und Wettbewerbsorientierung der Wissenschaft Mitverantwortung trägt. Die Digitalisierung wiederum ist für alle Beratungseinrichtungen zumindest ein relevantes Querschnittsthema. Der Bedeutungsschub, den sie durch die Corona-Pandemie erfahren hat, könnte dazu führen, dass die Digitalisierung nun häufiger als Schwerpunktthema gefasst wird. Das Thema Internationalisierung wird von allen Beratungseinrichtungen besetzt und bis auf das HTF und die EK sind alle in einem länderübergreifenden Kooperationsgefüge eingebunden. Mit dem TAB, dem ER und der Leopoldina kann die Bundesregierung auf Beratungsinstanzen für die Themenbereiche Ethik, Risiko und TFA sowie die damit verbundenen wertebezogenen Fragestellungen zurückgreifen. Der ER und die Leopoldina verfügen dabei über eigene und dezidierte Kapazitäten, um von ausgewiesenen Fachpersonen Expertise selbst produzieren zu können. Die anderen Beratungseinrichtungen wiederum sind in der Lage, hierfür externe Expertise zu akquirieren. Die Risikoanalyse und die Technologievorschau finden sich wiederholt in der Vergleichsgruppe, was ihrer Relevanz für die Deutschland entspricht. Mit den EK verfügt schließlich auch die Legislative über die Möglichkeit, sich zu Grundsatzfragen von Ethik und TFA beraten zu lassen. Durch die Schnittmenge der oben genannten Themen besteht jedoch die Gefahr der Gegenexpertise, wodurch ebenfalls die Wahrscheinlichkeit der Politisierung der Expertise steigt. Die Problematik des Expertendilemmas hat in der deutschen Wissenschaftspolitik somit Bestand.

8.) Schlussbetrachtung

Die vorliegende Arbeit hatte zum Ziel, eine fundierte Ausarbeitung der Voraussetzungen, Herausforderungen und Aufgaben der Politikberatung in der Wissenschaftspolitik zu liefern. Hierbei galt der besondere Blick den Spezifika, die sich in und für die deutsche Wissenschaftspolitik ergeben. Darüber hinaus wurde anhand ausgewählter zentraler Beratungsinstanzen untersucht, wie gut das Beratungssystem in der Bundesrepublik aufgestellt ist, um den komplexen Herausforderungen der Gegenwart zu begegnen.

Zeigt sich nun im Gesamtbild eine Lücke in der Beratung? Thematisch nicht, dafür aber funktional-strukturell und vor allem mit Blick auf die Deliberation. Es ist fraglich, ob hier in naher

Zukunft mit weiteren Scharfstellungen zu rechnen ist. Die identifizierten Schwachstellen treffen ja auch auf die Beratungsinstanzen zu, bei denen die Politik starke Einflussmöglichkeiten hat. Wenn also ein Wandel gewünscht wäre, hätte man hier in der Vergangenheit leicht eingreifen können. Stattdessen wurden jedoch erste Erfolge in dieser Hinsicht wieder eingefangen. Es gibt konkreten Gegenwind aus der Politik und aus der Verwaltung des Bundestags. Im Gegenteil zeigt die Debatte rund um den ER, dass von Seiten des Parlaments sogar eine noch stärkere Kopplung gewünscht wäre.

Mit der vorliegenden Analyse konnten übergreifende Schwächen in der Beratungslandschaft der deutschen Wissenschaftspolitik identifiziert werden. Dies betrifft zum einen unzureichende Rückbindungs- und Verantwortungsstrukturen. Gerade die politiknahen und korporatistischen Beratungsinstanzen verfügen derzeit über die besten Rückkopplungsmechanismen, was im Gegensatz zu dem Wunsch steht, möglichst unabhängige Beratungsinstanzen zu haben. Natürlich ist gerade auch der externe Blick der Wissenschaftsgemeinschaft auf die Arbeit der Mitglieder in den zentralen Beratungsgremien nicht zu unterschätzen. Dennoch sollten Wege gefunden werden, um das Verhältnis von Rückbindung und Freiheit auszutarieren und beides parallel zu ermöglichen. Eine einfache Möglichkeit wäre natürlich die verstärkte Einbindung der Zivilgesellschaft in Beratungsprozesse und der Ausbau der dialogischen Kommunikation.

Aber nicht nur deswegen würde sich eine Überprüfung und Anpassung der Nutzung der Sozialen Medien anbieten. Wie bereits nahegelegt wurde, sollten die bidirektionalen Möglichkeiten der Internetplattformen stärker genutzt werden, um die hier auftretenden Konflikte rund um wissenschaftspolitische Themen anzunehmen und evidenzbasiert auszutragen. Das Bewusstsein für die Relevanz und Möglichkeiten der digitalen Kommunikation scheint dennoch vorhanden zu sein. Wieviel Soziale Medien man nun aber wirklich wagen will, ist jedoch noch unklar. Es zeigt sich, dass in puncto Kommunikation auch ein Kulturwandel abläuft. Vielleicht ist jedoch noch ein Generationenwechsel nötig, um weitere Schritte durchbringen zu können. Natürlich ist diese Zurückhaltung auch nachvollziehbar, insofern sie darauf zurückzuführen ist, dass das Bild der neutralen Wissensvermittlung nicht durch persönliches Engagement getrübt werden soll.

Zumindest auf ihren eigenen Kanälen sollten die Beratenden jedoch für die Wissenschaft, ihre Themen und Prozesse einstehen. Insbesondere die Beratungseinrichtungen, die über proaktive Kompetenzen verfügen, sollten ihre Dialogbereitschaft ausbauen. Es fehlt noch häufig in der Öffentlichkeit an Verständnis für die Funktionsweise von Forschung, die jedoch unabdingbar als Innovationsmotor und zur Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen sowie auch akuter Krisen, wie aktuell die Covid-19-Pandemie, benötigt wird. Daher sollten die Expertinnen und Experten ihr Engagement ausweiten und ihre Beratung in öf-

fentlichen Arenen fortsetzen. Deliberation muss nicht nur angeschoben, sondern auch nachhaltig betrieben und befördert werden. Hierzu braucht es neben den zu entwickelnden Formaten natürlich auch Ressourcen.

Gerade Beratende aus der Wissenschaft müssen aber schlussendlich vor allem mehr Partizipation wagen und die Zurückhaltung gegenüber gesamtgesellschaftlichen Kooperationsprojekten ablegen. Die Devise lautet also: Mehr Partizipation wagen, und zwar im doppelten Sinn. Zum einen durch Dialog und echten Austausch auf Augenhöhe, zum anderen durch die direkte und strukturierte Beteiligung der Öffentlichkeit an Beratungsprozessen. Während der Corona-Pandemie bestätigten sich die Bedeutung der Sozialen Medien und die Mehrwerte direkter Interaktion. Dabei zeigten sich aber auch die Konfliktpotenziale und Herausforderungen, die sich aus dem Umgang mit Nichtwissen sowie den Methoden und Prozessen der Wissenschaft ergeben.

Der für nachhaltig mehr Partizipation und Dialog notwendige Kulturwandel hat aber keine Garantie zu gelingen. Nicht umsonst sind die Diskurse um die Grenzziehungen und Neue Governance der Wissenschaft nicht erst gestern aufgekommen, sondern begleiten die deutsche Wissenschaftspolitik seit geraumer Zeit. Die Frage ist auch, ob die intrinsische Motivation zu weiteren Schritten überhaupt ausreicht. Von Seiten der Fürsprechenden darf daher nicht vergessen werden, dass es ein langwieriger Prozess ist, für den konstant geworben werden muss und bei dem es zu betonen gilt, was die Wissenschaft durch eine so gestärkte Verortung in der Gesellschaft gewinnt. Interne Widerstände, Sorgen vor einem Reputationsverlust und die Angst vor einer extern gesteuerten Wissenschaft in zuarbeitender Position dürfen nicht unterschätzt werden.

Daraus folgert, dass die Literatur bezüglich ihrer Analysen noch einmal auf den Prüfstand gestellt werden sollte. Ist die Langwierigkeit der Öffnungsprozesse ausreichend beachtet worden? Wurde hinreichend untersucht, welche Handlungsmöglichkeiten die Politik hat? Am Beispiel der Sozialen Medien kann die Fragestellung aufgezo- gen werden, ob es eine Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität der Wissenschaftskommunikation gibt und inwiefern sich die gesellschaftlichen Subsysteme hier unterscheiden. Niedrige Klickzahlen erlauben die Hypothese, dass die Bedarfslage der Öffentlichkeit oder die Relevanz der Internetmedien vielleicht überschätzt wurden. Die letzten Impulse aus dem BMBF zur Wissenschaftskommunikation erhöhen den Bedarf der Analyse und die weitere Verbesserung der dialogischen Formate. Auf der einen Seite braucht es eine durchaus offensive Wissenschaft, die sich einbringt und ihre Methoden sowie Ergebnisse darstellt und verteidigt. Dies sollte aber auch bedacht und gezielt erfolgen, damit Ressourcen nicht für Videoproduktionen verbraucht werden, die kein Publikum haben, und anschließend an anderer Stelle fehlen. Die Politik könnte zukünftig auch eigene und zusätzliche Budgetzuweisungen für diese Leistungsaspekte machen, um die Öff-

fentlichkeitsorientierung zu stärken. Zeitgleich muss der Kulturwandel der Wissenschaft begleitet und Raum für diesen geschaffen werden. Indem man Erfolge sichtbar macht, kann die Debatte um Leistungsanerkennung und Rechtfertigung sinnvoll befördert werden.

Es braucht also auch die Unterstützung der Politik, von der aktuell die Finanzierung der Beratungsaktivitäten abhängt. Die Frage wird hierbei sein, wie stark sie im Tausch in diese Themenkomplexe reinsteuern möchten und welche Freiheitsgrade erhalten bleiben können. Eine finanzielle Abnabelung der Beratungseinrichtungen ist unrealistisch, da es keine alternativen Mittelquellen gibt. Drittmittel stellen auch keinen Ausweg dar, da mit ihnen keine Planbarkeit möglich ist, das Aufkommen in diesem Feld zu gering ist und ihre Rolle wissenschaftsintern nicht unkritisch gesehen wird. Die Mittelherkunft dürfte daher auch in Zukunft unverändert bleiben, es sollten jedoch größte Freiheiten in der Verausgabung zugesprochen werden. Die Bereitschaft der Politik, noch mehr Kontrolle herzugeben, dürfte jedoch gering sein.

Mit Blick auf das institutionelle Design der Beratungsinstanzen ist es dringend empfohlen, die Besetzung der Gremien an verschiedenen Stellen zu überarbeiten. Allgemein gilt, dass es an Transparenz zu Prozessen und Personalien mangelt. Auch die unzureichende Inkorporation der Zivilgesellschaft gilt es zu beanstanden. Es müssten daher nachvollziehbare Verfahrenswege entwickelt werden, die transparent hinterlegt werden. Da, wo bereits jetzt GO existieren, sollten entsprechende Formalia entwickelt und eingepasst werden. Die Beratungsinstanzen sollten idealerweise laufend über ihre Auswahlverfahren und die Begründungen hinter der Mitgliederbenennung informieren. Gleiches gilt auch für den Umgang mit externer Expertise, der zu intransparent abläuft und für den kodifizierte Standards festgelegt werden sollten. Dies ist jedoch unwahrscheinlich, da sich die Politik, die bei fast allen untersuchten Beratungseinrichtungen über die Besetzung entscheidet, nur ungern in die Karten gucken lässt und sich durch die Transparenz ihrer Personalpolitik angreifbar macht sowie die legitimierende Wirkung der Expertise gefährden könnte. Ebenfalls fraglich ist, ob der Wille für die Änderung der Besetzungsstruktur der Beratungseinrichtungen vorhanden ist. Die Untersuchung zeigt, dass Alltagsexpertinnen und -experten, entgegen der Bewerbung und der Feststellung ihrer Relevanz in der Fachliteratur, kaum relevant für die praktische Beratungsarbeit sind. Dies kann sicherlich ebenfalls mit der Sorge um den wissenschaftlichen Status der Beratenden sowie einer Zurückhaltung vor dem zusätzlichen Aufwand der Einbindung von Laiinnen und Laien erklärt werden. Die Potenziale für eine Stärkung der legitimierenden sowie der rationalisierenden Wirkung der Expertise durch die verbesserte Implementierung von Alltagswissen sollten dennoch nicht liegengelassen werden.

Auch die Qualitätssicherungsmaßnahmen der Beratungsinstanzen sollten weiterentwickelt werden. Die Standardisierung und Kodifizierung entsprechender Verfahren würde deutliche Vorzüge mit sich bringen. Durch Evaluationsprozesse und Peer-Review-Verfahren könn-

ten zusätzliche Ebenen der Leistungssicherung eingezogen werden. Eine Steigerung der fachlichen Robustheit wäre natürlich auch im Sinne der Politik. Darüber hinaus würden zusätzliche Kontrollinstanzen auch das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Beratung weiter steigern. Leitlinien und Kodizes sollten hierbei auch unbedingt die Empfangsseite bedenken. Die Umsetzung liegt dabei erneut in den Händen der Politik. Dass sich diese wohl nicht selbst weiter regulieren möchte, liegt jedoch auf der Hand. Argumentativ wäre dies sicherlich leicht damit zu vertreten, dass die Freiheit der politischen Entscheidungsfindung gewährleistet bleiben muss.

Daher wäre es umso wichtiger, die Beratungsinstanzen nicht nur zu mehr Qualitätssicherung zu bewegen, sondern auch Verstöße gegen wissenschaftliche Regeln und Redlichkeit mit konkreten Sanktionierungsmodellen zu hinterlegen. Ein Maßnahmenkatalog ist, nicht zuletzt durch seine Drohwirkung, wirksamer als die reine Selbstverpflichtung. Ein öffentliches und mit Kriterien versehenes Sanktionierungsmodell schafft Verfahrenssicherheit. Es schützt vor falschen Anschuldigungen und macht ebenso den Schritt leichter und sicherer, Fehlverhalten zu melden. Natürlich braucht es für solche Verfahren Entscheidungs- und Durchsetzungsinstanzen, was, im besonderen Maße für kleine und nicht dauerhafte Beratungseinrichtungen, die wahre Herausforderung sein dürfte.

Abschließend muss festgehalten werden, dass die Wissenschaft nicht um den Blick nach innen herumkommen kann. Sie muss ihre Position reflektieren und einen Realitätsabgleich machen. Was will die Öffentlichkeit? Was will die Forschung? Auch wenn es mittlerweile viele Vertreterinnen und Vertreter einer öffentlichkeitsgerichteten Wissenschaft mit einem progressiven Grundverständnis gibt, verfahren viele noch immer nach dem Muster der alten Schule. Der nachrückenden Generation wird es durch Evaluationsvorgaben erschwert, auch abseits der Forschung Fuß zu fassen. Hier sind Wissenschaftsadministration und -politik gefragt, Freiräume zu schaffen, um die Nachwuchsförderung zu stärken. Es braucht letztlich also einen ehrlichen Austausch dazu, wohin die Wissenschaft will und was man ermöglichen möchte. Auch hierzu müssen noch die Arenen geschaffen werden, um dies gesamtgesellschaftlich zu diskutieren.

Welche zukünftigen Entwicklungen und Tendenzen sind nun abzusehen? Die Leopoldina zeichnet sich in der Vergleichsgruppe als Beratungsinstanz mit den vielversprechendsten Potenzialen aus. Sie weist die wenigsten Schwächen auf und ist in der Lage, sich selbstständig strukturell und inhaltlich weiterzuentwickeln. Ihre Einbindung in die Vorhaben zur Stärkung der Wissenschaftskommunikation durch das BMBF zeigt, dass die Nationale Akademie auch von Seiten der Politik als potente Sparringspartnerin und wertvolle Ratgeberin gesehen wird. Bezüglich der EK ist es wiederum von Interesse, ob es beim Trend zu weniger Öffentlichkeit bleibt oder eine erneute Wende erfolgt. Den langsamen Wandel, der beim TAB und auch den WD eingeläutet wurde, gilt es ebenfalls zu beobachten.

Als Potenzialfeld der Politikberatung in der Wissenschaftspolitik zeichnet sich die TFA des Bundestags ab, die jüngst erst eine Weiterentwicklung erfahren hat. Mit dem sogenannten Zukunftskreis hat sich das BMBF ein weiteres Beratungsgremium für die Vorausschau geschaffen. Vielleicht kann er die schnellen Prozesse liefern oder die Beteiligungsformate entwickeln, die der Bundestag von seiner TA benötigt.

Viele der identifizierten Stellschrauben zur weiteren Verbesserung der Beratung in der Wissenschaftspolitik liegen in den Händen der Politik. Es liegt also in der Verantwortung der Beratungsempfängerin, ihre Beratungsinstanzen mit weiteren Freiheitsgraden auszustatten und ihre gesellschaftliche Wirkungsmächtigkeit zu stärken. Die hieraus resultierende Stärkung der fachlichen Robustheit sowie des Gesellschaftsbezugs der Expertise ist auch von der Politik zu befürworten, da es in ihrem Interesse liegt, den bestmöglichen Ratschlag zu erhalten. Falls sie dann in der Ausarbeitung der Kriterien zur Weiterentwicklung der Beratungslandschaft wiederum auch auf die Wissenschaft hört, dann sollte sie die oben genannten Chancen wahrnehmen, da deren Ableitung auf Basis der Fachliteratur zur Wissenschaftspolitik ermöglicht wurde, und nicht am Modus der Politik festhalten. Es kommt aber natürlich ebenso auf die wissenschaftsinternen Einigungsprozesse an, deren Ausgang nicht mit Sicherheit vorhersehbar ist. Die Politik hat die Möglichkeit, hier mit Anreizen und Impulsen hineinzuwirken, sollte aber tunlichst darauf achten, nicht zu gestalten, nichts aufzuzwingen, aber Räume und Wege zur Ermöglichung zu schaffen.

Die Relevanz der Politikberatung in der Wissenschaftspolitik wird zukünftig mit Sicherheit nicht abnehmen. Die gegenwärtigen Herausforderungen – und allen voran die Corona-Pandemie – belegen nachdrücklich und plastisch die zentrale Bedeutung von Expertise für politische Entscheidungsfindungen sowie die gesamtgesellschaftliche Deliberation. Die Wissenschaft kann, in ihrer progressiven Form, Antworten auf politische und gesellschaftliche Fragestellungen liefern und dabei ihre eigene Position stärken sowie ihre eigenen wissenschaftlichen Grundlagen in der Praxis weiterentwickeln. Daher kann davon ausgegangen werden, dass sich auch die Politikberatung stärker in den Dialog mit der Gesellschaft bewegen wird. Neben dem Austausch als Signal geht es hier aber auch darum, echte Mehrwerte zu generieren, Beratungsprozesse und Expertise zu verbessern und durch deliberative Praktiken die politische Entscheidungsfindung zu verbessern.

LITERATURVERZEICHNIS

A PRIMÄRLITERATUR

- acatech: Akzeptanz von Technik und Infrastrukturen. Anmerkungen zu einem aktuellen gesellschaftlichen Problem. acatech bezieht Position (Nr. 9). München und Berlin, 2011.
- Allianz der Wissenschaftsorganisationen: Paket der Pakte – Weiterentwicklung des deutschen Wissenschaftssystems. Eckpunktepapier. Bonn, 2013. (https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2013_06_12_Eckpunktepapier_Allianz.pdf, 15.12.2019).
- Allianz der Wissenschaftsorganisationen: Stellungnahme der Allianz der Wissenschaftsorganisationen zum Entwurf der EU-Kommission zur Novellierung der Richtlinie über die „Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors“. Stellungnahme. München, 2018a. (https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2018_08_Allianz_RR_PSI-Direktive.pdf, 15.12.2019).
- Allianz der Wissenschaftsorganisationen: Stellungnahme der Allianz der Wissenschaftsorganisationen zur Diskussion, die Nutzung digitaler Sequenzinformationen genetischer Ressourcen zukünftig im Rahmen des Nagoya-Protokolls und der Konvention über die biologische Vielfalt einzuschränken. Bonn u.a., 2018b. (http://www.dfg.de/download/pdf/dfg_im_profil/reden_stellungnahmen/2018/180209_stellungnahme_allianz_dsi_np.pdf, 24.04.2018).
- Barner, Andreas et al.: Forschungsgipfel 2016 Tagungsbroschüre, in: <https://forschungsgipfel.de/download/file/fid/18> (19.05.2021).
- Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW): Leitlinien Politikberatung, in: Der Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Leitlinien Politikberatung. Berlin, 2008.
- Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW), Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Gentechnologiebericht (Hrsg.): Dritter Gentechnologiebericht. Analyse einer Hochtechnologie in Deutschland. Kurzfassung. Berlin, 2015.
- Buch, Claudia M./Riphahn, Regina T. (Hrsg.): Evaluierung von Finanzmarktreformen – Lehren aus den Politikfeldern Arbeitsmarkt, Gesundheit und Familie. Leopoldina-Forum Nr. 1. Halle (Saale), 2019.
- Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK): BLW wird GWL. PM 24/2007. Bonn, 2007. (<http://www.blk-bonn.de/pressemitteilungen/pm2007-24.pdf>, 09.10.2021).
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Schavan: „Hightech-Strategie kann 1,5 Millionen Arbeitsplätze schaffen“. Pressemitteilung 147/2006. Berlin, 2006.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Bekanntmachung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern über den Hochschulpakt 2020, in: Bundesanzeiger Nr. 171 vom 12.09.2007, S. 7480. Bonn, 2007.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Ideen. Innovation. Wachstum. Hightech-Strategie 2020 für Deutschland. Bonn und Berlin, 2010.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Wissenschaftsfreiheitsgesetz tritt in Kraft. Pressemitteilung 157/2012. Berlin, 2012.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Roadmap für Forschungsinfrastrukturen. Pilotprojekt des BMBF. Bonn, 2013.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Bundesbericht Forschung und Innovation 2014. Bonn und Berlin, 2014a.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Die neue Hightech-Strategie. Innovationen für Deutschland. Berlin, 2014b.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Bekanntmachung – Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen für den Forschungsschwerpunkt „Arbeit in der digitalisierten Welt“ im Rahmen

- des FuE-Programms „Zukunft der Arbeit“ als Teil des Dachprogramms „Innovationen für die Produktion, Dienstleistung und Arbeit von morgen“, in: Bundesanzeiger AT 26.02.2015 B2. Bonn, 2015a.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Bildung und Forschung in Zahlen 2015. Bonn und Berlin, 2015b.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Richtlinien zur Förderung von Forschungsinitiativen auf dem Gebiet „5G: Taktiles Internet“ im Rahmen des Förderprogramms „IKT 2020 – Forschung für Innovationen“, in: Bundesanzeiger AT 07.12.2015 B4. Bonn, 2015c.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Bundesbericht Forschung und Innovation 2016. Forschungs- und innovationspolitische Ziele und Maßnahmen. Berlin, 2016.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Bildung und Forschung in Zahlen 2019. Berlin, 2019a.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Mitglieder des Hightech-Forums. Berlin, 2019b. (<https://www.bmbf.de/files/besetzungsliste%20hightech-forum.pdf>, 24.05.2019).
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Bildung und Forschung in Zahlen 2020. Bonn und Berlin, 2020a.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Bundesbericht Forschung und Innovation 2020. Daten und Fakten zum deutschen Forschungs- und Innovationssystem. Berlin, 2020b.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Bundesbericht Forschung und Innovation 2020. Forschungs- und innovationspolitische Ziele und Maßnahmen. Berlin, 2020c.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Hightech-Forum nimmt Arbeit auf, in: <https://www.bmbf.de/de/hightech-forum-nimmt-arbeit-auf-7780.html> (24.05.2019).
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Zusammenarbeit von Bund und Ländern, in: <https://www.bmbf.de/de/kooperation-von-bund-und-laendern-in-wissenschaft-und-bildung-77.html> (09.10.2021).
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) et al.: Digitale Agenda 2014 – 2017. Berlin, 2014.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi): Digitale Strategie 2025. Berlin, 2016a.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi): Grünbuch Digitale Plattformen. Berlin, 2016b.
- Bundesverfassungsgericht (BVerfG): Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts 1972, 33, 303 – numerus clausus I.
- Bundesverwaltungsgericht (BVerwG): Urteil vom 25. Juni 2015 - BVerwG 7 C 1.14.
- Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): Brief Nr. 43. Berlin, 2014.
- Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): Brief Nr. 49. Berlin, 2018a.
- Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): Das TAB in den Jahren 2016/2017. Arbeitsbericht Nr. 178. Berlin, 2018b.
- Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): Gesundheits-Apps. Arbeitsbericht Nr. 179. Berlin, 2018c.
- Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): Robotik und assistive Neurotechnologien in der Pflege – gesellschaftliche Herausforderungen. Arbeitsbericht Nr. 177. Berlin, 2018d.
- Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): Aktueller Stand und Entwicklungen der Pränataldiagnostik. Arbeitsbericht Nr. 184. Berlin, 2019a.
- Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): Aktueller Stand und Entwicklungen der Pränataldiagnostik. TAB-Fokus Nr. 23. Berlin, April 2019b.

- Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): Virtual und Augmented Reality. Status quo, Herausforderungen und zukünftige Entwicklungen. Arbeitsbericht Nr. 180. Berlin, 2019c.
- Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): Auftraggeber und Adressaten, in: <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/ueber-uns/auftraggeber.html> (05.07.2019).
- Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): Hinweise für Gutachter/innen zur Erstellung von Angeboten, in: <https://www.tab-beim-bundestag.de/de/gutachter/gutachterhinweis.html> (05.07.2019).
- Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): Laufend, in: <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/untersuchungen/laufende-untersuchungen.html> (05.07.2019).
- Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): Organisation und institutionelle Einbindung, in: <https://www.tab-beim-bundestag.de/de/ueber-uns/organisation.html> (05.07.2019).
- Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): Robotik und assistive Neurotechnologien in der Pflege — gesellschaftliche Herausforderungen, in: <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/untersuchungen/u106002.html> (05.07.2019).
- Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): Stand und Perspektiven der Telemedizin, in: <https://www.tab-beim-bundestag.de/de/gutachter/g40600.html> (05.07.2019).
- Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): TA beim Deutschen Bundestag, in: <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/ueber-uns/geschichte.html> (05.07.2019).
- Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): TAB-Berichte, in: <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/publikationen/berichte/index.html> (05.07.2019).
- Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): Team, in: <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/team/index.html> (05.07.2019).
- Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): Themenfindung, in: <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/ueber-uns/themenfindung.html> (05.07.2019).
- Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB): Vielschichtige Methodik, in: <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/ueber-uns/methodik.html> (05.07.2019).
- Chinese Academy of Sciences/ Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Beijing Declaration. Face the future – Explore the unknown. Peking, 2019. (https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2019_Beijing_declaration_english_signed_web.pdf, 15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Leopoldina aktuell 02/2008. Halle (Salle), 2008. (https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2008_2_Newsletter_Deutsch.pdf, 15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Energiepolitische und forschungspolitische Empfehlungen nach den Ereignissen in Fukushima. Ad-hoc-Stellungnahme. Halle (Saale), 2011a.
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina) et al.: Präimplantationsdiagnostik (PID) – Auswirkungen einer begrenzten Zulassung in Deutschland. Ad-hoc-Stellungnahme. Halle (Saale), 2011b.
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Bioenergie: Möglichkeiten und Grenzen. Kurzfassung und Empfehlungen. Halle (Saale), 2012.
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Herausforderungen und Chancen der integrativen Taxonomie für Forschung und Gesellschaft - Taxonomische Forschung im Zeitalter der OMICS-Forschung. Online-Supplement zur Stellungnahme. Halle (Saale), 2014a.

- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina) et al.: Klinische Prüfungen mit Arzneimitteln am Menschen. Ad-hoc-Stellungnahme zum „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über klinische Prüfungen mit Humanarzneimitteln und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/20/EG“. Halle (Saale) u.a., 2014b.
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Von der Idee zur Stellungnahme. Leitfaden der Politik- und Gesellschaftsberatung der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina. Halle (Saale), 2014c.
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina) et al.: Chancen und Grenzen des genome editing. Stellungnahme. Halle (Saale) u.a., 2015a.
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina) et al.: Zur Gesundheitsversorgung von Asylsuchenden. Kurz-Stellungnahme. Halle (Saale) u.a., 2015b. (https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2015_Gesundheit_Asylsuchende_01.pdf, 15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Erklärung der drei Nationalen Akademien der Wissenschaften Académie des sciences, Leopoldina und Royal Society zu wissenschaftlichen Publikationen. Arbeitsübersetzung. Halle (Saale), 2016. (https://www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Publikationen/2016_Joint_Statement_on_scientific_publications_DE.pdf, 15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Verfahrensordnung für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Geschäftsstelle der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina e.V. – Nationale Akademie der Wissenschaften vom 28.04.2017. Halle (Saale), 2017. (https://www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Ueber_uns/2017-08-09_Verfahrensordnung_Gleichstellung_BMBF.pdf, 15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Gute wissenschaftliche Praxis in den Acta Historica Leopoldina (AHL) und Nova Acta Leopoldina (NAL) i.d.F. vom 21. März 2018. Halle (Saale), 2018a. (https://www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Publikationen/Acta_Historica/PraxisAHL.pdf, 15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Hinweise zur Anfertigung von Manuskripten für die Nova Acta Leopoldina. Halle (Saale), 2018b. (https://www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Publikationen/Nova_Acta_Leopoldina/Hinweise_NAL_2018.pdf, 15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Inhaltliches Profil der wissenschaftlichen Publikationen der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften. Halle (Saale), 2018c. (https://www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Publikationen/Nova_Acta_Leopoldina/Profil-NAL.pdf, 15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Leitfaden für den Gebrauch gendersensibler Sprache an der Leopoldina i.d.F. vom Dezember 2018. Halle (Saale), 2018d. (https://www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Ueber_uns/2018_Leitfaden_gendersensible_Sprache.pdf, 15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Leopoldina aktuell September 2018. Sonderausgabe. Halle (Saale), 2018e. (https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2018_SonderNL_10_Jahre.pdf, 15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Leopoldina aktuell 3/2018. Halle (Saale), 2018f. (https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/Leo_Newsletter_3_2018_DEU_02.pdf, 15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): et al.: Privatheit in Zeiten der Digitalisierung. Kurzfassung der Stellungnahme. Halle (Saale) u.a., 2018g. (https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2018_Stellungnahme_BigData_Kurzfassung.pdf, 15.12.2019).

- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW): Traumatisierte Flüchtlinge – schnelle Hilfe ist jetzt nötig. Stellungnahme. Halle (Saale), 2018h.
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina) et al.: A new vision of sustainable management in mining and post-mining landscapes. Science Policy Report. Halle (Saale) u.a. 2019a. (https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2019_PolicyPaper_Water-and-Mining_web.pdf, 15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina)/Union der deutschen Akademien der Wissenschaften e.V. (Akademienunion): Fortpflanzungsmedizin in Deutschland – für eine zeitgemäße Gesetzgebung. Stellungnahme. Halle (Saale) und Mainz. 2019b.
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Klimaziele 2030. Wege zu einer nachhaltigen Reduktion der CO₂ -Emissionen. Ad-hoc-Stellungnahme. Halle (Saale), 2019c.
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Saubere Luft – Stickstoffoxide und Feinstaub in der Atemluft: Grundlagen und Empfehlungen. Ad-hoc-Stellungnahme. Halle (Saale), 2019d.
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Spuren unter Wasser. Das kulturelle Erbe in Nord- und Ostsee erforschen und schützen. Leopoldina Diskussion Nr. 23. Halle (Saale), 2019e.
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina) et al.: Über eine CO₂ -Bepreisung zur Sektorenkoppelung: Ein neues Marktdesign für die Energiewende. Impuls. Halle (Saale) u.a., 2019f. (https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2019_ESYS_Impuls_Marktdesign.pdf, 15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina) et al.: Warum sinken die CO₂ -Emissionen in Deutschland nur langsam, obwohl die erneuerbaren Energien stark ausgebaut werden? Kurz erklärt! Halle (Saale) u.a., 2019g. (https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/ESYS_Kurz_erkla%CC%88rt_CO2-Emissionen_2019.pdf, 15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): et al.: Wege zu einer wissenschaftlich begründeten, differenzierten Regulierung genomeditierter Pflanzen in der EU. Stellungnahme. Halle (Saale), 2019h.
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Wie sich die Qualität von personenbezogenen Auswahlverfahren in der Wissenschaft verbessern lässt: Zehn Prinzipien. Leopoldina Diskussion Nr. 21. Halle (Saale), 2019i.
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Abgeschlossene Arbeitsgruppen, in: <https://www.leopoldina.org/politikberatung/arbeitsgruppen/abgeschlossene-arbeitsgruppen/> (18.01.2020).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Aktivitäten zum Thema, in: <https://www.leopoldina.org/themen/evidenzbasierte-politikgestaltung/politikgestaltung-aktivitaeten/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Allianz der Wissenschaftsorganisationen, in: <https://www.leopoldina.org/ueberuns/kooperationen/allianz-der-wissenschaftsorganisationen/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Arbeitsgruppen, in: <https://www.leopoldina.org/politikberatung/arbeitsgruppen/> (18.01.2020).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): in: Archäologisches Kulturerbe, in: <https://www.leopoldina.org/politikberatung/arbeitsgruppen/archaeologisches-kulturerbe/> (15.12.2019).

- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Bibliothek, in: <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/bibliothek/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Curriculum Vitae Prof. Dr. Amparo Acker-Palmer, in: https://www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Mitglieder/CV_Acker-Palmer_Amparo_D.pdf (19.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Curriculum Vitae Prof. Dr. Kai Zacharowski, in: https://www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Mitglieder/CV_Zacharowski_Kai.pdf (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Demografischer Wandel, in: <https://www.leopoldina.org/politikberatung/wissenschaftliche-kommissionen/demografischer-wandel/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Ein neues Modell der Politikberatung: Das Koordinierungsgremium der Nationalen Akademie der Wissenschaften bündelt die Kompetenzen, in: <https://www.leopoldina.org/presse-1/pressemitteilungen/pressemitteilung/press/757/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Erdsystemforschung, in: <https://www.leopoldina.org/politikberatung/arbeitsgruppen/erdsystemforschung/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): „Evaluation kann die Legitimität von Politik verstärken“, in: <https://www.leopoldina.org/themen/evidenzbasierte-politikgestaltung/politikgestaltung-interview/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Evaluierung von Finanzmarktreforment: Lehren aus anderen Politikbereichen und Disziplinen, in: <https://www.leopoldina.org/veranstaltungen/veranstaltung/event/2598/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Expertenlisten, in: <https://www.leopoldina.org/presse/expertenlisten/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Forschungsprojekte zu Internationalen Wissenschaftsbeziehungen, in: <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/zentrum-fuer-wissenschaftsforschung/forschungsfeld-1/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): In Einfacher Sprache: Medizinische Hilfe bei der Fortpflanzung – Die Situation in Deutschland, in: <https://www.leopoldina.org/politikberatung/arbeitsgruppen/abgeschlossene-arbeitsgruppen/eckpunkte-fuer-ein-fortpflanzungsmedizinengesetz/medizinische-hilfe-bei-der-fortpflanzung/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Informationen zu ausgewählten sicherheitsrelevanten Forschungsthemen und Fallbeispiele, in: <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/kooperationen/gemeinsamer-ausschuss-dual-use-2/dual-use-themen/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Innovation und Technik, in: <https://www.leopoldina.org/themen/innovation-und-technik/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Internationale Akademiennetzwerke, in: <https://www.leopoldina.org/international/internationale-akademiennetzwerke/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Jörg Hacker beteiligt sich am Innovationsdialog mit der Bundesregierung, in: <https://www.leopoldina.org/presse-1/nachrichten/innovationsdialog/> (15.12.2019).

- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Klima, Ernährung und Umwelt, in: <https://www.leopoldina.org/themen/klima-ernaehrung-und-umwelt/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Kommentar zum Klimaschutzpaket der Bundesregierung (2019), in: <https://www.leopoldina.org/publikationen/detailansicht/publication/kommentar-zum-klimaschutzpaket-der-bundesregierung-2019/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Lebenswissenschaften, in: <https://www.leopoldina.org/politikberatung/wissenschaftliche-kommissionen/lebenswissenschaften/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Lebenswissenschaften, in: <https://www.leopoldina.org/themen/lebenswissenschaften/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Leitbild der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, in: <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/ueber-die-leopoldina/leitbild-der-leopoldina/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Leopoldina begrüßt neue Akademiemitglieder, in: <https://www.leopoldina.org/presse-1/nachrichten/nationalakademie-leopoldina-ernennt-neue-mitglieder/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Leopoldina eröffnet Studienzentrum für Wissenschafts- und Akademiengeschichte in Halle, in: <https://www.leopoldina.org/presse-1/pressemitteilungen/pressemitteilung/press/2089/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Leopoldina Jahresversammlung 2019 - 20. September 2019, in: <https://www.youtube.com/watch?v=IINGn-Bp2zE> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Medizin und Gesundheit, in: <https://www.leopoldina.org/themen/medizin-und-gesundheit/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in: <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/mitarbeitende/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Mitglieder mit Nobelpreis, in: <https://www.leopoldina.org/mitglieder/mitglieder-mit-nobelpreis/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Mitglieder seit 1652, in : <https://www.leopoldina.org/mitglieder/mitglieder-seit-1652/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Mitgliederverzeichnis | Expertensuche, in: <https://www.leopoldina.org/mitglieder/mitgliederverzeichnis/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, in: <https://www.facebook.com/NationaleAkademiederWissenschaftenLeopoldina> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Neue Sektion "Kulturwissenschaften" – Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina rundet ihr Fächerspektrum ab, in: <https://www.leopoldina.org/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/press/347/> (15.12.2019).

- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Organigramm der Geschäftsstelle der Leopoldina, in: <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/ueber-die-leopoldina/organigramm/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Podcasts zu Digitalisierung und Privatheit, in: <https://www.leopoldina.org/themen/thema-big-data/big-data-podcasts-1/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Politik der Vernetzung, in: <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/zentrum-fuer-wissenschaftsforschung/projekte/die-politik-der-vernetzung/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Präsidium, in: <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/ueber-die-leopoldina/praesidium-und-gremien/praesidium/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Pro und Contra der Genomchirurgie, in: <https://www.leopoldina.org/themen/thema-genomchirurgie/genomchirurgie-pro-und-contra/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Prof. (ETHZ) Dr. Gerald H. Haug <https://www.leopoldina.org/mitgliederverzeichnis/mitglieder/member/Member/show/gerald-h-haug/> (13.02.2020).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Publikationen der Leopoldina, in: <https://www.leopoldina.org/publikationen/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Science Media Center Germany, in: <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/kooperationen/science-media-center/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Senat, in: <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/ueber-die-leopoldina/praesidium-und-gremien/senat/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Stellungnahmen, in: <https://www.leopoldina.org/publikationen/stellungnahmen/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Themen im Fokus, in: <https://www.leopoldina.org/themen/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Themen im Fokus, in: <https://www.leopoldina.org/themen/themen-im-fokus/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Twitter-Feed, in: <https://twitter.com/Leopoldina> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Veranstaltungen zum Thema, in: <https://www.leopoldina.org/themen/kuenstliche-intelligenz/ki-veranstaltungen/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Versorgung der psychischen Gesundheit Geflüchteter (Abgeschlossen), <https://www.leopoldina.org/politikberatung/arbeitsgruppen/abgeschlossene-arbeitsgruppen/psychische-gesundheit-gefluechteter/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Video: Wie gefährlich wird das neue Coronavirus?, in: <https://www.leopoldina.org/presse-1/nachrichten/coronavirus/> (13.02.2020).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Vimeo-Kanal, in: <https://vimeo.com/leopoldina> (15.12.2019).

- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Wissenschaft im Dialog, in: <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/kooperationen/wissenschaft-im-dialog/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Wissenschaftliche Kommissionen, in: <https://www.leopoldina.org/politikberatung/wissenschaftliche-kommissionen/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Wissenschaftliche Zeitschriften, in: <https://www.leopoldina.org/publikationen/wissenschaftliche-zeitschriften/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Wissenschaftsethik, in: <https://www.leopoldina.org/politikberatung/wissenschaftliche-kommissionen/wissenschaftsethik/> (15.12.2019).
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften (Leopoldina): Zentrum für Wissenschaftsforschung, in: <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/zentrum-fuer-wissenschaftsforschung/> (15.12.2019).
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG): Vorschläge zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis. Empfehlungen der Kommission „Selbstkontrolle in der Wissenschaft“. Denkschrift. Ergänzte Auflage. Weinheim, 2013.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)/Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina (Leopoldina): Wissenschaftsfreiheit und Wissenschaftsverantwortung. Empfehlungen zum Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung. Bonn und Halle (Saale), 2014. (https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2014_06_DFG_Leopoldina_Wissenschaftsfreiheit_-verantwortung_D.pdf, 24.04.2018).
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG): Jahresbericht 2014. Aufgaben und Ergebnisse. Bonn, 2015.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG): Jahresbericht 2019. Aufgaben und Ergebnisse. Bonn, 2020.
- Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V. (de'ge'pol): Kriterienkatalog zum Qualitätsmanagement. Berlin, 2005. (http://static1.squarespace.com/static/559675bfe4b0d2540b662c7c/t/559a8baae4b06cf8b40c510a/1436191658559/kriterienkatalog_zum_qualitaetsmanagement.pdf, 09.10.2021).
- Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V. (de'ge'pol): Was ist Politikberatung? Berater, Auftraggeber, Tätigkeiten und die de'ge'pol als Berufsverband. Neuauflage. Berlin, 2010. (http://static1.squarespace.com/static/559675bfe4b0d2540b662c7c/t/559a9338e4b069786e95d592/1436193592653/was_ist_politikberatung.pdf, 09.10.2021).
- Deutscher Bundestag (BT): Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz), in: Bundesgesetzblatt Teil I, 1969 Nummer 37. Bonn, 1969. S. 359 – 362.
- Deutscher Bundestag (BT): Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Forschung und Technologie (17. Ausschuß) zu dem Antrag der Fraktionen SPD und FDP – Drucksache 8/2353 – Einsetzung einer Enquete-Kommission „zukünftige Energiepolitik“ und zu dem Antrag der Fraktion CDU/CSU – Drucksache 8/2374 – Einsetzung einer Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“. Drs. 8/2628. Bonn, 1979.
- Deutscher Bundestag (BT): Bericht der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“. Drs. 9/2438. Bonn, 1983.
- Deutscher Bundestag (BT): Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Forschung und Technologie zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und der Fraktion Die Grünen – Drucksache 10/2383 - Technikfolgenabschätzung und -bewertung und zu dem Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 10/2517 – Gestaltung der technischen Entwicklung; Technikfolgenabschätzung und -bewertung. Drs. 10/2937. Bonn, 1985.
- Deutscher Bundestag (BT): Bericht der Enquete-Kommission „Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung“ gemäß Beschluß

- des Deutschen Bundestages vom 14. März 1985 – Drucksache 10/2937, 10/3022 – Zur Institutionalisation einer Beratungskapazität für Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung beim Deutschen Bundestag. Drucksache 10/5844. Bonn, 1986.
- Deutscher Bundestag (BT): Bericht der Enquete-Kommission "Chancen und Risiken der Gentechnologie". Drucksache 10/6775. Bonn, 1987.
- Deutscher Bundestag (BT): Bericht und Empfehlungen der Enquete-Kommission „Gestaltung der technischen Entwicklung; Technikfolgen Abschätzung und -Bewertung" gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 5. November 1987. Drs. 11/4606. Bonn, 1989a.
- Deutscher Bundestag (BT): Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Forschung und Technologie (18. Ausschuß) zum Bericht und Empfehlungen der Enquete-Kommission „Gestaltung der technischen Entwicklung; Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung" gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 5. November 1987. Drs. 11/5489. Bonn, 1989b.
- Deutscher Bundestag (BT): Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P – Einsetzung einer Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“. Drs. 14/3011. Berlin, 2000.
- Deutscher Bundestag (BT): Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (19. Ausschuss) gemäß § 56a der Geschäftsordnung. Technikfolgenabschätzung (TA) Beratungskapazität Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag – ein Erfahrungsbericht. Drs. 14/9919. Berlin, 2002a.
- Deutscher Bundestag (BT): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“. Drs. 14/9020. Berlin, 2002b.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.): Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS90/GRÜNEN zur Einsetzung einer Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin. Drs. 15/464. Berlin, 2003.
- Deutscher Bundestag (BT) (Hrsg.): Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestags. Schnittstellen zwischen Politik und Wissenschaft. 2. Auflage. Bonn, 2004.
- Deutscher Bundestag (BT): Bericht der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“. Über den Stand der Arbeit. Drs. 15/5980. Berlin, 2005.
- Deutscher Bundestag (BT): Antrag zur Einrichtung eines Parlamentarischen Beirats für Bio- und Medizinethik. Drs. 16/3289. Berlin, 2006a.
- Deutscher Bundestag (BT): Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung des Deutschen Ethikrats. Drs. 16/2856. Berlin, 2006b.
- Deutscher Bundestag (BT): Stenografischer Bericht 63. Sitzung. Plenarprotokoll 16/63. Berlin, 2006c.
- Deutscher Bundestag (BT): Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss). Drs. 16/5136. Berlin, 2007a.
- Deutscher Bundestag (BT): Einrichtung eines Parlamentarischen Beirats zu Fragen der Ethik insbesondere in den Lebenswissenschaften (Ethikbeirat). Drs. 16/5128. Berlin, 2007b.
- Deutscher Bundestag: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009). Drs. 16/9900. Berlin, 2008.
- Deutscher Bundestag (BT): Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat zu Fragen der Ethik insbesondere in den Lebenswissenschaften (Ethikbeirat). Drs. 16/13780. Berlin, 2009.
- Deutscher Bundestag (BT): Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Einsetzung einer Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“. Drs. 17/950. Berlin, 2010a.
- Deutscher Bundestag (BT): Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss) gemäß § 56a der Geschäftsordnung. Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag – Eine Bilanz. Drs. 17/3010. Berlin, 2010b.

Deutscher Bundestag (BT): Einrichtung eines Parlamentarischen Beirats zu Fragen der Ethik (Ethikbeirat). Drs. 17/1806. Berlin, 2010c.

Deutscher Bundestag (BT): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“. Drs. 17/2550. Berlin, 2013.

Deutscher Bundestag (BT): Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (25. BAföGÄndG). Drucksache 18/2663. Berlin, 2014a.

Deutscher Bundestag (BT): Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91b). Drucksache 18/2710. Berlin, 2014b.

Deutscher Bundestag (BT): Antwort der Bundesregierung „Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsfragen in der Weiterentwicklung der Hightech-Strategie. Drs. 18/4909. Berlin, 2015a.

Deutscher Bundestag (BT): Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 9. März 2015 eingegangenen Antworten der Bundesregierung. Drs. 18/4296. Berlin, 2015b.

Deutscher Bundestag (BT): Unterrichtung durch die Bundesregierung: Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 201 – Drucksache 18/4310 – Stellungnahme der Bundesregierung. Drs. 18/6830. Berlin, 2015c.

Deutscher Bundestag (BT): Stenografischer Bericht 155. Sitzung. Plenarprotokoll 18/155. Berlin, 2016.

Deutscher Bundestag (BT): Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. Einsetzung einer Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz - Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche, soziale und ökologische Potenziale“. Drs. 19/2978. Berlin, 2018a.

Deutscher Bundestag (BT): Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der Beratung des Antrags der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. – Drucksache 19/2978 – Einsetzung einer Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche, soziale und ökologische Potenziale“. Drs. 19/3016. Berlin, 2018b.

Deutscher Bundestag (BT) (Hrsg.): Die Wissenschaftlichen Dienste. Flyer. Berlin, 2018c. (<https://www.btg-bestellservice.de/pdf/20082000.pdf>, 11.05.2018).

Deutscher Bundestag (BT): Plenarprotokoll 19/42 vom 28. Juni 2018. Berlin, 2018d.

Deutscher Bundestag: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020). Drs. 19/11800. Berlin, 2019a.

Deutscher Bundestag (BT): Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder. Wortprotokoll der 12. Sitzung. Protokoll-Nr. 19/12 (1). Berlin, 2019b.

Deutscher Bundestag: Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD. Wissenschaftskommunikation stärken – Strukturen sichern, neue Möglichkeiten schaffen. Drs. 19/16044. Berlin, 2019c.

Deutscher Bundestag (BT): Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages und Geschäftsordnung des Vermittlungsausschusses (GO-BT). Stand: April 2020. Berlin, 2020. (<https://www.btg-bestellservice.de/pdf/10080000.pdf>, 04.12.2020).

Deutscher Bundestag (BT): Das Neue nicht verbieten, in: https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/29257984_kw14_wforum/201504 (03.05.2018).

Deutscher Bundestag (BT): Die Unterabteilung Wissenschaftliche Dienste (WD), in: <https://www.bundestag.de/wissenschaftlichedienste> (11.05.2018).

Deutscher Bundestag (BT): Die Verwaltung des Deutschen Bundestags, in: <https://www.bundestag.de/parlament/verwaltung> (11.05.2018).

Deutscher Bundestag (BT): Einrichtung eines parlamentarischen Ethikbeirates abgelehnt, in: https://web.archive.org/web/20110707163501/http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_12/2010_397/02.html (04.10.2019).

Deutscher Bundestag (BT): Enquete-Kommission Recht und Ethik der modernen Medizin (14. Wahlperiode), in: <http://webarchiv.bundestag.de/cgi/show.php?fileToLoad=113&id=1040> (14.08.2018).

Deutscher Bundestag (BT): Enquete-Kommission zur künstlichen Intelligenz eingesetzt, in: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw26-de-enquete-kommission-kuenstliche-intelligenz-560330> (14.08.2018).

Deutscher Bundestag (BT): Gutachten ab sofort im Internet zugänglich, in: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2016/kw07-ausarbeitungen-wd/408740> (03.05.2018).

Deutscher Bundestag (BT): Hightech-Forum ausgewogen besetzt, in: https://www.bundestag.de/presse/hib/2015_05/-/375696 (20.01.2019).

Deutscher Bundestag (BT): High-Tech-Forum berät Regierung, in: https://www.bundestag.de/presse/hib/2015_03/-/366882 (13.10.2018).

Deutscher Bundestag (BT): Technikfolgenabschätzung (TA), in: https://www.bundestag.de/ausschuesse/a18_bildung/technikfolgenabschaetzung (05.07.2019).

Deutscher Bundestag (BT): Viel Lob für das Büro für Technikfolgenabschätzung, in: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2016/kw07-de-technikfolgen-406594> (05.07.2019).

Deutscher Bundestag (BT): Wie Roboter künftig in der Pflege eingesetzt werden können, in: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw08-pa-bildung-589102> (05.07.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Pressemitteilung 01/2008. Berlin, 2008. (https://www.ethikrat.org/fileadmin/PDF-Dateien/Pressemitteilungen/PM_2008_01_Konstituierung.pdf, 04.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Biosicherheit – Freiheit und Verantwortung in der Wissenschaft. Berlin, 2014a.

Deutscher Ethikrat (ER): Stallzellforschung – Neue Herausforderungen für das Klonverbot und den Umgang mit artifiziell erzeugten Keimzellen? Ad-hoc-Empfehlung. Berlin, 2014b.

Deutscher Ethikrat: Keimbahneingriffe am menschlichen Embryo: Deutscher Ethikrat fordert globalen politischen Diskurs und internationale Regulierung. Ad-Hoc-Empfehlung. Berlin, 2017.

Deutscher Ethikrat (ER): Big Data und Gesundheit – Datensouveränität als informationelle Freiheitsgestaltung. Stellungnahme. Berlin, 2018a

Deutscher Ethikrat (ER): Hilfe durch Zwang? Professionelle Sorgebeziehungen im Spannungsfeld von Wohl und Selbstbestimmung. Stellungnahme, Kurzfassung. Berlin, 2018b.

Deutscher Ethikrat (ER): Jahresbericht 2017. Berlin, 2018c.

Deutscher Ethikrat (ER): Eingriffe in die menschliche Keimbahn. Stellungnahme. Berlin, 2019a.

Deutscher Ethikrat (ER): Intervening in the Human Germline. Opinion, Executive Summary & Recommendations. Berlin, 2019b.

Deutscher Ethikrat (ER): Jahresbericht 2018. Berlin, 2019c.

Deutscher Ethikrat (ER): Statement Vorsitz des Deutschen Ethikrats zur Veröffentlichung der Stellungnahme „Impfen als Pflicht?“. Berlin, 2019d. (<https://www.ethikrat.org/fileadmin/PDF-Dateien/Pressekonferenzen/pk-2019-06-27-dabrock.pdf>, 10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Ad-hoc-Empfehlungen, in: <https://www.ethikrat.org/publikationen/kategorie/ad-hoc-empfehlungen/> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Aktuelle Ethikratthemen, in: <https://www.ethikrat.org/themen/aktuelle-ethikrat-themen/> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Alle Themen, in: <https://www.ethikrat.org/themen/alle-themen/> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Anhörungen, in: <https://www.ethikrat.org/anhoerungen/> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Big Data, in: <https://www.ethikrat.org/themen/forschung-und-technik/big-data/> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Big Data und Gesundheit. Bericht über die öffentliche Befragung des Deutschen Ethikrates, in: <https://www.ethikrat.org/fileadmin/Publikationen/Studien/befragung-big-data-und-gesundheit.pdf> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Constanze Angerer, in: <https://www.ethikrat.org/mitglieder/constanze-angerer/#m-tab-0-lebenslauf> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Der Ethikrat, in: <https://www.ethikrat.org/der-ethikrat/> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Deutscher Ethikrat, in: <https://www.facebook.com/ethikrat/> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Dokumentationen, in: <https://www.ethikrat.org/publikationen/kategorie/dokumentationen/> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Forschung und Technik, in: <https://www.ethikrat.org/themen/forschung-und-technik/> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Geschäftsstelle, in: <https://www.ethikrat.org/geschaeftsstelle/> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Gesellschaft und Recht, in: <https://www.ethikrat.org/themen/gesellschaft-und-recht/> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Hilfe durch Zwang? Bericht über die öffentliche Befragung des Deutschen Ethikrates, in: <https://www.ethikrat.org/fileadmin/Publikationen/Studien/befragung-hilfe-durch-zwang.pdf> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Infoverteiler, in: <https://www.ethikrat.org/infoverteiler/> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Leichte Sprache, in: <https://www.ethikrat.org/leichte-sprache/> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Mediathek, in: <https://www.ethikrat.org/mediathek/> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Medizin und Gesundheit, in: <https://www.ethikrat.org/themen/medizin-und-gesundheit/> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Meinen – Glauben – Wissen: Klimawandel und die Ethik der Wissenschaften, in: <https://www.ethikrat.org/weitere-veranstaltungen/meinen-glauben-wissen-klimawandel-und-die-ethik-der-wissenschaften/> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Mitglieder, in: <https://www.ethikrat.org/mitglieder/> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Parlamentarischer Abend, in: <https://www.ethikrat.org/weitere-veranstaltungen/parlamentarischer-abend/> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Plenarsitzung am 21. Februar 2019, in: <https://www.ethikrat.org/sitzungen/2019/plenarsitzung-am-21-februar-2019/> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Plenarsitzung am 26. September 2019, in: <https://www.ethikrat.org/sitzungen/2019/plenarsitzung-am-26-september-2019/> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Pressekonferenz anlässlich der Veröffentlichung der Stellungnahme „Impfen als Pflicht?“, in: <https://www.ethikrat.org/fileadmin/PDF-Dateien/Pressekonferenzen/pk-2019-06-27-dabrock.pdf> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Pressekonferenz anlässlich der Veröffentlichung der Stellungnahme „Impfen als Pflicht?“, in: <https://www.ethikrat.org/fileadmin/PDF-Dateien/Pressekonferenzen/pk-2019-06-27-henn.pdf> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Pro + Contra: Widerspruchsregelung bei der Organspende, in: <https://www.ethikrat.org/forum-bioethik/pro-contra-widerspruchsregelung-bei-der-organspende/> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Publikationen, in: <https://www.ethikrat.org/publikationen/> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Sitzungen, in: <https://www.ethikrat.org/sitzungen/> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Stellungnahmen, in: <https://www.ethikrat.org/publikationen/kategorie/stellungnahmen/> (10.10.2019).

Deutscher Ethikrat (ER): Stephan Kruij, in: <https://www.ethikrat.org/mitglieder/stephan-kruij/#m-tab-0-lebenslauf> (10.10.2019).

- Deutscher Ethikrat (ER): Twitter-Feed, in: <https://twitter.com/ethikrat> (10.10.2019).
- Deutscher Ethikrat (ER): Veröffentlichung der Stellungnahme "Impfen als Pflicht?", in: <https://www.ethikrat.org/pressekonferenzen/veroeffentlichung-der-stellungnahme-impfen-als-pflicht/> (10.10.2019).
- Deutscher Ethikrat (ER): Veröffentlichung der Stellungnahme "Das Problem der anonymen Kindesabgabe", in: <https://www.ethikrat.org/pressekonferenzen/veroeffentlichung-der-stellungnahme-das-problem-der-anonymen-kindesabgabe/> (10.10.2019).
- Deutscher Ethikrat (ER): Vimeo-Kanal, in: <https://vimeo.com/ethikrat> (10.10.2019).
- Deutscher Ethikrat (ER): Weitere Veranstaltungen, in: <https://www.ethikrat.org/weitere-veranstaltungen/> (10.10.2019).
- Die Junge Akademie : Arbeitsgruppen, in: <https://www.diejungeakademie.de/aktivitaeten/arbeitsgruppen/> (15.12.2019).
- Die Junge Akademie : Statut, in : <https://www.diejungeakademie.de/ueber-die-akademie/statut/> (15.12.2019).
- Energiesysteme der Zukunft: Das Projekt EYSY, in: <https://energiesysteme-zukunft.de/projekt/das-projekt-esys/> (13.01.2019).
- Europäische Kommission: Europäisches Regieren – Ein Weissbuch. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Mitteilungen und Bekanntmachungen 44. Jahrgang C287/1. Brüssel, 2001. (<https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2001:0428:FIN:DE:PDF,09.10.2021>).
- Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission. Über die Einholung und Nutzung von Expertenwissen durch die Kommission: Grundsätze und Leitlinien. Eine bessere Wissensgrundlage für eine bessere Politik. Kom(2002) 713. Brüssel 2002. (<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52002DC0713&from=DE,09.10.2021>).
- Europäische Kommission: Mitteilung an die Kommission. Rahmenregelung für Expertengruppen der Kommission: Horizontale Bestimmungen und Öffentliches Register. C(2016) 3300 final. Brüssel, 2016. ([https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/api/files/C\(2016\)3300_0/de00000000369090?rendition=false,09.10.2021](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/api/files/C(2016)3300_0/de00000000369090?rendition=false,09.10.2021))
- European Academies' Science Advisory Council (EASAC)/ Federation of European Academies of Medicine (FEAM): Traditional Chinese Medicine: A Statement by EASAC and FEAM. Brüssel und Halle (Saale). 2019. (https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2019_EASAC-FEAM_Traditional_Chinese_Medicine.pdf,15.12.2019).
- Fachforum Autonome Systeme im Hightech-Forum: Chancen und Risiken für Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Langversion. Berlin, 2017. (http://www.hightech-forum.de/fileadmin/PDF/autonome_systeme_abschlussbericht_langversion.pdf,13.01.2019).
- Fachforum Digitalisierung und Gesundheit im Hightech-Forum: Die Zukunft der Medizin ist digital – Szenario zur Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung. Berlin, 2017. (http://www.hightech-forum.de/fileadmin/Bilder/Publikationen/digitalisierung_und_gesundheit.pdf,13.01.2019).
- Fachforum Innovative Arbeitswelten im Hightech-Forum: Die Arbeitswelt gestalten – Impulse für eine Qualifizierungsstrategie 4.0. Berlin, 2017a. (http://www.hightech-forum.de/fileadmin/PDF/hightech-forum_arbeitswelten_qualitaetsstrategie_4_0.pdf,13.01.2019).
- Fachforum Innovative Arbeitswelten im Hightech-Forum: Die Digitalisierung in der stationären Pflege – Impulse für personenbezogene Dienstleistungen. Berlin, 2017b. (http://www.hightech-forum.de/fileadmin/PDF/hightech-forum_arbeitswelten_digitalisierung_pflege.pdf,13.01.2019).
- Fachforum Internationalisierung im Hightech-Forum: Innovation international denken. Handlungsempfehlungen und Beispiele Guter Praxis. Berlin, 2017. (http://www.hightech-forum.de/fileadmin/PDF/hightech-forum_internationalisierung.pdf,13.01.2019).

- Fachforum Nachhaltiges Wirtschaften im Hightech-Forum: Nachhaltige Finanzwirtschaft. Gestaltungs- und Forschungsfragen. Augsburg, 2016. (http://www.hightech-forum.de/fileadmin/Bilder/Publikationen/hightech-forum_nachhaltige_finanzwirtschaft.pdf, 13.01.2019).
- Fachforum Nachhaltiges Wirtschaften im Hightech-Forum: Innovation durch Nachhaltiges Wirtschaften – Handlungsempfehlungen. Berlin, 2017. (http://www.hightech-forum.de/fileadmin/PDF/hightech-forum_nachhaltiges_wirtschaften.pdf, 13.01.2019).
- Fachforum Partizipation und Transparenz im Hightech-Forum: Partizipatives Agenda-Setting – Gesellschaft an Forschung und Innovation beteiligen. Berlin, 2017. (http://www.hightech-forum.de/fileadmin/PDF/hightech-forum_partizipation_und_transparenz.pdf, 13.01.2019).
- Forum Nachhaltige Geldanlagen e.V. (Hrsg.): Green Economy – Recherche Ist-Stand nachhaltige Finanzwirtschaft. Berlin, 2017. (https://www.forum-ng.org/images/stories/Publikationen/FNG_Kurzanalyse_Nachhaltige_Finanzwirtschaft_Januar_2017.pdf, 13.01.2019).
- Forschungsunion: Hightech-Strategie-Konferenz, in: http://www.forschungsunion.de/aktivitaeten/2013_04_23_hightech-strategie-konferenz/index.html (03.05.2019).
- Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK): Pakt für Forschung und Innovation. Monitoring-Bericht 2008. Bonn, 2008. (<https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/Monitoring-Bericht-PFI-2008.pdf>, 24.04.2018).
- Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK): Ausführungsvereinbarung zum GWK-Abkommen über die gemeinsame Förderung des von der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften e.V. koordinierten Programms, in: Bundesanzeiger Nr. 18a vom 04.02.2009, S. 17. Bonn, 2009.
- Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK): Aktivitäten der GWK in den Jahren 2012/2013 – Beitrag des Büros der GWK zur 56. Kanzler-Jahrestagung 2013 in Nürnberg. Bonn, 2013. (<http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/GWK-Aktivitaeten-Kanzlertagung-2013.pdf>, 28.04.2016).
- Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK): Gemeinsame Förderung von Wissenschaft und Forschung durch Bund und Länder. Finanzströme im Jahr 2013. Heft 44. Bonn, 2015a. (<https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/GWK-Heft-44-Finanzstroeme2013.pdf>, 24.04.2018).
- Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK): Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91b Absatz 1 Nummer 2 des Grundgesetzes über den Hochschulpakt 2020, in: Bundesanzeiger AT 15.04.2015 B6. Bonn, 2015b.
- Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK): Pakt für Forschung und Innovation. Monitoring-Bericht 2016. Materialien der GWK Heft 47. Bonn, 2016. (https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/GWK-Heft-47-PFI-Monitoring-Bericht-2016__1_.pdf, 24.04.2018).
- Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK): Ausführungsvereinbarung über die gemeinsame Förderung von Forschungsbauten an Hochschulen einschließlich Großgeräten – Ausführungsvereinbarung Forschungsbauten an Hochschulen einschließlich Großgeräten (AV-FuG), i.d.F. vom 24. Juni 2016, in: Bundesanzeiger AT 20.09.2016 B4. Bonn, 2016.
- Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK): Grundlagen der GWK 2017. Bonn, 2017.
- Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK): Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-Abkommen) vom 11. September 2007 i.d.F. vom 10. November 2017, in: Bundesanzeiger AT 17.01.2018 B2. Bonn, 2018.
- Geschäftsstelle Energiesysteme der Zukunft (Hrsg.): Wege zu einem integrierten Energiesystem – was jetzt geschehen muss. Impuls. Berlin, 2019. (https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2019_ESYS_Impuls_Integriertes_Energiesystem.pdf, 15.12.2019).
- Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019) vom 17. Dezember 2018, in: Bundesgesetzblatt 2528, Jahrgang 2018 Teil I Nr. 47. Bonn, 2018.

- Gesetz über die Statistik für das Hochschulwesen sowie für die Berufsakademien (Hochschulstatistikgesetz - HStatG) i.d.F. vom 07.12.2016, in: Bundesgesetzblatt 2826, Jahrgang 2016 Teil I Nr. 59. Bonn, 2016.
- Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 23. Dezember 2014, in: Bundesgesetzblatt 2438, Jahrgang 2014 Teil I Nr. 64. Bonn, 2014.
- Gesetz zur Einrichtung des Deutschen Ethikrats (Ethikratgesetz – EthRG) vom 16. Juli 2007, in: Bundesgesetzblatt 1385, Jahrgang 2007 Teil I Nr. 31. Bonn, 2007.
- Gesetz zur Flexibilisierung von haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen außeruniversitärer Wissenschaftseinrichtungen (Wissenschaftsfreiheitsgesetz - WissFG) vom 5. Dezember 2012 i.d.F. vom 19. Juni 2020, in: Bundesgesetzblatt 1328, Jahrgang 2020 Teil I Nr. 29. Bonn, 2020.
- Habermas, Jürgen: Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung, in: Reich, Richard (Hrsg.): Humanität und politische Verantwortung. Zürich u.a., 1964. S. 54 – 73.
- Hacker, Jörg (Hrsg.): Jahrbuch 2012. Leopoldina Reihe 3, Jahrgang 58. Halle (Saale), 2013.
- Hacker, Jörg (Hrsg.): Ein Rundgang durch die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften. Halle (Saale), 2017a.
- Hacker, Jörg (Hrsg.): Leopoldina 2017. Der Monitoring-Bericht der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften. Halle (Saale), 2017b.
- Hacker, Jörg (Hrsg.): Leopoldina 2018. Monitoring-Bericht. Halle (Saale), 2018a.
- Hacker, Jörg (Hrsg.): Zukunftsfähigkeit der Luftfahrtforschung in Deutschland. Chancen und Risiken der aktuellen Entwicklung. Leopoldina Diskussion Nr. 17. Halle (Saale), 2018b.
- Hacker, Jörg (Hrsg.): Jahrbuch 2018. Leopoldina Reihe 3, Jahrgang 64 (2018). Halle (Saale), 2019b A
- Hacker, Jörg (Hrsg.): Leopoldina. Neu gewählte Mitglieder 2018. Halle (Saale), 2019b.
- Hacker, Jörg (Hrsg.): Leopoldina 2019. Monitoring-Bericht. Halle (Saale), 2019c.
- Helpdesk zur Einführung des Kerndatensatz Forschung : Einführung des KDSF, in: <http://www.kerndatensatz-forschung.de/index.php?id=einfuehrung> (03.03.2018).
- Hightech-Forum (HTF): Gemeinsam besser: Nachhaltige Wertschöpfung, Wohlstand und Lebensqualität im digitalen Zeitalter – Innovationspolitische Leitlinien des Hightech-Forums. Berlin, 2017a. (https://www.hightech-forum.de/wp-content/uploads/2019/01/HTF_Leitlinien_final_web.pdf, 03.05.2019).
- Hightech-Forum (HTF): Gute Ideen zur Wirkung bringen. Umsetzungsimpulse des Hightech-Forums zur Hightech-Strategie. Berlin, 2017b. (https://www.hightech-forum.de/wp-content/uploads/2019/01/HTF_Umsetzungsimpulse_final_web.pdf, 03.05.2019).
- Hightech-Forum (HTF): Aktuelles, in: <http://www.hightech-forum.de/aktuelles/> (13.01.2019).
- Hightech-Forum (HTF): Autonome Systeme, in: <http://www.hightech-forum.de/themen/autonome-systeme/> (13.01.2019).
- Hightech-Forum (HTF): Autonome Systeme: Fachforum stellt Forschungsministerin Wanka Prototypen vor, in: <http://www.hightech-forum.de/aktuelles/2016-04-25/> (25.01.2019).
- Hightech-Forum (HTF): Das Hightech-Forum hat sich aus 20 hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft zusammengesetzt, in: <http://www.hightech-forum.de/die-mitglieder/> (13.01.2019).
- Hightech-Forum (HTF): Die Innovationskraft in Deutschland stärken, in: <http://www.hightech-forum.de/aktuelles/2016-04-13/> (13.01.2019).
- Hightech-Forum (HTF): Effektivität des Innovationssystems und Innovationskraft des Mittelstands, in: <http://www.hightech-forum.de/themen/innovationssystem/> (13.01.2019).
- Hightech-Forum (HTF): Herausforderungen und Erfolgsfaktoren für Kooperation und Transfer, in: <http://www.hightech-forum.de/themen/kooperation-und-transfer/> (13.01.2019).

Hightech-Forum (HTF): Hightech-Forum entwickelt Leitlinien für die Zukunft von Forschung und Innovation, in: <http://www.hightech-forum.de/aktuelles/2016-03-24/> (13.01.2019).

Hightech-Forum (HTF): Hightech-Forum: Erste Vorschläge zur Stärkung des Innovationsstandortes Deutschland, in: <http://www.hightech-forum.de/aktuelles/2015-11-12/> (13.01.2019).

Hightech-Forum (HTF): Hightech-Forum übergibt Abschlussbericht an die Bundesregierung, in: <http://www.hightech-forum.de/aktuelles/2017-05-16/> (13.01.2019).

Hightech-Forum (HTF): Homepage, in: <https://www.hightech-forum.de/> (24.05.2019).

Hightech-Forum (HTF): Innovationstreiber stärken für ein zukunftsfähiges Deutschland, in: <http://www.hightech-forum.de/aktuelles/2017-03-10/> (13.01.2019).

Hightech-Forum (HTF): Innovative Arbeitswelten, in: <http://www.hightech-forum.de/themen/innovative-arbeitswelten/> (13.01.2019).

Hightech-Forum (HTF): Internationalisierung, in: <http://www.hightech-forum.de/themen/internationalisierung/> (13.01.2019).

Hightech-Forum (HTF): Nachhaltiges Wirtschaften, in: <http://www.hightech-forum.de/themen/nachhaltiges-wirtschaften/> (13.01.2019).

Hightech-Forum (HTF): Neue Impulse für Forschung und Innovation in Deutschland, in: <http://www.hightech-forum.de/auftrag/> (13.01.2019).

Hightech-Forum (HTF): Partizipation und Transparenz, in: <http://www.hightech-forum.de/themen/partizipation-und-transparenz/> (13.01.2019).

Hightech-Forum (HTF): Startschuss für das Hightech-Forum, in: <http://www.hightech-forum.de/aktuelles/2015-03-17/> (13.01.2019).

Hochschulrektorenkonferenz (HRK): Zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten in den Hochschulen. Empfehlung des 185. Plenums am 6. Juli 1998 in Bonn. Bonn, 1998.

Hochschulrektorenkonferenz (HRK): Chance, nicht Last: Empfehlungen für einen „Hochschulpakt 2020“ zur Bewältigung des zu erwartenden Anstiegs der Studierendenzahlen. Bonn, 2005. (https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Beschluss_Hochschulpakt_2020.pdf, 24.04.2018).

Hochschulrektorenkonferenz (HRK) : Geschichte, in: <https://www.hrk.de/hrk/geschichte/> (08.05.2016).

Internationale Expertenkommission Exzellenzinitiative (IEKE): Evaluation der Exzellenzinitiative. Endbericht der Internationalen Expertenkommission. Berlin, 2016. (<https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/Imboden-Bericht-2016.pdf>, 24.04.2018).

Internationales Begegnungszentrum „Georg-Forster-Haus“ : Homepage, in: <https://ibz.uni-halle.de/> (15.12.2019).

Kultusministerkonferenz (KMK): Geschäftsordnung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland gemäß Beschluss vom 19. November 1955 i.d.F. vom 29. August 2014. (<https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/KMK/GO-GR-Fassung-29-08-2014.pdf>, 09.10.2021).

Kultusministerkonferenz (KMK) : Zur Geschichte der Kultusministerkonferenz 1948 – 1998, in: <https://www.kmk.org/de/kmk/aufgaben/geschichte-der-kmk.html> (09.10.2021).

Leopoldina Akademie Freundeskreis e. V.: Mitglieder, in: <https://www.freundeskreis-leopoldina.de/mitglieder/> (15.12.2019).

Leopoldina Akademie Freundeskreis e. V.: Projekte, in: <https://www.freundeskreis-leopoldina.de/projekte/> (15.12.2019).

Leopoldina Akademie Freundeskreis e. V.: Schülerprogramm anlässlich der Jahresversammlung 2018, in : <https://freundeskreis-leopoldina.de/schuelerprogramm-2018/> (15.12.2019).

openTA: Netzwerk TA, in: <https://www.openta.net/netzwerk-ta> (22.07.2019).

- Protokoll der 189. Kabinettsitzung am 16. Juli 1957: 5. Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern, BMI: b) über die Errichtung eines Deutschen Wissenschaftsrates. (https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/1000/k/k1957k/kap1_2/kap2_47/para3_14.html, 24.04.2018).
- Redaktion Datenhandbuch im Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages (RDP): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages. Onlineausgabe seit 1990. Kapitel 11.7 - Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag. Stand: 15.11.2016. Berlin, 2017. (https://www.bundestag.de/resource/blob/196234/8e0693de6daa0808d1db66d57f1a777a/Kapitel_11_07_B__ro_f__r_Technikfolgen-Absch__tzung-data.pdf, 05.07.2019).
- Redaktion Datenhandbuch im Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages (RDP): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages. Onlineausgabe seit 1990. Kapitel 8.10 - Enquete-Kommissionen. Stand: 13.11.2020. Berlin, 2020a. (https://www.bundestag.de/resource/blob/196186/5b8a499c083e8d5116776701408f56dc/Kapitel_08_10_Enquete-Kommissionen-data.pdf, 04.12.2020).
- Redaktion Datenhandbuch im Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages (RDP): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages. Onlineausgabe seit 1990. Kapitel 19.1 - Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung. Stand: 19.08.2020. Berlin, 2020b. (https://www.bundestag.de/resource/blob/272960/4f871f826723141b2442c7b1abbab7ec/Kapitel_19_01_Aufbau_und_Entwicklung_der_Bundestagsverwaltung-pdf-data.pdf, 04.12.2020).
- Science Media Center Germany: Homepage, in: <https://www.sciencemediacenter.de/kontakt/impresum/> (15.12.2019).
- Stakeholder Panel TA: Stakeholder Panel zur Technikfolgenabschätzung [TA] beim Bundestag , in: <https://www.stakeholderpanel.de/> (05.07.2019).
- Steuerungsgremium der Schwerpunktinitiative „Digitale Information“ der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen (Hrsg.): Den digitalen Wandel in der Wissenschaft gestalten. Die Schwerpunktinitiative „Digitale Information“ der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen. Leitbild 2018 – 2022 i.d.F. vom Dezember 2017. o.O. (https://gfzpublic.gfz-potsdam.de/rest/items/item_2829902_4/component/file_2829903/content (15.12.2020).
- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Stifterverband): YouTube-Kanal, in: <https://www.youtube.com/user/Stifterverband/search?query=hightech-forum> (22.06.2019).
- Stock, Günter: Vorwort, in: Der Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Leitlinien Politikberatung. Berlin, 2008.
- Weber, Max: Wissenschaft als Beruf. Reclams Universal-Bibliothek Nr. 9388. Stuttgart, 1995.
- Wissenschaft im Dialog: Wissenschaft kontrovers, in: www.wissenschaft-kontrovers.de/ (15.12.2019)
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Aufgaben und Ausstattung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Ausarbeitung WD 1 – 081/04. Berlin, 2004.
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Die Rolle und Bedeutung der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags im internationalen Vergleich. Sachstand – WD 3 – 402/06. Berlin, 2006.
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Sachstand WD 1 – 3000 – 097/09. Berlin, 2009.
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Beratungsgremien bei der Bundesregierung und im Bundestag. Infobrief – WD 3 – 3000 – 372/10. Berlin, 2010.
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Technikpolitik im Deutschen Bundestag. Ausarbeitung - WD 8 – 086 – 12. Berlin, 2011.
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Das Abfackeln (gas flaring) und Ablassen (gas venting) von Begleitgasen bei der Erdölförderung. Infobrief – WD 8 – 3010 – 047/12. Berlin, 2012.
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Lichtverschmutzung. Aktueller Begriff – Nr. 10/15. Berlin, 2015a.

- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Verschmutzung der Meere durch Mikroplastikpartikel. Infobrief – WD 8 – 3010 – 058/14. Berlin, 2015b.
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages angegliederte wissenschaftliche Gremien. Kurzinformation – WD 8 – 3000 – 041/16. Berlin, 2016a.
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Leitfaden für die Unterabteilung Wissenschaftliche Dienste (WD). Berlin, 2016b.
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Sachstand - Fragen zu parlamentarischen Untersuchungsausschüssen und Enquete-Kommissionen - WD 3 – 3000 – 212/16 – 201. Berlin, 2016c
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Zentrale Serviceeinrichtungen im Deutschen Bundestag. Kurzinformation WD 8 – 3000 – 058/16. Berlin, 2016d.
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Zum Gebrauch der deutschen Sprache in der Wissenschaft. Ausarbeitung – WD 8 – 090 – 14. Berlin, 2016e.
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Einzelfragen zum Arbeitsauftrag und zur Arbeitsweise der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Kurzinformation – WD 8 – 3000 – 004/17. Berlin, 2017a.
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Einzelfragen zur Arbeit der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Kurzinformation – WD 8 – 3000 – 084/16. Berlin, 2017b.
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Einzelfragen zur Bibliothek und zu den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages. Kurzinformation – WD 8 – 3000 – 029/17. Berlin, 2017c.
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (WD): Sachstand – Die Öffnung der Parlamente im Sinne der Förderung der Bürgerbeteiligung – Neue Entwicklungen im Deutschen Bundestag – WD 3 – 3000 – 127/17. Berlin, 2017d.
- Wissenschaftsrat (WR): Empfehlungen zum Wettbewerb im deutschen Hochschulsystem. Köln, 1985.
- Wissenschaftsrat (WR): Strategische Forschungsförderung. Empfehlungen zu Kommunikation, Kooperation und Wettbewerb im Wissenschaftssystem. Drs. 5654/03. Essen, 2003.
- Wissenschaftsrat (WR): Empfehlungen für die Errichtung einer Nationalen Akademie in Deutschland. Drs. 5922/04. Berlin, 2004. (<http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/5922-04.pdf>, 01.10.2015).
- Wissenschaftsrat (WR): Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung eines Wissenschaftsrates vom 5. September 1957 in der ab 1. Januar 2008 geltenden Fassung. o.A., 2008. (<https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/Verwaltungsabkommen.pdf>, 24.04.2018).
- Wissenschaftsrat (WR): Empfehlungen zur Profilierung der Einrichtungen mit Ressortforschungsaufgaben des Bundes. Drs. 10295-10. Lübeck, 2010.
- Wissenschaftsrat (WR): Aufgaben, Kriterien und Verfahren des Evaluationsausschusses des Wissenschaftsrates. Drs. 3438-13. Mainz, 2013a.
- Wissenschaftsrat (WR): Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems. Drs. 3228-13. Braunschweig, 2013b.
- Wissenschaftsrat (WR): Empfehlungen zur Zukunft des Forschungsratings. Drs. 3409-13. Mainz, 2013c.
- Wissenschaftsrat (WR): Aufgaben, Kriterien und Verfahren des Evaluationsausschusses des Wissenschaftsrates. Drs. 4205 -14. Greifswald, 2014.
- Wissenschaftsrat (WR): Leitfaden der Konzeptüberprüfung nichtstaatlicher Hochschulen in Gründung. Dr. 4396-15. Berlin, 2015c.

Wissenschaftsrat (WR): Leitfaden zur Begutachtung von Forschungsbauten. Drs. 4554-15. Stuttgart, 2015d.

Wissenschaftsrat (WR): Stellungnahme zum Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), Berlin. Drs. 4906-15. Bielefeld, 2015e.

Wissenschaftsrat (WR): Zum wissenschaftspolitischen Diskurs über Große gesellschaftliche Herausforderungen. Positionspapier. Drs. 4594-15. Stuttgart, 2015f.

Wissenschaftsrat (WR): Arbeitsprogramm des Wissenschaftsrates Januar – Juli 2016. Drs. 5119-16. Berlin, 2016a.

Wissenschaftsrat (WR): Empfehlungen zur Spezifikation des Kerndatensatz Forschung. Drs. 5066-16. Berlin, 2016b.

Wissenschaftsrat (WR): Wissens- und Technologietransfer als Gegenstand institutioneller Strategien. Positionspapier. Drs. 5665-16. Weimar, 2016c.

Wissenschaftsrat (WR) Begutachtungen im Wissenschaftssystem. Positionspapier. Drs. 6680-18. Berlin, 2017a.

Wissenschaftsrat (WR): Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Ressortforschungseinrichtungen des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). Drs. 5916-17. Berlin, 2017b.

Wissenschaftsrat (WR): Geschäftsordnung des Wissenschaftsrates in der vom Wissenschaftsrat am 20. Januar 2017 verabschiedeten Fassung. Berlin, 2017c. (<https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/Geschaeftsordnung.pdf>, 24.04.2018).

Wissenschaftsrat (WR): Vertrauen in die Wissenschaft. Bericht der Vorsitzenden zu aktuellen Tendenzen im Wissenschaftssystem. Berlin, 2017d. (https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/VS_Bericht_Okt_2017.pdf, 24.04.2018).

Wissenschaftsrat (WR): Arbeitsprogramm des Wissenschaftsrates Januar – Juli 2018. Berlin, 2018a.

Wissenschaftsrat (WR): Empfehlungen zu regionalen Kooperationen wissenschaftlicher Einrichtungen. Drs. 6824-18. Berlin, 2018b.

Wissenschaftsrat (WR): Leitfaden der Evaluation universitätsmedizinischer Einrichtungen. Drs. 6867-18. Berlin, 2018c.

Wissenschaftsrat (WR): Organisationsplan der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates vom 15.01.2018 (<https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/Orgaplan.pdf>, 24.04.2018) Köln, 2018d.

Wissenschaftsrat (WR): Rechtlich festgelegte Aufgabenfelder des Wissenschaftsrates. o.A. (https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/Rechtliche_Grundlagen.pdf, 24.04.2018).

Wissenschaftsrat (WR): Erklärungen der Allianz der Wissenschaftsorganisationen, in: https://www.wissenschaftsrat.de/nc/presse/allianz_der_wissenschaftsorganisationen.html (03.03.2018).

Wissenschaftsrat (WR): Evaluation, in: <https://www.wissenschaftsrat.de/arbeitsbereiche-arbeitsprogramm/evaluation.html> (03.03.2018).

Wissenschaftsrat (WR): Exzellenzinitiative, in: <https://www.wissenschaftsrat.de/arbeitsbereiche-arbeitsprogramm/exzellenzinitiative.html> (03.03.2018).

Wissenschaftsrat (WR): Exzellenzstrategie, in: <https://www.wissenschaftsrat.de/arbeitsbereiche-arbeitsprogramm/exzellenzstrategie.html> (03.03.2018).

Wissenschaftsrat (WR): Forschung, in: <https://www.wissenschaftsrat.de/arbeitsbereiche-arbeitsprogramm/forschung.html> (03.03.2018).

Wissenschaftsrat (WR): Forschungsinfrastrukturen, in: <https://www.wissenschaftsrat.de/arbeitsbereiche-arbeitsprogramm/forschungsinfrastrukturen/ausschuss.html> (03.03.2018).

Wissenschaftsrat (WR): Gründung und Geschichte, in: https://www.wissenschaftsrat.de/ueberuns/gruendung_geschichte.html (03.03.2018).

Wissenschaftsrat (WR): Kerndatensatz Forschung, in: https://www.wissenschaftsrat.de/arbeitsbereiche-arbeitsprogramm/kerndatensatz_forschung.html (03.03.2018).

Wissenschaftsrat (WR): Medizin, in: <https://www.wissenschaftsrat.de/arbeitsbereiche-arbeitsprogramm/medizin.html> (03.03.2018).

Wissenschaftsrat (WR): Mitglieder, in: <https://www.wissenschaftsrat.de/ueber-uns/mitglieder.html> (03.03.2018).

Wissenschaftsrat (WR): Organisation und Arbeitsweise, in: <https://www.wissenschaftsrat.de/ueber-uns/organisation-und-arbeitsweise.html> (03.03.2018).

Wissenschaftsrat (WR): Sachverständige, in: <https://www.wissenschaftsrat.de/ueber-uns/sachverstaendige.html> (03.03.2018).

Wissenschaftsrat (WR): Tertiäre Bildung, in: https://www.wissenschaftsrat.de/arbeitsbereiche-arbeitsprogramm/tertiaere_bildung.html (03.03.2018).

Wissenschaftsrat (WR): Über uns, in: <https://www.wissenschaftsrat.de/ueber-uns.html> (03.03.2018).

Wissenschaftsrat (WR): Veranstaltungen, in: <https://www.wissenschaftsrat.de/nc/presse/veranstaltungen.html> (03.03.2018).

Wissenschaftsrat (WR): Veröffentlichungen, in: <https://www.wissenschaftsrat.de/nc/veroeffentlichungen/veroeffentlichungen-ab-1980.html>, (03.03.2018).

Wissenschaftsrat (WR): Wissenschaftsrat | Organisationsstruktur, in: <https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/Organisationsstruktur.pdf> (24.04.2018).

B SEKUNDÄRLITERATUR

- Adolf, Marian/Stehr, Nico: Medien in der Wissensgesellschaft: Auf der Suche nach Schnittstellen, in: Raab, Johannes et al. (Hrsg.): Medien und Kommunikation in der Wissensgesellschaft. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft Band 35. Konstanz, 2008, S. 62 – 73.
- Almond, Gabriel/Verba, Sidney: The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations. Princeton, 1965.
- Altenburg, Cornelia: Kernenergie und Politikberatung. Die Vermessung einer Kontroverse. Wiesbaden, 2010.
- Alvarez, Sonja: Wie nah sind sich Deutscher Ethikrat und Facebook, in: <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/fragwuerdiger-gespraechskreis-wie-nah-sind-sich-deutscher-ethikrat-und-facebook/24189814.html> (10.10.2019)
- Arnold, Lea: Unabhängige Wirtschaftspolitik: Wissenschaftliche Politikberatung seit 1968 am Beispiel der Fünf Wirtschaftsweisen. Wiesbaden, 2010.
- Beck, Ulrich: Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne. Edition Suhrkamp 1365, Neue Folge Band 365. Frankfurt am Main, 1986.
- Beer, Thomas: Politikberatung in der Sicherheitspolitik, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 537 – 545.
- Berger, Rolf: Zur Stellung des Wissenschaftsrats bei der wissenschaftspolitischen Beratung von Bund und Ländern. Baden-Baden, 1974.
- Beste Worte: Twitter-Feed, in: <https://twitter.com/besteworte/status/864415182138880000> (22.06.2019).
- Bill, Holger/Falk, Svenja: Unternehmensberatungen in der Politikberatung, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 290 – 299.
- Blättele, Andrea: Politikberatung aus sozialwissenschaftlicher Perspektive, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. 2. Auflage. Wiesbaden, 2019. S. 25 – 38.
- Bode, Matthias: Die auswärtige Kulturverwaltung der frühen Bundesrepublik. Eine Untersuchung ihrer Etablierung zwischen Norminterpretation und Normgenese. Studien und Beiträge zum Öffentlichen Recht 18. Tübingen, 2014. S. 290ff.
- Bogner, Alexander/Torgersen, Helge: Sozialwissenschaftliche Expertiseforschung. Zur Einleitung in ein expandierendes Forschungsfeld, in: Bogner, Alexander/Torgersen, Helge (Hrsg.): Wozu Experten? Ambivalenzen der Beziehung von Wissenschaft und Politik. Wiesbaden 2005. S. 7 – 32.
- Bogner, Alexander: Politikberatung im Politikfeld der Biopolitik, in: Falk, Svenja (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 483 – 495.
- Bösch, Frank: Werbefirmen, Meinungsforscher, Professoren. Die Professionalisierung der Politikberatung im Wahlkampf (1949 – 1972), in: Fisch, Stefan/Rudloff, Wilfried (Hrsg.): Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive. Schriftenreihe Hochschule Speyer Band 168. Berlin, 2004. S. 309 – 328.
- Brede, Falko: Politikberatung in der Gesundheitspolitik, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 437 – 448.
- Brown, Mark B./Lentsch, Justus/Weingart, Peter: Politikberatung und Parlament. Opladen, 2006.
- Brown, Mark B./Lentsch, Justus/Weingart, Peter: Representation, Expertise, and the German Parliament: A Comparison of Three Advisory Institutions, in: Maasen, Sabine/Weingart, Peter: Democratization of Expertise? Exploring Novel Forms of Scientific Advice in Political Decision-Making. Sociology of the Sciences Volume XXIV. Dordrecht, 2009. S. 81 – 100.
- Buchholz, Kai: Professionalisierung der wissenschaftlichen Politikberatung? Interaktions- und professionssoziologische Perspektiven. Science Studies. Bielefeld, 2008. S. 15.

- Buchholz, Kai/Patzwaldt, Katja: Politikberatung in der Forschungs- und Technologiepolitik, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. 2. Auflage. Wiesbaden, 2019. S. 329 – 348.
- Cassel, Susanne: Institutionalisierte Politikberatung in den USA – Ein Vorbild für die wissenschaftliche Beratung der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland?, in: Leschke, Martin/Pies, Ingo (Hrsg.): Wissenschaftliche Politikberatung – Theorien, Konzepte, Institutionen. Stuttgart 2005, Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft, 75, S. 184 – 203.
- Dausendschön-Gay, Ulrich/Domke, Christine/Ohlhus, Sören: Einleitung: Wissen in (Inter)Aktion, in: Dausendschön-Gay, Ulrich/Domke, Christine/Ohlhus, Sören (Hrsg.): Wissen in (Inter-). Verfahren der Wissensgenerierung in unterschiedlichen Praxisfeldern. Linguistik – Impulse & Tendenzen 39. Berlin und New York, 2010. S. 1 – 20.
- Deutscher Hochschulverband (Hrsg.): Forschung und Lehre. 2/18. Bonn, 2018.
- Donges, Patrick: Medialisierung politischer Organisationen. Parteien in der Mediengesellschaft. Wiesbaden, 2008.
- Douglas, Heather: Inserting the Public into Science, in: Maasen, Sabine/Weingart, Peter: Democratization of Expertise? Exploring Novel Forms of Scientific Advice in Political Decision-Making. Sociology of the Sciences Volume XXIV. Dordrecht, 2009. S. 153 – 169.
- Drilhon, Gabriel: Choosing Priorities in Science and Technology. Paris, 1991.
- Eckert, Roland: Wissenschaft und Demokratie. Plädoyer für eine verantwortliche Wissenschaft. Tübingen, 1971.
- Edler, Jakob/Kuhlmann, Stefan: Integration of European Research Systems. A Multidimensional Phenomena, in: Jansen, Dorothea (Hrsg.): Towards a European Reserach Area. Proceedings of a Research Conference at the German Research Institute for Public Administration Speyer. Interdisziplinäre Schriften zur Wissenschaftsforschung Band 13. Baden-Baden, 2012. S. 71 – 93.
- Eilfort, Michael: Fraktionen und Ausschüsse, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 189 – 197.
- Eisenegger, Mark/Imhof, Kurt: Die Wissensproduktionsstätte Wissenschaft unter Druck – Regularitäten medialisierter Wissenschaftsberichterstattung, in Raabe, Johannes et al. (Hrsg.): Medien und Kommunikation in der Wissensgesellschaft. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft Band 35. Konstanz, 2008. S. 74 – 86.
- Falk, Svenja/Römmele, Andrea: Der Markt für Politikberatung. Wiesbaden, 2009.
- Falk, Svenja et al.: Einführung: Politikberatung – Themen, Fragestellungen, Begriffsdimensionen, Konzepte, Akteure, Institutionen und Politikfelder, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 11 – 19.
- Falk, Svenja et al.: Politikberatung – eine Einführung, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. 2. Auflage. Wiesbaden, 2019. S. 3 – 24.
- Feldkamp, Michael F.: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1994 bis 2003. Ergänzungsband. Baden-Baden, 2005.
- Felt, Ulrike: Eine neue Kultur der Wissenschaft? Oder: Die Sehnsucht nach großen Männern und richtigen Events, in: Gegenworte 15. Berlin, 2005. S. 12 – 15.
- Felt, Ulrike: Transdisziplinarität als Wissenskultur und Praxis, in: Mitteilungen des Österreich-Konsortiums GAIA 19/1. Wien, 2010. S. 75 – 77.
- Fisch, Stefan: Vom Fürstenratgeber zum Politikberater: Perspektiven einer Geschichte der Politikberatung, in: Fisch, Stefan/Rudloff, Wilfried (Hrsg.): Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive. Berlin, 2004. S. 7 – 12.
- Fisch, Stefan/Rudloff, Wilfried (Hrsg.): Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive. Schriftenreihe der Hochschule Speyer (Band 168). Berlin, 2004.

- Fischer, Frank: Die argumentative Wende – und was sie für die Politikberatung bedeutet, in: Leggewie, Claus (Hrsg.): Von der Politik- zur Gesellschaftsberatung. Neue Wege öffentlicher Konsultation. Frankfurt am Main u.a., 2007. S. 17 – 33.
- Fraenkel-Haeberle, Cristina: Die Universität im Mehrebenensystem. Modernisierungsansätze in Deutschland, Italien und Österreich. Tübingen, 2014.
- Fromm, Nadine/Rosenstrauch, Hazel: Vom Umbau in den Wissenschaften: Einführung und Dokumentation, in: BBAW / Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Gegenworte - Hefte für den Disput über Wissen. Heft 12. S. 4 – 10.
- Fuchs, Dieter: Demokratie und Beteiligung in der modernen Gesellschaft: einige demokratietheoretische Überlegungen, in: Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (Hrsg.): Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase. Wiesbaden, 2000. S. 250 – 280.
- Fuchs, Michael: Nationale Ethikräte. Hintergründe, Funktionen und Arbeitsweisen im Vergleich. Berlin, 2005.
- Gaehtgens, Peter: Die Exzellenzinitiative im Kontext Bund/Länder-finanzierter Forschungsförderprogramme. Arbeitspapier 1 01/2012. Berlin, 2012. (https://edoc.bbaw.de/files/1276/BBAW_Wissenschaftspolitik_im_Dialog_1_2.Auflage_A.pdf, 25.07.2021).
- Gehring, Petra: Fragliche Expertise. Zur Etablierung von Bioethik in Deutschland, in: Hagner, Michael (Hrsg.): Wissenschaft und Demokratie. Edition Unseld 47. Berlin, 2012. S. 112 – 139.
- Gibbons, Michael et al.: The New Production of Knowledge. The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies. London, 1994.
- Glaab, Manuela/Metz, Almut: Politikberatung und Öffentlichkeit, in: Falk, Svenja (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 161 – 170.
- Grunwald, Armin: Technik und Politikberatung. Philosophische Perspektiven. Frankfurt am Main, 2010.
- Grunwald, Armin: Technikfolgenabschätzung – eine Einführung. 2. Auflage. Berlin, 2010.
- Grunwald, Armin/Hennen, Leonhard/Sauter, Arnold: Parlamentarische Technikfolgenabschätzung, in: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.): Technik, Folgen, Abschätzung. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 6-7/2014. Bonn, 2014. S. 17 – 24.
- Grupp, Hariolf/Fornahl, Dirk: Ökonomische Organisationsforschung, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 130 – 147.
- Guston, David H.: Institutional Design for Robust Knowledge: The National Toxicology Program's Report on Carcinogens, in: Maasen, Sabine/Weingart, Peter: Democratization of Expertise? Exploring Novel Forms of Scientific Advice in Political Decision-Making. Sociology of the Sciences Volume XXIV. Dordrecht, 2009. S. 63 – 79.
- Hagner, Michael: Wissenschaft und Demokratie oder: Wie demokratisch soll die Wissenschaft sein?, in: Hagner, Michael (Hrsg.): Wissenschaft und Demokratie. Edition Unseld 47. Berlin, 2012. S. 9 – 50.
- Halffman, Willem/Hoppe, Rob: Science/Policy Boundaries: A Changing Division of Labour in Dutch Expert Policy Advice, in: Maasen, Sabine/Weingart, Peter: Democratization of Expertise? Exploring Novel Forms of Scientific Advice in Political Decision-Making. Sociology of the Sciences Volume XXIV. Dordrecht, 2009. S. 135 – 152.
- Han, Pyöng-ch'öl: Transparenzgesellschaft. Berlin, 2012.
- Hartmann, Monika/Hawes, Daniel/Simons, Johannes: Kurzanalyse: Nachhaltiger Konsum – Schwerpunkt Ernährung. Ist-Zustände, Innovationsbedarf und fachübergreifende Wissenslücken. Bonn, 2016. (http://www.hightech-forum.de/fileadmin/Bilder/Publikationen/nachhaltiger_konsum_kurzanalyse.pdf, 13.01.2019).
- Heath, Deborah/Rapp, Rayna/Taussig, Karen-Sue: Genetic Citizenship, in: Nugent, David/Vincent, Joan (Hrsg.): A Companion to the Anthropology of Politics. Oxford, 2004. S. 152 – 167.

- Heinrichs, Harald: Politikberatung in der Wissensgesellschaft. Eine Analyse umweltpolitischer Beratungssysteme. Wiesbaden, 2002.
- Heinrichs, Harald: Advisory Systems in Pluralistic Knowledge Societies: A Criteria-Based Typology to Assess and Optimize Environmental Policy Debate, in: Maasen, Sabine/Weingart, Peter: Democratization of Expertise? Exploring Novel Forms of Scientific Advice in Political Decision-Making. Sociology of the Sciences Volume XXIV. Dordrecht, 2009. S. 41 – 62.
- Heiss, Stefanie: Politikberatung aus der zweiten Reihe, in: <https://www.jetzt.de/interview/politikberatung-aus-der-zweiten-reihe-520261> (03.05.2018).
- Hinze, Sybille: Forschungsförderung in Deutschland, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 162 – 175.
- Hohn, Hans-Willy: Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 457 – 477.
- Holly, Werner: Was sind die ‚Neuen Medien‘ – was sollen ‚Neue Medien‘ sein?, in: Voß, G. Günter/Holly, Werner/Boehnke, Klaus (Hrsg.): Neue Medien im Alltag. Begriffsbestimmungen eines interdisziplinären Forschungsfeldes. Opladen, 2000. S. 79 – 106.
- Holzinger, Katharina: Wissenschaftspolitik, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik. München, 2001. S. 579 – 580.
- Hornbostel, Stefan: (Forschungs-)Evaluation, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 293 – 309.
- Jansen, Dorothea: Von der Steuerung zur Governance: Wandel der Staatlichkeit?, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 39 – 50.
- Jansen, Dorothea/Semmet, Tobias: Which Way towards a European Research Area? Patterns and Paths of European Integration in Research, Technology and Development Policy – An Introduction, in: Jansen, Dorothea (Hrsg.): Towards a European Research Area. Proceedings of a Research Conference at the German Research Institute for Public Administration Speyer. Interdisziplinäre Schriften zur Wissenschaftsforschung Band 13. Baden-Baden, 2012. S. 13 – 36.
- Jarren, Otfried/Donges, Patrick: Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 2. Auflage. Wiesbaden, 2006.
- Jasanoff, Sheila: Judgment Under Siege: The Three-Body Problem of Expert Legitimacy, in: Maasen, Sabine/Weingart, Peter: Democratization of Expertise? Exploring Novel Forms of Scientific Advice in Political Decision-Making. Sociology of the Sciences Volume XXIV. Dordrecht, 2009. S. 209 – 224.
- Jasanoff, Sheila: Quality control and peer review in advisory science, in: Lentsch, Justus/Weingart, Peter (Hrsg.): The Politics of Scientific Advice: Institutional Design for Quality Assurance. Cambridge, 2011. S. 19 – 35.
- Jens, Uwe: Politikberatung und demokratische Legitimität, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 126 – 137.
- Joss, Simon: Between Policy and Politics. Or: Whatever Do Weapons of Mass Destruction Have to Do With GM Crops? The UK's GM Nation Public Debate as an Example of Participatory Governance, in: Maasen, Sabine/Weingart, Peter: Democratization of Expertise? Exploring Novel Forms of Scientific Advice in Political Decision-Making. Sociology of the Sciences Volume XXIV. Dordrecht, 2009. S. 171 – 187.
- Kielmansegg, Peter Graf: Einleitung, in: Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Politikberatung in Deutschland. Wiesbaden, 2006. S. 9 – 17.
- Kilper, Heiderose/Lhotta, Roland: Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden, 1996. S. 184.

- Kleger, Heinz: Direkte und transnationale Demokratie. Die neuen Medien verändern die repräsentative Demokratie, in: Leggewie, Claus/Maar, Christa (Hrsg.): Internet und Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie? Köln, 1998. S. 97 – 110.
- Knie, Andreas/Simon, Dagmar: Stabilität und Wandel des deutschen Wissenschaftssystems, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 26 – 38.
- Knoepfel, Peter: Wissenschaftliche Beratung im Politikvollzug: Gefahr für die Demokratie?: einige Thesen, in: Linder, Wolf (Hrsg.): Wissenschaftliche Beratung der Politik. Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft Band 29/1989. Bern, 1989. S. 81 – 101.
- Korte, Karl-Rudolf: Kommunikation und Entscheidungsfindung von Regierungen. Das Beispiel einer Reformkommunikation, in: Sarcinelli, Ulrich/Tenscher, Jens (Hrsg.): Politikherstellung und Politikdarstellung. Beiträge zur politischen Kommunikation. Köln, 2008, S. 20 – 43.
- Köbel, Matthias: Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) als wissenschaftspolitischer Akteur, in: Simon, Dagmar et al. (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. 2. Auflage. Wiesbaden, 2016. S. 533 – 548.
- Kraul, Margarete/Stoll, Peter-Tobias im Auftrag der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen (Hrsg.): Wissenschaftliche Politikberatung. Göttingen, 2011.
- Kreutzkam, Joachim: Kritische Würdigung Gegenwärtiger Wissenschaftspolitik, in: Schallenberg, E. Horst (Hrsg.): Der Staat als Träger von Bildung und Wissenschaft. Düsseldorf, 1982. S. 59 – 80.
- Krieger, Wolfgang: Technologiepolitik und Forschungsförderung in der Bundesrepublik, in: Bracher, Karl Dietrich/Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.) Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. 35. Jahrgang, Heft 2. München, 1987. S. 247 – 272.
- Krott, Max/Suda, Michael (Hrsg.): Macht Wissenschaft Politik? Erfahrungen wissenschaftlicher Beratung im Politikfeld Wald und Umwelt. Wiesbaden, 2007
- Kruke, Anja/Woyke, Meik: Editorial, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Verwissenschaftlichung von Politik nach 1945. Archiv für Sozialgeschichte, Band 50. Bonn, 2010. S. 3 – 11.
- Kühl, Stefan: Die neue Macht der Präsidien und Rektorate, in: Süddeutsche Zeitung vom 11. Oktober 2011.
- Lane, Neal: Funding Priorities and External Advice, in: Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Politikberatung in Deutschland. Wiesbaden, 2006.
- Lange, Rainer: Benchmarking, Rankings und Ratings, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 322 – 333.
- Lange, Stefan: Hochschulräte, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 347 – 360. S. 349f.
- Ledford, Heidi: CRISPR, the disruptor, in: Nature Vol. 522. London, 2015. S. 20 – 24.
- Leif, Thomas: Medien und Politikberatung, in: Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 322 – 333.
- Lendi, Martin: Politikberatung. Nachfrage, Resonanz, Alibi. Zürich, 2005.
- Lengwiler, Martin: Kontinuitäten und Umbrüche in der deutschen Wissenschaftspolitik des 20. Jahrhunderts, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 13 – 25.
- Lentsch, Justus: Akademien der Wissenschaften: Wissensmakler für Politik und Gesellschaft, in: Simon, Dagmar u.a. (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden 2010, S. 406 – 426.
- Lentsch, Justus/Weingart, Peter: Quality control in the advisory process: towards an institutional design for robust science advice, in: Lentsch, Justus/Weingart, Peter (Hrsg.): The Politics of Scientific Advice: Institutional Design for Quality Assurance. Cambridge, 2011. S. 353 – 374.

- Lentsch, Justus: Wissenschaftliche Politikberatung: Organisationsformen und Gestaltungselemente, in: Simon, Dagmar et al. (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. 2. Auflage. Wiesbaden, 2016. S. 317 – 334.
- Liebsch, Katharina/Manz, Ulrike: Jenseits der Expertenkultur. Zur Aneignung und Transformation bipolitischen Wissens in der Schule. Wiesbaden, 2007.
- Lieske, Jürgen: Forschung als Geschäft. Die Entwicklung von Auftragsforschung in den USA und Deutschland. Campus Forschung Band 800. Frankfurt, 2000.
- Lösch, Bettina: Deliberative Politik. Konzeptionen von Öffentlichkeit, Demokratie und politischer Partizipation. Münster, 2005.
- Lösch, Bettina: Deliberative Politik: Regieren mittels Konsens oder demokratische Beratung?, in: Leggewie, Claus (Hrsg.): Von der Politik- zur Gesellschaftsberatung. Neue Wege öffentlicher Konsultation. Frankfurt am Main u.a., 2007. S. 34 – 50.
- Lüthje, Jürgen: Aktivierendes Wissenschaftsmanagement, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 262 – 279.
- Maasen, Sabine/Weingart, Peter: What's New in Scientific Advice to Politics? Introductory Essay, in: Maasen, Sabine/Weingart, Peter: Democratization of Expertise? Exploring Novel Forms of Scientific Advice in Political Decision-Making. Sociology of the Sciences Volume XXIV. Dordrecht, 2009. S. 1 – 20.
- Maasen, Sabine/Dickel, Sascha: Partizipation, Responsivität und Nachhaltigkeit, in: Simon, Dagmar et al. (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. 2. Auflage. Wiesbaden, 2016. S. 225 – 242.
- Mai, Manfred: Legitimationsprobleme der Wissenschaft in der modernen Gesellschaft – Die Erwartungen von Wirtschaft und Medien, in: Hölscher, Barbara/Suchanek, Justine (Hrsg.): Wissenschaft und Hochschulbildung im Kontext von Wirtschaft und Medien. Wiesbaden, 2011. S. 33 – 42.
- Maier, Tanja: Wahrheit, Wissen, Wirklichkeit: Popularisierungsprozesse in Wissenschaftsmagazinen, in: Raabe, Johannes et al. (Hrsg.): Medien und Kommunikation in der Wissensgesellschaft. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft Band 35. Konstanz, 2008. S. 128 – 140.
- Marschall, Stefan: Politik- und Gesellschaftsberatung in der ‚Mediendemokratie‘, in: Leggewie, Claus (Hrsg.): Von der Politik- zur Gesellschaftsberatung. Neue Wege öffentlicher Konsultation. Frankfurt am Main u.a., 2007
- Martinsen, Renate: Partizipative Politikberatung – der Bürger als Experte, in: Falk, Svenja (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 138 – 151.
- Martinsen, Renate/Rehfeld, Dieter: Von der Aufklärung über Defizite zur reflexiven Aufklärung?, in: Falk, Svenja (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 45 – 58.
- Martinsen, Renate: Gesellschaftsberatung als Chinese Whisperer – zur Rolle von (medial vermittelter) Öffentlichkeit in Politikberatungsprozessen, in: Leggewie, Claus (Hrsg.): Von der Politik- zur Gesellschaftsberatung. Neue Wege öffentlicher Konsultation. Frankfurt am Main u.a., 2007. S. 51 – 69.
- Matthies, Hildegard/Zimmerman, Karin: Gleichstellung in der Wissenschaft, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 193 – 209. S. 193 und 205. S. 203.
- Mayntz, Renate: Die Organisation wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland, in: in: Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Politikberatung in Deutschland. Wiesbaden, 2006. S. 115 – 122.
- Mayntz, Renate: Speaking Truth to Power: Leitlinien für die Regelung wissenschaftlicher Politikberatung, in: der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management. Heft 1/2009. Budrich, 2009. S. 5 – 16.
- Merton, Robert K.: The Matthew Effect in Science. Science 159 (3810). Washington D.C., 1968. S. 56 – 63.

- Münch, Richard: Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz. Frankfurt am Main, 2007.
- Münkler, Herfried: Vorwort, in: Machiavelli, Niccolò: Der Fürst. Hamburg, 2009. S. 9 – 16.
- Neidhardt, Friedhelm: Wissenschaftliche Politikberatung via Medien? In: Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Politikberatung in Deutschland. Wiesbaden, 2006. S. 146 – 154.
- Neidhardt, Friedhelm: Selbststeuerung der Wissenschaft: Peer Review, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 280 – 292.
- Neuberger, Christoph: Social Media in der Wissenschaftsöffentlichkeit. Forschungsstand und Empfehlungen, in: Weingart, Peter/Schulz, Patricia (Hrsg.): Wissen – Nachricht – Sensation. Zur Kommunikation zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Medien. Weilerswist, 2014. S. 315 – 369.
- Nölleke, Daniel: Experten im Journalismus. Systemtheoretischer Entwurf und empirische Bestandsaufnahme. Schriftenreihe „Aktuell. Studien zum Journalismus“ Band 2. Baden-Baden, 2013.
- Nullmeier, Frank: Knowledge and Decision-Making, in: Maasen, Sabine/Weingart, Peter: Democratization of Expertise? Exploring Novel Forms of Scientific Advice in Political Decision-Making. Sociology of the Sciences Volume XXIV. Dordrecht, 2009. S. 123 – 134.
- o.V.: Bayrisches Befremden, in: Der Spiegel, Nr. 52/1962. S. 21 – 24. <https://www.spiegel.de/politik/bayrisches-befremden-a-5747b3ef-0002-0001-0000-000045125372> (19.12.2019).
- o.V.: Journalistin Alexandra Gerlach in Wissenschaftsrat berufen, in: https://www.focus.de/regional/sachsen/wissenschaft-journalistin-alexandra-gerlach-in-wissenschaftsrat-berufen_id_8368575.html (03.03.2018).
- o.V.: Journalistin Alexandra Gerlach in Wissenschaftsrat berufen, in: <https://www.welt.de/regionales/sachsen/article172907106/Journalistin-Alexandra-Gerlach-in-Wissenschaftsrat-berufen.html> (03.03.2018).
- o.V.: Schadstoff-Debatte spaltet Regierung, in: <https://www.zeit.de/news/2019-01/28/schadstoff-debatte-spaltet-regierung-190128-99-755521> (15.12.2019).
- o.V.: SPD will Bund wieder Schulpolitik machen lassen, in: <http://www.spiegel.de/schulspiegel/spd-will-kooperationsverbot-im-schulbereich-abschaffen-a-1066875.html> (09.10.2021).
- o.V.: STAP paper co-author Sasai commits suicide, in: <http://www.japan-times.co.jp/news/2014/08/05/national/embattled-stap-study-co-author-dies-after-apparent-suicide-bid#.U-ZIEIBdVqp> (01.03.2019).
- o.V.: Wissenschaftspolitik, in: Holtmann, Everhard (Hrsg.): Politik-Lexikon. 3. Auflage. München und Wien, 2000. S. 781 – 782.
- o.V.: Zahlung später, in: Der Spiegel, Nr. 50/1960. S. 31 – 35. <https://www.spiegel.de/politik/zahlung-spaeter-a-c87b11de-0002-0001-0000-000043067832> (19.12.2019).
- Patzwaldt, Katja/Buchholz, Kai: Politikberatung in der Forschungs- und Technologiepolitik, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 460 – 471.
- Pfetsch, Frank R.: Wissenschaftspolitik in Deutschland. Drei Interaktionsmodelle: Weimar, Berlin, Bonn, in: Strobel, Karl (Hrsg.): Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert. Die Entwicklung einer Institution zwischen Tradition, Autonomie, historischen und sozialen Rahmenbedingungen. Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen Band 5. Vierow, 1994. S. 218 – 237.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert: Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung. Wiesbaden, 2006.
- Pielke, Jr., Roger A.: The Honest Broker: Making Sense of Science in Policy and Politics. Cambridge u.a., 2007.
- Rafat, Shamim: Ethik und Qualität in der Politikberatung. Zur Entwicklung von professionellen Standards und Grundsätzen. Edition Politik Band 6. Bielefeld, 2012.

- Renn, Ortwin: Risikosteuerung im Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Politik, in: *Gegenworte*, 18. Heft. Berlin, 2007. S. 14 – 20.
- Renn, Ortwin: Mit Sicherheit ins Ungewisse. Möglichkeiten und Grenzen der Technikfolgenabschätzung – Essay, in: Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) (Hrsg.): *Technik, Folgen, Abschätzung. Aus Politik und Zeitgeschichte 6-7/2014*. Bonn, 2014. S. 3 – 10. S. 4ff.
- Rohrmann, Bernd/Renn, Ortwin: Risk Perception Research – An Introduction, in: Renn, Ortwin/Rohrmann, Bernd (Hrsg.): *Cross-Cultural Risk Perception: A Survey of Empirical Studies. Technology, Risk, and Society: An international Series in Risk Analysis Volume 13*. Dordrecht, 2000. S. 11 – 55.
- Rose, Nikolas: Demokratie in den heutigen Biowissenschaften, in: Hagner, Michael (Hrsg.): *Wissenschaft und Demokratie. Edition Unselde 47*. Berlin, 2012. S. 214 – 242.
- Rödter, Simone: Wissenschaft auf der Titelseite der New York Times – zur Konfliktfähigkeit medialer und wissenschaftlicher Logik, in: Raabe, Johannes et al. (Hrsg.): *Medien und Kommunikation in der Wissensgesellschaft. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft Band 35*. Konstanz, 2008. S. 326 – 339.
- Rudloff, Wilfried: Geschichte der Politikberatung, in: Bröchler, Stephan/Schützeichel, Rainer (Hrsg.): *Politikberatung*. Stuttgart, 2008. S. 83 – 103.
- Rürup, Bert/Tiemann, Heinrich: Praxisorientierte Politikberatung am Beispiel der Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme (Rürup-Kommission), in: Falk, Svenja (Hrsg.): *Handbuch Politikberatung*. Wiesbaden, 2006. S. 390 – 399.
- Saretzki, Thomas: Entstehung und Status der Technikfolgenabschätzung, in: Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) (Hrsg.): *Technik, Folgen, Abschätzung. Aus Politik und Zeitgeschichte 6-7/2014*. Bonn, 2014. S. 11 – 16.
- Schäfer, Mike S.: Medialisierung der Naturwissenschaft in den Massenmedien? Eine themenvergleichende Analyse, in: Raabe, Johannes et al. (Hrsg.): *Medien und Kommunikation in der Wissensgesellschaft. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft Band 35*. Konstanz, 2008. S. 315 – 325.
- Schindler, Peter: *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestags: 1949 bis 1999*. Gesamtausgabe in drei Bänden. Baden-Baden, 1999.
- Schmidt-Aßmann, Eberhard: Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen wissenschaftlicher Politikberatung: Demokratische und rechtstaatliche Rationalität, in: Der Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): *Leitlinien Politikberatung*. Berlin, 2008. S. 19 – 32.
- Schneider, Ingrid: Technikfolgenabschätzung und Politikberatung am Beispiel biomedizinischer Felder, in: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.): *Technik, Folgen, Abschätzung. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 6-7/2014*. Bonn, 2014. S. 31 – 39.
- Schreiber, Georg: *Deutsche Wissenschaftspolitik von Bismarck bis zum Atomwissenschaftler Otto Hahn*. Arbeitsgemeinschaft des Landes Nordrhein-Westfalen. Geisteswissenschaften Heft 6. Festschrift zum 75. Geburtstag Otto Hahns. Köln und Opladen, 1954.
- Schubert/Torsten/Schmoch Ulrich: Finanzierung der Hochschulforschung, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): *Handbuch Wissenschaftspolitik*. Wiesbaden, 2010. S. 244 – 261.
- Schütte, Georg: Außenwissenschaftspolitik – Wissenschaft im globalen Wandel gestalten, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): *Handbuch Wissenschaftspolitik*. Wiesbaden, 2010. S. 151 – 161.
- Seckelmann, Margrit: Rechtliche Grundlagen und Rahmensetzungen, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): *Handbuch Wissenschaftspolitik*. Wiesbaden, 2010. S. 227 – 243.
- Siefken, Sven T.: Expertenkommissionen der Bundesregierung, in: Falk, Svenja (Hrsg.): *Handbuch Politikberatung*. Wiesbaden, 2006. S. 215 – 227.

- Sprenger, Florian/Engemann, Christoph (Hrsg.): Internet der Dinge: Über smarte Objekte, intelligente Umgebungen und die technische Durchdringung der Welt. Bielefeld, 2015.
- Stehr, Nico/Grundmann, Reiner: Expertenwissen. Die Kultur und die Macht von Experten, Beratern und Ratgebern. Weilerswist, 2010.
- Strätling, Ansgar: Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 353 – 362.
- Stucke, Andreas: Staatliche Akteure in der Wissenschaftspolitik, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 363 – 376.
- Stucke, Andreas: Staatliche Akteure in der Wissenschaftspolitik, in: Simon, Dagmar et al. (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. 2. Auflage. Wiesbaden, 2016. S. 485 – 501.
- Taubert, Nils: Digitale Publikations- und Forschungsinfrastrukturen, in: Simon, Dagmar et al. (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. 2. Auflage. Wiesbaden, 2016. S. 591 – 608.
- Teichler, Ulrich: Europäisierung der Hochschulpolitik, in: Simon, Dagmar/Knie, Andrea/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden, 2010. S. 51 – 70.
- Thunert, Martin: Politikberatung in der Bundesrepublik seit 1949, in: Willems, Ulrich (Hrsg.): Demokratie und Politik in der Bundesrepublik 1949 – 1999. Hamburg, 1999. S. 223 – 242.
- Thunert, Martin: Politikberatungsprozesse auf verschiedenen Handlungsebenen, in ausgewählten Politikfeldern und nationalen Kontexten, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 417 – 419.
- Uwer, Helmut: Gerhard Schröder als Herr der „Räterepublik“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.05.2001. (<http://www.faz.net/aktuell/politik/analyse-gerhard-schroeder-herr-der-raeterepublik-123266.html>, 15.12.2019)
- Verworn, Birgit/Hausberg, Bernhard: Politikberatung aus natur- und ingenieurwissenschaftlicher Sicht, in: Falk, Svenja (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006, S. 106 – 155.
- Vogel, Christoph: Deutschland im internationalen Technologiewettlauf. Bedeutung der Forschungs- und Technologiepolitik für die technologische Wettbewerbsfähigkeit. Berlin, 2000.
- Vorländer, Hans: Politische Kultur, in: Lösche, Peter (Hrsg.): Länderbericht USA. Schriftenreihe Band 690. 5. Auflage. Bonn, 2008. S. 196 – 236.
- Vowe, Gerhard: „Wissensgesellschaft“, „Mediengesellschaft“ und andere Angebote für den Deutungsmarkt. Der Beitrag der Kommunikationswissenschaft zum Selbstverständnis der Gesellschaft, in: Raab, Johannes et al. (Hrsg.): Medien und Kommunikation in der Wissensgesellschaft. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft Band 35. Konstanz, 2008. S. 46 – 61.
- Wassermann, Sandra: Expertendilemma, in: Niederberger, Marlen/Wassermann, Sandra (Hrsg.): Methoden der Experten- und Stakeholdereinbindung in der sozialwissenschaftlichen Forschung. Wiesbaden, 2015. S. 15 – 32.
- Wiarda, Jan-Martin: "Das Tempo der Veränderung ist viel zu gering", in: <https://www.jmwiarda.de/2020/01/27/das-tempo-der-ver%C3%A4nderung-ist-viel-zu-gering/> (30.01.2020).
- Wiarda, Jan-Martin: Künstliche Intelligenz statt Digitalpakt für die Hochschulen, in: <https://www.jmwiarda.de/2020/11/05/k%C3%BCnstliche-intelligenz-statt-digitalpakt-f%C3%BCr-die-uni/> (19.05.2021).
- Wiarda, Jan-Martin: Landeswissenschaftsminister wollen Digitalpakt Hochschule, in: <https://www.jmwiarda.de/2020/05/21/landeswissenschaftsminister-wollen-digitalpakt-hochschule/> (19.05.2021).
- Wehling, Peter: Jenseits des Wissens? Wissenschaftliches Nichtwissen aus soziologischer Perspektive, in: Zeitschrift für Soziologie, Jahrgang 30, Heft 6. Stuttgart, 2001. S. 465 – 484.
- Weingart, Peter: Verwissenschaftlichung der Gesellschaft – Politisierung der Wissenschaft, in: Zeitschrift für Soziologie, Jahrgang 12, Heft 3. Stuttgart, 1983. S. 225 – 241.

- Weingart, Peter: Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft. Studienausgabe. Weilerswist, 2005a.
- Weingart, Peter: Die Wissenschaft der Öffentlichkeit. Essays zum Verhältnis von Wissenschaft, Medien und Öffentlichkeit. Weilerswist, 2005b.
- Weingart, Peter: Erst denken, dann handeln? Wissenschaftliche Politikberatung aus der Perspektive der Wissens(chaft)soziologie, in: Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 35 – 44.
- Weingart, Peter/Lentsch, Justus: Wissen – Beraten – Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland. Weilerswist, 2008.
- Weingart, Peter: Die Wissenschaft der Öffentlichkeit und die Öffentlichkeit der Wissenschaft, in: Hölscher, Barbara/Suchanek, Justine (Hrsg.): Wissenschaft und Hochschulbildung im Kontext von Wirtschaft und Medien. Wiesbaden, 2011. S. 45 – 63.
- Weingart, Peter: Wissensgesellschaft und wissenschaftliche Politikberatung, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. 2. Auflage. Wiesbaden, 2019. S. 67 – 78.
- Weingart, Peter: Wissenschaftliche Politikberatung in Krisenzeiten, in: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.): Wissen. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 3-4/2021. Bonn, 2021. S. 28 – 32.
- Wilke, Helmut: Organisierte Wissensarbeit, in: Zeitschrift für Soziologie. Jg. 27, Heft 3. Stuttgart, 1998. S. 161 – 177.
- Winter, Thomas von: Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 198 – 213.
- Woopen, Christiane/Mertz, Marcel: Ethik in der Technikfolgenabschätzung, in: Bundeszentrale für Politische Bildung (BPB) (Hrsg.): Technik, Folgen, Abschätzung. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 6-7/2014. Bonn, 2014. S. 40 – 46.
- Wormer, Holger: „Warum ist der Himmel blau?“ – Wie die Massenmedien Wissensthemen aufbereiten und verbreiten, in: Dausendschön-Gay, Ulrich/Domke, Christine/Ohlhus, Sören (Hrsg.): Wissen in (Inter-). Verfahren der Wissensgenerierung in unterschiedlichen Praxisfeldern. Linguistik – Impulse & Tendenzen 39. Berlin und New York, 2010. S. 347 – 376.
- Wöltge, Herbert: Die Akademien im Handbuch Wissenschaftspolitik, in: Leibniz Sozietät der Wissenschaften zu Berlin (Hrsg.): Leibniz Intern (Nr. 45). Berlin, 2009.
- Zillien, Nicole/Jäckel, Michael: Distinguierte „Allesfresser“ – Statusdifferenzen der Internetnutzung, in: Raabe, Johannes et al. (Hrsg.): Medien und Kommunikation in der Wissensgesellschaft. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft Band 35. Konstanz, 2008. S. 227 – 237.
- Zunker, Albrecht: Stiftung Wissenschaft und Politik: Die Neu-Berlinerin, in: Falk, Svenja et al. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden, 2006. S. 363 – 373.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

acatech	acatech - Deutsche Akademie der Technikwissenschaften e.V.
AFBTA	Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
AG	Arbeitsgruppe
AHL	Acta Historica Leopoldina
Akademienunion	Union der deutschen Akademien der Wissenschaften e.V.
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
AuF	Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen
AvHS	Alexander von Humboldt-Stiftung
BBAW	Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften
BfR	Bundinstitut für Risikobewertung
BGremBG	Bundesgremienbesetzungsgesetz
BLK	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMEL	Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft
BMVg	Bundesministerium für Verteidigung
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BPB	Bundeszentrale für politische Bildung
BT	Deutscher Bundestag
BVerfGE	Bundesverfassungsgericht
COMETH	Conférence Européenne des Comités Nationaux d'Éthique
de'ge'pol	Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V.
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DZHW	Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung
EASAC	European Academies Science Advisory Council
EFI	Expertenkommission Forschung und Innovation
EK	Enquete-Kommission
EPTA	European Parliamentary Technology Assessment
ER	Deutscher Ethikrat
ERA	European Research Area
ERC	European Research Council
EthRG	Ethikratgesetz
EU	Europäische Union

EZPWD	Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation
FEAM	Federation of European Academies of Medicine
FIT	Fraunhofer Institut für Angewandte Informationstechnik
FuE	Forschung und Entwicklung
GA	Gemeinsame Ausschuss zum Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung
GG	Grundgesetz
GGH	Große gesellschaftliche Herausforderungen
gGmbH	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GO	Geschäftsordnung
GO-BT	Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags
GWK	Gemeinsame Wissenschaftskonferenz
HRK	Hochschulrektorenkonferenz
HSP	Hochschulpakt 2020
HTF	Hightech-Forum
HTS	Hightech-Strategie
IEKE	Internationale Expertenkommission Exzellenzinitiative
IfQ	Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung
ITAS	Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse
IZT	Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gGmbH
KIT	Karlsruher Institut für Technologie
KMK	Kultusministerkonferenz
Leopoldina	Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e.V. – Nationale Akademie der Wissenschaften
MdB	Mitglied des Bundestags
MPG	Max-Planck-Gesellschaft
NAL	Nova Acta Leopoldina
NAS	National Academy of Sciences
NER	Nationaler Ethikrat
NPM	New Public Management
OTA	Office of Technology Assessment
PFI	Pakt für Forschung und Innovation
Stifterverband	Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
Ständiger Ausschuss	Ständiger Ausschuss der Nationalen Akademie der Wissenschaften
SV	Sachverständige

TAB	Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag
UFZ	Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung
VDI/VDE-IT	VDI/VDE Innovation und Technik GmbH
WD	Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags
WGL	Leibniz-Gemeinschaft
WissFG	Wissenschaftsfreiheitsgesetz
WR	Wissenschaftsrat

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

- Abbildung 1 Klassifikation der Beratungsinstanz anhand temporaler, direktonaler und funktionaler Kategorien S. 162
- Abbildung 2 Elemente der Bewertungsdimension Expertise S. 165
- Abbildung 3 Elemente der Bewertungsdimension Deliberation S. 168
- Abbildung 4 Elemente der Bewertungsdimension Interessenvertretung S. 170